



Mariano Barbato

# Regieren durch Argumentieren?

Macht und Legitimität politischer Sprache  
im Prozess der europäischen Integration

2. Auflage



Nomos

## **Regieren in Europa | Governance in Europe**

herausgegeben von | edited by  
Prof. Dr. Michèle Knodt  
Prof. Dr. Berthold Rittberger

Band | Volume 11

Mariano Barbato

# Regieren durch Argumentieren?

Macht und Legitimität politischer Sprache  
im Prozess der europäischen Integration

2., aktualisierte und erweiterte Auflage



**Nomos**

Die Publikation wurde durch die Universität Passau (Open-Access-Publikationsfonds der Universitätsbibliothek) und die DFG finanziell unterstützt.

© Titelbild: Prof. Dr. Mariano Barbato

**Die Deutsche Nationalbibliothek** verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

2., aktualisierte und erweiterte Auflage 2023

© Mariano Barbato

Publiziert von  
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG  
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden  
[www.nomos.de](http://www.nomos.de)

Gesamtherstellung:  
Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG  
Waldseestraße 3–5 | 76530 Baden-Baden

ISBN (Print): 978-3-7560-0076-0

ISBN (ePDF): 978-3-7489-1490-7

DOI: <https://doi.org/10.5771/9783748914907>



Onlineversion  
Nomos eLibrary



Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International Lizenz.

*„Ich möchte sagen, ›dieses Buch sei zur Ehre  
Gottes geschrieben‹, aber das wäre eine  
Schurkerei, d.h. es würde nicht richtig verstanden werden.“*

*Ludwig Wittgenstein im Vorwort der  
Philosophischen Bemerkungen*



# Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	9
Die politische Kunst des Argumentierens oder die Krise der Europäischen Union	15
1. Teil: Die Sprachspielmethode	49
1. Kapitel: Praxis	51
2. Kapitel: Sprache	83
3. Kapitel: Sprachspiele	121
2. Teil: Eine Sprachspielerzählung	143
4. Kapitel: Das Argument des integrierten Regierens	145
5. Kapitel: Das Argument des Friedens	175
6. Kapitel: Das Argument des Wohlstands	205
7. Kapitel: Das Europaargument	239
Nachhaltige Sprachspiele: Zurück zum Konsens und in den Westen	273
Literaturverzeichnis	291





# Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis und Quellenverweis	13
Die politische Kunst des Argumentierens oder die Krise der Europäischen Union	15
§ 1: Die untergehende Insel der Argumentation	18
§ 2: Voraussetzungen, Fragen, Thesen, Ziele, Abgrenzungen	23
§ 3: Die Praxis des europäischen Argumentierens	27
I. Verhandeln im Mehrebenensystem	28
II. Deliberation und Topik	33
III. Topik, Wittgenstein und Konstruktivismus	39
§ 4: Aufbau und Argumentation	45
§ 5: Kurze Bemerkung zur zweiten Auflage	48
1. Teil: Die Sprachspielmethode	49
1. Kapitel: Praxis	51
§ 1: Politik als Praxis	54
I. Die griechische Polis - Hort der Unsterblichkeit - und ihr Ende	54
II. Oikos und Polis nach der Entstehung der Gesellschaft	56
III. Handeln und Aushandeln	62
IV. Inter esse und Freundschaft	64
V. Politik als Praxis des Aushandelns unter Menschen	66
§ 2: Politikwissenschaft als Praxis	68
I. Wissen und Wissenschaft	69
II. Das Wissen der Praxis	72
III. Praxisorientierte und akteurszentrierte Politikwissenschaft	78
2. Kapitel: Sprache	83
§ 1: Handeln in der alten Stadt	86
§ 2: Regeln	96

§ 3: Der Weg zum Sprachspiel	104
I. Gewissheit	105
II. Der unproblematische Widerspruch	109
III. Das Zusammenstellen von Zusammenhängen	112
IV. Familienähnlichkeit	116
3. Kapitel: Sprachspiele	121
§1: Sprache und Spiel	122
§ 2: Wittgensteins Gebrauch des Sprachspiels	126
§ 3: Die politikwissenschaftliche Sprachspielmethode	131
I. Topik und Sprachspiel	131
II. Die Topik einer europäischen Sprachspielerzählung	137
2. Teil: Eine Sprachspielerzählung	143
4. Kapitel: Das Argument des integrierten Regierens	145
§ 1: Die topischen Sprachspiel der Gemeinschafts- und der Monnet-Methode	147
§ 2: Die topischen Sprachspiele von Luxemburg und der Einheitlichen Europäischen Akte	151
§ 3: Die topischen Sprachspiele von Nizza, Laeken und Lissabon	158
§ 4: Das topische deutsch-französische Sprachspiel, Amsterdam und der Brexit	166
5. Kapitel: Das Argument des Friedens	175
§ 1: Das topische Sprachspiel der EGKS	178
§ 2: Das topische Sprachspiel der EVG	181
§ 3: Das topische Sprachspiel der Stabilität	184
§ 4: Das topische Sprachspiel von St. Malo	191
§ 5: Das funktionale Sprachspiel der Nachbarschaftspolitik	196

6. Kapitel: Das Argument des Wohlstands	205
§ 1: Das topische Sprachspiel von Markt und Modernisierung	208
§ 2: Das topische Sprachspiel der Kohäsion	218
§ 3: Sprachspiele der Eurozone: Von der Kohäsion zur Konvergenz	228
§ 4: Das topische Sprachspiel des Green Deal zwischen Elektrifizierung und Euro	234
7. Kapitel: Das Europaargument	239
§ 1: Die topischen Sprachspiele Churchills, Schumans und Spinellis	246
§ 2: Das doppelte topische Sprachspiel von Kopenhagen	253
§ 3: Topische Sprachspiel der Geopolitik: von de Gaulles bis von der Leyen	259
Nachhaltige Sprachspiele: Zurück zum Konsens und in den Westen	273
§ 1 Die Sprachspielmethode	275
§ 2 Eine Sprachspielerzählung Europas	280
Literaturverzeichnis	291



## Abkürzungsverzeichnis und Quellenverweis

### Zu Wittgenstein:

BF	Bemerkungen über die Farben
BGM	Bemerkungen über die Grundlagen der Mathematik
Blaues Buch	Das Blaue Buch
PG	Philosophische Grammatik
PU	Philosophische Untersuchungen
ÜG	Über Gewißheit
VB	Vermischte Bemerkungen
Vorstudien	Vorstudien zum zweiten Teil der Philosophischen Untersuchen
Z	Zettel

### Zu Aristoteles:

NE	Nikomachische Ethik
----	---------------------



## Die politische Kunst des Argumentierens oder die Krise der Europäischen Union

„Ich habe das Wort ‚Europa‘ immer im Munde derjenigen Politiker gefunden, die von anderen Mächten etwas verlangten, was sie im eigenen Namen nicht zu fordern wagten.“<sup>1</sup> Will derjenige, der „Europa“ sagt, auch nur betrügen?

Um die Antwort, die hier durchbuchstabiert werden soll, vorwegzunehmen: Macht und Legitimität der europapolitischen Sprachspiele haben schwer gelitten, aber ein gänzlicher Rückfall ins nationalistische und machtpolitische Europa des 19. Jahrhunderts, aus dem das Bismarckzitat stammt, ist weder erfolgt noch droht er. Das Momentum des Zusammenspiels von Vertiefung und Erweiterung, das den europäischen Integrationsprozess vorantreibt, blieb trotz aller Friktionen intakt. Mit dem Vertrag von Lissabon (2007/2009)<sup>2</sup> überwand die europäische Praxis das Scheitern des Verfassungsvertrags und sicherte die Nachhaltigkeit ihres Argumentationszusammenhangs für eine erweiterte Union, inklusive eines wiedervereinigten Deutschlands. Das ist nicht wenig.

Im Taumel der globalen Finanzkrise gerieten diese Erfolge seit 2008 unter erheblichen Druck.<sup>3</sup> Die prekäre Lage im Innern der Union erscheint jedoch rosig gegenüber der Unfähigkeit Europas, Außenpolitik zu betreiben. Der Arabische Frühling 2011 hätte die europäische Nachbarschaftspolitik beflügeln können, doch er endete im Bürgerkrieg, der Nordafrika und den Nahen Osten destabilisierte und die sanfte Macht europäischer Normen kollabieren ließ.<sup>4</sup> Europa blieb Zaungast, agierte gespalten und bekam nicht

---

1 Diktat Bismarcks, 9.11.1876, in: Otto von Bismarck, *Gesammelte Werke. Neue Friedrichsruher Ausgabe*, Abt. III, Bd. 2, bearb. von Rainer Bendick (Paderborn: Schönigh, 2005): 645.

2 Olaf Leiß (Hrsg.), *Die Europäische Union nach dem Vertrag von Lissabon* (Wiesbaden: VS, 2010).

3 Adam Tooze, *Crashed. Wie zehn Jahre Finanzkrise die Welt veränderten* (München: Siedler: 2018).

4 Andrea Teti, Pamela Abbott, Valeria Talbot, Paolo Maggiolini, *Democratisation against Democracy: How EU Foreign Policy Fails the Middle East* (Cham: Palgrave Macmillan 2020).

einmal eine gemeinsame Antwort auf die Flucht- und Migrationsbewegungen am Mittelmeer zustande.<sup>5</sup>

Die größte Herausforderung erwuchs jedoch im Nordosten durch Moskau. Der kurze Krieg gegen Georgien 2008 konnte noch als Reaktion auf das unüberlegte Vorgehen der georgischen Regierung gegen den russischgestützten Separatismus gewertet werden. Seit dem hybriden Krieg gegen die Ukraine von 2014 als Reaktion auf den Kiewer Volksaufstand für die Orientierung nach Europa hätte die europäische Praxis aber wissen müssen, „wo der Feind steht“. Angeführt von Deutschland und Frankreich bevorzugte Europa die Beschwichtigung.<sup>6</sup>

Weder auf den Arabischen Frühling und sein Abgleiten in Bürgerkriege, noch den russischen Revanchismus und seine Aggression<sup>7</sup> oder die Ambivalenz des Aufstiegs Chinas als globale Macht<sup>8</sup> fand die Europäische Union eine überzeugende Antwort. Nach dem gelungenen Kraftakt von Lisabon war der europäische Argumentationszusammenhang nicht bereit für neue Aufgaben jenseits davon. Die Eurokrise<sup>9</sup> und die Schwierigkeiten der europäischen Nachbarschaftspolitik<sup>10</sup> zeigten die Grenzen der Nachhaltigkeit europäischer Macht und gefährdeten die Legitimität des europäischen Integrationsprojekts. Der Austritt Großbritanniens war die gravierende Folge.<sup>11</sup> Der russische Überfall auf die Ukraine am 24. Februar 2022 und der erfolgreiche Widerstand der Ukraine veränderten die politische Landschaft Europas mit Folgen, die sich im Sommer 2023 kaum absehen lassen.

Unter steigendem Druck von außen, bedarf es auch der Schau nach innen. Nur so können Stärken erkannt und Fehlentwicklungen behoben werden. Darum soll es in diesem Band gehen.

- 
- 5 Domenica Dreyer-Plum, *Die Grenz- und Asylpolitik der Europäischen Union* (München: UVK, 2020).
  - 6 Karl Schlögel, *Entscheidung in Kiew. Ukrainische Lektionen* (München: Hanser, 2022).
  - 7 Michael Thumann, *Revanche. Wie Putin das bedrohlichste Regime der Welt geschaffen hat* (München: C.H. Beck, 2023).
  - 8 Stefan Schmalz, *Machtverschiebungen im Weltsystem: Der Aufstieg Chinas und die große Krise* (Frankfurt/New York: Campus 2018).
  - 9 Wolfgang Streeck, *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus* (Berlin: Suhrkamp, 2013); Jeroen Dijsselbloem, *Die Eurokrise. Erfahrungsbericht eines Insiders* (Wiesbaden: Springer 2019).
  - 10 Tobias Schumacher, Andreas Marchetti, Thomas Demmelhuber (Hrg.), *The Routledge Handbook on the European Neighbourhood Policy* (London/New York: Routledge, 2020).
  - 11 Für eine Interpretation aus Sicht der EU: Stefaan De Rynk, *Inside the Deal. How the EU Got Brexit Done* (Newcastle upon Tyne: Agenda, 2023).



Macht und Legitimität der politischen Sprache des europäischen Integrationsprozesses hängen an vorzeigbaren Erfolgen. Die Angewiesenheit auf nachhaltige Ergebnisse für die Legitimität der europäischen Praxis erschien gerade unter dem Eindruck negativer Volksabstimmungen, vom Verfassungsvertrag bis zum Brexit, als prekär. Im Sprachgebrauch von Fritz Scharpf sollte die mangelnde Output-Legitimität durch die partizipative Input-Legitimität der Europäer ausgeglichen werden.<sup>12</sup> Wenn sich schon kein „Europe of Results“<sup>13</sup> einstellte, sollten die Bürger diesen Misserfolg wenigsten sich selbst zuschreiben.

Das Ende der Erosion und das Wiedererstarken des europäischen Integrationsprozesses dürfte jedoch weniger in der als Demokratisierung ausgegebenen polarisierenden Politisierung,<sup>14</sup> sondern eher in der Rückbesinnung auf konsensuale Grundmuster des europäischen Regierens zu finden sein. Die Semantik des europäischen Argumentierens lebt von den über Jahrzehnten, wenn nicht Jahrhunderten, gewachsenen Argumenten des integrierten Regierens, des Wohlstands, des Friedens und des europäischen Selbstbezugs, nicht von der radikalen Beschleunigung geschichtsloser Transformation.<sup>15</sup>

Regieren lässt sich in Europa durch Argumentieren, verstanden als ein vorsichtiges Vorantasten in den verästelten Sprachspielen des europäischen Argumentationszusammenhangs. Kenntnis und Geduld für dieses Spiel in den verwinkelten Gassen der alten Stadt,<sup>16</sup> um Wittgensteins Bild der Sprache gleich für die politische Sprache Europas aufzugreifen, sind in vorschnell entfesselten Politisierungsstrategien untergegangen.

Anknüpfungspunkte für eine Rückkehr zu einer nachhaltigen europäischen Praxis sind jedoch weiter vorhanden. Es geht immer noch darum,

---

12 Fritz Scharpf, *Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch?* (Frankfurt am Main: Campus 1999).

13 Den Topos prägte Kommissionspräsident José Manuel Barroso 2006 nach dem Scheitern des Verfassungsvertrags um einen Weg aus der Krise zu weisen. Die Idee war gut, die EU nicht so weit.

14 Für die versuchte Alternative zu „Europe of Results“ wegweisend: Michael Zürn, „Zur Politisierung der Europäischen Union“, *Politische Vierteljahresschrift*, 2 (2006): 242-251. Immer noch zuversichtlich: Christian Rauh, Michael Zürn, „Die Politisierung der Europäischen Union als Chance nutzen“, *Integration*, 1 (2016): 3-14. Für einen Überblick: Swen Hutter, Edgar Grande, Hanspeter Kriesi (Hrsg.) *Politicising Europe* (Cambridge: Cambridge University Press, 2016): 279-300.

15 Für die gegenteilige Variante des Integrationsprozess als Vehikel radikaler Transformation trat bereits früh ein: J. P. Corbett, *Europe and Social Transformation* (Leyden: Sythoff, 1959).

16 PU §18.

die Sicherung des Friedens mit dem Streben nach Wohlstand so zu verknüpfen und diesen in der Balance zwischen kompetitiven Marktzugängen und solidarischer Modernisierung nach innen und nach außen so zu generieren, dass über seine Auszahlungsmatrix wie über seinen gesellschafts- und kulturpolitischen Grundrahmen ein Konsens erhalten bleibt, der sich im europäischen Topos „in Vielfalt geeint“ verorten kann.

Das Umschlagbild dieses Buches zeigt die europäische Fahne, erst spät vom Europarat für die Europäische Union übernommen, in der ewigen Stadt, in der die funktionalistischen Bauleute Europas die Römischen Verträge unterschrieben haben, um an die älteste Europaidee anzuknüpfen, die des römischen Erbes. Wittgensteins Metapher der alten Stadt für die Sprache verweist darauf, dass das europäische Regierungsviertel aus einer wesentlich älteren Stadtstruktur herauswächst. Die europäische Praxis des Integrationsprozesses ist nur eine Variante von vielen Optionen der Europäer, wohl aber die beste, die wir kennen. Entsprechend behutsam sollte an der Nachhaltigkeit des europäischen Argumentationszusammenhang gearbeitet werden.

### *§ 1: Die untergehende Insel der Argumentation*

Die Diskussion um Argumente und Argumentationszusammenhänge zeichnete in den letzten beiden Dekaden unübersichtlich zwei gegenläufige, aber nicht unverbundene Konjunkturkurven: Einerseits bestechen Ansätze aus der soziologisch orientierten Philosophie und der philosophisch orientierten Soziologie mit ihren breitangelegten Erklärungsansätzen der Rechtfertigung und der Resonanz.<sup>17</sup> Bei allen Unterschieden stimmen Rainer Forst und Hartmut Rosa in der Grundüberlegung überein, dass sozialer und politischer Zusammenhalt und seine Handlungsfähigkeit daran hängen, dass Argumente verstanden werden und Gehör finden, weil sie an ein gesellschaftlich geteiltes Vorverständnis affirmativ oder kritisch anknüpfen.

Andererseits hob gleichzeitig die Debatte um den Populismus darauf ab, dass die Voraussetzung eines gesellschaftlich geteilten Argumentationszusammenhangs nicht mehr besteht, weil ökonomische und kulturelle Mo-

---

17 Hartmut Rosa, *Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung* (Berlin: Suhrkamp, 2016); Rainer Forst, *Das Recht auf Rechtfertigung. Elemente einer konstruktivistischen Theorie der Gerechtigkeit* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2007).

dernisierungsprozesse die europäische Gesellschaft gespalten haben.<sup>18</sup> Ob allein die Entschleunigung des transformativen Kapitalismus zur Rückkehr der Resonanzfähigkeit führen könnte, erscheint fraglich; nicht zuletzt, weil sich der Stresslevel des Leerlaufs durch die Ungleichzeitigkeit des technologischen Fortschritts erhöht hat. Während sich die Produktivität weniger als erhofft steigerte und der Ressourcenverbrauch nicht sank, war der Fortschritt der Kommunikationstechnologie signifikant genug, um ökonomische und gesellschaftliche Umwälzungsprozesse voranzutreiben und grundlegende Konflikte sichtbar zu machen und auszutragen. Eine Polarisierung wurde aus der sprachpragmatischen Sicht Ludwig Wittgensteins dann unausweichlich: „Wo sich wirklich zwei Prinzipien treffen, die sich nicht miteinander aussöhnen, da erklärt jeder den Andern für einen Narren und Ketzer.“<sup>19</sup> Die polarisierende Politisierung hätte aber gerade nicht in die europäische Praxis gelenkt werden müssen. Denn die Aussöhnung gegenläufiger Prinzipien gehörte zum Kern des integrierten Regierens und seines Friedens- und Wohlstandsversprechens.

Im engeren Feld der Internationalen Beziehungen fand die seit drei Dekaden geführte Debatte um die vorhandenen Chancen eines an vernünftiger Verständigung orientierten Verhandlungsstil,<sup>20</sup> ein relativ nüchternes Zwischenfazit in der These von den „Inseln“ der Deliberation und der Überzeugung. Gemessen am Goldstandard der Deliberation von Jürgen

---

18 Cas Mudde. „The Populist Zeitgeist“. *Government and Opposition* 4 (2004): 541-563; Hanspeter Kriesi „The Populist Challenge“. *West European Politics* 2 (2014): 361-378; Jan-Werner Müller, *Was Ist Populismus? Ein Essay* (Berlin: Suhrkamp, 2016); Cristóbal Rovira Kaltwasser, Paul A Taggart, Paulina Ochoa Espejo, Pierre Ostiguy (Hrsg.). *The Oxford Handbook of Populism* (Oxford: Oxford University Press 2019); Armin Schäfer, Michael Zürn, *Die demokratische Regression. Die politischen Ursachen des autoritären Populismus* (Berlin: Suhrkamp, 2021).

19 ÜG 611.

20 Harald Müller, "Internationale Beziehungen als kommunikatives Handeln," *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 1 (1994): 15-44. Thomas Risse-Kappen, "Reden ist nicht billig. Zur Debatte um Kommunikation und Rationalität," *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2 (1995): 171-184. Rainer Schmalz-Bruns, "Die Theorie kommunikativen Handelns - eine Flaschenpost? Anmerkungen zur jüngsten Theorie-debatte in den Internationalen Beziehungen," *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2 (1995): 347-370, Nicole Deitelhoff, Harald Müller. "Theoretical paradise—empirically lost? Arguing with Habermas." *Review of international studies* 1 (2005): 167-179; Tine Hanrieder, "Moralische Argumente in den Internationalen Beziehungen. Grenzen einer verständigungstheoretischen» Erklärung «moralischer Debatten." *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2 (2008): 161-186; Thomas Risse, "Reden ist (immer noch) nicht billig: Ein Kommentar." *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 1 (2017): 189-197.

Habermas, der Deliberation entgegen der klassischen Konzeption der Rhetorik primär als formales, egalitäres Verfahren des Vorbringens verallgemeinerbarer Gründe konzipierte,<sup>21</sup> lassen sich im „Meer“ einer auf Militär- und Finanzmacht gestützten internationalen Politik Deliberationsprozesse zwar nachweisen. Aber sie bleiben die isolierte Abweichung von der macht- und interessengeleiteten Regel des Verhandeln.<sup>22</sup>

Eine solche postmoderne Sonderrolle einer Insel der Seligen schien jedoch der europäische Integrationsprozess für sich in Anspruch nehmen zu können.<sup>23</sup> Zumindest eine normativ nicht ganz so anspruchsvolle Variante einer sanften Macht,<sup>24</sup> die sich dennoch als normative Macht,<sup>25</sup> eigentlich besser normierende Macht, fast ohne aktives Zutun des Regierens ausbreitet, vielleicht sogar in „Kaskaden“,<sup>26</sup> schien das Wesen des europäischen Integrationsprozesses zu erfassen. Diese Konjunktur der europäischen Sonderrolle ist abgeflaut. Die europäische Insel scheint im geopolitischen Meer der „Weltunordnung“ zu versinken.<sup>27</sup>

Knapp zwei Dekaden nach dem 2005 gescheiterten Verfassungsvertrag sind die Lehren zur Dynamik der Deliberation aus dem damals vorangegangenen Konvent (2002-2003)<sup>28</sup> lediglich in eine kaum beachtete Konferenz zur Zukunft Europas (2021-2022) eingeflossen, die Bürgerbeteiligung eher simulierte, als dass eine europäische Öffentlichkeit davon auch nur Notiz genommen hätte.

- 
- 21 Jürgen Habermas, *Theorien der kommunikativen Vernunft. Band 1. Handlungsrationality und gesellschaftliche Rationalisierung* (Frankfurt: Suhrkamp, 1981); Jürgen Habermas, *Theorien der kommunikativen Vernunft. Band 2. Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1981).
  - 22 Nicole Deitelhoff, *Überzeugung in der Politik: Grundzüge einer Diskurstheorie internationalen Regierens* (Frankfurt am Main: Suhrkamp 2006).
  - 23 Jeremy Rifkin, *European Dream. How Europe's Vision of the Future is Quietly Eclipsing the American Dream* (New York: Penguin, 2004).
  - 24 Joseph S. Nye, *Soft Power. The Means to Success in World Politics* (New York: PublicAffairs, 2005).
  - 25 Ian Manners, "Normative power Europe. A Contradiction in terms?." *Journal of Common Market Studies* 2 (2002): 235-258.
  - 26 Martha Finnemore, Kathryn Sikkink. „International norm dynamics and political change." *International Organization* 4 (1998): 887-917.
  - 27 Carlo Masala, *Weltunordnung. Die globalen Krisen und die Illusionen des Westens* (München: C.H. Beck, 2022).
  - 28 Daniel Göler, *Deliberation - Ein Zukunftsmodell europäischer Entscheidungsfindung? Analyse der Beratungen des Verfassungskonvents 2002-2003* (Baden-Baden: Nomos, 2006).

Statt der Entfaltung einer von deliberativen Prozessen ausgelösten Dynamik schufen in den letzten Jahren auch und gerade in der Europapolitik die Populisten eine postfunktionalistische Situation, in der sachliche Argumente gegenüber dem Beharren auf politischen Identitätsvorstellungen kaum eine Chance hatten.<sup>29</sup> Während es in der Eurokrise zunächst so aussah, als wäre auch der Dissens noch permissiv,<sup>30</sup> ließ das britische Referendum und der chaotisch verhandelte und vollzogene Brexit kaum mehr einen Zweifel am Leerlauf des europäischen Argumentationsprozesses. Der Verlust des Vereinigten Königreichs für die Europäische Union konnte als Bereinigung des Integrationsprozesses um einen störrischen Partner eingeordnet werden. Doch gerade die Unfähigkeit, auch schwierige Freunde einzubinden, legte offen, dass die politische Sprache der europäischen Integration an Macht und Legitimität verloren hatte.<sup>31</sup>

Die Erosion der normativen Macht Europas gegenüber schwierigen Partnern hatte bereits 2014 in der hybriden russischen Invasion der Ukraine als Reaktion auf den Euromaidan ein gänzlich anderes Niveau erreicht. Diesen Weckruf wollte nur wenig hören.<sup>32</sup> Mit dem russischen Überfall vom 24. Februar 2022 haben sich die Parameter Europas grundlegend verschoben. Man wird nicht umhinkommen, dem oben schon zitierten großen Skeptiker des 19. Jahrhunderts, Otto von Bismarck, hier zumindest eingeschränkt rechtzugeben: „Nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse werden die großen Fragen der Zeit entschieden – [...] – sondern durch Eisen und Blut.“<sup>33</sup>

Wie sehr die Debatte um die Deliberation in Deutschland weniger empirisch orientierte Wissenschaft und mehr sozialpsychologische Traumabearbeitung der Verbrechen, Zuspitzungen und Entgleisungen der Erkenntnis

---

29 Liesbet Hooghe, Gary Marks, „A Postfunctionalist Theory of European Integration. From Permissive Consensus to Constraining Dissensus.“ *British Journal of Political Science* 1(2009) 1-23.

30 Mariano Barbato, „Integration als Revolution: Souveränität und Legitimität der EU im Ausnahmezustand der Eurokrise.“ *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik* 6 (2013): 249-267.

31 James A. Caporaso, „Europe’s Triple Crisis and the Uneven Role of Institutions: the Euro, Refugees and Brexit“, *Journal of Common Market Studies* 6 (2018): 1345-1361.

32 Andreas Umland (Redakteur des Aufrufs) und 100 deutschsprachige Osteuropaexperten, „Friedenssicherung statt Expansionsbelohnung“, *Zeit Online*, 11. Dezember 2014.

33 Rede Bismarcks in der Budget-Kommission des Preußischen Landtags vom 30.9.1862, in: Otto von Bismarck, *Die gesammelten Werke*. Friedrichruher Ausgabe, Bd. 10: Reden, bearb. von Wilhelm Schüßler (Berlin: Verlag für Politik und Wirtschaft, 1928) 140.

Bismarcks im Verlauf der Geschichte des deutschen Nationalstaats darstellt, dürften die fast tragischen Einlassungen von Jürgen Habermas zum russischen Überfall auf die Ukraine verdeutlichen. Der Begründer einer höchst anspruchsvollen Konzeption der Deliberation plädierte nach knapp einem Jahr Krieg im Februar 2023 für ein weder konzeptionell noch empirisch spezifizierbares Verhandeln, das sich einzig und allein dadurch zu definieren schien, dass es als „Reden“ im Gegensatz zu einer Entscheidung durch „Blut und Eisen“ verstanden werden wollte.<sup>34</sup> Der anspruchsvolle Unterschied zwischen einer formalen Idealisierung der Deliberation und einer bloßen Reduktion des Verhandeln auf ein „Reden“ scheint zu implodieren. Wenn Bismarcks „Blut und Eisen“ nicht zur generellen Währung in Europa werden sollen, dann bedarf es eines Abschieds von der Fixierung der Argumentation auf formalisierte Verfahren und eine Rückbindung an historisch gewachsene, empirisch relevante Verständigungsversuche.

Dazu gehört auch die Anerkennung militärischer und ökonomischer Grundlagen der europäischen Konsensmaschine. Am Anfang stand die bedingungslose Kapitulation Deutschlands, die militärische Konfrontation mit der Sowjetunion und die Integration in den amerikanisch dominierten globalen Kapitalmarkt. Die europäische Insel der Argumentation kann tatsächlich als eine glückliche Anschwemmung durch günstige Strömungen in einem rauen Meer verstanden werden.

Auch beim Überwinden interner Leerläufe ist der europäische Argumentationszusammenhang kein autonomer, selbstreferenzieller Prozess, der aus eigener Kraft überleben kann. Der Integrationsprozess ruht nicht in sich selbst und hat dafür auch kein Potential. Ganz im Gegenteil stellt die Integration die Antwort europäischer Nationen darauf dar, sich nach ihrem weltpolitischen Niedergang in zwei Weltkriegen, dem Verlust der Kolonialreiche und der Bedrohung aus Varianten des Ostens ökonomisch wie sicherheitspolitisch unter dem Schirm der USA zu behaupten. Innerhalb dieses Rahmens ökonomischer, militärischer und normativer Macht des Westens entfaltete sich der Argumentationszusammenhang der europäischen Praxis im Nachkriegseuropa bis heute.<sup>35</sup>

---

34 Jürgen Habermas, „Ein Plädoyer für Verhandlungen“, *Süddeutsche Zeitung*, 14. Februar 2023.

35 Geir Lundestad, *'Empire' by Integration: The United States and European Integration, 1945-1997* (Oxford: Oxford University Press, 1998). Die Trump-Administration hat lediglich versucht, den Preis für die Verteidigung Europas für die Europäer, insbesondere Deutschland, deutlich zu erhöhen.

§ 2: Voraussetzungen, Fragen, Thesen, Ziele, Abgrenzungen

Die Europäische Union wird hier als legitimes Verhandlungssystem verstanden, das den politischen Rahmen für ein gutes Leben in Europa schafft. Das Anliegen der vorliegenden Arbeit ist es, das europäische Argumentieren innerhalb seiner Legitimität zu verstehen und seine Nachhaltigkeit herauszuarbeiten. Zwei Fragen stehen damit im Mittelpunkt: Was bedeutet Argumentieren und wie lauten die europäischen Argumente? Zwei grundsätzliche Fragen stehen dahinter: Wie kann die Politikwissenschaft davon etwas wissen und wie kann sie dazu etwas sagen?

Beginnen wir mit den Argumenten: Die Frage nach den europäischen Argumenten scheint eher klassisch. Doch hier interessieren nicht Argumente zur Begründung der europäischen Integration gegenüber einer Öffentlichkeit in den nationalen oder globalen Diskursen. Es wird nach den Argumenten gefragt, die das Argumentieren der Regierungen, Institutionen und der Vielzahl der europäischen Akteure von den Staatenlenkern und Diskursgestaltern bis zu den Bürokraten und Lobbyisten prägen und legitim und nachhaltig fortsetzen können. Damit richtet sich der Blick auf das europäische Argumentieren selbst. Dabei stellt sich die Frage, welche Argumente den Zugang zum europäischen Argumentieren eröffnen und dort Durchschlagskraft verleihen, weil sie als legitim gelten. Im nächsten Schritt geht es darum, zu verstehen, aus welcher Bewährung und welchen Konstellationen heraus, diese Argumente als legitim gelten, um sie auf ihre Nachhaltigkeit bei neuen Herausforderungen zu prüfen.

Die Auswirkungen des europäischen Argumentierens werden unter der Forschungsagenda der Europäisierung schon lange in den Fokus genommen.<sup>36</sup> Nachdem dort schon viel geklärt werden konnte, wurden die europäischen Argumente selbst interessant.<sup>37</sup> Der gemeinsame europäi-

---

36 Klassisch zum Forschungsansatz der Europäisierung vgl. u.a. Maria Green Cowles, James A. Caporaso und Thomas Risse-Kappen, *Transforming Europe. Europeanization and domestic change* (Ithaca: Cornell University Press, 2001); Christoph Knill, *The Europeanisation of National Administration* (Cambridge: Cambridge University Press, 2001); Beate Kohler-Koch und Rainer Eising, *The Transformation of Governance in the European Union* (London: Routledge, 1999).

37 Markus Jachtenfuchs und Beate Kohler-Koch, "Regieren und Institutionenbildung," in *Europäische Integration. 2. Auflage*, hrsg. von Markus Jachtenfuchs und Beate Kohler-Koch (Opladen: Leske+Budrich/UTB, 2003): 11-46; Frank Schimmelfennig, "The Community Trap: Liberal Norms, Rhetorical Action and the Enlargement of the EU," *International Organization* 55 (2001): 47-80.

sche Argumentationszusammenhang, den die nationalen Argumentationszusammenhänge durch ihre gemeinsame Praxis geschaffen haben und der nun eigenständig wirkt, wird von manchen – beispielsweise Wæver<sup>38</sup> – als so heterogen betrachtet, dass sie nicht glauben ihn, als Ganzes in den Blick nehmen zu können, sondern ihn als Interaktion gegensätzlicher nationaler und globaler Diskurse betrachten. Seine Heterogenität ist unbestritten. Doch auf der Basis dieser Heterogenität hat sich ein in sich widersprüchlicher, aber doch Legitimität einfordernder und Nachhaltigkeit versprechender Argumentationszusammenhang gebildet, den man unter verschiedenen Frageinteressen, aber sehr wohl als Einheit in den Blick nehmen kann.

Die europäische Praxis lässt viele Akteure zu, doch nicht alle Argumente der Akteure gelten als legitim. Nicht jedes Argument eröffnet den Zugang zur Praxis des Argumentierens. Wenn sich die Akteure gegenüber ihren Verhandlungspartnern Gehör verschaffen wollen, müssen sie europäisch argumentieren, d.h. Argumente benutzen, die innerhalb des Argumentationszusammenhangs als legitim gelten, alles andere ist Politisierung und Polarisierung mit wenig Aussicht auf Nachhaltigkeit. Die Frage nach den Argumenten *des Argumentationszusammenhangs* drängt damit die Frage nach den Akteuren und *ihren Argumenten* in die zweite Reihe.

In der stabilen europäischen Praxis geht es bei vielen Argumentationen nicht mehr darum, eine gemeinsame Sprache zu finden, sondern sich in der gemeinsamen Sprache legitimer Argumente auszudrücken.

Gleichzeitig gilt auch, dass nicht jedes Argument, das innerhalb des europäischen argumentationszusammenhang als legitim erscheint, auch nachhaltig ist. Auch legitime Argumente können die Zukunftsfähigkeit der europäischen Praxis verspielen. Die europäische Praxis muss die Argumente ihres Argumentationszusammenhang stetig verknüpfen, die zugleich legitim und nachhaltig sind. Nur dann sichert sie die Macht und die Zukunftsfähigkeit ihres Argumentationszusammenhangs. Daraus ergibt sich keine Engführung auf einen einzigen Weg, die Varianz möglicher Konstellationen schränkt sich aber doch ein.

Was bedeutet nun Argumentieren? Im Mittelpunkt der Antwort steht die Sprachlichkeit und die Geschichtlichkeit politischen Handelns. Argumentieren ist eine sprachliche Tätigkeit, die immer in einer historischen

---

38 Ole Wæver, "Identity, communities and foreign policy: discourse analysis as foreign policy theory," in *European Integration and National Identity. The challenge of the Nordic States*, hrsg. von Lene Hansen und Ole Wæver (London: Routledge, 2002): 20-49, auf S. 33-39.



Situation steht, der schon eine Argumentation vorausgegangen ist. Argumentieren kann deswegen nicht auf ein Abgleichen von fixen Interessen reduziert werden – die Vorstellung des *bargaining*. Auch stellen die Akteure ihre Ziele grundsätzlich nicht offen und im Licht der Vernunft zur Disposition – die Deliberationsvorstellung des kommunikativen Handelns. Wenn Argumentieren das offene Aushandeln von veränderbaren Zielen vor dem Hintergrund geteilter Legitimitätsvorstellungen und mit der Absicht der gemeinsamen Gestaltung von Zukunft sein sollte, kann die klassische Rhetorik mit ihrer Vorstellung von Deliberation und Topik zum aristotelischen Begriff der Praxis führen, der dann für das offene Aushandeln in gewachsenen Legitimitäts- und Argumentationszusammenhängen steht.

Mit Wittgenstein wird die Sprachlichkeit des Aushandelns deutlich. Sprache bedeutet für Wittgenstein Lebensform. Das sprachliche Handeln steht im Gebrauchszusammenhang der Sprache und schafft ihn zugleich. In der Sprache zeigen sich die Regeln und Argumente. Die Sprache ist wie die Lebensform ein gewachsener und offener Prozess. Wittgenstein verwendet dafür das bereits angeführte Leitbild der alten Stadt.

Wenn man sich nun den epistemologischen und methodologischen Fragen zuwendet, wäre eigentlich seit Aristoteles klar, dass die Wissenschaftlichkeit sich gegenüber der gewachsenen und offenen Praxis nicht durch ein allgemeines und überzeitliches Wissen beweisen kann. Es geht darum, sich dem Partikulären in der Zeit zu nähern und seine historische Legitimität und zukunfts offene Nachhaltigkeit zu verstehen, zu prüfen und „ratend“ fortzuführen. Wittgensteins Sprachspiel, das er als familienähnliche Vergleichsmethode an die sprachliche Lebensform heranträgt, um sie zu verstehen und ihren Leerlauf zu überwinden, klärt nicht nur die epistemologische Position, sondern liefert auch einen methodologischen Ansatz, der von der Philosophie auf die Politikwissenschaft übertragen werden soll.

Wittgenstein verwendet den Begriff des Sprachspiels auf drei verschiedene Weisen: Er spricht vom Sprachspiel als Ganzem; er gebraucht es als funktionales Sprachspiel für nach bestimmten Regeln abgegrenzte Einheiten; in einfachen Sprachspielen – die ich vor dem Hintergrund der Topik als topische Sprachspiele konzipiert übertragen möchte – zeigt und verdeutlicht er beispielhaft bestimmte Problemstellungen.

Die zu entwickelnde Methode muss Sprache, Geschichte und Handeln der Politik zueinander in Beziehung setzen. Der Raum des politischen wie auch des wissenschaftlichen Handelns entsteht im Handeln der Argumentierenden in einem historisch gewachsenen, sprachlichen Zusammenhang. Die Praxis der Argumentation kann sich nicht beliebig auf eine neue Kon-

stellation ihrer Argumente einlassen. Sie kann nur aus der Legitimität ihrer Geschichte heraus argumentieren. Geschichte und Tradition liefern somit nicht nur den Zusammenhang der Argumente, sondern ihre Bewährung garantiert ihre Legitimität. Doch ist dabei keine Unterwerfung unter den Primat der Tradition gemeint. Die Legitimationszusammenhänge der Geschichte sind ja eben gerade nicht fix, sondern leben vom Zulassen von Widersprüchen und vorläufigen Problemlösungen. Damit tragen sie ihre eigene Kritik und ihren eigenen Wandel in sich. Es kommt nun darauf an, ob sie sich weiter bewähren oder so verändert werden müssen, dass ihre Kontinuität nur noch in Fragmenten gewahrt bleibt und so als Erzählung einer stimmigen Argumentation abbricht. Die Bewährung in der Vergangenheit kann die Legitimität der Argumente nur erhalten, wenn sie auch in die Zukunft hinein Nachhaltigkeit versprechen kann.

Es geht dabei nicht um neue Erkenntnisse im Sinne des Sammelns neuer Daten und Fakten. Die bekannten Daten sollen vielmehr in ihrem Zusammenhang gesehen und auf ihre Nachhaltigkeit hin überprüft werden. Auf diese Nachhaltigkeit der dominanten Argumentation kommt es einem klassischen Konstruktivismus an, der hier leitend bleibt.<sup>39</sup>

Es soll ausgelotet werden, wie sich eine als positiv empfundene Argumentationslinie stabilisieren und fortsetzen lässt. Auf dieser Basis leistet ein klassischer Konstruktivismus einen anderen Beitrag als sein kritischer, dekonstruktivistischer Widerpart, dessen Berechtigung gerade in seiner anderen Zielrichtung indirekt bestätigt wird. Der klassische Konstruktivismus leistet aber mehr als der empirische Positivismus oder seine Spielart des *middle ground constructivism*.<sup>40</sup> Auf der pragmatischen Basis des Fokus auf der Praxis kann es gelinge, die Inhalte der dort behandelten Agenda zukunfts- und praxisorientiert voranzubringen.<sup>41</sup>

Ein solcher Ansatz kann auf die Frage, was sein wird und sein soll, aus der Perspektive des betroffenen Argumentationszusammenhangs Angebote

---

39 Friedrich Kratochwil, "History, Action and Identity: Revisiting the 'Second' Great Debate and Assessing its Importance for Social Theory." *European Journal of International Relations* 1 (2006): 5-29; Friedrich Kratochwil, *Praxis: On Acting and Knowing* (Cambridge: Cambridge University Press, 2018).

40 Emanuel Adler, "Seizing the middle ground: constructivism in world politics," *European Journal of International Relations* 3 (1997): 319-363.

41 Emanuel Adler, Vincent Pouliot (Hrsg.), *International Practices* (Cambridge: Cambridge University Press, 2011); Alena Drieschova, Christian Bueger und Ted Hopf (Hrsg.), *Conceptualizing International Practices* (Cambridge: Cambridge University Press, 2022); Friedrich Kratochwil, *After Theory, Before Big Data: Thinking about Praxis, Politics and International Affairs* (London: Routledge, 2021).

und Antworten formulieren, die spezifischer sind als allgemeine Gesetze und weniger einfach postulierend oder spekulierend wie die Appelle, die oft empirischen Arbeiten hintangestellt werden. Denn die spezifischen Argumente und Argumentationslinien des Argumentationszusammenhangs werden epistemologisch und methodologisch fundiert herausgearbeitet, um sie auf ihre Nachhaltigkeit hin zu überprüfen.

Mit der klaren Ausrichtung auf eine pro-europäische Erzählung erfolgt eine explizite, perspektivische, politische Abgrenzung. Diese Haltung kann nicht bewiesen werden, sie begründet sich in der Nachhaltigkeit des guten Lebens. Ich gehe davon aus, dass die Praxis des integrierten Europas und seine Zielsetzung von Frieden und Wohlstand positiv gesehen werden können, weil sein gegenwärtiger Zustand sich aus der Vergangenheit heraus bewährt hat und sein Argumentationszusammenhang zukunftsfähig scheint und Nachhaltigkeit versprechen könnte. Diese Fortsetzbarkeit möchte diese Arbeit herausarbeiten und Hinweise bereitstellen, wie dieser Pfad weiter beschritten werden kann. In dieser Fähigkeit, Zukunft nachhaltig zu gestalten liegt die Macht und die Legitimität politischer Sprache.

Für das auswählende Vortragen einer Sprachspielerzählung ist das Frageinteresse von Bedeutung. Hier steht die Verbindung von Vertiefung und Erweiterung im Mittelpunkt, die als treibende Achse der Integrationsmotors verstanden wird. Unter diesem Aspekt wird der Argumentationszusammenhang ordnend zusammengestellt.

Obwohl durch das methodologische und epistemologische Fragen in der Vorbereitung und in der Ausformulierung der Sprachspielmethode auch philosophische Fragen aufgeworfen werden, verstehen sich die Antworten als politikwissenschaftliche.

### § 3: Die Praxis des europäischen Argumentierens

Die europäische Praxis des Aushandelns unterscheidet sich vom innerstaatlichen und internationalen Verhandeln auf grundlegende und entscheidende Weise: Es wird keine Gewalt und auch kein Zwang ausgeübt – auch nicht als Möglichkeit. Der hobbes'sche Urzustand ist in der EU beseitigt, ohne dass der Leviathan des Staates notwendig geworden wäre.<sup>42</sup> Im Gegensatz zum internationalen System, das als letzte Entscheidung den Krieg

---

42 Vgl. klassisch zum Phänomen der security communities: Karl Wolfgang Deutsch, *Political community and the North Atlantic area* (New York: Greenwood Press, 1969).

kennt und im Unterschied zu innerstaatlichen politischen Systemen, die als letzte Entscheidung den Spruch der Mehrheit (des Volkes oder der herrschenden Schicht) kennen, verfügt die EU beim Treffen von Entscheidungen nur über die Möglichkeit des Verhandeln. Das Ende des seit der Transformation des Mittelalters im Westfälischen Frieden implementierten „Urzustands“ verlief hier nicht über die gewohnte Schiene der Dichotomie von interner und externer Souveränität. Die friedensstiftende Integration gelang ohne eine Zentralisierung des Gewaltmonopols. Der Souveränitätsbegriff erfuhr in der EU vielmehr eine einschneidende Wandlung hin zum Konsens der grundsätzlich freien und gleichberechtigten Akteure, die je nach Vorgabe der Verträge in unterschiedlichen Konstellationen in den fragmentierten und überlappenden funktionalen Ebenen regieren.<sup>43</sup> Es genügt nicht mehr, das Zentrum unter Kontrolle zu bringen, die dominante Art der Entscheidungsfindung auch und gerade in der Mehrheitsdemokratie, sondern es muss immer wieder um den Konsens gerungen werden.<sup>44</sup> Die Argumentation in und zwischen den voneinander abhängigen funktionalen Ebenen, in der alle Entscheidungen wieder stabilisiert und neu ausgehandelt werden müssen, rückt damit in den Mittelpunkt. Auch wenn gelegentlich Entscheidungsverfahren aus Effizienzgründen in die Hand verschiedener Mehrheiten gelegt werden, bleibt diese Entscheidung immer an den Prozess des Verhandeln gebunden. Nicht die einmalige Entscheidung an einem Punkt der Zeitachse bestimmt die Politik in der Union, sondern das fortwährende Rückbinden, Stabilisieren und Interpretieren dieser Entscheidungen an und innerhalb des Verhandlungsprozesses.

## I. Verhandeln im Mehrebenensystem

Der Ansatz des Mehrebenensystems eröffnete diesen Blick auf das Spezifische des europäischen Regierens jenseits der Staatlichkeit, das im Verhandeln liegt:

---

43 Mariano Barbato, *Souveränität im neuen Europa. Der Souveränitätsbegriff im Mehrebenensystem der Europäischen Union* (Hamburg: Dr. Kovac, 2003).

44 Grundsätzlich zur Bedeutung des Konsenses unter Einschluss der unterlegenen Minderheit: Christopher J. Anderson, André Blais, Shaun Bowler, Todd Donovan und Ola Lishaug, *Losers' Consent. Elections and Democratic Legitimacy* (Oxford: Oxford University Press, 2005).

„Das europäische Mehrebenensystem ist in erster Linie ein Verhandlungssystem, in dem Ergebnisse nicht durch Befehlsmacht oder Mehrheitsentscheid, sondern durch Verhandlungsgeschick erzielt werden.“<sup>45</sup>

Mit dem Fokus auf das politische Verhandeln integriert der Ansatz des Mehrebenensystems dabei den wichtigsten Beitrag des Intergouvernementalismus<sup>46</sup> und konzeptualisiert gleichzeitig das politische System in der Perspektive funktionaler *Ebenen*, ohne die funktionale *Logik* des Neofunktionalismus<sup>47</sup> zu übernehmen. Die EU zeichnet sich als Mehrebenensystem dadurch aus, dass durch den Teiltransfer von Souveränität<sup>48</sup> in den Einzelmachtungen der Verträge immer nur abgegrenzte funktionale Regelzusammenhänge dem Institutionengefüge der europäischen Integration überantwortet wurden. Diese funktionalen Ebenen lassen sich einerseits nicht voneinander separieren wie Territorien in zwischenstaatlichen Systemen, da sie überlappen und sich gegenseitig bedingen, sind aber andererseits nicht wie in innerstaatlichen Systemen einem Entscheidungsmonopol unterworfen. Diese neue Perspektive lässt die EU zum einen als postmoderne *polity* erscheinen,<sup>49</sup> zum anderen erlaubt sie die Analyse entlang der klassischen Kriterien eines politischen Systems.<sup>50</sup>

---

45 Edgar Grande, "Multi-Level-Governance: Institutionelle Besonderheiten und Funktionsbedingungen des europäischen Mehrebenensystems," in *Wie problemlösungsfähig ist die EU? Regieren im europäischen Mehrebenensystem*, hrsg. von Edgar Grande und Markus Jachtenfuchs (Baden-Baden: Nomos, 2000): 11-30, auf S. 17. Vgl. Auch Thomas Christiansen, "Reconstructing European Space," in *Reflective Approaches to European Governance*, hrsg. von Knud Erik Jørgensen (Houndmills: Macmillan, 1997): 51-68, auf S. 65; Beate Kohler-Koch, "The Evolution and Transformation of European Governance," in *Transformation of Governance in the European Union*, hrsg. von Beate Kohler-Koch und Rainer Eising (London: Routledge, 1999): 14-35, auf S. 30.

46 Andrew Moravcsik, *The choice for Europe* (Ithaca: Cornell University Press, 1998).

47 Vgl. Jesse Tranholm-Mikkelsen, "Neo-functionalism: Obstinate or Obsolete?," *Millennium* 20 (1991): 1-20. Vgl. auch Philippe C. Schmitter, "Neo-Neo-Functionalism," in *European Integration*, hrsg. von Thomas Diez und Antje Wiener (Oxford: Oxford University, 2003).

48 Ausführlich dazu Mariano Barbato, *Souveränität im neuen Europa. Der Souveränitätsbegriff im Mehrebenensystem der Europäischen Union* (Hamburg: Dr. Kovac, 2003).

49 John Gerard Ruggie, "Territoriality and beyond: problematizing modernity in international relations," *International Organization* 47 (1993): 139-174, auf S. 140-151.

50 Simon Hix, *The Political System of the European Union* (Houndmills: Macmillan Press, 1999) auf S. 2-4; Leon N. Lindberg und Stuart A. Scheingold, *Europe's would-be polity. Patterns of change in the European community* (Englewood Cliffs: Prentice-

Mit dieser Gleichzeitigkeit geht nun die Literatur zum Mehrebenenansatz unterschiedlich um. Grundsätzlich lassen sich zwei Stränge unterscheiden.<sup>51</sup> Der eine Strang entwickelte ein neoföderales Modell, das die Politikbereiche und Akteure territorialen Ebenen zuordnete und dann deren Interaktion untersuchte.<sup>52</sup> Der andere Strang konzentrierte sich auf die Wende zur Funktion und die funktionale Konstituierung des politischen Systems. Daraus ergab sich der Vorteil, sowohl die Spannweite der Verfahren von supranational bis intergouvernemental integrieren zu können wie auch für die territorial unterschiedliche Ausdehnung von Funktionsräumen gerüstet zu sein.<sup>53</sup>

Die hier eingenommene Position orientiert sich am funktionalen Zweig. Denn dieser Zweig nimmt den Verlauf der Integration als die Neugestaltung von Funktionsbereichen und damit die Inkongruenz von Funktionszuschreibung und Territorium ernst.<sup>54</sup> Was im Ergebnis Anklänge an ein neoföderales Gebilde zeigt, bleibt, seiner historischen Entwicklung nach, ein politisches System, das sich über Funktionen konstituiert und dessen aktueller Zustand, ebenso wie seine zukünftigen Potentiale, auch nur so verstanden werden können. Das politische Handeln der EU findet zwar auf dem Territorium der Mitglieder statt, hat aber nur innerhalb seiner

---

Hall, 1970). Vgl. dazu auch Frank Pfetsch, *Die Europäische Union* (München: UTB/Fink, 2001) auf S. 119-173.

- 51 Edgar Grande, "Multi-Level-Governance: Institutionelle Besonderheiten und Funktionsbedingungen des europäischen Mehrebenensystems," in *Wie problemlösungsfähig ist die EU? Regieren im europäischen Mehrebenensystem*, hrsg. von Edgar Grande und Markus Jachtenfuchs (Baden-Baden: Nomos, 2000): 11-30, auf S. 11-12. Der Mehrebenenansatz hat sich auf der Grundlage dieser Unterscheidung seither weit ausdifferenziert. Die Einbettung in die Literatur wird hier auf der Basis der ersten Auflage belassen, da sich für den Kern der Argumentation aus Weiterentwicklung der Debatte keine Veränderung ergeben hat.
- 52 Liesbet Hooghe und Gary Marks, *Multi-Level Governance and European Integration* (Lanham: Rowman & Littlefield, 2001); Gary Marks, Liesbet Hooghe und Kermit Blank, "European Integration from the 1980s: State-centric v. Multi-level Governance," *Journal of Common Market Studies* 34 (1996): 341-378.
- 53 Markus Jachtenfuchs und Beate Kohler-Koch, "Regieren im Mehrebenensystem," in *Europäische Integration*, hrsg. von Markus Jachtenfuchs und Beate Kohler-Koch (Opladen: UTB/ Leske+Budrich, 1996): 5-44. Markus Jachtenfuchs und Beate Kohler-Koch, "Regieren und Institutionenbildung," in *Europäische Integration. 2. Auflage*, hrsg. von Markus Jachtenfuchs und Beate Kohler-Koch (Opladen: Leske+Budrich/UTB, 2003): 11-46.
- 54 Markus Jachtenfuchs und Beate Kohler-Koch, "Regieren im Mehrebenensystem," in *Europäische Integration*, hrsg. von Markus Jachtenfuchs und Beate Kohler-Koch (Opladen: UTB/Leske+Budrich, 1996): 5-44, auf S. 21-24.

funktionalen Bereiche die Möglichkeit, souveräne Entscheidungen zu fällen. Diese funktionalen Bereiche umfassen oder tangieren jedoch so viele öffentliche Aufgaben, dass der ehemals ausschließliche Herrschaftsgewalt symbolisierende Eigentumsanspruch auf das Territorium eher der funktional zu verstehenden Aufgabe weicht, das Territorium für verschiedene andere funktionale Bereiche des Regierens bereitzustellen, von denen manche noch weitgehend von den einzelnen Staaten eigenständig geregelt werden können. Das Territorium verschwindet so nicht aus der Betrachtung,<sup>55</sup> verliert aber seine konstituierende Aufgabe an die Funktion.

Mit der Wende zur Funktion kommt die Schwierigkeit der Abgrenzung in den Blick: Territorien sind ausschließlich organisierbar, Funktionen sind nicht nur schwer voneinander abzugrenzen, sie bedingen einander, womit die Bedeutung des Verhandeln in und zwischen den überlappenden Ebenen weiter deutlich wird.

Doch die Grenzen verfließen nicht nur zwischen den Funktionen, sondern auch bei ihrer territorialen Ausdehnung. Das politische System kennt nicht nur eine Vielzahl von Übergangsfristen, die die territoriale Reichweite je nach Funktion zumindest zeitweilig variieren lässt. Es hat beispielsweise mit der Währungsunion und mit dem *Opting-out* bei der Innen- und Justizpolitik in Maastricht und der vertraglichen Fixierung der „verstärkten Zusammenarbeit“ in Amsterdam<sup>56</sup> einen Pfad beschritten, der die Konstituierung der EU durch funktionale Ebenen unterstreicht. Der im Zuge der Eurokrise etablierte Europäische Stabilitätsmechanismus stellt eine eigenständige internationale Organisation der Eurostaaten dar, ohne Integration in der Rechtsrahmen der Europäischen Union.<sup>57</sup>

Wenn die Grenze zwischen *inside* und *outside*<sup>58</sup> der staatlich, territorial konzipierten Welt fraglich wird, steht auch die Beziehung der Integrati-

---

55 Zur Aufgabe des staatlichen Territoriums vgl. Klaus-Dieter Wolf, "Die Grenzen der Entgrenzung (Kommentar)," in *Regieren in entgrenzten Räumen. Politische Vierteljahresschrift, SonderH. 29/1998 Jahrgang 39*, hrsg. von Beate Kohler-Koch (Opladen: Westdeutscher Verlag, 1998): 77-87.

56 Christian Deubner, "Differenzierte Integration: Übergangerscheinung oder Strukturmerkmal der künftigen Europäischen Union," *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. B1-2 (2003): 24-32.

57 Für einen ähnlich Blickwinkel auf die verschiedenen Ebenen der europäischen Praxis vgl. Luuk van Middelaar, *Vom Kontinent zur Union. Gegenwart und Geschichte des vereinten Europa* (Berlin: Suhrkamp, 2016).

58 R. B. J. Walker, *Inside/outside: International Relations as Political Theory* (Cambridge: Cambridge University Press, 1993). Vgl. auch R. B. J. Walker, "Europe is not where it is supposed to be," in *International Relations Theory and the Politics of*

onstheorie zu den Disziplinen der Internationalen Beziehungen und der Vergleichenden Regierungslehre zur Diskussion. Da die EU schon lange als „full blown political system“<sup>59</sup> verstanden werden kann, könnte die Überführung der Integrationsforschung in die Disziplin der Regierungslehre vollzogen werden. Das politische System wäre zwar weder *federation* noch *regime*,<sup>60</sup> aber doch ein politisches System, das nur ohne die zentralen Merkmale der anderen beiden auskommt und deswegen ein breites Spektrum von Verfahrensweisen kennt, die man analysieren kann.<sup>61</sup>

Wenn man die im funktionalen Mehrebenenmodell gewonnen Einsichten jedoch aufgreifen möchte, beantwortet die *Policy*-Analyse allein die Frage nach dem politischen System der EU nicht zufrieden stellend. Wenn die Integrationsforschung in der Vergleichenden Regierungslehre aufgeht, endet die weitere Klärung des spezifisch Neuen, das das politische System der EU ausmacht und es von staatlichen Systemen ebenso unterscheidet wie vom internationalen System.

Für theoretisch weniger interessierte Beobachter mag ein weiterer Einwand naheliegender sein: Im Kern des politischen Systems der EU liegt eine Dynamik, die durch eine Orientierung an klassischen Politikfeldanalysen nicht eingefangen werden kann. Der Ansatz des Mehrebenensystems wurde nicht als Modell für ein statisches politisches System konzipiert. Jachtenfuchs und Kohler-Koch sprechen vielmehr von einem „dynamische(n) Mehrebenensystem.“<sup>62</sup>

Obwohl zu Recht die Frage der Finalität mit dem Argument verabschiedet wird, bereits ein politisches System vorzufinden, das sich nicht auf eines der alten Modelle hin entwickelt, zeichnet sich dieses System doch vor allem dadurch aus, dass es sich vertieft und erweitert. Angesichts dieser

---

*European Integration. Power, Security and Community*, hrsg. von Morten Kelstrup und Michael C. Williams (London: Routledge, 2000): 14-32.

59 Simon Hix, *The Political System of the European Union* (Houndmills: Macmillan Press, 1999) auf S. 1.

60 William Wallace, "Less than a Federation, more than a Regime: The Community as a Political System," in *Policy-Making in the European Community*, hrsg. von Helen Wallace et al. (Chichester: Wiley, 1983): 403-436.

61 Edgar Grande und Markus Jachtenfuchs (Hrsg.), *Wie problemlösungsfähig ist die EU? Regieren im europäischen Mehrebenensystem* (Baden-Baden: Nomos, 2000).

62 Markus Jachtenfuchs und Beate Kohler-Koch, "Regieren im Mehrebenensystem," in *Europäische Integration*, hrsg. von Markus Jachtenfuchs und Beate Kohler-Koch (Opladen: UTB/Leske+Budrich, 1996): 5-44, auf S. 16.



Herausforderung genügt die Frage nach dem „*how the EU works today*“<sup>63</sup> nicht.

Die entscheidende Frage lautet dann, ob und wie das politische System der EU *morgen* arbeiten wird. Die Analyse seiner verschiedenen Ebenen ist deswegen nicht nur als Einzelfallanalyse interessant, sondern immer auch unter der Perspektive des Erhalts und der Entwicklung des gesamten politischen Systems der EU. Eine zukunftsfähige Integrationsforschung muss prüfen, welche Anknüpfungspunkte und Lösungsmöglichkeiten das politische System der EU heute in seiner Verhandlungsdynamik bereithält, um morgen verändert diese Dynamik fortsetzen zu können.

## II. Deliberation und Topik

Wenn das politische System der EU als Verhandlungssystem charakterisiert ist und die Bedeutung der Verhandlungsdynamik erkannt ist, stellt sich die Frage nach der Art dieses Verhandeln. Zur Beantwortung dieser Frage kann die Debatte in der Theorie der Internationalen Beziehungen mit der Integrationstheorie verbunden werden. Selbst aus einer neorealistischen Perspektive lässt sich dort die enge Kooperation der EU-Staaten nur über die These der *voice opportunity*<sup>64</sup> erklären, die besagt, dass es für die Handlungsmöglichkeit der Staaten entscheidend ist, ein Wort in den Verhandlungen mitreden zu können.<sup>65</sup> Innerhalb dieser Verhandlungen gilt es aus dieser Perspektive des *bargaining*, gegebene Interessen durchzusetzen. Die aus der Internationalen Beziehungen bekannte neoutilitaristische Synthese

---

63 Simon Hix, *The Political System of the European Union* (Houndmills: Macmillan Press, 1999) auf S. 1; Markus Jachtenfuchs und Beate Kohler-Koch, "Regieren im Mehrebenensystem," in *Europäische Integration*, hrsg. von Markus Jachtenfuchs und Beate Kohler-Koch (Opladen: UTB/Leske+Budrich, 1996): 5-44, auf S. 20; Thomas König, Elmar Rieger und Hermann Schmitt (Hrsg.), *Das europäische Mehrebenensystem* (Frankfurt am Main: Campus, 1996) auf S. 16.

64 Joseph Grieco, "The Maastricht Treaty, Economic and Monetary Union and the Neorealist Research Programme," *Review of International Studies* 21 (1995): 21-40; Joseph Grieco, "The State Interests and Institutional Rule Trajectories: A Neorealist Interpretation of the Maastricht Treaty and the European Monetary Union," *Security Studies* 5 (1996): 261-305.

65 Kritisch dazu Steve Smith, "International theory and European integration," in *International Relations Theory and the Politics of the European Integration*, hrsg. von Morten Kelstrup und Michael C. Williams (London: Routledge, 2000): 33-56, auf S. 43-45.

von neoliberalen und neorealistischen Ansätzen hat Moravcsik erfolgreich unter dem liberalen Paradigma der Integrationsforschung als *Liberal Intergovernmentalism*<sup>66</sup> dominant gemacht.<sup>67</sup> Für das Mehrebenensystem bestünde nun die Möglichkeit, Moravcsiks Ansatz des *bargaining* der großen Konferenzen<sup>68</sup> auf das ganze Mehrebenensystem der EU zu übertragen und aus dem innerstaatlich-intergouvernementalen *two-level-game*<sup>69</sup> dementsprechend ein *multi-level-game* zu machen. Akteure definieren in Verhandlungen innerhalb ihres *levels* ihre Interessen und vertreten sie dann gegenüber anderen Akteurskonstellationen. Die Akteure, die möglichst viele und wichtige funktionale Ebenen beherrschen und deswegen zwischen vielen *levels* verhandeln können, sind die dominanten Spieler. Sie können ihre Interessen besser durchsetzen, als Akteure, deren Stimme auf die Verhandlungen innerhalb eines bestimmten *levels* beschränkt ist. Bei großen Verhandlungen dieser starken Akteure setzen sich die mächtigsten mit *side payments* gegen die weniger mächtigen durch und schließen unter einander *package deals* ab.<sup>70</sup>

Der traditionelle liberalen Ansatz der Europaforschung kritisiert das Paradigma des Nutzenmaximierens einzelner Akteure als zu eng gestrickt. Nutzen erscheint hier eher als gemeinsame Problemlösungsfähigkeit. Diese Problemlösungsfähigkeit stellt in Grandes und Jachtenfuchs Band den zentralen Schlüssel zum Verständnis der Verhandlungen dar.<sup>71</sup> Mit diesem Fokus lässt sich die enge Sicht der Verhandlungen als durch Interessen gesteuertes *bargaining* in einem ersten Schritt weiten. Die Effizienz beginnt eine entscheidende Rolle zu spielen.

Mit diesem Schritt zur Problemlösungsfähigkeit wird der Rahmen möglicher Verhandlungsweisen in der Spannung zwischen der kontrollierten

---

66 Andrew Moravcsik, "The Future of European Integration Studies: Social Science or Social Theory?," *Journal of International Studies* 28 (1999): 371-391.

67 Steve Smith, "International theory and European integration," in *International Relations Theory and the Politics of the European Integration*, hrsg. von Morten Kelstrup und Michael C. Williams (London: Routledge, 2000): 33-56, auf S. 45-47. Vgl. auch Mariano Barbato, *Souveränität im neuen Europa. Der Souveränitätsbegriff im Mehrebenensystem der Europäischen Union* (Hamburg: Dr. Kovac, 2003) auf S. 53-60.

68 Andrew Moravcsik, *The choice for Europe* (Ithaca: Cornell University Press, 1998).

69 Andrew Moravcsik, "Preference and Power in the European Community," *Journal of Common Market Studies* 31 (1993): 473-519.

70 Pollack scheint diesen Weg gehen zu wollen: Mark Pollack, *The Engines of European Integration* (Oxford: Oxford University Press, 2003).

71 Edgar Grande und Markus Jachtenfuchs (Hrsg.), *Wie problemlösungsfähig ist die EU? Regieren im europäischen Mehrebenensystem* (Baden-Baden: Nomos, 2000).

Verfolgung eigener Interessen und der effizienten Lösung gemeinsamer Probleme geweitet. Effizienz allein löst aber noch kein Problem.

Mit „Effizienz“ und „Problem“ sind nur sehr abstrakte Begriffe gegeben, die einen inhaltlichen Bezug fordern, der über den Begriff des Interesses nicht hinreichend bereitgestellt werden kann. Eine gemeinsame Zielperspektive über den Abgleich von Interessen hinaus eröffnet sich erst mit neu eingebrachten Ideen.

Innerhalb des positivistischen Paradigmas sind die Vorstellungen von Ideen als treibende Kraft der Kooperation von Keohane und Goldstein eingebracht worden.<sup>72</sup> Für die Integrationsforschung übertrug Jachtenfuchs diesen Ansatz.<sup>73</sup> Ideen werden dort vor allem in der Ergänzung zu Interessen dann relevant, wenn Präferenzen nicht eindeutig sind. Gerade wenn, wie Jachtenfuchs bemerkt, die Konstruktion Europas nun mehr durch die Frage nach der Herrschaftsform herausgefordert wird als durch die Gestaltung eines Markts, wird die Analyse von Neuland markierenden Ideen immer dringlicher. Klassisch für die Integrationsforschung hat dieses Problem Heinrich Schneider mit dem Begriff der Leitbilder umrissen.<sup>74</sup>

Um der neoutilitaristischen Position des *bargaining* im Sinne der problemlösenden Relevanz der Ideen besser entgegenzutreten zu können, wurde, wie oben schon angesprochen, in die Theoriediskussion der Internationalen Beziehungen Habermas' Begriffsprägung der Deliberation eingeführt.<sup>75</sup>

---

72 Judith Goldstein und Robert O. Keohane, *Ideas and Foreign policy. Beliefs, Institutions, and Political Change* (Ithaca: Cornell University Press, 1993). Kritisch dazu Mark Laffey und Jutta Weldes, "Beyond Belief: Ideas and Symbolic Technologies in the Study of International Relations," *European Journal of International Relations* 3 (1997): 193-237.

73 Markus Jachtenfuchs, *Die Konstruktion Europas. Verfassungsideen und institutionelle Entwicklung* (Baden-Baden: Nomos, 2002). Für die Bedeutung einer bestimmten Konstellation von Ideen vgl. Craig Parsons, *A Certain Idea of Europe* (Ithaka: Cornell University Press, 2006).

74 Heinrich Schneider, *Leitbilder der Europapolitik* (Bonn: Europa Union, 1977).

75 Peter Niesen und Benjamin Herborth (Hrsg.), *Anarchie der kommunikativen Freiheit. Jürgen Habermas und die Theorie der internationalen Politik* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2007). Vgl. dazu auch die ZIB-Debatte: Harald Müller, "Internationale Beziehungen als kommunikatives Handeln," *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 1 (1994): 15-44. Gerald Schneider, "Rational Choice und kommunikatives Handeln. Eine Replik auf Harald Müller", in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 1 (1994): 357-366. Otto Keck, "Rationales kommunikatives Handeln in den internationalen Beziehungen. Ist eine Verbindung von Rational-Choice-Theorien und Habermas' Theorien des kommunikativen Handelns möglich?," *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2 (1995): 5-48. Thomas Risse-Kappen, "Reden ist nicht billig. Zur Debatte um Kommunikation und Rationalität,"

In der Integrationstheorie fand die Einführung des deliberativen Ansatzes aus der Policyanalyse und der Untersuchung der Komitologie heraus statt.<sup>76</sup>

Bei Habermas steht Deliberation für einen Verhandlungsstil, der nicht die Durchsetzung von gegebenen Interessen in den Mittelpunkt stellt, sondern das gemeinsame Suchen nach Lösungen in den Vordergrund schiebt. Der Begriff steht für ein offenes, bedenkendes und erwägendes gemeinsames Beratschlagen.<sup>77</sup> Wenn die Politikwissenschaft von ihrem dominanten Paradigma der rationalen Wahl und des *bargaining* Abstand nehmen will, findet sie so gleichsam ganz natürlich zu Habermas.<sup>78</sup>

---

*Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2 (1995): 171-184. Rainer Schmalz-Bruns, "Die Theorie kommunikativen Handelns - eine Flaschenpost? Anmerkungen zur jüngsten Theoriedebatte in den Internationalen Beziehungen," *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2 (1995): 347-370. Harald Müller, "Spielen hilft nicht immer. Die Grenzen des Rational-Choice-Ansatzes und der Platz der Theorie kommunikativen Handelns in der Analyse internationaler Beziehungen," *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2 (1995): 371-391. Michael Müller, "Vom Dissensrisiko zur Ordnung der internationalen Staatenwelt. Zum Projekt einer normativ gehaltvollen Theorie der internationalen Beziehungen," *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 3 (1996): 367-379. Otto Keck, "Spielen hilft nicht immer. Die Grenzen des Rational-Choice-Ansatzes und der Platz der Theorie kommunikativen Handelns in der Analyse internationaler Beziehungen," *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 4 (1997): 139-151.

- 76 Christian Joerges und Jürgen Neyer, "Vom intergouvernementalen Verhandeln zur deliberativen Politik. Gründe und Chancen für eine Konstitutionalisierung der europäischen Komitologie," in *Regieren in entgrenzten Räumen. Politische Vierteljahresschrift, SonderH. 29/1998 Jahrgang 39*, hrsg. von Beate Kohler-Koch (Opladen: Westdeutscher Verlag, 1998): 207-233; Christian Joerges und Ellen Vos, *EU committees. Social regulation, law and politics* (Oxford: Hart Pub., 1999). Vgl. auch Thomas F. Banchoff und Mitchell P. Smith (Hrsg.), *Legitimacy and the European Union. The contested polity* (London: Routledge, 1999); Erik Oddvar Eriksen und John Erik Fossum (Hrsg.), *Democracy in the European Union. Integration Through Deliberation?* (London: Routledge, 2000); Markus Jachtenfuchs, "Verfassung, Parlamentarismus, Deliberation. Legitimität und politischer Konflikt in der Europäischen Union," in *Politik in einer entgrenzten Welt*, hrsg. von Christine Landfried (Köln: Wissenschaft und Politik, 2001): 71-89.
- 77 Jürgen Habermas, *Theorien der kommunikativen Vernunft. Band 1. Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung* (Frankfurt: Suhrkamp, 1981); Jürgen Habermas, *Theorien der kommunikativen Vernunft. Band 2. Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1981).
- 78 Vgl. zusammenfassend: Thomas Risse, "'Let's argue!': Communicative Action in World Politics," *International Organization* 54 (2000): 1-39; Harald Müller, "International Relations as Communicative Action," in *Constructing International relations: the next generation*, hrsg. von Karin. M. Fierke und Knud Erik Jørgensen (Armonk: Sharpe, 2001): 160-178. Vgl. kritisch: Hans-Martin Jaeger, "Konstruktionsfehler des Konstruktivismus in den Internationalen Beziehungen," *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 3 (1996): 313-340; Katharina Holzinger, "Kommunikationsmodi und

Die Frage nach dem Verhandlungsprozess wird dann jedoch lediglich zu einer Frage nach dem Verhandlungsstil, der durch die Verhandlungsabsicht festgelegt wird. Denn rationales *bargaining* wie rationale Deliberation gehen von allgemeinen, wenn auch gegenläufigen Vorstellungen der Vernunft aus. Beide argumentieren deswegen von einer formalen, allgemeinen Perspektive her. Entweder gilt das Gesetz des Nutzenmaximierens und der instrumentellen Vernunft oder das der gegenseitigen Rücksichtnahme und der kommunikativen Vernunft. Diese formale Unterscheidung zwischen Verhandlungsstil und Verhandlungsmotivation der Deliberation und des *bargaining* weitet zwar das einseitige Paradigma der rationalen Wahl, doch statt zur Untersuchung der Argumentationszusammenhänge der Praxis führt diese Unterscheidung nur zu einer idealtypischen Gegenüberstellung der Verhandlungsformen. Welche partikulären Argumente nach welchen konkreten Regeln ausgetauscht werden, kommt nicht in den Blick.

Der Ansatz des kommunikativen Handelns basiert trotz seines lebensweltlichen Anspruchs weiter auf der Hoffnung der Aufklärung mittels einer allgemeinen Vernunft, konsensfähige Normen zu schaffen. Diskurs meint bei Habermas immer das Hinausschreiten aus den brüchig gewordenen Vorgaben der Lebenswelt zur Vernunft. Habermas bleibt der Vertreter und Verteidiger des alten Projekts der aufgeklärten Moderne.<sup>79</sup> Lebensweltlich verkleidet steht im Mittelpunkt dieser Ontologie nicht der politische Prozess des offenen, lebensweltlichen Argumentierens, sondern der allgemeine, archimedische Fixpunkt abstrakter Rationalität. Habermas bietet damit nur ein Kriterium für ein formales Verfahren, nicht eine Methode für eine konkrete Untersuchung.

Die deliberative Alternative zur Konzeption des *bargaining* setzt sich damit zwei Kritikpunkten aus: Es gelingt ihr nicht, epistemologisch zum offenen Aushandeln des politischen Prozesses vorzudringen. Sie bleibt vielmehr in der Kausalität einer allgemein gedachten Vernunft stecken. Auch nimmt sie methodisch die in der Verhandlung stehenden Argumente nicht in den Blick. Ihr glückt lediglich eine methodische Ausweitung des Blicks auf die Motive der Akteure und damit des Verhandlungsstils.

Ein Ausweg findet sich im Wiederanknüpfen an den ursprünglichen Zusammenhang der Deliberation in der Rhetorik. Die Konzeption von

---

Handlungstypen in den Internationalen Beziehungen," *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 8 (2001): 243-286.

79 Jürgen Habermas, *Der philosophische Diskurs der Moderne* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1985).

Habermas basiert nicht nur auf der Aufklärung, sondern lässt sich auch auf die klassische Deliberation der Rhetorik zurückführen.<sup>80</sup> Dort tritt die Deliberation statt mit einer abstrakten Vernunft an ihrer Seite zusammen mit einer konkreten Topik auf.<sup>81</sup> Die Topik stellt den methodischen Rahmen dar, in dem sich die Argumente für die Deliberation finden lassen. Sie stellt damit gleichsam beobachtetes Praxiswissen über gelungene Argumentation systematisiert zur Verfügung.<sup>82</sup>

Harald Müller notierte schon vor fünfzehn Jahren auf einer Liste offener Punkte der Deliberationsforschung die Bereitstellung einer „Topik internationaler Beziehungen“ an erster Stelle. Unter der Leitfrage „Was zählt in welchen internationalen Kontexten als Argument und als Berufungsgrundlage?“<sup>83</sup> führte Müller die Agenda des Verhandeln im Sinne der Theorie des kommunikativen Handelns „unweigerlich auf die Tradition der Rhetorik und damit auf die Topik zurück.“<sup>84</sup> Damit verband Müller eine weitreichende kosmopolitische Hoffnung:

„Die vergleichende topische Charakterisierung internationaler Verhandlungen wäre in der Lage, die weitgehend unsichtbare normative Verfassung der Weltpolitik aufzudecken und zu entziffern. Erst dann ließe sich mit größerer Sicherheit sagen, wie dünn oder dicht und wie robust oder prekär das Netzwerk jener ‚künstlichen Lebenswelt‘ ist, auf dem unsere gegenwärtigen Chancen grenzüberschreitender Verständigung beruhen.“<sup>85</sup>

---

80 Stephen Toulmin, *Kosmopolis* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1991) auf S. 300. Vgl. auch Josef Kopperschmidt, "Rhetorik als Methodisierungschance des politischen Raisonnements: z.B. Wilhelm Hennis," in *Politik und Rhetorik*, hrsg. von Josef Kopperschmidt (Opladen: Westdeutscher Verlag, 1995): 210-238, auf S. 218-225.

81 Josef Kopperschmidt, *Allgemeine Rhetorik. 2. Auflage* (Stuttgart: Kohlhammer, 1976); Josef Kopperschmidt (Hrsg.), *Politik und Rhetorik* (Opladen: Westdeutscher Verlag, 1995); Chaim Perelman, *Logik und Argumentation. 2. Auflage* (Weinheim: Beltz, 1994); Thomas Schirren und Gert Ueding (Hrsg.), *Topik und Rhetorik* (Tübingen: Niemeyer, 2000); Stephen Toulmin, *Der Gebrauch von Argumenten. 2. Auflage* (Weinheim: Beltz, 1996).

82 Vgl. u.a. Josef Kopperschmidt, "Topik als Argumentationsheuristik," in *Topik und Rhetorik*, hrsg. von Thomas Schirren und Gert Ueding (Tübingen: Niemeyer, 2000): 669-683, auf S. 669-675.

83 Harald Müller, „Internationale Verhandlungen, Argumente und Verständigungshandeln. Verteidigung, Befunde, Warnungen“, in *Anarchie der kommunikativen Freiheit. Jürgen Habermas und die Theorie der internationalen Politik*, hrsg. von Peter Niesen und Benjamin Herborth (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2007): 199-223, auf S. 221.

84 Ibid.

85 Ibid.

Tine Hanrieder begrüßte damals Müllers Anliegen.<sup>86</sup> Verwirklicht worden ist eine solche Topographie der Internationalen Beziehungen jedoch nicht. Für den europäischen Integrationsprozess hingegen liegt mit der hier vortragenen Sprachspielerzählung ein methodisch in der klassischen Rhetorik und vor allem im Spätwerk von Ludwig Wittgenstein abgesicherter Versuch vor, der den Anspruch erhebt, der konkreten Kunst des Argumentierens in der politischen Sprache der europäischen Integration auf der historischen Spur zu sein.

Ob man die klassische Rhetorik mit Habermas verwerfen muss,<sup>87</sup> hängt wohl davon ab, ob man die Topik als geschlossenes System zulässiger Argumente begreift oder ob man sie zwar inhaltlich-historisch, aber wandlungsfähig und offen versteht. Die Topik nicht als Ersatz, sondern mit Giambattista Vico als Voraussetzung der Kritik, könnte eine Heuristik der Argumentationssuche darstellen.<sup>88</sup> Hennis hat mit seinem Ansatz, bei der Rekonstruktion der Politik als praktische Wissenschaft<sup>89</sup> die Topik an zentraler Stelle einzuführen, einen beachtlichen Versuch unternommen,<sup>90</sup> doch es gelang ihm keine politikwissenschaftliche Operationalisierung dieser Methode. Wenn die Topik offen gedacht und auch noch politikwissenschaftlich operationalisiert werden soll, dann muss die Offenheit jedes Verhandlungsprozesses von seiner Sprachlichkeit her verstanden werden.

### III. Topik, Wittgenstein und Konstruktivismus

Weniger epistemologisch sensibel als die deliberativen Ansätze glaubt ein konstruktivistischer Zweig an die positivistische Lösung. Interessen und Ideen werden in der positivistischen Perspektive des *middle ground constructivism* gleichermaßen als kausale Variablen verstanden. Wendt ar-

---

86 Tine Hanrieder, „Moralische Argumente in den Internationalen Beziehungen. Grenzen einer verständigungstheoretischen »Erklärung« moralischer Debatten.“ *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2 (2008) 161-186.

87 Jürgen Habermas, *Theorie und Praxis* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1963) 13. Jürgen Habermas, *Faktizität und Geltung* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1992) 324ff.

88 Josef Kopperschmidt, "Rhetorik als Methodisierungschance des politischen Reasonments: z.B. Wilhelm Hennis," in *Politik und Rhetorik*, hrsg. von Josef Kopperschmidt (Opladen: Westdeutscher Verlag, 1995): 210-238, auf S. 230-232.

89 Wilhelm Hennis, *Politik als praktische Wissenschaft* (München: Piper, 1968).

90 Wilhelm Hennis, *Politik und praktische Wissenschaft* (Neuwied: Luchterland, 1963) auf S. 89-115.

gumentiert gegenüber den materialistisch ausgerichteten Neoutilitaristen nicht gegen deren positivistische Epistemologie, die er vielmehr verteidigt, sondern meint nur deren materialistische Ontologie mit einer idealistischen Ontologie ergänzen zu müssen.<sup>91</sup> In ihrem klassischen Einwand gegen die positivistische Regimetheorie, der sich gegenüber dem *middle ground constructivism* wiederholen lässt, haben Kratochwil und Ruggie das Problem einer Epistemologie, die mit fixen Variablen arbeiten möchte, um den offenen Verhandlungsprozess einer Regimebildung zu beschreiben, verdeutlicht.<sup>92</sup>

Weder Interessen noch Ideen lassen sich in einem sprachlichen Verhandlungsprozess kausal verstehen. Innerhalb der Sprache kann keinem Ereignis der Status einer Ursache zugeschrieben werden, weil aus keiner Aussage etwas zwingend oder auch nur mit Wahrscheinlichkeit folgt. Die Sprache gibt die Bedeutungsstruktur vor, in der das Handeln abläuft. Aber diese Struktur verursacht nicht, sie ermöglicht nur manches und schränkt anderes ein.<sup>93</sup> So stellt sich nicht die Frage nach den gegebenen Ursachen, sondern nach den zulässigen Gründen.<sup>94</sup>

---

91 Alexander Wendt, *Social theory of international politics* (Cambridge: Cambridge University Press, 1999) auf S. 370-378.

92 Friedrich V. Kratochwil und John Gerard Ruggie, "The State of the Art, or the Art of the State," *International Organization* 40 (1986): 753-776. Vgl. auch: Friedrich Kratochwil, "Constructing a new orthodoxy? Wendt's Social Theory of International Politics and the constructivist challenge." *Millennium* 1 (2000): 73-101.

93 Vgl. zu dieser Problematik klassisch auch die Agent-Struktur-Debatte: David Dessler, "What's at Stake in the Agent-Structure Debate," *International Organization* 43 (1989): 441-473; Roxanne Lynn Doty, "Aporia: A Critical Exploration of the Agent-Structure Problematique in International Relations Theory," *European Journal of International Relations* 3 (1997): 365-392; Patrick Thaddeus Jackson und Daniel H. Nexon, "Relations Before States: Substance, Process and the Study of World Politics," *European Journal of International Relations* 5 (1999): 291-332; Hidemi Suganami, "Agents, Structures, Narratives," *European Journal of International Relations* 5 (1999) 365-386.

94 Steve Smith sah in der Unterscheidung von Ursache und Grund die entscheidende Trennlinie in der epistemologischen Diskussion. Im integrationstheoretischen Zusammenhang: Steve Smith, "International theory and European integration," in *International Relations Theory and the Politics of the European Integration*, hrsg. von Morten Kelstrup und Michael C. Williams (London: Routledge, 2000): 33-56, auf S. 38f; Steve Smith, "Social Constructivism and European Studies," in *The Social Construction of Europe*, hrsg. von Thomas Christiansen et al. (Sage: London, 2001): 189-198. Grundlegend: Steve Smith, "The Self-Images of a Discipline: A Genealogy of International Relations Theory," in *International Relations Theory Today*, hrsg. von Ken Booth und Steve Smith (Cambridge: Polity Press, 1995): 1-37, auf S. 26-30.



Statt den Interessen die Ideen und der egoistischen Motivation die problemlösende Intention zur Seite zu stellen und beide kausalen Gesetzmäßigkeiten einer allgemeinen Rationalität zu unterwerfen, geht es darum, Ideen und Interessen innerhalb offener, sprachlicher Regeln als Argumente zu verstehen. Anders als Wendt stellt deswegen Kratochwil auch keine signalisierenden Akteure im Urzustand<sup>95</sup> in den Mittelpunkt seines Ansatzes,<sup>96</sup> sondern beginnt mit der Konzeption der Regeln.<sup>97</sup> Regeln im sozialen Raum der Sprache geben einen Rahmen möglichen Handelns vor, sie haben keine direkte kausale Wirkung auf das tatsächliche Handeln. Sie bleiben als leitender Rahmen damit aber auch in Kraft, wenn sie gebrochen werden.<sup>98</sup> Dieser Raum der Regeln darf von vornherein nicht als in sich kohärent aufgebaut verstanden werden. Die Struktur der Regel ist vielmehr von Widersprüchen und Brüchen geprägt, die den verschiedenen Akteuren und ihrer besonderen Praxis die Möglichkeit geben, verschiedene Argumente einzubringen. Erst in der Möglichkeit des Anders-Sein-Könnens gelingt im Gegensatz zur Habermas'schen Konzeption der Deliberation, die ja gerade partikuläre Standpunkte über eine allgemeine Vernunft nivellieren will, der Blick auf die politische Argumentation und ihren Zusammenhang widersprüchlicher aber legitimer Regeln und Argumente. Hier lassen sich die rhetorische Tradition und ihre Vorstellung der Topik integrieren.<sup>99</sup> Kratochwil kam es dann darauf an, zu zeigen, dass die *rules of the game*

---

95 Alexander Wendt, "Anarchy is what states make of it," *International Organization* 46 (1992): 391-425, auf S. 404f. Interessant ist hier auch die Fußnote 47, in der er für die Staaten den in den Vertragstheorien meist als fiktiv zugegebenen Urzustand als real behauptet: „This situation is not entirely metaphorical in world politics, since throughout history states have „discovered“ each other, generating an instant anarchy as it were.“

96 Zur konstruktivistischen Theoriedebatte vgl. Stefano Guzzini, "A Reconstruction of Constructivism in International Relations," *European Journal of International Relations* 6, Nr. 2 (2000): 147-182; Knud Erik Jørgensen, "Continental IR Theory: The Best Kept Secret," *European Journal of International Relations* 6, Nr. 1 (2000): 9-42; Friedrich V. Kratochwil, "Why Sisyphus is Happy: Reflections on the 'Third Debate' and on Theorizing as a Vocation," *The Seyjong Review* 3 (1995): 105-128; Nicholas Greenwood Onuf, "The Politics of Constructivism," in *Constructing International Relation: the next generation*, hrsg. von Karin. M. Fierke und Knud Erik Jørgensen (Armonk: Sharpe, 2001): 236-254.

97 Friedrich V. Kratochwil, *Rules, norms, and decisions* (Cambridge: Cambridge University Press, 1989).

98 Für ein völliges Missverständnis des Regelbegriffs vgl. Stephen Krasner, *Sovereignty. Organized Hypocrisy* (Princeton: Princeton University Press, 1999).

99 Friedrich V. Kratochwil, *Rules, norms, and decisions* (Cambridge: Cambridge University Press, 1989) auf S. 31-44.

den unterschiedlichen Situationen entsprechend verschieden konstruiert sind, entsprechend differenziert begründet sind und wirken und somit als unterschiedliche Typen gefasst werden müssen.<sup>100</sup> „*The important issue for investigation then becomes under what circumstances which type of reason serves as a sufficient justification for following a rule.*“<sup>101</sup> Mit Bezug auf die rechtliche Argumentation, die als Untereinheit von *practical reasoning* verstanden wird, schloss Kratochwil dann die Tradition von Topik und Rhetorik für die Politikwissenschaft auf.<sup>102</sup> Praxis und Sprache, Aristoteles und Wittgenstein bilden die Grundlagen dieses konstruktivistischen Ansatzes.<sup>103</sup>

Trotz der breiten Wirkungsgeschichte von *Rules, Norms, and Decisions*, das die postpositivistische Wende der 1990er Jahre anschoß und den Regelbegriff im Zentrum der Disziplin der Internationalen Beziehungen verankerte, nahmen die konstruktivistischen Fortführungen weder den Sprachbegriff Wittgensteins noch die Hinweise auf die rhetorische und topische Tradition breit auf.<sup>104</sup>

Die Ansätze von Karin Fierke und Antje Wiener zur Fortsetzung einer an Wittgenstein orientierten Agenda blieben weitgehend eine Ausnahme: Innerhalb der Integrationsforschung reflektiert Wiener<sup>105</sup> die enge Verbindung von sozialer Praxis des Argumentierens und dem rechtlich-positiven Argumentationszusammenhang des *acquis communautaire*, der im weiteren Zusammenhang dieser *routinised practice* oder *constitutive practice* steht. Die Begriffe entlehnte sie bei Koslowski und Kratochwil<sup>106</sup> bzw. Kra-

---

100 Ibid. auf S. 69-94.

101 Ibid. auf S. 97. Kursiv im Original.

102 Ibid. auf S. 212-248.

103 Friedrich V. Kratochwil, "Constructivism as an Approach to Interdisciplinary Study," in *Constructing International Relations: the next generation*, hrsg. von Karin. M. Fierke und Knud Erik Jørgensen (Armonk: Sharpe, 2001): 13-35, auf S. 17-20.

104 Maja Zehfuß, "Sprachlosigkeit schränkt ein. Zur Bedeutung von Sprache in konstruktivistischen Theorien," *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 5 (1998): 109-137.

105 Antje Wiener, "The Embedded Acquis Communautaire: Transmission Belt and Prism of New Governance," in *European Integration after Amsterdam*, hrsg. von Karlheinz Neunreither und Antje Wiener (Oxford: Oxford University Press, 2000): 318-341, besonders auf S. 323-328.

106 Ibid. auf S. 324. Rey Koslowski und Friedrich V. Kratochwil, "Understanding Change in International Politics: The Soviet Empire's Demise and the International System," *International Organization* 48 (1994): 215-247.

tochwil.<sup>107</sup> Zusammen mit Fierke, die den Ansatz des Wittgenstein'schen Sprachverständnisses am umfangreichsten in die Theorie der Internationalen Beziehungen eingeführt hat,<sup>108</sup> taufte Wiener diesen Ansatz *Wittgensteinian constructivism* und hält als sein Abgrenzungskriterium gegenüber einem positivistischen Konstruktivismus die unterschiedliche Auffassung zur Kausalität von Regeln fest.<sup>109</sup> Fierke grenzte mit diesem von Wittgenstein gestützten Fokus auf das Handeln in der Sprache einen dritten Weg zwischen *middle ground constructivism* und dekonstruktivistischen Ansätzen ab.<sup>110</sup>

Von diesen beiden entgegengesetzten Seiten des Dekonstruktivismus und positivistischem Konstruktivismus kommend haben zwei andere Ansätze ohne Bezug zu Wittgenstein für die Europaforschung eine ähnliche Agen-

- 
- 107 Antje Wiener, "The Embedded Acquis Communautaire: Transmission Belt and Prism of New Governance," in *European Integration after Amsterdam*, hrsg. von Karlheinz Neunreither und Antje Wiener (Oxford: Oxford University Press, 2000): 318-341, auf S. 325. Friedrich V. Kratochwil, "Regimes, Interpretation and the "Science" of Politics," *Millennium* 17 (1988): 263-284.
- 108 Karin. M. Fierke, *Changing games, changing strategies: critical investigations in security* (Manchester: Manchester University Press, 1998). Sie bezog sich auf Martin Hollis und Steve Smith, *Explaining and understanding international relations* (Oxford: Oxford University Press, 1990); R. Holt, *Wittgenstein, Politics and Human Rights* (London: Routledge, 1997); Friedrich V. Kratochwil, *Rules, norms, and decisions* (Cambridge: Cambridge University Press, 1989); Nicholas Greenwood Onuf, *World of our making. Rules and rule in social theory and international relations* (Columbia: University of South Carolina Press, 1989); V. Pin-Fat, "Language in International Relations Theory: A Grammatical Investigation," (University of Wales, Aberystwyth: 1997).
- 109 Karin. M. Fierke und Antje Wiener, "Constructing Institutional Interests: EU and NATO Enlargement," in *The Social Construction of Europe*, hrsg. von Thomas Christiansen et al. (2001), auf S. 124.
- 110 Karin M. Fierke, „Constructivism“, in *International Relations Theories* hrsg. von Tim Dunne, Milja Kurki und Steve Smith (Oxford: Oxford University Press, 2006): 166-184. Vgl. auch: Karin M. Fierke, „Wittgenstein and International Relations Theory“ in *International Relations Theory and Philosophy. Interpretive dialogues* hrsg. von Cerwyn Moore und Chris Farrands (London: Routledge, 2010): 83-94.

da verfolgt: Diez' diskursive Knotenpunkte<sup>111</sup> und Schimmelfennigs rhetorisches Handeln.<sup>112</sup>

Die Konjunktur der Governance-Forschung und das Interesse an Ordnung und Herrschaft hat seither nicht nur in der Europawissenschaft, sondern in der ganzen „Galaxis der IB-Forschung“ einen breiten Raum eingenommen.<sup>113</sup> Die Frage nach der Macht und der Legitimität politische Sprache im Sinne einer Sprachspieltopik des nachhaltigen Argumentierens auf der sprachphilosophischen Basis von Ludwig Wittgenstein spielte dabei aber keine tragende Rolle. Den liegengebliebenen Faden wieder aufzunehmen, bietet sich vielleicht auch deswegen an, weil die vorangetriebenen Ordnungsdiskurse weniger nachhaltig waren als erhofft. Wenn wie von Nicole Deitelhoff und Michael Zürn programmatisch ausgeführt,<sup>114</sup> die Konjunkturen der IB-Forschung am Zusammenspiel von Debatten und Ereignissen hängen, dann laden die Polykrisen der letzten Dekade zur Suche nach einem Analyseraster für die Legitimität und Nachhaltigkeit von Argumentationszusammenhängen, an denen die Macht hängt, zumindest ein.

---

111 Thomas Diez, *Die EU lesen. Diskursive Knotenpunkte in der Europadebatte* (Opladen: Leske+Budrich, 1999). Thomas Diez, "Speaking 'Europe': The Politics of Integration Discourse," in *The Social Construction of Europe*, hrsg. von Thomas Christiansen et al. (London: Sage, 2001). Vgl. auch die Einführung des postmodernen Ansatzes in die Integrationsforschung: Thomas Diez, "Postmoderne und europäische Integration. Die Dominanz des Staatsmodells, die Verantwortung gegenüber dem Anderen und die Konstruktion eines alternativen Horizonts," *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 3 (1996): 255-281.

112 Frank Schimmelfennig, "The Community Trap: Liberal Norms, Rhetorical Action and the Enlargement of the EU," *International Organization* 55 (2001): 47-80; Frank Schimmelfennig, "Liberal Community and Enlargement: An Event-History Analysis," *Journal of European Public Policy* 9 (2002): 598-626; Frank Schimmelfennig, *Eine Argumentationstheorie internationaler Systemkonflikte* (Opladen: Leske+Budrich, 1995). Frank Schimmelfennig, "International Socialization in the New Europe: Rational Action in an Institutional Environment," *European Journal of International Relations* 6, Nr. 1 (2000): 109-139, auf S. 135. Frank Schimmelfennig, "Rhetorisches Handeln in der internationalen Politik," *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 4 (1997): 219-254.

113 Vgl. einführend Nicole Deitelhoff und Michael Zürn, *Lehrbuch der Internationalen Beziehungen. Per Anhalter durch die IB-Galaxis* (München: C.H. Beck, 2016).

114 Ibid.

§ 4: Aufbau und Argumentation

Zu gemeinsamem Handeln finden die Partner in der EU dann zusammen, wenn sich aus dem Argumentationszusammenhang heraus eine günstige Konstellation der Argumente finden lässt. Der Auslöser für eine neue Bewegung der Praxis ist meist die Krise, ein virulent gewordener Widerspruch, der Unruhe erzeugt und der neu ausgehandelt werden muss. Wenn die Praxis anfängt, die Auflösung ihrer Widersprüche zu versuchen und sich dabei in ihnen verheddert, beginnt meist erst ein Leerlauf. Ein solcher Leerlauf prägte die letzten Jahre.<sup>115</sup>

Wenn Widersprüche von den Rändern in die Mitte der Argumentation rücken, muss sich die Praxis einen neuen, konkreten Umgang mit diesen speziellen Widersprüchen überlegen. Welche Argumente dann noch Legitimität für sich beanspruchen und nachhaltige Lösungen anbieten können, ist dann die entscheidende Frage. Denn aus diesen Argumenten muss sich die Argumentation immer wieder neu und verändert ihren Argumentationszusammenhang zusammensetzen. Der inhärente Widerspruch ist im Versuch seiner Auflösung damit aber immer wieder auch eine Chance, die Möglichkeiten des Anders-Sein-Könnens besser auszuschöpfen.

Im ersten Teil wird die Sprachspielmethode entwickelt. Diese Methode soll es einer epistemologisch postpositivistischen Politikwissenschaft erlauben, über die prozessontologisch verstandene politische Praxis zu sprechen und von ihr verstanden zu werden. Die epistemologische Basis und die Methode sind postpositivistisch, ihre Themen, ihre Fragen sind konventionell. Die Antworten orientieren sich an Legitimität und Nachhaltigkeit.<sup>116</sup>

Mit dem aristotelischen Begriff der Praxis rückt das Aushandeln, das sowohl eigene Ziele, wie das Einlassen auf die Ziele des anderen kennt, in die Mitte des Politikverständnisses. Die Offenheit dieser Aushandlungsprozesse wie deren Abhängigkeit von einem bereits gewachsenen, historischen Legitimitäts- und Argumentationszusammenhang bestimmten die epistemologische Haltung der aristotelischen Politikwissenschaft.

Die Konzeption der Lebensform als Sprache bei Wittgenstein, in deren Zentrum der offene Rhythmus der Regel steht, betont die Sprachlichkeit des Handelns der Praxis und verbessert den epistemologischen Zugang. Dabei steht der Begriff des Sprachspiels im Mittelpunkt, der Wittgenstein

115 Ivan Krastev, *Europadämmerung: Ein Essay* (Berlin: Suhrkamp, 2017).

116 Ohne methodische Absicherung, aber mit einer ähnlichen Zielrichtung: Luuk van Middelaar, *Vom Kontinent zur Union. Gegenwart und Geschichte des vereinten Europa* (Berlin: Suhrkamp, 2016).

Wege eröffnet, sich vergleichend der Sprache zu nähern. Wittgenstein verwendet den Sprachspielbegriff in dreifacher Hinsicht: Er vergleicht die Sprache als Ganzes mit einem Sprachspiel und bestimmt damit seine epistemologische Position. Er spricht von abgegrenzten und nach bestimmten Regeln funktionierenden Einheiten als Sprachspiel: das funktionale Sprachspiel. Zentral ist das einfache Sprachspiel, das er konzipiert, um an simplen Beispielen Fragestellungen und Probleme zu illustrieren und zu klären.

Die Sprachspielkonzeption Wittgensteins wird dann zur politikwissenschaftlichen Sprachspielmethode ausgebaut. In deren Mittelpunkt steht die Rezeption der dreifachen Gebrauchsweise des Sprachspiels bei Wittgenstein in Verbindung mit topischem Denken für die Operationalisierung in der Sprachspielerzählung, die in topischen Sprachspielen (den politikwissenschaftlich angepassten einfachen Sprachspielen Wittgensteins) und funktionalen Sprachspielen erzählt wird.

Um diese Gegenwart des Aushandelns der europäischen Praxis im Jahr 2023 zu verstehen und Möglichkeiten einer nachhaltigen und legitimen Fortsetzung dieser Praxis in der Zukunft auszuloten, wird in den Kapiteln des zweiten Teils der europäische Argumentationszusammenhang als Sprachspielerzählung vorgetragen. Der argumentative Plot der europäischen Erzählung lautet: Damit Europa in Frieden und Wohlstand leben kann, muss es integriert (regiert) werden. Die Erzählung beginnt mit topischen Sprachspielen des integrierten Regierens. Für dieses Aushandeln innerhalb eines sich ausdehnenden und vertiefenden Rahmens steht das Argument des integrierten Regierens, das die europäische Praxis aus ihrer Heterogenität heraus entwickelt hat. Dabei geht es um die Einbindung des Konflikts in verrechtlichte und institutionalisierte Bahnen. Im Zentrum steht die Konsensfindung, die immer nur aus Effizienzgründen von Mehrheits- und Gerichtsentscheidungen vertreten wird. Die Protagonisten der Heterogenität übernehmen die Repräsentation des Konflikts. Wer den Konflikt repräsentiert und dessen Konsens dann alle einbindet, kann die europäische Praxis führen, wie dies lange Zeit dem deutsch-französischen Motor gelang.

Das Argument des Friedens bleibt die erste Begründung, warum Europa integriert werden muss. Aus der Argumentation der Aussöhnung und nach dem Scheitern der gemeinsamen Verteidigung entwickelt sich das Friedensargument als *de-securitization* in eine Sicherheitsgemeinschaft hinein, die bestrebt ist, ihre *Pax Europea* durch Ausdehnung zu stabilisieren. Die europäische Praxis war sowohl in ihren Anfängen im Nachkriegseuropa wie in

der Phase nach dem Ost-West-Konflikt erfolgreich. Als sie in den Nachfolgekriegen Jugoslawiens ihre normative Macht nicht ausspielen konnte, war sie bereit, Projektion von Stabilität auch militärisch abzusichern, was nur sehr begrenzt gelang. Stattdessen verwies die Negativbilanz der Nachbarschaftspolitik und der russische Aggressionskrieg gegenüber der Ukraine auf die Arbeitsteilung zwischen EU und Nato. Stabilisierung gelingt der EU nur im Rahmen glaubwürdiger Erweiterungsperspektiven. Der Nato und ihrer Führungsnation USA obliegt die Verteidigung des Westens.

Das Wohlstandsargument und seine Ausdifferenzierung in den Argumentationslinien zwischen Markt und Modernisierung hat die meisten der ausdifferenzierten und fragmentierten Argumentationszusammenhänge der europäischen Praxis geschaffen. Im Zentrum der Wohlstandsdynamik stand der Markt, der vor allem über die negative Integration der Deregulierung erreicht wurde. Doch die europäische Praxis setzte immer auch auf eine politische und solidarische Modernisierung politischer Steuerung, die Verluste durch die Marktbildung abfedern und alle für die Marktkräfte ertüchtigen sollte. Diese Balance funktionierte im funktionalen Sprachspiel der Strukturpolitik auf der Basis des Topos vom solidarischen Zusammenhalt. Dies gelang bei der Währungsunion nicht mehr. Der Topos der Konvergenz reduzierte die solidarische Modernisierung auf die Vorphase und sah keinen Ausgleich innerhalb der Währungsunion vor. Dieses Arrangement erwies sich in der Eurokrise nicht als nachhaltig und musste mühsam neu justiert werden. Erst die Corona- und Klimakrise ermöglichten einen Einstieg in eine solidarische Modernisierung über eine gemeinsame Verschuldung, allerdings mit ungewissen Ausgang.

Die topischen Sprachspiele des Europaarguments zeigen, dass sich Europa als heterogene Konfliktgemeinschaft nicht über eine homogene Identität abgrenzen wird. Als *europäische* Praxis verlangt ihr Argumentationszusammenhang ihr Offenhalten für alle Europäer. Die geopolitischen Sprachspiele von de Gaulles bis von der Leyen haben deswegen Schwierigkeiten, sich gegen die offene Dynamik der topischen Sprachspiele von Winston Churchill, Altiero Spinelli und Robert Schuman durchzusetzen. Das Sprachspiel von Kopenhagen fand die Formel für die Erweiterung durch Vertiefung. Auf dieser Basis gelang eine nachhaltige Fortsetzung der europäischen Praxis nach dem Ende des Ost-West-Konflikts. Doch erfolgreiche Geopolitik wie Geoökonomie gelangen der europäischen Praxis in einem rauerem Fahrwasser nicht allein. Das Europaargument bleibt angewiesen auf seine Einbettung in den größeren Argumentationszusammenhang des Westens unter der Führung der USA.

Die Sprachspielerzählung von Erweiterung und Vertiefung könnte einen Anfang zu verschiedenen Erzählungen aus verschiedenen Blickwinkeln darstellen und so einen Beitrag zu einer Sprachspieltopik leisten, die nach und nach immer mehr Perspektiven auf legitime und nachhaltige Argumente des europäischen Argumentationszusammenhangs bereithält. Im Sinne von Harald Müllers Topik des Verhandeln in den Internationalen Beziehungen<sup>117</sup> wäre dies eine auf die Europawissenschaft begrenzte Agenda.

§ 5: *Kurze Bemerkung zur zweiten Auflage*

Sich nach bald zwei Jahrzehnten noch einmal an die Dissertationsschrift zu setzen, um sie für eine zweite Auflage zu überarbeiten, liegt nicht unbedingt nahe. Es steckt der Gedanke dahinter, dass das grundlegende Argument von den Zeitläufen nicht überholt, sondern eher bestätigt wurde. Ein bloßes Fortschreiben wäre jedoch zu wenig gewesen. Herausgekommen ist der Versuch, nicht alles anders, aber einiges besser zu machen. Die Literatur wurde nicht generell aktualisiert, sondern nur insoweit ergänzt als es für die Argumentation zwingend schien. Es wurde auch nicht herausgearbeitet, welche Entwicklungen vorausgesehen wurden und welche nicht. Es ging allein darum, den Ansatz noch einmal verbessert und aktualisiert darzustellen.

Dem Verlag und den damaligen und heutigen Reihenherausgeberinnen und dem -herausgeber möchte ich herzlich für die Möglichkeit danken, dies zu tun. Mein Dank gilt weiter der Universität Passau und der DFG für die Finanzierung der Open-Access Publikation. Die Danksagungen aus dem Vorwort der ersten Ausgabe, besonders an den Doktorvater, gelten weiter. Hinzufügen möchte ich einen Dank an Stefan Seidendorf für seine Rezension zur ersten Auflage.<sup>118</sup>

---

117 Harald Müller, „Internationale Verhandlungen, Argumente und Verständigungshandeln. Verteidigung, Befunde, Warnungen“, in *Anarchie der kommunikativen Freiheit. Jürgen Habermas und die Theorie der internationalen Politik* hrsg. von Peter Niesen und Benjamin Herborth (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2007): 199-223.

118 Stefan Seidendorf, „Regieren durch Argumentieren. Rezension“ *Politische Vierteljahresschrift*, 1 (2006): 123-26.



## 1. Teil: Die Sprachspielmethode

„Die Philosophie löst Knoten auf in unserem Denken:  
daher muß ihr Resultat einfach sein,  
das Philosophieren aber so kompliziert wie die Knoten,  
welche es auflöst.“

Ludwig Wittgenstein, Zettel § 452



## 1. Kapitel: Praxis

Was gilt als Politik? Welche Aufgabe hat die Politikwissenschaft und wie kann sie über Politik sprechen, falls dies ihre Aufgabe sein sollte?<sup>119</sup>

Für diese grundsätzlichen Fragen scheint Aristoteles, der als erster damit begonnen hat, das Feld der Politik und der Politikwissenschaft abzustecken, immer noch grundlegende Antworten geben zu können. Sein Begriff der Praxis als Prozess des Handelns durch Sprechen, den er in die Mitte seines politischen Denkens stellte, machte ihn für verschiedene Stränge postpositivistischer Ansätze nicht nur interessant, er legt es auch nahe, ihn als *den* klassischen Vorfahren einer an Sprache und Handeln orientierten Politikwissenschaft anzuerkennen.<sup>120</sup>

Ludwig Wittgenstein stand in dieser Hinsicht nahe bei Aristoteles, ohne von ihm Notiz genommen zu haben, wie Stephen Toulmin bedauerte.<sup>121</sup> Beide schauten auf den gemeinschaftlichen, offenen, fragmentierten, intersubjektiven Aspekt des menschlichen Handelns in Lebensform, Praxis und Sprache.<sup>122</sup>

Handeln und Sprechen hob Aristoteles als die spezifischen Eigenschaften des Menschen hervor. Die partikuläre Praxis opferte er keinem Ideal des Allgemeinen, um von ewigen Prinzipien auch die Praxis abzuleiten. Aristoteles gelang es, für die Realität der sozialen Welt und ihre Differenz zu streiten, ohne aber sophistisch auf die Wahrheit des tradierten Argumenta-

---

119 Zum Verhältnis von Politikwissenschaft und Politik vgl. auch Friedrich V. Kratochwil, "Politik und Politische Wissenschaft," *Zeitschrift für Politik* 18, Nr. 22 (1971): 113-123.

120 Aristoteles wurde in der Internationalen Politik bereits breit rezipiert: Martha Nussbaum steht sowohl für einen explizit aristotelischen Kommunitarismus: Martha Nussbaum, *Gerechtigkeit oder Das gute Leben* (Frankfurt am Main: Frankfurt am Main, 1999). Neufeld versteht *critical theory* als Einlösung des aristotelischen Projekts: Mark Neufeld, *The Reconstructing of International Relations Theory* (Cambridge: Cambridge University Press, 1995): 9-21. Welsch setzte Aristoteles und seine Selbstverständlichkeit der Vielfalt als den Urahn der Postmoderne ein: Wolfgang Welsch, *Unsere postmoderne Moderne* (Weinheim: VCH, 1987) auf S. 35.

121 Stephen Toulmin, *Return to Reason* (Cambridge: Harvard University Press, 2001) auf S. 199.

122 „Postmodern“ ist, wer sich jenseits von Einheitsobsessionen der irreduziblen Vielfalt der Sprach-, Denk- und Lebensformen bewusst ist und damit umzugehen weiß. Und dazu muß man keineswegs im zu Ende gehenden 20. Jahrhundert leben, sondern kann schon Wittgenstein [...] oder Aristoteles geheißen haben.“ Wolfgang Welsch, *Unsere postmoderne Moderne* (Weinheim: VCH, 1987) auf S. 35.

tionszusammenhangs zu verzichten. Der Untergang der Polis vor dem Heraufziehen des Großreichs Alexanders verleitete ihn jedoch nicht zur Idealisierung des vergangenen Herkommens. Vielmehr stellte er der Tradition die kritische Vernunft entgegen. Doch blieb für ihn auch selbstverständlich, dass die Vernunft keine abstrakte, allgemeine Größe ist, sondern als Prognosis sich nur mit dem auseinandersetzen kann, was getan wird und getan wurde. Aristoteles hört so im Sprechen und Handeln der Menschen auf den Argumentationszusammenhang ihrer Praxis und versucht dann, diese Praxis auf ihre Möglichkeiten des Gelingens ihrer Argumentation hinzuweisen.

Von besonderem Interesse sind für die Politikwissenschaft unter diesen Vorzeichen sein Verständnis des Politischen und sein Verständnis des Verstehens dieses Politischen, also der Politischen Wissenschaft selbst. Das Politische ist bei Aristoteles das Handeln der Freien in ihrer Eigenschaft als Freie. Die Polis unterscheidet sich so vom Großreich der Despoten. Das Glück der einzelnen Menschen ist das Ziel und dieses Ziel erreicht der Mensch nur in der Gemeinschaft der Polis. Kein Befehl des Despoten und keine Bestimmung durch den platonischen Stand manifestiert das Glück, sondern der Freie selbst. Freilich im Hören auf sein ihm eingegebenes Telos. In ihrem Fokus auf das Sprechen und Handeln kann sich die Politikwissenschaft auf das Aushandeln unter Freien begrenzen.

Die Polis ist der Ort des Aushandelns.<sup>123</sup> Aushandeln und Argumentieren im kritischen Hören auf die Tradition beschreiben die politische Praxis. Die Rhetorik gewinnt bei Aristoteles ihre Bedeutung für die Politik, weil in ihr über das verhandelt wird, was so sein kann, aber auch anders. Die Rhetorik hilft das zu finden, was wahrscheinlich für alle das Beste ist, worüber man sich auf der Suche nach dem Guten einigen kann. Dies ist die Lebensform der Freien.

Der Politikbegriff der Moderne hängt mit ganz anderen Implikationen am Staat.<sup>124</sup> Der Staat als Verbindung von Volk, Territorium und Staatsgewalt zeichnet sich durch sein legitimes Gewaltmonopol aus. Das Besondere der global gewordenen Welt und besonders des Europas der Integration, liegt im Fehlen eines legitimen letztinstanzlich souveränen Verfahrens wie es der Staat angeboten hat. Aristoteles' vorstaatliche Politik des Aus-

---

123 Vgl. auch Christian Meier, *Die Entstehung des Politischen bei den Griechen* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1983).

124 Rüdiger Bubner gelingt es nicht, den Gegensatz von Polis und Staat für die Fragestellung der Integration fruchtbar zu machen. Er kann nur konstatieren, dass die Integration nicht ins Schema passt. Rüdiger Bubner, *Polis und Staat* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2002).

handelns scheint näher an gegenwärtigen Problemen der internationalen Verhandlungsdemokratien zu liegen als ein staatlicher Politikbegriff des souveränen Entscheidens und Durchsetzens.

Wenn Politik mit Aristoteles somit als die Praxis des Aushandelns unter Freien verstanden werden kann, dann ist die Politikwissenschaft die Praxis des Verstehens des politischen Aushandlungsprozesses und das ratende Eingreifen in denselben. Das politikwissenschaftliche Eingreifen ist Rat gebend gemeint, bleibt aber als Teil der sozialen Welt, die es berät, auch ihren Voraussetzungen verbunden und ist damit selbst Praxis, nur unter einer anderen Aufgabenstellung. Das politikwissenschaftliche Eingreifen nimmt deswegen auf seine spezifische Weise am Prozess des Aushandelns teil, ohne über ein Wissen des immer Gleichen zu verfügen, aus dem abgeleitet werden könnte. Politikwissenschaft bleibt so auf die Zukunft hin nur *ratend* – im doppelten Wortsinn. Das ist wenig, aber, weil es das Unbeständige des Aushandelns und Argumentierens der Freien einkalkuliert, mehr als von den schlanken Versprechungen kausaler Erklärungsmodelle eingehalten werden kann. Aristoteles wählte für die Politik das Bild des Bogenschützens. Für den Politikwissenschaftler geht es nicht darum, ein konkretes Ziel vorzugeben oder gar selbst zu schießen. Praxisorientierte Politikwissenschaft bei Aristoteles meinte das Aufzeichnen von Zielmarken, damit eine Richtung anvisiert werden kann. Wenn der politische Bogenschütze schießen will, muss er den Argumentationszusammenhang kennen, in dem er sich bewegt und den er erhalten oder verändern möchte und in dem seine Ziele und ihre Legitimierung zu finden sind.

Der Prozess des politischen Aushandelns bleibt immer offener Versuch. Dieser Prozess des politischen Aushandelns wird als Praxis mit Hilfe Hannah Arendts entwickelt. In einer genealogischen Annäherung wird dem Praxisbegriff nachgegangen, um dann den Begriff des Handelns, im Unterschied zum Herstellen, als einen offenen Prozess verstehen zu können, der sich im politischen Raum dann vollzieht, wenn sich freie Verhandlungspartner aufeinander und auf den gemeinsam entwickelten und weiterentwickelnden Argumentationszusammenhang ihrer Tradition einlassen, um im freundschaftlichen *inter esse* ihre verschiedenen Ziele auszuhandeln und diese Ziele damit veränderungsbereit durch- und gemeinsam umzusetzen.

Weiter geht es darum, mit Gadamer zu klären, welche Vorstellung von Wissen und Wissenschaft mit Aristoteles für den offenen und wandelbaren Bereich der Praxis zur Verfügung steht. Aristoteles vertritt für den Bereich des Nicht-Notwendigen und Wandelbaren ein anderes Wissensideal als für die Schau des Ewigen und Gleichen. Nicht allgemeine, überzeitliche

Gesetze gilt es hier zu entdecken, sondern gefordert ist das Eingehen auf das Partikuläre der spezifischen Argumentationszusammenhänge der Praxis. Die Wissenschaft hat damit der Praxis kein allgemeines, überzeitliches Wissen voraus, dass immer angewandt werden könnte, sie kann sich aber mit diesem Wissensideal einen Zugang zur Praxis erarbeiten, wenn sie auf die Argumentationszusammenhänge schaut und der Praxis dann die Verbindung von legitimen und nachhaltigen Argumentationslinien aufzeigen kann.

§ 1: Politik als Praxis

Zu Beginn der Konzeptualisierung der politischen Praxis muss eine Abgrenzung erfolgen. Bei Aristoteles war die Polis selbstverständlicher Selbstzweck. Hannah Arendt mühte sich darum, diese ontologische Sicherheit für die Politik zurück zu gewinnen. Daran soll hier nicht angeschlossen werden. Ohne die teleologische Ontologie der Polis büßt die Politik ihren Platz als Hort der Ehre und der Unsterblichkeit ein. Ist diese griechische Ausrichtung verabschiedet, dann kann das Begriffsgeflecht von Polis und Oikos, Freiheit und Notwendigkeit, in dem die Praxis der Politik steht, in seinen historischen Wandlungen genealogisch beschrieben werden, um die veränderten Bedingungen des Aushandelns in der globalen Welt und besonders im Europa der Integration neu zu ordnen. Hier wird deutlich, wie sich die Konzeption der politischen Praxis aus einem lebensweltlichen Zusammenhang ergibt. Vor diesem Hintergrund wird dann das politische Handeln als Aushandeln beschrieben und die Rückbindung jedes Interesses an eine intersubjektive Praxis herausgestellt. Wenn im Bereich der Politik durch das Aushandeln in der politischen Gemeinschaft über Möglichkeiten und nicht über Notwendigkeiten entschieden wird, dann erhält die Sprache und das gegenseitige Begründen und Verstehen durch eine legitime Argumentation einen zentralen Stellenwert in der Politik.

I. Die griechische Polis - Hort der Unsterblichkeit - und ihr Ende

Auf der Suche nach dem Guten ließ Aristoteles nur drei Lebensformen gelten: ein Leben für die Lust, ein Leben für die Ehre, ein Leben für die Betrachtung. Die kaufmännische Lebensform scheint schon in der Polis von gewisser Bedeutung gewesen zu sein, denn er schloss sie ausdrücklich

aus seinem Kanon aus. Sie strebt einen Zweck außerhalb ihrer Tätigkeit an. Der Reichtum ist nicht das Ziel selbst, sondern er ist nur ein Mittel für einen anderen Zweck.<sup>125</sup> Diese Zweck-Mittel-Relationen, die zum Ausschluss aus den Lebensformen des Glücks führen, musste Aristoteles für den Sklaven und den Handwerker nicht extra anführen. Der Sklave, das *animal laborans*, galt als reines Mittel und der Handwerker, der *homo faber*, unterstellte sich dem Zweck seines Herstellungsgegenstands.<sup>126</sup> Die Moderne hat auch hier der Umwertung aller Werte eine weitere Umdrehung hinzugefügt. Wer nichts herstellt und dabei auch noch kein Geld verdient, hat ein Erklärungsproblem. Produktion und Kapitalakkumulation sind die paradigmatischen Tätigkeiten geworden.

Das Leben für die Ehre lag für Aristoteles in einem Leben für die Politik.<sup>127</sup> Bei Aristoteles war das Handeln, die Praxis – die ihr Ziel in der Tätigkeit hat und sich so vom Herstellen, der Poesis, mit dem Ziel außerhalb der Tätigkeit, nämlich im Produkt, unterscheidet – auf den politischen Bereich beschränkt.

In der Interpretation Hannah Arendts meinte Politik bei Aristoteles und in der griechischen Polis nicht das Organisieren, wiewohl immer klar war, dass jedes politische Zusammenleben eine Organisation nötig hat. Aber gerade diese Notwendigkeit drängte das Organisieren in den vorpolitischen Bereich. Die Notwendigkeit war auf den Haushalt, den Oikos, beschränkt. Die Politik blieb das Reich der Freiheit von der Notwendigkeit des Lebens. In der aristotelischen Polis war nicht einmal die Gesetzgebung wirklich Politik. Der Gründer der Stadt, der Gesetzgeber,<sup>128</sup> konnte von außerhalb kommen. Politik im Gemeinwesen der Polis begann im Reden und Handeln, wenn der Rahmen, die Mauer der Stadt, errichtet war. Die Bühne der Politik bot dem sterblichen Menschen dann die Öffentlichkeit, die ihm in seinen Taten Unsterblichkeit sichert. Die Polis ermöglichte die Ehre und den Ruhm und sie ermöglichte die Unsterblichkeit, weil sie den Ruhm der Taten in der Erinnerung bewahren konnte. Die Grabrede des Perikles feierte diesen Sieg des politischen Menschen über seine Sterblichkeit. Achill, der Prototyp des handelnden Helden, bedurfte noch der kontingenten Hilfe

125 NE, 1095 b 15 – 1096 a 10.

126 Zu *animal laborans* und *homo faber* vgl. Hannah Arendt, *Vita activa oder Vom tätigen Leben* (München: Piper, 1971) vor allem Kap. 1, 3, 4 und 6.

127 NE, 1095 b 15 – 1095 b 30.

128 Hier drängt sich die Analogie zu Rousseaus *legislateur* auf. Rousseau scheint am stärksten versucht zu haben, an die Antike Tradition der Polis anzuknüpfen.

Homers, der handelnde Mensch bei Perikles erreichte ewigen Ruhm in der Sicherheit der Polis. Diese Sicherheit der Welt verschwand mit der Polis und endgültig mit dem Untergang Roms.<sup>129</sup> Die Unsterblichkeit in der Polis wird so zur vergangenen Illusion.

Allein vor dem Hintergrund radikaler Wandelbarkeit kann Politik keinen Hort der Unsterblichkeit liefern. Argumentationszusammenhänge machen sich an Namen fest – Charles de Gaulles Sprachspiel europäischer Geopolitik, die Methode Jean Monnets, Winston Churchills oder Robert Schumans Europapläne. Aber der Bezug zur historischen Größe eines Helden bietet keinen Ansatz mehr für ein Autoritätsargument. Diese für Aristoteles und auch für Arendt noch zentralen Konnotationen bleiben deswegen für die Sprachspielmethode ohne Belang. Macht und Legitimität hängen nicht mehr an der Unsterblichkeit, sondern an der Nachhaltigkeit politischer Argumentation, die nicht bewahren, sondern sich in der Fortsetzung bewähren will.

## II. Oikos und Polis nach der Entstehung der Gesellschaft

Die Konstitution der Politik als Praxis erfolgte vor dem Hintergrund eines Beziehungsgeflechts von Begriffen, das sich immer wieder neu miteinander verbindet. Die Trennung von Oikos und Polis in der Antike brachte eine spezifische Konstellation des Politischen mit sich. Diese Trennung beruhte auf einer bestimmten Zuordnung von Freiheit und Notwendigkeit, von Herstellen und Handeln. Diese Zuordnung blieb nicht fix, sie löste sich immer wieder, um sich neu anzuordnen. In der kritischen Interpretation der Ausführungen Hannah Arendts kann das Beziehungsgeflecht dieser Begriffe genealogisch beschrieben werden, um vor diesem Hintergrund die erneute und erneuerte Konzeption der Politik als Praxis für das globale Dorf und besonders für das Europa der Integration aus der aristotelischen Praxiskonzeption der Antike heraus zu begründen.

Mit dem Ende der antiken Polis war die Politik nicht mehr die Bühne des unsterblichen Ruhmes. Die Notwendigkeit hielt Einzug in den Bereich der Politik. Aristoteles sah die Notwendigkeit ebenfalls am zeitlichen Anfang der Polis. Doch bewahrte die Polis als Zielursache ihren vorrangigen

---

129 Vgl. Hannah Arendt, *Vita activa oder Vom tätigen Leben* (München: Piper, 1971) auf S. 23-24, 78, 228-232, 235f, 241-251.



Status.<sup>130</sup> Mit dem langsamen Wegfall des metaphysischen Rahmens wurde die Politik die Fortsetzung des Oikos mit anderen Mitteln. In Hannah Arendts Interpretation setzte Thomas von Aquin das Politische mit dem Sozialen gleich: *homo est naturaliter politicus, id est, socialis*. Das *zoon politikon* wurde so in der Übersetzung zum *animal sociale* transformiert. Die Gesellschaft verdrängte die Polis. Die Trennung von privat und öffentlich, Oikos und Polis, Notwendigkeit und Freiheit verschob sich. In der Gesellschaft trafen sich die Privaten öffentlich und machten dann aus der Notwendigkeit der Gesellschaft heraus Politik. Der Staat sollte dem Gläubigen des Mittelalters wie dem Besitzbürger der Neuzeit die Last der Politik abnehmen. Nur das Problem des Machtmissbrauchs zwang den Liberalen in die Politik.<sup>131</sup> Churchill brachte es für die Moderne auf den Punkt, wenn er die Demokratie als schlechteste aller Regierungsformen, abgesehen von allen anderen, bezeichnete.

Bereits mit Platons Politeia begann der Versuch, die Politik nicht mehr unter dem Paradigma des Handelns zu sehen, sondern unter dem des Herstellens. Die Ideenlehre war nach Arendt der Überbau des *homo faber*. Ein vorgegebener Zweck wird mit den Mitteln der Politik hergestellt.<sup>132</sup> Die Vielfältigkeit der Vielen im Gespräch destabilisiert. Das Spezifikum des Tyrannen war nicht Terror, sondern Entlastung und Stabilisierung. Die Tyrannis war der Versuch, Politik als die Rede der Freien überhaupt abzuschaffen. Herrschaft mit der Eigenschaft des Politisch zu versehen, ist eine platonische Neuerung in Griechenland. Das griechische Denken schrieb Herrschaft bis dahin den despotischen Reichen Asiens zu. Doch mit der Trennung des Wissens vom Handeln, dessen Quelle noch das Handeln war, schuf Platon den attraktiven Rahmen, um den herstellenden Tyrannen als Philosophenkönig einzuführen.<sup>133</sup> Wenn schon alles gewusst wird, muss nicht mehr verhandelt, sondern nur noch umgesetzt werden. Der Sachzwang hielt Einzug. Der platonische Versuch hatte sich in dieser Hinsicht weitgehend durchsetzen können.

Doch dieser Versuch, die Politik allein unter dem Primat des Herstellens zu sehen, kann nur solange funktionieren, wie Politik befehlen heißt, also

130 Aristoteles, *Politik* (Reinbek: Rowohlt, 1994) 1215 – 1253 b. Im Folgenden abgekürzt als Politik.

131 Vgl. Hannah Arendt, *Vita activa oder Vom tätigen Leben* (München: Piper, 1971) auf S. 33-35, 38-51, 62-67, 81-83, 89.

132 Vgl. *ibid.* auf S. 278-293.

133 *Ibid.* auf S. 279-285.

der politische Bereich nach den Vorgaben des griechischen Oikos organisiert wird. Entgegen Hannah Arendts Interpretation kann dies nicht für den mittelalterlichen Feudalismus angenommen werden. Gerade für ihn war es typisch, dass in den verschiedenen Rechts- und Gefolgschaftsverhältnissen das Aushandeln eine wesentliche Rolle spielte. Gerade auch im Mittelalter gab es Spielregeln der Politik.<sup>134</sup> Es gab jedoch gerade kein staatliches Handeln, das Zwecke vorgab, die nur noch hergestellt werden mussten. Will man diese Konstellation, auf die es Hannah Arendt ankam, aufzeigen, könnte man sich eher am idealtypischen Hof des Absolutismus orientieren, in dem der absolute Herrscher anfangs, in das Leben seines Landes als Staatskonstrukteur einzugreifen. Hier eignet sich das Bild des Herstellens vorgegebener Zwecke nach merkantilistischem Plan besser.<sup>135</sup> Als die Königsidee ihre absolutistische Umwandlung erfuhr und das Handeln auf staatlichen Befehl die Politik dominierte, begann parallel dazu jedoch die Gesellschaft ihren Raum als Raum der Freiheit und des Handelns zu entwickeln. Aus dieser Gesellschaftskonzeption heraus entstand dann wieder ein genuin politischer Bereich des Handelns, als sich die Gesellschaft dem absolutistischen Herstellen entgegensetzte. Mit diesem neuen politischen Rahmen blieb aber der soziale Raum der Gesellschaft verbunden. Notwendigkeit und Freiheit, Handeln und Herstellen wurden nicht mehr idealtypisch auf Oikos und Polis verteilt.

Diese Neuaufrichtung der Politik aus dem Handeln der Gesellschaft gelang über die Aufwertung des Privaten. Seine Abwertung bei den Griechen schwand schon bei den Römern, die den privaten Raum als Rückzugsrefugium schätzten. Die Freundschaft im Interessenverband selbst der Räuberbande Augustins bis zur Betonung des Intimen bei Rousseau setzte diese Aufwertung des Privaten fort.<sup>136</sup> Mit dem Ende der Sklaverei, der Emanzipation der Frau und der Aufwertung von Kapital und Arbeit in der arbeitsteiligen Gesellschaft war der Bereich des Oikos so attraktiv geworden, dass er als Bereich des Privaten die Freizeit und die Freundschaft in sich integrieren kann, die vorher der Polis zufielen.

---

134 Vgl. zum Beispiel Gerd Althoff, *Spielregeln der Politik im Mittelalter. Kommunikation in Frieden und Fehde* (Darmstadt: Primus, 1997).

135 Vgl. Heinz Duchhardt, *Das Zeitalter des Absolutismus* (München: Oldenbourg, 1989).

136 Vgl. Hannah Arendt, *Vita activa oder Vom tätigen Leben* (München: Piper, 1971) auf S. 48, 49, 74, 66f.

Der aufgewertete private Bereich wirkte auf den politischen Bereich zurück. Der Bereich der Politik einer freien Gesellschaft konnte nicht mehr auf das Befehlen der Zwecke und damit den Primat des Herstellens zurückgreifen.<sup>137</sup>

So drangen nicht nur das Herstellen und die Notwendigkeit vom Oikos kommend in die Politik ein, sondern das Handeln und die Freiheit der Politik sickerten auch ein in den privaten Bereich der Gesellschaft. Je mehr es der Gesellschaft gelang, den Befehl in den Bereich der staatlichen Politik zu verschieben und für sich und im engeren Bereich des Privaten einen Spielraum der Freiheit zu eröffnen, um so nachvollziehbarer wird es, warum die politische und soziale Eigenschaft des Menschen synonym verstanden wurde. Die für die griechische Polis idealtypisch behauptete Trennung von Oikos und Polis, Notwendigkeit und Freiheit, Herstellen und Handeln löste sich in der Gesellschaft auf. Die Gesellschaft trat zwar unter dem Primat der Notwendigkeit an und verschob so die Notwendigkeit nicht nur auf den Anfang, wie Aristoteles für die Polis, sondern ließ sie zum permanenten Quell der Politik werden, aber im Bemühen um das gemeinsame Ziel der Notwendigkeiten lernte der Private auch die unterschiedlichen Ziele des anderen kennen. Das Leben in der Polis, *inter homines esse*,<sup>138</sup> sah den anderen als Handlungspartner und als Resonanzboden für den eigenen Ruhm. Dieses Leben als *inter homines esse* bewegte sich jetzt im Rahmen der Gesellschaft und konstituierte hier Zwecke. Die unpersönliche Freundschaft ergab sich aus dem Respekt für den anderen, mit dem man nicht nur das gleiche Interesse herstellend verfolgte, sondern mit dem man unterschiedliche Interessen aushandelte. Auf diese Weise verband sich Notwendigkeit und Freiheit in der Gesellschaft der Privaten, so dass die Kernvorstellung des *animal sociale* mit der des *zoon politikon* zu Recht gleichgesetzt werden konnte, da die Freiheit des anderen zuerst über seine unterschiedlichen Ziele und Interessen aufschien. So kehrte das Handeln im Privaten und in der Gesellschaft bewahrt und verwandelt in die Politik zurück.

Die griechische Freiheitsvorstellung im politischen Raum war die Freiheit von der Notwendigkeit des Lebens, vom beherrscht werden wie vom

---

137 Die Abwehr der Versuche, es dennoch zu tun, gehört zum Kern der Demokratie. Der Erfolg solcher Versuche spricht nicht gegen die Grundidee der Demokratie, sondern mahnt nur zur verstärkten Wachsamkeit.

138 Ibid. auf S. 17.

selbst herrschen müssen.<sup>139</sup> Aristoteles beklagte, dass diese Freiheit des Politischen vergessen wurde und in völliger Abkehr davon das Herrschen als das Wesen des Politischen galt. Er bot die Analogie des politischen Unternehmers zur Aufgabe des Arztes und des Steuermanns an, deren Aufgabe nicht darin liegt, die Patienten oder Fahrgäste mit Gewalt zu zwingen.<sup>140</sup> Diese Befreiung des politischen Raums von der Dominanz der Gewalt war ein zentrales Anliegen seines Versuchs, die Politik aus der Metaphernwelt des Oikos und des Herstellens zu lösen.

Arendts Versuch stellte sich in dieser aristotelischen Tradition gegen Max Webers Definition von Macht: „Macht bedeutet jede Chance, innerhalb einer sozialen Beziehung den eigenen Willen auch gegen Widerstreben durchzusetzen, gleichviel worauf diese Chance beruht.“<sup>141</sup> Weber verstand Macht auch als eine Beziehungsgröße allerdings in einem Sinne, der Gewalt nicht nur einschließt, sondern Macht aus der Perspektive der Gewalt denkt. Statt der Entwicklung eines gemeinsamen Willens in einem Beziehungsgeflecht ging es um die Durchsetzung gegen den Widerwillen des anderen. Welche Mittel der Überwältigung in einer solchen Beziehung konkret angewendet werden, ist dann tatsächlich zweitrangig. Sie müssen immer jenseits der geistigen Freiheit und ihrer Gründe und innerhalb des materiellen Zwangs und seiner Kausalität gedacht werden.

Der Begriff der Macht verliert in der Lösung von der Gewalt seine Materialfixierung. Konnotiert Macht immer auch Gewalt, bedarf es materieller Zwangsmittel. Die materiellen Kapazitäten der Erzwingung sind so im direkten Einsatz oder als Drohpotential die Basis jeder Machtausübung, die Zwecke einfach herstellen möchte. Macht wird dann zur scheinbar einfachen Währung, deren Bestand sich in den Waffenarsenalen ablesen lässt. Mit dem Ende der Materialfixierung bricht auch der wenig haltbare Versuch der Neorealisten ab, Macht über Material zu definieren.<sup>142</sup>

Macht ist nie quantifizierbar und messbar. Sie wird nicht zur Tauschwährung des politischen Raums in Analogie zur Rolle des Geldes im ökonomischen Bereich. Macht ist immer eine Potentialität, die sich in der Beziehung von Menschen ausdrücken lässt. Macht entsteht im Handeln und Sprechen.

---

139 Ibid. auf S. 42.

140 Politik, 1325 a 30 – 1325 a 35.

141 Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie* (Tübingen: Mohr, 1985) 28.

142 Vgl. Robert O. Keohane, *Neorealism and its critics* (New York: Columbia University Press, 1986).

„[...] Macht [...] besitzt eigentlich niemand, sie entsteht zwischen Menschen, wenn sie zusammen handeln, und sie verschwindet, sobald sie sich wieder zerstreuen.“<sup>143</sup>

Um Missverständnissen vorzubeugen: Die hier mitschwingende Harmlosigkeit endet freilich an der Schwierigkeit der „Zerstreuung“. Menschen können nicht so einfach auseinander gehen. Aus gemeinsamem politischem Handeln entsteht eine bindende Identität, die sich nur unter großen Schmerzen auflösen lässt. Für die Praxis der europäischen Integration hat Scharpf dieses Problem in der These der Politikverflechtungsfalle aufscheinen lassen.<sup>144</sup> Die von der Vertragstheorie so geschätzte Einstimmigkeit<sup>145</sup> führt in der sozialen Realität nicht zur Zufriedenheit aller oder aber zum Nicht-Handeln, sondern zur Festigung alter Konstruktionen. Das Wechselspiel von Konsens und Mehrheit gehört deswegen ins Zentrum einer politischen Praxis.

Die Praxis der Politik wird von der Notwendigkeit und von den Zwecken begonnen, die die Gesellschaft vorgibt, doch das Spezifische der Praxis liegt im offenen Beginnen eines Prozesses, der in seinen verschiedenen Wendungen durch das Eingreifen der anderen Freien kein festgelegtes Ziel hat, ja die Zwecke, die an ihn herangetragen werden, verwandelt. Die Vorstellung der Praxis als Einheit von Reden und Handeln als Lebensform der Freien in der Polis war sich selber Zweck. Wenn das Handeln mit der Freiheit der Privaten in die Politik zurückkehrte, wurde Politik immer durch die Zwecke der Gesellschaft veranlasst. Aber jenseits des Beginns der von der Gesellschaft vorgegebenen Notwendigkeit entstand durch die politische Praxis des Redens, Argumentierens und Handelns ein gemeinsamer Raum, der die *Bourgeois* zu *Citoyens* werden ließ, jedoch ohne *aliénation totale* wie bei Rousseau und wie es Hannah Arendt der antiken Polis unterstellte.

Die vorpolitischen Grundlagen der Notwendigkeit lösen sich dabei jedoch nicht auf, sondern setzen einen Rahmen. Aristoteles machte seine ganze Lehre der Regierungsformen und ihren Depravationen an den Einkommensverhältnissen der dominanten Oikoi fest. Nicht die Herrschaft der Wenigen und die der Vielen macht den Kern des Unterschieds aus, sondern Reichtum und Armut.<sup>146</sup> Der Private wird im politischen Raum

143 Hannah Arendt, *Vita activa oder Vom tätigen Leben* (München: Piper, 1971) auf S. 252.

144 Fritz Scharpf, *Optionen des Föderalismus in Deutschland und Europa* (Frankfurt am Main: Campus, 1994) auf S. 11-44.

145 Vgl. z.B. James M. Buchanan, *Die Grenzen der Freiheit* (Tübingen: Mohr, 1984).

146 Politik, 1279b besonders 1280a

kein neuer Mensch. Er bekommt im vopolitischen Raum bereits seine Prägung durch das Leben und das Ethos.

### III. Handeln und Aushandeln

In der Auseinandersetzung mit den Zwecken der anderen im Gespräch, das sich auf einen gemeinsamen Argumentations- und Legitimitätszusammenhang von alten Verhandlungen, gemeinsamen Unternehmungen, Traditionen und Legitimitätskriterien stützt und diesen Rahmen weiter aufbaut, wird der Versuch des Herstellens der eigenen Zwecke vereitelt. Die eigenen Ziele haben nur eine Chance, wenn sie dem anderen als legitim vermittelt werden können. Hier unterscheidet sich Handeln vom Herstellen.

Beim Prozess des Herstellens steht das Ziel fest, der Herstellungsprozess führt es aus. Im Handeln muss sich das eigene Ziel, das auch nicht autonom gewonnen wurde, sondern erst im *inter esse* entstand, dem Prozess des Aushandelns stellen. Genauso wie der Prozess des Handelns erst die Entstehung von Zielen ermöglicht hat, kann er nun diese Ziele verhindern, umsetzen oder wieder verändern.

Der Prozess des Handelns als ein Prozess unter Freien ist offen. Gadamer schlägt vor, bei Handlung „an die Vielheit der Hände“ zu denken, „das heißt an das ganze verwickelte System von Handlung und Gegenhandlung, von Tun und Leiden.“<sup>147</sup> Es geht nicht um ein überredendes Herstellen von Zwecken. Doch es besteht auch keine Notwendigkeit von den eigenen Zielen abzusehen, um sich mit dem anderen verständigen zu können. Im Aushandeln setzen vielmehr beide ihre Ziele dem gemeinsamen Prozess des Argumentierens aus.

Ihre gemeinsame Sprache, ihre sich dort findenden gemeinsamen Argumente, schreiben dann dem einen oder anderen Ziel mehr Legitimität zu und bewegen die Argumentierenden und ihre Vorstellungen aufeinander zu. Das Aushandeln in der Sprache lässt die soziale Macht entstehen, von der Hannah Arendt spricht. Handeln ist immer Handeln mit Sprache

„[...] Sprechen und Handeln galten als gleich ursprünglich und einander ebenbürtig, sie waren gleicher Art und gleichen Ranges. Und dies nicht nur, weil ja offenbar alles politische Handeln, sofern es sich nicht der

---

147 Hans-Georg Gadamer, "Bürger zweier Welten," in *Gesammelte Werke 10. Hermeneutik im Rückblick* (Tübingen: UTB/Mohr, 1985/1999) 225-237, auf S. 234.

Mittel der Gewalt bedient, sich durch Sprechen vollzieht, sondern auch in dem noch elementarerem Sinne, daß nämlich das Finden des rechten Wortes im rechten Augenblick [...] bereits handeln ist. [...] Politisch zu sein, in der Polis zu leben, das hieß, daß alle Angelegenheiten vermittels der Worte, die überzeugen können, geregelt werden und nicht durch Zwang oder Gewalt.“<sup>148</sup>

Redner und Politiker werden so synonym. Bei Aristoteles wurde die Rede und damit die Politik als die Kunst des Überredens und gleichzeitigen Überzeugens gefasst.<sup>149</sup> Sprechen und Handeln stellte die Einheit her, in der sich Gleichheit und Verschiedenheit treffen können.

Die Sprache garantiert keinen gleichrangigen Diskurs im Sinne von Jürgen Habermas. Sprachliches und rhetorisches Handeln steht immer im Spannungsfeld von Macht und Legitimität. Die aristotelische Praxis setzt in der rhetorischen Tradition weder Macht und Legitimität gleich, wie Michel Foucault, noch grenzt sie beide hermetisch voneinander ab, wie dies Habermas in seiner Diskursformation des kommunikativen Handelns unternimmt. Die sozial verstandene Macht bei Hannah Arendt muss immer wieder ihre Legitimität unter Beweis stellen. Wenn ihr das gelingt, kann sie aber auch ihre Macht als legitimes Argument der Autorität einsetzen, ja sogar den Anderen zum Abwechler und damit zum potentiellen Opfer von Gewalt machen. Die aristotelische Praxis hat keinen archimedischen Punkt, der ihre Legitimität garantiert oder ihr Abrutschen in die Gewalt und das Herstellen von Zwecken ausschließt. Die Handelnden müssen immer wieder aufs Neue zu einer gemeinsamen Sprache und zu gemeinsamen Argumenten finden. Den Raum des Argumentationszusammenhangs, dieses „Bezugsgewebe“,<sup>150</sup> stellt die Polis oder die Gesellschaft oder auch die Gemeinschaft der Staaten bereit. In diesen Rahmen tritt der Sprechende und Handelnde ein.<sup>151</sup>

Sprechen und Handeln materialisieren sich nicht in einem Endprodukt. Sie sind auch nicht Teil einer geistigen Ideenwelt. Sprechen und Handeln bleiben Prozess und erschließen in der intersubjektiven Interaktion den gesellschaftlichen und daraus den politischen Raum als neue soziale Realität. In diesem Handeln werden immer wieder Schranken und Grenzen des Argumentationszusammenhangs errichtet. Doch sind diese nie verlässlich,

148 Hannah Arendt, *Vita activa oder Vom tätigen Leben* (München: Piper, 1971) auf S. 36f.

149 Aristoteles, *Rhetorik* (München: UTB/Fink, 1995) 1354a und 1355b.

150 Hannah Arendt, *Vita activa oder Vom tätigen Leben* (München: Piper, 1971) auf S. 226.

151 Ibid. auf S. 213-218.

da sie immer wieder in Bewegung gebracht werden. Einer fängt an und in diesem Anfangen trifft er auf andere, die auch gerade anfangen oder schon lange handeln und sie machen mit ihm und auch gegen ihn weiter. Handeln ist ein offener Prozess, der in einem sich wandelnden Argumentationszusammenhang steht. Handeln ist so nie auf Zwecke, Motive und Impulse reduzierbar, sondern nur aus dem Prozess seines historischen Verlaufs beschreibbar. Die Geschichten, die sich aus dem Handeln und im Handeln erzählen lassen, machen das Handeln greifbar. Die Geschichte eines Projekts ist offen bis zum Schluss.

Solange Menschen in einem Bezugsgewebe handeln, solange die alten Argumente noch die neuen bestimmen, macht die Rede von der Finalität keinen Sinn. Die Vorstellung, die Veränderungen, die der europäischen Praxis bei der Bewältigung ihrer Herausforderung bevorstehen, könnten zu einer finalen Lösung führen, sind bestenfalls irreführend. Die Vorstellung, finale Lösungen finden zu müssen, könnte eher zu einer Überforderung oder zu einem Leerlauf der Praxis führen. Denn ein Ende ist erst dann erreicht, wenn ein Argumentationszusammenhang von einem neuen Bezugsgewebe, von neuem Handeln, abgelöst wurde und sich bestenfalls noch als Steinbruch gebrauchen lässt.<sup>152</sup>

#### IV. Inter esse und Freundschaft

Wenn in der Polis kein Band der Freundschaft mehr besteht, sondern jeder Haushaltsvorstand nur noch seine Interessen, nämlich die des Haushalts vertritt und sich sonst um nichts kümmert, herrscht Bürgerkrieg, der *bellum omnium contra omnes*. Der Mensch wird dem Menschen zum Wolf und Hobbes könnte seinen Leviathan errichten.<sup>153</sup> Doch das historische Problem, dem sich die Vertragstheorie gegenüber fand, war ja nicht primär der Raubritter, der Bürgerkrieg um Land und Besitz, sondern der Bürgerkrieg um die Religion. Die Menschen sorgten sich um ihr Seelenheil und das des anderen. Die Aufteilung der Christenheit in souveräne *dominia*, die im Westfälischen Frieden den Beginn des neuen Staatensystems brachte, war nicht das Problem, sondern die Lösung. Erst als man der „Wolfsnatur“ des Menschen die „Erklärung“ des Individualismus beigesellte und ihm den Glauben an die Unbedingtheit einer guten, universalen Gemeinschaft der

---

152 Vgl. *ibid.* auf S. 226-240.

153 Thomas Hobbes, *Leviathan* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1984).



Gläubigen nahm, konnte man beginnen, den Menschen besitzindividualistisch,<sup>154</sup> staatlich einzuhegen. Die Schrecken des Dreißigjährigen Kriegs wie auch des englischen Bürgerkriegs, um sowohl den Mythos des Leviathans wie den des westfälischen Systems anzubinden, entstammten der Vorstellung einer engen Verbundenheit der politischen wie gläubigen Gemeinschaft, die diese Verbundenheit auch um den Preis des Zwangs und der Gewalt unbedingt aufrechterhalten wollte. Die Therapie war die Trennung in der staatlichen Anstalt der Moderne, die mit der Globalisierung ihre Tore wieder öffnet und einer Rückkehr der Polis vorerst als *global village* den Weg bereitet. Im Europa der Integration ist dieser Weg zur Polis des Aushandelns schon wesentlich weiter vorangegangen worden. Entscheidend ist bei dieser Neukonstruktion einer politischen Praxis jenseits des Staats der Verzicht auf jede Form des Zwangs oder gar der Gewalt. Die Entscheidung für das globale Dorf ist in dieser Hinsicht noch nicht gefallen.

Die Freundschaft der Polis war jedoch kein nachbarschaftlicher Ringelreihen, bei dem jeder jeden kennt und sich so eine Gemeinschaft von allein einstellt. Gadamer räumte mit dieser Vorstellung eindeutig auf und wollte damit dem Begriff der antiken Polis seine Weite zurückgeben,<sup>155</sup> die besonders auch für die politische Praxis der europäischen Integration benötigt wird. Die Freundschaft der Polis glaubte an die Gemeinschaft der Freien, an ein Menschsein in der Gemeinschaft jenseits des Eigenen, an die Solidarität jenseits der eigenen vier Wände. Aristoteles fand diesen Glauben in der Sitte der Polis vor und er brauchte dafür keine platonische Politeia. Im Zerfall plädierte Platon für die Gerechtigkeit des Zwangs, aber Aristoteles wusste, dass es dessen nicht bedarf, denn die Freundschaft stammt aus der Lebenswelt der Menschen.

Diese Welt ist eben gerade nicht der Idealstaat, in dem alles bestens aufeinander abgestimmt ist. Die Gemeinschaft der Hausvorstände ist wie gesehen keine *aliénation totale*. Es wird kein vorherbestimmtes Allgemeinwohl postuliert, an dem sich alle ausrichten. Die Form der Herrschaft hängt von der relativen Zahl ihrer Mitglieder gegenüber der Zahl der Beherrschten ab. Entscheidend aber ist, wie gesehen, ob die Hausvorstände, die nicht mehr das Wohl der Gemeinschaft im Auge haben, reich oder arm sind.<sup>156</sup> Die

---

154 C. B. Macpherson, *Die politische Theorie des Besitzindividualismus* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1973).

155 Hans-Georg Gadamer, "Bürger zweier Welten," in *Gesammelte Werke 10. Hermeneutik im Rückblick* (Tübingen: UTB/Mohr, 1985/1999): 225-237, auf S. 236.

156 Politik, 1279b besonders 1280a.

Freien der Polis wussten sehr wohl, welche Interessen ihr Haus gegenüber anderen Häusern hatte.

*Mutatis mutandis* passt so auch die antike Polis auf die liberale Polis des globalen Dorfs und der europäischen Integration. Das globale Dorf und noch viel weniger die Europäische Union sind keine bloßen Weiterentwicklungen des Oikos, so wie bei Aristoteles das Dorf als Kolonie des Haushalts entsteht.<sup>157</sup> Die globale Welt und ganz besonders das Europa der Integration ist nicht nur Marktplatz, sondern es werden Regeln des Gemeinsamen entwickelt, die gelten, auch wenn wie in Athen der Oikos über die Polis siegt und sich die Oligarchie der Reichen zur Herrschaft aufschwingen kann. Hier kann immer wieder Kritik an der aktuellen Praxis geübt werden und ihr Argumentationszusammenhang bietet dafür Anknüpfungspunkte.

Der Schutz des Eigenen ist die offensichtlichere Quelle der politischen Freundschaft. Doch dieser Fokus auf die politische Freundschaft macht bei der Parteifreundschaft halt. Die Freundschaft in der liberalen Polis liegt in der Freundschaft der Freien, die in gegenseitigem Respekt sich auf das Aushandeln mit den anderen einlassen, weil deren Argumentation nicht nur ihre Interessen berücksichtigt, sondern weil sich beide wechselseitig der Legitimität ihrer Argumente und Interessen im *inter esse* versichern. Diese ganz unromantische, unpersönliche Freundschaft der solidarischen Freien, die aber nicht nur uninteressiertes Verhandeln meint, sondern die Teilhabe am Gespräch des Aushandelns, die Gemeinschaft schafft, zeigt sich immer da, wo Handeln stattfindet. Zu dieser Art der unromantischen Freundschaft sind Bürger wie ökonomische oder politische Eliten nicht nur in der Lage, sondern sie befinden sich automatisch darin, wenn sie ihr gemeinsames Handeln weder auf die Basis des Zwangs stellen noch einer *Hit-and-Run*-Strategie folgen, sondern sich auf ein auf Dauer angelegtes Aushandeln einlassen.

## V. Politik als Praxis des Aushandelns unter Menschen

Im Wandel von Oikos und Polis und im Entstehen der Gesellschaft verschob sich auch die Beziehung von Notwendigkeit und Freiheit, Handeln und Herstellen. Politik wird zur offenen Praxis, in der sich die Freien treffen, um ihre im gesellschaftlichen *inter esse* entstandenen Ziele miteinander auszu-

---

157 Politik, 1253 a 15 – 1253 a 18.

handeln. Mit der Öffnung des Staats in der globalisierten und europäisierten Welt nimmt die Unbestimmtheit und Offenheit dieses Prozesses zu.

Die Zwecke gibt die Gesellschaft vor, in ihrem politischen Rahmen werden sie ausgehandelt und in diesem Handeln verändern sie sich. Zwecke, die dort eingebracht werden, müssen im Argumentationszusammenhang als legitim gelten. Da die Gesellschaft, die die Zwecke vorgibt, auch den politischen Rahmen schafft, kann dies gelingen. Je heterogener die Gesellschaft ist, desto schwieriger und offener wird das Aushandeln im politischen Rahmen. Umso dringlicher wird es aber auch, um diese Praxis des Aushandelns zu wissen und Politik nicht mit der Durchsetzung von gegebenen Interessen und somit mit einem Prozess des Herstellens zu verwechseln. Der Begriff des Herstellens bleibt auf die abwegige Annahme festgelegt, ein Ergebnis stände im Interesse schon fest. Der Begriff des Handelns macht klar, dass die Interessen nicht nur im Prozess des Aushandelns noch modifiziert werden können, sondern jedes Interesse erst aus einem Prozess des Sprechens und Handelns hervorgeht.

Der Versuch einer polarisierenden Politisierung zur Durchsetzung des europäischen Integrationsprozesses glitt in den letzten Jahren in einen Herstellungsmodus ab, der die europäische Praxis gegen nationale Widerstände durchsetzen wollte, und steckt darin fest.

Der Zweck, das Interesse, fängt mit *inter homines esse* an. Erst unter Menschen bildet sich ein Interesse. Und dieses Interesse fängt auch den anderen mit ein, weil es ohne ihn nicht existiert. Wie sich das Aushandeln dann entwickelt, bleibt offen. Politische Freundschaft ist genauso möglich wie Bürgerkrieg. Doch wenn sich im Bürgerkrieg nicht ein Ziel bedingungslos durchsetzt, das dann einfach hergestellt, umgesetzt werden kann, müssen sich die Akteure wieder ihrer politischen Freundschaft besinnen und zu verhandeln anfangen. Sobald mehr als eine Lösung Legitimität für sich einfordern kann, ist der Rahmen des Herstellens überholt. Da wo es zwei oder drei gegensätzliche, aber legitime Problemstellungen gibt, muss geredet, argumentiert, ausgehandelt, gehandelt werden. Hier fängt Politik an.

Dieses Argumentieren steht im Argumentationszusammenhang seiner Praxis. Die Handelnden entnehmen ihre Argumente aus diesem Zusammenhang und beweisen damit die Legitimität ihres Sprechens. Wollen sie neuen Argumenten Geltung verschaffen, müssen sie Anknüpfungspunkte im alten Argumentationszusammenhang finden und sie dem Aushandeln und der gemeinsamen Bewährung aussetzen. In diesem Aushandeln und der Spannung zwischen den Handelnden und ihren Argumenten entstehen Macht, Interesse und Legitimität. Ob sich dabei Lösungen und Ord-

nungen der Argumentationszusammenhänge durchsetzen, die sich für die Handelnden bewähren, bleibt offen. Aus dem Wechselspiel von Scheitern und Bewähren, Stabilität und neuer Herausforderung entsteht Wandel als Prozess der Praxis des Aushandelns. Jede neue Herausforderung muss erst als Argument der Praxis auftauchen bis sich der Wandel einstellt.

Wenn nun Politik der Argumentationsprozess der freien, gleichen und befreundeten Handelnden ist, der einen Argumentations- und Legitimitätszusammenhang schafft und sich in diesem bewegt, muss sich die Politikwissenschaft auf diese politische Praxis einstellen. Sie muss diese Praxis beschreiben können und, falls sie leerläuft, dazu fähig sein, sie ratend zu unterstützen.

## § 2: Politikwissenschaft als Praxis

Nachdem die Politik in Anlehnung an Aristoteles als Praxis verstanden wurde, soll nun auch die Beschreibung der Politik als Praxis konzipiert werden, als Praxis der Politikwissenschaft. Dieser Versuch wird in Anlehnung an die Aristoteles-Interpretation Hans-Georg Gadamers unternommen.

Nachdem sich die Politik mit dem Unbeständigen und Wechselhaften beschäftigt, mit einem Bereich, in dem es weniger Notwendigkeiten, als vielmehr Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten gibt, die immer von der Unbeständigkeit des Aushandelns abhängen, kann die Politikwissenschaft wohl kaum nach ewigen Gesetzen suchen. Es sei denn, sie gebe diese Einsicht in die Veränderlichkeit als Gesetz aus. In den Regierungszyklen von Aristoteles bis Machiavelli wurde Ähnliches versucht. Für eine politikwissenschaftliche Fragestellung bleibt die Politik als offene und zugleich an die Tradition gebundene Praxis wegweisend. Diesem Gegenstand kann sich die Politik nähern, indem sie sich auf diese Praxis einlässt und sich mit ihren Besonderheiten vertraut macht, statt das besondere Ereignis als Fall unter ein Gesetz bringen zu wollen. Der politikwissenschaftliche Wissenschaftsbegriff muss sich deswegen von dem naturwissenschaftlichen Ideal des Allgemeinen lösen. Dies wird in einer genealogischen Annäherung in der Interpretation Gadamers an die Wandlung des Wissensbegriffs von der Antike bis zur Moderne versucht. Vor diesem Hintergrund wird das besondere Wissen der Praxis beschrieben, das im lebensweltlichen Aushandeln steht und entsteht. Wenn sich die Politikwissenschaft ganz auf die Praxis der Politik einlässt, kommt sie selber auf dem Boden der Praxis und des Ethos zu stehen. Ihre Aufgabe wird es dann sein, für das politische

Handeln die Zusammenhänge, in denen dieses Handeln steht, aufzuzeigen. Abrundend wird dann der Versuch unternommen, zur heuristischen Klärung die Politikwissenschaft als praxisorientierte und als akteurszentrierte Politikwissenschaft zu unterscheiden. Praxisorientierte Politikwissenschaft meint dann die Beschreibung der Argumentationszusammenhänge, in denen das politische Handeln steht.

## I. Wissen und Wissenschaft

Gadamer versuchte in der Gegenüberstellung von aristotelischer Scheidung der Wissensbereiche und der neuzeitlichen Konzeption einer allgemeinen Wissensmethode einen Raum zu schaffen, in dem für die Sozialwissenschaft ein Wissen über ihren besonderen Gegenstand möglich wird, ein Wissen über und für das menschliche Handeln in der Praxis der Interaktion.

Nach Gadamer begann Aristoteles die begriffliche Unterscheidung von Wissenskonzeptionen, die im sokratisch-platonischen Sprechen noch ununterscheidbar zueinander gehören.<sup>158</sup> Die erste Trennung, die Aristoteles vornahm, war die Unterscheidung zwischen Wissen über Unveränderliches, Ewiges, Göttliches und Wissen über Veränderliches, Zeitliches, Menschliches. Die Schau des Ewigen ist die Theoria. Den Bereich des Menschlichen und Wandelbaren unterteilte Aristoteles noch einmal in den Bereich der Praxis, des Handelns, und in den Bereich der Poesis, des Herstellens. In der Interpretation Gadamers werden diese Bereiche einander trennscharf gegenübergestellt.

Episteme, Wissenschaft, ist nur im Bereich der Theoria, in der Schau des immer Gleichen, möglich. Techne ist die Kunst und das Wissen der Poesis, des Herstellens. Phronesis ist das Wissen, das sich in der Praxis bewährt und aus ihr stammt. Aristoteles grenzte so den Bereich des Praktischen und seines Wissens, der Phronesis, sowohl von der Theoria und der Episteme wie von der Poesis und der Techne ab. Das Wissen der Praxis ist kein Wissen um die ewigen Dinge und kein Wissen um die Technik der Herstellung, sondern das Wissen um das im Ethos legitime und tunliche Handeln.

---

158 Hans-Georg Gadamer, "Aristoteles und die imperativistische Ethik," in *Gesammelte Werke 7. Griechische Philosophie III* (Tübingen: UTB/Mohr, 1989/1999): 381-395, auf S. 388f

Aristoteles kam es bei dieser Begriffsbildung nicht darauf an, den lebensweltlichen Zusammenhang allen Wissens aufzuheben. In der begrifflichen Unterscheidung versuchte er eine Klarheit vorzubereiten, in der das richtige Verhältnis von Logos und Ethos aufscheinen kann.<sup>159</sup> Diese Klarheit ist in der modernen Fixierung auf mathematisch geprägte Erfahrungswissenschaften als Episteme wieder verloren gegangen. Der erfolgreiche Schritt der Moderne war es, die Mathematik der Erfahrung dienstbar zu machen. In der griechischen Vorstellung waren Erfahrung und echtes Wissen getrennt. Nur vom immer Gleichen, was nicht erfahren zu werden braucht und somit nicht der Veränderlichkeit unterliegt, ist echtes, unvergängliches Wissen möglich – gleich seinem Gegenstand. Die Mathematik und ihr Ideal der Lehrbarkeit und Lernbarkeit in der Logik des Beweisens ist das Leitbild auch der klassischen Wissenschaft. Dieses Leitbild der Mathematik und der Wissenschaft blieb aber eingebettet in den Logos, die Sprache, worin sich alles menschliche Wissen tradiert und artikuliert. Die Erfahrungswissenschaft des 17. Jahrhunderts wendet in einem völlig neuen Verständnis von Mathematik diese auf die Erfahrung an und löst mit ihrem neuen Ideal, der Methode des Beweisens, das Wissen aus seinem lebensweltlichen Zusammenhang der Sprache heraus. Echtes Wissen beweist sich in der Anwendung der Mathematik auf die Erfahrung und muss sich von allen in sprachlichen Konventionen tradierten Vorstellungen lösen.<sup>160</sup>

Die Beweislogik der Mathematik begründet den Status des Wissens der Wissenschaft. „Episteme ist eine Weise des Wissendseins, die auf dem Haben von Beweisen beruht.“<sup>161</sup> Diese Beweislogik setzte sich mit der modernen Wissenschaftlichkeit nicht nur in den Naturwissenschaften, sondern als *moral science* auch im Bereich des Handelns und der Praxis durch.<sup>162</sup> Mit der Beweislogik der Mathematik und des immer Gleichen ist aber selbst im Bereich des Herstellens nicht alles und im Bereich der Praxis nur wenig zu leisten. Gadamer fasste diese Problematik zusammen:

---

159 Hans-Georg Gadamer, "Die sokratische Frage und Aristoteles," in *Gesammelte Werke 7. Griechische Philosophie III* (Tübingen: UTB/Mohr, 1990/1999): 372-380, auf S. 375-378.

160 Hans-Georg Gadamer, "Bürger zweier Welten," in *Gesammelte Werke 10. Hermeneutik im Rückblick* (Tübingen: UTB/Mohr, 1985/1999) 225-237, auf S. 227-229.

161 Hans-Georg Gadamer, "Aristoteles und die imperativistische Ethik," in *Gesammelte Werke 7. Griechische Philosophie III* (Tübingen: UTB/Mohr, 1989/1999) 381-395, auf S. 389.

162 Ibid. auf S. 383.

„Der Begriff von Wissenschaft, der von der Mathematik ausgeht und das griechische Denken beherrscht, hat die Logik des Beweises entwickelt, und das heißt die Ableitung aus einem Ersten, dem Prinzip. Unter der Herrschaft des Allgemeinen wird das Einzelne zum Fall und in der neuzeitlichen Naturwissenschaft zum Fall des Naturgesetzes. Damit läßt sich weder in den Naturwissenschaften der Logik der Forschung gerecht werden, noch im Bereich der Kultur, wenn es gilt, im Forschungs- und Erkenntnisbereich der sogenannten Geisteswissenschaften die praktische Philosophie zureichend als Wissenschaft zu rechtfertigen.“<sup>163</sup>

Schon in den Naturwissenschaften folgte die neuzeitliche Wissenschaft nicht ihrem allgemeinen, mathematischen Methodenideal.<sup>164</sup> Noch viel weniger Sinn machte diese Engführung in der Wissenschaft, die sich mit dem Menschen und seinem Handeln beschäftigt.

Aber die moderne Wissenschaft hat nicht nur mit Hilfe der Mathematik den Wissenschaftsbegriff neu besetzt, indem sie ihn auf die Erfahrung ausdehnte, sie hat auch den Begriff der Theorie der Erfahrung zugewandt und ihn so ebenfalls umgeprägt. Theoria als die Schau des Ewigen wurde zur Theorie des Allgemeinen, die auf den Fall der Erfahrung angewendet werden muss.

Theorie in diesem neuen, wissenschaftstheoretischen Sinn lässt sich auch auf Aristoteles' *Techne* und *Phronesis* beziehen. Das Wissen der *Poesis* und der *Praxis* verfügte ebenfalls über den Abstraktionsgrad des Allgemeinen. In diesem Sinn ist auch praktische Philosophie allgemein und damit Theorie. Doch im Unterschied zum Herstellen gibt es für das Handeln keine allgemeinen Regeln, die sich anwenden lassen und dann, gleichsam automatisch, zum Ziel des gewünschten Produkts führen. *Phronesis* ist somit im Unterschied zur *Techne* nicht lehrbar. Somit gibt die praktische Theorie keine Regeln des Allgemeinen vor, die sich exakt auf den konkreten Fall anwenden lassen.

Den theoretisch-allgemeinen Charakter der praktischen Wissenschaft zeigte Gadamer am Beispiel der aristotelischen *Mesotes*-Lehre. Die Mitte zwischen zwei Extremen zu suchen ist keine Regel, die sich einfach anwenden lässt: Über das Hinweisen auf die Extreme wird die Mitte ins Visier genommen und muss sich in der Praxis selbst finden lassen. Eine Wissenschaft für die Praxis ist somit eher der Heilkunst vergleichbar, die sich

---

163 Ibid. auf S. 385.

164 Paul Feyerabend, *Wider den Methodenzwang* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1986).

immer neu auf einen Fall einstellen muss, als einer angewandten Naturwissenschaft, die von allgemeinen Regeln eine bestimmte Produktion ableitet.

Der entscheidende Unterschied zwischen einer allgemein-abstrakten Theorie für die Praxis und einer Theorie des Allgemeinen und Ableitbaren lag für Aristoteles in der Unterscheidung zwischen dem Guten der Theoria, der Schau des Ewigen, und dem Guten und Tunlichen in der Veränderlichkeit des Menschlichen. Deswegen wendete er sich gegen Platon, der dem allgemein-ableitbaren Theoriebegriff der Moderne viel näherstand, weil er dem Bereich des Menschlichen keinen eigenen Raum zugewiesen hat. Für Aristoteles ist eine Argumentation des Guten, die wie bei Platon auf einen mathematischen Harmoniebegriff abzielt, für die Praxis völlig abwegig.<sup>165</sup>

## II. Das Wissen der Praxis

In der Abgrenzung zu Platon ist für Aristoteles im Bereich der Praxis und des menschlichen Handelns der Anfang nicht ein allgemeines Prinzip, sondern das „Daß“,<sup>166</sup> der lebensweltlichen Existenz. In diesem Bereich des menschlichen Handelns steht das Wissen der Menschen um ihre Lebenswelt, das sie immer schon haben. „Es [das „Daß“] beruht auf den Selbstentwürfen menschlichen Daseins.“<sup>167</sup> Für das menschliche Handeln gibt es kein höheres Wissen als jenes, das im Handeln aufscheint. Das Ethos, der Argumentations- und Legitimitätszusammenhang der Menschen, gibt die unterschiedlichen Regeln vor, die auf das Handeln einwirken und das Handeln wirkt auf diesen Zusammenhang zurück. Dieser oben breit beschriebene Bereich des Handelns ist auch die Grundlage für das Wissen des Handelns. Das Ethos, der Argumentations- und Legitimitätszusammenhang, ist der lebensweltliche Ort einer „verbindlichen Übereinkunft.“<sup>168</sup> Das Wissen der Praxis hört auf die Stimme des Ethos, aus dem heraus sie sich begründet. Aber Handeln innerhalb dieses Argumentations- und Legitimitätszusammenhangs meint nicht kritiklose Reproduktion. Es geht

---

165 Vgl. Hans-Georg Gadamer, "Die Idee des Guten zwischen Plato und Aristoteles," in *Gesammelte Werke 7. Griechische Philosophie III* (Tübingen: UTB/Mohr, 1978/1999): 128-227, auf S. 217-219.

166 NE A2, 1095b; A7, 1098b.

167 Hans-Georg Gadamer, "Aristoteles und die imperativistische Ethik," in *Gesammelte Werke 7. Griechische Philosophie III* (Tübingen: UTB/Mohr, 1989/1999): 381-395, auf S. 386, vgl. auch 385-386.

168 Hans-Georg Gadamer, "Vernunft und praktische Philosophie," in *Gesammelte Werke 10. Hermeneutik im Rückblick* (Tübingen: UTB/Mohr, 1986/1999): 259-266, auf S. 263.



ja nicht um das Ewiggleiche, sondern um den Bereich der Veränderung, des Wandels. Ethos meint keinen geschlossenen Traditionszusammenhang in der Enge kontingenter, aber verabsolutierter Gemeinschaften.

Das menschliche Handeln steht in seiner Tradition und diese wird in der Sprache tradiert. Der Mensch ist nicht nur *zoon politikon*, sondern auch *zoon logon echon*. In der Sprachlichkeit des Menschen verbinden sich die Sitte und ihre kritische Hinterfragung durch die Vernunft, die ebenso der Tradition der menschlichen Praxis entspringt. In der Sprache sedierte sich die Sitte des Menschen und dort zeigt sie sich. In der Sprache wird im Ethos und über ihn gesprochen und gestritten.

Sprache meint den vielschichtigen Logos. Hier verbindet sich für die Praxis wieder ein lebensweltlicher Zusammenhang des Wissens, den die Einführung der mathematisch-wissenschaftlichen Methode verloren hat. Neben der Logik und der Mathematik wird die lebensweltliche Praxis in ihr Recht gesetzt, Anfang von Wissen zu sein. Der Mensch wird so zurückgebunden an eine Lebensordnung, die er vorfand und die ein Handeln vor ihm geschaffen hat. Dieses menschliche Handeln des Schaffens war aber immer auch von Vernunft und Kritik begleitet. Menschliches Handeln bleibt immer auch Wählen, Kritik und Umgestaltung. Die Lebensordnung war so nie fest, sondern immer im Wandel. Das Ethos steht so nie allein, sondern immer in Verbindung mit dem Logos, der Sprache und ihrem Wissen.<sup>169</sup>

Das „Daß“ meint so nie blindes Wiederholen, sondern berücksichtigt immer die Phronesis in der Prohairesis.<sup>170</sup> Die Nikomachische Ethik stellt Aristoteles Versuch dar, die Art von Wissen zu finden, die das praktische Handeln des Menschen bestimmt. Sein Ziel war es zu zeigen, dass Ethos und Phronesis untrennbar verwoben sind, dass es das eine nicht ohne das andere geben kann.<sup>171</sup> Gadamer bezeichnete es als die Pointe der Nikomachischen Ethik, dass die ethischen Tugenden von der dianoetischen

---

169 Hans-Georg Gadamer, "Die Idee der praktischen Philosophie," in *Gesammelte Werke 10. Hermeneutik im Rückblick* (Tübingen: UTB/Mohr, 1983/1999): 238-246, auf S. 243.

170 Hans-Georg Gadamer, "Vernunft und praktische Philosophie," in *Gesammelte Werke 10. Hermeneutik im Rückblick* (Tübingen: UTB/Mohr, 1986/1999): 259-266, auf S. 264.

171 Hans-Georg Gadamer, "Aristoteles und die imperativistische Ethik," in *Gesammelte Werke 7. Griechische Philosophie III* (Tübingen: UTB/Mohr, 1989/1999): 381-395, auf S. 390-391.

Tugend der Phronesis nicht zu trennen sind. So bleiben Logos und Ethos verbunden.<sup>172</sup>

Für das Selbstverständnis der Sozialwissenschaften ist der Verweis auf das Ethos nicht nur als Forschungsgegenstand, sondern als vorgeordnetes Wissen zumindest problematisch. Mit seiner Trennung der praktischen von der theoretischen Wissenschaft hält Aristoteles für die Betrachtung der Praxis jedoch eine andere metatheoretische Perspektive offen, die aus der Einführung eines neuzeitlich-mathematisch verengten Wissensbegriffs herausführen könnte.<sup>173</sup> Die Wissenschaft verfügt, wenn sie sich auf Aristoteles einlässt, über keine Theorie mehr, die sich anwenden lässt. Auf der Basis des mathematischen Ideals bleibt die sozialwissenschaftliche Prognostik, so die ironische Formulierung Gadamers,<sup>174</sup> auf einer – fragwürdigen – Ebene mit langfristigen Wettervorhersagen der Meteorologie.<sup>175</sup> Eine praxisorientierte Wissenschaft sucht keine allgemeinen Gesetze, sondern gründet sich im Wissen der Praxis und nimmt die Situiertheit des Menschen in seiner Praxis an. Das Wissen des Menschen entstammt immer einer Praxis und so ordnet sich auch eine Wissenschaft, die praxisorientiert sein will, in die Lebenswelt der Praxis ein. Jede Möglichkeit des Wissens fängt so in der Praxis an und wird nicht von außen an sie herangetragen. Dies war der Vorwurf, den Aristoteles gegen Platon erhob. Aber in der Interpretation Gadamers führte er dabei auch ein Projekt Platons fort: Im Wiedererinnern als Möglichkeit des Wissens ist ebenfalls das Handeln der Menschen in ihrem Ethos Anfang des Wissens.<sup>176</sup> „In einem solchen Blick auf Praxis liegt eine primäre Zusammengehörigkeit aller, die miteinander leben.“<sup>177</sup>

Auch der Wissenschaftler steht in dieser Lebenspraxis. Die Lebenswelt der Praxis, in der der Politikwissenschaftler steht, scheint im Vergleich mit den Naturwissenschaften über einen geringeren Grad der Objektivier-

---

172 Hans-Georg Gadamer, "Die Idee der praktischen Philosophie," in *Gesammelte Werke 10. Hermeneutik im Rückblick* (Tübingen: UTB/Mohr, 1983/1999): 238-246, auf S. 239.

173 Ibid. auf S. 241-243.

174 Ibid. auf S. 242.

175 Seit Gadamer hat sich die Prognosefähigkeit der Meteorologen verbessert, weil mehr Daten verarbeitet werden können. Die metaphorische Kraft des Wetters und der Meteorologie für Außenpolitik hat sich dadurch nicht abgeschwächt. Die Prognosefähigkeit der Politikwissenschaft funktioniert dennoch auf einer anderen Ebene. Vgl. Mariano Barbato, *Wetterwechsel. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Scholz* (Frankfurt/New York: Campus, 2022).

176 Hans-Georg Gadamer, "Bürger zweier Welten," in *Gesammelte Werke 10. Hermeneutik im Rückblick* (Tübingen: UTB/Mohr, 1985/1999): 225-237, auf S. 233-234.

177 Ibid. auf S. 234.

barkeit zu verfügen. Die Lebenswelt ist jedoch nicht die Grenze, sondern vielmehr die Bedingung für die dem Feld der Praxis angemessene Objektivität.<sup>178</sup> Aristoteles warnte vor einer unbrauchbaren Schein-Schärfe, die die Präzision der Mathematik in den Bereich des menschlichen Handelns einführen möchte.<sup>179</sup>

Die Vorstellung, die hinter dem Wissensbegriff der Praxis steht, ist eine andere. Sie ist das Wissen der Sprache, in der ein Gespräch stattfindet, das nicht dem reinen Informationsaustausch dient, sondern das handelt. Der Status des Wissens ist so nicht aus allgemeinen Grundsätzen ableitbar. Das Wissen ruht auf keinem Fundament. Es steht in der Praxis und diese Praxis stützt das Wissen und lässt es entstehen.

Die Politikwissenschaft kann deswegen nicht so tun, als ob die Grundlagen, die Ziele und Zwecke schon geklärt wären. Auf die Frage nach den obersten Grundsätzen und ihrem Verhältnis kann die Politikwissenschaft sich deswegen auch nicht auf den werturteilsfreien Standpunkt Max Webers zurückziehen und einfach nur dezisionistisch gewonnene Zwecke fordern, um dann Mittel feilzubieten. Die Mittel kennt die Praxis selbst meist besser oder verlangt sie von einer medialen Politikberatung. Was sie nachfragt, ist das Abwägen der Ziele und Zwecke wie sie in der Widersprüchlichkeit der Argumentations- und Legitimationszusammenhänge aufeinandertreffen. Wenn die Politikwissenschaft in der Praxis ernst genommen werden will, muss sie sich in das Reich der Zwecke begeben, in das Reich der Interessen, in das *inter esse* der Menschen.<sup>180</sup> Sie muss dort die Argumentations- und Legitimitätszusammenhänge aufspüren, in der sich die Praxis bewegt, und ihr diese im Falle eines Leerlaufs neu geordnet anbieten. Aristoteles wollte mehr sein als der machiavellistische Techniker der Politik, der die Mittel für die Herstellung bereitstellt. Er fasste ja das politische Handeln gerade nicht unter den Begriff des Herstellens. Politik als Praxis des Handelns kann eben dann auch nicht mit einer Wissenschaft des Herstellens und der Bereitstellung der Mittel zu gegebenen Zwecken verstanden und beraten werden. Wenn man das freie Aushandeln der Politik im Argumentations- und Legitimitätszusammenhang der Sprache ernst nimmt, dann kann die Politikwissenschaft aber genauso wenig konkrete

178 Ibid. auf S. 231-232.

179 Hans-Georg Gadamer, "Die Idee der praktischen Philosophie," in *Gesammelte Werke 10. Hermeneutik im Rückblick* (Tübingen: UTB/Mohr, 1983/1999): 238-246, auf S. 241.

180 Vgl. Hans-Georg Gadamer, "Europa und Oikoumene," in *Gesammelte Werke 10. Hermeneutik im Rückblick* (Tübingen: UTB/Mohr, 1993/1999): 273-275, auf S. 273-275.

Zwecke vorschlagen. Hier würde sie eine Entlastung anbieten, die sie nicht ernsthaft einhalten kann.<sup>181</sup>

Wo liegt nun die besondere praktische Relevanz des aristotelischen Ansatzes, die Aristoteles so vehement gegen die Unangemessenheit des platonischen Denkens für die Praxis anführt?<sup>182</sup> Wenn alles in der Kontingenz der Lebenswelt versinkt und nichts anderes bleibt als ein Hören auf die Stimme des Ethos in der Sprache, scheint vordergründig ein Unterschied zwischen Wissen und Meinung nicht mehr zu bestehen. Die Fragmente der Lebenswelten sind jedoch nicht die Lösung, sondern die Aufgabe an das Denken. „Wir stehen in einem Prozess, in dem sich wohl Integration und Differenzierung hin- und hertauschen.“<sup>183</sup>

Die spezifische Aufgabe einer praxisorientierten Wissenschaft ist es, auf diesen Prozess und seinen Argumentationszusammenhang hinzuhören und hinzuweisen. Die Aufgabe einer praxisorientierten Politikwissenschaft ist das Hinweisen auf den Legitimationszusammenhang, in dem sich das Handeln der Politik bewegt. Sie wäre überfordert, wenn sie Entscheidungen treffen müsste. Das kann nur der tun, der in der Verantwortlichkeit des Handelns steht und die konkrete Situation vor sich hat. Die Aufgabe der praxisorientierten Politikwissenschaft ist es, ihm zu zeigen, in welchem Legitimationszusammenhang er sich bewegt, also im das zu zeigen, was aus seiner Praxis entspringt und er auch immer schon weiß, wenn er selbst auf diese Praxis hört.

Aristoteles führte immer wieder das Bild des Bogenschützen an.<sup>184</sup> Das Anzeichnen des Ziels ist nur ein Teil des Vorgangs des Bogenschießens. Dieses Anzeichnen ist die Domäne der Politikwissenschaft. Doch geht es dabei keinesfalls um das Anzeichnen eines konkreten Ziels. Gezeigt wird nur die Richtung, ein allgemeiner Punkt, der in der konkreten Situation immer neu gesucht werden muss.

Die aristotelische Mesotes-Lehre setzt diese Absicht exemplarisch um. Aristoteles zeigt auf die Mitte. Wie die Mitte bei jedem Einzelnen und in der

---

181 Hans-Georg Gadamer, "Aristoteles und die imperativistische Ethik," in *Gesammelte Werke 7. Griechische Philosophie III* (Tübingen: UTB/Mohr, 1989/1999): 381-395, auf S. 386.

182 Vgl. Hans-Georg Gadamer, "Die Idee des Guten zwischen Plato und Aristoteles," in *Gesammelte Werke 7. Griechische Philosophie III* (Tübingen: UTB/Mohr, 1978/1999): 128-227, auf S. 218.

183 Hans-Georg Gadamer, "Europa und Oikoumene," in *Gesammelte Werke 10. Hermeneutik im Rückblick* (Tübingen: UTB/Mohr, 1993/1999): 273-275, auf S. 283.

184 NE, 1094a.

besonderen Situation aussieht, muss der Handelnde selbst herausfinden. Das Zielen, Schießen und Treffen sind Fähigkeiten, die nicht gelehrt werden können, sondern nur geübt. „Die praktische Philosophie vermag dann der Entscheidungsfindung und dem konkreten praktischen Blick insofern zu dienen, als sie besser kenntlich macht, wohin man zu sehen hat und worauf man achtzuhaben hat.“<sup>185</sup>

Aristoteles schlug somit nichts anderes vor, als den Wunsch nach Wissen, der sich im menschlichen Handeln anfänglich regt, „fortzusetzen und das vage Vorschwebende zur größeren Klarheit zu erheben – wie durch das Zeigen auf ein Ziel, das dem Schützen beim Treffen hilft, oder in genauer Durchgliederung der einem selbst schon bewussten Ziele.“<sup>186</sup>

Im Einlassen der Wissenschaft auf diese Praxis wird sie wirkliche Erfahrungswissenschaft. Sie unternimmt eine „Fahrt, an deren Ziel sich Bekanntes mit neuer Erkenntnis zu bleibendem Wissen vereinigt.“<sup>187</sup> Aus dieser Erfahrung heraus kann dann die politische Wissenschaft, ganz nah bei der Politik, nicht beweisen, sondern nur begründen. In der Politik wie in der Politikwissenschaft kann es nur um die Kunst des Argumentierens gehen. Beide stehen nebeneinander und somit auf dem Boden der Sprachlichkeit und damit auch auf dem Boden der Rhetorik.<sup>188</sup> Gadamer bringt diesen klassischen Ansatz in einen weiteren Kontext, wenn er schreibt:

„In diesem Sinne schien mir auch unsere Diskussion des fragmentarischen Charakters aller Sprachspiele und Diskurse nur Ausweitung einer Erfahrung, die im Wesen der praktischen Philosophie schon immer Berücksichtigung gefunden hat und die sich des falschen Absolutheitsanspruchs erwehren muss, der mit dem Begriff der Wissenschaft im neuzeitlichen Sinne verknüpft ist. Die Rationalität der menschlichen Praxis und die Rationalität der praktischen Philosophie stoßen nicht auf das Kontingente als auf ein anderes ihrer selbst. Sie sind auf die Faktizität

---

185 Hans-Georg Gadamer, "Die Idee des Guten zwischen Plato und Aristoteles," in *Gesammelte Werke 7. Griechische Philosophie III* (Tübingen: UTB/Mohr, 1978/1999): 128-227, auf S. 220.

186 Hans-Georg Gadamer, "Aristoteles und die imperativistische Ethik," in *Gesammelte Werke 7. Griechische Philosophie III* (Tübingen: UTB/Mohr, 1989/1999) 381-395, auf S. 387. Gadamer bezieht sich auf NE A1, 1093a und auf Aristoteles, *Eudemische Ethik* (Berlin: Akademie, 1997): A2, 1214b1211.

187 Hans-Georg Gadamer, "Bürger zweier Welten," in *Gesammelte Werke 10. Hermeneutik im Rückblick* (Tübingen: UTB/Mohr, 1985/1999): 225-237, auf S. 233f.

188 Hans-Georg Gadamer, "Die Idee der praktischen Philosophie," in *Gesammelte Werke 10. Hermeneutik im Rückblick* (Tübingen: UTB/Mohr, 1983/1999): 238-246, auf S. 242.

der Praxis, die unsere Lebenswirklichkeit ist, gegründet – und nicht auf die Ableitung aus einem Prinzip, wie es dem logischen Beweisideal der Wissenschaft entspräche.<sup>189</sup>

Das Wissen der Politik wie das der Politikwissenschaft stehen, einander ähnlich und nebeneinander, in der Praxis des Logos und des Ethos, der Sprache und des Argumentationszusammenhangs. Die Politikwissenschaft muss der Politik und ihren Fragestellungen folgen, wenn sie für die Politik hilfreich kritisch sein möchte. Die Aufgabe, die sich für die Politikwissenschaft daraus ergibt, ist das Aufzeigen der Argumentationszusammenhänge, in denen sich die politische Praxis des Aushandelns bewegt.

### III. Praxisorientierte und akteurszentrierte Politikwissenschaft

Wenn nun der Begriff der Methode nicht allein der positivistischen Wissenschaft überlassen werden soll, kann damit nicht mehr allein das Verständnis von beweisenden Verfahren gemeint sein.<sup>190</sup> Eine hilfreiche Methode zur Verständigung über das Wissen der Praxis wäre das nachvollziehbare Aufzeigen von Argumentationszusammenhängen, die dem in der Praxis stehenden Bogenschützen das Zielen erleichtern. Die Aufgabe einer praxisorientierten Politikwissenschaft im Anschluss an Aristoteles wäre es dann, mit einer dafür gerüsteten Methode auf die Sprache und auf die in ihr vorrätigen Argumentationen der Praxis hinzuweisen. Wenn diese politische Praxis der Argumentation leerläuft, dann kann die praxisorientierte Wissenschaft ratend eine neue Ordnung innerhalb der Argumentationszusammenhänge anbieten. Sie kann jedoch nicht, und da stimmt sie dann auch mit Weber überein, die konkrete Entscheidung abnehmen. Hier steht der politische Akteur und muss, geübt durch sein Hören und Handeln, in seiner Hexis gestärkt sein, um eine Entscheidung zu treffen.

Im Anschluss an die Theoriedebatte der Internationalen Beziehungen kann nun vor dem aristotelischen Hintergrund der Ansatz einer praxisorientierten Politikwissenschaft präzisiert werden. Aus einer positivistischen Perspektive unterschied Stephen Krasner zwischen akteurszentrierten und soziologischen Ansätzen:

---

189 Hans-Georg Gadamer, "Vernunft und praktische Philosophie," in *Gesammelte Werke 10. Hermeneutik im Rückblick* (Tübingen: UTB/Mohr, 1986/1999): 259-266, auf S. 265f.

190 Vgl. auch Stephen Toulmin, *Return to Reason* (Cambridge: Harvard University Press, 2001) auf S. 85.

„One fundamental divide is between actor-oriented theories that take actors as the ontological givens and sociological (for lack of a better word) theories that take institutional structures as the ontological givens.“<sup>191</sup>

Aus einer postpositivistischen Perspektive, die im Gegensatz zu Krasner den Prozess als ontologisch vorgeordnet beibehält, lässt sich eine Linie zwischen praxisorientierter und akteurszentrierter Politikwissenschaft ziehen und damit vielleicht auch der gewünschte, bessere komplementäre Begriff zu „aktorszentriert“ anbieten. Die praxisorientierte Politikwissenschaft schaut auf den gemeinsamen Zusammenhang der Akteure. Die akteurszentrierte Politikwissenschaft schaut auf einen bestimmten Akteur, sein Handeln und die Möglichkeiten seines Handelns.

Hier lässt sich dann auch noch einmal die epistemologische Frage der Analyseebene<sup>192</sup> von der ontologischen trennen: Ontologisch wird der systemische Bereich nicht von dem der *unit* getrennt. *Unit* wie *system* bleiben im wechselseitigen Prozess des gegenseitigen Konstituierens. Doch dieser Prozess lässt sich epistemologisch einmal unter der Perspektive seiner Argumentationszusammenhänge betrachten und ein andermal unter der Perspektive eines Akteurs und der weiteren Argumentationszusammenhänge, in denen dieser zusätzlich steht. Dabei löst sich die Frage von Waltz nach dem *image*, das die Ursache für Krieg und Frieden birgt, auf. Struktur und Akteur ermöglichen ein epistemologisches Narrativ, sie nehmen dem Prozess jedoch nicht seine ontologische Offenheit, indem sie selbst externe Kategorien ontologisch begründen und so den Prozess zum kausalen Mechanismus mit externen Ursachen und Wirkungen machen. Es gibt keine Kausalbeziehungen im Dreieck von Mensch, Staat und internationalem System, worin dann letztlich das System als *third image* die erklärende Ursache liefert.<sup>193</sup>

Wenn die soziale Ontologie des Prozesses verlassen wird, dann taucht als kleinste Einheit der sozialen Welt der argumentierende Mensch auf. Als kleinste Einheit argumentiert letztlich immer ein Mensch. Doch der argumentierende Mensch steht nie allein. Er ist immer Akteur einer Praxis. Er steht in einer Praxis und vertritt dort als Akteur die Argumente dieser Pra-

---

191 Stephen Krasner, *Sovereignty. Organized Hypocrisy* (Princeton: Princeton University Press, 1999) auf S. 43.

192 David Singer, "The Level-of-Analysis Problem in International Relations," *World Politics* 14 (1961): 77-92.

193 Kenneth Neal Waltz, *Man, the state, and war* (New York: Columbia University Press, 1959).

xis oder versucht, Argumente eines breiteren oder engeren Diskurses dort anzubinden bzw. die Argumente dieser Praxis in seine anderen Diskurse zu übersetzen. In der Integrationsforschung kann hier an die europäische Praxis und ihr Verhältnis zu globalen und nationalstaatlichen Diskursen gedacht werden. Ole Wævers Anliegen, die Analyse der Außenpolitik mit der Theorie der Internationalen Politik zu verbinden,<sup>194</sup> lässt sich damit ebenfalls fortsetzen. Der Akteur ist selbst immer auch eine Praxis, bis er als Mensch Teil einer Praxis wird. Wenn eine Praxis mit der anderen eine neue Praxis beginnt, können die beiden alten als Akteure der neuen betrachtet werden. Praxisorientierte Politikwissenschaft untersucht im Prozess den Aspekt der Praxis und ihrer Zusammenhänge. Akteurszentrierte Politikwissenschaft betrachtet im Prozess einen bestimmten Akteur und seine spezielle Position und Haltung.

Sowohl praxisorientierte wie akteurszentrierte Politikwissenschaft können jedoch nicht nur analysieren, sondern auch ratend eingreifen. Die praxisorientierte Politikwissenschaft zeigt wie gesehen die Argumentationszusammenhänge der Praxis auf. Sie wendet sich damit an jeden Akteur, der in dieser Praxis steht und berät ihn über die Ziele in den Argumenten der Praxis. Eine akteurszentrierte Politikwissenschaft wendet sich an einen bestimmten Akteur, um ihm seine Position und seine Möglichkeiten innerhalb der Praxis klären zu helfen. Ihre Aufgabe kann dann auch die der Beratung über Strategie und Taktik werden. Eine akteurszentrierte Politikwissenschaft kann aber auch der Praxis das Narrativ und die Institutionen eines bestimmten Akteurs aufzeigen und verdeutlichen.

Die praxisorientierte Politikwissenschaft weist den Akteur auf sein Handeln im Legitimationszusammenhang hin. Die akteurszentrierte Politikwissenschaft hilft in der konkreten Vorbereitung auf die Situation. Sie kann zeigen, welche Gesprächspartner einem begegnen werden und in welchen Lebenswelten diese handeln; George Kennans langes Telegramm ist ein Beispiel für eine gelungene akteurszentrierte Politikwissenschaft.<sup>195</sup> Sie kann aber auch bestimmte Beziehungen zu Gesprächspartnern herstellen helfen und die Organisation eines Gesprächs und seine Inszenierung übernehmen – die bekannte Breite der Politikberatung.

---

194 Ole Wæver, "Identity, communities and foreign policy: discourse analysis as foreign policy theory," in *European Integration and National Identity. The challenge of the Nordic States*, hrsg. von Lene Hansen und Ole Wæver (London: Routledge, 2002): 20-49.

195 George Kennan, "The Sources of Soviet Conduct," *Foreign Affairs* 65 (1947/1987): 852-868.



Der Fehler, den der methodische Individualismus macht, liegt darin begründet, dass er dem Menschen nicht seine Vielschichtigkeit lassen möchte, sondern ihn durch ein einziges Modell, das des *homo oeconomicus*, ersetzt. Der Mensch verfügt jedoch ganz einfach über eine größere Anzahl von Möglichkeiten. Die Lücke, die der handelnde Mensch der praxisorientierten wie der akteurszentrierten Politik zumutet, kann nicht mit einfachen Modellen überbrückt werden. Sie kann aber auch nicht einfach besetzt werden, denn dann wird die Politikwissenschaft selbst Politik. Auch wenn es der Politikwissenschaft gelingen muss, diese schmale Grenze einzuhalten, wird sie dadurch doch nie das Ideal der neutralen Wissenschaft erreichen. Denn sie bleibt immer kritisierend oder stützend auf die politische Praxis bezogen.

Wenn klar ist, dass Theorie immer für jemanden und für bestimmte Zwecke ist,<sup>196</sup> dann kann auf dieser Basis die Politikwissenschaft im Verbund von praxisorientierter und akteurszentrierter Politikwissenschaft auch ratend eingesetzt werden. Eine praxisorientierte Politikwissenschaft eröffnet dann den Zugang zur Argumentation, weil sie die legitimen Argumente kennt. Auf der Basis der historisch bewährten und deswegen legitimen Argumente kann sie aber dann auch kritisch auf den Leerlauf der Praxis hinweisen und zeigen, welche Argumentationszusammenhänge stabilisiert und welche verändert werden müssen, um die Nachhaltigkeit der Argumentation zu ermöglichen. Aus der von der praxisorientierten Politikwissenschaft analysierten Konstellation heraus kann dann die akteurszentrierte Politikwissenschaft die Arbeit der konkreten Lösungsvorschläge übernehmen. Mit dieser Unterscheidung von praxisorientierter und akteurszentrierter Wissenschaft kann vielleicht das Anliegen, das Cox in einer Trennung von *critical* und *problem-solving theory* voranbringen wollte,<sup>197</sup> fortgeführt werden, ohne der *critical theory* die Chance der Problemlösung erst wieder nachträglich begeben zu müssen.

Die erste Aufgabe dieser Arbeit ist es, eine praxisorientierte Methode des besseren Zielens für einen bestimmte Praxis zu entwickeln, um ihren historischen Argumentationszusammenhang nachhaltig beschreiben zu können. Die europäische Praxis der Integration steht vor der permanenten Herausforderung, ihre Vertiefung mit ihrer Erweiterung zusammenzubrin-

---

196 „Theory is always for someone and for some purposes.“ Robert W. Cox, "Social forces, States and World Orders: Beyond International Relation Theory," in *Neorealism and its Critics*, hrsg. von Robert O. Keohane (New York: Columbia University Press, 1986): 204-254, auf S. 207.

197 Ibid. auf S. 207-210.

gen. Ein Versuch im Sinne einer praxisorientierten Wissenschaft, weist die politische Praxis auf ihren Argumentationszusammenhang wie auf ihren Leerlauf hin und bietet neue Ordnungsmöglichkeiten der Argumente an, ohne akteurszentrierte Strategien und Analysen zu bieten.

Wenn die Politik in der Praxis des Aushandelns steht, kann die Politikwissenschaft nicht abseitsstehen. Sie muss sich wie die Politik ihrer Verankerung im Handeln der lebensweltlichen Praxis bewusstwerden. Erst wenn die Politikwissenschaft um das Wissen der Praxis und der daraus sich ergebenden Problemstellung im Handeln weiß, kann sie auf die Politik eingehen, sie verstehen und sich ihr verständlich machen. Denn dann weiß die Politikwissenschaft auch, dass ihr Wissen ebenso aus der Praxis stammt und dem politischen Wissen nicht überlegen ist, sondern nur dieses ordnend aufarbeitet. Die Politikwissenschaft verliert damit die Haltung einer detektivischen Aufklärungswissenschaft, von der der postmoderne Dekonstruktivismus auch nicht immer frei ist, und wird zur Klärungswissenschaft.<sup>198</sup>

Das Wissen der Praxis ist kein allgemeines, überzeitliches Wissen, das sich aus ewigen Prinzipien speist. Es steht und entsteht im lebensweltlichen Aushandeln. Das politikwissenschaftliche Wissen, das dieses Wissen auffangen will, kann dann auch keinen anderen Status für sich beanspruchen. Auch die Methode der Politik ist nicht immer die gleiche und birgt so auch keinen ewigen, allzeit einlösbaren Schatz. Wenn die Praxis der Politik als Aushandeln verstanden werden kann, dann kann eine praxisorientierte Politikwissenschaft konzipiert werden, deren Aufgabe es ist, Argumentationszusammenhänge aufzuzeigen und zu ordnen.

Wittgenstein stand dem aristotelischen Denken der Praxis nicht fern. Im nächsten Kapitel zur Sprache wird der besondere Aspekt der Sprachlichkeit des Aushandelns mit Wittgenstein untersucht. Aristoteles sah zwar den Menschen als *zoon logon echon*, doch seine Vorstellung der Sprache blieb der Vorstellung der Repräsentation der Welt über Namen in der Sprache verhaftet. Mit Wittgenstein kann Sprache als offener Zusammenhang einer Tätigkeit und eines Gebrauchs, als Lebensform verstanden werden. Diese Vorstellung der Sprache als Lebensform, als Gebrauch und Tätigkeit verbindet sich mit der aristotelischen Vorstellung der Praxis und des Aushandelns.

---

198 Jörg Friedrichs verdanke ich die verdeutlichende Formulierung meines Gedankens in der Gegenüberstellung von Klärungs- und Aufklärungswissenschaft.

## 2. Kapitel: Sprache

Ludwig Wittgenstein verstand Sprache als Lebensform und prägte für sie das Bild der alten Stadt. Im Bild der Stadt erscheint Sprache vordergründig als Struktur, bleibt aber offener, lebendiger Prozess. Sprache erschließt sich dadurch als gewachsener Gebrauch, als offene und doch rhythmische Tätigkeit nach Regeln, als eine Praxis und ihr Argumentationszusammenhang. Mit der sprachlichen Praxis der Lebensform wächst die alte Stadt der Argumentationszusammenhänge. Die alte Stadt der Sprache kann zum Labyrinth werden. Doch den Handelnden kann es auch immer wieder gelingen, ihre alte Stadt unter einem angepassten Ordnungsentwurf, in verändert verbindenden Zusammenhängen zu sehen und sich dann darin wieder neu zurechtzufinden. Für dieses schauende und beschreibende, für dieses narrative Ordnen von Zusammenhängen benötigt Wittgensteins philosophisches Fragen ebenso wie das politikwissenschaftliche Fragen eine Methode.

Für diese Aufgabenstellung prägt Wittgenstein den Begriff des Sprachspiels. Der Begriff des Spiels fängt familienähnlich die Kennzeichen der Sprache ein. Auch das Spiel erscheint als offen geregelte Struktur und bleibt dabei Tätigkeit, Prozess. Spiele lassen sich nicht unter eine Definition zwingen, sondern bilden einen familienähnlichen Zusammenhang, der Zusammenstellen und Vergleichen ermöglicht. Die Vergleichsmethode des Sprachspiels eröffnet Wittgenstein den Zugang zur Sprache. Wie sich Wittgenstein die Sprache über Spiele erschließt, so erlaubt die Sprachspielmethode analog auch dem politikwissenschaftlichen Fragen den Zugang zur Praxis und ihrem Argumentationszusammenhang.

Bevor die philosophische und politikwissenschaftliche Methode des Sprachspiels vorgestellt wird, bedarf es einer grundlegenden Diskussion der Sprache. In Wittgensteins Sprachphilosophie und ihrer Nähe zum Konzept der Praxis liegen die Wurzeln des sprachlich orientierten Konstruktivismus. Wie in der Einleitung ausgeführt, hat Wittgensteins in der Politikwissenschaft keine breite Rezeption erlebt. Wenn man bedenkt, dass Politik mit Aristoteles Reden und Aushandeln bedeutet, also immer in der Sprache dem Anderen eigene Vorhaben mitteilen und ihn dafür gewinnen möchte, ist es ebenso verwunderlich wie bedauerlich, dass die Politikwissenschaft des 20. Jahrhunderts meist nur indirekt mit der Sprachphilosophie, die zur gleichen Zeit mit Wittgenstein an der Spitze zu einer dominanten Größe

wurde,<sup>199</sup> ins Gespräch fand. Die postpositivistische Wende<sup>200</sup> ist ohne Wittgenstein nicht denkbar.<sup>201</sup> Um seine Aura als hermetischem Schreiber entgegenzutreten, soll hier sein Ansatz noch einmal ausführlich für die Politikwissenschaft erschlossen werden.

Wittgenstein hat ein vielschichtiges, zum Teil gegensätzliches und strittig interpretiertes Werk hinterlassen. Sein Frühwerk und sein Spätwerk haben zwei wichtigen philosophischen Strömungen grundlegende Impulse gegeben.<sup>202</sup> Wenn Wittgenstein für die Politikwissenschaft und dabei zur Lösung eines bestimmten Problems fruchtbar gemacht werden soll, kann weder auf die breite Wittgenstein-Literatur und ihre Kontroversen<sup>203</sup> eingegangen werden, noch ist dies hierfür notwendig. Die Fragestellung ist keine philosophische oder philosophiegeschichtliche, sondern sie bleibt politikwissenschaftlich. Das Interesse dieser Fragestellung gilt der Sprachspielmethode des Spätwerks. Hier wird Wittgensteins Intention, Sprache als von der Praxis bestimmter Zusammenhang zu sehen, am sichersten deutlich. Aber auch die Werke des Übergangs und grundlegende Fragen

---

199 Vgl. dazu Albert Keller, *Sprachphilosophie* (Alber: Freiburg, 2000) auf S. 14.

200 Vgl. u.a. Jean-Francois Lyotard, *Das postmoderne Wissen. Ein Bericht* (Wien: Passagen, 1999).

201 Vgl. Hans-Martin Schönherr-Mann, *Postmoderne Theorien des Politischen. Pragmatismus Kommunitarismus Pluralismus* (München: Fink, 1996) bes. auf S. 101-106.

202 Vgl. Jan Riis Flor: „Unbestritten ist [...], daß Wittgenstein es vermocht hat, zwei grundlegende philosophische Anschauungen zu entwickeln - wobei die zweite zur ersten teilweise im Widerspruch steht -, die beide wichtige Inspirationsquellen für zwei philosophische Hauptrichtungen dieses Jahrhunderts bilden: für den logischen Positivismus und für die Philosophie der normalen Sprache.“ Jan Riis Flor, "Der junge Wittgenstein. Sprache und Form," in *Philosophie im 20. Jahrhundert. Band 2*, hrsg. von Anton Hügli und Poul Lübcke (Reinbek: Rowohlt, 1993): 131-156, auf S. 131.

203 Für einen ersten Überblick vgl. Hans-Johann Glock, *Wittgenstein-Lexikon* (Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 2000). Für einen Einblick in den biographische Kontext vgl. William Barley, *Wittgenstein ein Leben* (München: Matthes & Seitz, 1983); Allan Janik und Stephen Toulmin, *Wittgensteins Wien* (Wien: Döcker, 1998); Rush Rhees (Hrsg.), *Ludwig Wittgenstein. Porträts und Gespräche* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1987); George Henrik von Wright, *Wittgenstein* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1986). Für diese Arbeit besonders wichtig waren: Chris Bezzel, *Wittgenstein zur Einführung* (Hamburg: Junius, 1989); Siegfried C.A. Fay, *Zweifel und Gewißheit beim späten Wittgenstein. Eine Einführung* (Frankfurt am Main: Peter Lang, 1992); Doris Vera Hofmann, *Gewißheit des Fürwahrhaltens* (Berlin: de Gruyter, 2000); J.-M. Terricabras, *Ludwig Wittgenstein. Kommentar und Interpretation* (Freiburg: Alber, 1978); Kurt Wuchterl, *Struktur und Sprachspiel bei Wittgenstein* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1969); Jörg Zimmermann, *Wittgensteins sprachphilosophische Hermeneutik* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1975).

des Frühwerks werden unter dem Blickwinkel des Spätwerks partiell einbezogen.

Im ersten Abschnitt dieses Kapitels wird der Versuch unternommen, Wittgensteins Verständnis von Philosophie, Praxis, Sprache und Lebensform als Handeln in der alten Stadt der Sprache zu skizzieren und den Anschluss an ein aristotelisches und historisches Denken zu finden. Der zweite Abschnitt konzentriert sich auf den zentralen Begriff der Regel zwischen Rhythmus und Veränderung, der familienähnlich in Sprache und Spiel auftritt und damit die vergleichende Beschreibung der Sprache im Spiel möglich macht. Der dritte Abschnitt führt zum Sprachspiel: Im sprachlich wachsenden Aushandeln der Stadt gibt es keine klaren Sicherheiten, dennoch lebt die Stadt in der Gewissheit ihrer Lebensform, die zweifelt und in Frage stellt, aber in der Gewissheit ihres Handelns steht. Darüber hinaus muss auch eine praxisorientierte Politik keine Gewissheit anstreben, aber gerade diese Gewissheit muss sie kritisch stabilisierend oder in Frage stellend aufgreifen können. Die alte Stadt lebt mit Widersprüchen. Wieder geht es für die Wissenschaft darum, nicht präziser als die Praxis sein zu wollen, aber doch in der Lage zu sein, die Widersprüche, die der Praxis ihr Aushandeln erschweren, aufgreifen zu können. Im Unterschied zum naturwissenschaftlichen Forschen und seinem Erklären geht es Philosophie und praxisorientierter Politikwissenschaft um ein beschreibendes und begriffliches Ordnen von der Praxis bekannten Zusammenhängen. Dieses schauende Beschreiben von Zusammenhängen gelingt, da die alte Stadt familienähnlich zusammenhängt und sich Philosophie und praxisorientierte Politikwissenschaft familienähnlich zu ihr stellen können. Aus dieser Familienähnlichkeit lebt die Vergleichsmethode des Sprachspiels, die nicht abbildet, sondern vergleichend abstrahierend die Praxis auf ihre Möglichkeiten hinweist.

Das Vorhaben, die EU in Sprachspielen zu beschreiben, steht somit im Kontext der Versuche, die nach dem Ende der positivistischen Epistemologie in der Theorie der Internationalen Beziehungen keinen Weg zurück zur klassischen Erzählung politischer Geschichte sehen, sondern nach einer methodischen Erzählform suchen, um aus der historischen Praxis der Politik Schlussfolgerungen für die Praxis der gegenwärtigen Politik ziehen zu können.

Wittgensteins Methode des Sprachspiels wie die Haltung seiner Spätphilosophie scheinen dafür besonders gut geeignet, da auch sie vor der Aufgabe stehen, die Probleme seines Frühwerks nach dem Scheitern einer positivistischen Methode neu und von einer anderen Seite kommend auf-

zugreifen. Sprachspiel, Lebensform, Familienähnlichkeit, Regel, Sprache als Tätigkeit und Gebrauch sind Begriffe, mit denen es Wittgenstein gelingt, die Philosophie nach den idealsprachlichen Verirrungen an die Probleme der lebensweltlichen Praxis heranzuführen. Vor dieser Aufgabe steht auch die Politikwissenschaft. Sie muss mit großem Aufwand die Möglichkeit schaffen, die Praxis wieder sprechen zu lassen. Vielleicht kann ihr Wittgenstein dabei helfen.

### § 1: Handeln in der alten Stadt

Aristoteles verstand den Menschen als *zoon logon echon*. Die menschliche Praxis steht in der Sprache des Menschen. Im Gegensatz zur Wandelbarkeit der Praxis war bei Aristoteles die Sprache jedoch gemeinsamer Ausdruck der in die Seelen aller Menschen eingeschriebenen Empfindungen. Aristoteles stand in der statisch geschlossenen Sprache der Polis. Für Wittgenstein war die Offenheit der Sprache die Grundlage für die Offenheit des Handelns.<sup>204</sup> Aus diesem offenen Handeln der Sprache entstanden bei Wittgenstein die Regelzusammenhänge, die als Sprachspiele verstanden werden können.<sup>205</sup>

---

204 Vgl. Roy Harris, *Language, Saussure and Wittgenstein. How to play games with words* (London: Routledge, 1988) auf S. 27-28.

205 Gerade im europapolitischen Kontext konnotiert Sprache auch die Vielzahl der europäischen Sprachen. Doch die Probleme, die entstehen, wenn man von der einen Sprache in die andere übersetzen möchte oder wenn zwei Sprachgruppen miteinander ein Sprachspiel beginnen, gehören nicht zu Wittgensteins Fragen. Er geht davon aus, dass die Lebensform Nationalsprachen übergreifend ist. Für Wittgenstein, der in Deutsch wie Englisch schrieb und englische Redewendungen in den deutschen Text einfließen ließ, war das Sprachspiel Philosophie wohl Teil der Tätigkeit innerhalb einer europäischen Lebensform. Bei allen Unterschieden dürfen wir wohl auch für unseren Gegenstand, die Betrachtung der Europäischen Union, von einem europäischen Sprachspiel ausgehen, in dem mit Hilfe vieler Dolmetscher und Übersetzer über die Nationalsprachen hinweg dieses europäische Sprachspiel als „Teil einer Tätigkeit, oder einer Lebensform“ (PU 23) gespielt werden kann. Dabei dürfen jedoch die Probleme nicht übersehen werden, die gerade aus der spezifischen Konstellation des Sprachspiels über Übersetzer entstehen. Erinnert sei, an die unterschiedlichen und sehr Sprachspiel bestimmenden Konnotationen, wenn ein Deutscher Föderalismus und wenn ein Engländer *federalism* hört: Der eine denkt an starke Bundesländer, der andere an eine starke Zentralregierung. Doch bleiben dies Einzelfälle. Die Verwirrungen im europäischen Sprachspiel sind aber meist nationenübergreifend gemeinsam. So können wohl solche Einwände, sowohl für Wittgensteins Problemstellung wie für unsere zurückgewiesen werden. Vgl. beispielsweise die Zurückweisung durch Jakob Meloe, "Über Sprachspiele und

Da Sprache für Wittgenstein Lebensform meinte, erteilte er allen idealsprachlichen Erklärungsversuchen in seinem Spätwerk eine eindeutige Absage. Dies ist der Anknüpfungspunkt für eine praxisorientierte Politikwissenschaft. Die Sprache ist der Zusammenhang der Lebensform. Sie ist regelhafte Tätigkeit, regelhafter Gebrauch. Sie ist das Handeln in der alten Stadt und damit die alte Stadt selbst. Denn die alte Stadt besteht nicht aus toten Häuserstrukturen, ihre Grammatik umfasst das ganze Leben der Bewohner in ihr. Sprache ist als Prozess Handeln und Lebensform. Ein Prozess in der Gegenwart, der sich immer wieder neu aus der Geschichte in die Zukunft aufmacht.

Damit steht Wittgensteins Sicht der Sprache im Gegensatz zur traditionellen „atomistischen“<sup>206</sup> Auffassung, der er im Frühwerk des Tractatus noch selbst folgte. Sie sah in ihrer langen historischen Entwicklung Sprache immer in Relation zu Gegenständen der Welt, die unabhängig existieren und in der Sprache benannt werden.<sup>207</sup> Die hinweisende Erklärung, wie sie Wittgenstein Augustinus zuschrieb,<sup>208</sup> baute auf dieser Theorie auf. Für Wittgenstein konnte jedoch diese hinweisende Erklärung nur in einem bestimmten Kontext erfolgen und mit ihr ist nicht der ganze Gebrauch der Sprache erfasst. Wittgenstein wandte sich gegen die Auffassung, dass das Kind die Sprache wie eine Fremdsprache lernt. Er lehnte damit die Vorstellung ab, dass das Kind schon denken, im Sinne von zu sich selbst sprechen, könne und nur noch seine Gedanken in die Sprache übersetzen müsse, die ihm gerade beigebracht wird.<sup>209</sup> Es gibt keine Gedanken außerhalb der Sprache, außerhalb der Lebensform. Das Kind wächst in die Sprache und die Lebensform hinein. Verstanden werden nicht einzelne Worte und ihre Gegenstände, sondern immer Zusammenhänge.<sup>210</sup> Damit kritisierte Wittgenstein über das Beispiel des Lernens die Vorstellung von einem sprachlichen Bewusstsein jenseits der sozialen Welt.<sup>211</sup> Mit dieser Be-

---

Übersetzungen," in *Die pragmatische Wende*, hrsg. von Dietrich Böhler et al. (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1986): 113-130.

206 Zur Begriffsprägung siehe: Ernst Specht, *Die sprachphilosophischen und ontologischen Grundlagen im Spätwerk Ludwig Wittgensteins* (Köln: Kölner Universitäts-Verlag, 1963) auf S. 28.

207 Ibid. auf S. 28-38 zur Entwicklung seit Aristoteles, auf S. 59-68 zu Wittgenstein und Augustinus.

208 PU 1.

209 PU 32.

210 Vgl. Ludwig Wittgenstein, *Über Gewißheit. Werkausgabe Band 8* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1984) 141. Im Folgenden abgekürzt als ÜG.

211 David Bloor, *Wittgenstein, Rules and Institutions* (London: Routledge, 1997).

tonung des Zusammenhangs ist aber auch klar, dass Sprache nicht einfach nur aus Worten ohne reale Referenz besteht, wie der Nominalismus meint. Wittgenstein grenzte sich auch davon ab:

„So kann es scheinen, als wäre, was wir treiben, Nominalismus. Nominalisten machen den Fehler, daß sie alle Wörter als Namen deuten, also ihre Verwendung nicht wirklich beschreiben, sondern sozusagen nur eine papierene Anweisung auf so eine Beschreibung geben.“<sup>212</sup>

Der Nominalismus bleibt in der atomistischen Sprachauffassung stecken. Zwar versucht er im Gegensatz zum Realismus nicht mehr für jedes Wort einen korrespondierenden Gegenstand zu finden, doch findet er nicht aus der Unterteilung in Einzelnamen heraus.<sup>213</sup> Wittgenstein distanziert sich somit auf der ganzen Linie von der Tradition der Suche nach den Urelementen der Sprache, die von Sokrates bis zu Russell und seinem *Tractatus* reicht.<sup>214</sup> Nicht mehr der Name oder der Satz interessieren, sondern der Zusammenhang der Sätze in Satzsystemen, der Zusammenhang der Sprache.<sup>215</sup> Die Bedeutung liegt so nicht in der Relation zwischen Bezeichnendem und Bezeichnetem, zwischen Namen und Welt, sondern die Bedeutung erschließt sich aus dem Gebrauch der Sprache als Lebensform. Sprache und Welt gehören immer schon zusammen. Die Sprache wird nicht von der Welt der Gegenstände abgezogen, sie ist vielmehr „in gewisser Weise am Aufbau der Gegenstände beteiligt.“<sup>216</sup> Die Sprache steht so als konstituierende Tätigkeit im Zusammenhang der Lebensform. Wittgenstein

---

212 PU 383.

213 Ernst Specht, *Die sprachphilosophischen und ontologischen Grundlagen im Spätwerk Ludwig Wittgensteins* (Köln: Kölner Universitäts-Verlag, 1963) auf S. 37-38.

214 PU 46.

215 Ludwig Wittgenstein, *Philosophische Grammatik. Werkausgabe Band 4* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1984) I 124 (auf S. 172). Im Folgend abgekürzt als PG: „Es gibt keinen alleinstehenden Satz.< Denn was ich ›Satz‹ nenne ist eine Spielstellung in einer Sprache.“ Vgl. auch Ludwig Wittgenstein, *Zettel. Werkausgabe Band 8* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1984). Im Folgenden abgekürzt als Z. In Z 644 formuliert er: „Ein Sprachspiel umfaßt ja den Gebrauch *mehrerer* Wörter.“ Z 150 bietet dafür eine anschauliche Illustration: „Jemand, der nicht Deutsch kann, hört mich bei gewissen Anlässen ausrufen: ›Welch herrliche Beleuchtung!‹ Er errät den Sinn und gebraucht nun den Ausruf selber, wie ich es tue, ohne jedoch die drei Wörter zu verstehen. Versteht er den Ausruf?“

216 Ernst Specht, *Die sprachphilosophischen und ontologischen Grundlagen im Spätwerk Ludwig Wittgensteins* (Köln: Kölner Universitäts-Verlag, 1963) auf S. 29.



hält mit der Betonung des Zusammenhangs den „Systemcharakter“<sup>217</sup> der Sprache fest. Doch ist dies kein geschlossenes System. Die Sprache ist der Gebrauch, den die Lebensform von ihr macht. Bei aller Spontaneität hängt der neue Gebrauch jedoch am Gebrauch, den die Lebensform vorher von ihrer Sprache gemacht hat. Es wird nicht etwas völlig Neues geschaffen, sondern der Zusammenhang des Systems wird neu gesehen und neu verwandt. Die Veränderung ist somit konstitutiv für die Tätigkeit der Sprache, doch die Veränderung bleibt an die Lebensform gebunden. Der Begriff der Regel im Sinne einer Spielregel eröffnet die Möglichkeit, Veränderung und Konstanz zusammenzubringen.<sup>218</sup> Wittgensteins Weg zur Metapher der alten Stadt lässt sich über eine Annäherung an seine Begriffe von Tätigkeit, Zusammenhang, Lebensform, Gebrauch und Veränderung erschließen:

Die Sprache ist zum einen Tätigkeit. Siegfried Fay brachte es auf den Punkt, wenn er zugespitzt formuliert: „Sprache und Handeln sind – nach Wittgenstein – miteinander verbunden, Sprachspiel und Praxis gehören zusammen, bilden eine untrennbare Einheit.“<sup>219</sup> Bei Wittgenstein selbst heißt es:

„›Sprache‹, das ist ein Wort wie ›Tastatur‹.“<sup>220</sup>

„Die Sprache [...] ist durch die Sprachhandlung charakterisiert.“<sup>221</sup>

Sprechen ist so nicht mehr von der Handlung unterschieden; vielmehr wird das Sprechen als Handlung erkannt. Austins und Searles Sprechakttheorie hat hier ihre Wurzeln.<sup>222</sup> Die Sprache als Handlung ist entscheidend auf den Zusammenhang verwiesen, in dem sie steht. „Die gemeinsame menschliche Handlungsweise ist das Bezugssystem.“<sup>223</sup> Hier wird der enge Verweisungszusammenhang zwischen Tätigkeit und Umfeld deutlich – hinweisende Erklärungen sind nur im Kontext möglich.

---

217 Doris Vera Hofmann, *Gewißheit des Fürwahrhaltens* (Berlin: de Gruyter, 2000) auf S. 69.

218 Vgl. *ibid.* auf S. 81-85.

219 Siegfried C.A. Fay, *Zweifel und Gewißheit beim späten Wittgenstein. Eine Einführung* (Frankfurt am Main: Peter Lang, 1992) auf S. 71.

220 PG I 83 (auf S. 129).

221 PG I 140 (auf S. 193).

222 John Austin, *How to Do Things with Words* (London: Oxford University Press, 1976). John R. Searle, *Sprechakte. Ein sprachphilosophisches Essay* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1983).

223 PU 206.

„Die Unbeholfenheit, mit der das Zeichen, wie ein Stummer, durch allerlei Gebärden sich verständlich zu machen sucht – sie verschwindet, wenn wir erkennen, daß es aufs System ankommt, dem das Zeichen angehört.“<sup>224</sup>

„Wenn wir anfangen, etwas zu glauben, so nicht einen einzelnen Satz, sondern ein ganzes System von Sätzen. (Das Licht geht nach und nach über das Ganze auf.)“<sup>225</sup>

Dieser Zusammenhang, die Umgebung, in der die Tätigkeit der Sprache steht, ist die Lebensform. „[E]ine Sprache vorstellen heißt sich eine Lebensform vorstellen.“<sup>226</sup> Die Begriffe der Sprache spiegeln nicht das Leben, sie stehen vielmehr in ihm.<sup>227</sup> Das Sprachspiel bleibt so immer auf das Handeln der Lebensform zurückverwiesen. Es gibt nichts Gegebenes, keine Bedeutung, die man ein für alle Mal aufspüren könnte. Es bleibt immer Setzung, Herrschaft der Lebensform, die dem Betrachter entgegentritt und auf die er sich einlassen muss.<sup>228</sup> Die Lebensform ist so der letzte und allgemeinste Kontext, in dem die Sprache steht.<sup>229</sup> Das Übereinstimmen im Urteilen der Lebensform macht jede Verständigung über Sprache und die daraus folgende Übereinstimmung oder Nicht-Übereinstimmung im Meinen erst möglich.<sup>230</sup>

Vor diesem Hintergrund lehnte Wittgenstein jede Bedeutungstheorie im Sinne eines idealsprachlichen Aufspürens ab:

„Aber laßt uns nicht vergessen, daß ein Wort keine Bedeutung hat, die ihm gleichsam von einer von uns unabhängigen Macht gegeben wurde,

---

224 Z 228.

225 ÜG 141.

226 PU 19.

227 Ludwig Wittgenstein, *Bemerkung über die Farben. Werkausgabe Band 8* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1984) Teil III, § 302. Im Folgenden abgekürzt als BF: „Wäre es richtig zu sagen, in unsern Begriffen spiegelt sich unser Leben? Sie stehe mitten in ihm.“

228 Vgl. hierzu Chris Bezzel, *Wittgenstein zur Einführung* (Hamburg: Junius, 1989) auf S. 22.

229 Jörg Zimmermann, *Wittgensteins sprachphilosophische Hermeneutik* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1975) auf S. 129-130.

230 PU 241. Vgl. J.-M. Terricabras, *Ludwig Wittgenstein. Kommentar und Interpretation* (Freiburg: Alber, 1978) auf S. 423-425ff. Zur Diskussion um den Begriff der Lebensform Joachim Schulte, "Die Hinnahme von Sprachspielen und Lebensformen," in *Der Konflikt der Lebensformen in Wittgensteins Philosophie der Sprache*, hrsg. von Wilhelm Lütterfelds und Andreas Roser (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1999): 156-170.

so daß man eine Art wissenschaftlicher Untersuchung anstellen könnte, um herauszufinden, was das Wort wirklich bedeutet. Ein Wort hat die Bedeutung, die ihm jemand gegeben hat.“<sup>231</sup>

„Die Bedeutung der Worte, was hinter ihnen steht, bekümmert mich im normalen sprachlichen Verkehr nicht. Sie fließen dahin und es werden die Übergänge gemacht von Worten zu Handlungen und von Handlungen zu Worten. Niemand denkt, wenn er rechnet, daran, ob er ›gedankenvoll‹ oder ›papageienhaft‹ rechne.“<sup>232</sup>

Und so ergibt sich der Gebrauch als die Bestimmungseinheit der Sprache:

„Eine Bedeutung eines Wortes ist eine Art seiner Verwendung.

Denn sie ist das, was wir erlernen, wenn das Wort zuerst unsere Sprache einverleibt wird.“<sup>233</sup>

„Man kann für eine große Klasse von Fällen der Benützung des Wortes ‚Bedeutung‘ – wenn auch nicht für alle Fälle seiner Benützung – dieses Wort so erklären: Die Bedeutung eines Wortes ist sein Gebrauch in der Sprache.“<sup>234</sup>

Der Sinn des Satzes liegt in seiner Verwendung. Er verfügt über zwei Bedeutungen, wenn er zwei Arten der Verwendung ermöglicht.<sup>235</sup> „Bedeutung, Funktion, Zweck, Nutzen“ werden so „zusammenhängende Begriffe.“<sup>236</sup> Vor dem Hintergrund dieser „Gebrauchsdynamik“<sup>237</sup> verliert das Wort jede „Aura, die das Wort mitbringt und in jederlei Verwendung herübernimmt.“<sup>238</sup> Doch damit ist keineswegs einer beliebigen, definitorischen Verwendungsweise die Tür geöffnet. Die Bedeutung als Gebrauch bleibt auf die Tätigkeit bezogen. „Nur im Fluß des Lebens haben Worte ihre

---

231 Ludwig Wittgenstein, *Das Blaue Buch. Werkausgabe Band 5* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1984) auf S. 52. Im Folgenden abgekürzt als *Blaues Buch*.

232 Ludwig Wittgenstein, *Letzte Schriften über die Philosophie der Psychologie. Werkausgabe Band 7* (1984) § 603.

233 ÜG 61.

234 PU 43.

235 PU 421.

236 Ludwig Wittgenstein, *Vorstudien zum zweiten Teil der Philosophischen Untersuchungen. Werkausgabe Band 7* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1984) § 291. Im Folgenden abgekürzt als *Vorstudien*.

237 Chris Bezzel, *Wittgenstein zur Einführung* (Hamburg: Junius, 1989) auf S. 34.

238 Ludwig Wittgenstein, *Vermischte Bemerkungen. Werkausgabe Band 8* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1984) auf S. 511. Im Folgenden abgekürzt als *VB*.

Bedeutung.“<sup>239</sup> Die Sprache wird somit kein beliebiges Instrument, sondern bleibt an den intersubjektiven Gebrauch gebunden.

Wittgenstein redet vom Gebrauch der Sprache als Instrument, doch dabei darf nicht übersehen werden, dass die Lebensform in der Sprache Gebrauch von sich selbst macht. „Es ist im Allgemeinen nicht so, daß wir denken oder die Sprache gebrauchen, weil es sich lohnt.“<sup>240</sup> Die Sprecher stehen vor ihrem Nutzenkalkül in der Sprache und der Lebensform. Die Veränderungen, die sowohl eine neue Verwendung, wie gebrauchsfördernde Verwirrungen begünstigen können, entstammen der Praxis der Lebensform. Hofmann spricht von „einer Fluktuation des Gebrauchs.“<sup>241</sup> Wenn es der Praxis gelingt, ihren Gebrauch nach ihren Bedürfnissen ohne Verwirrung zu verändern, gibt es keinen Anlass des Eingreifens. Die therapeutische Philosophie Wittgensteins greift ein, wenn die Sprache die Praxis in Verwirrung stürzt. Wittgenstein verwendet dafür das Bild der alten Stadt und das Bild des Labyrinths:

„Unsere Sprache kann man ansehen als eine alte Stadt: Ein Gewinkel von Gäßchen und Plätzen, alten und neuen Häusern, und Häusern mit Zubauten aus verschiedenen Zeiten; und diese umgeben von einer Menge neuer Vororte mit geraden und regelmäßigen Straßen und mit einförmigen Häusern.“<sup>242</sup>

Dieses Bild verweist auf die gewachsene Geschichtlichkeit der Sprache. Die Sprache erschließt sich nach dem Gebrauch, den die Lebensform in ihrer Geschichte entwickelt und lebt. Die Regeln, die Sprache zusammenhalten, sind kein abstraktes, kohärentes, einheitliches System. Die Regeln der Sprache dienen dem Gebrauch, pragmatisch und nicht systematisch ist deswegen auch ihr Wuchs. Die Gleichmäßigkeit der Regeln, ihre Wiederholung im Gebrauch, macht die Verständigung, das Sprechen möglich. Wenn die Lebensform einen anderen Gebrauch von ihrer Sprache beginnt, ändern sich auch die Regeln.

---

239 Vorstudien 913.

240 Anthony Kenny, *Wittgenstein* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1974) auf S. 196.

241 Doris Vera Hofmann, *Gewißheit des Fürwahrhaltens* (Berlin: de Gruyter, 2000) auf S. 88.

242 PU 18.

„Die Sprache ist ein Labyrinth von Wegen. Du kommst von einer Seite und kennst dich aus; du kommst von einer anderen zur selben Stelle, und kennst dich nicht mehr aus.“<sup>243</sup>

Philosophie ist die Beseitigung von Irrtümern, die sich in der Verwechslung der Wege in die alte Stadt eingeschlichen haben und sie zu einem Labyrinth werden ließen. Philosophie will der Fliege den Weg aus dem Fliegenglas zeigen.<sup>244</sup>

Wittgenstein hat trotz seiner Konzeption der Sprache als Lebensform, als alte Stadt, keine historische Wende zur Praxis vollzogen. Wie Toulmin zu Recht bedauert, übersah Wittgenstein dabei eine weit reichende Möglichkeit:

“Given Wittgenstein’s concern with humanly useful work, one might have expected him to read Aristotle more charitably. But like Dewey, he saw Aristotle as out of date [...]. It need not have been so: recall his insistence that the meaning of rules, procedures, or language games exist, not in a private world of individual thinkers and agents, but in the public domain. Rather than being fragments grasped and followed by individuals one at a time, such procedures are parts of the collective activities in which they are put to work, and help to determine their meaning. Wittgenstein might have found it helpful to study these activities: looking to see how their procedures and meanings are standardized and passed on to new generations, and even how such activities develop historically. Opening that door might have led him into a historicized practical philosophy, but he never succeeded in walking through it.”<sup>245</sup>

Aristoteles und Wittgenstein ergänzen sich besonders in der Verbindung von Topik und Sprachspiel. Aristoteles bietet das Aushandeln in der historischen Praxis und die Konzeption, Argumente in der Topik für die Praxis greifbar zu machen. Wittgenstein verhindert mit seiner Betonung der Wandlungsfähigkeit und Offenheit der Sprache und Lebensform nicht nur die Enge der Topik. Wittgenstein steuert auch den Gedanken des regelhaften Zusammenhangs bei. Hinter der Topik stehen nicht mehr die Sicherheit der Polis und ihre kosmologische Ontologie. Die Topik kann damit nicht einfach nur mehr ein Ort sein, der durchlaufen werden muss.

---

243 PU 203.

244 PU 309.

245 Stephen Toulmin, *Return to Reason* (Cambridge: Harvard University Press, 2001) auf S. 199f.

In ihr wird vielmehr der Argumentationszusammenhang einer Ordnung, den sich eine Praxis in der Sprache schafft, sichtbar. Kopperschmidt bringt diese Verbindung von Wittgensteins Denken und der Topik auf den Punkt:

„Topik als Argumentationsheuristik ist eine Systematisierung bzw. Inventarisierung praktisch bewährter Argumentationspraxis im Interesse weiterer Argumentationspraxis [...]. Der methodische Anschluß erfolgt genauerhin durch die systematische Erschließung argumentationspraktisch bewährter Argumentationsressourcen. Was die Rhetorik traditionell *inventio* nennt, meint genau dieses systematische Erschließen von Argumentationsressourcen mithilfe von Argumentationsinventar. Die Topik kann solche Fortsetzbarkeit von Argumentation versprechen, weil sie als Argumentationsheuristik ja eben dies tut: sie stellt Wissen über eine, reflexiv, nämlich argumentationsanalytisch angeeignete Argumentationspraxis zur Verfügung, damit situativ neue Problemlagen im Horizont dieses Wissens argumentativ zugänglich werden. [...] jede Topik enthält eine Topographie möglicher Argumente und damit eine Topographie argumentativ aktualisierbarer Plausibilitätspotentiale. Gelingt der topisch gesteuerte argumentative Anschluß an diese Potentiale, dann gelingt genau das, was Verständigung allgemein meint, nämlich: Unvertrautes erfolgreich in Vertrautes zu überführen; denn – so Wittgenstein [PU 109] – >die Probleme werden gelöst, nicht durch das Beibringen neuer Erfahrungen, sondern durch das Zusammenstellen des längst Bekannten.< Topik ist die Methodisierung dieser >Zusammenstellung des längst Bekannten.<“<sup>246</sup>

Hier wird deutlich, worauf es der Topik wie auch Wittgenstein ankommt: um Nachhaltigkeit und damit um klärende Beschreibung einer Ordnung zur Überwindung ihres Leerlaufs und zur Fortsetzung ihrer Lebensform. Dabei bedarf es nicht der Entdeckung und Erkundung neuer Fakten, keine zusätzlichen Erfahrungen müssen zu Prüfungs- und Beweiszwecken gemacht werden. Die neue Situation der Argumentation in ihrer aktuellen Herausforderung wird zurückgebunden an den Schatz der bewährten Argumentationszusammenhänge, um aus ihrer Legitimität die nachhaltige Fortsetzung der Praxis ermöglichen zu können.

---

246 Josef Kopperschmidt, "Topik als Argumentationsheuristik," in *Topik und Rhetorik*, hrsg. von Thomas Schirren und Gert Ueding (Tübingen: Niemeyer, 2000): 669-683, auf S. 674.

Wenn es nun darum geht, aus der historischen Praxis des Aushandelns heraus die Argumentationszusammenhänge der Sprache zu verstehen, muss geklärt werden, was Geschichte bedeutet. Die sprachliche Praxis des menschlichen Handelns erklärt sich nicht aus einem individuellen Lernen aus dem Naturzustand heraus und als Suche nach allgemeinen Maximen, sondern sie steht in der Fortsetzung des konkreten, historisch gewachsenen Argumentationszusammenhangs. Geschichte hört auf, ein Steinbruch für Fallanalysen zum Test überzeitlicher Theorien zu sein und kann wieder als Vorgabe von Bedeutung und Orientierung für die Praxis des Handelns verstanden werden.<sup>247</sup> Die Sprache und ihre das Aushandeln prägende Begriffe lassen sich nur als Teil politischer Projekte und historischer Argumentationszusammenhänge verstehen. Geschichte und Zeit fordern eine Ontologie, die dem Prozess nicht zugunsten des immer Gleichen jede Wahrheit abspricht.<sup>248</sup> Die historischen Fakten stehen damit nicht einfach da, sondern sind Teil eines sich entwickelnden und immer neu unter der Perspektive der Gegenwart erzählten prozeduralen Narrativs. Kratochwil erinnerte an Thukydides' Geschichtsverständnis als *syngraphe*:<sup>249</sup>

„[...] the narrative not only orders events in time but in making events part of a whole, they become episodes of a plot. In this way are we then able to grasp the deeper meaning of the actions and events described and reflect on our predicament as historical beings. This is, I think, the reason for the claim of Thucydides that his „syngraphe“, his „putting (literally: writing) things together“, represents be a „good forever [...]“. It lets us not only understand two events in their sequence [...]. Rather it represents this period as whole, [...] whose plot with a beginning, a middle and end can be grasped [...]. It is also a narrative, which [...] is characterized by seriousness of political action upon which later readers can reflect.“<sup>250</sup>

---

247 Friedrich V. Kratochwil, "History, Action, and Identity. Revisiting the "Second" Great Debate and Assessing its importance for social theory," (München: 2002), S. 4-5. Das Working Paper erschien 2006 in veränderter Form: Friedrich Kratochwil, "History, Action and Identity: Revisiting the 'Second' Great Debate and Assessing its Importance for Social Theory." *European Journal of International Relations* 1 (2006): 5-29. Dabei wurden zitierte Abschnitte gekürzt weswegen das Working Paper hier als Quelle beibehalten wird.

248 Ibid. auf S. 7.

249 Ibid. auf S. 10.

250 Ibid. auf S. 15.

Nicht die Überlieferung von historischen Fakten zum Beweis einer bestimmten Gesetzmäßigkeit wird dann ausschlaggebend, sondern der Zusammenhang einer Erzählung, die für die Fortsetzung der aktuellen Praxis Anhaltspunkte liefert. Diese Anhaltspunkte werden zu Anknüpfungsmöglichkeiten, die bestimmenden Charakter für die Praxis annehmen können, wenn historische Ereignisse in den Legitimitäts- und Argumentationszusammenhang einer aktuellen Praxis und ihrer Erzählung eingebaut werden.<sup>251</sup> Die Bedeutung der Geschichte liegt im aktuellen Gebrauch und dieser steht genauso wenig willkürlich in der Praxis und ihrem Argumentationszusammenhang wie die Sprache selbst. Der Begriff der Geschichte reiht sich damit ein in den Zusammenhang von Tätigkeit, Gebrauch, Sprache, Lebensform. Dieser Zusammenhang wird durchweht vom Begriff der Regel.

## § 2: Regeln

Der Begriff der Regel im Kontrast zum Begriff des allgemeinen Gesetzes und der Ursache steht im Zentrum der politikwissenschaftlichen Forschung der letzten Dekaden. Ohne die Entdeckung der Bedeutung der Regel hätte es keinen *constructivist turn* in der Politikwissenschaft gegeben.<sup>252</sup> Wittgenstein ist hier durch die einschlägigen konstruktivistischen Ansätze ganz eng mit der politikwissenschaftlichen Debatte verbunden worden. Die Regel nimmt in der Philosophie Wittgensteins eine zentrale Stellung ein: „Der Angelpunkt seiner Überlegungen ist der Regelbegriff.“<sup>253</sup> Der Begriff der Regel verknüpft Wittgensteins Begriffe der Sprache, des Gebrauchs, der Handlung, der Lebensform und des Sprachspiels.<sup>254</sup> „Die Regelmäßigkeit unserer Sprache durchdringt unser Leben.“<sup>255</sup> Im Regelbegriff liegt sowohl die Bestimmtheit der regelmäßigen Gepflogenheit der Lebensform und des Rhythmus, die Handeln ermöglicht und leitet, wie auch die Anpassungsfähigkeit und Wandelbarkeit der Regel im Lauf des Handelns. Diese Verbin-

---

251 Ibid. auf S. 18.

252 Vgl. Friedrich V. Kratochwil, *Rules, norms, and decisions* (Cambridge: Cambridge University Press, 1989).

253 Margarete Möllmann, *Sprache, Regel, Spiel. Die Stellung des Regelbegriffs in der Spätphilosophie Wittgensteins* (Frankfurt am Main: Diss. phil, 1977) 1.

254 Vgl. Siegfried C.A. Fay, *Zweifel und Gewißheit beim späten Wittgenstein. Eine Einführung* (Frankfurt am Main: Peter Lang, 1992) 40.

255 BF III 303.



„dung, die der Begriff der Regel möglich macht, liegt auch dem Begriff des Sprachspiels zu Grunde. Wittgenstein formulierte: „Das Folgen nach der Regel ist am GRUNDE unseres Sprachspiels. Es charakterisiert das, was wir Beschreibung nennen.“<sup>256</sup> Die Regel ist auch das, was erfasst werden kann. Doch damit ist nicht alles gesagt oder gar erklärt. Die Regel tritt eben nicht einfach an die Stelle des Gesetzes oder der Ursache. Die Regel lässt vieles offen:

„Um eine Praxis festzulegen, genügen nicht Regeln, sondern man braucht auch Beispiele. Unsere Regeln lassen Hintertüren offen, und die Praxis muss für sich selbst sprechen.“<sup>257</sup>

In diesem Zitat verdeutlicht sich die Offenheit des Regelbegriffs und es wird auch klar, dass zur Beschreibung der Praxis ein Regelverzeichnis allein nicht genügt. Die Praxis muss für sich selber sprechen und das kann sie am besten in Beispielen. Hier zeichnet sich die Aufgabe der Sprachspiele ab. In den Beispielen werden die Regeln belegt und entwickelt. Zimmermann spricht vom hermeneutischen „Primat des Beispiels vor der Regel.“<sup>258</sup> Die Offenheit des Regelbegriffs lässt keine endgültige Festlegung zu. Die Tat des Beispiels kann die Regel bestätigen oder relativieren. Dieser offene Regelbegriff ermöglicht die Beschreibung der Praxis durch ihre Regeln und ihre Beispiele, die die Regeln konstituieren – „im Anfang war die Tat.“<sup>259</sup> Doch die Tat, die eine Veränderung bringt, hängt eben immer auch ab von der Lebensform und ihren Regeln. Regel und Beispiel ergeben ein Bild der Sprache als Teil einer Tätigkeit in einer Lebensform. In dieser Verbindung zwischen Regel und Beispiel wird ein exemplarisches und analogisches Denken eingeführt, das dann in der Vergleichsmethode der Sprachspiele und ihrer Familienähnlichkeit umgesetzt wird.<sup>260</sup> Vor dem Hintergrund der politikwissenschaftlichen Diskussion könnte man formulieren, dass der Zusammenhang von Gesetz und Fall aus der naturwissenschaftlichen

---

256 Ludwig Wittgenstein, *Bemerkungen über die Grundlagen der Mathematik. Werkausgabe Band 6* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1984) § VI 28. Im Folgenden abgekürzt als BGM.

257 ÜG 139.

258 Jörg Zimmermann, *Wittgensteins sprachphilosophische Hermeneutik* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1975) 120.

259 VB auf S. 493 Goethe zitierend.

260 Jörg Zimmermann, *Wittgensteins sprachphilosophische Hermeneutik* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1975) auf S. 166-170.

Interpretation der deterministischen Ableitung<sup>261</sup> in den rechtlichen Interpretationszusammenhang der Auslegung verschoben wird.<sup>262</sup> Der Einstieg für eine Annäherung an die Regel kann mit ihrer Regelmäßigkeit beginnen. Der Anfang der Regel ist Rhythmus, Gleichmäßigkeit.<sup>263</sup> Diese Regelmäßigkeit, diese Wiederholung ist eng an die Gepflogenheit einer Praxis in einer Lebensform geknüpft:

„Es kann nicht ein einziges Mal nur ein Mensch einer Regel gefolgt sein. Es kann nicht ein einziges Mal nur eine Mitteilung gemacht, ein Befehl gegeben, oder verstanden worden sein, etc. – Einer Regel folgen, eine Mitteilung machen, einen Befehl geben, eine Schachpartie spielen sind *Gepflogenheiten* (Gebräuche, Institutionen).“<sup>264</sup>

„Darum ist ›der Regel folgen‹ eine Praxis. Und der Regel zu folgen glauben ist nicht: der Regel folgen. Und darum kann man nicht der Regel ›privatim‹ folgen, weil sonst der Regel zu folgen glauben dasselbe wäre, wie der Regel folgen.“<sup>265</sup>

„Einer Regel folgen, das ist analog dem: einen Befehl befolgen. Man wird dazu abgerichtet und man reagiert auf ihn in bestimmter Weise.“<sup>266</sup>

In die Befolgung der Regel wird man eingeführt, man übt sie ein.<sup>267</sup> In der intersubjektiven Wiederholung entsteht die Regel nicht nur, sie bleibt an sie gebunden. Und dort ist auch der Ort an dem die Entscheidung darüber getroffen wird, ob die Regel gilt und ob sie eingehalten wurde.

„›So sagst du also, daß die Übereinstimmung der Menschen entscheide, was richtig und was falsch ist?‹ – Richtig und falsch ist was Menschen sagen; und in der Sprache stimmen die Menschen überein. Dies ist keine Übereinstimmung der Meinungen, sondern der Lebensform.“<sup>268</sup>

„Das Wort ›Übereinstimmung‹ und das Wort ›Regel‹ sind miteinander

---

261 Vgl. Kenneth Neal Waltz, *Theory of International Politics* (Reading: Addison-Wesley, 1979).

262 Vgl. Friedrich V. Kratochwil, *Rules, Norms, and Decisions* (Cambridge: Cambridge University Press, 1989).

263 BGM VI 43-45.

264 PU 199.

265 PU 202 Vgl. auch BGM VI 21.

266 PU 206.

267 Vgl. auch PU 208.

268 PU 241.

verwandt, sie sind Vettern. Lehre ich einen den Gebrauch des einen Wortes, so lernt er damit den Gebrauch des anderen.“<sup>269</sup>

Vor diesem Hintergrund begann Saul Kripke seine Argumentation zum Skeptizismus Wittgensteins an Hand der Unbestimmtheit des Regelfolgens über die Zeit.<sup>270</sup> Kripke veranschaulichte das Problem am Beispiel der Addition: Wir können davon ausgehen, dass die Regeln der Addition uns zwingen bzw. es rechtfertigen, dass wir jeder beliebigen Kombination von Summanden ein bestimmtes vorhersagbares Ergebnis zuordnen können. Der Mathematiker kann dem Skeptiker gegenüber jedoch nicht behaupten, dass es in unserem Bewusstsein eine alle Übergänge voraussetzende Regel geben würde. Eine in unserem Bewusstsein manifest gewordene Regel, die klarstellen würde, dass wir immer und von Anfang an ausgeschlossen hätten, nicht nur bis zu einer bestimmten Kombination von Summanden nach dem gewohnten Muster vorzugehen, ist nicht auffindbar. Wir können dem Skeptiker nicht beweisen, dass wir nachdem wir die Addition bis zu einer bestimmten Summe vorgenommen hätten, nicht zur „Quaddition“ Kripkes übergehen können, bei der als Ergebnis immer der Wert fünf erscheint.<sup>271</sup>

Auf den ersten Blick erscheint die Überlegung vielleicht so unsinnig wie unnötig. Entscheidend ist der Gedanke, dass wir keine Möglichkeit haben, unser Regelfolgen aus uns selbst heraus zu erklären. Wenn man einer Regel folgt, entscheidet man sich nicht dafür, seinem Bewusstsein ein geschlossenes System von Regeln einzustanzen. Es ergibt sich keine Disposition, die ein Lesen zulassen würde. Eine mentale Biographie eines Regelfolgenden zeigt keine Spur, die festlegt, dass eine Reihe von Entscheidungen, eine Regel so zu deuten, nicht in Übereinstimmung mit einer Reihe von Entscheidungen zu bringen sei, sie anders zu deuten. Wenn also eine Disposition zur logisch zwingenden Regelbefolgung nicht gegeben ist, macht eine deskriptive Aussage, dass der Handelnde sich so verhalten wird, keinen Sinn. Regelfolgen erscheint damit als normativer Vorgang des Sollens nicht als deskriptiver Vorgang des Werdens.<sup>272</sup> Ähnlich problematisch wäre ein gleichsam platonisches Verständnis des Regelfolgens, bei dem die Regel

---

269 PU 224.

270 PU 202.

271 Vgl. dazu Friedrich V. Kratochwil, "How Do Norms Matter?," in *The Role of Law in International Politics*, hrsg. von Michael Byers (Oxford: Oxford University Press, 2000) 35-68, auf S. 51-62.

272 Saul A. Kripke, *Wittgenstein über Regeln und Privatsprache* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1987) auf S. 17-53.

eine Entität wäre, die sich der Handelnde nicht einschreibt, sondern deren Struktur unabhängig vom Handelnden gegeben wäre und eigen Wirkung entfaltet.<sup>273</sup>

Wenn nun aber weder individuell bestimmbar noch von außen strukturell vorgegeben eine logische Sicherheit im Handeln des Regelfolgens gegeben scheint, stehen wir vor einem weit reichenden Problem, wie Kripke meinte, einer scheinbar neuen Art des Skeptizismus. Wir folgen Regeln, ohne dass sie uns etwas zwingend vorgeben können.<sup>274</sup>

Doch ob daraus ein grundsätzlicher Skeptizismus abzuleiten ist, scheint auch fraglich, selbst wenn man Kripke noch weiter folgt. Denn die Lösung, die Wittgenstein anbot und die auch Kripke sah, erinnert daran, dass es ja nicht darum geht, das Regelfolgen ad absurdum zu führen bzw. sein Vorkommen zu bestreiten. Strittig sind nur die „übermäßigen Tatsachen“,<sup>275</sup> die die Philosophie mit diesen Formulierungen verbunden hat, also mentale Dispositionen oder reale Entitäten. Wittgenstein forderte dazu auf, das Regelfolgen aus seinen metaphysischen Verstrickungen herauszuholen und in den Alltag der Sprache zurückzugeben. Dort geht es um die Verwendung von Regeln und nicht jede Regel muss sich rechtfertigen. Darauf lässt sich Wittgensteins Aussage beziehen, dass wir ein Wort ohne Rechtfertigung, aber nicht zu Unrecht gebrauchen.<sup>276</sup>

Die entscheidende Wende nimmt die Argumentation, wenn wie oben bereits dargestellt, das Regelfolgen an die Gemeinschaft gebunden wird. Der Einzelne kann deswegen nicht privatim einer Regel folgen, weil ihm dann jede Neuinterpretation seiner Regel, jedes Verfehlen der Regel, gestattet wäre und der Regelbegriff seine Aussagekraft verlieren würde. Privat ist eben kein Unterschied möglich zwischen der Regel folgen und dem Glauben, dass man der Regel folgt, was dem alltäglichen Verständnis des Regelfolgens, dessen normativer Anspruch eben gerade auf diesen Unterschied Wert legt, widerspricht. Den Gehalt des Regelfolgens bekommt man erst dann in den Blick, wenn man den intersubjektiven Kontext des Regelfolgens betrachtet. Denn dort werden durch die Praxis der Anderen die Gründe für die Rechtfertigung vorgegeben. Wenn einer richtig addiert, wird er in die Gemeinschaft der Addierenden aufgenommen. Gibt er dann Ergebnisse an, die den allgemein gültigen Additionsregeln widersprechen,

---

273 Ibid. auf S. 72f.

274 Ibid. auf S. 79-93.

275 Vgl. *ibid.* auf S. 90.

276 Vgl. *ibid.* auf S. III.

und lässt er davon auch nicht ab, wird er ausgeschlossen, vielleicht mit der Begründung, er habe den Verstand verloren.<sup>277</sup>

Kripke meinte, es bei einem grundsätzlichen Skeptizismus belassen zu können. Bloor, der Regeln erhellend als Institution und Brauch diskutierte, wollte aber nun diesen grundsätzlichen Skeptizismus aus dem Regelfolgen in der Gemeinschaft durch einen voluntaristischen Ansatz einholen. Das Handeln der Gemeinschaft, das den offenen Raum des Regelfolgens überbrückt, bestimmt – im letzten willkürlich – welche Regel gilt.<sup>278</sup> Doch sowohl der Skeptizismus Kripkes wie der Voluntarismus Bloors können mit Wittgenstein überwunden werden.

Gerade weil die Regel und das Regelfolgen gewachsene Institutionen sind, führt die Rede vom Skeptizismus wie vom Voluntarismus an der Sache vorbei. Der Lebensform und ihren Regeln kann mit einer skeptischen Haltung begegnet werden. Doch die grundsätzliche Problematisierung des Regelfolgens führt in die Irre. Wie noch zu zeigen sein wird kann nie alles, sondern nur vor dem Hintergrund von Vorausgesetztem eine bestimmte Perspektive angezweifelt werden. Genauso tritt Wittgenstein nicht nur der privaten Beliebigkeit, sondern auch der voluntaristischen Meinung der Gemeinschaft entgegen. Der gemeinsame, unbegründbare, aber nicht willkürliche Boden der Lebensform wie der Regel ist eben das Leben selbst.

Natürlich hält das Leben willkürliche Überraschungen bereit. Doch die Lebensform spannt diese immer wieder ein in ihre gewachsenen Regelzusammenhänge. Wie nicht grundsätzlich gezweifelt werden kann, kann auch nicht grundsätzlich willkürlich gehandelt werden. Jede Handlung braucht zumindest in einer Hinsicht Übereinstimmung mit dem gewachsenen Regelzusammenhang. Die Lebensform handelt nicht überall und grundsätzlich willkürlich, sondern steht im Zusammenhang ihres Handelns, mit dem sie immer wieder Übereinstimmung sucht, die sie sich über das Regelfolgen erhält. Wer hier eine grundsätzliche Begründung versucht, setzt sich dem Vorwurf Wittgensteins aus, vor dem Anfang anfangen zu wollen. Die Tat als Anfang kann nicht durch das Konzept der Willkür doch noch begründet werden. Sie bleibt der Anfang und dann folgen die Gründe des Sprachspiels.<sup>279</sup> Jenseits der Sprache und des Handelns gibt es keine Begründung, aber auch kein Fragen, das Wittgenstein nicht für therapiebedürftig hal-

277 Ibid. auf S. 121-123.

278 David Bloor, *Wittgenstein, Rules and Institutions* (London: Routledge, 1997).

279 Vgl. ÜG 471 und Ludwig Wittgenstein, *Bemerkungen über die Philosophie der Psychologie. Werkausgabe Band 7* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1984) § 689.

ten würde. Genauso wenig wie die Regel nicht jenseits des Sprachspiels begründet werden kann, genauso wenig kann sie eine Aussage jenseits ihres Kontexts machen. Eine Regel steht da, wie ein Wegweiser.<sup>280</sup> Damit ist aber nicht alles geregelt, sondern nur so viel, wie der Kontext zulässt.

Die eine Seite der Regel ist also ihre unbegründete und unbegründbare Regelmäßigkeit in der Lebensform. Die Regel entwickelt ihre Aussagekraft innerhalb der Lebensform und der Zusammenhang des Lebens geht aus dem Regelfolgen hervor. Dieser Kontext des Lebens, Sprechens und Handelns ist aber weder determiniert noch statisch. Der Begriff der Regel ist, wie oben gesehen, eben nicht der Ersatz für die Ursache oder das Gesetz. Die Stelle wird nicht einfach neu besetzt, sondern sie wird neu ausgerichtet. Daraus ergibt sich die andere Seite der Regel, die ebenfalls dem Handeln der Lebensform geschuldet ist: ihre Offenheit. Die Regel bestimmt nicht jedes Detail. „Wie hoch darf man den Ball im Tennis schlagen und wie stark?“<sup>281</sup> Ihre Regeldichte hängt vom Kontext ab. Es gibt kein Wesen der Regel. Sie nimmt je nach Sprachspiel verschiedene Rollen ein.<sup>282</sup> In Abgrenzung zum Versuch einer Idealsprache betont Wittgenstein die Unmöglichkeit eines vollständigen Regelverzeichnis für ein Wort. Eine ideale Verkehrsordnung ist sinnlos. Wenn alles geregelt ist, gibt es keinen Verkehr mehr. Man kann Regeln verschärfen, aber man kann nicht alles vollständig regeln.<sup>283</sup> Der Begriff der Regel ist somit offen. Er ist einmal offen, indem er nicht alles regelt, er ist aber auch dadurch offen, dass er Widerspruch duldet. Die Regel lässt die Ausnahme zu. Sie kann gebrochen werden. Die Regelmäßigkeit steht damit zwischen Gleichförmigkeit und Willkür:

„›Was manchmal geschieht, könnte immer geschehen‹ – was wäre das für ein Satz? Ein ähnlicher, wie dieser: Wenn ›F(a)‹ Sinn hat, hat ›(x).F(x)‹ Sinn.

›Wenn es vorkommen kann, daß Einer in einem Spiel falsch zieht, so könnte es sein, daß alle Menschen in allen Spielen nichts als falsche Züge machten.‹ – Wir sind also in der Verbindung, hier die Logik unserer Ausdrücke mißzuverstehen, den Gebrauch unserer Worte unrichtig darzustellen.

---

280 Vgl. PU 85.

281 Vgl. PU 69.

282 Vgl. PU 53.

283 Vgl. Z 440.

Befehle werden manchmal nicht befolgt. Wie aber würde es aussehen, wenn Befehle nie befolgt würden? Der Begriff ›Befehl‹ hätte seinen Zweck verloren.<sup>284</sup>

Im Begriff der Regel ist enthalten, dass man ihr nachkommt, ohne dass es der Regel schadet, wenn dies einmal nicht geschieht. Wittgenstein geht aber noch weiter. Innerhalb der Lebensform kann die Regel nicht nur gebrochen werden. Eine Frage nach ihrem Sinn ist nicht nur erlaubt, sondern auch geboten, aber eben nur soweit, wie es eine andere Gepflogenheit nahelegt und ermöglicht. Im Gefolge von Wittgenstein wurde diese gerade auch für die Politikwissenschaft wesentliche Unterscheidung mit der Trennung von konstitutiven und regulativen Regeln begrifflich ausgebaut.<sup>285</sup> Wittgenstein schreibt dazu:

„Ich bin also geneigt, auch im Spiel zwischen wesentlichen und unwesentlichen Regeln zu unterscheiden. Das Spiel, möchte man sagen, hat nicht nur Regeln, sondern auch einen Witz.“<sup>286</sup>

„Das Spiel soll doch durch die Regel bestimmt sein! Wenn also eine Spielregel vorschreibt, daß zum Auslosen vor der Schachpartie die Könige zu verwenden sind, so gehört das wesentlich zum Spiel. Was könnte man dagegen einwenden? Daß man den Witz dieser Vorschrift nicht einsehe. Etwa, wie wenn man auch den Witz einer Regel nicht einsähe, nach der jeder Stein dreimal umzudrehen wäre, ehe man mit ihm zieht. Fänden wir diese Regel in einem Brettspiel, so würden wir uns wundern und Vermutungen über den Zweck der Regel anstellen.“<sup>287</sup>

Die Trennung der Regeln, die hinterfragt werden können, von denen, die jenes Hinterfragen möglich machen, ist aber ebenso wenig statisch. Wittgenstein schlägt vor, sich die einen Sätze als erstarrt und die anderen als flüssig vorzustellen, wobei die erstarrten den flüssigen als Leitung dienen. Dieses Verhältnis ist aber nicht fix, vielmehr können in einem reversiblen Prozess die Rollen getauscht werden.<sup>288</sup> Im Anschluss daran drückt er diesen Gedanken in seinem großen Bild des Flusses aus:

---

284 PU 345.

285 John R. Searle, *Sprechakte. Ein sprachphilosophisches Essay* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1983) auf S. 54-68.

286 PU 564.

287 PU 567.

288 Vgl. ÜG 96.

„Die Mythologie kann wieder in Fluß geraten, das Flußbett der Gedanken sich verschieben. Aber ich unterscheide zwischen der Bewegung des Wassers im Flußbett und der Verschiebung dieses; obwohl es eine scharfe Trennung der beiden nicht gibt.“<sup>289</sup>

Wittgensteins ganze Konzeption der Regel, und damit auch die Konzeption des Sprachspiels, bleibt offen für die Veränderungen, die die Praxis vornimmt oder nahelegt:

„Wenn sich die Sprachspiele ändern, ändern sich die Begriffe, und mit den Begriffen die Bedeutung der Wörter.“<sup>290</sup>

„Stellen wir uns die Tatsachen anders vor als sie sind, so verlieren gewisse Sprachspiele an Wichtigkeit, andere werden wichtig. Und so ändert sich, zwar allmählich, der Gebrauch des Vokabulars der Sprache.“<sup>291</sup>

Mit der Einbindung der Regel in die Praxis ist die Neuproduktion von Regeln, Begriffen und Sprachspielen dem geschichtlichen Prozess der Sprachspiele eigen.<sup>292</sup> Die Konzeption des Sprachspiels greift diesen offenen Regelzusammenhang des sprachlichen Handelns in der gewachsenen alten Stadt auf. Spiele haben Regeln, denen man blind folgt, die man aber auch im Lauf des Spiels aus dem gemeinsamen Spielen heraus ändern kann.

### § 3: Der Weg zum Sprachspiel

Die Metapher der alten Stadt und die Praxis der aristotelischen Polis weisen verwandtschaftliche Züge auf. Die offenen Regeln in der historischen Gemeinschaft der Handelnden zwischen Rhythmus und Veränderung führten ins Zentrum von Wittgensteins Denken. Aus der sprachlichen Praxis und ihren offenen Regeln heraus entwickelt Wittgenstein seine Vergleichsmethode des Sprachspiels. Auf dem Weg zu Wittgensteins Sprachspielbegriff und seiner für die politikwissenschaftliche Fragestellung modifizierten Anwendungsweise rücken nun die Begriffe in den Mittelpunkt, die die epistemologische Haltung Wittgensteins klären und damit die Methode des Sprachspiels vorbereiten. Der erste Unterabschnitt widmet sich der Gewissheit des Handelnden. Wittgensteins lebensweltliche Konzeption von Gewissheit stellt auch das Wissen der Wissenschaft auf einen pragmatischen

---

289 ÜG 97.

290 ÜG 65.

291 PU 63.

292 Vgl. Chris Bezzel, *Wittgenstein zur Einführung* (Hamburg: Junius, 1989) auf S. 44.



Boden, ohne der Lebensform wie ihrer Wissenschaft die Möglichkeit zur Wahrheit in der Tat zu verweigern. Das gleiche Ziel verfolgt sein Bemühen um ein pragmatisches Verhältnis zum Widerspruch, der nur dann zum Problem wird, wenn er die alte Stadt zum Labyrinth werden lässt, was der zweite Unterabschnitt erschließt. Im dritten Unterabschnitt wird deutlich, wie die Praxis in ihrer Gewissheit und ihren Widersprüchen sich einem naturwissenschaftlichen Erklären entzieht und vielmehr ein begriffliches Ordnen ihrer Zusammenhänge verlangt. Der vierte Unterabschnitt nimmt dieses schauende und beschreibende Ordnen von Zusammenhängen als Aufgabe der Philosophie und der praxisorientierten Politikwissenschaft auf und weist auf den zentralen Begriff der Familienähnlichkeit. Dieser Schlüsselbegriff ebnet den Weg zur Vergleichsmethode des Sprachspiels. Die Lebensform Sprache scheint familienähnlich im Vergleich des Sprachspiels auf, so kann sich politikwissenschaftlich gewendet auch der Argumentationszusammenhang der Praxis zeigen.

## I. Gewissheit

Wittgenstein entwickelt eine Wahrheitskonzeption, die sich von der strengen Dichotomie von wahr und falsch, wie sie die Tradition seit Platon überliefert, löst und mit einem Wahrheitsbegriff arbeitet, der nicht nur das Wissen gelten lässt, sondern auch Glauben und Meinen ihren Bereich innerhalb der Wahrheitskonzeption zuweist. Doris Vera Hofmann hat diese Konzeption vergleichend dargestellt.<sup>293</sup> Für unsere Fragestellung interessant ist die Möglichkeit des Wissens in der politischen wie politikwissenschaftlichen Argumentation. Wissen hängt wie die Regel vom Gebrauch und der Übereinstimmung ab:

„Wer gelernt hat, der Mont Blanc sei 4000 m hoch, wer es auf der Karte nachgeschaut hat, sagt nun, er wisse es.“<sup>294</sup>

„Das Wissen gründet sich am Schluß auf Anerkennung.“<sup>295</sup>

---

293 Doris Vera Hofmann, *Gewißheit des Fürwahrhaltens* (Berlin: de Gruyter, 2000). Vgl. auch Siegfried C.A. Fay, *Zweifel und Gewißheit beim späten Wittgenstein. Eine Einführung* (Frankfurt am Main: Peter Lang, 1992).

294 ÜG 170.

295 ÜG 378.

Wissen findet in einem Kontext und in einer Gebrauchsgemeinschaft statt, die aus der Bewährung immer neu entscheidet, was als Wissen gilt. Das besondere Sprachspiel des Wissens setzt die Intersubjektivität voraus. Es muss mitteilbar sein und dann anerkannt werden. Dies kann aber immer nur in einem Gebrauchskontext stattfinden. Ein Sprachspiel des Zweifels macht, entgegen dem grundsätzlichen kartesischen Zweifel, nur innerhalb eines Sprachspiels Sinn, in dem nicht an allem gezweifelt wird. „Wenn ich experimentiere, so zweifle ich nicht an der Existenz des Apparates [...]. Ich habe eine Menge Zweifel, nur nicht den.“<sup>296</sup> Mit dieser Konzeption von Gewissheit lässt sich der oben im Kontext des Regelfolgens schon zurückgewiesene grundsätzliche Skeptizismus Kripkes vermeiden. Das Sprachspiel des Zweifels steht so auf dem Boden des Wissens der Lebensform und ihres Gebrauchs. Nur innerhalb dieser Praxis funktioniert das Sprachspiel des Wissens wie auch des Zweifels. Es liegt alles in der Praxis offen zu Tage und muss nur ordnend beschrieben werden. Argumentation und Aushandeln funktionieren nur, „wenn man sich auf etwas verläßt. (Ich habe nicht gesagt, „auf etwas verlassen kann.“)<sup>297</sup> Wittgenstein verabschiedet damit den grundsätzlichen Skeptizismus<sup>298</sup> – nicht aber eine skeptische Haltung –, weil es jenseits des Lebens und seiner Fragen keine Fragestellung gibt. Philosophische Probleme nach Art der Erkenntnistheorie und Metaphysik sind für ihn künstliche Fragen, die einfach nur ordnend aufgelöst werden müssen. Wittgenstein stellte den Begriff des Wissens, der keine metaphysische Betonung trägt,<sup>299</sup> vollständig in den Raum der Lebensform, die Tätigkeit ist.

„Sichere Evidenz ist die, die wir als unbedingt sicher annehmen, nach der wir mit Sicherheit ohne Zweifel handeln.“<sup>300</sup>

„Die Begründung [...], die Rechtfertigung der Evidenz kommt zu einem Ende; – das Ende aber ist nicht, daß uns gewisse Sätze unmittelbar als wahr einleuchten, also eine Art Sehen unsererseits, sondern unser

---

296 ÜG 337.

297 ÜG 509.

298 Vgl. für die gegenteilige Auffassung: Saul A. Kripke, *Wittgenstein über Regeln und Privatsprache* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1987). Auswahlbibliographie bei Siegfried C.A. Fay, *Zweifel und Gewißheit beim späten Wittgenstein. Eine Einführung* (Frankfurt am Main: Peter Lang, 1992) auf S. 46f.

299 ÜG 482.

300 ÜG 196.

Handeln, welches am Grunde des Sprachspiels liegt.“<sup>301</sup>

„Die primitive Form des Sprachspiels ist die Sicherheit, nicht die Unsicherheit. Denn die Unsicherheit könnte nicht zur Tat führen.“<sup>302</sup>

Der Anfang ist unbegründet. Er liegt in der Tat der Lebensform. Die Sicherheit, die der Praxis genügt, um Handeln zu können, ist nach dem Ende des Primats der Erkenntnistheorie ausreichend. Das ist der Boden des Pragmatismus, auf dem Wittgenstein stand.

Der bei Wittgenstein<sup>303</sup> wie bei den Konstruktivisten<sup>304</sup> beliebte Faust Goethes – „Im Anfang war die Tat!“ –, findet hier in seinen Zusammenhang. Die Tat gilt nicht als ihre Rechtfertigung, weil sie auf einem sicheren, gerechtfertigten Grund steht, sondern weil sie – letztlich unbegründet – für sicher genug gehalten wurde, dass sie vollbracht werden konnte.<sup>305</sup> „Das Ende [der Begründung] ist nicht die unbegründete Voraussetzung, sondern die unbegründete Handlungsweise.“<sup>306</sup> „Worte sind Taten.“<sup>307</sup> In dieser ersten Tat nimmt das Sprachspiel seinen Anfang und hier hat es angefangen Sinn zu stiften und damit Begründung zu ermöglichen. Hofmann meinte:

„Das obige Zitat ist somit ganz im Faustischen Sinne zu verstehen, nämlich als Wort, Sinn, Kraft und Tat zugleich, wobei die Übersetzung als „Tat“ die entscheidende Dimension der Bedeutungsvielfalt von „Logos“ darstellt.“<sup>308</sup>

---

301 ÜG 204.

302 Ludwig Wittgenstein, "Ursache und Wirkung," *Philosophia* 6 (1976) 392-445, auf S. 404.

303 ÜG 402.

304 Nicholas Greenwood Onuf, *World of our making. Rules and rule in social theory and international relations* (Columbia: University of South Carolina Press, 1989) auf S. 35-36.

305 Doris Vera Hofmann, *Gewißheit des Fürwahrhaltens* (Berlin: de Gruyter, 2000) auf S. 182.

306 ÜG 110.

307 PG I 131 (auf S. 182).

308 Doris Vera Hofmann, *Gewißheit des Fürwahrhaltens* (Berlin: de Gruyter, 2000) auf S. 182. Es ist natürlich auch klar, dass mit einer Überbetonung der Tat vordergründiger Aktionismus einhergehen und sich dann wie bei Goethe der Teufel als des Pudels Kern entpuppen kann. Einer zu euphorischen Feier der Tat scheint sich zumindest mit Goethe deswegen nicht begründen zu lassen. Auf der anderen Seite gilt auch, dass die Menschwerdung des Logos echtes Heilshandeln und nicht Geschwätz Gottes meint. Mit dem Sprechakt *Fiat Lux* begann die Schöpfungstat unbegründet. Wittgenstein ganz mit dem von Goethe kritisch konzipierten Faust gleichzusetzen führt deswegen in die Irre. Vgl. auch den Aktionismus Faustens im zweiten Teil, mit dem Goethe die ökologische Kritik an der Moderne vorwegnimmt.

Dieses Verständnis der Tat eröffnet noch einmal den Rahmen der Lebensform, in dem sie geschieht und den sie aufspannt. Die Tat und ihr Wissen erhalten ihre Begründung erst hinterher, vom Gelingen der Praxis, vom Leben selbst. Deswegen kann Wittgenstein auch formulieren:

„Ich bin auf dem Boden meiner Überzeugungen angelangt.  
Und von dieser Grundmauer könnte man beinahe sagen, sie werde vom ganzen Haus getragen.“<sup>309</sup>

Die Sicherheit des Wissens ist im Handeln der Lebensform und ihrer Praxis gegeben. Aber außer diesem Handeln als Grund gibt es eben nur Stützmauern und Bauten. Diese sind der Frage, dem Zweifel, der Veränderung und der Korrektur unterworfen. Sie tragen trotzdem den Grund, weil immer nur ein Teil angezweifelt, immer nur ein Stück der Korrektur unterworfen werden kann. Und selbst bei einem vollständigen Abriss haben wir die Trümmer als Baustoffe und unsere Versatzbilder sind nach ihrem Vorbild geraten. Doch Abriss und Totalentkernung stehen selten an, meist geht es um korrigierende Veränderungen.

Hier ergeben sich zwei Fragen: einmal die nach der Begrenztheit des Wissens auf die jeweilige Lebensform und ihr Handeln, gerade im Kontakt mit anderen Lebensformen, und zum anderen die Frage nach der Korrektur. Wittgenstein bemerkte zur Möglichkeit der Korrektur: „Nicht alle Korrekturen unserer Ansichten stehen auf der gleichen Stufe.“<sup>310</sup> Fay führte weiter aus: „Zwischen den beiden Polen eines Fundamentalismus (Ignorieren des angetragenen Korrekturvorschlags) und der Aufgabe des Sprachspiels [...] sind zahllose Reaktionen möglich: Integration der Korrektur ins Sprachspiel, Revision/Veränderung des Sprachspiels, Erweiterung des Sprachspiels u. ä.“<sup>311</sup> Das Wissen bleibt genauso offen für die Vorgaben der Praxis wie die Regel, und genauso wenig beliebig. Aus dem Wissen um die eigene Begrenztheit und die Existenz des Anderen erfolgt gerade kein absoluter Zweifel und Relativismus: „Die Pluralität und Divergenz der einzelnen Weltbilder zu sehen, bedeutet aber nicht notwendigerweise, das eigene (= abendländisch-europäische) relativieren zu müssen.“<sup>312</sup> Denn in der Begegnung ergibt sich ein neues Sprachspiel, in dem zum einen wieder begründet werden und damit auch korrigiert und modifiziert werden kann,

---

309 ÜG 248.

310 ÜG 300.

311 Siegfried C.A. Fay, *Zweifel und Gewißheit beim späten Wittgenstein. Eine Einführung* (Frankfurt am Main: Peter Lang, 1992) 71.

312 Ibid. auf S. 68. Vgl. auch ÜG 108, 286.

zum anderen aber auch der eigene Wahrheitsanspruch sich in der Bewährung einlösen könnte.

## II. Der unproblematische Widerspruch

Wittgensteins Vorstellung vom Handeln in der alten Stadt und der offenen Regel lässt nicht nur die Koexistenz von verschiedenen Lebensformen zu, sie erträgt auch den Widerspruch in sich, so lange er in der Praxis nicht schadet. Damit ist die Forderung nach Widerspruchsfreiheit letztlich pragmatisch. Denn wenn an die Stelle *der* Ordnung *eine* Ordnung tritt,<sup>313</sup> dann können sich für Widersprüche neue Bezüge ergeben und die Forderung der Widerspruchsfreiheit verliert ihren Absolutheitsanspruch.<sup>314</sup> „Mein Ziel ist es, die Einstellung zum Widerspruch und zum Beweis der Widerspruchsfreiheit zu ändern.“<sup>315</sup>

Diese Aufgabe Wittgensteins soll auch für die Politikwissenschaft übernommen werden. Gerade in den Sozialwissenschaften und besonders in der Politikwissenschaft sollte vom bloßen Augenschein her deutlich werden, dass das menschliche Miteinander immer von Widersprüchen geprägt ist und die Politik diese Widersprüche immer nur in Kompromisse einbindet und sie nicht auflösen kann und das auch gerade nicht ihre Aufgabe ist. Dennoch wird dieser Allgemeinplatz bei der Methodenbildung regelmäßig nicht beachtet. Deswegen scheint es hilfreich, dem Widerspruch bei der Methodenbildung einen herausgehobenen Platz zuzuweisen, ja ihn geradezu in die Mitte der Methodenbildung zustellen.

Zimmermann<sup>316</sup> folgend lässt sich Wittgensteins Umgang mit dem Widerspruch nachzeichnen: Der Widerspruch kann mehrere Gründe haben. Er kann auf Verwirrungen in der Praxis des Sprechens deuten, kann den Konflikt einer Norm mit ihrer Herausforderin meinen und er kann aus der Einführung eines neuen Sprachspiels resultieren. Die Offenheit der Regel, und das ist entscheidend, verhindert auch hier jede scharfe Trennung zwischen Übereinstimmung und Widerspruch.

---

313 PU 132.

314 Doris Vera Hofmann, *Gewißheit des Fürwahrhaltens* (Berlin: de Gruyter, 2000) auf S. 149.

315 BGM III, 82.

316 Jörg Zimmermann, *Wittgensteins sprachphilosophische Hermeneutik* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1975) auf S. 117-118.

„Nur in normalen Fällen ist der Gebrauch der Worte uns klar vorgezeichnet; wir wissen, haben keinen Zweifel, was wir in diesem oder jenem Fall zu sagen haben. Je abnormaler der Fall, desto zweifelhafter wird es, was wir sagen sollen.“<sup>317</sup>

Das primäre Interesse Wittgensteins galt dem Widerspruch, wie er sich in den Verwirrungen der Sprache zeigt, wenn die Sprache uns gleichsam Fallen stellt, weil wir unsere Alltagssprache nach Art der Metaphysik oder verwandten, künstlichen Sprachspielen in Unordnung stürzen und für den Gebrauch untauglich machen. Diese Verwirrung wollte Wittgenstein mit seinem ordnenden Beschreiben beseitigen. Damit wendete er sich gegen Widersprüche, die nur durch die Anforderungen der Philosophie und ihrer Logik an die Praxis herangetragen werden und dort Widersprüche problematisieren, die kein Problem für den Gebrauch der Lebensform darstellen. Der ersehnte Frieden in den Gedanken<sup>318</sup> ist mit diesen Widersprüchen gut möglich, er schwindet erst, wenn sie betont werden. Hier könnte man noch einmal Wittgenstein paraphrasieren: der Widerspruch verträgt keine metaphysische Betonung.

„Schadet der Widerspruch, der entsteht, wenn Einer sagt: ›Ich lüge. – Also lüge ich nicht. – Also lüge ich. etc.‹? Ich meine: ist unsere Sprache dadurch weniger brauchbar, daß man in diesem Fall aus einem Satz nach den gewöhnlichen Regeln sein Gegenteil und daraus wieder ihn folgern kann?“<sup>319</sup>

Wittgenstein hatte keine Probleme mit einem funktionierenden Sprachspiel, das einen Widerspruch als „ständiges Implement“<sup>320</sup> hat. Wittgensteins Problem mit Widersprüchen fängt an, wenn sie, einmal aufgeworfen, die Praxis beeinträchtigen.

„Interesse erhält so ein Widerspruch nur dadurch, daß er Menschen gequält hat und dadurch zeigt, wie aus der Sprache quälende Probleme wachsen können; und was für Dinge uns quälen können.“<sup>321</sup>

---

317 PU 142.

318 VB auf S. 51l.

319 BGM I Anhang III 12 (auf S. 120).

320 BGM VIII II (auf S. 370).

321 BGM I Anhang III 13 (auf S. 120).

Hier setzte Wittgensteins therapeutische Philosophie<sup>322</sup> an und hier könnte ihm eine therapeutische, praxisorientierte Politikwissenschaft folgen. Die therapeutische Variante konzentriert sich auf den Widerspruch, der die sprachliche Praxis in den Leerlauf führt und die Nachhaltigkeit einer Lebensform stört.

Im integrationstheoretischen Zusammenhang ist die Dichotomie von Bundesstaat und Staatenbund ein Beispiel für einen unnötigen Widerspruch, den die Praxis durch den Leerlauf ihrer Sprache erzeugt. Der europäische Argumentationszusammenhang birgt noch eine Vielzahl weiterer Widersprüche. In der Diskussion von Erweiterung und Vertiefung wird der Widerspruch zwischen gesamteuropäischem Anspruch und kleineuropäischer Institutionalisierung virulent. Die Praxis gerät hier in einen Leerlauf, wenn sie den Widerspruch von Vertiefung und Erweiterung entweder für unauflösbar hält oder ihn dialektisch aufheben möchte. Es geht nicht darum, den alten Argumentationszusammenhang und seine Widersprüche dialektisch zu überwinden und eine höhere Stufe zu erklimmen. Es geht darum, aus dem Argumentationszusammenhang und seinen Widersprüchen heraus eine Umgruppierung der Argumente so vorzunehmen, dass die Praxis des Aushandelns fortgesetzt werden kann.

Eine Fortsetzung der Praxis kann dann stattfinden, wenn sie in sich selbst ein Argument findet, das den virulent gewordenen Widerspruch mit einem anderen, als Widerspruch marginalisierten Argument wieder in ein Gleichgewicht bringen könnte. Dabei wird der Widerspruch nicht aufgelöst, sondern in einen anderen Kontext gebracht. Der Widerspruch, auch die krisenhafte Zuspitzung,<sup>323</sup> birgt somit auch die Fortsetzbarkeit der Argumentation.

Der Widerspruch wird damit in doppelter Hinsicht zur Möglichkeit des Wandels. Während der eine Widerspruch des Argumentationszusammenhangs die Praxis anhält und zum Wandel drängt, taucht ein anderer alter, marginalisierter Widerspruch aus dem Argumentationszusammenhang auf, der die Fortsetzung der Praxis im Wandel möglich macht. Erst wenn es der Praxis nicht mehr gelingt, ihre eigenen Widersprüche aus ihrem eigenen Argumentationszusammenhang heraus auszubalancieren, geht sie unter und macht einer neuen Praxis Platz, die den alten Argumentationszusammenhang nur noch partiell fortsetzt.

---

322 PU 255, PU 133.

323 Zur Wirkung von Krisen vgl. Romain Kirt (Hrsg.), *Die Europäische Union und ihre Krisen* (Baden-Baden: Nomos, 2001).

Diese Konzeption des Widerspruchs geht damit über die binäre Kodierung, auf die sich die politikwissenschaftliche Rezeption Derridas zu beschränken scheint,<sup>324</sup> hinaus. Das von Derrida angesprochene Problem des Logozentrismus wird dabei weiter beachtet. Das Selbst trägt immer das Andere in sich, doch nicht nur in der binären Form von gut und schlecht, schwarz und weiß. Der von Derrida gesehene Raum der *differance*, in dem keine Aufhebung möglich ist, sondern nur eine Verschiebung der Gegensätze, scheint in der Praxis des Aushandelns mehr widersprüchliche Beziehungen zueinander zusetzen, als Staatenbund – Bundesstaat, Vertiefung – Erweiterung. Der Praxis kann es dabei durchaus gelingen, ihre Heterogenität und ihre Widersprüche nicht nur als drohendes Problempotential zu sehen oder am besten über binäre Kodierungen zu verdrängen, sondern sich in ihnen einzurichten und sie auch als zukünftiges Lösungspotenzial zu betrachten.

### III. Das Zusammenstellen von Zusammenhängen

Aus diesem Verständnis von Gewissheit und Widerspruch der sprachlichen Lebensform heraus formulierte Wittgenstein seine Unterscheidung von Philosophie und Naturwissenschaft sowie die Aufgabenstellung an die Philosophie und damit auch an eine praxisorientierte Politikwissenschaft. Wittgensteins Philosophie wollte nicht erklären, sondern nur beschreiben und dabei mögliche Ordnungsangebote aus den Zusammenhängen der Praxis heraus sichtbar machen, um ihr dadurch bei der Überwindung ihres Leerlaufs beizustehen.

Für Wittgenstein lag der grundlegende Unterschied von Philosophie und Wissenschaft darin, dass in der Wissenschaft Hypothesen aufgestellt und getestet werden, während in der Philosophie beschreibende Sprachkritik geübt wird.

„Richtig war, daß unsere Betrachtungen nicht wissenschaftliche Betrachtungen sein durften. [...] Und wir dürfen keinerlei Theorie aufstellen. Es darf nichts Hypothetisches in unseren Betrachtungen sein. Alle Erklärung muss fort, und nur Beschreibung an ihre Stelle treten. [...] Diese Probleme werden gelöst, nicht durch Beibringen neuer Erfahrungen,

---

324 Maja Zehfuss, *Constructivism in international relations. The politics of reality* (Cambridge: Cambridge University Press, 2002): 196-249.



sondern durch Zusammenstellung des längst Bekannten. Die Philosophie ist ein Kampf gegen die Verhexung unseres Verstandes durch die Mittel unserer Sprache.“<sup>325</sup>

Aus diesem Zitat lassen sich drei hier hilfreiche Argumentationslinien entwickeln: Es geht um den Unterschied von Erklären und Beschreiben, den Unterschied von „neue Erfahrungen beibringen“ und „Zusammenstellen von längst Bekanntem“ sowie die „kämpferische“, engagierte Haltung dabei.

Maria Venieri arbeitete den Begriff der Erklärung bei Wittgenstein erhellend heraus.<sup>326</sup> Die Erklärung durch Ursachen – im *Tractatus* hatte Wittgenstein bereits den Glauben an den Kausalnexus in die Reihe des Aberglaubens gestellt<sup>327</sup> –, wie sie die Wissenschaft anbietet, hat nur in ihrem Gebrauchszusammenhang ihren Sinn. Wittgenstein wandte sich damit gegen die Verallgemeinerung der naturwissenschaftlichen Methode, die „Erklärung von Naturerscheinungen auf die kleinstmögliche Anzahl primitiver Naturgesetze zurückzuführen.“<sup>328</sup> An dieser Suche nach dem einfachen Element hatte sich in seinem Frühwerk auch Wittgenstein beteiligt.<sup>329</sup> Sein Spätwerk hingegen stellte den Versuch dar, sich der Sprache ohne die Chance dieses unmittelbaren Zugriffs beschreibend zu nähern. Dazu verabschiedete Wittgenstein jeden Versuch, mit Hilfe einer Idealsprache hinter die Sprache der Praxis zu schauen. Wittgenstein wollte weg vom idealsprachlichen Glatteis ohne Reibung,<sup>330</sup> zurück zu einer alltäglichen Verwendung der Sprache.<sup>331</sup> An die Stelle der naturwissenschaftlichen Ursache, die Sprache determinieren würde, setzte Wittgenstein den Grund, den der Handelnde in der Praxis angibt. Die Praxis kann so wieder für sich selbst sprechen. „Alle *Erklärung* muss fort, und nur Beschreibung an ihre Stelle treten.“<sup>332</sup> Aber diese Formulierung muss mit Vorsicht gelesen werden, gerade wenn sie an einer anderen Stelle sich noch zu verschärfen scheint:

---

325 PU 109.

326 Maria Venieri, *Wittgenstein über philosophische Erklärung* (Frankfurt am Main: Peter Lang, 1989).

327 Ludwig Wittgenstein, *Tractatus logico-philosophicus. Werkausgabe Band 1* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1984) 5.1361.

328 Blaues Buch auf S. 39.

329 PU 46.

330 Vgl. PU 107.

331 Vgl. PU 116. Vgl. auch Chris Bezzel, *Wittgenstein zur Einführung* (Hamburg: Junius, 1989) auf S. 38f.

332 PU 109.

„Die Philosophie darf den tatsächlichen Gebrauch der Sprache in keiner Weise antasten, sie kann ihn am Ende nur beschreiben.  
Denn sie kann ihn auch nicht begründen.  
Sie läßt alles, wie es ist.“<sup>333</sup>

Das oben gezeigte Engagement scheint dazu nicht zu passen. Es soll hier jedoch eindeutig klar werden, dass dem „längst Bekannten“ nichts hinzugefügt wird, besonders keine erklärende Begründung. Der Gebrauch der Sprache, der sich nicht über seine Zwecke hinaus begründet und deswegen auch nicht begründet werden kann, soll beschrieben werden. In der Trennung zwischen der begrifflichen Untersuchung der Philosophie, die Bekanntes beschreibt, und der sachlichen Untersuchung der Naturwissenschaft, die neue Erfahrungen beibringt, hielt Wittgenstein den Unterschied zur Erklärung der Metaphysik fest, die diese beiden Pole vermischt, weil sie die begriffliche Beschreibung sachlich begründen will.<sup>334</sup>

„Philosophische Untersuchung: begriffliche Untersuchung. Das Wesentliche der Metaphysik: daß sie den Unterschied zwischen sachlichen und begrifflichen Untersuchungen verwischt.“<sup>335</sup>

Die sachliche Untersuchung, mit ihrem Bestreben, neue Fakten durch erklärende Experimente zu sichern, muss vom Unternehmen der Philosophie ferngehalten werden, das begrifflich beschreiben will, was die Praxis über sich angibt.

Doch die Angaben der Praxis leiden gelegentlich unter der „Verhexung“ durch die Sprache, woraus sich die Aufgabe der Philosophie ergibt: Im Beschreiben eröffnet sie für die Praxis eine Möglichkeit, ihren Leerlauf zu überwinden. „Die Aufgabe der Philosophie ist nicht, eine ideale Sprache zu schaffen, sondern den Sprachgebrauch der bestehenden Frage zu klären.“<sup>336</sup> Schauen und Beschreiben, um der „Fliege den Ausweg aus dem Fliegenglas zu zeigen“,<sup>337</sup> damit lässt sich Wittgensteins Programm umreißen.

Im Kampf gegen den Leerlauf zielt sein Vorgehen beim Schauen und Beschreiben auf das Darstellen von Zusammenhängen. Wenn die sprachliche Praxis sich in sich selbst verwirrt hat, hilft ihr, wie es sich im Begriff des

---

333 PU 124.

334 Maria Venieri, *Wittgenstein über philosophische Erklärung* (Frankfurt am Main: Peter Lang, 1989) vor allem S. 148-175.

335 Z 458.

336 PG I 72, S. 115.

337 PU 309.

„Zusammenstellens“ schon andeutet, der übersichtliche Blick auf ihre Zusammenhänge. Diesen Blick auf die Zusammenhänge muss die Philosophie durch ihre Narrative freigeben.

„Es ist eine Hauptquelle unseres Unverständnisses, daß wir den Gebrauch unserer Wörter nicht übersehen. – Unserer Grammatik fehlt es an Übersichtlichkeit. – Die übersichtliche Darstellung vermittelt das Verständnis, welches eben darin besteht, daß wir die ›Zusammenhänge sehen‹. Daher die Wichtigkeit des Findens und Erfindens von *Zwischengliedern*.“<sup>338</sup>

Somit geht es um die Beseitigung der Unübersichtlichkeit der Sprache, die durch ihren Gebrauch entstanden ist, und zwar zu dem Zweck, den Gebrauch zu befördern. Die Sprache lässt sich übersichtlich ordnen, wenn es gelingt, Zusammenhänge herzustellen, wenn es sein muss, auch über erfundene Zwischenglieder.

Wenn Sprache eine Lebensform ausmacht, wenn der Fliege der Weg aus dem Fliegenglas gezeigt werden soll, dann ist Wittgensteins Unternehmen und jedes Unterfangen im Anschluss daran normativ. Nicht normativ im Sinne einer Begründung, sondern nur normativ im Sinne eines Einlassens auf die Ziele der Lebensform. Wittgenstein schreibt nicht über Ethik, sie kann nur gezeigt werden.<sup>339</sup> Seine Ethik steht am Rand.<sup>340</sup> Das Ordnen dient dem Zweck, einen Gebrauch davon zu machen. Doch das Ordnen zum besseren Gebrauch geht von der Fragestellung der Praxis aus.

„Wir wollen in unserm Wissen vom Gebrauch der Sprache eine Ordnung herstellen: eine Ordnung zu einem bestimmten Zweck; eine von vielen möglichen Ordnungen; nicht *die* Ordnung. Wir werden zu diesem Zweck immer wieder Unterscheidungen *hervorheben*, die unsre gewöhnlichen Sprachformen leicht übersehen lassen. [...] Die Verwirrung, die uns beschäftigt, entsteht gleichsam, wenn die Sprache leerläuft, nicht, wenn sie arbeitet.“<sup>341</sup>

---

338 PU 122.

339 Vgl. für einen Einblick: Joachim Schulte, *Wittgenstein. Eine Einführung* (Stuttgart: Reclam, 1989) auf S. 96-103.

340 Zu Entwürfen postmoderner Ethik vgl. Wilhelm Lütterfelds und Thomas Mohrs, *Globales Ethos. Wittgensteins Sprachspiele interkultureller Moral und Religion* (Würzburg: Königshausen&Neumann, 2000); Hans-Martin Schönherr-Mann (Hrsg.), *Ethik des Denkens* (München: Fink, 2000).

341 PU 132.

Wittgenstein ging es bei seiner Beschreibung um das Angebot einer möglichen, wandelbaren und offenen Ordnung zu einem bestimmten Zweck: „Frieden in den Gedanken. Das ist das ersehnte Ziel dessen der Philosophiert.“<sup>342</sup> An diesen Ansatz der beschreibenden Ordnung für einen bestimmten Zweck schließt sich auch eine politikwissenschaftliche Verwendung der Konzeption Wittgensteins an. Für die politikwissenschaftliche Verwendung der Philosophie Wittgensteins ist zu berücksichtigen, dass er seinen Wissenschaftsbegriff vor allem von der Physik her ableitet und gegen die Übertragung des physikalischen Denkens in die Philosophie, wie dies u.a. Russell unternahm, kämpft. Wittgensteins philosophisches Selbstverständnis kann somit in einem hermeneutischen Kontext auch von einer praxisorientierten Politikwissenschaft rezipiert werden.<sup>343</sup>

Eine praxisorientierte Politikwissenschaft will Wissenschaft sein, aber nur begrifflich arbeiten. Sie stellt deswegen keine Hypothesen auf und versucht keine kausale Erklärung durch das Beibringen von Beispielen aus der Fülle neu erhobener Daten. Sie bringt bekannte Beispiele, um Gründe der Praxis angeben zu können. Aus den Gründen folgt keine allgemeine Erklärung im naturwissenschaftlichen Sinn, sondern das Verstehen ihrer Gültigkeit im Argumentationszusammenhang ihrer Praxis. Eine praxisorientierte Politikwissenschaft arbeitet mit historischen Beispielen, doch sie forscht nicht nach neuen historischen Erkenntnissen. Sie bringt eben gerade keine neuen Erfahrungen bei, sondern bleibt beim Angebot eines begrifflichen Ordners der alten Gründe in bekannten Beispielen der Praxis.

#### IV. Familienähnlichkeit

In der Abgrenzung der naturwissenschaftlichen Methode von seiner philosophischen hatte Wittgenstein den Weg vom Allgemeinen und seinen Gesetzen hin zum Besonderen und dem Ordnen in regelhaften Zusammenhängen beschränkt:

„Gegenüber dem Reduktionismus der Naturwissenschaften mit ihrem Ziel der ›Erklärung‹ geht es in der Philosophie darum, die unendliche

---

342 VB S. 511.

343 Vgl. Jörg Zimmermann, *Wittgensteins sprachphilosophische Hermeneutik* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1975) auf S. 160-166.

Vielfalt der Erscheinungen zu beschreiben: ›Die Philosophie ist wirklich ›rein deskriptiv‹.<sup>344</sup>

Die „unendliche Vielfalt der Erscheinungen“ lässt sich beschreiben, weil die Erscheinungen in einem Netz von Ähnlichkeiten zusammenhängen.

„Es ist diesen Erscheinungen gar nicht Eines gemeinsam, weswegen wir für alle das gleiche Wort verwenden, – sondern sie sind miteinander in vielen verschiedenen Weisen verwandt.“<sup>345</sup>

„Wir sehen ein kompliziertes Netz von Ähnlichkeiten, die einander übergreifen und kreuzen. Ähnlichkeiten im Großen und Kleinen.“<sup>346</sup>

Auch wenn sich Wittgenstein gegenüber der philosophiegeschichtlichen Konzeption der Analogie uninteressiert zeigte, sind doch die beiden gegensätzlichen Versuche von Teuwsen und Kunzmann,<sup>347</sup> ihn im Kontext dieser Tradition zu diskutieren, erhellend. Wittgenstein weigerte sich dem Allgemeinen das Partikuläre zu opfern. Er suchte nach den Ähnlichkeiten zwischen den einzelnen Erscheinungen, um Zusammenhänge, Zwischenglieder herzustellen.

Der Gegenstand der Beschreibung wird nicht auf einen Begriff reduziert, sondern in einem Netz von Zusammengehörigkeiten beschrieben. Wittgenstein löste damit seine Abbild-Theorie auf der Basis von Urelementen aus dem Tractatus ab, ohne seine Bild-Theorie zu verwerfen. Die Wirklichkeit lässt sich nicht reduziert auf einzelne Punkte in der Sprache spiegeln. Die Wirklichkeit konstituiert sich in der Sprache als Gleichnis. Ziel ist ja nicht die Abbildung, die Erkenntnis der Wirklichkeit, sondern der Umgang mit ihr als Praxis, deren Fortsetzung man raten kann.

---

344 Blaues Buch S. 39.

345 PU 65.

346 PU 66.

347 Peter Kunzmann, *Dimensionen von Analogie. Wittgensteins Neuentdeckung eines klassischen Prinzips* (Düsseldorf: Parerga, 1998); Rudolf Teuwsen, *Familienähnlichkeit und Analogie* (Freiburg: Alber, 1988). Vgl. auch Fierke, die daraufhin weist, dass im Gegensatz zur Analogie, bei der die Assoziation zum Vergleich zwischen zwei Bildern naheliegt, beim Begriff der Familienähnlichkeit oder auch schon beim Sprachspiel gleich die Vorstellung eines Zusammenhangs verschiedener Teile mitschwingt. Karin. M. Fierke, *Changing games, changing strategies: critical investigations in security* (Manchester: Manchester University Press, 1998) auf S. 31.

Wittgenstein entwickelte die Theorie des Schauens vom Frühwerk in seinem Spätwerk weiter.<sup>348</sup> „Denk nicht, sondern schau!“<sup>349</sup> ist der Leitspruch, der sich durch Wittgensteins Philosophie zieht. Im Beschreiben soll eine Möglichkeit für das Sehen eröffnet werden. Das Beschreiben in Begriffen kann nie die Sache selbst sein. Sehen ist immer auch auslegen, man sieht etwas als etwas.<sup>350</sup> „Was erkenne ich *als was*? Denn ‚ein Ding als es selbst erkennen‘ heißt nichts.“<sup>351</sup>

Deshalb konzipierte Wittgenstein das Sprachspiel als Vergleichsmethode. Es geht immer nur um Annäherung, um Ähnlichkeit, nie um Identität und Repräsentation. Der Vergleich gelingt nicht dann, wenn etwas exakt abgebildet wird. Das wäre kein Vergleich, sondern eine Verdopplung. Der Vergleich betont das schärfer, was er herausstellen will, und abstrahiert von dem, was auch da ist, aber aus der Perspektive der Frage nicht die Relevanz hat, die dem zugestanden wird, was der Vergleich herausarbeiten soll. Die Aussage „*a* ist wie *b*“ meint nicht „*a* ist gleich *b*“, sondern *a* zeigt in einem bestimmten Kontext die gleichen oder zumindest ähnliche Eigenschaften wie *b*. Darauf zielt auch die Vergleichsmethode des Sprachspiels ab. Sie will bestimmte Argumente zeigen, nicht abbilden und repräsentieren.

„Wir aber betrachten die Spiele und die Sprachen unter dem Gesichtspunkt eines Spiels, das nach Regeln vor sich geht. D.h. wir vergleichen Sprache immer mit so einem Vorgang.“<sup>352</sup>

„Unsere klaren und einfachen Sprachspiele sind nicht Vorstudien zu einer künftigen Reglementierung der Sprache, – gleichsam erste Annäherungen, ohne Berücksichtigung der Reibung und des Luftwiderstands. Vielmehr stehen die Sprachspiele da als Vergleichsobjekte, die durch Ähnlichkeit und Unähnlichkeit ein Licht in die Verhältnisse unsrer Sprache werfen sollen.“<sup>353</sup>

„Nur so nämlich können wir die Ungerechtigkeit, oder Leere unsere Behauptungen entgehen, indem wir das Vorbild als das, was es ist, als Vergleichsobjekt – sozusagen als Maßstab – hinstellen; und nicht als

---

348 Vgl. Chris Bezzel, *Wittgenstein zur Einführung* (Hamburg: Junius, 1989) auf S. 108-129.

349 PU 66, Z 458, u.a.

350 Vgl. Doris Vera Hofmann, *Gewißheit des Fürwahrhaltens* (Berlin: de Gruyter, 2000) auf S. 231-237.

351 PG II 130, S. 180.

352 PG I 26 (auf S. 63.)

353 PU 130.

Vorurteil, dem die Wirklichkeit entsprechen müsse. (Der Dogmatismus, in den wir beim Philosophieren so leicht verfallen.)<sup>354</sup>

Das Sprachspiel wird so eine Vergleichsmethode, in der die Praxis aufscheint, aber nicht als Spiegelbild, sondern als Analogie, als Ähnlichkeit. Das Spiel ähnelt der Praxis, so wie die Beispiele und die Narrative einen Bezug zur Praxis herstellen, in dem die Praxis sich als getroffen erkennt.

Die Beschreibung kann dann nicht davon abhängen, eine direkte, gleichsam nahtlose Verbindung zur Wirklichkeit herstellen zu müssen. Sie erhält ihre Stärke im auslegenden Verweben der Zusammenhänge und Zwischenglieder. So stellt die Beschreibung die Verbindung zur Wirklichkeit über einen festen Strang von Bildern und Ähnlichkeiten her, die ineinandergreifen und dem Gebrauch in der Praxis standhalten.

„Und wir dehnen unseren Begriff der Zahl aus, wie wir beim Spinnen eines Fadens Faser an Faser drehen. Und die Stärke des Fadens liegt nicht darin, daß irgendeine Faser durch seine ganze Länge läuft, sondern darin, daß viele Fasern einander übergreifen.“<sup>355</sup>

Um diese Ähnlichkeiten in den Erscheinungen zu fassen, prägte Wittgenstein den Begriff der Familienähnlichkeit. Im gleichen Paragraph 67 der Philosophischen Untersuchungen, in dem er die Faser und den Faden einführt, sprach er auch von der Familienähnlichkeit:

„Denn so übergreifen und kreuzen sich die verschiedenen Ähnlichkeiten, die zwischen den Gliedern einer Familie bestehen: Wuchs, Gesichtszüge, Augenfarbe, Gang, Temperament, etc. etc.“<sup>356</sup>

Eine Familienähnlichkeit besteht also im Zusammenhang und Zusammenhalt des zu Beschreibenden, in der Gleichmäßigkeit der verschiedenen Gesichtszüge einer Familie. Eine Familienähnlichkeit entsteht in der dichten Praxis von Sprechen und Handeln, die vermittelt über das Ineinandergreifen der Fäden des Taus, zum Halt werden kann, durch den eine Fortsetzung der Lebensform durch ihre Beschreibung ermöglicht und erleichtert wird.

---

354 PU 131.

355 PU 67.

356 PU 67.

## *2. Kapitel: Sprache*

Das Ineinandergreifen von Tun und Erleiden, illustrierbar über die Familienähnlichkeit eines alten Ehepaars und seiner Kinder oder die Familienähnlichkeit, die manche einem Hundehalter und seinem Haustier nachsagen – die Ähnlichkeit, die entsteht, wenn man sich lange aneinander abmüht.



### 3. Kapitel: Sprachspiele

Mit Wittgenstein gelingt es nicht nur die aristotelische Praxis sprachlich zu öffnen, mit Wittgensteins Metapher des Sprachspiels eröffnet sich eine methodische Möglichkeit des vergleichenden Hinschauens auf die Praxis. Aristoteles bot das Bild des Bogenschützens und forderte zum Anzeichnen der Zielrichtung auf. Wittgenstein liefert nun mit dem Sprachspiel eine Methodologie des Zeigens und Schauens, die die Praxis selbst sprechen lässt. Im Sprachspiel finden sich alle vorgestellten Komponenten seiner Sprachphilosophie ein und ermöglichen im Spiel den Vergleich zur Sprache.

Wittgenstein hält drei familienähnliche Verwendungsweisen des Sprachspiels bereit, mit denen es ihm gelingt, einmal seine epistemologische Haltung zu klären und dann zwei Instrumente für sein Vorgehen zur Verfügung zu haben. Wittgenstein spricht dabei vom Sprachspiel als Ganzem, von funktionalen Sprachspielen und von einfachen Sprachspielen. In allen drei Formen bleibt der Sprachspielbegriff familienähnlicher Vergleich, der perspektivisch und begrifflich die Praxis beschreibt.

Im ersten Abschnitt wird der Spielbegriff eingeführt. Das Spiel lebt vom Rhythmus der Regel, aber auch von ihrer Veränderlichkeit. Spiele haben alle etwas gemeinsam, doch lassen sie sich auf keine Definition festlegen. Spiele haben Ähnlichkeiten miteinander und hängen über diese Ähnlichkeiten zusammen. Der Begriff des Spiels ist auf Anrieb klar, doch seine Ränder bleiben offen. Spiele erklären ihre Regeln, aber nicht ihren Witz. Der Witz des Spiels steht einfach da, er ergibt sich aus den Regeln erst beim Miltun und beim Zuschauen. Darin liegt die Ähnlichkeit zur Lebensform in der Sprache, daraus entwickelt Wittgenstein seine Vergleichsmethode.

Im zweiten Unterabschnitt werden die drei Verwendungsweisen des Sprachspiels bei Wittgenstein dargestellt. Wittgenstein spricht einmal vom Sprachspiel, wenn er das Ganze der sprachlichen Lebensform meint. Damit wird die epistemologische Haltung deutlich. Wittgenstein grenzt mit dem Sprachspielbegriff aber auch einen durch bestimmte Regeln konstituierten spezifischen Bereich ein, was ihn dazu befähigt bestimmte Regelzusammenhänge als funktionale Sprachspiele zu konzeptualisieren. Darüber hinaus erzählt Wittgenstein Sprachspiele als Beispiele, um bestimmte Fragestellungen und Positionen zu klären.

Für die Erarbeitung der Sprachspielmethode wird es darum gehen, diese dreifache Verwendung des Sprachspiels herauszuarbeiten und fruchtbar zu

machen. Der dritte Unterabschnitt bringt Wittgenstein mit der Tradition der Topik zusammen und rundet damit die Sprachspielmethode ab.

### §1: Sprache und Spiel

Bevor Wittgenstein den Sprachspielbegriff zentral einführte, sprach er in seinen Werken des Übergangs auch vom Kalkül, dessen enger Regelbegriff mit der zentralen Stellung des Sprachspiels im Spätwerk aufgegeben und in den offenen, oben dargestellten Regelbegriff überführt wurde. Im Spielbegriff trat an die Stelle eines geschlossenen, klaren und überschaubaren Regelsystems des Kalküls ein verflochtener, wandelbarer, unterbestimmter Regelzusammenhang.<sup>357</sup>

Die Enge des Kalkülbegriffs begegnet uns ähnlich in politikwissenschaftlichen Werken der Spieltheorie.<sup>358</sup> Wenn man den Begriff des Interesses nicht mehr als gegebene Entität in das Zentrum der politikwissenschaftlichen Debatte stellen kann, dann gibt es auch keine Basis mehr, auf der sich ein strenges Kalkül errichten ließe. Auch aus dieser Perspektive bietet es sich an, vom Kalkül zum Sprachspiel zu wechseln.

Wittgensteins Wortschöpfung des Sprachspiels als Vergleichsmethode löste Probleme der Sprache, die Wittgenstein in seinem Frühwerk mit Hilfe des atomistischen Modells<sup>359</sup> nicht lösen konnte. Wittgensteins Suche nach einer Möglichkeit der vergleichenden Beschreibung fand im Sprachspiel ihren Abschluss, weil im Spiel das zusammenkommt, was für Wittgenstein auch für die Sprache galt: Die Sprache ist ein Teil einer Tätigkeit; sie tritt auf mannigfaltige Weise auf; sie steht in einem Kontext und ist wiederum Kontext; sie hat Regeln, die sich ebenso durch Regelmäßigkeit wie durch Offenheit auszeichnen. Diese mannigfaltigen Tätigkeiten der Sprache in ihrem wandelbaren Regelkontext sind einander ähnlich, miteinander verwandt, ohne ein allgemeines Wesen zu haben, auf das sie reduziert werden können. Diese in den vorangegangenen Abschnitten erarbeiteten Kennzeichen der Sprache zeigen sich auch im Spiel. In Paragraph 23 der

---

357 Jörg Zimmermann, *Wittgensteins sprachphilosophische Hermeneutik* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1975) auf S. 127.

358 Vgl. u.a. Robert Axelrod, *The Evolution of Cooperation* (New York: Basic Books, 1984); Robert Jervis, "Realism, Game Theory, And Cooperation," *World Politics* 40 (1987/1988): 317-349.

359 Vgl. oben Ernst Specht, *Die sprachphilosophischen und ontologischen Grundlagen im Spätwerk Ludwig Wittgensteins* (Köln: Kölner Universitäts-Verlag, 1963) auf S. 28.

Philosophischen Untersuchungen wird das Wort Sprachspiel als Teil einer Tätigkeit in seiner Vielfältigkeit vorgestellt.

„Wieviel Arten der Sätze gibt es aber? Etwa Behauptung, Frage und Befehl? Es gibt unzählige solcher Arten: unzählige verschiedene Arten der Verwendung alles dessen, was wir ›Zeichen‹, ›Worte‹, ›Sätze‹ nennen. Und diese Mannigfaltigkeit ist nichts Festes, ein für allemal Gegebenes; sondern neue Typen der Sprache, neue Sprachspiele, wie wir sagen können, entstehen und andere veralten und werden vergessen. [...]

Das Wort ›Sprachspiel‹ soll hier hervorheben, daß das Sprechen der Sprache ein Teil ist einer Tätigkeit, oder einer Lebensform.

Führe dir die Mannigfaltigkeit der Sprachspiele an diesen Beispielen, und anderen, vor Augen:

Befehlen, und nach Befehlen handeln –

Beschreiben eines Gegenstands nach dem Ansehen, oder nach Messung – [...]

Über den Hergang Vermutungen anstellen –

eine Hypothese aufstellen und prüfen – [...]

Eine Geschichte erfinden; und lesen –

Theater spielen –

Reigen singen –

Rätsel raten – [...]

Bitten, Danken, Fluchen, Grüßen, Beten.

– Es ist interessant, die Mannigfaltigkeit der Werkzeuge der Sprache und ihre Verwendungsweise, die Mannigfaltigkeit der Wort- und Satzarten, mit dem zu vergleichen, was Logiker über den Bau der Sprache gesagt haben. (Und auch der Verfasser der Logisch-Philosophischen Abhandlung.)<sup>360</sup>

Die Sprache ist kein einheitliches System. Sie zeigt sich in einer Unzahl von unterschiedlichen Sprachspielen. Es gibt keine einheitliche Richtschnur, an der alle Sprachspiele aufgereiht werden könnten. Doch die Sprache zerfällt auch nicht in einzelne Sprachspiele. Die Sprachspiele geben vielmehr in Ähnlichkeiten und Überlappungen ein Ganzes der Sprache. Sie stehen in einem „Verweisungszusammenhang.“<sup>361</sup> In der Mannigfaltigkeit der Sprachspiele bedarf es der übersichtlichen Darstellung der Zusammenhänge. „Die

---

360 PU 23.

361 Doris Vera Hofmann, *Gewißheit des Fürwahrhaltens* (Berlin: de Gruyter, 2000) auf S. 68.

übersichtliche Darstellung vermittelt das Verständnis, welches eben darin besteht, daß wir die ‚Zusammenhänge sehen.‘<sup>362</sup>

Diese Zusammenhänge entstehen im Gebrauch. Die Figur des Königs im Schachspiel kann nur verständlich benannt werden, wenn man den Kontext des Spiels und seiner Regeln kennt oder zumindest den Kontext ähnlicher Spiele.<sup>363</sup> Bei der Beschreibung der Sprache kommt es so wenig wie beim Schach auf die Beschreibung eines inneren Kerns der Bestandteile an, sondern auf den Regelzusammenhang, den Gebrauchskontext, in dem die Züge des Sprachspiels wie des Schachspiels stehen:

„Aber wir reden von ihr [der Sprache] so, wie von den Figuren des Schachspiels, indem wir Spielregeln für sie angeben, nicht ihre physikalischen Eigenschaften beschreiben.

Die Frage ›Was ist eigentlich ein Wort?‹ ist analog der ›Was ist eine Schachfigur?‹<sup>364</sup>

Im Spiel wird deutlich, dass die Regeln den Raum eröffnen, in dem Handeln möglich wird. Ein Wort wie eine Schachfigur sind Steine, mit denen innerhalb eines Regelzusammenhangs gezogen werden kann.

„Und so verwenden wir ja das Wort ›Spiel‹. Wie ist denn der Begriff des Spiels abgeschlossen? Was ist noch ein Spiel und was ist keines mehr? Kannst du die Grenzen angeben? Nein. Du kannst welche *ziehen*: denn es sind noch keine gezogen. (Aber das hat dich noch nie gestört, wenn du das Wort ›Spiel‹ angewendet hast.)

›Aber dann ist ja die Anwendung des Wortes nicht geregelt; das ›Spiel‹ welches wir mit ihm spielen, ist nicht geregelt.‹ – Es ist nicht überall von Regeln begrenzt; aber es gibt ja auch keine Regeln dafür z.B., wie hoch man im Tennis den Ball werfen darf, oder wie stark, aber Tennis ist doch ein Spiel und es hat auch Regeln.“<sup>365</sup>

„Und gibt es nicht auch den Fall, wo wir spielen und – ›make up the rules as we go along?‹ Ja auch den, in welchem wir sie abändern – as we go along.“<sup>366</sup>

Das Spiel hat Regeln, doch gemäß dem offenen Regelbegriff ist nicht alles geregelt und die Regeln können sich ändern. Wittgenstein verdeutlicht

---

362 PU 122.

363 PU 31.

364 PU 108.

365 PU 68.

366 PU 83.

an den unterschiedlichen Arten von Vorgängen, die alle Spiele genannt werden, dass es keine Gemeinsamkeit gibt, auf die sie reduziert werden können. Es gibt nur ein Netz von Ähnlichkeiten und Verwandtschaften.

„Betrachte z.B. einmal die Vorgänge, die wir ›Spiele‹ nennen. Ich meine Brettspiele, Kartenspiele, Ballspiel, Kampfspiele, usw. Was ist allen diesen gemeinsam? [...] Denn wenn du sie anschaust, wirst du zwar nicht etwas sehen, was allen gemeinsam wäre, aber du wirst Ähnlichkeiten, Verwandtschaften, sehen, und zwar eine ganze Reihe. [...] Schau z.B. die Brettspiele an, mit ihren mannigfachen Verwandtschaften. Nun geh zu den Kartenspielen über: hier findest du viele Entsprechungen mit jener ersten Klasse, aber viele gemeinsame Züge verschwinden, andere treten auf. Wenn wir nun zu den Ballspielen übergehen, so bleibt manches Gemeinsame erhalten, aber vieles geht verloren [...].“<sup>367</sup>

Dieser „unscharfe“ Begriff des Spiels mit seinen „verschwommenen Rändern“ bringt die Unschärfe mit, die gebraucht wird.<sup>368</sup> Der Begriff des Spiels ist so unscharf wie der Begriff der Sprache und der Lebensform und ihrer Tätigkeiten. „Ein Ideal der Genauigkeit ist nicht vorgesehen;“<sup>369</sup> und noch breiter setzte Wittgensteins Kritik an, wenn er schrieb:<sup>370</sup>

„Die Kristallklarheit der Logik hatte sich mir ja nicht ergeben; sondern sie war eine Forderung.“<sup>371</sup>

„Das Vorurteil der Kristallreinheit kann nur so beseitigt werde, daß wir unsere ganze Betrachtung drehen. (Man könnte sagen: Die Betrachtung muss gedreht werden, aber um unser eigentliches Bedürfnis als Angelpunkt).“<sup>372</sup>

Im Begriff des Sprachspiels betonte Wittgenstein den offenen und gleichzeitig regelhaften Charakter der Sprache als Tätigkeit und Lebensform. Sie tritt in mannigfacher Fülle auf und besteht aus Regeln, die aber aufgrund ihrer Vielfalt und Veränderlichkeit nicht zulassen, die Sprache auf eine Grundregel zu reduzieren. Die Sprache ist so immer nur als ein Geflecht von Ähnlichkeiten beschreibbar. Ein Spiel hat Regeln und dieser Regelzu-

---

367 PU 66.

368 PU 71.

369 PU 88.

370 Vgl. J.-M. Terricabras, *Ludwig Wittgenstein. Kommentar und Interpretation* (Freiburg: Alber, 1978) auf S. 480-484.

371 PU 107.

372 PU 108.

sammenhang macht das Spiel aus, genauso wie das Handeln des Spiels das Spielen, das den Regeln entspringt und dem die Regeln wiederum entspringen können. Und: Nicht alles ist geregelt, das Spiel bleibt offen, das ist sein Witz.

Mit dem Begriff des Sprachspiels wurde nun nicht nur die atomistische Sprachauffassung verabschiedet, sondern auch der enge Regelbegriff des Kalküls zugunsten des offenen und gleichzeitig rhythmischen Regelbegriffs. Wittgenstein hatte nun einen Begriff, eine Vergleichsmethode, womit sich Sprache als Tätigkeit für einen regelhaften Gebrauch einer Lebensform beschreiben ließ:

„Du mußt bedenken, daß das Sprachspiel sozusagen etwas Unvorhersehbares ist. Ich meine: Es ist nicht begründet. Nicht vernünftig (oder unvernünftig). Es steht da – wie unser Leben.“<sup>373</sup>

## § 2: Wittgensteins Gebrauch des Sprachspiels

Wittgenstein konnte die Sprache mit einem Spiel vergleichen, da er das Spiel wie die Sprache als offenen Regel- und Handlungszusammenhang verstand. Im Vergleich zum Spiel wird deutlich, dass die Sprache als Lebensform in der Gewissheit des Handelns steht und so auch mit Widersprüchen zurechtkommt. Eine philosophische wie eine politikwissenschaftliche Annäherung an die sprachliche Lebensform muss sich auf das Wissen der Praxis einlassen und sich dem zusammenstellenden Ordnen von familienähnlichen Zusammenhängen widmen. Dieses kann gelingen, weil Philosophie wie Politikwissenschaft ebenfalls im familienähnlichen Zusammenhang der Lebensform stehen. Innerhalb dieser fließenden Übergänge des familienähnlichen Zusammenhangs wird nicht nur die Vergleichsmethode des Sprachspiels möglich, sondern es lässt sich eine Unterscheidung dreier Verwendungsweisen<sup>374</sup> des Sprachspiels bei Wittgenstein herauskristallisieren. Diese Auffächerung ermöglicht das Eingehen auf die spezifischen Anforderungen der Aufgabenstellung des zusammenstellenden Ordners. Dabei gaukelt die methodologische Unterscheidung kein Ideal der

---

373 ÜG 559.

374 Diese Typologie lehnt sich an Wuchterl und Zimmermann an, die ebenfalls von drei bzw. vier Typen der Sprachspielverwendung sprechen. Kurt Wuchterl, *Struktur und Sprachspiel bei Wittgenstein* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1969) auf S. 119-122. Jörg Zimmermann, *Wittgensteins sprachphilosophische Hermeneutik* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1975) auf S. 124-126.

Genauigkeit vor, das der Veränderlichkeit der Praxis und ihres Argumentationszusammenhangs nicht entspreche. Sie bleibt in der Metaphorik des Spiels und damit in der vergleichenden Annäherung, die nicht die Praxis erklären, sondern ihre Geschichten erzählen möchte.

Die drei Verwendungsweisen geben einmal eine Antwort auf die Frage nach der epistemologischen Haltung zum Wissen der Lebensform. Sie liefern eine Möglichkeit, spezifische Zusammenhänge als abgrenzbare Einheit darzustellen. Zuvorderst ermöglichen sie das Erzählen von beispielhaften Geschichten. Die vorzustellende Typologie beginnt mit den einfachen Sprachspielen zur Darstellung dieser exemplarischen Geschichten, beschreibt dann die funktionalen Sprachspiele zur Zusammenstellung spezifischer abgrenzbarer Einheiten und endet mit dem Sprachspiel als Ganzem, das die Klärung der epistemologischen Haltung abschließt.

Der erste Typus stellt das Sprachspiel als einfaches Beispiel zur Verdeutlichung einer Fragestellung dar. Dabei kann sowohl sein Aspekt „als konstruiertes einfaches Sprach-Modell, mit dessen Hilfe die typischen Züge der faktischen Sprache erläutert werden sollen,“<sup>375</sup> betont werden wie sein Aspekt „als kleinste funktionierende Einheit der Sprache.“<sup>376</sup>

Der erste Aspekt streicht die Konstruktion dieser Sprachspiele als Modell heraus. Ihren Modellcharakter erreichen sie dadurch, dass sie familienähnlich in ihrer offenen Regelmäßigkeit wie eine Sprache funktionieren und damit gleichsam Vollständigkeit erreichen. Einfache Sprachspiele sind damit in sich vollständige Beispiele der Praxis, in denen sich bei Wittgenstein philosophische Problemstellungen der Lebensform und in einer politikwissenschaftlichen Anwendung Argumente der Argumentationszusammenhänge exemplarisch zeigen lassen. Das klassische Beispiel ist das der Bauleute aus den Philosophischen Untersuchungen.

„Denken wir uns eine Sprache, für die die Beschreibung, wie Augustinus sie gegeben hat, stimmt: Die Sprache soll der Verständigung eines Bauenden A mit seinem Gehilfen B dienen. A führt einen Bau auf aus Bausteinen; es sind Würfel. Säulen, Platten und Balken vorhanden. B hat ihm die Bausteine zuzureichen, und zwar nach der Reihe, wie A sie braucht. Zu dem Zweck bedient sie sich einer Sprache, bestehend aus den Wörtern: ›Würfel‹, ›Säule‹, ›Platte‹, ›Balken‹. A ruft sie aus; – B

---

375 Jörg Zimmermann, *Wittgensteins sprachphilosophische Hermeneutik* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1975) auf S. 126.

376 Ibid.

bringt den Stein, den er gelernt hat, auf diesen Ruf zu bringen. – Fasse dies als vollständige primitive Sprache auf.“<sup>377</sup>

Im Paragraph 7 der Philosophischen Untersuchungen kündigte Wittgenstein an, bei solchen Beispielen einer primitiven Sprache von Sprachspielen sprechen zu wollen. Er setzte dann die Illustration seiner Argumentation u.a. mit Variationen dieses Sprachspiels in Paragraph 48 und Paragraph 86 fort. Bereits im Blauen Buch begann Wittgenstein mit dieser Verwendungsweise:<sup>378</sup>

„Ich werde in Zukunft immer wieder deine Aufmerksamkeit auf das lenken, was ich Sprachspiele nennen werde. Das sind einfachere Verfahren zum Gebrauch von Zeichen als jene, nach denen wir Zeichen in unserer äußerst komplizierten Alltagssprache gebrauchen. [...] Wenn wir solche einfachen Sprachformen untersuchen, dann verschwindet der geistige Nebel, der unsern gewöhnlichen Sprachgebrauch einzuhüllen scheint. Wir sehen Tätigkeiten und Reaktionen, die klar und durchsichtig sind.“<sup>379</sup>

Mit diesen einfachen Sprachspielen lassen sich nicht nur philosophische Probleme der Sprache erfassen, sondern es lassen sich auch am Beispiel historischer Verdichtungen politikwissenschaftliche Probleme aufzeigen. Wittgenstein konstruierte diese Sprachspiele, um ohne Hintergrundgeräusche ein philosophisches Problem verdeutlichen zu können. In einer politikwissenschaftlichen Verwendung kann ein Sprachspiel über eine historische Situation die Konstellationen des Argumentationszusammenhangs klären, die in dieser Situation entstanden sind, aufgeworfen und dann bestätigt oder verändert wurden. Es verdeutlicht damit beispielhaft Argumente der Praxis und ihres Argumentationszusammenhangs, um einen konkreten Einblick in einen Ausschnitt der sprachlich handelnden Praxis zu geben. Somit wird es nicht um eine historische Analyse gehen, sondern um ein politikwissenschaftliches Sortieren von narrativen Beispielen, in denen aktuelle Aspekte des Argumentationszusammenhangs aufscheinen. An die historische Situation lässt sich das Sprachspiel als Vergleichsmethode herantragen, um dort einen Aspekt des Argumentationszusammenhangs, in dem diese Situation stattfindet, vollständig aufzuzeigen. „Das Sprachspiel

---

377 PU 2.

378 Vgl. Chris Bezzel, *Wittgenstein zur Einführung* (Hamburg: Junius, 1989) 19f.

379 Blaues Buch 36f.



ist in gewissem Sinn die kleinste hermeneutische – d.h. für Explikation von Sinn und Bedeutung – relevante Einheit der Sprache [...].<sup>380</sup>

Der zweite Typus bezeichnet die Verwendung des Sprachspiels für funktional abgrenzbare Regelzusammenhänge. Kurt Wuchterl gab dieser Verwendungsweise den Namen „sprachliche Funktionseinheit.“<sup>381</sup> Jörg Zimmermann bestimmte sie „als Sprachbereich, der durch bestimmte Paradigmata von anderen Sprachbereichen unterschieden ist“ und führte dann die sehr eng gefassten Sprachspiele der physikalischen und phänomenalistischen Sprache an.<sup>382</sup> Bei Wuchterl hingegen war dieser zweite Typus der zentrale, da er gleichsam jeden abgrenzbaren Bereich der Sprache fasst.<sup>383</sup>

Im Gegensatz zum einfachen Sprachspiel geht es hier nicht um das beispielhafte Zeigen auf die Sprache oder den Argumentationszusammenhang in exemplarischen Geschichten, sondern um die Darstellung eines unter einer bestimmten Perspektive als Einheit sich zeigenden Teils der Sprache oder des Argumentationszusammenhangs. Damit wird ein spezifischer, abgrenzbarer Regelzusammenhang in der familienähnlichen Analogie als Sprachspiel konzipiert, während bei einfachen Sprachspielen eine Geschichte erzählt wurde, in der familienähnlich die entscheidenden Aspekte eines Regelzusammenhangs aufleuchteten. Dieser Unterschied in der Anwendung eröffnet die spezifische Bedeutung der beiden Modi und drängt auf ihre Unterscheidung.

Die unterschiedliche Konzeptualisierung bei Wuchterl und Zimmermann liefert die beiden entscheidenden Komponenten für die politikwissenschaftliche Anwendung des funktionalen Sprachspiels. Während Wuchterl grundsätzlich jede Darstellung eines abgrenzbaren Bereichs unter diesem Typ des Sprachspiels fallen ließ, beschränkte sich Zimmermann auf sehr eng gefasste, fast schon funktionalistische Sprachspiele. Wuchterl scheint es ausschließlich darum gegangen zu sein, dass die Sprachspiele als abgrenzbarer Bereich „funktionieren.“ Zimmermann hingegen betonte die funktionale Regelstruktur. Eine ausschließliche Orientierung an Wuchterl würde dem funktionalen Sprachspiel in der politikwissenschaftlichen An-

---

380 Jörg Zimmermann, *Wittgensteins sprachphilosophische Hermeneutik* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1975) auf S. 125.

381 Kurt Wuchterl, *Struktur und Sprachspiel bei Wittgenstein* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1969) auf S. 122.

382 Jörg Zimmermann, *Wittgensteins sprachphilosophische Hermeneutik* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1975) auf S. 126.

383 Kurt Wuchterl, *Struktur und Sprachspiel bei Wittgenstein* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1969) auf S. 122ff.

wendung seine analytische Schärfe nehmen. Würde hingegen die Engführung Zimmermanns übernommen, wäre eine Anwendung von vornherein ausgeschlossen.

Aus der Perspektive der politikwissenschaftlichen Anwendung soll der Typ des funktionalen Sprachspiels als familienähnliche Darstellung einer unter dem Vorzeichen einer funktionalen Aufgabenstellung abgrenzbaren Einheit der sprachlichen Praxis verstanden werden. Im hier relevanten europawissenschaftlichen Kontext soll das funktionale Sprachspiel für die Beschreibung der Argumentationszusammenhänge der funktionalen Ebenen des Mehrebenensystems der EU genutzt werden.

Mit dem ersten Schritt der Sprachspielmethode kann geklärt werden, welche Argumente aus der historischen Interaktion heraus den Argumentationszusammenhang ausmachen. Dieser zweite Schritt der Sprachspielmethode zeigt nun wie bestimmte Argumentationszusammenhänge so dicht werden können, dass sich hier eigenständige, wenn auch immer im Gesamtzusammenhang eingewobene, sprachliche Teilbereiche entwickeln. Beide Gebrauchsweisen bleiben Vergleichsmethoden, die mit unterschiedlicher Absicht an die Praxis herangetragen werden.

Diese beiden methodischen Gebrauchsweisen stehen damit in der epistemologischen Gebrauchsweise, dem dritten Typus, der das Sprachspiel „als Gesamtheit der sprachlichen Tätigkeit“<sup>384</sup> versteht. Wittgenstein formulier- te:

„Ich werde auch das Ganze: der Sprache und der Tätigkeiten, mit denen sie verwoben ist, das Sprachspiel nennen.“<sup>385</sup>

Wittgenstein trug also den Terminus des Sprachspiels nicht nur an die sprachliche Praxis der Lebensform als Vergleichsobjekt zur Lokalisierung besonderer Probleme oder bestimmter Zusammenhänge heran. Auch die Gesamtheit, das Ganze der Lebensform, versuchte Wittgenstein mit dem Begriff des Sprachspiels zu beschreiben. In diesem Ganzen steht die Politik wie die Politikwissenschaft, die EU wie ihre funktionalen Ebenen. Hier ergibt sich der hermeneutische Zusammenhang des gegenseitigen Verstehens, Deutens und Wertens. Sowohl die einfachen Sprachspielmodelle wie die funktionalen Sprachspiele sind immer nur Vergleichsmöglichkeiten, die an das Ganze der sprachlichen Lebensform herangetragen werden. Die Sprachspiele der Sprachmodelle wie der Funktionseinheiten sind keine Un-

---

384 Ibid. auf S. 122.

385 PU 7.

tereinheiten, aus denen sich das Ganze zusammensetzt, sondern Narrative aus einer bestimmten Perspektive mit einer bestimmten Aufgabenstellung. Die Gebrauchsweise des Sprachspielbegriffs als Ganzes macht damit Wittgensteins grundsätzliche epistemologische Haltung gegenüber der Sprache deutlich.

### § 3: Die politikwissenschaftliche Sprachspielmethode

Dieser philosophische Ansatz Wittgensteins scheint auch für eine politikwissenschaftliche Aufgabenstellung angemessen. Bei Wittgenstein ist das Sprachspiel in drei verschiedenen Vergleichsmodi eine Methode, die Praxis für die Praxis zu beschreiben und zu ordnen. Diese drei Modi lassen sich auf die Politikwissenschaft übertragen. Die Politikwissenschaft steht zusammen mit der Politik in einem Sprachspiel des Ganzen, im Sprachspiel der Lebensform. In diesem Zusammenhang des Ganzen ist Beschreiben, Verstehen, Argumentieren und eben auch Wissen möglich, das narrative Wissen um die Praxis. Funktionale Sprachspiele mit unterschiedlichen Regeln decken sich mit unterschiedlichen Politikfeldern und Teilsystemen, inklusive der Aufspaltung der Politikwissenschaft in Teildisziplinen. Ertragreiche Innovation verspricht der Modus des einfachen Sprachspiels, in dem Schlüssel zum Verständnis am Durchspielen von Beispielen angeboten werden, wenn eine Verbindung zur Topik der klassischen Rhetorik gelingt. Es wird deswegen einer Verbindung von Wittgensteins Sprachspielkonzeption mit Vorstellungen der klassischen Topik zu einem neuen politikwissenschaftlichen Instrumentarium versucht.

#### I. Topik und Sprachspiel

Die Aufgabe der politikwissenschaftlichen Sprachspielmethode liegt im Vortragen von Sprachspielerzählungen. Gesammelt in einer Sprachspieltopik könnte die Anwendung dieser Methode der Praxis eine immer größere, perspektivische Fülle von Argumenten anbieten. Sprachspielerzählungen erschließen mithilfe der Sprachspielmethode den Zugang zur Argumentation über ein ordnendes Zusammenstellen der Argumentationszusammenhänge. Eine Sprachspieltopik könnte perspektivisch die in den Erzählungen erarbeiteten Argumentationen sammeln und sie so nachfolgenden Sprachspielerzählungen anbieten.

Die politikwissenschaftliche Sprachspielmethode wird konzipiert, um eine Sprachspielerzählung über einen Argumentationszusammenhang methodisch nachvollziehbar vortragen zu können. Dafür wird Wittgensteins Sprachspielkonzeption, der es um philosophische Probleme der Sprache ging, durch Überlegungen aus der Topik ergänzt und auf die politikwissenschaftliche Operationalisierung ausgerichtet. Entscheidend bleibt jedoch Wittgensteins Beitrag des Sprachspiels als Vergleichsmethode in der dreifachen Verwendungsweise.

Die klassische Topik weist auf das Herkommen der Argumente, steht jedoch in einem statischen Geschichtsverständnis, von dem sie gelöst werden muss, ohne in Spekulationen der modernen Geschichtsphilosophie zu verfallen. Die Vorstellung der Topik verdeutlicht die Bezogenheit jeder Argumentation auf ihre Vorgängerin und auf die Argumente, die von dieser übrigblieben und damit den Zusammenhang begründen, in dem die neue Argumentation steht. Die Topik eröffnet aber auch gleichzeitig die Möglichkeit, sich auf diese Orte der Argumentation zu beziehen und sie als zukünftige Argumentationsmöglichkeiten zu begreifen.

Wittgenstein liefert mit der Konzeption des Sprachspiels die Grundlage für eine politikwissenschaftliche, methodisch nachvollziehbare Erzählung über das Handeln der Praxis in ihren Argumentationszusammenhängen. Die Sprache ist der Zusammenhang des Gebrauchs, den die Lebensform von ihr macht. Jenseits des Gebrauchs gibt es keinen sicheren Grund, auf den die Sprache zurückgeführt werden könnte. Dafür steht auch familienähnlich das Aushandeln des Anders-Sein-Könnens in der Praxis. Wie die Sprache gleichzeitig Prozess ist und als Struktur gesehen werden kann, verfügt auch die Praxis des Aushandelns über eine strukturelle Komponente, den Argumentationszusammenhang. Der leerlaufenden Sprache hilft eine therapeutische Erzählung. Sie bietet ihr eine mögliche Ordnung des Gebrauchs an, die sie aus ihren widersprüchlichen Argumentationszusammenhängen schon kennt und die sie deshalb an sich anknüpfen lässt.

Die Topik ermöglicht das Sammeln von aktuell legitimen Argumenten des Argumentationszusammenhangs in historischen Beispielen für neue Argumentationen, die nachhaltig in die Zukunft hineinwirken sollen. Die Praxis der Sprache hängt damit genauso wenig beliebig in der Luft, wie die angebotene Ordnungsmöglichkeit. Die Praxis und alle Angebote an sie müssen der alten Praxis und ihrem Argumentationszusammenhang Rechnung tragen. Der Gebrauch der Sprache bleibt an die Lebensform gebunden und an das, was sie aus ihm macht. Damit wird er aus seiner Vergangenheit heraus in der Gegenwart offen für die Zukunft. Die Topik eröffnet

damit dem Sprachspiel, das in fiktiven einfachen Sprachspielen philosophische Fragen illustriert, die Möglichkeit zur politischen, historisch konkreten Argumentation zu gelangen, um dort für den spezifischen Bedarf einer sprachlichen Praxis des Aushandelns übersichtliche Ordnungsangebote zusammenstellen zu können.

Die klassische Topik weiß, dass sie in der Vergangenheit der Tradition steht und begründet daraus in der Gegenwart des Aushandelns die Zukunft. Dabei fällt ihr die Übertragung der Vergangenheit in die Zukunft leicht, da sie im statischen Geschichtsverständnis der antiken Polis wirkt. Sie bleibt einer Geschichtsvorstellung verpflichtet, die das Anders-Sein-Können im zeitlosen Rahmen der Polis beließ. Die Neuzeit hatte in ihrem dynamisch-dialektischen Geschichtsverständnis die Antike hinter sich gelassen. Das Alte konnte keine Zukunft mehr begründen. Bevor Geschichte ein Kollektivsingular wurde, der besonders im deutschen Idealismus und dort herausragend bei Hegel von einer Geschichtsphilosophie unterlegt wurde, die Handeln nur als reaktives Umsetzen der aktuellen Vorgaben des Weltgeists verstehen konnte, war die Sammlung der Geschichten das Reservoir für kostengünstiges Lernen. Mit einem statischen Zeitverständnis war jeder Erfolg, jeder Fehler aus diesen Geschichten in der Gegenwart wiederholbar bzw. besser zu vermeiden. Nach der revolutionären Neugründung, so die geschichtsphilosophische Haltung des Idealismus, entwickelt sich das Gemeinwesen nach den dort aufgenommenen und umgesetzten Notwendigkeiten der Geschichte.<sup>386</sup>

Hier liegen die für den Neofunktionalismus und die Sachlogik seiner *spill-overs* bestimmenden geschichtsphilosophischen Hintergründe der fortschrittsgläubigen Moderne. Die europäische Integration entwickelte sich aber nicht entlang der Vorgabe eines sachlogischen Weltgeists. Die Notwendigkeit der Geschichte hat die Postmoderne genauso überwunden, wie die Neuzeit die Vorstellung von der Statik und der sich daraus ergebenden Wiederholbarkeit historischer Erfolge und die Vermeidung schon einmal begangener Fehler. Der historische Ansatz<sup>387</sup> der Sprachspielmethode und ihrer Sprachspielerzählung versucht beidem Rechnung zu tragen.

---

386 Reinhart Koselleck, *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1979) auf S. 17-66.

387 Die Debatte in der internationalen Politik interessiert sich wieder verstärkt für die Geschichtswissenschaft: Martin Hall, "Review Article: International Relations and World History," *European Journal of International Relations* 8, Nr. 4 (2002): 499-516. Damit leitet sich vielleicht eine Korrektur der zweiten Debatte ein: Hedley Bull, "International Theory: The Case for a Classical Approach," in *Contending Approach-*

Die Initiative zur europäischen Integration entstammt keiner historischen Notwendigkeit, sondern einer Möglichkeit, die sich vor einem bestimmten historischen Hintergrund ergab. Das Geschichtsverständnis der Sprachspielerzählung folgt deswegen weder einem klassischen Modell, in dem die Geschichten den Steinbruch für eine Sammlung von Gemeinplätzen abgibt, noch soll erneut einer dialektischen Geschichtsphilosophie das Wort geredet werden. Es geht nicht um ein Lernen aus Fehlern der Geschichte oder um Spekulationen über sich vollziehende Entwicklungslinien oder sich daraus entwickelnde, sich wiederholende Muster. Vergangenheit und Zukunft hängen über die Argumentation der Gegenwart vielmehr dahingehend zusammen, dass nur Argumente über ein gutes Leben in der Zukunft ausgetauscht werden können, die aus der Vergangenheit bekannt sind und dort anknüpfen können – negativ wie positiv, als kritischer Abbruch oder als affirmative Fortsetzung. Hierin begründet sich die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit der Geschichte.

Mit dieser Ausrichtung auf die Verbindung von Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft, Legitimität und Nachhaltigkeit deutet sich schon ein gewisser Unterschied der politikwissenschaftlichen Fragestellung zur historischen Aufgabenstellung an, die sich auch in der zeitgeschichtlichen Ausrichtung aus gutem Grund doch lieber auf die Vergangenheit beschränkt. Denn die Geschichtswissenschaft<sup>388</sup> steht bei der historischen Analyse zeitnaher Geschehnisse vor dem bekannten Problem beschränkter zugänglicher Quellen. Ein Versuch, die Historiker politikwissenschaftlich zu schlagen, wie er aus der Notwendigkeit, die aktuellen Entwicklungen zu erschließen, immer wieder unternommen werden muss, wird hier nicht angestrebt. Ganz im Sinne Wittgensteins geht es hier weiterhin nicht um die Erschließung neuer Daten und Fakten, sondern um die Erschließung des Zugangs zur Sprache und ihrer Argumentation. Der Stand der historischen und zeitnahen politikwissenschaftlichen Forschung wird als gegeben vorausge-

---

*es to International Politics*, hrsg. von Knorr und James N. Rosenau (Princeton: Princeton University Press, 1969): 20-38; Morton Kaplan, "The New Great Debate: Traditionalism vs. Science in International Relations," in *Contending Approaches to International Politics*, hrsg. von Knorr und James N. Rosenau (Princeton: Princeton University Press, 1969): 39-61. Letztlich entstammt die Internationale Politik der Geschichtswissenschaft: E. H. Carr, *What is History?* (Penguin Books: London, 1990).

388 Für einen guten Einstieg vgl. Wilfried Loth, "Beiträge der Geschichtswissenschaft zur Deutung der Europäischen Integration," in *Theorien europäischer Integration*, hrsg. von Wilfried Loth und Wolfgang Wessels (Opladen: Leske+Budrich, 2001): 87-106.

setzt. Diesen Daten sollen keine neuen hinzugefügt werden. Die alten, bekannten Fakten und Argumente sollen vielmehr in ihrem Zusammenhang dargestellt werden. Dazu wird perspektivisch eine Sprachspielerzählung vorgetragen und dafür könnten deren Argumente und Argumentationslinien in einer Sprachspieltopik gesammelt werden. Es geht es um den Umgang mit historischen Geschehnissen in ihrer Verwendung als Argumente in gegenwärtigen Prozessen des Aushandelns der Zukunft.

Wenn als wahr nicht nur das gilt, was war, sondern das, was sich bewährt hat und weiter bewähren wird, steht doch vor dieser zukünftigen Bewährung die Absicherung der Behauptungen durch die Wissenschaftlichkeit einer nachvollziehbaren Methode an. Damit stellt sich die Frage, wie plausible „Geschichten“ methodisch erzählt werden können, die sich dann auch noch bewähren. Auch wenn Gadamer in der Kritik des Allgemein-Formalen gefolgt wird, so läuft seine grundsätzliche Methodenkritik<sup>389</sup> doch dahingehend fehl, dass er die rhetorische Macht des Topos „Methode“ übersieht, was bei seinem Eintreten für die Rhetorik besonders verwundert. Was sich als Wissen erweisen will, muss methodisch nachvollziehbar sein, seinen Weg angeben können und dabei einladen, ihn öfters zu gehen. Es geht also darum *methodisch* Geschichten zu erzählen, die in der Praxis als legitim gelten und nachhaltig wirken. Die Methode hat dabei die primäre Aufgabe, Übersichtlichkeit und Nachvollziehbarkeit zu gewährleisten.

Die Vorstellung der Sprache als lebensweltlicher Zusammenhang des Gebrauchs in der alten Stadt, die sich aus den Beispielen des Handelns nährt, führte Wittgenstein zur Sprachspielmethode. Alle drei Verwendungsweisen des Sprachspiels – einfache Beispiele, Funktionseinheiten, das Gesamte der Sprache – hängen familienähnlich zusammen. Alle drei wollen sich familienähnlich der Praxis nähern, um deren familienähnlich verbundenen Argumentationszusammenhang zu beschreiben und zu klären. In der politikwissenschaftlichen Adaption dienen alle drei der Sprachspielerzählung und füllen über sie die perspektivischen, narrativen Speicher der Sprachspieltopik. Alle drei lassen die Aufgabe des Sprachspielbegriffs unverändert. Er soll als Vergleich den regelhaften und offenen Zusammenhang einer sprachlichen Tätigkeit beschreiben, um zu verstehen, welchen Gebrauch die Praxis von ihren Argumentationszusammenhängen macht und machen kann. Doch jede Verwendungsweise hat ihre spezifische Aufgabe, ihren spezifischen Blickwinkel auf die sprachliche Lebensform der Praxis.

---

389 Hans-Georg Gadamer, *Gesammelte Werke I. Hermeneutik I. Wahrheit und Methode* (Tübingen: Mohr/UTB, 1960/1999).

Im Sprachspiel als Ganzem der Sprache liegt die epistemologische Einsicht, dass unterschiedliche Argumentationszusammenhänge über verschiedene Anknüpfungspunkte der Lebensform Ähnlichkeiten finden und sich so miteinander austauschen und verstehen können. Für das Projekt einer politikwissenschaftlichen Sprachspielmethode liegt hierin die Möglichkeit, im Anschluss an Aristoteles eine praxisorientierte Politikwissenschaft betreiben zu können, die nicht daran glaubt, der Politik eine höhere Art des Wissens voraus zu haben, die aber an sich die Forderung stellt, Wissen erzählen und bereitstellen zu können, das für die Praxis der Politik relevant sein könnte, weil es aus ihr stammt. Mit dem Sprachspiel als Ganzem wird die epistemologische Haltung ausgewiesen. Wie die Sprache lässt sich die Praxis mit einem Spiel vergleichen und so lässt sich auch die EU als europäische Praxis in Sprachspielen beschreiben.

Wenn man die europäische Praxis und ihren Argumentationszusammenhang als Mehrebenensystem bereits konzeptioniert hat, drängt es sich geradezu auf, jede funktionale Ebene als funktionales Sprachspiel zu verstehen. Hier knüpft die zweite Verwendungsweise des Sprachspiels als Funktionseinheit an. Die funktionalen Ebenen sind zwar fragmentiert und überlappend und keinesfalls trennscharf zu unterscheiden. Aber gerade dafür taugt die Vorstellung der Vergleichsmethode des Sprachspiels, die nicht eine Exaktheit an die Realität heranträgt, die sich dort nicht findet. Im Sprachspiel als Funktionseinheit wird unter einer bestimmten Fragestellung die Dichte bestimmter Regel- und Argumentationszusammenhänge als Einheit aufgefasst.

Diese funktionalen Sprachspiele handeln einerseits nach eigenen Regeln und bleiben andererseits in ihrem spezifischen Argumentationszusammenhang an die europäische Praxis gebunden. Die Landwirtschaftspolitik funktioniert nach anderen Argumentations- und Regelzusammenhängen wie die Wettbewerbspolitik, die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik folgt anderen Argumenten als die Außenhandelspolitik. Die Varianz der funktionalen Argumentationszusammenhänge ergeben sich nicht, wie die Beschreibung als funktionale Sprachspiele vordergründig glauben machen könnte, aus sachnotwendigen, funktionalen Zusammenhängen, sondern aus politischen, historisch gewachsenen Aushandlungsprozessen der europäischen Praxis. Nur aus diesen Aushandlungsprozessen der Praxis heraus ist zu verstehen, warum die Landwirtschaftspolitik lange hoch subventioniert und vergemeinschaftet eher intergouvernemental ausgehandelt wurde und die Wettbewerbspolitik einem sehr liberalen Diskurs folgt und



nicht nur vergemeinschaftet wurde, sondern auch weitgehend supranational organisiert in der Hand der Kommission liegt.

Die funktionalen Sprachspiele sind keine ontologischen Gegebenheiten, die es tatsächlich gibt und aus denen sich dann die europäische Praxis zusammensetzt. Sie bleiben methodologische Annäherungen an den ontologisch gegebenen Prozess. Die Sprachspielmethode bleibt eine Vergleichsmethode, die nicht in der Absicht der Abbildung, sondern in der Absicht des nachhaltigen Ordnen an die Praxis herangetragen wird.

Das Sprachspiel als Ganzes wie die funktionalen Sprachspiele sind verschiedene methodische Annäherungen an die Praxis. In beiden lässt sich die Praxis in jeweils spezifischer Weise verstehen, zeigen, konzeptualisieren. Die Praxis selbst bleibt kontinuierlicher Prozess des Veränderns, des Festhaltens und des Fortsetzens mit unscharfen Rändern. Die Sprachspielmethode versteht sich als epistemologische und methodologische Reaktion auf diese Ontologie.

Der Schritt von der epistemologischen Konzeption zur Sprachspielmethode wird mit den funktionalen Sprachspielen bereits vollzogen. Das wichtigste Instrument der Methode sind jedoch die einfachen Sprachspiele Wittgensteins. Politikwissenschaftlich gewendet kann Wittgensteins dritte Verwendungsweise des Sprachspiels als historisches, topisches Modell gefasst werden, das bestimmte Argumentationen des Argumentationszusammenhangs der europäischen Praxis aufgreift, um die aktuell legitimen und langfristig nachhaltigen Argumente und Argumentationskonstellationen in einer Sprachspielerzählung deutlich werden zu lassen. Die topische Komponente, im Unterschied zur Konzeption des einfachen Sprachspiels, liegt im direkten Bezug zum Aushandeln, im Einlassen auf die Tradition einer historischen Argumentation und im Versprechen, über das Aufsuchen der Orte der Argumentation über die Zeit wandelbare, aber doch aktuell legitime und langfristig nachhaltige Argumente zu erhalten. In den topischen Sprachspielen werden damit die Argumente sichtbar, die einbezogen werden müssen, wenn man Zugang zur Argumentation erreichen will, um sich durchzusetzen oder diese nachhaltig fortzuführen.

## II. Die Topik einer europäischen Sprachspielerzählung

Das Augenmerk der hier vorgetragenen Sprachspielerzählung liegt nicht auf der Klärung der funktionalen Ebenen der EU in funktionalen Sprachspielen. Diese werden im Lauf der Erzählung nur angerissen werden. Das Ziel

dieser Sprachspielerzählung ist es nicht, das politische System der Europäischen Union in funktionalen Sprachspielen darzustellen. Es geht vielmehr darum, vom Argumentationszusammenhang der europäischen Praxis in Hinblick auf seine Fortsetzbarkeit zu erzählen. Die zentralen Argumente des europäischen Argumentationszusammenhangs werden hinsichtlich des Zusammenspiels von Vertiefung und Erweiterung geordnet. Zwei Leerläufe gilt es dabei zu überwinden: die Mehrheitsentscheidung als Kern der Vertiefung; die geopolitische Überdehnung am Rande der Erweiterung. Der Konsens kann nicht ersetzt werden. Die Geopolitik der Grenzräume gelingt nur im größeren Zusammenhang des Westens und seiner Führungsnation USA.

In die sich daraus ergebende Struktur werden dann die konkreten Fragen des Zusammentreffens und des möglichen Zusammenstellens von Vertiefung und Erweiterung in topischen Sprachspielen eingefügt. In den topischen Sprachspielen entsteht so die Sprachspielerzählung. Die topischen Sprachspiele stellen damit die zentrale Verwendungsweise des Sprachspiels dar. In ihnen lassen sich aus der Perspektive der Sprachspielerzählung die legitimen und nachhaltigen Argumente der europäischen Praxis methodisch aufspüren, um aus ihnen heraus neue Lösungen im gerade strittigen Fall vortragen zu können.

Aus den verschiedenen Sprachspielerzählungen und ihren Perspektiven auf den Argumentationszusammenhang erwächst die Sprachspieltopik, die Welt der europäischen Praxis und ihrer Argumente.

Mit dieser Vorstellung schließt sich der Kreis von der topischen Tradition zur Sprachphilosophie Wittgensteins. Das Bild der alten Stadt, die zum Labyrinth werden kann, trifft auf die Topographie der Argumente. Der gewachsene Zusammenhang der alten Stadt als Bild der sprachlichen Lebensform kann so unübersichtlich werden wie der Argumentationszusammenhang der Praxis in seinen Widersprüchen und vor neuen Herausforderungen. Wenn es darum geht, aus dem Labyrinth wieder die alte, bekannte und lebenswerte Stadt zum Vorschein kommen zu lassen, steht nicht das Niederreißen des Labyrinths und eine Neuschaffung aus dem Nichts an. Die Sprachspielerzählung greift vielmehr die alten legitimen Argumente aus der Topographie der Stadt auf, um aus ihrer Legitimität heraus eine neue Nachhaltigkeit zu versprechen.

Eine Topographie dieser alten Stadt der europäischen Integration mit dem Ziel der Stadterweiterung und Stadterneuerung bzw. -verdichtung – wenn dies als Metapher für die Vertiefung erlaubt sei – muss die zentralen Stellen der Stadt markieren und an Kreuzungen erklärende Wegweiser

aufstellen. Die topischen Sprachspiele können damit keine beliebige Sammlung von fertigen Argumenten darstellen, die dann zu bestimmten Zwecken durchlaufen werden, um Lösungen zu generieren. Sie sind vielmehr eingebunden in die Perspektive einer Sprachspielerzählung, aus der eine Sprachspieltopik entsteht könnte, um wiederum weiteren Sprachspielerzählungen zum perspektivisch differenzierten Blick auf den Argumentationszusammenhang zu verhelfen. In der Sprachspieltopik sammeln sich die durch die Sprachspielerzählung erschlossenen Argumente perspektivisch an. Spätere Sprachspielerzählungen können damit auf ein perspektivisches Reservoir von Argumenten zurückgreifen, um durch ihre Sicht des Zusammenstellens neue Perspektiven des Argumentierens zu liefern.

Die Grundtopoi markieren die zentralen Argumente des Argumentationszusammenhangs. Sie verschmelzen mit der Konzeption der einfachen Sprachspiele Wittgensteins zu topischen Sprachspielen, da in den historischen Ergebnissen und ihrer fortgesetzten Interpretation die zentralen Türme der alten Stadt sichtbar werden. Hier in diesen zentralen Orten zeigt sich die Gestalt der Stadt wie sie in der historischen Argumentation wuchs. An diesen zentralen Orten muss sich auch der Ausbau als tragfähig erweisen. Andernfalls entsteht tatsächlich eine neue Stadt und die alte wird verlassen. Innerhalb der alten Stadt begründet sich die Legitimität der neuen Argumentation. Hier müssen die Argumente ihr Versprechen der Nachhaltigkeit abgeben. Sprachspielerzählung und Sprachspieltopik zeigen alte Argumentationslinien auf, an die sich legitime Argumente anschließen müssen, die aber auch gleichsam als Pipeline alte familienähnliche Argumente zu Tage fördern, die die Fortsetzbarkeit der Argumentation so sicherstellen.

An dieser Schnittstelle wird dann auch die erfindende Topik Giambattista Vicos wirksam, die neue familienähnliche und damit legitime Argumente erfindet und somit die klassische Gleichsetzung von Finden und Erfinden in der *inventio* wieder aufnimmt.<sup>390</sup> Sprachspielerzählung und Sprachspieltopik wollen die Regeln und Argumente sichtbar machen, nach denen in der alten Stadt gelebt wird. Sprachspielerzählung und Sprachspieltopik stoßen somit einander immer wieder an, um den Argumentationszusammenhang vor immer neuen Herausforderungen und immer wieder anderen Perspektiven für die Praxis deutlich zu machen.

---

390 Giambattista Vico, *Die neue Wissenschaft über die gemeinschaftliche Natur der Völker* (Berlin: de Gruyter, 2000).

Der Plot der Geschichte richtet sich nach dem Ziel der Erzählung, das darin besteht, die Argumente im Argumentationszusammenhang zu zeigen, die für das aktuelle Zusammentreffen von Vertiefung und Erweiterung entscheidend waren.

Vertiefung und Erweiterung sind die beiden zentralen Modi, in denen sich der Prozess der Integration äußert. Damit sind alle Bereiche des europäischen Argumentationszusammenhangs berührt. Es interessieren die Argumente, die als Teil der Argumentationslinien Vertiefung und Erweiterung aufeinandertreffen und dadurch eine neue Zusammenstellung erfahren. Dabei wird untersucht, welche Konstellationen als legitim gelten und ob sie nachhaltig wirken könnten, weil sie Leerläufe überwinden helfen.

Diese Geschichte wird in topischen Sprachspielen erzählt. Die Argumente und Argumentationslinien des europäischen Argumentationszusammenhangs begannen sich in der historischen Praxis bei bestimmten Gelegenheiten zu formieren, durchzusetzen, zu zeigen. Diese historischen Ereignisse oder Verläufe werden in topischen Sprachspielen aufgegriffen und erscheinen dort als die Argumente und Argumentationslinien, als die sie jetzt im Argumentationszusammenhang als legitim und damit durchsetzungsfähig gelten. Das Interesse gilt dabei nicht der Entstehung, sondern der aktuellen Legitimität der Argumente und ihrer zukünftigen Nachhaltigkeit. Da Vertiefung und Erweiterung als die beiden Modi des Integrationsprozesses in seinem Zentrum stehen, lässt sich die Geschichte ihres Aufeinandertreffens entlang seiner zentralen Argumentationslinie erzählen.

Diese Argumentationslinie lautet: Wenn Europa integriert (regiert) wird, stellt sich Frieden und Wohlstand ein bzw. werden Frieden und Wohlstand stabilisiert.<sup>391</sup> Diese vier Begriffe – integriertes Regieren, Frieden, Wohlstand und Europa – können als Grundtopoi bzw. als zentrale Argumente des europäischen Argumentationszusammenhangs gelten. Mit ihnen kann der Argumentationszusammenhang ordnend zusammengestellt werden und in ihnen lässt sich auch das Aufeinandertreffen von Vertiefung und Erweiterung zeigen. Sie sind die Orte, an denen die Argumentationen stattfinden und sich die weiteren Argumente ablagern. Von Topoi wird sonst nur dann gesprochen, wenn sich in bestimmten Begriffen der Argumentationszusammenhang so verdichtet, dass mit diesem Begriff ein ganzer Argumentationszusammenhang, eine Argumentationslinie auf den Punkt gebracht wird. Die topischen Sprachspiele zeigen damit auf die Orte,

---

391 Vgl. beispielsweise Daniela Obradovic, "Policy Legitimacy and the European Union," *Journal of Common Market Studies* 34 (1996): 191-221.

an denen im Prozess der politischen Argumentation die verschiedenen legitimen Argumente in ihrem Zusammenhang sichtbar und somit dort auch für die politikwissenschaftliche Argumentation greifbar werden.

In der Sprachspielerzählung beginnt damit das Entstehen einer Sprachspieltopik, zeigt sich die Topographie der alten Stadt, der Praxis und ihres Argumentationszusammenhangs. In dieser topographischen Sammlung von Argumenten, Argumentationslinien und Argumentationskonstellationen kann sich eine nachfolgende Sprachspielerzählung die perspektivisch aufbereiteten Argumente anschauen und mit Blick auf den Argumentationszusammenhang in ihrer Perspektive anders zusammenstellen und daraus neue Ordnungsangebote formen. In dieser virtuellen Sprachspieltopik kommen die Forschungsergebnisse zusammen und sind auch jenseits der spezifischen Sprachspielerzählung, der sie entstammen, wieder perspektivisch nutzbar.

Andere Sprachspielerzählungen mit einem ausschließlichen Fokus auf die Erweiterung oder die Vertiefung und nicht mit der spezifischen Frage nach deren Zusammentreffen könnten folgen, beispielsweise vor dem Hintergrund der Globalisierung oder der Demokratietheorie oder in der besonderen Aufarbeitung funktionaler Ebenen in funktionalen Sprachspielen.

Doch die Auswahl der topischen Sprachspiele begründet sich nicht nur aus der Frageperspektive, sondern auch aus der Antwortperspektive. Beansprucht wird kein wissenschaftliches Ideal der Wiederholbarkeit, sondern nur eines der Nachprüfbarkeit und Nachvollziehbarkeit. Die europäische Praxis bleibt ein politisches, kein naturwissenschaftlich erfassbares Projekt. Die ersten Argumente schaffen nur bessere oder schlechtere Ausgangspunkte für die nachfolgenden. Die Frage nach Vertiefung und Erweiterung erzwingt deswegen keine unumstößliche Auswahl.

Die Vorgaben der Frageperspektive werden deswegen durch die der Antwortperspektive ergänzt, die Wege aufzeigen will, die sowohl der Argumentationslinie der Vertiefung wie der der Erweiterung eine möglichst breite Entfaltungschance einräumen und darüber eine doppelte Nachhaltigkeit sichern.<sup>392</sup>

---

392 Die zeitgeschichtliche Grundlage bilden die Veröffentlichungen der Historiker-Verbindungsgruppe bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Raymond Poidevin (Hrsg.), *Histoire des débuts de la construction européenne*, Bd. 1 (Baden-Baden: Nomos, 1986); Klaus Schwabe (Hrsg.), *Die Anfänge des Schuman-Plans: 1950/51*, Bd. 2 (Baden-Baden: Nomos, 1988); Enrico Serra (Hrsg.), *Il rilancio dell'Europa e i trattati di Roma*, Bd. 3, (Baden-Baden: Nomos, 1989); Gilbert Trausch (Hrsg.), *Die Europäische Integration vom Schuman-Plan bis zu den Verträgen von Rom*, Bd. 4, (Baden-Baden: Nomos, 1993); Michel Dumoulin (Hrsg.), *Plans des temps de guerre pour l'Europe d'après-guerre*, Bd. 5, (Baden-Baden: Nomos, 1995); Anne Deighton und Alan S. Milward (Hrsg.), *Widening, Deepening and Acceleration: The European Economic Community 1957-1963*, Bd. 7, (Baden-Baden: Nomos, 1999); Wilfried Loth (Hrsg.), *Crises and Compromises: The European Project 1963-69*, Bd. 8 (Baden-Baden: Nomos, 2001). Für eine übergreifenden historische Darstellung vgl. u.a. Wolfgang Schmale, *Geschichte Europas* (Wien: Böhlau, 2000); Wilfried Loth, *Europas Einigung. Eine unvollendete Geschichte* (Frankfurt/New York: Campus, 2014); Luuk van Middelaar, *Vom Kontinent zur Union. Gegenwart und Geschichte des vereinten Europa* (Berlin: Suhrkamp 2016). Für den von der Zeitgeschichte noch nicht aufgearbeiteten Zeitraum vgl. Werner Weidenfeld und Wolfgang Wessels (Hrsg.), *Jahrbuch der Europäischen Integration* (Bonn: Europa Union/Nomos, fortlaufend).

## 2. Teil: Eine Sprachspielerzählung

„Es ist eine Hauptquelle unseres Unverständnisses, daß wir den Gebrauch unserer Wörter nicht übersehen. – Unserer Grammatik fehlt es an Übersichtlichkeit. – Die übersichtliche Darstellung vermittelt das Verständnis, welches eben darin besteht, daß wir die ›Zusammenhänge sehen‹. Daher die Wichtigkeit des Findens und Erfindens von *Zwischengliedern*.“

Ludwig Wittgenstein, Philosophische Untersuchungen § 122





## 4. Kapitel: Das Argument des integrierten Regierens

Europa, so die zentrale Argumentationslinie der europäischen Praxis, soll integriert (regiert) werden, damit sich Frieden und Wohlstand einstellen. Das integrierte Regieren buchstabiert die Umsetzung des europäischen Einigungsprozesses institutionell durch. Das Argument besteht aus zwei Komponenten: der Komponente der Integration und der des Regierens. Während in den Anfängen die entscheidende Antwort schon durch die Vorgabe der Integration gegeben war, rückt mit dem Fortschreiten des Integrationsprozesses das Regieren innerhalb des integrierten politischen Systems der europäischen Praxis in den Vordergrund. Der integrierende Prozesscharakter aus Vertiefung und Erweiterung verliert sich dabei nicht. Er läuft nicht aus. Diesen spannungsgeladenen Doppelcharakter aus Integrieren und Regieren versucht das Argument des integrierten Regierens auszutarieren. Um in Europa Frieden und Wohlstand zu gewährleisten, setzt die europäische Praxis einerseits den Integrationsprozess fort und regiert andererseits ein politisches System.

Die Fortsetzung des Integrationsprozesses meint wesentlich Vertiefung, gerade auch als Lösung für Probleme, die fehlender Regierungsfähigkeit zugeschrieben werden. Doch die Fortsetzung des Integrationsprozesses durch Vertiefung bedeutet nicht immer ein Mehr an Supranationalität oder gar einen vorgezeichneten Weg zum Bundesstaat. Die europäische Praxis hat sich keineswegs darauf geeinigt, Europa supranational oder intergouvernemental zu integrieren. Sie praktiziert in ihren verschiedenen funktionalen Sprachspielen vielmehr beide Möglichkeiten. Das Argument des integrierten Regierens versucht entlang des Mehrebenenansatzes auch diese beiden Aspekte als Widersprüche der europäischen Praxis einzufangen, mit denen sie gut leben kann und die sie nicht als unvereinbare Dichotomien sehen muss.<sup>393</sup> Der Leerlauf, in den die politikwissenschaftliche Forschung geraten war, als sie Intergouvernementalismus und Supranationalität als Gegensätze begriff, wurde schon mit dem Ansatz des Mehrebenensystems überwunden, mit dem beide Begriffe einträglich nebeneinander die unterschiedlichen funktionalen Ebenen beschreiben konnten. Die Formulierung

---

393 Vgl. auch Ludolf Herbst, "Die zeitgenössische Integrationstheorie und die Anfänge der europäischen Einigung 1947-1950," *Vierteljahrszeitschrift für Zeitgeschichte* 34 (1986): 161-205. Herbst sieht im Begriff der Integration einen weicheren Begriff als im Begriff der Vereinigung und Föderalisierung, der somit auch Europaskeptiker einbinden kann.

dieses Argumentationszusammenhang als integriertes Regieren versucht die Begrifflichkeit des Mehrebenenansatzes in diesem Sinn auszubauen.

Das Argument des integrierten Regierens treibt die Argumentationslinien der Vertiefung und Erweiterung gleichzeitig voran. Seine Entwicklung begann aber bereits aus der Heterogenität der Ansätze unter den sechs Gründungsmitglieder. Bereits Charles de Gaulles Politik des leeren Stuhls und der Luxemburger Kompromiss waren ein Meilenstein auf dem Weg des Austarierens des Arguments.

Mit der Größe der Mitgliederzahl nahm auch die Heterogenität zu, die zusammengeführt werden musste. Bis 1989 konnte der ganze Kontinent im Namen geführt werden, ohne auch die ganze Heterogenität des Kontinents einhegen und auf den Weg zur „immer engeren Union“ führen zu müssen. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts musste die Argumentationslinie der Vertiefung eine institutionelle Antwort auf die Vorgaben der Erweiterung finden. Weiterhin wurde das Einhegen der Heterogenität als „Einheit in Vielfalt“ auf dem behutsamen Weg der homogenisierenden „immer engeren Union“ gefordert. Notwendig war deswegen auch in seiner institutionellen Umsetzung kein prinzipieller Wandel, sondern eine weit reichende Anpassung. Doch mit der Veränderung in der Konfektionsgröße wurden auch Anpassungen bei den Feinheiten des Schnitts notwendig, was nicht leichtfiel und eine fortwährende Herausforderung darstellt.

Im topischen Sprachspiel der Gemeinschaftsmethode lässt sich zeigen, dass zwar das Institutionengefüge immer wieder angepasst werden musste, der vorsichtige Weg der Institutionalisierung und Verrechtlichung der Praxis in kleinen Schritten und inmitten vieler Widersprüche aber auch unter den veränderten Bedingungen der erweiterten Union noch nachhaltige Argumente formulieren konnte.

Das zentrale institutionelle Problem lag im Ausbalancieren von Konsens und Mehrheit. Den komplexen Balanceakt, den der Luxemburger Kompromiss und die Einheitliche Europäische Akte dafür gefunden hatten, wurde dabei nicht abgelöst, sondern lediglich neu austariert. In den topischen Sprachspielen von Luxemburg und der Einheitlichen Europäischen Akte wird deutlich, dass der Effizienzgewinn der Mehrheit sich nur dann entfalten kann, wenn klar ist, dass er den Konsens nur vertritt, aber nicht ablöst.

Die topischen Sprachspiele von Nizza, Laeken und Lissabon zeigen, dass das schwierige Austarieren von neuen Balancen zwischen Mehrheit und Konsens möglich war, aber keinen Nimbus der Einheitlichkeit vertrug, wie ihn den Konvent von Laeken und der an Referenden Frankreichs und der Niederlande gescheiterte Verfassungsvertrag angeboten hatten. Die in

Nizza unter großen Widerständen erreichten Kompromisse bei der nationalen Stimmengewichtung in der Mehrheitsabstimmung des Rats konnte zugunsten eines schlankeren Verfahrens der doppelten Mehrheit aufgeben werden. Jede Symbolik einer verfassten Einheit musste aber fallengelassen werden, um die Substanz des Vertragswerks ratifizieren zu können.

Das topische deutsch-französische Sprachspiel verweist auf den nachhaltigeren Weg des europäischen Argumentationszusammenhangs. Die Frage nach der Repräsentation von Mehrheit und Konsens kann im deutsch-französischen Sprachspiel dahingehend zugespitzt werden, dass es immer darauf ankommt, den zentralen Konflikt der europäischen Praxis zu repräsentieren, um führen zu können. Daraus leitete sich die Kraft des deutsch-französischen Motors lange Zeit ab. Gerade in der erweiterten Union, in der der Effizienzgewinn durch Mehrheitsbeschlüsse dringlicher denn je wurde, ging dieser Umstand in der Politisierung und Polarisierung unter. Die Strafmechanismen gegen Mitgliedstaaten, sowohl bei der Rechtsstaatlichkeit wie beim Einhalten der Konvergenzkriterien, gerieten zu einer gefährlichen Gradwanderung jenseits der etablierten Rechtsgemeinschaft der Gemeinschaftsmethode, die sich im Streitfall dem Luxemburger Richterurteil unterwirft. Wenn in der erweiterten Union der deutsch-französische Gegensatz nicht mehr in der Mitte der europäischen Heterogenität, sondern für ein hegemoniales Projekt steht, dass Mittel- und Osteuropa übergestülpt werden soll, dann kann die Führung nicht mehr von diesem Gespann ausgehen. Der Ausweg, der im Amsterdam Vertrag über den Topos der „verstärkten Zusammenarbeit“ gesucht wurde, führte nur bei begrenzten Themen zu einer Lösung. Der Weg der variablen Geometrie und der Ausnahmen wurde unstrukturierter eingeschlagen. Der Brexit speiste sich wesentlich aus innerbritischen Konflikten, verweist aber auch auf die Brüchigkeit der Brücke zwischen Mehrheit und Konsens im europäischen Argumentationszusammenhang.

§ 1: Die topischen Sprachspiel der Gemeinschafts- und der Monnet-Methode

Im Zentrum des integrierten Regierens steht die Gemeinschaftsmethode. In ihr hat sich die europäische Praxis selbst dauerhaft und offen institutionalisiert und verrechtlicht.<sup>394</sup>

---

394 Einführend: Frank Pfetsch, *Die Europäische Union* (München: UTB/Fink, 2001) auf S. 119-173; Helen Wallace, "Die Dynamik des EU-Institutionengefüges," in *Europäi-*

Die europäische Praxis ist bestrebt sich festzulegen und dabei doch offen zu bleiben. Dieser Widerspruch schadet ihr nicht, aus ihm lebt sie. Sie strebt kein fixes Ziel an oder versucht einen Zustand als *Status quo* zu sichern; ganz im Gegensatz zum Staat. Die EU ist ein politisches System, in dem dicht regiert wird. Insofern ist sie mit einem Staat vergleichbar. Der Unterschied liegt in der Abgrenzung zur Statik, zum Zustand des Staats. Wo im Staat alles schon besteht und nur innerhalb dieses Bestehenden, freilich dieses auch verändernd, verhandelt wird, da bleibt das politische System der EU ganz Prozess und Dynamik, selbst im Stillstand. Denn Stillstand wird bestenfalls als Pause, wie nach dem gescheiterten Verfassungsvertrag, angesehen, aber nicht als haltbar empfunden. Integration ist aus der Perspektive des Prozesses das Gegenteil des Staats. Integration muss sich fortsetzen, bewähren, vertiefen, erweitern. Sie differenziert und weitet den Argumentationszusammenhang immer weiter aus und versucht dabei sowohl seine rechtlichen Details zu präzisieren wie seinen institutionellen Zusammenhang zu stärken. Daraus entwickelte sich das institutionelle Gefüge von Kommission, Rat, Parlament und EuGH und die Ausdifferenzierung der Argumentationszusammenhänge in den funktionalen Sprachspielen der verschiedenen funktionalen Ebenen.

Das Argumentieren dieser Praxis in den funktionalen Ebenen nach Maßgabe der institutionalisierten und verrechtlichten Argumentationszusammenhänge untersteht der Gemeinschaftsmethode, sobald es der europäischen Praxis gelingt, ihre Heterogenität soweit zu überwinden, dass sie einer klaren Übertragung von Zuständigkeiten in dieses Institutionengefüge zustimmt. In diesem engeren Sinn macht die Gemeinschaftsmethode den Kern der europäischen Regierungspraxis aus. Nur die Zuständigkeiten, die voll vergemeinschaftet, also dem Wechselspiel von Kommission, Parlament, Rat und Europäischem Gerichtshof ausgesetzt wurden, spielen sich innerhalb der Gemeinschaftsmethode ab. Hier erhalten die europäische Praxis und ihr Argumentationszusammenhang gleichsam ihre größte Dichte.

Mit den grundlegenden Entscheidungen des EuGH zur Einklagbarkeit des Europarechts nicht nur durch Staaten, sondern auch durch die Bürger, wie dessen Vorrang gegenüber nationalem Recht in den Urteilen *Van Gent & Loos* 1963 und *Costa/E.N.E.L.* 1964 sicherte der Luxemburger Gerichts-

---

*sche Integration*, hrsg. von Markus Jachtenfuchs und Beate Kohler-Koch (Opladen: Leske+Budrich/UTB, 2003): 255-285.

hof die Gemeinschaftsmethode gegen die Vertragsherrschaft der Mitgliedsstaaten ab.<sup>395</sup>

Die Konstitutionalisierung der europäischen Verträge,<sup>396</sup> die mit der Rechtsprechung des EuGH begann und mit der Unterzeichnung des gescheiterten Verfassungsvertrags ihren Zenit überschritten hatte, wählte für ihre Selbstbeschreibung die Bezeichnung „gemeinschaftlich“, wo sich eine bundesstaatliche Ordnung als föderal bezeichnen würde. Im weiteren Sinn lässt sich damit die Gemeinschaftsmethode nicht nur als Kern des rechtlichen *acquis* und seiner Gestaltung des Institutionengefüges verstehen, sondern als die Formel, die in der Union für die politische Kultur des integrierten Regierens steht.

Lindberg und Scheingold betrachteten schon 1970 auch den darüber hinausreichenden ungeschriebenen Verhaltenskodex der am integrierten Regieren beteiligten Akteure als Teil der Gemeinschaftsmethode. Zu den zentralen Vorgaben des Kodexes gehört das Bekenntnis zum Erfolg des europäischen Projekts. Die Regierungen der Mitglieder erkennen die Institutionen als Verhandlungspartner und in ihrer Schiedsrichterfunktion an. Kompromiss und Konsens bestimmen die Verhandlungen, in denen auf die Bedürfnisse des anderen eingegangen wird und strittige Themen eher ausgeklammert als ohne Konsens gelöst werden.<sup>397</sup>

Die Rede von der Gemeinschaftsmethode meint damit im Kern das Bekenntnis zur Verrechtlichung und Institutionalisierung der europäischen Praxis. In einem weiteren Sinn wirkt sie gleichsam als Sauerteig in die

---

395 Weiler, Joseph H. H., „Community, Member States and the European Integration: Is the Law Relevant?“ *Journal of Common Market Studies* 21 (1982): 39-56; Joseph H. H. Weiler, „A Quiet Revolution: The European Court of Justice and its Interlocutors.“ *Comparative Political Studies* 4 (1994): 510-534; Joseph H. H. Weiler, *The Constitution of Europe. „Do the New Clothes Have an Emperor?“ and Other Essays on European Integration.* (Cambridge: Cambridge University Press, 1999); Joseph H. H. Weiler, „The Political and legal Culture of European Integration: An Exploratory Essay.“ *International Journal of Constitutional Law* 3-4 (2011): 678-694.

396 Christian Joerges, „Recht, Wirtschaft und Politik im Prozess der Konstitutionalisierung Europas,“ in *Europäische Integration. 2. Auflage*, hrsg. von Markus Jachtenfuchs und Beate Kohler-Koch (Opladen: Leske+Budrich/UTB, 2003): 183-218; Joseph H. H. Weiler, *The Constitution of Europe* (New York: Cambridge University Press, 1999); Joseph H. H. Weiler, „A Constitution for Europe? Some Hard Choices,“ in *Integration in an Expanding Union*, hrsg. von Joseph Weiler et al. (Oxford: Blackwell, 2003): 17-33.

397 Leon N. Lindberg und Stuart A. Scheingold, *Europe's would-be polity. Patterns of change in the European community* (Englewood Cliffs: Prentice-Hall, 1970) 96f. vgl. auch Frank Pfetsch, *Die Europäische Union* (München: UTB/Fink, 2001) auf S. 134.

ganze Praxis des integrierten Regierens hinein, indem sie aus der Heterogenität der Mitglieder heraus den Kompromiss und den Konsens innerhalb der vorsichtigen Homogenisierung der Verrechtlichung und Institutionalisierung in den Mittelpunkt stellt und die Akteure des integrierten Regierens auch jenseits des rechtlich kodifizierten Rahmens in Regeln des Handelns einbindet. Dieses offene Konzept der Gemeinschaftsmethode ermöglichte der europäischen Praxis die Fortsetzung ihrer Regierungsweise auch in der erweiterten Union. Denn ihr bereits vorhandenes Eingehen auf die Heterogenität ihrer Mitglieder verlangte keine grundsätzliche Veränderung, sondern nur eine Anpassung an die veränderte Größe und an die Verschiebungen in den Inhalten der Heterogenität.

Als Vater der Gemeinschaftsmethode kann Jean Monnet gelten, dessen Name die familienähnliche Monnet-Methode benennt. Monnet hatte verstanden, dass der europäische Argumentationszusammenhang einer schnellen Föderalisierung mit dem Ziel eines Bundesstaats keine Legitimität zusprach.<sup>398</sup> Der europäische Argumentationszusammenhang barg keine endgültigen Lösungen. Die europäische Praxis war vor allem heterogener Prozess und diesen Prozess des Aushandelns wollte Monnet institutionalisiert und damit stabilisiert sehen.

Die Monnet-Methode besteht darin, sofort zu handeln, wenn trotz vielfacher Widersprüche an einem Punkt so viel Übereinstimmung hergestellt ist, dass dieser Bereich integriert regiert werden kann. Das Ziel ist dabei, den punktuellen Konsens über seine Institutionalisierung und Verrechtlichung zu stabilisieren, zu dynamisieren und auszuweiten. Die europäische Praxis behält dabei ihre Heterogenität bei, lässt sich aber auf eine langsame, vorsichtige und beschränkte Homogenisierung ein. Dabei wurden einmal die kontinuierliche Institutionalisierung wie die Verrechtlichung als zentrale Bausteine der Gemeinschaftsmethode im Argumentationszusammenhang verankert und zum anderen wurde die Fortsetzung der Praxis mit ihren Widersprüchen ohne allgemeinen Bauplan und fixen Finalitätsvorstellungen angegangen. Je mehr die Widersprüche peripher wurden, umso eher ließ der grundsätzliche Konsens dann die Mehrheitsentscheidung im Detail zu. Dieses Spannungsfeld gilt es in den nächsten topischen Sprachspielen weiter aufzuarbeiten.

Die Monnet-Methode führte zur Gemeinschaftsmethode, indem sie inmitten der Widersprüche jede Gelegenheit des Konsenses aufgriff, ihre Entwicklung offenließ, sie aber institutionell und rechtlich stabilisierte und

---

398 Jean Monnet, *Erinnerungen eines Europäers* (München: dtv, 1980).

ihre Fortsetzbarkeit sowohl der weiteren politischen Praxis wie auch der rechtlichen Auslegung und Begründung durch den EuGH überließ. Diese Kombination aus Beweglichkeit im Aufgreifen von Chancen, auch wenn damit fragmentierte Politikmuster entstehen, und dem Streben nach kontinuierlicher Beharrlichkeit in Verrechtlichung und Institutionalisierung befähigt die europäische Praxis, auch die Herausforderungen von Vertiefung und Erweiterung in einer immer engeren, aber auch immer größeren Union anzunehmen.

§ 2: Die topischen Sprachspiele von Luxemburg und der Einheitlichen Europäischen Akte

Die europäische Praxis wurde im Unterschied zu staatlichen politischen Systemen als Aushandlungsprozess verstanden, der jenseits des Argumentierens keine Möglichkeit der Entscheidungsfindung hat. Wenn die Argumentation, wie in den staatlichen Systemen üblich, nicht einfach durch Mehrheitsabstimmung oder Richterspruch abgebrochen werden kann, garantiert nur der Konsens Handlungsfähigkeit. Dementsprechend steht der Konsens auch im Zentrum des Arguments des integrierten Regierens.

Die ungeheure Bedeutung des Konsenses für den europäischen Argumentationszusammenhang lässt sich aus der Perspektive des Verliererkonsenses in jeder Mehrheitsentscheidung erkennen. Der Prozess einer Mehrheitsabstimmung macht immer nur dann Sinn, wenn gewährleistet ist, dass die Verlierer ihre Niederlage anerkennen und sich nicht zurückziehen oder anderweitig vorgehen.<sup>399</sup> Selbst im Staat hängt die Stabilität am Konsens der Verlierer, auch wenn dort die Hürden des Rückzugs ungleich höher sind als im Prozess der europäischen Integration, aus der man, wenn auch nur im Chaos und unter Verlusten, aber doch in einem dafür vorgesehen Verfahren, austreten kann. Im Staat gewährleistet die Homogenität der Bevölkerung idealtypisch die Anerkennung von Mehrheitsentscheidungen, die bekannten Ausnahmen von Konkordanzdemokratien, die gerne für den Vergleich mit der EU herangezogen wurden,<sup>400</sup> bestätigen die Regel. In der europäischen Praxis ist diese staatliche Homogenität nicht vorhanden

---

399 Christopher J. Anderson, André Blais, Shaun Bowler, Todd Donovan und Ola Listhaug, *Losers' Consent. Elections and Democratic Legitimacy* (Oxford: Oxford University Press, 2005).

400 Vgl. u.a. Renaud Dehousse, "Constitutional Reform in the European Community: Are there Alternatives to the Majoritarian Avenue?," *West European Politics* 18 (1995): 118-136.

und sie wird auch nicht angestrebt. Die europäische Praxis befindet sich somit nicht auf dem Weg zum Bundesstaat, sondern strebt danach, immer mehr funktionale Sprachspiele vertieft in das Argument des integrierten Regierens einzubeziehen und der Gemeinschaftsmethode und ihrer Institutionalisierung und Verrechtlichung zu unterstellen.

Doch wie im topischen Sprachspiel der Gemeinschaftsmethode gesehen, gelingen über die Verrechtlichung und Institutionalisierung der europäischen Praxis vorsichtige Homogenisierungsschritte, die den Konsens nie aus den Augen verlieren dürfen, aber doch auf seiner Basis ein politisches System errichten, das familienähnlich einem staatlichen System gleicht und Mehrheitsentscheide und Gerichtsurteile in einigen funktionalen Sprachspielen kennt. Doch innerhalb der Gemeinschaftsmethode lässt sich der Konsens von der Mehrheitsentscheidung immer nur vertreten. Diese Vertretung gelingt dann, wenn der Konsens grundsätzlich so breit vorhanden ist, dass er im Detail die Mehrheitsmeinung akzeptieren kann. Die europäische Praxis strebt diese Vertretung an, weil sich dadurch Effizienzgewinne beim Erreichen der im Konsens angestrebten Ziele ergeben. Doch bleibt die Verabredung, sich der Mehrheit für den Zweck einer effizienteren Handlungsfähigkeit zu unterwerfen, immer an den Konsens gebunden. Diese Spannung zwischen Mehrheit und Konsens im Argument des integrierten Regierens lässt sich in den topischen Sprachspielen von Luxemburg und der EEA aufzeigen.

Das Verständnis dieser Balance ist für das Zusammentreffen und das ordnende Zusammenstellen von Vertiefung und Erweiterung unabdingbar. Die Ausweitung der Mehrheitsentscheidung in einer sich vertiefenden und erweiternden Praxis hat immer wieder Konjunktur. Besonders vor dem Beitritt der mittel- und osteuropäischen Staaten fehlte der Ruf nach einer Ausweitung der Mehrheitsentscheidungen in keinem Reformvorschlag.<sup>401</sup> Eine Ausweitung der Mehrheitsentscheide auf möglichst viele funktionale Sprachspiele vollzog die notwendige Vertiefung zur Vorbereitung auf die Erweiterung. Die europäische Praxis verständigte sich damit auf die bewährte Argumentationslinie, Mehrheitsentscheidungen zur Effizienzsteigerung einzuführen und sah darin eine der zentralen vertiefenden Antworten des Arguments des integrierten Regierens auf die Anforderung der Erweiterung.

---

401 Vgl. u.a. Wilfried Loth (Hrsg.), *Entwürfe einer europäischen Verfassung* (Bonn: Europa Union, 2002).



Doch darf dabei nicht übersehen werden, dass auch in der erweiterten Union das Selbstverständnis des Aushandelns den Primat des Konsenses nicht aufgeben hat. Auch und gerade in der erweiterten Union vertritt die Mehrheitsabstimmung den Konsens nur insofern, als der fortlaufende Prozess des Aushandelns aus Effizienzgründen die Mehrheitsabstimmung in sehr vielen funktionalen Sprachspielen vorsieht. Wird verkannt, dass die Mehrheitsabstimmung nur eine Stellvertreterfunktion hat und kommt es zum Versuch, Mehrheitsentscheidungen auch jenseits der Einwilligung der unterlegenen Seite als bindend zu betrachten, verliert die europäische Praxis genau den Effizienzgewinn, den ihr die Mehrheitsentscheidung verschaffen sollte.

Aus der Perspektive des Verbindens von Vertiefung und Erweiterung gewinnen die topischen Sprachspiele von Luxemburg und der Einheitlichen Europäischen Akte daher ihre besondere Bedeutung. Das topische Sprachspiel von Luxemburg zeigt die zentrale Position des Konsenses innerhalb des Arguments des integrierten Regierens und damit die zentrale Position der Heterogenität in der europäischen Praxis. Das topische Sprachspiel der Einheitliche Europäischen Akte hingegen demonstriert die Möglichkeit der Ausweitung von Mehrheitsentscheidungen entlang der Argumentationslinie des Effizienzgewinns in der Handlungsfähigkeit.

Im topischen Sprachspiel des Kompromisses von Luxemburg wird deutlich, dass die europäische Praxis selbst den vorsichtigen Weg der Gemeinschaftsmethode, der Institutionalisierung und der Verrechtlichung nur gehen kann, wenn die europäische Praxis diese Argumentation immer wieder bestätigt. Der vom Vertrag vorgegebene Weg zur Mehrheitsabstimmung kann nicht einfach fortgesetzt werden, wenn nicht alle Akteure dazu bereit sind. Das vertragsrechtliche Argument allein reicht nicht aus, um damit Handlungsfähigkeit und das Regieren der Praxis zu gewährleisten. Dies bedeutet aber keinen Rückfall in vorvertragliche Diplomatie unabhängiger Staaten, sondern die Besinnung der Praxis auf ihre Legitimität des Aushandelns. Die Gemeinschaftsmethode wird als solche bestätigt und nicht als eine Durchgangsstation zum Bundesstaat. Die Monnet-Methode wird gleichsam zugespitzt, denn es handelt sich ja beim Luxemburger Kompromiss nicht um eine Übereinstimmung in der Sache, sondern um ein widersprüchliches Fortsetzen der Praxis, in der Übereinstimmung nicht überein-

zustimmen.<sup>402</sup> Luuk van Middelaar betonte zurecht, dass damit nicht eine Verlegenheitslösung gefunden, sondern ein Meilenstein beim Ausgleich von Politik und Recht erreicht wurde:

„Einigkeit darüber, dass man nicht übereinstimmt, ist so etwas wie eine Verfassung des kleinsten Gemeinsamen Nenners, dank deren Parteien und Meinungslager ihre Konflikte öffentlich austragen können. Man verfügt dadurch über eine Form, die den Kampf um Inhalte überhaupt erst ermöglicht.“<sup>403</sup>

Mit de Gaulle und Hallstein standen sich zwei Kontrahenten einer konträren Argumentation des integrierten Regierens gegenüber. De Gaulles war nicht gegen die Integration Europas per se, wohl aber gegen ein Europa der Verrechtlichung, der bürokratischen Institutionalisierung und der Konzentration auf das Wohlstandsargument. De Gaulle schwebte ein politisches, und das hieß für ihn ein sicherheitspolitisches, Europa der Vaterländer vor, das nach dem Willen der Regierungen, vielleicht der „wichtigsten“ Nationen, eine Schicksalsgemeinschaft einging und Frankreichs Souveränität in der Welt und sein Hegemonie in Europa sicherte.

In den Römischen Verträgen war der schrittweise Übergang zu Mehrheitsabstimmungen vorgesehen. Dem Europakonzept de Gaulles stand diese bewusst inkrementale Erosion nationaler Macht zugunsten der Brüsseler Bürokratie diametral entgegen. Vor dem Hintergrund der Verhandlungen über die von Frankreich gewünschten Fortschritte im Aushandeln zwischen Landwirtschaftspolitik und Gemeinsamen Markt glaubte Hallstein nun, de Gaulle auf die vertraglich vorgegebene Linie bringen zu können. De Gaulle ging jedoch auf Konfrontationskurs. Frankreich nahm nicht mehr an Ratssitzungen teil und ließ sich somit nicht überstimmen. De Gaulle hielt die Politik des „Leeren Stuhls“ über ein halbes Jahr lang durch, vom 6. Juni 1965 bis zum 29./30. Januar 1966. In diesen Januartagen fand die europäische Praxis auf einer Außenministerkonferenz im Luxemburger Kompromiss eine Formulierung, die das Wissen um die Heterogenität

---

402 N. Piers Ludlow, "The Eclipse of the Extremes. Demythologising the Luxembourg Compromise," in *Crises and Compromises: The European Project 1963-1969*, hrsg. von Wilfried Loth (Baden-Baden: Nomos, 2001): 247-264.

403 Luuk van Middelaar, *Vom Kontinent zur Union. Gegenwart und Geschichte des vereinten Europa* (Berlin: Suhrkamp 2016) auf S. 129.

wieder stärker herausstrich, aber den Weg der Homogenisierung durch Verrechtlichung und Institutionalisierung weiter offen hielt.<sup>404</sup>

Die europäische Praxis und ihr Argumentationszusammenhang waren stark genug, auch an dieser Krise nicht zu scheitern. In ihr klärt sich, welche Grenzen Verrechtlichung und Institutionalisierung respektieren müssen. Der einmalige Vertragsschluss etabliert keine Praxis, die sich dem Argument des Vertrags uneingeschränkt unterwirft. Der Vertrag eröffnet vielmehr eine Praxis, die sich auf ihn bezieht, ihn aber in ihrem Aushandeln auch immer wieder bestätigen und interpretieren muss. Das europäische Konsensargument hängt damit nicht an der Herstellung eines einmaligen vertraglich ratifizierten Konsenses, sondern an der langfristigen, stabilisierenden konsensualen Praxis dieser vertraglichen Eröffnung.<sup>405</sup>

Diese fortwährende konsensuale Rückbindung an einen Vertragsschluss bleibt nicht deswegen offen, weil man es sich anders überlegt hat, sondern weil mit dem Vertrag ein Eintritt in eine gemeinsame Geschichte begann, die ganz wesentlich etwas damit zu tun hat, wie man diesen Vertragsschluss zu verstehen hat und wie ihn eine neue Generation übernehmen kann. Joseph Weiler diskutierte die Frage des Vertragsschlusses und der dann erst folgenden Diskussion über Inhalt und Bedeutung an der Formel des Bundesschlusses am Sinai: „And they said, All that the Eternal hath spoken we will do, and hearken.“<sup>406</sup> Weiler kommentierte:

„Traditional commentary has noted the inversion in the act of acceptance by the people. First, we will do. Next, we will hearken, that is try and understand what it is we are doing. Normally we would expect the

---

404 Hans Herbert Götz, "Die Krise 1965/1966," in *Walter Hallstein. Der vergessene Europäer*, hrsg. von Wilfried Loth et al. (Bonn: Europa Union, 1995): 189-202; Hans von der Groeben, *Aufbaujahre der Europäischen Gemeinschaft. Das Ringen um den Gemeinsamen Markt und die Politische Union* (Baden-Baden: Nomos, 1982): 268-285; Wilfried Loth, "Hallstein und de Gaulle: Die verhängnisvolle Konfrontation," in *Walter Hallstein. Der vergessene Europäer*, hrsg. von Wilfried Loth et al. (Bonn: Europa Union, 1995): 171-188; Hans-Dieter Lucas, *Europa vom Atlantik bis zum Ural? Europapolitik und Europadenken im Frankreich der Ära de Gaulle (1958-1969)* (Bonn: Bouvier, 1992): 262-269; Mathias Schönwald, "Walter Hallstein and the Empty Chair Crisis 1965/66," in *Crises und Compromises: The European Project 1963-1969*, hrsg. von Wilfried Loth (Baden-Baden: Nomos, 2001): 157-171.

405 Vgl. zur Handlungsmöglichkeit auf der Basis von Verträgen Friedrich V. Kratochwil, "The Limits of Contract," *European Journal of International Law* 5, Nr. 4 (1994): 465-491.

406 Exodus 24,3. Die deutsche Einheitsübersetzung der Bibel lässt den entscheidenden Zusatz weg.

hearkening – metaphor for the deliberative process of listening, debating, and understanding – to precede the commitment to do.”<sup>407</sup>

Weiler ging es an dieser Stelle darum, die bereits geschehene Transformation Europas, die im Vertrag von Maastricht sichtbar kodifiziert worden war, in einer öffentlichen Debatte zu bedenken. Dieser kontinuierliche Überlegungsprozess prägte aber die gesamte Ausfaltung des europäischen Argumentationszusammenhangs, auch innerhalb des Eliten- und Institutionendiskurses. Die konsensualen Entscheidungen des Rats bleiben an die Praxis der anderen Institutionen und den vertraglichen Rahmen gebunden.<sup>408</sup> Im Luxemburger Kompromiss wurde eben nicht eine allgemeine Übereinstimmung darin erzielt, die von Hallstein verteidigte Supranationalität und Mehrheitsabstimmung der Verträge durch die Vorstellungen de Gaulles von einem intergouvernementalen Europa der Staaten und einer außervertraglichen Vetomöglichkeit bei vitalen Interessen zu ersetzen, sondern das Verhältnis zwischen Konsens und Mehrheit wurde austariert. In dieser Rückbindung an das Argument der „Einheit in Vielfalt“ setzte sich de Gaulle nicht nur mit Hilfe der Drohung einer Exit-Option durch, sondern vor allem durch die Legitimität dieses Topos und des dazu gehörenden Arguments des Konsenses. Die EU wird damit auch später nicht mit knappen Mehrheiten regiert, sondern nahe am Konsens.<sup>409</sup>

Trotz einiger Erfolge seit dem Ausscheiden de Gaulles und dem Gipfel von Den Haag,<sup>410</sup> die intergouvernemental und damit jenseits des engen Kerns der Gemeinschaftsmethode erreicht wurden, beanspruchte doch die in den Verträgen verankerte Argumentationslinie, auf dem Weg der „immer engeren Union“ Effizienzgewinne durch Mehrheitsentscheidungen zu erreichen, immer dringlicher einen zentralen Platz im Argumentationszusammenhang.

---

407 Joseph H. H. Weiler, *The Constitution of Europe. „Do the New Clothes Have an Emperor?“ and Other Essays on European Integration*. (Cambridge: Cambridge University Press, 1999) auf S. 5.

408 Vgl. Joseph Weiler, "Community, Member States and the European Integration: Is the Law Relevant?," *Journal of Common Market Studies* 21 (1982): 39-56, auf S. 48-50.

409 Beate Kohler-Koch und Jakob Edler, "Ideendiskurs und Vergemeinschaftung: Erschließung transnationaler Räume durch europäisches Regieren," in *Regieren in entgrenzten Räumen*, hrsg. von Beate Kohler-Koch (Opladen: Westdeutscher Verlag, 1998) 169-206, auf S. 177.

410 Hans von der Groeben et al., *Möglichkeiten und Grenzen einer Europäischen Union* (Baden-Baden: Nomos, 1980); Richard McAllister, *From EC to EU* (London: Routledge, 1997) auf S. 61-126.

Mit der Einheitlichen Europäischen Akte vom Februar 1986, in Kraft getreten am 1. Juli 1987, gelang der europäischen Praxis die Verschiebung des Verhältnisses von Konsens und Mehrheit innerhalb des Arguments des integrierten Regierens.<sup>411</sup> Dabei wurde der Konsens noch weniger aufgehoben als im Luxemburger Kompromiss die Mehrheitsentscheidung ausgeschlossen wurde. Mehrheitsabstimmungen rückten vielmehr in den Mittelpunkt, da Konsens darüber herrschte, dass ohne effiziente Mehrheitsentscheidungen die angestrebten Wohlstandsgewinne des Binnenmarktprogramms nicht zu erreichen wären.<sup>412</sup> Eine Ausdehnung auf möglichst viele funktionale Sprachspiele kann entlang der Argumentationslinie der Vertiefung mit voller Legitimität angestrebt werden. Wenn die Mehrheitsabstimmungen jedoch nachhaltig wirken sollen, muss darauf geachtet werden, dass der grundlegende Konsens in den Zielen nicht verloren geht.

Der Bedeutungszuwachs der Mehrheitsentscheidung zieht die Frage nach sich, von wessen Mehrheit die Rede ist und wie diese Mehrheit zustande kommt. Nach dem Scheitern der föderalistischen Blühträume einer demokratischen Volksbewegung begann die europäische Praxis als Projekt der Staaten und supranationaler Bürokratie.<sup>413</sup> Damit war das Problem von Mehrheit und Konsens eines der Staaten und der europäischen Institutionen. Mit der Einführung der qualifizierten Mehrheitsabstimmung im Rat konnte die europäische Praxis ihre demokratische Legitimität nicht mehr durch den Konsens souveräner Regierungen begründen. Zur partizipatorischen Absicherung der Mehrheitsentscheidung im Rat wurde deswegen mit der Einheitlichen Europäischen Akte auch das Mitbestimmungsverfahren, das dem Parlament weit reichende Rechte gibt, eingeführt; das Parlament erlebte seitdem eine breite Ausweitung seiner Einflussmöglichkeit.<sup>414</sup> Was durch die Einschränkung des Konsenses an Legitimität verloren ging, sollte damit auf der Seite des Parlaments durch

---

411 Christian Engel und Christine Bormann, *Vom Konsens zur Mehrheitsentscheidung. EG-Entscheidungsverfahren nach der Einheitlichen Europäischen Akte* (Bonn: Europa Union, 1991); Andrew Moravcsik, "Negotiating the Single European Act: national interests and conventional statecraft in the European Union," *International Organization* 45 (1991): 19-56.

412 Andrew Moravcsik, *The choice for Europe* (Ithaca: Cornell University Press, 1998) auf S. 314-368.

413 Helen Wallace, "Die Dynamik des EU-Institutionengefüges," in *Europäische Integration*, hrsg. von Markus Jachtenfuchs und Beate Kohler-Koch (Opladen: Leske+Budrich/UTB, 2003): 255-285, auf S. 261-262.

414 Andreas Maurer und Wolfgang Wessels, *Das Europäische Parlament nach Amsterdam und Nizza* (Baden-Baden: Nomos, 2003).

Partizipation wieder wettgemacht werden. Die Mehrheit der Staaten muss durch die Mehrheit der Bürger abgesichert werden.

Die europäische Praxis hat sich damit darauf verständigt, dass zur Absicherung der Legitimität von Mehrheitsentscheidungen die Argumentationslinie der Repräsentation der Staaten mit der Argumentationslinie der Repräsentation der Bürger verbunden werden muss. Der Vertrag von Maastricht setzte mit dem Mitentscheidungsverfahren und der Unionsbürgerschaft den Weg der Ausweitung der Parlamentarisierung und der Bürgerorientierung fort, unterstrich mit der Säulenstruktur aber auch die Macht der intergouvernementalen Konsensmaschine der Staaten, die allein einen Weg in neue funktionale Sprachspiele schaffen kann.

### § 3: Die topischen Sprachspiele von Nizza, Laeken und Lissabon

Nach dem Erfolg eines Konvents bei der Erarbeitung der Grundrechtecharta setzte der Europäische Rat von Laeken im Dezember 2001 wieder einen Konvent ein, der die nächste Regierungskonferenz zur Vertragsänderung umfassend vorbereiten sollte. Aus einem deliberativen Prozess aus nationalen und europäischen Parlamentariern und Staats- und Regierungschefs unter Einschluss der Kommission und der Beitrittskandidaten sollte eine Vorlage hervorgehen, die den europäischen Argumentationszusammenhang so neu austarieren sollte, dass die für 2004 und 2007 geplante Erweiterung mit effizienzsteigernden Vertiefungsschritten nachhaltig vorbereitet war.

Dem vorausgegangen war der Vertrag von Nizza, der nur unter sehr großen Mühen und wenig befriedigend die Stimmgewichtung bei Mehrheitsabstimmungen im Rat, aber auch die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments neu geregelt hatte. In Nizza stand im Dezember 2000 das Einlösen des in Kopenhagen und Helsinki gegebenen Versprechens an, die Union erweiterungsfähig zu machen. Dafür wurde durch die Vertragsrevision ein institutioneller Umbau angestrebt, der die Repräsentation der einzelnen Mitgliedstaaten in Rat, Kommission und Parlament so verändern würde, dass auch in der erweiterten Union das Aushandeln genügend effizient bliebe. Entlang der Argumentationslinie, durch mehr Vertiefung die Erweiterung möglich zu machen, mussten institutionelle Vertiefungsschritte ausgehandelt werden, die den Entscheidungsprozess auf Kosten der Gestaltungsmöglichkeiten des einzelnen Mitglieds schlank halten sollten. Die Verbindung von Erweiterung und Vertiefung legte somit nicht nur nahe, in mehr funktionalen Sprachspielen den Konsens durch eine Mehrheit

vertreten zu lassen, sondern auch die Mehrheit selbst musste effizienter werden.

Dabei rückte die Frage der Repräsentation, wie schon im topischen Sprachspiel der Einheitlichen Europäischen Akte gezeigt, in den Mittelpunkt. Außer Polen, das als Mittelmacht in einer besonders heiklen Lage zwischen den kleinen und den großen Staaten stand, rechneten sich alle Beitrittsländer den kleinen Staaten zu. Damit verlangt die Argumentationslinie der Erweiterung von der Vertiefung nicht nur eine Ausdehnung der Mehrheitsentscheidung und eine Effizienzsteigerung innerhalb der Mehrheitsverfahren, sondern eine neue Balance zwischen großen und kleinen Staaten in der Repräsentation der Bürger und der Staaten.

Im topischen Sprachspiel von Nizza lässt sich nun zeigen, wie die europäische Praxis versucht, in eine neue Balance zu finden und dabei zwar die grundlegende Argumentationslinie der doppelten Repräsentation von Staaten und Bürgern stärkte, aber in keinen Modus fand, wie sich dieses Verhältnis in den konkreten Besetzungen und Abstimmungsverfahren der Institutionen so auslegen ließ, dass beide Prinzipien gewahrt und der mit der Mehrheitsabstimmung angestrebte Effizienzgewinn bei der Handlungsfähigkeit realisiert werden konnte.

Betroffen vom Umbau der Repräsentation der Bürger und Staaten zur Sicherung der Legitimität von effizienten Entscheidungsstrukturen waren der Rat, das Parlament und die Kommission. Im Rat waren die Länderstimmen nach Größe gewichtet, spiegelten aber nur sehr verzerrt, zuungunsten der großen Mitglieder, die Bevölkerung wider; was sich durch den Beitritt noch weiter zugespitzt hätte. Wenn man dem Europäischen Parlament mehr Rechte durch die Ausweitung des Mitentscheidungsverfahrens einräumt, müsste seine Legitimation als Vertretung der europäischen Bürger durch eine geringere Diskrepanz der Wahlkreise gestärkt werden, was zu einer stärkeren Vertretung der großen Staaten in einem aus Effizienzgründen relativ verkleinerten Parlament führen würde. In der Kommission wurden die kleinen Staaten bis Nizza von einem Kommissionsmitglied repräsentiert und die großen von zwei. Um die Kommission handlungsfähig zu halten, wurde entlang der Linie, die Kommission als genuin europäisches Organ bedürfe keines nationalen Proporz, die Begrenzung der Kommission auf die Besetzung der notwendigen Ressorts verfochten.<sup>415</sup>

---

415 Claus Giering, "Die institutionellen Reformen von Nizza," in *Nizza in der Analyse*, hrsg. von Werner Weidenfeld (Gütersloh: Bertelsmann, 2001): 51-144.

Die Kommission würde dadurch vollständig auf die Argumentationslinie der Homogenisierung festgelegt. Handlungsfähigkeit und Effizienz wären damit allein entscheidende Argumente, die die europäische Heterogenität nicht mehr einbinden müssten.

Wie beim Verhandeln um Geld kann beim Verhandeln um Stimmrechte der *Rational-Choice*-Ansatz als Ausgangspunkt angenommen werden. Generell lässt sich die Annahme rechtfertigen, dass jeder Staat möglichst mehr Stimmen als der andere möchte. Doch kommt es dabei darauf an, die richtigen Argumente für die eigenen Interessen zu finden. Die großen Staaten können mit dem Argument des Zusammenhangs von Demokratie und Demographie wie mit dem Argument zwischenstaatliche wirksamer Machtmittel behaupten, ein Anrecht auf mehr Stimmen zu haben als die kleineren Partner, die wiederum darauf bestehen, diesen Unterschied möglichst gering zu halten.

In einem rein intergouvernementalen Verband wäre die Zuteilung von einer Stimme pro Land im Argumentationszusammenhang gleicher, souveräner Staaten angemessen; doch auch die UNO kennt das Machtprinzip der Größe und stattet die Großmächte mit einem Vetorecht im Sicherheitsrat aus. In einem föderalen System nach amerikanischem Vorbild wäre eine klare Trennung der beiden Prinzipien von Repräsentation der Bundesstaaten und Repräsentation der Bevölkerung in zwei Kammern naheliegend. Das deutsche Modell, das sowohl den Bundestag wie den Bundesrat an die repräsentierte Bevölkerungsgröße bindet, trifft das europäische Problem zwar besser, aber für die europäischen Kräfteverhältnisse gilt ein ganz anderer Balanceakt des Austarierens. Die Widersprüche, in denen die europäische Praxis steht, sind zu groß, als dass die Repräsentation von Bürgern und Staaten klar auf verschiedene Institutionen verteilt werden kann. Bei der Besetzung aller zentralen Institutionen wird daher weiterhin sowohl das Repräsentationsprinzip der Staaten wie das Repräsentationsprinzip der Bürger berücksichtigt werden müssen.

Die großen Mitgliedstaaten wiesen in den Verhandlungen zu Nizza daraufhin, dass die neue Übermacht der kleinen Staaten das alte Verhältnis stört und deswegen deren Einfluss zu ihren Gunsten beschnitten werden müsste. Die großen Staaten plädierten damit für eine stärkere Ausrichtung der Repräsentation an der Bevölkerung, was von der traditionellen Argumentationslinie demokratischer Repräsentation gestützt wird. Die Befürworter der stärkeren Repräsentation großer Länder in der EU beriefen sich auf den Zusammenhang von Demographie und Demokratie: Wer mehr Bürger vertritt, sollte auch größeren Einfluss haben. Allerdings war die



spezifische Konstellation der damals vier großen Länder – Frankreich, Italien, Großbritannien und Deutschland – von entscheidender Bedeutung. Mit der Wiedervereinigung Deutschlands wurde die Bundesrepublik mit Abstand das bevölkerungsreichste Land der europäischen Integration. Beim Aushandeln des Vertrags von Nizza hatten Frankreich, Großbritannien und Italien jeweils rund 60 Millionen Einwohner und damit aus ihrer Perspektive ein Drittel weniger als Deutschland mit über 80 Millionen. Damit hatte nur Deutschland ein Interesse daran, nach rein demographischen Gesichtspunkten europäische Demokratie zu buchstabieren.

Dennoch blieb der Demographie-Demokratie-Nexus zentral, da sich damit auf elegante Weise das Machtargument einkleiden ließ. Es gilt als legitim, dass den großen Staaten nicht zu viel von ihrer Macht, die sie sonst gegen die kleinen Nachbarn bei zwischenstaatlichen Verhandlungen ausspielen könnten, genommen werden kann. Dieses Argument kann nur nicht mit lauter Stimme vorgetragen werden, sondern es schickt sich, es über die Frage der Demographie zu artikulieren.

Die kleinen Länder gestehen damit den großen grundsätzlich den Einfluss auf ihre Politik zu, den diese sich sonst in der traditionellen Großmachtpolitik verschaffen müssten. Die kleinen hegen mit dieser Institutionalisierung den Einfluss aber auch ein, sie liefern sich nicht einem Imperium unter dem Direktorat der Großen aus, dessen Zentrum aus den großen Provinzen des Reichs besetzt werden würde. Die kleinen Staaten sehen die Legitimität des Arguments vom integrierten Regieren darin, dass sie nicht einfach von den großen Nachbarn geschluckt oder zur Seite gedrängt werden, sondern sich innerhalb des integrierten Regierens mehr Einfluss verschaffen können, als es sonst möglich wäre. Die kleinen Staaten vertreten deswegen das Argument von der souveränen Gleichheit der Staaten. Das innerstaatliche *one man, one vote* auf der Seite der großen Staaten steht damit gegen das zwischenstaatliche *one state, one vote* auf der Seite der kleinen Staaten, beide müssen in der europäischen Praxis in eine Balance gebracht werden.<sup>416</sup>

---

416 Zur Frage der kleinen Staaten vgl. Baldur Thorhallsson, *The Role of Small States in the European Union* (Aldershot: Ashgate, 2000). Die Rolle der kleinen Staaten wurde lange Zeit in der Forschung vernachlässigt. Die Rede von den *package deals* und *side payments* verdunkelt trotz der grundsätzlichen Anerkennung der kleinen Staaten durch die *side payments* mit dem ausschließlichen Fokus auf den großen Staaten und ihren *package deals* dieses sensible Verhältnis. Diese Position ist mit Moravcsik dominant geworden: Andrew Moravcsik, "Negotiating the Single European Act: national interests and conventional statecraft in the European Union," *International*

Im Ergebnis<sup>417</sup> konnte in Nizza bei der Verteilung der Parlamentssitze der Argumentation der großen Staaten vom Zusammenhang von Demographie und Demokratie wenig entgegen werden. Deutschland erhielt deutlich mehr Sitze als die anderen großen drei damaligen bevölkerungsreichen Mitgliedstaaten. Dennoch kommen auf einen Abgeordneten kleinerer Staaten immer noch wesentlich weniger Bürger als bei den parlamentarischen Vertretern der bevölkerungsstarken Mitgliedstaaten. Zur Wahrung der Effektivität des Parlaments auch bei in Nizza anvisierten 27 Mitgliedern wurde eine Obergrenze an Abgeordneten festgelegt.

Bei der Kommission wurde vorläufig den kleinen Staaten nachgegeben und weiter jedem Land ein Repräsentant zugestanden. Die großen Staaten verzichteten mit der Einsetzung der Barroso-Kommission 2004 auf ihren zweiten Vertreter. Die Vorläufigkeit dieser Regelung war den großen Staaten jedoch ein Anliegen. Die Kommission sollte effizienter werden. Im Konvent zum Verfassungsvertrag war es dann einer der schwierigsten Verhandlungspunkte, diese Regelung langfristig ganz fallen zu lassen und die Kommission auf 15 Mitglieder zu beschränken und keinen klaren Länderproporz festzulegen. Unter der Flagge der Effizienz traute sich die europäische Praxis auch mit der deutlich abgeschwächten und offen gehaltenen Übernahme dieser Regelung in die europäische Verfassung einen gravierenden Homogenisierungsschritt zu, was aber auch zwei Dekaden später nicht umgesetzt werden konnte. Im Lissabonner Vertrag wurde diese Regelung unter den Vorbehalt einer Ausnahmemöglichkeit durch den Europäischen Rat gestellt, der seither dafür sorgt, dass entgegen der effizienzorientierten Vertragsabsicht jedes Land einen Kommissar stellen darf.

Das Aushandeln der Stimmen und Entscheidungsprozeduren im Rat geriet in Nizza in eine besonders tiefe Sackgasse. Hier gelang eine Verbindung von staatlicher wie demographisch-demokratischer Partizipation nur auf Kosten der Effizienz. Denn das einfache Grundprinzip einer doppelten Mehrheit von Bevölkerung und Staaten ließ sich in Nizza nur unter Zuhilfenahme komplizierter Formeln erreichen. Dabei gelang jedoch ein Einstieg in das Grundprinzip einer doppelten Mehrheit. Einmal muss die ausgeklügelte Mehrheit der gewichteten Stimmen erreicht werden und dann darf diese nicht gegen die Repräsentation der Mehrheit der Bevölkerung stehen.

---

*Organization* 45 (1991): 19-56; Andrew Moravcsik, *The choice for Europe* (Ithaca: Cornell University Press, 1998).

417 Claus Giering, "Die institutionellen Reformen von Nizza," in *Nizza in der Analyse*, hrsg. von Werner Weidenfeld (Gütersloh: Bertelsmann, 2001): 51-144.

Das Argument der demographischen Partizipation hat sich damit auch im Rat neben dem der Partizipation Staaten behauptet, wenn auch nur als Sicherungslinie in der zweiten Reihe. Doch lässt sich auch von der europäischen Bevölkerungsmehrheit keine Politik gegen die Mehrheit der gewichteten Staaten durchsetzen.

Nach der Vorstellung des Konvents sollte sie dann durch eine elegante Lösung ersetzt werden: Eine qualifizierte Mehrheit wäre demnach durch eine einfache Mehrheit der Staaten, die mindestens 60 Prozent der Bevölkerung repräsentieren, zu definieren gewesen.<sup>418</sup> Diese Lösung hatte nur einen Schönheitsfehler: Über die Hälfte der europäischen Bürger lebte in den damals vier großen Mitgliedstaaten. Der Widerstand der kleinen und besonders der mittelgroßen Staaten Polen und Spanien, die im Verhältnis zur alten Regelung am meisten Stimmengewicht einbüßen, war dementsprechend groß.

Die im gescheiterten Verfassungsvertrag schließlich vorgesehene und vom Lissabonner Vertrag übernommene und seither gültige Regelung sieht als qualifizierte Mehrheit eine doppelte Mehrheit von 55 Prozent der Staaten, die mindestens 65 Prozent der europäischen Bevölkerung repräsentieren müssen vor. Für eine Sperrminorität müssen unabhängig vom Bevölkerungsanteil mindestens vier Staaten gefunden werden.

Der Brexit und die unterschiedliche Bevölkerungsdynamik – die französische Bevölkerung wuchs, während die Italiens abnahm – halten das Austarieren der konkreten Mehrheiten in Bewegung. Ein derzeit unwahrscheinlicher Beitritt der Türkei, bei dem Deutschland als bevölkerungsstärkstes Mitgliedsland überrundet werden würde, hätte einen signifikanten Einfluss auf die Machtbalance, nicht zuletzt zwischen Nettozahlern und Nettoempfängern, die sich bereits mit dem Brexit zugunsten der Empfänger verschoben hatte. Der Beitritt der Ukraine, die gemessen an der Bevölkerung zu den mittelgroßen Mitgliedsstaaten zählen würde, wäre ein Zugewinn für die Bedeutung der mittel- und osteuropäischen Länder, die dann gemeinsam auf den Bevölkerungsanteil von Deutschland und Frankreich kämen. Polen und die Ukraine wären zusammen so zahlreich wie Deutschland. Alle Zahlenspiele beruhigen oder beunruhigen aber eher die Gemüter, als dass sie Entscheidungssituationen antizipieren könnten. Die topischen Sprachspiele von Nizza, Laeken und Lissabon zeigen, dass es

---

418 Europäischer Konvent, *Entwurf eines Vertrags über eine Verfassung für Europa* (Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2003) Art. 24.

bei allen konkreten Interessen der Staaten um ein abstraktes Prinzip der Balance geht, das in den unterschiedlichsten Konstellationen sich bewähren muss.

Der Europäische Konvent löste auch ansonsten die aufgetragene Arbeit in der Vertiefung des Institutionengefüges mit beachtlichem Geschick. Der schließlich auf dieser Basis geschlossene Vertrag von Lissabon, der 2007 unterzeichnet wurde und 2009 in Kraft trat, sicherte die Arbeitsfähigkeit des europäischen Integrationsprojekts. Die Erweiterungen von 2004 (Polen, Litauen, Lettland, Estland, Ungarn, Slowakei, Tschechien, Slowenien, Malta und Zypern), 2007 (Rumänien und Bulgarien) und 2013 (Kroatien) gelangen. Auch das erweiterte Europa der Integration konnte integriert regiert werden.

Diese große Leistung wird auch nicht durch das Scheitern des aus dem Konvent zuerst hervorgegangenen Verfassungsvertrag geschmälert. Allerdings verweist dieses Scheitern auf den zentralen Umstand beim Austarieren von Mehrheit und Konsens: die europäische Mehrheit darf nicht durch einen symbolischen Nimbus gestärkt werden, diesen behalten sich die Nationen Europas vor, selbst wenn die Staaten bereit wären ihn mit Europa zu teilen.

Starke Kräfte des Europäischen Konvents unter seinem französischen Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing sahen ihre Aufgabe darin, nicht nur eine Vorlage für ein neues Vertragswerk auszuarbeiten, sondern das europäische Integrationsprojekt auf eine grundlegend neue Stufe der Vertiefung zu stellen. Sie verstanden sich als Verfassungskonvent, auch wenn sie die skeptischeren Kräfte nur für die hybride Bezeichnung eines Verfassungsvertrags gewinnen konnten. Hinsichtlich der entscheidenden Frage nach der Bedeutung von Mehrheitsentscheidungen versuchte Giscard d'Estaing gleich in der Präambel die Richtung eindeutig vorzugeben. Hier sollte Mehrheitshegemonie mit dem demokratischen Prinzip gleichgesetzt und dafür das alte Griechenland bemüht werden. Der erste Satz der Präambel des Entwurfs des Konvents war ein Thukydideszitat und lautete: „Die Verfassung, die wir haben ... heißt Demokratie, weil der Staat nicht auf wenige Bürger, sondern auf die Mehrheit ausgerichtet ist.“<sup>419</sup> Einseitiger hätte man die Problematik kaum lösen können. Dieser provokante Anfang hatte schon in der sich anschließenden Regierungskonferenz keinen Bestand. Im unterzeichneten Verfassungsvertrag kam er nicht mehr vor. Allerdings war diese Zuspitzung nur der Gipfel der Zumutungen, die einem integrations skepti-

---

419 Ibid. S. 5.

schen Publikum, das auf dem Vorrang des Nationalstaats beharren wurde in der Symbolpolitik zugemutet wurde. Der Ratifizierungsprozess scheiterte an den Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden im Sommer 2005. Der Vertrag von Maastricht hatte trotz des damaligen gefeierten französischen Kommissionspräsidenten Jacques Delors nur eine hauchdünne Mehrheit in Frankreich erhalten. Der Vertrag von Maastricht und mit ihm die Währungsunion und der Euro hätten so leicht den Weg der EVG gehen können – zuerst von Frankreich zur Einbindung Deutschlands initiiert, aber dann doch aus Angst vor der eigenen Courage am Initiator gescheitert. Die französische Galionsfigur des Konvents, Valéry Giscard d'Estaing, konnte noch weniger Zustimmung sichern als Delors zuvor. Das tatsächliche Eintreten des *Worst-Case-Szenario* verzögerte die Vertragsrevision, aufrollen oder gar umkehren ließ sie sich aber nicht mehr. Mit der Niederlage in diesen beiden Kern- und Gründungsstaaten war der Verfassungsvertrag gescheitert. Ausnahmen und Anpassungen für eine erneute Abstimmungen, wie bei anderer Gelegenheit gegenüber Iren und Dänen praktiziert, erschien hier nicht mehr zielführend.

Doch relativ schnell setzte die europäische Praxis auf eine sehr schlanke Lösung. Die Substanz der ausgehandelten Bestimmungen wurde nahezu unangetastet übernommen, inklusive der Frage nach Repräsentation und Stimmenmehrheit. Der in Lissabon bereits 2007 unterzeichnete Vertrag wich in seinem Regelwerk kaum vom gescheiterten Verfassungsvertrag ab.<sup>420</sup> Doch er verzichtete gänzlich auf eine Symbolik, die die Mehrheitsabstimmung der Europäer adeln und den Konsens der Nationen diskreditieren würde. In den ablehnenden Volksabstimmungen zeigte sich, dass ein Europa der Bürger keines der europäischen Mehrheiten sein kann. Der Konsens der Staaten wird gedeckt durch die Konsensnotwendigkeit unter den Nationen Europas, die ihre Konflikte nicht durch Mehrheitsabstimmungen gelöst sehen möchten. Die europäische Demokratie ist keine Mehrheitsdemokratie. Für die Lösung von grundlegenden Konflikten bedurfte es eines anderen Mechanismus.

---

420 Olaf Leiß (Hrsg.), *Die Europäische Union nach dem Vertrag von Lissabon* (Wiesbaden: VS, 2010).

§ 4: Das topische deutsch-französische Sprachspiel, Amsterdam und der Brexit

Deutschland und Frankreich galten als der Motor der europäischen Integration. Sie waren es vor allem durch ihre Fähigkeit, konfliktreiche Unterschiede zu repräsentieren und dann zusammenzuführen. Im deutsch-französischen Sprachspiel lässt sich zeigen, dass die europäische Praxis eine effiziente Handlungsfähigkeit nicht nur durch Mehrheitsentscheidungen erhalten kann, sondern dass Handlungsfähigkeit auch über die Repräsentation der Konfliktlinien möglich wird, die in der europäischen Praxis meist von Deutschland und Frankreich verkörpert wurden. Wer die virulenten Widersprüche verkörpert, der führt die europäische Praxis. Deutschland und Frankreich sind in erster Linie deswegen und erst in zweiter Linie wegen ihrer Größe der Motor der europäischen Praxis gewesen.<sup>421</sup> Sie können so lange der Motor dieser Praxis bleiben, wie es ihnen gelingt, die anderen Mitglieder um ihren Konflikt zu scharen und aus diesem Konflikt heraus gemeinsame Lösungen des integrierten Regierens zu finden. „In Vielfalt geeint“ effizient zu regieren, meint damit nicht an erster Stelle die Vertretung des Konsenses durch die Mehrheitsentscheidung, sondern die Repräsentation des Konsenses durch die Wortführer der gegensätzlichen Argumentationslinien.

Der deutsch-französische Motor verliert seine Kraft, wenn Frankreich und Deutschland nicht mehr die gegensätzlichen Lager anführen. Wenn Deutschland und Frankreich sich schlicht zusammenfinden, ohne dabei die virulenten Widersprüche zu überbrücken, müssen die Gegenargumente von den anderen Partnern gegen die deutsch-französische Achse vertreten werden. Ein zu großes Einvernehmen der beiden brachte immer den Argwohn der anderen Partner und nährte deren Furcht vor einem Zweier-Direktorium. „Eine durchgängige Interessenparallelität zwischen beiden Staaten würde Widerstand provozieren.“<sup>422</sup> Europa braucht weder einen französischen noch einen deutsch-französischen Förderator, sondern den

---

421 Zu Deutschland und Frankreich in Europa vgl. u.a. Ulla Holm, "The French Garden Is No Longer What It Used To Be," in *Reflective Approaches to European Governance*, hrsg. von Knud Erik Jørgensen (Houndmills: Macmillan, 1997): 128-145; Peter J. Katzenstein, *Tamed power. Germany in Europe* (Ithaca: Cornell University Press, 1997); Thomas Pedersen, *Germany, France, and the integration of Europe. A realist interpretation* (London: Pinter, 1998).

422 Beate Kohler-Koch, "Bundeskanzler Kohl - Baumeister Europas?," in *Bilanz der Ära Kohl*, hrsg. von Götztrik Wewer (Opladen: Leske+Budrich, 1998): 283-311, auf S. 301.

Ausgleich von Konflikten, die Verbindung von Widersprüchen, die Einhegung gegenläufiger Argumente im Topos des Mottos „in Vielfalt geeint“. Den Akteuren, denen es gelingt, diese Vorgabe der Praxis aufzugreifen und die Argumentation weiter zu entwickeln, denen gestehen die anderen Akteure Führungsqualitäten zu.

Die Vorstellung eines Gravitationszentrums,<sup>423</sup> bei dem dieser Ausgleich nicht mehr im Mittelpunkt steht, sondern durch das Bild einer alle anziehenden Schwerkraft abgelöst wird, ist damit schon problematisch, die Vorstellung eines homogenen Kerneuropas als Förderator<sup>424</sup> ist abwegig. Homogenisierungsschritte, die die Heterogenität der anderen grundsätzlich ausblenden, haben keine Sogwirkung und können keine Vorgaben machen. Die Führung der europäischen Praxis ist nur über die Repräsentation der zentralen Konflikte möglich.

Da die europäische Praxis um den deutsch-französischen Konflikt herum begann, ergab sich die Rolle der Repräsentation des zentralen Konflikts aus der historischen Situation. Deutschland und Frankreich mussten sich aussöhnen, dann konnte Europa vorankommen. Doch nicht nur im Ausgangspunkt bildeten die beiden über ihren Konflikt den Mittelpunkt der europäischen Praxis und ihres Versuchs, „in Vielfalt geeint“ zu sein. Die Heterogenität der europäischen Ökonomie konzentrierten sich ebenfalls im deutsch-französischen Verhältnis. Das gleiche gilt für das Argument des integrierten Regierens selbst. Deutsche und französische Vorstellungen von der Art des Regierens, zwischen einer Föderalisierung nach deutschem Modell und dem Europa der Vaterländer und seiner intergouvernementalen Umsetzung, lagen immer auseinander. Wenn sich zwischen diesen beiden Partnern eine Einigung abzeichnete, waren auch die Positionen der anderen Akteure eingebunden. Die europäische Praxis konnte sich so von der deutsch-französischen Praxis vertreten lassen.<sup>425</sup>

---

423 Joschka Fischer, "Vom Staatenbund zur Föderation - Gedanken über die Finalität der europäischen Integration," *integration* 23 (2000): 149-156. Fischer hat sich in einem Interview mit der Berliner Zeitung am 28.02.2004 von seiner kleineuropäischen Vorstellung der Humboldt-Rede distanziert.

424 Vgl. Jacques Derrida und Jürgen Habermas, "Unsere Erneuerung," *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 31. Mai 2003.

425 Robert Picht und Wolfgang Wessels (Hrsg.), *Motor für Europa? Deutsch-französischer Bilateralismus und europäische Integration* (Bonn: Europa Union, 1990); Bernd von Stade, "Charles de Gaulle und die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland," in *De Gaulle, Deutschland und Europa*, hrsg. von Wilfried Loth und Robert Picht (Opladen: Leske+Budrich, 1991): 121-133. Horst Möller und Klaus Hildebrand (Hrsg.), *Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich. Dokumente*

Als legitime Alternative zur Repräsentation des Konflikts durch seine Antagonisten galt seit Amsterdam die vorher schon vielfach praktizierte Ausnahme für Nachzügler nur explizit auch für eine Avantgarde, die auf die anderen nicht warten wollte. Im 1997 beschlossenen Vertrag von Amsterdam fand erstmals die lange erprobte und immer wieder diskutierte Argumentationslinie der Flexibilisierung in der Formulierung der verstärkten Zusammenarbeit Eingang in den Vertragstext. Die Argumentation der verstärkten Zusammenarbeit zeichnet sich dadurch aus, dass sie auf einer institutionellen Einbindung der vorangehenden Partner besteht und dabei die Zustimmung der anderen für dieses Vorgehen voraussetzte.<sup>426</sup> Eine in Amsterdam noch beschlossene restriktive Einschränkung wurde in Nizza revidiert.<sup>427</sup> Im topischen Sprachspiel von Amsterdam wurde rein institutionell argumentiert. Überlegungen zur konkreten Anwendung waren kein Thema.<sup>428</sup> Ganz im Gegensatz zur neofunktionalistischen Theorie folgt hier nicht die Form der Funktion, sondern wartet auf diese.

Die Anwendung blieb seither bescheiden und beschränkten sich auf eher kleinteilige Fragen wie ein gemeinsames Scheidungsrecht. Wenn es notwendig war, brach sich die Flexibilisierung lieber *ad hoc* und jenseits des verrechtlichten Rahmens Bahn wie im Zug der Bearbeitung der Eurokrise bei der Einrichtung des Europäische Stabilitätsmechanismus.

Die Argumentationslinie der Vertiefung wie die der Erweiterung gingen vorher schon in schwierigen Situationen eine Verbindung mit dem Argument der Flexibilisierung ein. Eine Genealogie der Flexibilisierung kann schon bei der im EWG-Vertrag privilegierten besonderen Zusammenarbeit

---

1949-1963. 3 Bände (München: Saur, 1997); Wichard Woyke, *Deutsch-französische Beziehungen seit der Wiedervereinigung. Das Tandem faßt wieder tritt* (Opladen: Leske+Budrich, 2000).

426 Alexander C.-G. Stubb, "Negotiating Flexible Integration in the Amsterdam Treaty," in *European Integration After Amsterdam. Institutional Dynamics and Prospects for Democracy*, hrsg. von Karlheinz Neunreither und Antje Wiener (Oxford: Oxford University Press, 2000): 153-174, auf S. 170.

427 Zur Veränderung von Nizza vgl. Josef Janning, "Zweiter Anlauf - Die verstärkte Zusammenarbeit im Vertrag von Nizza," in *Nizza in der Analyse*, hrsg. von Werner Weidenfeld (Gütersloh: Bertelsmann, 2001): 145-159.

428 Alexander C.-G. Stubb, "Negotiating Flexible Integration in the Amsterdam Treaty," in *European Integration After Amsterdam. Institutional Dynamics and Prospects for Democracy*, hrsg. von Karlheinz Neunreither und Antje Wiener (Oxford: Oxford University Press, 2000): 153-174, auf S. 170.



der Benelux-Staaten beginnen.<sup>429</sup> Jede Übergangsklausel bei den verschiedenen Erweiterungs- und Vertiefungsschritten stellt ebenfalls eine Form von Differenzierung dar. Auch die Assoziierung kann als Form der Flexibilisierung verstanden werden. Funktionale Sprachspiele entwickelten sich auf dieser Basis bei der Zusammenarbeit für den Airbus und Ariane sowie bei Eurokorps und Eurogroup.<sup>430</sup> Die seit dem Vertrag von Lissabon mögliche Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit im Bereich der Sicherheits- und Verteidigungspolitik wird seit 2017 von 25 Mitgliedstaaten für den Ausbau gemeinsamer Rüstungs- und Verteidigungskapazitäten genutzt. Der Europäische Wirtschaftsraum stellt eine flexible Variante der Erweiterung dar.

Das inzwischen in den Besitzstand integrierte Schengener Abkommen gehört zu den wirkungsmächtigen Vorreitern. Es umfasst die Nicht-EU-Mitglieder Island, Norwegen, Schweiz und Liechtenstein, ihm gehören aber weder Irland noch Zypern an. Bulgarien und Rumänien wird die volle Anwendung verweigert.

Das zentrale funktionale Sprachspiel, in dem sich das Argument der Flexibilisierung entwickelte und sich bewähren konnte, war neben Schengen das Europäische Währungssystem. Schengen und EWS fanden außerhalb der Verträge statt, konnten sich aber für die Legitimität ihres Anliegens auf die Verträge beziehen. Sie blieben Notlösungen, bewährten sich aber so, dass sie in den Argumentationszusammenhang eingefügt wurden und in Maastricht mit der Währungsunion und den weiteren *Opting-outs* für Großbritannien und Dänemark die Argumentation von Amsterdam vorbereiteten.<sup>431</sup>

Die Besonderheit der WWU lag in ihrer Konstruktion der Maastrichter Konvergenzkriterien. Wie bei Schengen war es nicht nur entscheidend, ob einer abseitsstehen wollte, sondern ob die anderen ihn für fähig hielten, sich an dem neuen Schritt zu beteiligen. Die beiden zentralen und als problematisch geltenden Aspekte der Differenzierungs- und Flexibili-

---

429 Aus niederländischer Perspektive ist die Gemeinschaft der Benelux-Länder ohnehin der Gründungskern der europäischen Integration.

430 Christian Deubner, "Differenzierte Integration: Übergangserscheinung oder Strukturmerkmal der künftigen Europäischen Union," *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. BI-2 (2003): 24-32, auf S. 25.

431 Alexander C.-G. Stubb, "Categorisation of Differentiated Integration," *Journal of Common Market Studies* 34 (1996): 283-295. Christian Deubner, "Differenzierte Integration: Übergangserscheinung oder Strukturmerkmal der künftigen Europäischen Union," *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. BI-2 (2003): 24-32.

sierungsargumentation, Bereitschaft und Fähigkeit, waren somit aus der Randlage in den Argumentationszusammenhang eingefügt worden. Doch die Sorge vor einer Spaltung entlang der Trennlinien „willig/unwillig“, „fähig/unfähig“ begründete die Etablierung eines Topos der Flexibilität in der Mitte des Argumentationszusammenhangs. Traditionell zeichnet sich die Debatte vor allem dadurch aus, dass sie das Argument der Flexibilisierung mit Kerneuropa-Konzepten und der Vorstellung eines Europas à la carte verband.<sup>432</sup> Diese Verbindung untermauerte jedoch die Frontstellung gegen eine Flexibilisierung. In Amsterdam überwog deswegen auch die defensive Argumentation. Die Frage war weniger, welche positiven Effekte durch eine Flexibilisierung erzielt werden könnten, als welche Auswirkung die Aufnahme des Arguments auf keinen Fall haben durfte, beispielsweise nach dem Modell des Schäuble-Lamers-Papiers<sup>433</sup> und seiner Kerneuropa-These.<sup>434</sup> Auch wenn das Sprachspiel von Amsterdam deutlich gemacht hatte, wo die Stärken des Arguments der verstärkten Zusammenarbeit liegen, blieb der Leerlauf der alten Debatte in den akademischen wie politischen Gedankenspielen noch immer vorhanden. Die beiden Diskussionsbeiträge von Joschka Fischer und Jacques Chirac in der Post-Nizza-Debatte lagen mit ihren Vorstellungen eines Gravitationszentrums oder einer Pioniergruppe noch immer nahe an der Kerneuropa-These, wenn auch in deutlich freundlicherer Formulierung.<sup>435</sup> Der Widerstand und die Sorge der Ausgeschlos-

---

432 Fritz Breuss und Stefan Griller (Hrsg.), *Flexible Integration in Europa. Einheit oder "Europa à la carte"* (Wien: Springer, 1998). Alex Warleigh, *Flexible Integration. Which Model for the European Union* (Sheffield: Sheffield University Press, 2002).

433 „Überlegungen zur europäischen Politik“ Schäuble-Lamers-Papier I, 01.09.1994: vgl. auch „Europa braucht einen Verfassungsvertrag“ Schäuble-Lamers-Papier II, 03.05.1999: [www.wolfgang-schauble.de/positionsPapiere/schaublelamers94/pdf\\_bzw\\_99/pdf](http://www.wolfgang-schauble.de/positionsPapiere/schaublelamers94/pdf_bzw_99/pdf)

434 Alexander C.-G. Stubb, "Negotiating Flexible Integration in the Amsterdam Treaty," in *European Integration After Amsterdam. Institutional Dynamics and Prospects for Democracy*, hrsg. von Karlheinz Neunreither und Antje Wiener (Oxford: Oxford University Press, 2000): 153-174, auf S. 171f.

435 Joschka Fischer, "Vom Staatenbund zur Föderation - Gedanken über die Finalität der europäischen Integration," *integration* 23 (2000): 149-156. „Unser Europa“ Rede von Jacques Chirac vor dem Deutschen Bundestag am 27. Juni 2000. Vgl. [www.bundestag.de/blickpkt/2000/chirac1.html](http://www.bundestag.de/blickpkt/2000/chirac1.html) Vgl. auch Mariano Barbato, "Vertiefung trotz Erweiterung - Ist die "Verstärkte Zusammenarbeit" das Patentrezept?," in *Der Vertrag von Nizza aus föderalistischer Sicht*, hrsg. von JEF-Deutschland (Berlin: JEF, 2001): 30-35; Christian Busse, "Braucht Europa einen Kern? Zur gegenwärtigen Diskussion um die Zukunft der europäischen Integration," *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. B47 (2000): 3-12.

senen, die das europäische Konsensargument auf ihrer Seite haben, wurden dadurch aber nicht bedeutend kleiner. Die im Umfeld des Konvents und des Irakkriegs entbrannte Debatte schrieb diese Problematik fort.<sup>436</sup>

Das Argument der Flexibilisierung kann nur dann ein legitimer Topos des europäischen Argumentationszusammenhangs werden, wenn es das konservative Konsensargument mit dem dynamischen Mehrheitsargument verbindet und es ihm gelingt, dass es sowohl den *acquis* des Status quo stärkt wie auch die Dynamik vergrößert. Ein Versuch, in Anlehnung an die Vorstellung eines „Europa à la carte“, die verstärkte Zusammenarbeit ohne das konservierende Leitbild einer gemeinsamen Struktur in das Belieben der Staaten zu stellen, ist damit ebenso wenig vereinbar, wie der Wunsch, es möge sich eine Staatenkoalition herausbilden, die als Kerneuropa nicht nur den *acquis*, sondern auch alle Flexibilisierungsschritte gemeinsam umsetzt und den Rest entweder grundsätzlich oder zumindest langfristig zurücklässt. Mancher befürchtete schon bei einer mehrfachen funktionalen Kernbildung ein Abdriften in ein Europa à la carte.<sup>437</sup>

Das größere Problem entstand aber bei dem Versuch, proeuropäische Mehrheiten unter den Bürgern zu organisieren. Die Volksabstimmungen über den Verfassungsvertrag hatten deutlich gemacht, dass weniger die Staaten und ihre Eliten, sondern die Loyalität der Bürger gegenüber ihrem Nationalstaat den Vertiefungs- und Erweiterungsschritten des Integrationsprojekts entgegenstanden. Als Konsequenz galt es bei den Befürwortern eines effizient durch Mehrheiten regierten Europas als nötig, diese Mehrheiten durch eine Politisierung über eine Personalisierung und Parlamentarisierung auch herzustellen. Die Politisierung ist zumindest als Polarisierung geglückt. Marks und Hooghe sprachen von einer postfunktionalistischen Situation, in der liberale Proeuropäer gegen populistische Europaskeptiker stehen. Durchexerziert wird dieser Versuch insbesondere gegenüber Polen und Ungarn, die von Europaskeptikern in diesem Sinne dominiert werden und deren Versuche eines illiberalen postkommunistischen Staatsumbau als Angriff auf die Rechtsstaatlichkeit gerahmt wird, wozu es teilweise auch konkreten Anlass gab.

Das wichtigste Schlachtfeld ist aber Frankreich, dessen europafreundlichen Eliten glauben, nur in der direkten Polarisierung das nationale

---

436 Jacques Derrida und Jürgen Habermas, "Unsere Erneuerung," *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 31. Mai 2003.

437 Christian Deubner, "Differenzierte Integration: Übergangerscheinung oder Strukturmerkmal der künftigen Europäischen Union," *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. BI-2 (2003): 24-32, auf S. 31f.

Ressentiment brechen zu können. Auch in Frankreich ist diese Strategie bisher nicht aufgegangen. Vielmehr besteht die Gefahr, dass das wachsende nationale Lager schlussendlich doch einmal die Präsidentschaftswahlen gewinnt. Das könnte wesentlich gravierendere Folgen haben als der relativ moderat gehandhabte Wahlsieg Giorgia Melonis in Italien, die sich dieser europapolitischen Polarisierung durch eine europafreundliche Politik von rechts zu entziehen sucht. Der konfrontative Stil der Politisierung steht im schroffen Gegensatz zur zentralen Stellung des Konsenses im Argument des integrierten Regierens.

Den größten Schadensfall, den diese Konfrontationsstrategie für Mehrheiten jenseits des Konsenses bisher ergeben hat, stellte der Brexit dar. Der britische Premierminister David Cameron setzte in einer Koalitionsregierung mit der proeuropäischen Liberalen Partei ein Referendum über den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union durch. Camerons Ziel war es nicht in erster Linie die europäischen Partner zu mehr Reformeifer oder Zugeständnissen im britischen Sinne und Interesse aufzufordern, auch wenn solche Verhandlungen und Vereinbarungen der Volksabstimmungen vorausgingen. Das zentrale Ziel war es, mit einer klaren Mehrheit der Briten für den europäischen Integrationsprozess den Europakritikern, gerade bei den Tories, den Wind aus den Segeln zu nehmen. Damit hatte sich Cameron verkalkuliert.<sup>438</sup> England und Wales stimmten gegen Schottland und Nordirland im Juni 2016 für den Brexit und entschieden so für den Austritt des Vereinigten Königreichs. Aus der Sicht einer radikalen Homogenisierung war diese Entscheidung der schwierigen Insel keine Katastrophe. Endlich war Europa einen notorischen Bremser los. Mit Großbritannien verlor das Integrationsprojekt aber nicht nur einen Bremser, sondern einen ökonomischen und sicherheitspolitischen Motor, ohne den Wohlstand und Frieden in Europa wesentlich weniger leicht erreicht werden können.

Die Umsetzung des Brexits geriet zu einer Farce, deren Ende nur durch eine eher burleske Variante des Durchschlagens des Gordischen Knotens zu haben war. Das Nachspiel dazu ist noch offen. Die im Lissabonner Vertrag aufgenommene Möglichkeit eines Austritts aus der „immer engeren Union“, war ja nicht dafür gedacht gewesen, ihn tatsächlich für einen Austritt zu nutzen. Es ging vielmehr in Sinne der radikalen Homogenisierungsstrategie

---

438 Geoffrey Evans and Anand Menon, *Brexit and British Politics* (Cambridge: Polity, 2017).

darum, eine Drohkulisse für unwillige Mitglieder zu schaffen, denen jetzt der Austritt bei Verweigerung nahegelegt werden konnte. Um diesen Sinn zu erhalten, war der europäischen Seite nicht daran gelegen, dem britischen Wunsch nachzukommen, den Brexit zu einem Erfolg werden zu lassen. Dementsprechend hart wurde vom französischen Unterhändler Michel Barnier verhandelt bis der Brexit Ende Januar 2020 vollzogen war, ohne das Problem der Entflechtung wirklich gelöst zu haben.<sup>439</sup> Die einschneidenden Pandemiemaßnahmen, die sich nahezu unmittelbar daran anschlossen, trugen dazu bei, die Zuordnung der Folgen zu erschweren. Ein Erfolg ist der Brexit bisher für Großbritannien nicht geworden. Die Polarisierungsstrategie wurde seither auch nicht überdacht, sondern gerade von Frankreich und Deutschland aus vehement fortgesetzt. Die Schwäche des europäischen Argumentationszusammenhangs, der auf Konsens ausgelegt ist, dürfte in diesem Ansatz der Polarisierung eine wesentliche Ursache haben.

---

439 Christopher Grey, *Brexit Unfolded. How no one got what they wanted (and why they were never going to)* (Hull: Biteback, 2021). Stefaan De Rynk, *Inside the Deal. How the EU Got Brexit Done* (Newcastle upon Tyne: Agenda, 2023).



## 5. Kapitel: Das Argument des Friedens

Das Argument des Friedens begründet noch vor dem des Wohlstands, warum sich das heterogene Europa integriert (regiert).<sup>440</sup> Wenn Heterogenität nicht zum Konflikt führen soll, müssen die jeweiligen virulenten Widersprüche in der Praxis des Aushandelns in neuen Formulierungen des Friedensarguments eingehegt werden.

Das Friedensargument fand zunächst im Prozess der *de-securitization*<sup>441</sup> zum Wohlstandsargument und der Wohlstand sicherte dann den Frieden. Das Friedensargument wird damit sowohl zur Bedingung des Wohlstandsarguments wie zu seinem Ergebnis. Die europäische Praxis befriedet die europäische Heterogenität durch den gemeinsamen Wohlstand und sichert durch die Vielzahl gemeinsamer funktionaler Sprachspiele des Wohlstands auch wieder den gemeinsamen Frieden. Wohlstand und Frieden sind gleichsam die beiden positiven Seiten der europäischen Medaille. Eine gemeinsame Verteidigung scheiterte jedoch am Souveränitätsanspruch Frank-

---

440 Lipgens und sein Schüler Loth vertreten das klassische Friedensargument. Vgl. u.a. Wilfried Loth, *Der Weg nach Europa* (Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, 1996). Milward verfiht die revisionistische Position, die sich von der „idealistischen“ Friedensromantik abwandte und realistischere Beweggründe im Zeichen liberaler Nutzenmaximierung stark machen will. Alan S. Milward, George Brennan und Federico Romero, *The European Rescue of the Nation-State* (Berkeley: University of California Press, 1992). Moravcsik schließt sich Milwards Forschungsarbeit an. Andrew Moravcsik, *The choice for Europe* (Ithaca: Cornell University Press, 1998). Dazu kritisch: Wilfried Loth, "Beiträge der Geschichtswissenschaft zur Deutung der Europäischen Integration," in *Theorien europäischer Integration*, hrsg. von Wilfried Loth und Wolfgang Wessels (Opladen: Leske+Budrich, 2001): 87-106, auf S. 93f. Aber auch Milward schränkt ein, dass das Friedensargument mit seinem Ansatz nicht in Frage gestellt werden soll: „The argument of this book should not be misunderstood. In bringing together so much evidence relating to the economic and social foundation of the Treaties of Rome there is no intention to deny the political motivations which are conventionally and correctly ascribed to the treaties. These are, that was a further guarantee of the peace settlement in western Europe; that it made central to this peace settlement a still closer Franco-German association [...]“ Alan S. Milward, George Brennan und Federico Romero, *The European Rescue of the Nation-State* (Berkeley: University of California Press, 1992) auf S. 208.

441 Ole Wæver, "Insecurity, security, and asecuritization in the West European non-war community," in *Security Communities*, hrsg. von Emanuel Adler und Michael Barnett (Cambridge: Cambridge University Press, 1998) 69-118. Zum Zusammenhang der Begriffe *security*, *asecurity*, *insecurity*, *securitization*, *de-securitization*, *re-securitization* vgl. besonders auf S. 69, 81.

reichs. Die Nato übernahm stattdessen unter amerikanischer Führung die Sicherheitspolitik für Westeuropa gegenüber der Bedrohung von außen.

Das Friedensargument begann bei der Aussöhnung nach den Weltkriegen vor allem zwischen den beiden Nachbarn und Hauptkontrahenten Frankreich und Deutschland.<sup>442</sup> Im topischen Sprachspiel des Schuman-Plans und der EGKS zeigt sich die Möglichkeit der *de-securitization* und der *security community*<sup>443</sup> und damit die Wende zum Argument des gemeinsamen Wohlstands. Im topischen Sprachspiel der gescheiterten EVG wird deutlich, dass das Argument der Aussöhnung und Einbindung kein funktionales Sprachspiel der Sicherheit und der Verteidigung errichten konnte. Dafür war der europäische Argumentationszusammenhang zu schwach. Die Ausdeutung des Friedensarguments im Sinne eines Arguments der gemeinsamen Verteidigung benötigte die direkte Beteiligung der angelsächsischen Akteure.

Bereits mit der Süderweiterung um die vordem autoritär regierten Länder Griechenland, Spanien und Portugal und schließlich mit dem Ende des Kommunismus in Europa und der Orientierung der postkommunistischen Staaten an der europäischen Praxis trat ein Wandel des Friedensarguments ein. Im topischen Sprachspiel der Stabilität lässt sich zeigen, wie sich das Gewicht von der Aussöhnung zur Stabilität verschob. Dabei ging es primär um die stabilitätspolitische Begründung des Beitritts der postkommunistischen Ländern Mittel- und Osteuropas. Die Voraussetzung für das Stabilitätsargument schuf aber das Bekenntnis des wiedervereinigten Deutschlands zu Europa durch den Vertrag von Maastricht und die darin festgelegte gemeinsame Außenpolitik und Währung. Die Aussöhnung wurde damit Teil der Stabilitätsargumentation. Auf diesem Weg konnte dann das Friedensargument in seiner Verbindung mit dem Wohlstandsargument die europäische Praxis, wie von den Transformationsstaaten gewünscht,

---

442 Lily Gardener Feldman, "Reconciliation and legitimacy: foreign relations and enlargement of the European Union," in *Legitimacy and the European Union. The contested polity*, hrsg. von Thomas F. Banchoff und Mitchell P. Smith (London: Routledge, 1999): 66-90.

443 Emanuel Adler und Michael Barnett, "A framework for the study of security communities," in *Security Communities*, hrsg. von Emanuel Adler und Michael Barnett (Cambridge: Cambridge University Press, 1998): 29-65; Emanuel Adler und Michael Barnett (Hrsg.), *Security Communities* (Cambridge: Cambridge University Press, 1998); Karl Wolfgang Deutsch, *Political community and the North Atlantic area* (New York: Greenwood Press, 1969).



zum „externen Sicherheits- und Modernisierungsanker“<sup>444</sup> machen. Frieden bedeutete damit die Stabilisierung von Demokratie und Wohlstand durch die Ausdehnung der europäischen Praxis auf alle Akteure, die als Teil der europäischen Heterogenität auch zur Umsetzung des Europaarguments gehören möchten.

Mit dieser Verschiebung des Friedensarguments von der Aussöhnung hin zur Stabilität erfolgte auch eine *re-securitization*. Die Frage der Aussöhnung war durch gemeinsamen Wohlstand besser möglich als durch gemeinsame Sicherheit und Verteidigung. Die Frage der Stabilität wurde immer noch vor allem durch das Argument des Wohlstands beantwortet, doch mit dem Stabilitätsargument ließ sich die Argumentation leichter in eine sicherheitspolitische Richtung lenken. Dort, wo die Heterogenität Europas noch nicht in den Topos „in Vielfalt geeint“ hineingefunden hatte, zeigte die europäische Praxis sich bereit, militärisch nachzuhelfen. Das Argument der Aussöhnung hätte zwar nach dem Ende der Kriege auf dem Balkan fortgesetzt werden können. Doch die europäische Praxis erwies sich während des Konflikts in ihrer Vorbildfunktion nicht in der Lage, als Stabilitätsanker zu wirken. Die transatlantische Hilfe für den militärisch robusten Einsatz, die die europäische Praxis daraufhin suchen musste, führte zur Bereitschaft, selbst militärisch zusammenzuarbeiten, die sich im topischen Sprachspiel von St. Malo zeigte und seitdem funktionale Sprachspiele der militärischen Sicherheitspolitik schafft, ohne darüber den amerikanischen Anteil an der Sicherung Europas wesentlich zu verringern. Zum Desaster geriet der ambivalente Versuch, über ein funktionales Sprachspiel der Nachbarschaft das Stabilitätsargument ohne militärische Absicherung nach außen zu projektieren. Ohne weitere Erweiterungen sollte im Sprachspiel der Nachbarschaft die normative Macht des Integrationsprozesses auch jenseits seiner Praxis Legitimität erzeugen. Im Zusammenbruch des Arabischen Frühlings und der Aggression Russlands gegen die Annäherung der Ukraine an die europäische Praxis trug das Argument des Friedens als Stabilität nicht mehr. Die europäische Praxis blieb auf Akteure jenseits ihrer Macht und Legitimität angewiesen.

---

444 András Inotai, "Die Beziehungen zwischen der EU und den assoziierten Staaten Mittel- und Osteuropas," *Europäische Rundschau* 22, Nr. 3 (1994): 19-35, auf S. 20.

§ 1: Das topische Sprachspiel der EGKS

*Paix* und *prospérité*<sup>445</sup> stellte der Auswärtige Ausschuss der französischen Nationalversammlung als die zentrale Zielsetzung des Schuman-Plans fest. Die Aussage des topischen Sprachspiels des Schuman-Plans und der EGKS lässt sich damit tatsächlich auf den Punkt bringen. Im funktionalen Sprachspiel der EGKS sollte ein Argumentationszusammenhang etabliert werden, der Frieden mit Wohlstand verband und so ein gemeinsames Ziel aus den europäischen Gegensätzen heraus aufzeigen konnte.

Die europäische Heterogenität sollte an ihrem zentralen deutsch-französischen Widerspruch eingehegt werden, der sich in der Ruhrfrage manifestierte: Wie kann die Ruhrindustrie produzieren, ohne dass sie Deutschland weggenommen werden muss, um Frankreich nicht zu ängstigen. Europäischer formuliert lässt sich der hier zu überwindende Widerspruch auch so begreifen: „Einerseits durfte das Ruhrgebiet nie wieder zur wirtschaftlichen Basis einer deutschen Aggression werden, andererseits war sein Rohstoffpotential für den Wiederaufbau Europas unverzichtbar.“<sup>446</sup> Milward ist zuzustimmen, dass auch die EGKS aus wirtschaftlichem Modernisierungswillen unternommen wurde.<sup>447</sup> Doch die kriegswirtschaftliche Bedeutung war ebenso Teil der Argumentation, wie die grundsätzlich wirtschaftliche Bedeutung von Kohle und Stahl. Das grundlegende Argument, das sich hier durchsetzte, war die Verbindung dieser beiden Präferenzen. Deutschland wollte die Ruhr behalten und Frankreich die von der Ruhrindustrie ausgehende Bedrohung verhindern. In der Argumentation wurde daraus das Argument der Aussöhnung und des Friedens. Diese Argumentation ließ sich fortsetzen, wenn, wie im Schuman-Plan entworfen, die Kontrolle über den Sektor Kohle und Stahl gemeinsam ausgeübt wurde, um damit in diesem Grundlagensektor für Krieg und Frieden einen einheitlichen Wirtschaftsraum herzustellen, der eine Separierung zu Kriegszwecken erschweren würde.

Mit dieser Argumentation begann sich nun aber nicht ein Geflecht von funktionalen Sprachspielen zur Sicherheit zu entwickeln, sondern ein Prozess der *de-securitization* setzte ein. Das funktionale Sprachspiel der

---

445 Uwe Rödings, *Globalisierung und europäische Integration. Der Strukturwandel des Energiesektors und die Politik der Montanunion, 1952-1962* (Baden-Baden: Nomos, 2000) auf S. 91.

446 Ibid. auf S. 71.

447 Alan S. Milward, George Brennan und Federico Romero, *The European Rescue of the Nation-State* (Berkeley: University of California Press, 1992) auf S. 46-118.

EGKS wurde ein ökonomisches. Von dort begann sich die Argumentation des Friedens in funktionale Sprachspiele des Wohlstandsarguments aufzufächern.

Im Detail des Schuman-Plans wird deutlich wie Frankreich aus seinem Argumentationszusammenhang heraus versuchte, das Argument des integrierten Regierens aufzugreifen. Vor dem Hintergrund der amerikanischen Position der langfristigen Stärkung Deutschlands als Partner im Kalten Krieg und dem grundsätzlichen Druck in Richtung einer Integration Europas war Frankreich, nach dem sich abzeichnenden Desinteresse Großbritanniens an einer Teilnahme an einer engen europäischen Integration,<sup>448</sup> in Zugzwang geraten. Die französische Industrie hing trotz der Bemühungen Monnets als Chef der französischen Planungsbehörde 1950 noch immer zu einem großen Ausmaß von der Kohleproduktion der Ruhr ab und konnte nach der sich abzeichnenden Aufhebung des Besatzungsstatuts für die Ruhr in eine ungünstige Position geraten. Die amerikanischen Kontakte Monnets, sein Fokus auf die Schwerindustrie und ihre generelle Bedeutung sowohl für den Wiederaufbau und die Friedenswirtschaft, wie ihr Gefahrenpotential als Basis der Kriegswirtschaft trugen dazu bei, das Argument des integrierten Regierens mit dem Argument des Friedens und des Wohlstands in einen Argumentationszusammenhang treten zu lassen.<sup>449</sup> In der Frage von Kohle und Stahl bot sich in der Verbindung von Frieden und Wohlstand das erste konkrete Betätigungsfeld für das Argument des integrierten Regierens an. Schuman formulierte im Begleitschreiben zu seinem Plan an Adenauer:

„Europa wird nicht in einem Schlage entstehen, und auch nicht als gemeinschaftliche Konstruktion. Es wird entstehen, wenn konkrete Leistungen zunächst eine tatsächliche Solidarität schaffen. Die Sammlung der europäischen Nationen erfordert es, daß die jahrhundertealte Gegnerschaft Frankreichs und Deutschlands ausgeschaltet wird. Die unter-

---

448 Wilfried Loth, "Der Abschied vom Europarat: Europapolitische Entscheidungen im Kontext des Schuman-Plans," in *Die Anfänge des Schuman-Plans: 1950/51*, hrsg. von Klaus Schwabe (Baden-Baden: Nomos, 1988): 183-195.

449 Frances Lynch, "The Role of Jean Monnet in Setting Up the European Coal and Steel Community," in *Die Anfänge des Schuman-Plans: 1950/51*, hrsg. von Klaus Schwabe (Baden-Baden: Nomos, 1988): 117-129. Holger Schröder, *Jean Monnet und die amerikanische Unterstützung für die europäische Integration 1950-1957* (Frankfurt am Main: Peter Lang, 1994). Vgl. auch Jean Monnet, *Erinnerungen eines Europäers* (München: dtv, 1980).

nommenen Schritte müssen in erster Linie Frankreich und Deutschland berühren [...]. Sie haben vor allem die Einrichtung einer Wirtschaftsunion zwischen unseren beiden Ländern vorgeschlagen. Für die französische Regierung ist nun der Augenblick gekommen, diesen Weg einzuschlagen. Sie will deshalb unverzüglich Maßnahmen auf einem begrenzten, aber entscheidenden Gebiet ergreifen. [...] Die französische Regierung schlägt vor, die Gesamtheit der französisch-deutschen Kohle- und Stahlproduktion einer hohen Stelle im Rahmen einer Organisation, der die anderen europäischen Länder beitreten können, zu unterstellen.<sup>450</sup>

Der Schuman-Plan griff dann auch das Kohle- und Stahlthema nicht als wirtschaftliches Regulierungsproblem oder als Frage eines Industriesektors auf, sondern als eine Frage der Einigung des Kontinents in Frieden und Wohlstand. Weder die französische Intention, die Ruhr nicht wieder in die Hände der alten Besitzer zu legen,<sup>451</sup> noch die Steuerung der Montanindustrie<sup>452</sup> waren dann auch von besonderem Erfolg gekrönt.<sup>453</sup> Doch auch wenn die Besitz- und Machtverhältnisse anders aussahen, als von französischer Seite gewünscht, fand dies doch in einem völlig neuen Rahmen statt. Kohle und Stahl sollten europäischen Frieden und Wohlstand garantieren und hatten ein institutionelles Gefüge für diesen Argumentationszusammenhang geschaffen, das mit Hoher Behörde, Ministerrat, Parlamentarischer Versammlung und Schiedsstelle bereits die Institutionen des integrierten Regierens begründete. Die potentielle Gefahr einer kriegswirtschaftlich entscheidenden Industrie war damit über das Argument der Ausöhnung in den Bereich des Wohlstandsarguments geschoben worden. Die-

---

450 Hans Jürgen Küsters, "Die Verhandlungen über das institutionelle System zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl," in *Die Anfänge des Schuman-Plans: 1950/51*, hrsg. von Klaus Schwabe (Baden-Baden: Nomos, 1988): 73-102, auf S. 76.

451 John Gillingham, "Solving the Ruhr Problem: German Heavy Industry and the Schuman Plan," in *Die Anfänge des Schuman-Plans: 1950/51*, hrsg. von Klaus Schwabe (Baden-Baden: Nomos, 1988): 399-436; John Gillingham, *Coal, Steel and the Rebirth of Europe: the Germans and the French from Ruhr Conflict to Economic Community* (Cambridge: Cambridge University Press, 1991).

452 Werner Bühner, "Die Montanunion - ein Fehlschlag?," in *Die Europäische Integration vom Schuman-Plan bis zu den Verträgen von Rom*, hrsg. von Gilbert Trausch (Baden-Baden: Nomos, 1993): 75-90.

453 Hans Jürgen Küsters, "Die Verhandlungen über das institutionelle System zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl," in *Die Anfänge des Schuman-Plans: 1950/51*, hrsg. von Klaus Schwabe (Baden-Baden: Nomos, 1988): 73-102.

se Argumentation des topischen Sprachspiels der EGKS setzte sich zentral fest. Nachdem die Kohle als energiewirtschaftliche Basis der europäischen Industrie schon bald vom Öl verdrängt wurde,<sup>454</sup> lag die argumentative Kraft des hier angestoßenen funktionalen Sprachspiels weniger in seinem langfristigen Beitrag zum konkreten europäischen Wohlstand als in seiner Verbindung des Friedensarguments der Aussöhnung mit dem Ziel des gemeinsamen Wohlstands im Prozess der *de-securitization*.

## § 2: Das topische Sprachspiel der EVG

Nachdem am 29. August 1954 die Befassung mit dem EVG-Vertrag von der französischen Nationalversammlung schon vertagt worden war, stimmte sie einen Tag später dem Antrag zur Geschäftsordnung endgültig zu, die Entscheidung über die EVG von der Tagesordnung zunehmen. 319 Mitglieder der Nationalversammlung überstimmten bei 12 Enthaltungen die anderen 264 Mitglieder. Die siegreichen Fraktionen begannen die Marseillaise anzustimmen, worauf ihnen die unterlegene Seite ironisch mit der ersten Strophe des Deutschlandlieds antwortete. Nicht Frankreich hätte gesiegt, sondern das Ergebnis sei „Deutschland, Deutschland über alles“.<sup>455</sup>

Unter dem Eindruck des Koreakriegs sollte Deutschland so schnell wie möglich wiederbewaffnet, militärisch eingebunden und gegen die kommunistische Bedrohung in Stellung gebracht werden.<sup>456</sup> Für Europa und besonders für Frankreich war aber im Gegensatz zur amerikanischen Perspektive das deutsche Gefahrenpotential im Vergleich zur sowjetischen

---

454 Uwe Rödings, *Globalisierung und europäische Integration. Der Strukturwandel des Energiesektors und die Politik der Montanunion, 1952-1962* (Baden-Baden: Nomos, 2000) besonders auf S. 418-423. Vgl. zum ökonomischen Aspekt auch Werner Bühner, *Ruhrstahl und Europa. Die Wirtschaftsvereinigung der Eisen- und Stahlindustrie und die Anfänge der europäischen Integration* (München: Oldenbourg, 1986); Jens Evers, *Der EGKS-Vertrag und die europäische Industriepolitik* (Berlin: Mensch-und-Buch, 2001).

455 Michael Kreft, *Die Europäische Union als Sicherheitsinstitution. Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft im kulturell-institutionellen Kontext der europäischen Integration* (Osnabrück: Der Andere Verlag, 2002) 185.

456 Klaus A. Maier, "Die internationale Auseinandersetzung um die Westintegration der Bundesrepublik Deutschland und um ihre Bewaffnung im Rahmen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft," in *Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956. Band 2. Die EVG-Phase*, hrsg. von Militärgeschichtliches Forschungsamt (München: Oldenbourg, 1990) 1-234.

Bedrohung nicht marginal. „Paris wollte zwar immer Sicherheit *für* die Bundesrepublik, aber stets nur unter dem Primat der Sicherheit *vor* ihr.“<sup>457</sup>

Wie bei der EGKS ging es bei der EVG um das Dilemma, das Potential Deutschlands zu aktivieren, ohne daraus eine Gefahr werden zu lassen. Das gesungene Sprachspiel zur EVG in der französischen Nationalversammlung bringt das deutlich zu Gehör. Es ging weniger um die Sowjetunion als um Deutschland. Die Abwehr der sowjetischen Bedrohung konnte nur unter amerikanischer Führung und britischer Beteiligung bewerkstelligt werden. Dass Deutschland dort eingebunden werden sollte, war unabwendbar und lag außerhalb der europäischen Argumentation. Mit dem Plevan-Plan versuchte Frankreich die deutsche Wiederbewaffnung über das Europaargument für Frankreich möglichst gefahrlos zu gestalten. In der Argumentation Monnets, die hinter dem Plevan-Plan stand, war die durch den Kalten Krieg erzwungene schnelle Wiederbewaffnung Deutschlands die Vorgabe der außereuropäischen Argumentationszusammenhänge. Für seinen Plan war dieser sicherheitspolitische Aspekt jedoch weniger zentral. Die Fortsetzung der europäischen Argumentation stand im Vordergrund. Die EVG war damit in doppelter Hinsicht ein Projekt zum Ausbau der europäischen Praxis. Es sollte die bereits begonnene Argumentation stützen und ein neues funktionales Sprachspiel etablieren.<sup>458</sup> Beides scheiterte kurzfristig, war aber mittelfristig dahingehend erfolgreich, dass es dem Argument des Wohlstands indirekt den Weg wies und langfristig dadurch, dass es die Möglichkeit des funktionalen Sprachspiels Sicherheit/Verteidigung als vertane Chance am Rand des europäischen Argumentationszusammenhangs ablegte und so einen Topos schuf, auf den sich die Praxis immer wieder beziehen konnte.

Ähnlich wie im funktionalen Sprachspiel der EGKS waren aber auch hier wichtige Argumentationslinien des zukünftigen Arguments des integrierten Regierens und des Friedens schon formuliert worden. Im Artikel 2 des unterzeichneten EVG-Vertrags war festgelegt, dass der gemeinsame Verteidigungsfall bei einem Angriff auf die Vertragsparteien oder die Europaarmee in Europa eintreten würde. Für den später sich entwickelnden

---

457 Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.), *Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956. Band 2. Die EVG-Phase* (München: Oldenbourg, 1990) auf S. XIII.

458 Vgl. Michael Kreft, *Die Europäische Union als Sicherheitsinstitution. Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft im kulturell-institutionellen Kontext der europäischen Integration* (Osnabrück: Der Andere Verlag, 2002) auf S. 202.

Topos der Verteidigung als verpasste Chance im Zusammenhang mit Europas Rolle in der Welt ist hier aufschlussreich, dass Verteidigung territorial und geographisch definiert wurde. Es ging um Sicherheit und Frieden für Europa, weder für seinen Rand noch für die Welt. Für die außereuropäischen Aufgaben, beispielsweise als Kolonialmächte, wurden Truppenteile aus dem Verbund der EVG ausgeklammert, was auch dem Wunsch Frankreichs entgegenkam, keine deutsche Armee entstehen zu lassen, aber eine französische zu erhalten. Dort wurde auch der später noch zu diskutierende Topos der eigenständigen Verteidigung Europas festgeschrieben. Bei Einstimmigkeit wollte sich die EVG gegenüber Vorgaben der NATO und damit der USA lösen und militärisch eigenständig handeln. Die Institutionen der EVG sollten sich nicht nur mit denen der EGKS möglichst decken – so waren Versammlung und Gerichtshof identisch –, sondern hier wurde auch festgeschrieben, dass im Sinne der von Schuman in den Verhandlungen noch nachgeschobenen Europäischen Politischen Gemeinschaft der Integrationsprozess weitergehen sollte. Die EVG war damit zwar auch ein Beistandspakt, ging aber doch weit über die Argumentation eines Verteidigungsbündnisses wie dem des Brüsseler Vertrags hinaus.<sup>459</sup>

Die Unterzeichnung des Vertrags war weniger der Abschluss als nur ein Zwischenstopp im Aushandeln weiterer Wünsche. Die Verhandlungen zogen sich trotz amerikanischen Drucks über die Jahre 1952 und 1953 hin, bis dann das Projekt der EVG im französischen Ratifizierungsprozess endgültig scheiterte und die deutsche Wiederbewaffnung ausschließlich im transatlantischen Argumentationszusammenhang stattfand und eingehegt wurde.<sup>460</sup>

Die EVG war wie die EGKS ein Versuch, deutsche Machtpotentiale nur innerhalb des Europaarguments wiedererstehen zu lassen. Doch innerhalb des Europaarguments der „Einheit in Vielfalt“ kann Heterogenität nur dann überbrückt werden, wenn die Beteiligten bereit sind, die Kosten der Homogenisierung ausgewogen zu tragen. Dazu war Frankreich auf dem sensiblen Gebiet der Verteidigungspolitik nicht willens. Nachdem deutlich wurde, dass das Argument des integrierten Regierens nur ein gleichberech-

---

459 Ibid. auf S. 167-174.

460 Militärgeschichtliches Forschungsamt (Hrsg.), *Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956. Band 2. Die EVG-Phase* (München: Oldenbourg, 1990); Edward Furdson, *The European Defence Community: A History* (London: Macmillan, 1980); Kevin Ruane, *The Rise and Fall of the European Defence Community: Anglo-American Relations in the Crisis of European Defence, 1950-1955* (Houndmills: Macmillan, 2000).

tigtes Zusammengehen Frankreichs und Deutschlands zuließ, zog sich Frankreich zurück. Anders als bei der sektoriellen Integration von Kohle und Stahl eröffnete die gemeinsame Verteidigung keine Perspektiven, die innerhalb der besonderen französischen Argumentationszusammenhänge die Argumentationslinie Monnets noch einmal getragen hätten. Das Argumentationspaar von Frieden und Verteidigung gehört anders als das von Frieden und Wohlstand nahezu ausschließlich in den transatlantischen Argumentationszusammenhang. Monnets Versuch, das Europaargument mit dem Friedensargument auch in Hinblick auf die Verteidigung zu verbinden, schlug damit fehl. Die Schaffung einer *security community* über ein funktionales Sprachspiel der klassischen Sicherheitspolitik und der Verteidigung war damit innerhalb des Europaarguments gescheitert. Das europäische Argument des Friedens lief, wie im Sprachspiel des Schuman-Plans begonnen, weiter auf eine Argumentation der *de-securitization* hinaus. Die Frage der Verteidigungspolitik trennte sich damit vom Friedensargument und vom Europaargument.<sup>461</sup>

### § 3: Das topische Sprachspiel der Stabilität

Das Stabilitätsargument war bereits Teil des Aussöhnungsarguments und auch Teil des Versuchs, das Argument des integrierten Regierens mit dem der Verteidigung zu verbinden. Je mehr sich die Aussöhnung vollzog und die Notwendigkeit der Verteidigung gegen eine direkte Bedrohung von außen mit dem Ende des Kalten Kriegs schwand, desto deutlicher trat die Komponente der Stabilität allein hervor. Gelegentlich bekommt diese Verschiebung zum Stabilitätsargument einen pejorativen Stempel aufgedrückt. Die alte Vorstellung einer „immer engeren Union“ würde durch den Wunsch nach einer bloßen Stabilitätsgemeinschaft abgelöst.<sup>462</sup> Im topischen Sprachspiel der Stabilität lässt sich zeigen, dass diese Befürchtung in der europäischen Praxis keinen Platz hat, sondern sich ganz im Gegenteil die europäische Praxis hier nahtlos fortsetzt.

Beim deutsch-französischen Kernkonflikt stand die Aussöhnung im Mittelpunkt des Friedensarguments. Zuerst musste die Heterogenität dieser beiden Kontrahenten und damit des ganzen westeuropäischen, von

---

461 Vgl. auch Gülnur Aybet, *The Dynamics of European Security Cooperation, 1945-91* (Houndmills: Palgrave, 1997) auf S. 82-86.

462 Beispielsweise Werner Weidenfeld, "Erweiterung ohne Ende. Europa als Stabilitätsraum strukturieren," *Internationale Politik* 55 (2000) 1-10.



Deutschland überfallenen und gerade wieder befreiten Nachkriegseuropas ein Stück weit überwunden werden. Dies geschah schon vor dem Hintergrund der Stabilisierung im amerikanischen Westen, zu dem nun auch Westdeutschland gehören sollte, gegen die kommunistische Bedrohung von innen und außen.<sup>463</sup> Die europäische Praxis bezog ihre Stabilität damit hier noch von außen, aus dem amerikanischen Argumentationszusammenhang des Westens.

Erst mit den Süderweiterungen in den 1980er Jahren zeigte die europäische Praxis, dass sie in der Lage ist, selbst Stabilität zu exportieren. Nach der Diktatur der Obristen in Griechenland, dem langsamen Übergang zur Demokratie in Spanien nach Francos Tod und dem Ende der autoritären Herrschaft Salazars in Portugal durch ein sozialistisches Intermezzo bot die europäische Praxis ihr Europaargument an, um diese Demokratisierungsprozesse zu unterstützen und sie in die *security community* der „immer engeren Union“ aufzunehmen.<sup>464</sup> Die Heterogenität der liberalen europäischen Praxis zu den rechtsgerichteten Diktaturen hatte zu keinem handfesten Konflikt geführt, eine Aussöhnung stand somit nicht an. Innerhalb der Argumentation des Kalten Kriegs waren diese Diktaturen sogar noch als Teil des eigenen Lagers wahrgenommen worden, was beispielsweise in Griechenland eine anti-westliche und anti-europäische Haltung auf der linken Seite des politischen Spektrums stützte. Dennoch war klar, dass die liberale, europäische Praxis diese Länder ganz zu sich und ihrem Argumentationszusammenhang herüberziehen wollte. Nicht nur, um deren sich entwickelnde Demokratien zu stabilisieren, sondern auch um die eigene Geschichte von Frieden durch Wohlstand in der *security community* der „immer engeren Union“ weiter ausdehnen und damit auch selbst stabilisieren zu können.

Stabilität äußert sich damit als in die Zukunft gerichtetes Projekt. Der europäische Argumentationszusammenhang des nach Wohlstand strebenden Friedens gibt für ganz Europa die Zukunft vor und nimmt damit ganz Europa in seine Zukunft mit hinein. Wenn ihm das durch eine mit dem Beitrittsversprechen bewährte Diplomatie gelingt, stabilisiert er auch zugleich sich selbst.

---

463 Wolfram F. Hanrieder, *Deutschland, Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-1994. 2. völlig überarbeitete und erweiterte Auflage* (Paderborn: Schöningh, 1995); Ludolf Herbst, *Option für den Westen* (München: dtv, 1989).

464 Frances Nicholson und Roger East (Hrsg.), *From the Six to the Twelve. The Enlargement Process of the European Communities* (Harlow: Longman, 1987).

Die Süderweiterung markierte den ersten Schritt hin zu dieser Argumentation, deren Ausmaß die europäische Praxis in der Chance des Umbruchs von 1989 so überraschend traf, dass sie beinahe überfordert gewesen wäre.<sup>465</sup> Nachdem sich das Ende des Kalten Kriegs abzuzeichnen begann, setzte sich, nach einem anfänglichen Leerlauf nationaler und bilateraler Versuche mit den Transformationsstaaten ins Gespräch zu kommen, die Argumentationslinie durch, dass die Herausforderung des Wandels nur innerhalb der europäischen Praxis geschultert werden könne. Die gemeinsame europäische Praxis wurde so der Rahmen zur Sicherung der osteuropäischen Reformen von westeuropäischer Seite.

Das Argument der Stabilität gab den Ausschlag für die Erweiterung: „To ensure Europe’s security, the EU would have to enlarge.“<sup>466</sup> In diesem Kontext entfaltete das Argument der Stabilität in der Errichtung des funktionalen Sprachspiels der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik langsam seine Wirkung. Zuerst musste sich die europäische Praxis mit der GASP einen Argumentationszusammenhang schaffen, der sicherstellte, dass sie die Herausforderung, als Stabilitätsanker für den Osten zu wirken, gemeinsam annahm und sich dabei nicht selbst destabilisierte.<sup>467</sup> Gerade das größer und stärker gewordene Deutschland musste besonders Frankreich gegenüber versichern, dass es keine alten Mitteleuropakonzepte<sup>468</sup> wieder aufleben lassen wollte, sondern als Teil der europäischen Praxis an der Ausdehnung dieser Praxis auf den Osten interessiert war und sich nicht anschickte, einen eigenen Hinterhof für neue, alte Machtprojektionen einzurichten. Die europäische Praxis bedurfte für diese Aufgabe dringend der von Jørgensen mit Bezug auf Gadamer formulierten Horizontverschmel-

---

465 Vgl. für die doch erzielten Erfolge als Stabilitätsanker im Transformationsprozess u.a. Christiane Frantz, *EU-Integration als Transformationsrahmen* (Opladen: Leske+Budrich, 2000).

466 Karen Smith, *The Making of EU Foreign Policy. The Case of Eastern Europe* (Houndmills: Macmillan, 1999) auf S. 119.

467 Die Bedeutung der GASP als nach innen gerichtete Stabilisierungsversuch ist das zentrale Argument bei Michael Kreft, *Die Europäische Union als Sicherheitsinstitution. Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft im kulturell-institutionellen Kontext der europäischen Integration* (Osnabrück: Der Andere Verlag, 2002).

468 Dazu kritisch Bruno Schoch, "Renaissance der Mitte - Ein fragwürdiger Bestandteil deutscher Ideologie kehrt zurück," in *Deutschlands Einheit und die Zukunft Europas*, hrsg. von Bruno Schoch (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1992): 120-149.

zung.<sup>469</sup> Im funktionalen Sprachspiel der GASP und ihres verschmelzenden Horizonts einer gemeinsamen Wahrnehmung außenpolitischer Probleme konnte sich so ein gemeinsamer Argumentationszusammenhang aufbauen, der zur Implementierung der Stabilitätsargumentation gebraucht wurde. Das funktionale Sprachspiel der Erweiterungsvorbereitung übernahm dann im Anschluss die Argumentation und setzte die Stabilitätsargumentation auf seine Weise fort.

Mit der GASP war der Rahmen geschaffen, mit dem die europäische Praxis nicht nur ihre eigene Stabilität weiter gesichert hatte, sondern auch ihre Rolle als Stabilitätsanker für den Osten annehmen konnte. Ihre Aufgabe bestand darin, durch konditionalisierte Hilfe den Transformationsprozess zu begleiten und durch ihre Vorbildwirkung eine Zukunft anzuzeigen, an die die Transformationsstaaten mit der Aussicht eines Beitritts glauben konnten.<sup>470</sup>

Die Erfolge dieser Politik lagen vor allem im präventiven Bereich, aber auch in der Konfliktnachsorge.<sup>471</sup> Ein offener militärischer Konflikt, wie in Jugoslawien, überforderte sie. Am stärksten war sie, wenn das Angebot des Beitritts eine reale Option darstellte.

Mit den Beitrittsbedingungen und der Überwachung des Implementierungsprozesses erhielt die europäische Praxis entscheidenden Einfluss auf die Argumentation im Osten Europas. Argumente und Argumentationszusammenhänge, die von anderen Diskursen als den im europäischen Sprachspiel vorherrschenden genährt werden, z.B. ethno-nationalistische, verloren innerhalb der osteuropäischen Praxis ihre Legitimation, weil sie nicht mit der europäischen Praxis übereinstimmten und deswegen zum Ausschluss aus der europäischen Praxis führen würden. Wenn sie aber trotzdem Einfluss gewannen oder sogar dominant wurden, verlor die europäische Praxis ihre Möglichkeit über die Projektion einer gemeinsamen Zukunft stabilisierend zu wirken. Damit würde sich ein Gegendiskurs ent-

---

469 Knud Erik Jørgensen, "PoCo: The Diplomatic Republic of Europe," in *Reflective Approaches to European Governance*, hrsg. von Knud Erik Jørgensen (London: Macmillan, 1997): 167-180, auf S. 178.

470 Für diese Argumentation vgl. vor allem Karen Smith, *The Making of EU Foreign Policy. The Case of Eastern Europe* (Houndmills: Macmillan, 1999).

471 Neil Winn und Christopher Lord, *EU Foreign Policy beyond the Nation State* (Houndmills: Palgrave, 2001). Mathias Dembinski, "Kein Abschied vom Leitbild "Zivilmacht". Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik und die Zukunft der Europäischen Außenpolitik," *HFSK-Report 12* (2002); Christopher Hill, "The EU's Capacity for Conflict Prevention," *European Foreign Affairs Review 6* (2001): 315-334.

fesseln, der die europäische Praxis selbst destabilisieren würde. Die europäische Praxis war daher sehr darum bemüht, diesen Gegendiskurs über das Zuckerbrot ihrer ökonomischen Argumentation des Wohlstands und die Konditionalität ihrer Hilfe in Schach zu halten. Wirtschaftliche Hilfen waren immer direkt an die Einhaltung der Menschenrechte gebunden. Die Beitrittsbedingungen mit einer realistischen Beitrittsperspektive waren im funktionalen Sprachspiel der Erweiterungsvorbereitung aber auch schon im stabilisierenden funktionalen Sprachspiel der GASP die zentralen Argumente.

Doch die europäische Praxis mischte sich auch direkt mit dem klassischen Instrument der diplomatischen Vermittlungen in drohende Konflikte ein. Nach dem Auseinandergehen von Tschechen und Slowaken bereitete die Slowakische Republik unter Vladimír Mečiar mit ihrer Politik gegenüber Minderheiten und anderen Menschenrechtsverletzungen erhebliche Sorgen. Die EU übte starken diplomatischen Druck aus und setzte ihre Hilfen aus. Für die interne slowakische Argumentation wurden die Abwahl Mečiar und sein Fernhalten von Regierungsämtern durch die europäischen Argumente gestützt. Ähnlich verlief die Argumentation gegenüber Rumänien, als dort rechtspopulistische Parteien an der Regierung beteiligt wurden. Im Konflikt zwischen Ungarn und der Slowakischen Republik (bzw. davor der CSFR) gelang es der EU nach langwieriger und kontinuierlicher Begleitung der Verhandlungen diesen Konflikt nicht eskalieren zu lassen und die beiden Kontrahenten dazu zu bewegen, den Streit vor dem Internationalen Gerichtshof auszutragen. Diese Fähigkeit nahm in der erfolgreich erweiterten Union im Zuge der polarisierenden Politisierung ab und führte insbesondere mit Polen und Ungarn zu massiven Spannungen

Im Kontext des Stabilitätsarguments steht auch der Stabilitätspakt des französischen Ministerpräsidenten Édouard Balladur, den dieser auch in aufschiebender Absicht am 15. April 1993 vor dem Gipfel von Kopenhagen präsentierte. Die europäische Praxis akzeptierte die stabilitätspolitische Argumentation, mit der die hinauszögernde Intention vorgetragen wurde, griff diese aber als unterstützend für den Weg der Erweiterung und nicht als deren Ersatz auf. Balladurs Plan sah vor, Minderheitenkonflikte und Grenzstreitigkeiten in einem kleineren Rahmen als dem der OSZE zu lösen. Entscheidend war, dass keine Grenzkonflikte in die EU hineingetragen werden sollten. Trotz der Bedenken gegenüber einer französischen Strategie, die OSZE und damit Amerikas Einfluss in Europa zu unterminieren, kam der Sondergipfel vom 29. Oktober 1993 darin überein, als erste Ge-

meinsame Aktion der neuen GASP den Stabilitätspakt mit neun mittel- und osteuropäischen Staaten zu beschließen. Dabei war aber klar, dass der Stabilitätspakt nur Probleme zwischen den mittel- und osteuropäischen Staaten untereinander lösen sollte. Albanien und Slowenien, die Minderheitenkonflikte mit Griechenland bzw. Italien hatten, durften nicht beitreten. Nach einem Jahr Verhandlungen wurde der Pakt bei der Konferenz am 20./21. März 1995 in Paris mit einer feierlichen Erklärung verabschiedet, der über 100 Übereinkommen zwischen den direkt beteiligten Staaten und ihren Nachbarn angehängt wurde. Unter der Führung Frankreichs machte hier die europäische Praxis den, wenn auch vorerst nur symbolischen Anspruch geltend, Europa selbst zu befrieden.<sup>472</sup>

Der gleiche Anspruch wurde auch für den Konflikt im zerfallenden Jugoslawien erhoben. Doch der Krieg in Jugoslawien zeigte nicht nur die Schwäche der europäischen Praxis, auf die Reaktion darauf wird im nächsten Abschnitt einzugehen sein, sondern auch die bereits entwickelte Stärke. Entlang der Argumentationslinien, die bis in den Ersten Weltkrieg hineinreichten, zog sich der Bruch durch die europäische Praxis, welchen Argumenten man im zusammenbrechenden Jugoslawien Gehör schenken sollte. Inhaltlich konnte keiner den anderen überzeugen. Deutschland war zu der Ansicht gekommen, dass Jugoslawien am Ende war und man den Konflikt durch die staatliche Anerkennung der Teilrepubliken Slowenien und Kroatien in befriedende internationale Bahnen lenken müsse. Unter der Führung von Frankreich und Großbritannien waren die anderen Europäer der Ansicht, dass Jugoslawien erhalten werden könnte und müsste oder dass zumindest der serbischen Argumentation mit Druck auf Kroatien entgegenzukommen wäre. Die inhaltliche Argumentation in dieser Frage war festgefahren. Nun brach Deutschland die Regel, dass es seine Außenpolitik nur im Konsens mit den anderen gestalten würde. Damit wurde von Deutschland, das sich gerade mit der Argumentation des Selbstbestimmungsrechts der Völker wiedervereinigt hatte, die Stabilität der europäischen Praxis im gerade entstandenen funktionalen Sprachspiel der GASP aufs Äußerste getestet, ja in dem durch die Einheit ohnehin nicht leichten Umfeld der Aussöhnungsargumentation bis in die Tiefen des europäischen Argumentationszusammenhang hinein ausgereizt. Um die europäische Argumentation nicht zu gefährden, brachen nun die anderen Europäer eine

---

472 Karen Smith, *The Making of EU Foreign Policy. The Case of Eastern Europe* (Houndmills: Macmillan, 1999) auf S. 135-161.

weitere Regel, nämlich die, dass Deutschland in der europäischen Außenpolitik nicht führt. Gegen ihre eigenen Überzeugungen überließen nun Frankreich und Großbritannien Deutschland die Führung in der Argumentation gegenüber dem Konflikt auf dem Balkan und Slowenien und Kroatien wurden anerkannt. Das Argument der eigenen Stabilisierung durch das funktionale Sprachspiel der GASP war innerhalb des europäischen Argumentationszusammenhangs so durchsetzungsstark verankert, dass es sich auch in dieser Krisensituation als belastbar erwies.<sup>473</sup> Damit war aber nun in keiner Weise die Durchsetzungsfähigkeit der deutschen und nun europäischen Argumentation gegenüber Jugoslawien erreicht. Sie erwies sich vielmehr als Fehlschlag, der dann im Krieg um Bosnien deutlich wurde.

Der Bruch in der GASP fand erst eine Dekade später in dem außereuropäischen Argumentationszusammenhang<sup>474</sup> des Irakkriegs statt, als ein Großteil der europäischen Partner unter der Führung Großbritanniens die deutsch-französische Kritik an den USA nicht mittragen wollte. Innerhalb des Friedensarguments kommt die Stabilität des transatlantischen Argumentationszusammenhangs immer noch vor der Stabilität der europäischen Praxis.

Im topischen Sprachspiel der Stabilität schien damit die neue Konstellation des Friedensarguments nach dem Ende des Ost-West-Konflikts auf. Zuerst versicherte sich das Friedensargument mit der deutschen Zusicherung, nach der Einheit in der europäischen Praxis zu bleiben, die Stabilität seiner Grundlage in der Aussöhnung. Damit begann es den Aufbau seines funk-

---

473 Thomas Jäger, Jens Paulus und Katrin Winter, "Macht Führung Regeln? Die Koordination der Außenpolitiken der EG-Staaten im Konflikt um Jugoslawien 1991/92," in *Deutschland zwischen Europäisierung und Selbstbehauptung*, hrsg. von Michèle Knodt und Beate Kohler-Koch (Frankfurt am Main: Campus, 2000): 110-134.

474 Vgl. dazu John Peterson und Mark Pollack (Hrsg.), *Europe, America, Bush: Transatlantic Relations in the 21st Century* (London: Routledge, 2003). Der alte Topos von „Europas Rolle in der Welt“, der ebenfalls zentral das funktionale Sprachspiel der GASP begründet, hat es wesentlich schwerer, eine gemeinsame Politik anzustoßen als das Stabilitätsargument im Zusammenhang mit dem Europaargument. Vgl. zur GASP und Europas Rolle in der Welt u.a. Marc Gottschald, *Die GASP von Maastricht bis Nizza* (Baden-Baden: Nomos, 2001); Gisela Müller-Brandeck-Bocquet (Hrsg.), *Europäische Außenpolitik. GASP- und ESVP-Konzeptionen ausgewählter EU-Mitgliedstaaten* (Baden-Baden: Nomos, 2002); Simon J. Nuttall, *European Foreign Policy* (Oxford: Oxford University Press, 2000); Pierre Willa und Nicolas Levrat (Hrsg.), *Actors and models. Assessing the European Union's External Capability and Influence* (Genf: Université de Genève, 2001); Neil Winn und Christopher Lord, *EU Foreign Policy beyond the Nation State* (Houndmills: Palgrave, 2001).

tionalen Sprachspiels der GASP. Dessen Aufgabe war es, bevor das funktionale Sprachspiel der Beitrittsvorbereitung eingesetzt werden konnte, Mittel- und Osteuropa zu stabilisieren, indem es den Beitritt in Aussicht stellte und über dieses Angebot die Politik der mittel- und osteuropäischen Staaten beeinflusste. Das funktionale Sprachspiel der GASP war im Jugoslawienkrieg bereits in seiner Außenwirkung überfordert, hielt aber zusammen. Erst im gaullistischen Verstoß gegen die transatlantische Argumentationslinie des Irakkriegs kam es zum offenen Bruch. Die Stärke der Zivilmacht EU liegt in der Prävention, durch ihre Vorbildwirkung und ihr Beitrittsangebot. Darauf mochte sich die europäische Praxis jedoch nicht beschränken und rüstete auf.

#### § 4: Das topische Sprachspiel von St. Malo

Am topischen Sprachspiel von St. Malo von 1998 lässt sich zeigen, wie die Militarisierung des Friedensarguments einsetzte und schließlich scheiterte. Mit dem Brexit 2020 und dem epochalen Abzug der Nato aus Afghanistan 2021 wurde sie ihrer externen Grundlage beraubt. Die Militarisierung gelang nicht über eine kollektive Verteidigung – wie mit der EVG gescheitert oder auch mit der Beistandsklausel bei der Integration der WEU zumindest eingeschränkt geglückt. Sie gelang auch nicht über dem immer wieder auftauchenden Topos von „Europas Rolle in der Welt“ – wie mit der GASP nur mäßig erfolgreich. Sie gelang über die Militarisierung des Stabilitätsarguments hin zu einer Argumentation der Intervention im noch nicht integrationsbereiten und integrationsfähigen, aber doch zum europäischen Argumentationszusammenhang gehörenden Teil des Kontinents. Die Verschiebung jeder militärischen Argumentation in die transatlantische Praxis wurde unter diesen neuen Voraussetzungen eingeschränkt revidiert, erwies sich jedoch nicht als nachhaltig.

Das Scheitern des funktionalen Sprachspiels der GASP am Konflikt auf dem Balkan und die Abhängigkeit von den USA bei der Beilegung dieses Konflikts, der als genuin europäisch angesehen wurde,<sup>475</sup> gab den Anstoß zu dieser Militarisierung und zum Aufbau eines funktionalen Sprachspiels

---

475 Vgl. u.a. Carsten Giersch, *Konfliktregulierung in Jugoslawien 1991 - 1995. Die Rolle der OSZE, EU, UNO und NATO* (Baden-Baden: Nomos, 1998); Victor Meier, *Wie Jugoslawien verspielt wurde* (München: Beck, 1995); Jonathan Eyal, *Europe and Yugoslavia: Lessons From a Failure* (London: Royal United Services Institute for Defence Studies, 1993).

Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik.<sup>476</sup> Der Kosovokrieg hat die Dringlichkeit der Militarisierung des Stabilitätsarguments weiter verschärft.<sup>477</sup> Um das Stabilitätsargument glaubwürdig auch in militärischen Konflikten auf europäischem Boden vertreten zu können, schien die europäische Praxis bereit, militärisch aufzurüsten. Dabei wurde der alte gaullistisch-transatlantische Gegensatz virulent.

In St. Malo verabredeten Frankreich und Großbritannien 1998 ihre Initiative zur europäischen Sicherheitspolitik.<sup>478</sup> Frankreich und Großbritannien waren die Repräsentanten der gaullistischen bzw. der transatlantischen Argumentationslinie. Die Heterogenität der europäischen Praxis im sicherheitspolitisch besonders relevanten Verhältnis zu den USA wurde in dieser Konfliktlinie repräsentiert und musste deswegen von diesen beiden Partnern ausgehandelt werden. Im topischen Sprachspiel lassen sich somit die Möglichkeiten und Grenzen einer *re-securitization* des Friedensarguments überprüfen.

Die Grundstruktur des transatlantischen Leerlaufs sieht meist so aus, dass die USA aus ihrem eigenen Argumentationszusammenhang heraus eine Argumentation beginnen, die nicht mit dem europäischen Argumentationszusammenhang konform geht und die deswegen zu einer Störung in der Praxis der transatlantischen Beziehungen führt. Daraufhin reagieren die Europäer mit dem Topos, dass Europa seine Sicherheit aus eigener Kraft gewährleisten muss, was solange zu hektischer Betriebsamkeit führt, bis sich wieder das Argument durchsetzt, dass Europa ohne die USA nichts auf die Beine stellen kann. Sobald die Argumentation wieder etabliert ist, dass die Europäer weder willens noch in der Lage sind, ihre militärischen

---

476 Charles Cogan, *The Third Option. The Emancipation of European Defense 1989-2000* (Westport: Praeger, 2001); Kristina Gerteiser, *Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union* (Frankfurt am Main: Peter Lang, 2002); Werner Hoyer und Gerd F. Kaldrack (Hrsg.), *Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Der Weg zu integrierten Europäischen Streitkräften* (Baden-Baden: Nomos, 2002).

477 Barbara Lippert, "Von Kopenhagen bis Kopenhagen: Eine erste Bilanz der EU-Erweiterung," *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. B1-2 (2003) 7-15, auf S. 8f. Zum Kosovokrieg vgl. u.a. Peter van Ham und Sergej Medvedev, *Mapping European Security after Kosovo* (Manchester: Manchester University Press, 2002); Martin Pierre (Hrsg.), *Alliance politics, Kosovo and NATO's War* (New York: Palgrave, 2000); Jens Reuter (Hrsg.), *Der Kosovo-Konflikt* (Klagenfurt: Wieser, 2000).

478 Francois Heisbourg, *European Defence: Making it Work (Chaillot Papers 43)* (Paris: 2000); Maartje Rutten, *From St. Malo to Nice. European defence - core documents (Chaillot Papers 43)* (Paris: 2001).



Kräfte nicht nur zu bündeln, sondern auch zu stärken, beginnt sich die transatlantische Praxis wieder zu stabilisieren.

Auf der anderen Seite gibt es in der transatlantischen Praxis auch den amerikanischen Topos der Lastenteilung, der schon zu Zeiten des Kalten Kriegs immer präsent war, in der neuen NATO der 1990er Jahre aktuell blieb und mit dem „Krieg gegen den Terror“ wieder in einem neuen, dringlichen Kontext gestellt wurde, der nur noch von der ungewohnt harten Rhetorik des US-Präsidenten Donald Trump (2017-2021) in den Schatten gestellt wurde. Trump wollte in Anbetracht amerikanischer Schwäche und chinesischer Herausforderung den Eigenanteil der Europäer an ihrer Verteidigungsfähigkeit im abgemachten Rahmen von zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts auch realisiert sehen, worauf auch sein Nachfolger bestand. Jenseits der auf die Nato bezogenen Einforderung von europäischer Beteiligung käme in der größeren sicherheitspolitischen Dimension der Lastenteilung der EU die Rolle zu, an der Seite der USA die Aufgabe langwieriger *Peace-Building*-Einsätze und die einer vorausschauenden Präventionspolitik zu übernehmen.

Für die Vorgeschichte von St. Malo lässt sich festhalten, dass die USA wenig dagegen einzuwenden gehabt hätten, wenn sich Europa auf dem Balkan erfolgreicher bewährt hätte. Darin liegt die Voraussetzung begründet, warum die Vertreter der transatlantischen Argumentationslinie zum Kompromiss mit der gaullistischen Position bereit waren und in eine Militarisierung des europäischen Stabilitätsarguments einwilligten. Für stabilisierende Aufgabenstellungen, zu denen die europäische Praxis mit Billigung der USA allein oder in Zusammenarbeit mit Amerika beitragen konnte, sollte die EU auch gerüstet sein.

Großbritannien vertrat dementsprechend in St. Malo die Position, neben und in enger Abstimmung mit der NATO, die weiterhin für die Allianz mit Amerika in allen essentiellen Fragen der Verteidigung stehen sollte, ein militärisches funktionales Sprachspiel für die europäische Praxis zu errichten. Es sollte dazu in der Lage sein, die USA effektiv zu unterstützen bzw. kleinere europäische Probleme auch ohne die USA zu lösen. Frankreich war bestrebt, diese Kapazitäten weiter auszubauen, um möglichst auch für größere Probleme gerüstet zu sein. Für die französische Position wäre die Duplizierung der NATO-Strukturen durch europäische kein Problem, sondern vielmehr wünschenswert gewesen. Doch genau dies war für Großbritannien und die transatlantische Argumentationslinie problematisch. Die Militarisierung der europäischen Praxis soll auf Stabilisierungsaufgaben beschränkt und in die transatlantische Praxis eng eingebunden bleiben.

Die erfolgreiche Vermittlungstätigkeit des funktionalen Sprachspiels der GASP in Mazedonien war der erste Test nach dem Kosovokrieg, den die europäische Praxis in einem bereits ausgebrochenen Konflikt bestand. Die Ablösung der dann gestarteten friedenssichernden NATO-Mission durch die ESVP kann als erste Bewährungsprobe für die Militarisierung des Friedensarguments gelten. Noch vor dem Abschluss dieser Aufgabe unternahm das funktionale Sprachspiel der ESVP einen für seine Verhältnisse sehr ambitionierten, aber vom Routinier Frankreich weitgehend übernommenen, symbolischen Schritt: die kurze Mission im Kongo. Dann schloss sich 2004 die bis dahin größte Militäroperation, Althea in Bosnien, an, die bald zwanzig Jahre später ohne Aussicht auf ein Ende immer noch läuft. Andere Missionen schlossen sich an. Zuletzt scheiterte die Ausbildungsmission für die Streitkräfte Malis, die seit 2013 lief, aber 2022 nach Niger umgesetzt wurde, da die Regierung Malis lieber mit der russischen Wagner-Gruppe zusammenarbeitete, die sich zeitgleich maßgeblich am russischen Überfall auf die Ukraine beteiligte.

Jenseits der ambivalenten Erfolgsbilanz der militärischen und zivilen Missionen erfüllte die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik mit ihrem Fokus auf Krisenintervention jenseits der Verteidigung europäischer Grenzen eine weitere Funktion. Das topische Sprachspiel von St. Malo und sein Kompromiss zwischen transatlantischer und gaullistischer Position in der Militarisierung des Stabilitätsarguments band noch einen weiteren dritten Partner indirekt ein: die Argumentationslinie der neutralen bzw. bündnisfreien Staaten. Die EU-Mitgliedstaaten Irland, Österreich, Finnland und Schweden gehörten damals nicht zur NATO und wollten auch keiner anderen Verteidigungsallianz angehören.<sup>479</sup> Sie stützen damit indirekt die transatlantische Position, da die EU unter Einschluss der bündnisfreien Mitglieder nicht in einen Beistandspakt umgewandelt werden kann. Als im November 2000 die Übernahme der meisten Aktivitäten der WEU durch die EU beschlossen wurde, bewahrte nur der nicht übernommene Beistandsartikel diese vor ihrer vollständigen Auflösung; später gelang dann die vollständige Integration über einen Ausnahmepassus. Das funktionale Sprachspiel der ESVP ist auch deswegen nur durch das Stabili-

---

479 Für eine Diskussion dieser Frage vgl. Michael Gehler und Rolf Steininger (Hrsg.), *Die Neutralen und die europäische Integration 1945-1995 / The Neutrals and the European Integration 1945-1995* (Wien: Böhlau, 2000). Unter dem Eindruck des russischen Angriffs auf die Ukraine beantragten Schweden und Finnland 2022 den Beitritt zur Nato.

tätsargument begründet, wie es sich in den Petersberger Aufgaben niederschlägt.<sup>480</sup>

Auch wenn sich das funktionale Sprachspiel der Petersberger Aufgaben Europäische Verteidigungs- und Sicherheitspolitik nannte und damit die Verteidigung in den Namen aufnahm, wurde dieses funktionale Sprachspiel keine Vorstufe zu einer Verteidigungsunion im Sinne eines klassischen Beistandspakts. Denn die Namensgebung leitete sich weder aus der inhaltlichen Aufgabenstellung noch aus der anvisierten Zukunft ab; mit „Europäischer Interventions- und Befriedungspolitik“ konnte es nur nicht benannt werden. Der Begriff der Intervention gilt nur unter sehr begrenzten Umständen als legitim und kann daher zum Aufbau eines eigenen funktionalen Sprachspiels nicht genutzt werden. Da alles was direkt militärische Kapazitäten involviert nur mit dem Topos „Verteidigung“ zu legitimieren ist, tritt dieses sich dort entwickelnde funktionale Sprachspiel unter dem Namen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf. Die europäische Praxis kommt hier in die paradoxe Situation, dass innerhalb ihres eigenen Argumentationszusammenhangs nur über das Argument der stabilisierenden Intervention eine Militarisierung des Friedensarguments möglich war. Dieser für den europäischen Argumentationszusammenhang mögliche Weg kann aber im sonst in Europa geltenden Diskurs des Militärischen nur als Sicherheits- und Verteidigungspolitik legitimiert werden, der sich im europäischen Argumentationszusammenhang gerade als nicht durchsetzungsfähig erwiesen hatte.

An dieser Grundkonstellation hatte sich auch durch die Umbenennung der ESVP in eine Gemeinsame Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik durch den Vertrag von Lissabon 2007 nichts geändert. Selbst die vorsichtige Integration der Beistandsverpflichtung aus dem WEU-Vertrag und die schlussendliche Auflösung der WEU änderte daran nichts. Die Unruhen und Bürgerkriege im Anschluss an den Arabischen Frühling offenbarten die Europäer ihre militärische Schwäche. Zwar weckte der Widerstand gegen Gaddafi in Libyen manche Ambitionen, führten aber im europäischen Rahmen nur zu einer kleinen Mission. Von Libyen bis Syrien,

---

480 Der Sonderfall Dänemark war zwar Gründungsmitglied der NATO, trug aber die Militarisierung des Stabilitätsarguments in der ESVP nicht mit. Sein *Opting-out* führt dann dazu, dass es als NATO-Mitglied an der Mission in Mazedonien teilnahm, bei der Übernahme durch die EU aber seine Soldaten zurückholen musste. Unter dem Eindruck des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine stimmte Dänemark im Sommer 2022 bei einem Referendum für die volle Teilnahme.

vom Jemen gar nicht zu sprechen, zeigte sich keinerlei Ansätze für eine Befriedungsfähigkeit der Europäer jenseits des Mittelmeers.

Der Brexit von 2020 hatte für die Grundkonstellation keine, aber für die militärischen Fähigkeiten des funktionalen Sprachspiel der GESVP gravierende Folgen. Französische Ambitionen, nach dem Ausscheiden der Briten nun ein gaullistisches Europa unabhängig von den USA durchzusetzen, scheitern an der Unglaublichkeit französischer Macht, die sich nicht einmal in Mali gegen den russischen Einfluss durchsetzen konnte. Ohne die atomare Militärmacht Großbritannien, die zudem insgesamt über die stärksten Streitkräfte Europas nach Russland verfügt, kann das funktionale Sprachspiel der GESVP keine autonomen Fähigkeiten entwickeln. Auch nach dem epochalen Abzug der USA und der Nato aus Afghanistan wird es weiter kleiner Interventionen geben, die auch durch europäische Missionen übernommen werden können. Die Evakuierung aus dem Sudan im April 2023 beispielsweise wurde europäisch koordiniert, aber von den Mitgliedsstaaten unter eigener Flagge vorgenommen und nicht in eine Mission integriert. Die Militarisierung der europäischen Stabilitätspolitik ist weitgehend verpufft. Die große Zeit einer durch Interventionen gestützten Globalisierung endete mit dem programmatisch unterfütterten Abzug der USA aus Afghanistan. Selbst im Rahmen westlich dominierter Globalisierung war die europäische Interventionspolitik nur von geringem Erfolg begleitet. Ohne diesen Rahmen wird es sie kaum geben. Die Verteidigung Europas gegenüber der russischen Aggression wird sich im Argumentationszusammenhang des Westens und nicht im europäischen Argumentationszusammenhang orientieren. Die französische Initiative einer Europäischen Politischen Gemeinschaft, wie sie im Oktober 2022 mit einem Treffen in Prag von 44 europäischen Staats- und Regierungschefs etabliert wurde, dürfte über ein Konsultationsforum kaum hinauskommen.

### § 5: Das funktionale Sprachspiel der Nachbarschaftspolitik

Das funktionale Sprachspiel der Nachbarschaftspolitik wurde als Variante des Stabilitätsargument aufgebaut, um auch ohne eine mittelfristige Beitrittsperspektive den fragileren Anrainerstaaten jenseits des Europäischen Wirtschaftsraums Kooperationsangebote machen zu können. Hier sollte weder eine militärische Befriedung, noch eine Beitrittsperspektive, sondern die sanfte Macht des Vorbilds und der losen Kooperation Stabilität generieren. Dieser Ansatz glückte genauso wenig wie das topische Sprachspiel von

St. Malo. Statt eines „Ring of Friends“ entwickelte sich an der Peripherie der europäischen Praxis ein „Ring of Fire“.<sup>481</sup>

Die Nachbarschaftspolitik ging auf eine Initiative der Kommission von 2004 zurück, die ein funktionales Sprachspiel jenseits der Erweiterungspolitik schaffen sollte. Im Zuge der großen Beitrittsrunde von 2004 und des Beitrittsversprechens von Thessaloniki von 2003 an den Westbalkan stand die Frage im Raum, wie die EU mit den Nachbarländern umgehen sollte, denen sie diese Beitrittsperspektive nicht geben wollte, die aber doch so eng mit dem europäischen Raum verflochten schienen, dass dafür ein eigener Rahmen für Kooperationsabkommen gefunden werden musste. Die europäische Praxis traute sich zwar die Fortsetzung der Kombination aus Vertiefung und Erweiterung nicht mehr zu, erhob aber doch den Anspruch, ihr geopolitisches Umfeld in ihrem Sinne zu gestalten. Dieser geopolitische Gestaltungswunsch sollte völlig ohne eine robuste militärische Unterfütterung auskommen und auch jeden Anschein einer asymmetrischen Hinterhofpolitik vermeiden. Durch die verweigerte Beitrittsperspektive war aber nicht zu vermeiden, dass der exklusive Club der europäischen Praxis nur eine Rhetorik der Augenhöhe mit seinen Nachbarn pflegen konnte. Während der Normtransfer der Erweiterungspolitik mit dem Angebot für die Beitrittskandidaten einherging, die Normen der europäischen Praxis nach vollzogenem Beitritt gleichberechtigt mitgestalten zu können, fehlte diese nachholende Gleichheit in der Nachbarschaftspolitik gänzlich. Auch eine eigene Reformanstrengung war der europäischen Praxis die Nachbarschaftspolitik im Gegensatz zur Erweiterungspolitik nicht wert. Vielmehr sollte diese Mühe durch die Nachbarschaftspolitik gerade vermieden werden. Trotz des einladenden Charakters, der gänzlich ohne eine harte Hand geopolitischer Machtdemonstration auskommen wollte und sich auch mit dem Einsatz finanzieller Mittel sehr sparsam zeigte, behielt die Nachbarschaftspolitik eine asymmetrische Struktur sanfter Macht.

Der Rahmen der Nachbarschaftspolitik erlaubte eine regelbasierte und werteorientierte Kooperation, die sich in einer breiten Palette von Politikfeldern bilateral für jeden Partner differenziert gestalten ließ. Gleichzeitig wurden zwei regionale Schwerpunkte im Osten und im Süden, also im

---

481 Kommissionpräsident Romano Prodi prägte die Metapher „Ring of Friends“, an die sich im Scheitern die Metapher „Ring of Fire“ anschloss.

postsowjetischen Osteuropa westlich von Russland und am Mittelmeer gebildet.<sup>482</sup>

Sekundiert von einer vielleicht zu euphorischen Wissenschaft erhoffte sich die europäische Praxis Selbstläufereffekte des Norm- und Regeltransfers.<sup>483</sup> Die europäische Praxis schien so attraktiv, dass nur wenig Mühe an finanziellem Aufwand und sanfter Diplomatie nötig schien, um einen komplexen geopolitischen Spannungsbogen in einer Mischung aus Demokratisierungspolitik und Handelskooperation zu befrieden.

Für den Mittelmeerraum lief bereits seit 1995 der sogenannte Barcelona-Prozess,<sup>484</sup> der die Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas an die europäische Praxis binden sollte. Dieser Prozess interessierte vor allem die südlichen Mitgliedsländer der europäischen Praxis, die besonders an der Stabilität dieses Raumes interessiert waren. Die Frage der Migration aus Afrika und dem Nahen Osten war in den 1990er Jahren zwar auch schon jenseits der Alpen ein Thema, doch wurde es von den Herausforderungen der Umwälzungen in Mittel- und Osteuropa, insbesondere der jugoslawischen Nachfolgekriege, weitgehend in den Schatten gestellt. Erst als der französische Staatspräsident Nicolas Sarkozy 2007 in gaullistischer Tradition französische Führungsfähigkeit jenseits der europäischen Praxis einforderte und eine Mittelmeerunion der Anrainer, aber ohne die EU und ihre nördlichen Mitglieder, initiierte, stellte sich Deutschland unter der Führung von Bundeskanzlerin Angela Merkel quer und verlangte eine Einbindung des Projekts in den Rahmen des europäischen Argumentationszusammenhangs. Die europäische Stabilitätsprojektion in den Süden sollte durch die europäische Praxis gesteuert werden und nicht unter der Führung Frankreichs vonstattengehen. Frankreich gab darin nach, hatte aber endlich eine Priorität für das Mittelmeer im europäischen Argumentationszusammenhang durchgesetzt. 2008 kamen in Paris 43 Ländern zusammen, um die Union für den Mittelmeerraum zu gründen. Die Mitglieder der Europäischen Union schlossen den Vertrag zur Gründung der Mittelmeerunion mit den Staaten des Westbalkans und allen nordafrikanischen Mittelmeer-

---

482 Tobias Schumacher, Andreas Marchetti, Thomas Demmelhuber (Hrsg.) *The Routledge Handbook on the European Neighbourhood Policy* (London: Routledge, 2018).

483 Ian Manners, "Normative power Europe. A Contradiction in terms?" *Journal of Common Market Studies* 2 (2002): 235-258.

484 Die Mittelmeerpolitik der europäischen Praxis hat eine Vorgeschichte, die darüber hinaus geht: Tobias Schumacher, *Die Europäische Union als internationaler Akteur im südlichen Mittelmeerraum. „Actor Capability“ und EU-Mittelmeerpolitik* (Baden-Baden: Nomos 2005).

anrainern (Libyen nur als Beobachter) sowie mit Israel, Jordanien, dem Libanon, Syrien (im Zuge des Bürgerkriegs suspendiert) und der Türkei. Mit Sitz in Barcelona wurde eine Institution ins Leben gerufen, die sowohl regelmäßige Konsultationstreffen wie konkrete Kooperationsprojekte vom Schutz und der Nutzung des Mittelmeers über Handelserleichterung bis zum Bildungsaustausch finanzieren und organisieren sollte. Damit schien die südliche Flanke der europäischen Praxis eingebunden.

Der postkommunistische Raum Mittel- und Osteuropas ging den Weg des Beitritts, einschließlich des postsowjetischen Baltikums. Für die anderen europäischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion schien dieser Weg nicht gangbar.<sup>485</sup> Eine bleibende Nähe zu Moskau verhinderte für Belarus, Moldau und die Ukraine wie die drei Kaukasusländer Armenien, Aserbeidschan und Georgien die Fortsetzung der Erweiterungspolitik. Der Topos von der Nähe zu Moskau schimmerte in ambivalenten Farben. Einerseits ging es tatsächlich um eine Orientierung an Russland wie sie in der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten in der Nachfolge der UdSSR, aber auch in der Tradition des Zarenreichs von einigen gewünscht wurde. Andererseits erhob Moskau auch einen eigenen, immer militärisch abgesicherten Gestaltungsanspruch. Die Sowjetarmee wurde aus dem transnistrischen Teil von Moldau nie abgezogen, sondern in eine russische Schutztruppe für das separatistische Faustpfand umgewandelt. Sewastopol auf der ukrainischen Krim blieb der vertraglich garantierte Heimathafen der ehemals sowjetische, jetzt russischen Schwarzmeerflotte. Russland trat, unterstützt vom Westen, als Nachfolgestaat der Sowjetunion das Erbe der Atommacht an, auf das die Ukraine verzichtete; gegen eine Garantie ihrer territorialen Unversehrtheit, die im Memorandum von Budapest niedergelegt wurde, was aber Russland nicht davon abhielt, dagegen zu verstoßen und die westlichen Atommächte auch nicht dazu veranlasste, die Nuklearmacht Ukraine wiederherzustellen. In Georgien setzte Moskau ebenfalls auf separatistische Kräfte, um einen Brückenkopf zu erhalten. Im Konflikt mit Aserbeidschan blieb Armenien auf die Hilfe Moskaus angewiesen. Aserbeidschan hingegen, das auf seinem Gebiet lange die armenische Enklave Berg-Karabach dulden musste, gewann gleichzeitig durch ein autokratisches Rohstoffregime eigenen Handlungsspielraum auch gegenüber der EU, ohne auf deren normative Macht positiv zu reagieren.

---

485 Zu den prekären Differenzierungsprozessen der Östlichen Partnerschaft vgl. Tobias Schumacher, "Die Europäische Union, die Östliche Partnerschaft und „Assoziierung Plus“". *integration* 3 (2019): 205-217.

Diese ambivalente Nähe zu Moskau schloss den postsowjetischen Raum aus der Riege der mittel- und osteuropäischen Beitrittskandidaten für die EU aus. Dennoch sah die europäische Praxis einen eigenen Gestaltungsbedarf, der jedoch eher mit als gegen Moskau verwirklicht werden sollte. Dennoch war klar, dass der geopolitische Zwischenraum sich sowohl von Moskau selbst wie von den zentralasiatischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion unterschied. Ein Kooperationsabkommen mit Moskau oder eine Strategie für Zentralasien ging die europäische Praxis anders an, als die Gestaltung ihres Grenzraums, der zur freundlichen Nachbarschaft assoziierter Staaten werden sollte.

Vor allem durch die Initiative Polens und Schwedens gewann die vertragliche Gestaltung dieser Ambition an Fahrt. 2009 wurde die Östliche Partnerschaft auf dem Gipfel in Prag zwischen der EU und den sechs postsowjetischen Partnerstaaten besiegelt. Die europäische Nachbarschaftspolitik bekam damit eine zweite Regionalordnung. Auch wenn mit dieser Raumstrukturierung bereits eine Rivalität gegenüber Moskau Konturen annahm, war die Frage einer kooperativen Einbindung Russlands in diesen Gestaltungswillen der europäischen Praxis noch nicht entschieden.<sup>486</sup>

Obwohl die europäische Praxis aus ihrem Argumentationszusammenhang heraus sowohl am Mittelmeer wie im postsowjetischen Raum vorsichtig und zurückhaltend agierte, die Problematik der Überdehnung nicht verkannt und lediglich mit wenig Kosten einen Stabilitätsanker auswerfen wollte, unterstütze diese Politik Prozesse der Destabilisierung. Deren Faktoren waren nicht von der europäischen Praxis induziert. Die normative Macht der EU und ihr transformativer Demokratisierungsanspruch standen aber auch gegen eine Stabilisierungsvariante des Einfrierens autokratischer Strukturen.

Sowohl am Mittelmeer wie im postsowjetischen Raum lässt sich diese Schwäche des europäischen Argumentationszusammenhangs im funktionalen Sprachspiel der Nachbarschaftspolitik aufzeigen. Der Arabische Frühling und die Entwicklung der Ukraine in ihrem Unabhängigkeitskonflikt mit Moskau, der zu einem offenen russischen Aggressionskrieg wurde, lassen sich als topische Sprachspiele für das Scheitern der europäischen Praxis heranziehen.

Der Arabische Frühling hat seine ganz eigene Entstehungsdynamik, die nicht auf die normative Macht der EU oder eine strategische Demokra-

---

486 Vgl. für den Kaukasus: Michèle Knodt und Sigita Urdze (Hrsg.), *Caucasus, the EU and Russia – Triangular Cooperation?* (Baden-Baden: Nomos, 2016).



tisierungsanstrengung zurückzuführen wäre. Abgesehen davon, dass die Mittelmeerunion so wenig ausgebaut war, dass überhaupt wenig Effekte von ihr ausgehen konnte, stand die Demokratisierungspolitik in den islamischen Ländern des südlichen Mittelmeers vor Ambivalenz ganz eigener Art. Denn freie Wahlen würde die säkularen Autokratien relativ schnell in islamistische Republiken verwandeln, die dem liberalen Wertekanon der europäischen Praxis nicht entsprechen und wohl auch keine Weiterentwicklung in diese Richtung begünstigen oder auch nur zulassen würden. Aus dieser Konstellation muss kein kulturalistischer Schluss für die Demokratieunfähigkeit des Islams gezogen werden. Es ging dort vielmehr um die Formierung einer Gegenelite, die ihren Herrschaftsanspruch sozialreligiös legitimiert und darüber ein zukünftiges Machtmonopol gegenüber der alten Elite absichern möchte. Eine Kooperation mit der postchristlichen, säkularen europäischen Praxis spielt aus deren Perspektive eine untergeordnete Rolle. Der frühe Erdogan versuchte für die Türkei eine Variante der islamistischen Europäisierung, für die er auch in der Mittelmeerunion stand und im arabischen Frühling zunächst eintrat. Der Zusammenbruch des Arabischen Frühlings in Bürgerkriegen, islamistischen Wahlsiegen und autoritären Gegenschlägen drängte auch den Beitrittskandidaten Türkei auf einen anderen Pfad. Die Nachbarschaftspolitik der EU scheiterte gänzlich.

Doch danach sah es während der Sozialproteste und dem Sturz langjähriger Diktaturen anfänglich nicht zwingend aus.<sup>487</sup> In Libyen sah sich vor allem Frankreich sogar in der Pflicht, militärisch zu intervenieren, um die aufständischen Kräfte, die zumindest teilweise keine islamistische Agenda hatten, vor den Gegenschlägen des alten Regimes zu schützen. In Tunesien schien sich anfänglich sogar ein zivilgesellschaftlich abgesicherter Wandel zu einer Demokratie abzuzeichnen, die in das normative Raster der europäischen Praxis hätte passen können. Beide Varianten, von der autoritären Befriedung in Ägypten oder dem syrischen Bürgerkrieg ganz abgesehen, hatten keinen Erfolg. Die europäische Nachbarschaftspolitik konnte beim Zusammenbruch ihrer normativen Macht keinerlei harten Machtmittel nachlegen und dort wo sie es über ihre sicherheitspolitisch robusten Mitglieder indirekt versuchte, hatte diese nicht die Fähigkeit sich durchzusetzen. Da die USA nach dem Desaster des Irakkriegs nicht mehr bereit waren, die weltpolizeiliche Rolle im Nahen Osten zu spielen und darüber die Schwäche Europas auszugleichen implodierte der angestrebte

---

487 Mariano Barbato, "Postsecular Pevolution: Religion After the End of History," *Review of International Studies* 5 (2012): 1079-1097.

Stabilitätsraum guter Nachbarschaft nicht nur, er rief auch andere Mächte auf den Plan, denen im Falle Russlands an einer Destabilisierung, nicht nur des südlichen Mittelmeers, sondern auch der europäischen Küsten und damit der europäischen Praxis gelegen war. Der ohnehin dauerhafte Migrationsdruck am Mittelmeer, gegen den sich die Stabilisierungspolitik der der Nachbarschaftspolitik nicht zuletzt richtete, wurde über die Kriegsflüchtlinge besonders des syrischen Bürgerkriegs vergrößert.

Moskau hatte, gerade in Syrien durch seine militärische Hafenebene in Tartus, eigene geopolitische Interessen, die es durch die Demokratisierungswelle und einen damit einhergehenden Elitenwechsel gefährdet sah. Russland sah aber auch die Möglichkeit, in diesem europäischen Hinterhof einen Nebenkriegsschauplatz zur Destabilisierung Europas zu eröffnen, das mit der Östlichen Partnerschaft dem eigenen Hinterhof zu nahegekommen war.

Während die Nachbarschaftspolitik im Mittelmeerraum während des Arabischen Frühlings schlichtweg scheiterte und keinen Hebelpunkt fand, erwies sich die Östliche Partnerschaft als wirkungsvoller, wenn auch nicht in der beabsichtigten kostenneutralen Weise. Die normative Macht gewann sowohl in Belarus wie in die Ukraine Einfluss auf eine sich bildende Zivilgesellschaft. In Belarus gelang dem autokratischen Regime mit einer Schaukelpolitik schließlich nur noch mit Moskauer Hilfe eine Sicherung seiner Herrschaft und den Ausschluss eines Normentransfers. In der Ukraine hingegen entwickelte sich aus dem Assoziierungsabkommen Kiews mit der EU eine Dynamik, die Russland 2014 zum Hybrid- und 2022 zum offenen Aggressionskrieg führte. Auf Moskaus Geheiß hatte sich die Ukraine zunächst aus dem Assoziierungsprozess zurückgezogen. Doch der Abbruch des Prozesses führte 2014 zum Aufstand des Euromaidan, bei dem Ukrainer mit europäischen und ukrainischen Flaggen gegen ihre von Moskau beeinflusste Regierung Widerstand leisteten und sie schließlich zum Rückzug zwangen. Russland reagierte auf diesen diplomatischen und normativen Erfolg des europäischen Argumentationszusammenhangs mit der Besetzung der Krim und des Donbas durch eine hybride Kriegsführung. Die europäische Nachbarschaftspolitik verfügte über keine Mittel dem entgegenzutreten. Stattdessen übernahmen im Normandie-Format Deutschland und Frankreich eine Vermittlerrolle, die über das Minsker Abkommen zur Einhegung des Konflikts führte. Die Nachbarschaftspolitik ließ sich unter diesen erschwerten Bedingungen aber soweit weiterbetreiben, dass der Annäherungsprozess der Ukraine an die europäische Praxis fortgesetzt werden konnte. Doch eine Einbindung Russlands gelang nicht mehr. Als sich die

ukrainische Dynamik Richtung EU fortsetzte, ging Russland schließlich am 24. Februar 2022 zum Angriffskrieg über. Aus der geopolitischen Konkurrenz in Kooperation war nicht nur eine Systemrivalität entstanden, sondern offene Feindschaft geworden, auch wenn sich manche dieses seit 2014 offensichtliche Verhältnis weiter nicht eingestehen wollten.

Für die europäische Nachbarschaftspolitik ergab sich daraus eine andere Konsequenz als aus der Instabilität am südlichen Mittelmeer nach dem Zusammenbruch des Arabischen Frühlings. Durch den Widerstand der Ukraine gegen die russische Invasion verstärkte sich das Momentum des Euromaidan.<sup>488</sup> Anders als die arabischen Nationen waren die Ukrainer bereit, ihren Kampf um Unabhängigkeit mit dem normativen Rahmen des europäischen Argumentationszusammenhangs zu verbinden. Darauf konnte und musste die europäische Praxis anders reagieren. Hinsichtlich der militärischen Frage der Waffenhilfe musste die europäische Praxis das Feld weitgehend ihren Mitgliedern und anderen Unterstützern, besonders der USA und dem ehemaligen Mitglied Großbritannien, überlassen. Doch ihre ökonomischen Hilfen, nicht zuletzt durch die Öffnung des Binnenmarkts für ukrainische Produkte, aber auch die humanitären Hilfen, durch die Freizügigkeit für ukrainische Flüchtlinge, waren in der Lage, die Ukraine signifikant zu entlasten. Der Widerstand gegen den Überfall von 2022 bewog die Europäer also zwar dazu, die Ukraine militärisch und ökonomisch zu unterstützen und ihr nicht nur eine Beitrittsoption zu geben, sondern ihr sofort weit entgegenzukommen, eben von der Freizügigkeit für ukrainische Bürger im Schengenraum bis zur Öffnung des Binnenmarkts für ukrainische Produkte. Doch es wurde auch sehr deutlich, dass die Verteidigung der Ukraine an dem Kampfeswillen der Ukrainer und der Unterstützungsbereitschaft der USA hängen, ohne die sich die Europäer nicht zu weitreichenden Waffenlieferungen hätten durchringen können.

Die Nachbarschaftspolitik brach im russischen Angriff genauso zusammen wie im Arabischen Frühling. Denn ihr unterfinanzierter Ansatz vorsichtiger Assoziierung hatte in den Krieg geführt, der jetzt mit einem wesentlich kostenintensiveren Engagement nicht nur bestanden werden musste, sondern auch eine neue Perspektive für die Ukraine und die anderen Partner der Nachbarschaft bot: den Beitritt. Die Ukraine erhielt im Sommer 2022 den Status eines Beitrittskandidaten. Moldau und Geor-

---

488 Juri Andruchowytch (Hrsg.), *Euromaidan: Was in der Ukraine auf dem Spiel steht* (Berlin: Suhrkamp, 2014); Katharina Raabe und Manfred Sapper (Hrsg.), *Testfall Ukraine. Europa und seine Werte* (Berlin: Suhrkamp, 2015).

gien, die ebenfalls durch besetzte Gebiete vom russischen Revanchismus betroffen sind, stellten ebenfalls einen Beitrittsantrag, der zumindest für Moldau ebenfalls gleich in die Zuerkennung des Kandidatenstatus resultierte. Im Westbalkan wurden zum Ausgleich Beitrittsverhandlungen mit Albanien und endlich auch mit Nordmazedonien eröffnet. Wenn sie nicht gänzlich marginalisiert wird wie am Mittelmeer, kann die Nachbarschaftspolitik in eine Erweiterungspolitik übergehen. Dieses Muster gibt der europäische Argumentationszusammenhang her. Eine geopolitische Befriedung unsicherer Grenzräume mit finanziell und militärisch unterstützter *soft power* hingegen kann er nicht leisten. Eine solche Stabilisierungspolitik gehört in das Sprachspiel des von den USA geführten Westens, nicht in das der europäischen Praxis. Die europäische Nachbarschaftspolitik war ein schmerzhaft gescheiterter Versuch, dies auszublenden. Er hat sich alles andere als nachhaltig erwiesen.

## 6. Kapitel: Das Argument des Wohlstands

Die Dominanz des Arguments des Wohlstands in der „DNA“<sup>489</sup> des europäischen Argumentationszusammenhangs hängt zuerst an der weitgehenden Verlagerung der Konfliktprävention im Argument des Friedens von der Verteidigungs- und auf die Wirtschaftspolitik. Im Nachkriegseuropa bildete die Versöhnung den Kern des Friedensarguments. Dadurch stand die gemeinsame Generierung von Wohlstand in strategischen Schlüsselbereichen – zunächst Kohle und Stahl, dann die Landwirtschaft – im Mittelpunkt. Spätestens seit der Süderweiterung um die postautoritären Staaten Griechenland, Spanien und Portugal, mit großer Dynamik dann nach 1989 mit Blick auf das postkommunistische Mittel- und Osteuropa, verschob das Argument des Friedens seinen Schwerpunkt von der Versöhnung auf die Stabilität, womit sich nicht nur wie oben beschrieben eine weitgehend erfolglose Militarisierung, sondern auch eine breite Ausweitung möglicher Kooperationsfelder einherging.

Beide friedenspolitische Sprachspiele, Aussöhnung und Stabilität, ließen sich erfolgreich in Wohlstand ummünzen. Allerdings trugen die Wohlstandsgewinne nicht immer weit genug. Das Sprachspiel der Aussöhnung geriet in den Nachfolgestaaten Jugoslawiens und das der Stabilität an den geopolitischen Gravitationsgrenze zwischen Brüssel und Moskau und am Mittelmeer auch deswegen unter Druck, weil das Wohlstandsargument in zweifacher Hinsicht nicht zog: einerseits versprach die Kostennutzenrelation keine schnellen Win-Win-Spiele mehr; andererseits zielten die Partner in Anbetracht der verzögerten absoluten Gewinne gar nicht auf ein Ende der geopolitischen Relevanz relativer Gewinne, sondern behielten diese scharf im Auge. Vielleicht hätte es gerade auch nach dem Ost-West-Konflikt mehr des Versöhnungsarguments mit echter Aufarbeitung des Schreckens der gegenseitigen nuklearen Vernichtungsdrohung, des kommunistischen Terrors und nicht zuletzt der imperialen Rolle Moskaus in Mittel- und Osteuropa und nicht allein des Stabilitätsarguments bedurft.

Den größten, zumindest teilweise erfolgreichen Kraftakt musste die Verbindung von Friedens- und Wohlstandsargument nach 1989 aber gar nicht im Prozess der Erweiterung leisten, sondern bei der währungspolitischen

---

489 Kiran Klaus Patel, *Projekt Europa. Eine kritische Geschichte* (München: C.H. Beck, 2018) auf S. 146.

Vertiefung des Integrationsprozesses durch die Euroeinführung 1999, inklusive der geopolitischen Integration der D-Mark des wiedervereinigten Deutschlands in die gemeinsame Währung. Eine beständige Aussöhnung mit der wiedererstarkten deutschen „Zentralmacht“<sup>490</sup> schien ohne eine Vertiefung durch die Vergemeinschaftung des Geldes nicht möglich.

In der Währungspolitik nahm dabei das Stabilitätsargument unter dem deutschen Druck und seinen Verbündeten aus den Hartwährungsländern eine ganz neue Ausrichtung an und stand nun nicht mehr dafür, dass stabiler Frieden und Demokratie etwas kosten dürfen, sondern verengte sich auf währungs- und finanzpolitische Solidität zwischen ausgeglichenen Haushalten und Inflationsraten. Das Ende dieser fiskalischen Engführung erzwang erst ein Krisencrescendo aus Corona, Klima und russischer Aggression. Eine Rückverlagerung auf eine sicherheitspolitische Stabilitätspriorität ging damit aber nicht einher. Trotz der Konsolidierungsnotwendigkeiten einer unausgewogen vertieften Währungsunion kam es jedoch auch in Mitten der Krisen zu Erweiterungen der Eurozone.

Das Wohlstandsargument fungierte nie allein als ökonomisches Anhängsel des geopolitischen Friedensarguments. In allen materialistisch geprägten Sprachspielen der Moderne nimmt die Zielsetzung des Wohlstands eine zentrale Stellung in der Legitimierung politischen Handelns ein. Für Europa bestimmte Robert Schuman bereits in seiner Erklärung von 1950 die Zielsetzung der Montanunion nicht allein durch die Friedenssicherung, wodurch das Erzielen gemeinsamer Wohlstandsgewinne nur Mittel zum Zweck gewesen wäre, sondern gleichrangig durch die „Hebung des Lebensstandards.“<sup>491</sup> Alles friedenspolitische Austarieren zwischen Aussöhnung und Stabilität mittels Wohlstandssteigerung musste und muss den Lebensstandard der beteiligten europäischen Staaten tatsächlich auch signifikant heben.

Durch den Streit über den besten Weg zur Prosperität erhielt das Wohlstandsargument seine eigentliche Ausprägung. Mit der Anknüpfung des Friedensarguments über die gemeinsame Kontrolle der Schwerindustrie und die Einbindung in den westlichen, marktwirtschaftlichen Wohlstandsblock begann die Argumentationslinie des Wohlstands und der wirtschaftlichen Prosperität, den Argumentationszusammenhang der europäischen

---

490 Hans-Peter Schwarz, *Die Zentralmacht Europas. Deutschlands Rückkehr auf die Weltbühne* (Berlin: Siedler 1994). Vgl. auch Mariano Barbato, *Wetterwechsel, Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Scholz* (Frankfurt/New York: Campus, 2022).

491 Zitiert nach Kiran Klaus Patel, *Projekt Europa. Eine kritische Geschichte* (München: C.H. Beck, 2018) auf S. 108.

Praxis zu dominieren. Doch erst die eigenständige Zugkraft des Wohlstandsarguments brachte seine Vorherrschaft im europäischen Argumentationszusammenhang. Die Zollunion, der Gemeinsame Markt, der Binnenmarkt, die Währungsunion sind der Kern des *acquis communautaire* und begründen die weiteren Verästelungen des europäischen Mehrebenensystems als Ausgestaltung des Wohlstandsarguments. Von der funktionalen Ebene der Landwirtschaftspolitik bis zum Wettbewerbsrecht, von den transeuropäischen Netzen und der Verkehrspolitik bis zur Umwelt- und Verbraucherpolitik wird alles von der Argumentation des Wohlergehens, des guten Lebens der europäischen Bürger vorangetrieben.

Wie beim Argument des Friedens ruht der europäische Argumentationszusammenhang auch beim Argument des Wohlstands nicht in sich selbst, sondern ist Teil des von den USA geführten Westens. Die Integration Nachkriegseuropas in das System von Bretton Woods und die Europäische Zahlungsunion oder die technologischen Innovationen der Mineralölwirtschaft dürfte für die Wohlstandssteigerung zu Beginn der Integration ähnlich wichtig gewesen sein wie die Umstellung auf global Steuerung und deregulierte Finanzmärkte der Globalisierung seit der Krise der 1970er und der Transformation der 1990er Jahre. Die Ausdifferenzierung des europäischen Wohlstandsarguments fand innerhalb dieses globalen von den USA maßgeblich organisierten Rahmens des Westens und seiner Diskurse statt, entwickelte aber im europäischen Argumentationszusammenhang einen eigenen Charakter.

Der Weg zum Wohlstand wird auch in Europa zuerst marktwirtschaftlich vom Interesse der Wirtschaft an einem großen Binnenmarkt bestimmt. Doch der Markt als erster Topos des Wohlstandsarguments geht immer Hand in Hand mit einer politisch gestützten, ausgleichenden Modernisierung der Marktgesellschaft. Die Zielsetzung der Modernisierung fokussierte immer auch auf eine Wettbewerbsfähigkeit im Markt. Doch sie zielte gleichzeitig auf die Kompensation der potentiellen und tatsächlichen Verluste durch den Wettbewerb. Weil dieser Markt erst geschaffen werden musste und nur gemeinsam geschaffen werden konnte, ergab sich ein anderes Kräfteverhältnis als innerhalb gegebener Volkswirtschaften und anders als am Weltmarkt. Potentielle Verlierer verstärkten Wettbewerbs waren, wenn sie die Unterstützung ihrer Mitgliedsstaaten hatten, deswegen immer in der starken Position von Vetospielern, denen ein Ausgleich angeboten werden musste. Auf dieser Argumentationslinie des Ausgleichs entwickelt sich dann das Argument der Kohäsion. Der einheitliche Wirtschaftsraum

sollte regional nicht weiter auseinanderfallen, sondern zusammenwachsen und allen Marktbürgern zu mehr Chancen verhelfen.

Diese Argumentationsfigur geriet mit den Erweiterungsrounden 2004 und 2007 so sehr unter Druck, dass die anvisierte Integration der Nachfolgestaaten Jugoslawiens letztmalig 2013 mit Kroatien gelang. Die Agenda von Thessaloniki, die bereits 2003 auch den anderen Nachfolgestaaten und Albanien unter dem Rubrum „Westbalkan“ eine Beitrittsperspektive eröffnet hatte, kam nicht voran. Zu wenig Gewinne ließen sich unter den Bedingungen des globalen Wettbewerbs in dieser Region aus einem erweiterten Binnenmarkt erzielen, um genug Spielraum für redistributive Investitionen zu schaffen, insbesondere wenn die Kostennutzenrelation in den bevölkerungsarmen und konfliktträchtigen Ländern des Westbalkans gering und beim sperrigen Serbien besonders schwierig taxierbar schien.

Während die Erweiterung des Binnenmarkts stagnierte, geriet die Wirtschafts- und Währungsunion, die von Anfang an weniger auf solidarischen Ausgleich austariert war, in der Finanz- und Wirtschaftskrise seit 2007 so stark unter Druck, dass das gesamte Integrationsprojekt zu scheitern drohte, zumindest in der Rhetorik der deutschen Kanzlerin Angela Merkel: „Scheitert der Euro, scheitert Europa,“ so die Kanzlerin am 19. Mai 2010 vor dem Deutschen Bundestag.“ Das funktionale Sprachspiel der Währungsunion fand dabei nicht aus sich heraus in der Argumentationszusammenhang von Markt und Modernisierung zurück, sondern bedurfte der Querargumentation über die finanzpolitischen Ausgleichsmaßnahmen in der Corona- und Klimakrise.

Das Kapitel zum Wohlstands Argument kann nicht die breit aufgefächerten funktionalen Sprachspiele und die Vielzahl ihrer Topoi darstellen. Es begrenzt sich auf das konstitutive topische Sprachspiel von Markt und Modernisierung mit einem Blick auf die ursprünglich tragende Rolle der Landwirtschaftspolitik; das topische Sprachspiel der Kohäsion besonders im zentralen funktionalen Sprachspiel der Struktur- und Regionalpolitik in der Perspektive der Erweiterung, den schwierigen Spagat beider topischen Sprachspiele im funktionalen Sprachspiel der Währungsunion und schließlich den offenen Versuch, in der Klimapolitik einen Ausweg zu finden.

### *§ 1: Das topische Sprachspiel von Markt und Modernisierung*

Nicht nur die sicherheitspolitischen Fehler, die nach dem Ersten Weltkrieg begangen wurden, sollten nach dem Zweiten Weltkrieg vermieden werden,



auch die ökonomischen. Das mit dem Niedergehen des Eisernen Vorhangs abgetrennte Westeuropa wurde insgesamt in den westlichen Kapitalismus und seine Marktwirtschaft integriert. Das Europa der engeren Integration, zu Beginn das Europa der Sechs, zwischenzeitlich das Europa der 28, nach dem Brexit der 27, war immer nur Teil dieser großen integrativen Transformation und sollte ihr dienen. Die Zielsetzung der Europäer war es aber auch, innerhalb der großen Transformation und Integration des westlichen Kapitalismus ihre Fähigkeit für Varianten zu erhalten, wenn nicht zu erhöhen.<sup>492</sup>

Das topische Sprachspiel von Markt und Modernisierung bestimmt den gesamten kapitalistischen Transformationsprozess, dessen Kern die dynamische Vernetzung von technologischem Machbarkeitsfortschritt und kapitalgestützter Massenproduktion darstellt. John Patrick Corbett hat bereits 1959 im ersten Band der Brücke Serie zu Europa die Aufgabe des Integrationsprojekts vor allem darin gesehen, die für diesen Transformationsprozess hinderlichen nationalgesellschaftlichen Gewohnheiten abzustreifen und die dafür notwendige radikale Flexibilität zu schaffen.<sup>493</sup>

Innerhalb dieser Argumentation gelten der Markt und sein Wettbewerb im Gegensatz zur zentralgesteuerten Planwirtschaft als Motoren und Garanten des Wohlstands. Das freie Spiel von Angebot und Nachfrage gelten als am besten geeignet, den technologischen Fortschritt mit der kapitalgesteuerten Produktion zu verbinden. Doch der Modernisierungsprozess kommt darüber allein nicht zustanden, sondern bedarf einer staatlichen Absicherung, in deren Rahmen die großen Parameter der Wohlstandsdefinition erst ausgehandelt und dann begleitet werden. Der Modernisierungsdiskurs gibt dem Marktplatz im Kapitalismus seine dominante Stellung, die ihm im Sozialismus und Kommunismus verweigert wurde. Aber diese Zuschreibung ist Teil eines größeren Steuerungsprozesses der Modernisierung, der gerade auch über politische Eingriffe in den Markt, einschränkend, aber auch erst ermöglichend, funktioniert.<sup>494</sup>

Im spezifischen topischen Sprachspiel von Markt und Modernisierung des europäischen Argumentationszusammenhangs muss der Markt jenseits

---

492 Kritisch zur Varieties of Capitalism-Literatur: Wolfgang Streeck, *Zwischen Globalismus und Demokratie. Politische Ökonomie im ausgehenden Neoliberalismus* (Berlin: Suhrkamp 2021) auf S. 25.

493 J. P. Corbett, *Europe and Social Transformation* (Leyden: Sythoff, 1959).

494 Klassisch dazu: Karl Polanyi, *The Great Transformation: Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1973).

des Welthandels und der nationalen Volkswirtschaft erst geschaffen werden. Wohlstand für Europa, so das zentrale Argument, ergibt sich über einen gemeinsamen Markt. Doch muss dieser Markt nicht nur erst geschaffen werden, er schmälert auch den Wohlstand derer, die in anderen Marktregimen vielleicht eher prosperieren würden. Zur Schaffung und Ausdehnung des Marktes und als Ausgleich für den spezifischen Wettbewerbsdruck unter den europäischen Marktbedingungen etablierte der europäische Argumentationszusammenhang von Beginn an eine eigenständig politische Modernisierung in der Spannung von Regulierung und Deregulierung, die alle Interessen mit nationalem Vetoplayerpotential einbinden sollte.

Bereits die von Schuman initiierte Montanunion, die vor allem vom Argument des Friedens durch Aussöhnung und gemeinsame Kontrolle der Schwerindustrie getragen wurde, verband das Argument des Markts mit dem der Modernisierung. Die für den wirtschaftlichen Aufschwung Europas unerlässliche Kohle- und Stahlindustrie, die vom Krieg schwer geschädigt war, sollte wettbewerbsfähig modernisiert und in einem gemeinsamen Markt mit langfristig optimaler Größe aufgebaut werden.<sup>495</sup> Der Integrationsprozess sollte sich in der gemeinsamen Anstrengung zur Modernisierung des Kontinents äußern und so gemeinsamen Wohlstand schaffen. Denn die anstehende Modernisierung konnten die europäischen Staaten ihren Völkern nicht aus sich heraus bieten. Dafür bedurfte es des großen europäischen Wirtschaftsraums. *The rescue of the nation state*<sup>496</sup> war damit der Versuch, der nationalstaatlichen Praxis in einer neuen europäischen Praxis die Erfüllung ihres Versprechens des guten Lebens wieder zu erlauben.

Die neofunktionalistische Argumentationslinie der fortschreitenden Vergemeinschaftung immer weiterer ökonomischer Bereiche war dabei eine mögliche Variante, die zentrale Argumentationslinie des Markts zu formulieren. Der Neofunktionalismus verstand die europäische Integration als

---

495 Alan S. Milward, "The Belgian Coal and Steel Industries and the Schuman Plan," in *Die Anfänge des Schuman-Plans: 1950/51*, hrsg. von Klaus Schwabe (Baden-Baden: Nomos, 1988): 437-453; Alan S. Milward, George Brennan und Federico Romero, *The European Rescue of the Nation-State* (Berkeley: University of California Press, 1992) auf S. 46-118; Uwe Rödings, *Globalisierung und europäische Integration. Der Strukturwandel des Energiesektors und die Politik der Montanunion, 1952-1962* (Baden-Baden: Nomos, 2000).

496 Alan S. Milward, George Brennan und Federico Romero, *The European Rescue of the Nation-State* (Berkeley: University of California Press, 1992).

einen dynamisch-teleologischen Prozess, der, seiner wirtschaftlichen Sachlogik folgend, um die Vorteile der Integration eines Sektors voll auszuschöpfen, auch den nächsten Sektor integrieren muss. Dafür wurde der Begriff des *spill-overs* geprägt, der, eine gewisse Automatik suggerierend, das Überspringen des Integrationsfunktens von einem Sektor zum nächsten veranschaulichen sollte.<sup>497</sup>

Doch die Argumentation des Markts setzte sich durch die *spill-over*-Argumentation des Neofunktionalismus nicht in der gewünschten Automatik durch. Es bedurfte der politischen Argumentation und dabei musste der Kompromiss mit der politisch gesteuerten Modernisierung gesucht werden.

Nach dem Ende der neofunktionalistischen Hoffnung auf den sachlogischen *spill-over* Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre,<sup>498</sup> betonte der in den 1990er Jahren wiederbelebte Neofunktionalismus<sup>499</sup> deswegen den *political spill-over*, der die Dynamik von der Zoll- zur Währungsunion vor allem zentralen supranationalen Akteuren wie der Kommission und dem EuGH und ihrer Argumentation zuschrieb. Die liberale, neofunktionalistische Argumentation von der fortschreitenden Effizienzsteigerung durch kontinuierliche Vergemeinschaftung entwickelte sich damit nicht als automatischer *spill-over*, sondern musste politisch in der europäischen Praxis immer wieder vorgetragen werden. Konnte der EuGH durch seine Entscheidungen dem Integrationsprozess konkrete neue Argumente vorgeben, wie denn nun der neofunktionalistische Pfad zu gehen sei, so war es die Kommission, die die neofunktionalistische Erzählung von der sachlichen Notwendigkeit immer wieder in die Argumentation einbrachte. Die liberale, neofunktionalistische Erzählung, die von der Notwendigkeit handelt, von der Zollunion zum Gemeinsamen Markt über den Binnenmarkt zur Währungsunion fortzuschreiten, lässt sich ebenso im Denken Hallsteins

---

497 Ernst B. Haas, *Regional integration and national policy* (New York: Carnegie Endowment for International Peace, 1957); Ernst B. Haas, *The uniting of Europe. Political, social, and economic forces, 1950-1957* (Stanford: Stanford University Press, 1958); Ernst B. Haas, *Beyond the nation-state. Functionalism and international organization* (Stanford: Stanford University Press, 1964); Leon N. Lindberg und Stuart A. Scheingold, *Europe's would-be polity. Patterns of change in the European community* (Englewood Cliffs: Prentice-Hall, 1970); Leon N. Lindberg und Stuart A. Scheingold, *Regional integration. Theory and research* (Cambridge: Harvard University Press, 1971).

498 Ernst B. Haas, *The obsolescence of regional integration theory* (Berkeley: Institute of International Studies University of California, 1975).

499 Jesse Tranholm-Mikkelsen, "Neo-functionalism: Obstinate or Obsolete?," *Millennium* 20 (1991): 1-20.

wie im Handeln Delors finden. Auch wenn die beiden großen Kommissionspräsidenten von *dramatic-political*<sup>500</sup> Akteuren, die der ökonomischen „Sachlogik“ eine andere Argumentation aus ihren nationalen Argumentationszusammenhängen entgegenstellten, wieder ausgebremst wurden – Hallstein weitgehend von de Gaulle, Delors zumindest zum Teil von den englischen Tories und dem schwindenden permissiven Konsens der europäischen Völker – blieb doch das neofunktionalistische Argument die dominante Erzählung der wirtschaftlichen Integration. Die Argumentation Hallsteins, die er in seinem „unvollendeten Bundesstaat“<sup>501</sup> vortrug, liest sich dabei in Teilen identisch mit Delors’ Programm zum Binnenmarkt und seiner Vorbereitung der Währungsunion.<sup>502</sup>

Allerdings machte der Nestor des Neofunktionalismus, Ernst B. Haas, bereits 1975 einen bemerkenswerten Einwand geltend, dessen Gewicht sich in den Polykrisen seit 2008 immer stärker abzeichnet. Das Gespann von Markt und Modernisierung erreichte für die europäische Praxis keinen gesicherten Ort, in dem sich die Verheißung des Wohlstands wie in einem Oasenparadies genießen lassen könnte. Auch die regionale Integration blieb eingebunden in den globalen Kapitalismus und seine Krisen. Haas sprach von Turbulenzen. Es geht beständig um das Meistern dieser Turbulenzen, bei denen die europäische Praxis sich nicht sauber von denen des Westens, der Nationalstaaten oder globaler Kooperationsversuche trennen lässt:<sup>503</sup> „The search for world order is nothing but an attempt to conquer turbulence.“<sup>504</sup> Dies gilt nicht weniger für die Suche nach einer europäischen Wohlstandsordnung.

Das weit gespannte topischen Sprachspiel von Markt und Modernisierung schimmert in drei Zeitabschnitten in verschiedenen Facetten. Die Anfänge der Argumentation von Markt und Modernisierungen liegen bereits in der Montanunion begründet. Die Dominanz des Markts und die Bedeutung einer kompensierenden Modernisierung werden bei der Ausgestaltung des Gemeinsamen Markts im Ausgleich zwischen dem agrarisch geprägten Frankreich und der im Wirtschaftswunder erstarkten bundesrepublikanischen Industrie- und Handelsmacht deutlich. Nach den historischen An-

---

500 Ibid. auf S. 9.

501 Walter Hallstein, *Der unvollendete Bundesstaat* (Düsseldorf: Econ, 1969).

502 George Ross, *Jacques Delors and European integration* (New York: Oxford University Press, 1995).

503 Ernst B. Haas, *The Obsolescence of Regional Integration Theory* (Berkeley: Institute of International Studies University of University of California, 1975) auf S. 18-19.

504 Ibid.

fängen zeigt sich die Dominanz des Markts im Zusammenhang von Markt und Modernisierung durch die Argumentationslinie der negativen Integration, die seit dem *Cassis de Dijon*-Urteil des EuGH und im Durchbruch der Einheitlichen Europäischen Akte den Binnenmarkt über den Prozess der Deregulierung voranbringt. Doch gerade mit dem Binnenmarktprogramm setzt sich nicht nur die Argumentation der Deregulierung durch, sondern auch eine Reihe funktionaler Sprachspiele der Regulierung.

Die Verbindung eines auf Europa bezogenen Argument des integrierten Regierens mit einer Vorstellung der Wohlstandssteigerung durch Modernisierung war dem kapitalistischen Diskurs, der auf Welthandel jenseits staatlicher Intervention drang, in den Anfängen eher suspekt gewesen. Der Markt sollte durch weltweiten Freihandel die Modernisierung selbst übernehmen. Europa war dem marktliberalen Diskurs dabei zu eng und stand im Verdacht, mit dem französischen Planungskommissar Jean Monnet an der Spitze der Hohen Behörde der EGKS von einer interventionistischen und protektionistischen Bürokratie erdacht und gesteuert zu sein. Der deutsche Wirtschaftsminister Ludwig Erhard war auf deutscher Seite der prominenteste Verfechter dieser Argumentationslinie. Wenn eine politisch gestützte Modernisierung als kleineuropäische Lösung nicht zu verhindern war, dann sollte sie ihre Modernisierungsanstrengungen innerhalb eines strikt marktwirtschaftlichen und wettbewerbsorientierten Rahmens und jenseits einer Fortsetzung der sektoriellen Integration in Angriff nehmen.<sup>505</sup> Das Argument des freien Welthandels konnte zwar nicht die Verbindung des Wohlstandsarguments mit Europa verhindern, erhielt aber innerhalb des europäischen Argumentationszusammenhangs eine starke Position im Aushandeln der Modernisierung. Die Zielsetzung, einen immer größeren europäischen Wirtschaftsraum für die Argumentation des Wohlstands durch einen gemeinsamen, freien Markt zu erschließen, ist damit verbunden. Wenn schon nicht der freie Welthandel durchgesetzt werden konnte und es zu einer Regionalisierung kam, dann sollte diese Region eine möglichst optimale Größe haben.

Vor diesem Hintergrund reagierte die deutsche Seite auf den französischen Vorschlag einer Atomgemeinschaft und den niederländischen Vorschlag einer Zollunion mit dem umfassenderen Angebot eines Gemeinsa-

---

505 Hans Jürgen Küsters, "The origins of the EEC Treaty," in *Il rilancio dell'Europa e i trattati di Roma*, hrsg. von Enrico Serra, *Veröffentlichungen der Historiker-Verbindungsgruppe bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften* (Baden-Baden: Nomos, 1989): 211-238.

men Markts.<sup>506</sup> Die Römischen Verträge verkörperten die Verbindung von Markt und Modernisierung. Sowohl die von französischer Seite gewünschte Atomgemeinschaft<sup>507</sup> – die Atomenergie war damals die symbolische Spitze des Modernisierungsgedankens – wie die von Deutschland angeregte Europäische Wirtschaftsgemeinschaft nahmen Gestalt an. Innerhalb dieser Argumentation nahm von Anfang an die sozialpolitische Argumentationslinie einen anfänglich noch schwachen, aber nicht zu vernachlässigenden Raum ein. Es sollte zu keinem den Wettbewerb und die Modernisierungsvorstellung gleichermaßen störenden Sozialdumping kommen. Bevor diese Argumentationslinie jedoch eigenständig wirkungsmächtig werden konnte, war der Argumentationszusammenhang der EWG vor allem vom Gegensatz einer hoch subventionierten und modernisierungsbedürftigen Landwirtschaft und einer wettbewerbsfähigen und auf Export ausgelegten Industrie gekennzeichnet. Auch hier lässt sich die Argumentation im deutsch-französischen Gegensatz darstellen. Die französische Agrarnation wollte sich der schnell heranwachsenden bundesrepublikanischen Industrie- und Handelsmacht nur dann öffnen, wenn der französischen Landwirtschaft das Überleben durch eine hoch subventionierte Modernisierung ermöglicht wurde.<sup>508</sup>

Der Gedanke, dass die Landwirtschaft mit hohen Subventionen modernisiert werden sollte, musste in Deutschland, wie in den anderen Mitgliedstaaten, nicht erst durchgesetzt werden. Die Landwirtschaft kannte in allen Ländern eine lange Tradition der staatlichen Eingriffe. Ähnlich wie Kohle

---

506 Hans Jürgen Küsters, "The federal Republic of Germany and the EEC-Treaty," in *Il rilancio dell'Europa e i trattati di Roma*, hrsg. von Enrico Serra, *Veröffentlichungen der Historiker-Verbindungsgruppe bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften* (Baden-Baden: Nomos, 1989): 495-506. Werner Bühner, "Die Montanunion - ein Fehlschlag? Deutsche Lehren aus der EGKS und die Gründung der EWG," in *Die Europäische Integration vom Schuman-Plan bis zu den Verträgen von Rom*, hrsg. von Gilbert Trausch, *Veröffentlichungen der Historiker-Verbindungsgruppe bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften* (Baden-Baden: Nomos, 1993): 75-90.

507 Peter R. Weilmann, "Die deutsche Haltung während der Euratom-Verhandlungen," in *Il rilancio dell'Europa e i trattati di Roma*, hrsg. von Enrico Serra, *Veröffentlichungen der Historiker-Verbindungsgruppe bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften* (Baden-Baden: Nomos, 1989): 531-545.

508 „De Gaulle's greatest economic concern about agriculture drew on his mercantilist thinking on international trade. [...] he increasingly viewed it as an exchange of competitive advantage between German industry and French agriculture.“ Jeffrey Vanke, "The European Collaboration of France and Germany 1963-1966," in *Crises and Compromises: The European Project 1963-1969*, hrsg. von Wilfried Loth (Baden-Baden: Nomos, 2001): 93-108, auf S. 102.

und Stahl galt der Landwirtschaft als Primärindustrie die erste Sorge des Wiederaufbaus. Sie war wenig weltmarkttauglich und galt aus Gründen der Versorgungssicherheit, der hohen Zahl an Beschäftigten und dem gesellschaftlichen Selbstverständnis auch langfristig als unverzichtbar. Die Tradition staatlicher Eingriffe sowie die Bereitschaft, diese im Zuge der Modernisierung langfristig fortzusetzen, waren somit gleichermaßen hoch. Die Besonderheit der europäischen Argumentation war damit nur die Ausdehnung der Subventionen über den nationalen Rahmen hinaus. Die Effizienzgewinne, die durch den freien Handel mit Gütern und Dienstleistungen in einem großen Gemeinsamen Markt entstanden, sollten auch zur Modernisierung der Landwirtschaft in den weniger kompetitiven europäischen Volkswirtschaften eingesetzt werden.<sup>509</sup>

Mit der Agrarpolitik trat damit zum ersten Mal prominent die Argumentation des Ausgleichs im Zentrum des europäischen Argumentationszusammenhangs auf. Auf diese wird im nächsten Abschnitt mit Blick auf die Argumentation der Kohäsion ausführlich einzugehen sein. Doch gerade auch der Aspekt der Modernisierung gab der Landwirtschaftspolitik in der europäischen Praxis den Schub, der ihren Posten zum größten des Gemeinschaftshaushalts werden ließ. Denn in diesem hoch subventionierten und politisch sensiblen Bereich wurden die gesamten Modernisierungsanstrengungen mit der Vergemeinschaftung von der europäischen Praxis übernommen. Die Industrialisierung der europäischen Landwirtschaft, mit allen ihren Schwierigkeiten, Fehlentwicklungen und Erfolgen, verlief so vollständig innerhalb der europäischen Praxis. Dem Gedanken einer sozial abgefederten Modernisierung entsprechend sollten unrentable Höfe langsam aufgegeben werden und die rentablen so durch Subventionen gestärkt und modernisiert werden, dass sie langfristig weltmarktfähig werden würden. Landwirtschaftliche Produkte wurden aber nicht nur direkt mit Abnahmegarantien und Mindestpreisen gestützt, sondern auch durch hohe Außenzölle vor dem übermächtigen Weltmarkt geschützt. Die sich daraus ergebende Überproduktion führte zu immer neuen Reformschritten.<sup>510</sup>

---

509 Ulrich Kluge, "Du Pool noir au Pool vert," in *Il rilancio dell'Europa e i trattati di Roma*, hrsg. von Enrico Serra, *Veröffentlichungen der Historiker-Verbindungsgruppe bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften* (Baden-Baden: Nomos, 1989): 239-280.

510 Antonio Fernando Alvarez und Donato Fernandez, "Agrarian Politics and Agricultural System of the European Community: A Historical Overview," in *Agrarian Policies and Agricultural System of the European Community: A historical Overview*, hrsg. von Allesandro Bonanno (Boulder: Westview, 1990): 76-105; Elmar Rieger,

Der Durchbruch gelang aber erst mit der Reform von 2003, in der die Direktzahlungen von der Produktionsmenge entkoppelt wurden und zu einer Betriebsprämie umgestaltet wurde, um einerseits eine Grundeinkommen zu sichern und andererseits die Produktion marktorientiert und WTO-konform aufzustellen. Damit war auch ein Mindestziel erreicht, um die Agrarpolitik nach der Erweiterung fortführen zu können. Die Reformen von 2009 und 2013 blieben auf diesem Pfad.

Zwei Dekaden später bestand die Spannung von 2003 auf einem neuen Niveau weiter. Einerseits musste seit den Beschlüssen von 2021 die Mitgliedstaaten ambitionierte nationale Strategiepläne nicht zuletzt hinsichtlich der klimapolitischen Ziele vorlegen. Andererseits rückte der Krieg in der Ukraine, einer der Kornkammern der Welt, die Frage globaler Nahrungsmittelsicherheit ins Zentrum. Diese Spannung dürfte sich verschärfen, kann aber innerhalb des europäischen Argumentationszusammenhang flexibel ausgeglichen werden. In der Agrarpolitik sind die meisten Fragen politischer Lenkung schon einmal durchdekliniert worden.

Das funktionale Sprachspiel der Agrarpolitik blieb bis zur Ausdehnung der Argumentation des Ausgleichs durch das funktionale Sprachspiel der Strukturpolitik in der Einheitlichen Europäischen Akte das einzige funktionale Sprachspiel mit wenig Markt, gewaltiger Modernisierung und signifikant redistributiver Politik. Im übrigen Binnenmarkt und seinen Argumentationszusammenhängen herrschte das liberale Argument des Markts und des Wettbewerbs vor.<sup>511</sup>

Betrachtet man nach dem funktionalen Sprachspiel der Agrarpolitik den Argumentationszusammenhang des Wohlstandsarguments wieder aus der Makroperspektive, dann wird schnell deutlich, dass trotz dieser Zugeständnisse die Argumentation des Markts die europäische Praxis dominiert. Für die Dominanz des Arguments des freien Markts und seines Güteraus-tauschs sorgten besonders die Entscheidungen des EuGH. Auf der Grundlage der Römischen Verträge war dem Gerichtshof daran gelegen, bei fehlender Harmonisierung den freien Warenverkehr auch über eine Dere-

---

"Schutzschild oder Zwangsjacke: Zur institutionellen Struktur der Gemeinsamen Agrarpolitik," in *Standort Europa. Europäische Sozialpolitik*, hrsg. von Stephan Leibfried und Paul Pierson (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1998): 240-280; Ann-Christina L. Knudson, *Farmers on Welfare: The Making of Europe's Common Agricultural Policy* (Cornell University Press, 2009).

511 Für eine kritische Analyse der wirtschaftlichen Diskurse der europäischen Praxis vgl. Patrick Ziltener, *Strukturwandel der europäischen Integration* (Münster: Westfälisches Dampfboot, 1999).



gulation durchzusetzen. Das zentrale Hemmnis des Gemeinsamen Markts waren, nach der Abschaffung der Binnenzölle, der Vereinheitlichung der Außenzölle und einiger Harmonisierungen, die in großer Zahl verbliebenen nicht-tarifären Handelshemmnisse. Unterschiedliche Standards sollten, so die liberale Argumentationslinie des EuGH, falls es nicht gelang, sie durch Harmonisierung zu beseitigen, einfach anerkannt werden und somit nicht mehr als nicht-tarifäre Handelshemmnisse wirken können.

Das entscheidende und immer wieder bei neuen Entscheidungen bestätigte Urteil war das im Fall *Cassis de Dijon*:<sup>512</sup> In Deutschland galt der Standard, dass sich Likör durch einen Mindestanteil an Alkohol von 22 Prozent auszeichnen müsse. In Dijon wurde nun aber ein Likör erzeugt, der einen geringeren Alkoholanteil hatte. Der *Cassis de Dijon* war folglich in Deutschland nicht zugelassen. Die französische Firma verklagte Deutschland vor dem EuGH und bekam Recht. Damit erlangte die liberale Argumentationslinie eine weitere Möglichkeit sich durchzusetzen. Wenn der Warenverkehr frei fließen sollte und die Harmonisierung, sprich eine positive Integration mit gemeinsam beschlossenen Standards, nicht vorankam, dann half der Gerichtshof mit der Vorgabe einer deregulierenden negativen Integration nach.<sup>513</sup>

Die Einheitliche Europäische Akte griff die liberale Argumentationslinie auf und führte zusätzlich die Mehrheitsabstimmung in einigen Bereichen ein, um leichter positive gemeinsame Standards setzen zu können. In der Dichte des bis Ende 1992 entstehenden Binnenmarkts blieb es aber nicht bei der Deregulierung des Marktes, sondern die ausgleichende Modernisierung kam im Sprachspiel der Kohäsion zum Zug und setzte das Wechselspiel aus Markt und Modernisierung auf einem neuen Niveau fort.

---

512 Vgl. zum Urteil und zum Einfluss des EuGH Renaud Dehousse, *The European Court of Justice. The politics of judicial integration* (New York: St. Martin's Press, 1998); Joseph Weiler, *The constitution of Europe* (New York: Cambridge University Press, 1999).

513 Vgl. kritisch zur negativen Integration: Fritz Scharpf, "Negative and Positive Integration in the Political Economy of European Welfare States," in *Governance in the European Union*, hrsg. von Gary Marks et al. (London: Sage, 1996): 15-39. Fritz Scharpf, *Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch?* (Frankfurt am Main: Campus, 1999) auf S. 47-110.

§ 2: Das topische Sprachspiel der Kohäsion

Wie im Brennglas erscheint der Zusammenhang von Markt und Modernisierung im topischen Sprachspiel der Kohäsion, dessen Argumentation schon vor dem Binnenmarkt bestand, aber dort besonders zum Tragen kam und dabei das funktionale Sprachspiel der Strukturfonds zu gestalten begann. Das topische Sprachspiel der Kohäsion des Binnenmarktprogramms lässt sich mit dem Cecchini-Bericht<sup>514</sup> und mit dem Bericht von Padoa-Schioppa<sup>515</sup> einleitend darstellen. Diese beiden Berichte wurden nach der Einheitlichen Europäischen Akte zur Bewertung der Folgen des Binnenmarkts in Auftrag gegeben. Während Cecchini das Binnenmarktprogramm mit einer generellen Wohlstandssteigerung für alle begründete, betonte Padoa-Schioppa, dass die ärmeren Regionen durch die Freiheit des Binnenmarkts unter Druck geraten könnten. Der Binnenmarkt war ohne Zweifel ein Projekt, das, lange anvisiert, sich erst unter der stützenden Argumentation des in den 1980er Jahren stark werdenden neoliberalen Diskurses entwickeln konnte. Doch war der neoliberale Diskurs nicht so stark, dass er über die theoretisch ebenfalls wohl begründeten Bedenken des Padoa-Schioppa-Berichts hinweggehen konnte.<sup>516</sup> Das europäische Sprachspiel des Wohlstands ging von Anfang an davon aus, dass die Wohlstandssteigerung über deregulierende Vergemeinschaftung Verlierer haben werde, die besser gestellt werden müssten. Behrens und Smyrl zeigten, dass diese Argumentationslinie, die sich an den Thesen Myrdals<sup>517</sup> orientierte, schon für die Anfänge des Wohlstandsarguments und für die ersten, noch marginalen funktionalen Sprachspiele des Ausgleichs galt und auch in den Dokumenten so formuliert wurde.<sup>518</sup>

---

514 Paolo Cecchini, *Europa 92 - Der Vorteil des Binnenmarkts* (Baden-Baden: Nomos, 1988).

515 Tommaso Padoa-Schioppa, *Efficiency, Stability and Equality - A Strategy for the Evolution of the Economic System of the European Community* (Oxford: Oxford University Press, 1987).

516 Zur Gegensätzlichkeit der beiden Argumentationslinien vgl. Liesbet Hooghe, "EU cohesion policy and competing models of European capitalism," *Journal of Common Market Studies* 36 (1998): 457-477.

517 Gunnar Myrdal, *Economic Theory and Under-Developed Regions* (London: Duckworth, 1957).

518 Petra Behrens und Marc Smyrl, "A conflict of rationalities: EU regional policy and the Single Market," *Journal of European Public Policy* 6 (1999) 419-435, auf S. 421, 426-429.

Im marktliberalen Modell wird davon ausgegangen, dass der perfekte Markt, der keine künstlichen, staatlich geschaffenen Hürden kennt, durch die freie Bewegung von Kapital und Arbeit den Kostenfaktor immer so austarieren kann, dass das Kapital sich in Abschwunggebiete bewegt, um dort von den niedrigen Kosten zu profitieren und die Arbeit in die Boomregionen abwandert, um dort von den höheren Löhnen zu profitieren.<sup>519</sup> In der Theorie Myrdals wird jedoch im Gegensatz dazu davon ausgegangen, dass regionale Ungleichheiten durch den Markt nicht ausgeglichen, sondern vielmehr verstärkt werden. Um dem entgegenzuwirken, ist öffentliche Planung und Intervention unerlässlich. Die betroffenen Regionen müssen als Träger des regionalen und lokalen Wissens um ihre Schwierigkeiten in diesen Planungsprozess einbezogen werden.<sup>520</sup> Die Kommission verband ihre marktliberale Position immer mit der durch diese Theorie abgesicherten Argumentationslinie der ausgleichenden, die Kohäsion gewährleistenden Modernisierung. Besonders der Delors-Kommission gelang es, diese beiden Argumentationslinien zu verbinden.<sup>521</sup>

Mit dieser Absicherung gegenüber einem marktliberalen Diskurs durch das Argument der Kohäsion wurde das *bargaining* nun nicht in ein freundlich-altruistisches Problemlösen überführt. Mit diesem Argument konnte vielmehr das Feilschen erst richtig beginnen. Wäre nur das marktliberale Argument der negativen Integration gültig, könnte man Verhandlungen getrost einstellen und alles der *invisible hand* des Marktes überlassen. Gerade weil sich das Wohlstandsargument allein entlang der Linie des Modernisierungsarguments als Ausgleich mit dem Ziel des Zusammenhalts entwickeln lässt, kommt es zum *bargaining*. Das Investieren von Geld wie der Abbau von Schutzmauern muss sich für alle lohnen. Feilschen gilt deswegen als legitime Form der Argumentation. Nur äußert sich dieses *bargaining* weniger im Drohen mit *exit-options*, als im Präsentieren des eigenen Wohlstandsgewinns als Mittel der Steigerung des Wohlstands für alle. Wenn diese Argumentation auf unsicheren Beinen steht, dann kann der, dessen Wohlstandsmehrung fraglich bleibt oder dem, dem kurzfristig Einbußen

---

519 Einführend: Wim Kösters, Rainer Beckmann und Martin Hebler, "Elemente der ökonomischen Integrationstheorie," in *Theorien europäischer Integration*, hrsg. von Wilfried Loth und Wolfgang Wessels (Opladen: Leske+Budrich, 2001): 35-86.

520 Vgl. Petra Behrens und Marc Smyrl, "A conflict of rationalities: EU regional policy and the Single Market," *Journal of European Public Policy* 6 (1999): 419-435, auf S. 422-426.

521 George Ross, *Jacques Delors and European integration* (New York: Oxford University Press, 1995).

drohen, auf Ausgleich dringen, um den Zusammenhalt zu sichern, was Moravcsik wenig zutreffend als *side payments* abtut.<sup>522</sup> Eine Argumentation, der es nicht gelingt, den Vorteil des Partners mit dem eigenen zu verbinden, hat im europäischen Argumentationszusammenhang wenig Chancen sich durchzusetzen.

Diese *Win-Win*-Situationen<sup>523</sup> gehen jedoch über die Frage der absoluten Gewinne<sup>524</sup> hinaus. Es wird nicht nur die neorealistische Vorstellung von der Wachsamkeit der Staaten gegenüber relativen Gewinnen des anderen ad absurdum geführt, sondern absolute Gewinne können nur dann Legitimität für sich einfordern, wenn der schwächere Partner mehr davon profitiert als der stärkere und damit der relative Abstand schrumpft. Das Argument der relativen Gewinne wird damit nicht durch das der absoluten Gewinne ersetzt, sondern auf den Kopf gestellt. Der Starke muss dem Schwachen nachweisen können, dass dieser mehr gewinnt, als er selbst, damit sich die Lücke zwischen beiden verringert und der Zusammenhalt wächst. Auf der anderen Seite muss der Schwächere aber auch darstellen können, dass dieses Mehr an Gewinn durch die Ausgleichszahlungen auch nachhaltig eingesetzt wird und somit der Ausgleich auch wirklich zur Kohäsion, zum Zusammenhalt, beiträgt. Das Spiel um den Wohlstand bleibt ein hartes *bargaining*, in dem sich die Argumentation für alle rechnen muss – kurzfristig wie langfristig.

Historisch begann die Argumentation des Ausgleichs bereits in den Römischen Verträgen, in denen den Staaten ausdrücklich zugestanden wurde, durch eine interventionistische Politik für den Anschluss ihrer weniger ent-

---

522 Andrew Moravcsik, *The choice for Europe* (Ithaca: Cornell University Press, 1998).

523 Arthur Benz, "Mehrebenenverflechtung in der Europäischen Union," in *Europäische Integration*. 2. Auflage, hrsg. von Markus Jachtenfuchs und Beate Kohler-Koch (Opfaden: Leske+Budrich/UTB, 2003): 317-351.

524 Die Frage, ob bei Kooperationen relative oder absolute Gewinne zählen, gilt als eine der letzten Trennlinien innerhalb des neoutilitaristischen Lagers. Die Neorealisten gehen davon aus, dass die Partner der Kooperation darauf achten, dass der andere nicht mehr gewinnt als sie selbst, um ihm dadurch in einem späteren Konfliktfall keinen Vorsprung an *capabilities* zu verschaffen. Die Neoliberalen gehen davon aus, dass die Kooperation mit der Aussicht auf absolute Gewinne bereits zustande kommt, da sie die Fungibilität von Macht ebenso weniger hoch einschätzen wie die Wahrscheinlichkeit, dass es nach der Kooperation zum Konflikt kommt. Das Leitbild der liberalen Argumentation bleibt die Pareto-Optimalität, bei der Veränderungen daran bewertet werden, ob sie einen besser stellen ohne dem anderen zu schaden. Vgl. dazu David A. Baldwin (Hrsg.), *Neorealism and Neoliberalism. The Contemporary Debate* (New York: Columbia University Press, 1993).

wickelten Regionen zu sorgen.<sup>525</sup> Sie setzte sich fort in der Agrarpolitik und in der für die britischen Ausgleichswünsche geschaffenen Regionalpolitik, die durch die alternde britische Industrie und die geringen Ausgleichsmöglichkeiten für die britische Landwirtschaft legitimiert wurde. Regionalpolitik erzeugte hier noch keinen Zusammenhang zwischen subnationalen und supranationalen Akteuren, sondern vollzog sich als Ausgleichszahlung an den betreffenden Mitgliedstaat. Im *bargaining* der Staaten wurde nur klargestellt, dass sie ihren gefährdeten Regionen helfen können müssen und jeder dabei angemessen unterstützt werden muss.<sup>526</sup> Dabei zeigte sich aber gerade im Beispiel des Einforderns eines Ausgleichs durch die Briten, dass dieser Ausgleich leichter über die Argumentation eines neuen Politikfelds für alle gelingt. Die Gemeinschaftsmethode fordert nicht einfach Zahler und Empfänger. Jeder muss einzahlen. Erst dann kann aus einer gemeinschaftlich formulierten Politik heraus ausgehandelt werden, wer beim Verteilen des Geldes Nettozahler und wer Nettoempfänger wird, damit sich langfristig und indirekt das Unternehmen für alle rechnet. Erst der *I want my money back*-Argumentation Margaret Thatchers gelang mit dem Rabatt für Großbritannien das Verhandeln eines direkten und speziellen Ausgleichs. Thatchers Positionsgewinn zeigte, dass auch eine entschieden marktliberale Position sich der Argumentation des Ausgleichs bedienen kann, wenn es ihr gelingt, zu begründen, dass sie unangemessen weniger gewinnt oder unangemessen mehr investieren muss als die anderen.

Hooghe und Keating<sup>527</sup> fassen die Argumentation des Ausgleichs und der Kohäsion entlang dreier Argumentationslinien zusammen: Einmal gilt die zentrale ökonomische These, dass der freie Markt den schwachen Regionen schadet und der Faktor Arbeit in Europa weniger flexibel ist als beispielsweise in den USA. Dies wird durch die direkte soziale Argumentation noch zusätzlich abgedeckt, dass eine Mobilisierung des Faktors Arbeit im gleichen Umfang wie der des Kapitals gesellschaftspolitisch nicht erwünscht ist. Darüber hinaus gilt in der Fortsetzung der Modernisierungsargumentation die staatliche Garantie der Einbindung der peripheren Regionen.<sup>528</sup>

---

525 Petra Behrens und Marc Smyrl, "A conflict of rationalities: EU regional policy and the Single Market," *Journal of European Public Policy* 6 (1999): 419-435, auf S. 431.

526 Yves Mény, "Should the Community regional policy be scrapped?," *Common Market Law Review* 19 (1982): 373-388.

527 Liesbet Hooghe und Michael Keating, "The politics of European Union regional policy," *Journal of European Public Policy* 1 (1994): 376-393, auf S. 368-370.

528 Michael Keating, *State and Regional Nationalism. Territorial Politics and the European State* (Hemel Hempstead: Harvester, 1988).

Das Argument der Solidarität sahen Hooghe und Keating nicht im Zentrum der Argumentation, aber doch als grundlegendes Argument und als „Gegengift“ zur Argumentation des Markts.<sup>529</sup> Die Bedeutung des Topos der Solidarität nahm in einer vertieften europäischen Praxis markant zu, auch wenn Gegenströmungen seine Entwicklung behinderten.<sup>530</sup>

Angeschoben durch die Argumentationslinie der Modernisierung für den Markt, ergab sich über das Argument des Ausgleichs und des Zusammenhalts ein ausgefeiltes und weit verzweigtes funktionales Sprachspiel der Regional- und Strukturpolitik. Es wurde mit der Reform zum Binnenmarkt 1988 eingeführt und 1993 im Zuge der Umsetzung der WWU modifiziert bestätigt.

Die Strukturfonds setzten sich aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF), dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und dem Europäischen Ausrichtungs- und Garantiefonds für Landwirtschaft/Abteilung Ausrichtung (EAGFL/Abteilung Ausrichtung) zusammen. Der Europäische Sozialfonds wurde bereits in den Römischen Verträgen beschlossen und diente der Umschulung und Umsiedlung von Arbeitskräften aus benachteiligten Gebieten. 1962 wurde der Teil der Gemeinsamen Agrarpolitik, der nicht die Mindestpreise garantieren sollte, sondern der Neuausrichtung des ländlichen Raums gewidmet war, in den Rahmen der Strukturpolitik gestellt. Der Europäische Regionalfonds wurde 1975 auf britischen Wunsch eingerichtet, da die Briten aus der Argumentation der beiden anderen Fonds heraus ihren Ausgleich nicht erhalten konnten. Er wurde diesem Bedürfnis entsprechend für Investitions- und Infrastrukturbeihilfen in vom Niedergang betroffenen Industriestandorten konzipiert. Diese einzelnen funktionalen Sprachspiele und ihre jeweilige Formulierung des Ausgleichs wurden zwar immer wieder reformiert, bildeten aber nie einen aufeinander abgestimmten Argumentationszusammenhang. Alle drei hatten nur die Gemeinsamkeit, dass sie sich auf das Argument des Ausgleichs für benachteiligte Regionen mit dem Ziel des wirtschaftlichen Zusammenhalts berufen konnten. Ihre Ausgestaltung blieb aber fragmentiert und vor allem weitgehend dem jeweiligen Empfängerstaat überlassen.<sup>531</sup>

---

529 Liesbet Hooghe und Michael Keating, "The politics of European Union regional policy," *Journal of European Public Policy* 1 (1994): 376-393, auf S. 370.

530 Zum Stand nach Lissabon vgl. Michèle Knodt und Anne Tewes (Hrsg.), *Solidarität in der EU* (Baden-Baden: Nomos, 2014).

531 Tanja Makk, *Politikgestaltung auf europäischer Ebene* (Baden-Baden: Nomos, 2002) auf S. 46ff.

Die große Reform kam mit der Einheitlichen Europäischen Akte und dem Binnenmarktprogramm. Das Argument des Ausgleichs wurde nun als ausdrückliches Argument der Kohäsion aufgewertet, gleichzeitig aber auch an das Effizienzkriterium des marktliberalen Diskurses gebunden. Die Kommission hatte mit der EEA den Auftrag erhalten, die isolierten funktionalen Sprachspiele des Ausgleichs zu einem schlagkräftigen Sprachspiel der Kohäsions- und Strukturpolitik auszubauen, was zu einer breit angelegten Praxis führte, die nicht nur regionalpolitisch, sondern europapolitisch bedeutsamen wurde. Denn mit der Bündelung dieser Politiken in einem von der Kommission kontrollierten funktionalen Sprachspiel, das neben den staatlichen Akteuren gerade auf die Einbindung und Aufwertung der subnationalen Akteure abzielte, entstand die Praxis, die einen der wichtigsten Anstöße zur Konzeptualisierung der EU als Mehrebenensystem gab.<sup>532</sup>

Im Delors-I-Paket gelang es, ausgehend von den beiden zentralen Argumentationslinien der Berichte von Cecchini und Padoa-Schioppa, die Argumentation des marktliberalen Diskurses mit dem des Ausgleichs zum Sprachspiel der Kohäsion zu verbinden.<sup>533</sup> Die Grundlage dieser Reform war mit dem EWG-Vertrag seit der EEA gegeben. Denn dort heißt es im Artikel 130a:

„Die Gemeinschaft entwickelt und verfolgt weiterhin ihre Politik zur Stärkung ihres wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts, um eine harmonische Entwicklung der Gemeinschaft als Ganzes zu fördern. Die Gemeinschaft setzt sich insbesondere zum Ziel, den Abstand zwischen den verschiedenen Regionen und den Rückstand der am wenigsten begünstigten Gebiete zu verringern.“<sup>534</sup>

Unter der Federführung der Delors-Kommission und auf Druck der südlichen Länder wurden die Topoi der Vollendung des Binnenmarkts und der Stärkung des wirtschaftlichen Zusammenhalts ein unlösbares Begriffspaar.

Die Ausgestaltung dieses Sprachspiels verlief als hartnäckiges Feilschen. Mit dem Brüsseler Gipfel vom 11./12. Februar 1988 galt zwar das Delors-I-Paket als angenommen, die tatsächlichen Hauptnutznießer standen aber

---

532 Liesbet Hooghe und Gary Marks, *Multi-Level Governance and European Integration* (Lanham: Rowman & Littlefield, 2001).

533 Petra Behrens und Marc Smyrl, "A conflict of rationalities: EU regional policy and the Single Market," *Journal of European Public Policy* 6 (1999): 419-435, auf S. 430.

534 Zitiert nach: Tanja Makk, *Politikgestaltung auf europäischer Ebene* (Baden-Baden: Nomos, 2002) auf S. 197.

noch nicht fest. Dem Kriterium der Effizienz entsprechend waren fünf Ziele festgelegt worden, die die einzelnen Fonds fördern sollten. Um sich gegen die bereits etablierten Strukturen der kleinen funktionalen Sprachspiele der verschiedenen Fonds nicht durchsetzen zu müssen, wurden diese nicht aufgelöst und in einen einheitlichen Fonds integriert, sondern blieben weiter bestehen und wurden nur auf die fünf Ziele fokussiert. Unter der Rubrik Ziel 1 wurden die Entwicklung und die strukturelle Anpassung der Regionen mit Entwicklungsrückstand gefördert, dies wurde durch Mittel des EFRE, ESF und EAGLF/Abteilung Ausrichtung finanziert. Ziel 2 förderte die Umstellung der Regionen, Grenzregionen oder Teilregionen, einschließlich der Beschäftigungsgebiete und der städtischen Ballungszentren, die vom industriellen Niedergang schwer betroffen waren, durch Mittel aus EFRE und ESF. Das Ziel 3 war der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit gewidmet. Dafür wurde auf den ESF zurückgegriffen. Ziel 4 sollte, ebenfalls aus dem ESF finanziert, die Eingliederung Jugendlicher ins Erwerbsleben erleichtern. Ziel 5 finanzierte die Beschleunigung der Anpassung der Agrarstrukturen und Förderung der Entwicklung der ländlichen Gebiete aus EAGLF/Abteilung Ausrichtung, EFRE und dem ESF.<sup>535</sup>

Die Ziel-1-Regionen sollten den größten Anteil erhalten, aber außer auf Nordirland und die französischen Überseegebiete hatte man sich beim Brüsseler Gipfel auf keine Gebiete verständigen können. Auf Vorschlag der Kommission einigte man sich dann darauf, dass Regionen, deren Bruttozialprodukt unter 75 Prozent des europäischen Durchschnitts lag, zu den Ziel-1-Regionen zählen. Damit waren ganz Irland, Griechenland und Portugal sowie Korsika und die meisten Regionen Spaniens und Süditaliens Ziel-1-Regionen. Im Sinne des Ausgleichs wurde mit dem Beitritt der skandinavischen Länder Schweden und Finnland in der folgenden Finanzierungsperiode noch ein Ziel 6 zur Förderung dünn besiedelter Regionen neu eingerichtet, da sonst Finnland und Schweden kein Argument innerhalb des funktionalen Sprachspiels gefunden hätten, das ihr grundsätzlich legitimes Argument des Ausgleichs gestützt hätte.<sup>536</sup>

Das Geld war zwar nun aufgeteilt, die Regeln, nach denen es ausgeteilt werden sollte, waren damit aber noch nicht geklärt. „While many policy

---

535 Ibid. 214.

536 Liesbet Hooghe und Michael Keating, "The politics of European Union regional policy," *Journal of European Public Policy* 1 (1994): 376-393, auf S. 385.



areas can be described as institutions looking for funding, cohesion policy is funding looking for institutions.<sup>537</sup>

Die Mittel des Ausgleichs und das Argument der Kohäsion waren auf der Ebene der Staaten ausgehandelt worden. Zwischen den Staaten wurden auch die Grundlinien der Finanzierungszeiträume bestimmt. Das funktionale Sprachspiel der Strukturfonds kennt damit eine intergouvernementale Aufteilungsrunde. Dieses Aufteilen ist innerhalb des auch von der Kommission beeinflussten Argumentationszusammenhangs die Angelegenheit der Staaten. Bei der Vorgabe der Argumente wie bei der Konstituierung der Austeilungsmodalitäten spielten die Kommission und spätestens seit der Runde von 1993 die Netzwerke, die sich über das funktionale Sprachspiel gebildet hatten, eine entscheidende Rolle.<sup>538</sup> Die Argumente der Austeilungsrunde waren auf das Argument der effizienten Kohäsion abgestimmt. Das bereitgestellte Geld sollte mit maximalem Effekt genutzt werden, um den gewünschten ökonomischen Zusammenhalt herzustellen.

Um die Kohäsionsargumentation effizient umzusetzen, hatten sich die Staaten einmal auf das Prinzip der Konzentration verständigt. Mit der Programmplanung sollte die Effizienz der Investitionen gesichert werden und die Kommission bekam dadurch einen breiten Einfluss beim Ausarbeiten der Agenda und damit auch einen langen Arm tief hinein in das staatliche Hoheitsgebiet.<sup>539</sup> Auf der anderen Seite konnten die Staaten nicht mehr wie vor 1988 unabhängig Projekte ihrer Wahl nennen, sondern mussten diese in die Programme einpassen. Die Auswahl nahmen jedoch immer noch die Länder vor. Mit dem Prinzip der Partnerschaft war dem Argument Rechnung getragen worden, dass alle beteiligten – supranationale, nationale wie subnationale – Akteure an der Gestaltung der Ausgaben beteiligt werden sollten. Damit war die Verbindung zwischen den supranationalen und subnationalen Akteuren hergestellt. Die Auswirkungen blieben von Land zu Land unterschiedlich. Durch das Prinzip der Additionalität konnte erfolgreich Druck von der Kommission auf Länder ausgeübt werden, die

---

537 Liesbet Hooghe und Gary Marks, *Multi-Level Governance and European Integration* (Lanham: Rowman & Littlefield, 2001) auf S. 94. Gary Marks, Liesbet Hooghe und Kermit Blank, "European Integration from the 1980s: State-centric v. Multi-level Governance," *Journal of Common Market Studies* 34, Nr. 3 (1996): 341-378, auf S. 389.

538 Liesbet Hooghe und Gary Marks, *Multi-Level Governance and European Integration* (Lanham: Rowman & Littlefield, 2001) auf S. 94-95.

539 Ibid. auf S. 98-102.

selbst Einsparungen in diesem Bereich vornehmen wollten. Mit diesen Prinzipien waren die Argumente für das Austeilungsspiel vorgegeben.<sup>540</sup>

Hooghe und Keating konzeptualisieren innerhalb des Austeilungsspiels vier Stufen: Auf der ersten Stufe findet das *bargaining* um den regionalen und nationalen Entwicklungsplan zwischen der Kommission und den staatlichen Bürokratien statt. Die regionalen Vertreter sind je nach den Traditionen der jeweiligen Staaten unterschiedlich eingebunden. Auf der zweiten Stufe werden dann diese Pläne als verbindliche Rechtstexte ausgehandelt. Der Einfluss der subnationalen Vertreter variiert hier noch stärker. In der dritten Stufe verhandeln zur Ausgestaltung der Pläne für die einzelnen Projekte überall Vertreter der Regionen mit. In der vierten Phase geht dann der *bargaining*-Prozess weitgehend auf die Vertreter der Kommission und der regionalen Vertreter über, die dann die Umsetzung und Kontrolle aushandeln.<sup>541</sup>

Daraus ergibt sich ein umfassendes Initiativrecht für die Kommission.<sup>542</sup> Sie gibt die ersten Argumente vor. Bei der Ausformulierung der Argumentation haben dann die Staaten und – soweit die Staaten es zulassen – auch die subnationalen Akteure weit reichende Mitsprachemöglichkeiten. Auch bei der Ausführung, die die Regionen und die Kommission zu weiten Teilen selbst umsetzen, haben die Staaten die Möglichkeit einzugreifen.<sup>543</sup>

Ob in den Verhandlungen der Netzwerke und Lobbyisten jedoch das Ziel der Kohäsion näher rückt oder ob sich nicht vielmehr die gut organisierten Interessen die Rosinen sichern können und so wenig zur Kohäsion beigetragen wird, wurde immer stärker strittig.<sup>544</sup> Mit der anstehenden Erweiterung war klar, dass die Strukturpolitik unter Druck geraten würde.<sup>545</sup> Zu viele der neuen Mitglieder hatten wesentlich bessere Argumente,

---

540 Überblick vgl. Tanja Makk, *Politikgestaltung auf europäischer Ebene* (Baden-Baden: Nomos, 2002) auf S. 221-227. Liesbet Hooghe, *Cohesion policy and European integration: building multi-level governance* (Oxford: Oxford University Press, 1996).

541 Liesbet Hooghe und Gary Marks, *Multi-Level Governance and European Integration* (Lanham: Rowman & Littlefield, 2001) auf S. 98-102.

542 Zur Rolle der Kommission vgl. Marc Smyrl, "When (and how) do the Commission's preferences matter?," *Journal of Common Market Studies* 36 (1998): 79-99.

543 Ingeborg Tömmel, *Staatliche Regulierung und europäische Integration* (Baden-Baden: Nomos, 1994) auf S. 113.

544 Zu den Pathologien der Strukturpolitik aus Sicht der Kommission vgl. Stefaan De Rynck und Paul McAleavey, "The cohesion deficit in Structural Fund policy," *Journal of European Public Policy* 8 (2001): 541-557.

545 Hans-Jürgen Axt, *Solidarität und Wettbewerb - die Reform der EU-Strukturpolitik* (Gütersloh: Bertelsmann, 2000).

an die Fleischtöpfe des Sprachspiels zu drängen als die alten Nutznießer. Auf der Agenda 2000 stand daher eine neuerliche Fokussierung und die Kürzung der Mittel für die alten Mitglieder. Zusätzlich zum Problem der Erweiterung standen die Geberländer unter dem enormen Druck, selbst die strengen Konvergenzkriterien der Neuverschuldung einzuhalten.<sup>546</sup>

Nach dem steilen Anwachsen in der Reform von 1993 brachte die Agenda 2000 deshalb mit dem Beschluss des Berliner Gipfels 1999 ein Einfrieren der Mittel. Die Mittel wurden auch in Vorbereitung auf die Erweiterung konzentriert und sollten jetzt nur noch 40 Prozent der EU abdecken. Vorher lag die Abdeckungsquote bei 50 Prozent. Im Ergebnis brachte die Reform von 1999 darüber hinaus die Reduzierung der fünf Ziele auf drei. In Ziel 1 wurde die Förderung der Entwicklung und der strukturellen Anpassung der Regionen mit Entwicklungsrückstand (unter 75 Prozent des Gemeinschaftsdurchschnitts) und von dünn besiedelten Gebieten und Gebieten in äußerster Randlage festgelegt. Unter den Vorgaben von Ziel 2 bekamen nun Regionen, die sich im Umbruch befinden, aber nur maximal 18 Prozent der EU-Bevölkerung einschließen dürfen, ihren Anteil der finanziellen Zuschüsse. Das Ziel 3 sprach allen Regionen, die nicht zu Ziel 1 gehörten, Hilfen bei Modernisierungsprogrammen im Arbeits- und Bildungssektor zu. Die Kommission beschränkte ihre eigenständigen Initiativen auf vier: INTERREG, URBAN, LEADER und EQUAL. In dieser Finanzierungsperiode wurden 69,7 Prozent der Mittel für das Ziel 1 verwandt, 11,5 Prozent für Ziel 2 und 12,3 für Ziel 3. Darüber hinaus gab es eine Liste mit nationalen Sonderregelungen und Übergangsmaßnahmen.<sup>547</sup>

Keines der alten Argumente wurde damit fallen gelassen, sondern sie wurden vielmehr gestrafft unter ein neues Argument subsumiert. Die Kommission wurde durch ihre Möglichkeit gestärkt, vier Prozent der Länderbudgets einzubehalten, um sie dann für das erfolgreichste Projekt des jeweiligen Landes auszuschütten.<sup>548</sup> Das liberale Effizienz- und Leistungskriterium zeigte hier wieder seine Argumentationsmacht. Die Details des funktio-

---

546 Liesbet Hooghe und Gary Marks, *Multi-Level Governance and European Integration* (Lanham: Rowman & Littlefield, 2001) auf S. 109.

547 Vgl. neben Hooghe und Marks auch Peter Becker, "Die Reformbereitschaft der Europäischen Union auf dem Prüfstand - die Agenda 2000," in *Osterweiterung der Europäischen Union - die doppelte Reifeprüfung*, hrsg. von Barbara Lippert (Bonn: Europa Union, 2000): 61-104, auf S. 68f.

548 John B. Sutcliffe, "The 1999 reform of the structural fund regulations: multi-level governance or renationalization?," *Journal of European Public Policy* 7 (2000): 290-309, auf S. 301-305.

nen Sprachspiels der Strukturpolitik änderten sich in den letzten beiden Dekaden erheblich. Die Argumentationsfigur der Kohäsion war aber nicht nur stark genug, sich auch in der erweiterten Union zu behaupten, ihr gelang auch ein Ausbau ihrer Bedeutung und ihres Finanzvolumens.<sup>549</sup>

### § 3: Sprachspiele der Eurozone: Von der Kohäsion zur Konvergenz

Beim Aufbau des funktionalen Sprachspiel der Wirtschafts- und Währungsunion geriet das Argument der Kohäsion unter den besonderen Druck der Finanzmärkte, da es an deren Einschätzung der bereits erreichten Kohäsion hing, in welcher Bandbreite der Zins für die nationalen, nicht vergemeinschafteten Schulden der Euroländer festzulegen wäre. Um einer solche Kohäsion herzustellen, standen grundsätzlich gegenüber den vorherigen Optionen mit mehreren Währungen nur noch zwei Möglichkeiten bereit. Da nicht mehr gegenüber den anderen Währungen abgewertet werden konnte und die Europäische Zentralbank einen gemeinsamen Zinssatz festzulegen hatte, musste der europäische Gleichklang entweder über eine rigorose Anpassung an die Marktforderungen und eine entsprechende fiskalische Sparpolitik erreicht werden oder die stärkeren Länder mussten den schwächeren Ländern mit Transferzahlungen unter die Arme greifen. Da die Hartwährungsländer, angeführt von Deutschland, zu einer substantielle Transferunion nicht bereit waren, die Währungsunion aber durch die günstigeren Verschuldungsmöglichkeiten große Gewinne für die schwächeren Weichwährungsländer versprach, ließ sich ein Kompromiss schließen, der von der Kohäsion zur Konvergenz führte.

Um die Stabilität des Euro zu garantieren, wurden strenge Konvergenzkriterien aufgestellt, die nur dem fähigen Mitglied Zugang zur gemeinsamen Währung eröffnen sollten. Doch das Argument der Kohäsion war auch fest verankert. Bereits beim Vertragsabschluss von Maastricht konnten Irland, Spanien, Portugal und Griechenland die Argumentation des Ausgleichs und der Kohäsion noch so weit ausdehnen, dass ein zusätzlicher Kohäsionsfonds zur ausschließlichen Verfügung dieser vier Länder eingerichtet wurde. Jenseits des funktionalen Sprachspiels der Strukturpolitik wurde ein Fonds geschaffen, der in Abstimmung zwischen Kommission und den vier Empfängerländern Verkehrs- und Umweltprojekte finanzieren

---

549 Julian Dörr, „Die Bedeutung der Kohäsionspolitik für die europäische Integration. Aktuelle Bestandsaufnahme eines unbekanntes Politikfeldes“, *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik* 1 (2016): 27-37.

sollte. Die Möglichkeiten, die Verwendung der Mittel zu gestalten, standen innerhalb dieses Rahmens weitgehend im Belieben der vier Kohäsionsländer. Doch die ausgabenorientierte Modernisierung blieb auf die Phase der Vorbereitung beschränkt.

Die Konvergenzkriterien blieben ausschlaggebend für die Teilnahme an der Währungsunion. Die gemeinsame Währung würde nur dann den positiven Effekt des großen Wirtschaftsraums voll für die Wohlstandssteigerung ausnutzen, wenn sie die Geldwertstabilität garantieren konnte. Der Kohäsionsfonds sollte diese Leistungsfähigkeit herstellen. Nachdem diese hergestellt wäre, sollte nur noch Leistung zählen. Wer die Mittel des Kohäsionsfonds zu nutzen verstand und die Konvergenzkriterien erreichte, durfte an der Währungsunion teilnehmen, wem das nicht gelang, der blieb ausgeschlossen.<sup>550</sup> Mit dieser Konstellation zog sich die politische Modernisierung der europäischen Argumentationszusammenhang auf eine reine Vorbereitungsrolle zurück und vertraute alles weitere der Macht der Finanzmärkte an.

Dieses Arrangement ging zunächst auf. Alle Kohäsionsländer hatten die Konvergenzkriterien erreicht. Spanien, Portugal und Irland gleich im ersten Anlauf 1999, Griechenland 2001, wenn auch, wie sich später herausstellte mit wohl geschönten Zahlenwerk. Trotz aller folgenden Krisen schlugen diesen Weg über die Konvergenzkriterien in die Währungsunion auch mehrere Länder der Beitrittsrunde von 2004 ein und Dänemark schloss sich indirekt über einen festen Wechselkurs weitgehend an: Slowenien 2007, Malta und Zypern 2008, die Slowakei 2009, Estland 2011, Lettland 2014, Litauen 2015. Doch nach der dramatischen Griechenlandkrise von 2015 schloss sich erst 2023 Kroatien der Eurozone an.

Die anhaltende Attraktivität der Währungsunion auch nach vielen Krisen spricht für ihren zumindest teilweisen ökonomischen Erfolg. Doch dieser stand und steht auf unsicheren Beinen. Aus der Perspektive der Hartwährungslander, die von der Währungsunion dadurch profitierte, dass ihre Exportindustrie nicht mit einer aufwertenden Währung belastet wurden, die aber nicht genügend Gewinne machten, um die Risiken einer ausufernden Haushaltspolitik der anderen Mitgliedsstaaten tragen zu wollen, musste unbedingt ein wirtschaftliches Gleichgewicht gesichert bleiben, dass ohne

---

550 Kenneth Dyson (Hrsg.), *European States and the Euro: Europeanization, Variation and Convergence* (Oxford: Oxford University Press, 2002); Amy Verdun (Hrsg.), *The Euro: European Integration Theory and Economic and Monetary Union* (Lanham: Rowman&Littlefield, 2002).

dauerhafte Transferzahlungen, oder deren Gefahr durch die Garantie von Schulden und gar eine gemeinsame Verschuldung, auskam. Im Rahmen der neoliberalen Dominanz des Marktarguments entwickelt sich daraus die wenig nachhaltige Argumentation des Stabilitätspakts.

Nachdem sich am Ende der Vorbereitungsphase abzeichnete, dass nicht nur der traditionell elitäre Club, den das Schäuble-Lamers-Papier<sup>551</sup> noch im Auge hatte, sondern alle ehemaligen Weichwährungsländer die Konvergenzkriterien einhalten würden, sahen die Vertreter eines strikt stabilitätsorientierten monetären Kurses, vor allem Deutschland, die Gefahr, dass nach dem Beitritt zum Euroclub die Anstrengungen zur Konsolidierung der Haushalte nachlassen würden und dadurch die zukünftige Stabilitätspolitik für den Euro gefährdet wäre. Aus diesen Überlegungen heraus begründete Deutschland die Notwendigkeit eines Stabilitätspakts, der die Einhaltung der Konvergenzkriterien auch nach der Euro-Einführung in allen beteiligten Ländern sicherstellen sollte. Die Einhaltung des Stabilitätspakts würde durch ein ausgefeiltes funktionales Sprachspiel unter der Aufsicht der Kommission, die im Extremfall empfindliche Strafen verhängen könnte, garantiert werden.<sup>552</sup>

Mit dem Durchbruch dieser Argumentation war dem marktliberalen Diskurs ein entscheidender Schlag gegen die Argumentation der ausgleichenden, politischen Modernisierung gelungen. Die politische Modernisierungsleistung bestand nur noch darin, marktkonforme Reformen anzustoßen und nicht mehr für die Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit oder gar die Kompensation von Verlusten aufzukommen. Wer weniger von mehr Integration profitierte, hatte jetzt kein Anrecht mehr auf einen modernisierenden Ausgleich, sondern die anderen verfügten über das Argument, dass sie durch das Missmanagement des einen Partners selbst Schaden nehmen würden und deswegen Anrecht auf Kompensation hätten. Das Argument des Ausgleichs durch Hilfe und sozialen Zusammenhalt war damit zum Argument des Ausgleichs durch Bestrafung geworden. Der neoliberale Diskurs hatte die spitze Argumentation „Arm gleich faul, frech oder dumm und damit gefährlich“ gegen die alte Argumentation „Arm gleich hilfsbedürftig, damit Zusammenhalt gewährleistet“ durchgesetzt.

---

551 „Überlegungen zur europäischen Politik Schäuble-Lamers-Papier I“ 01.09.1994 [www.wolfgang-schaeuble.de/positionspapiere/schaeublelamers94/pdf](http://www.wolfgang-schaeuble.de/positionspapiere/schaeublelamers94/pdf)

552 Graham Bishop, "The Future of the Stability and Growth Pact," *International Finance* 6 (2003): 297-308; Marco Buti, Sylvester Eijffinger und Daniele Franco, "Revisiting EMU's Stability Pact: A Pragmatic Way Forward," *Oxford Review of Economic Policy* 19 (2003): 100-111.

Doch das Argument der auf Kohäsion abzielenden und durch Transfers finanzierten Modernisierung ließ sich nicht ganz so leicht abschütteln. Beim Berliner Gipfel zur Agenda 2000 konnten die Kohäsionsländer die Verlängerung des Kohäsionsfonds durchsetzen. Obwohl alle vier Kohäsionsländer die Konvergenzkriterien erfüllten und als Mitglieder der Eurozone auch weiter erfüllen sollten, konnte trotz vehementen Widerstands der Nettozahler dieser Fonds nicht gestrichen werden. Der Kohäsionsfonds wurde aber aus dem Zusammenhang der Währungsunion gelöst und in die Logik der Strukturpolitik integriert.<sup>553</sup> Bis dahin waren die Konvergenzkriterien noch nicht verletzt worden und die Kohäsionsländer konnten argumentieren, dass das bisher Erreichte weiter abgesichert werden müsse. Die Verschiebung zur Strukturpolitik und die damit verbundene Verbannung aus dem funktionalen Sprachspiel der Währungsunion erwies sich als fatale Weichenstellung.

In den nächsten Jahren änderte sich das wirtschaftliche Umfeld grundlegend. Die in Boomzeiten aufgestellten Konvergenzkriterien sollten nun, durch die Strafen des Stabilitätspakts erzwungen, auch in der Rezession eingehalten werden. Die Kohäsionsländer Portugal und Irland bekamen warnende Post von der Kommission, wie es als erste Runde der Maßregelung durch den Stabilitätspakt vorgesehen war. Jedoch hatten nicht nur die Kohäsionsländer Probleme mit der Wirtschaft, sondern auch der deutsche Erfinder des Stabilitätspakts. Deutschland verfehlte selbst das Konvergenzkriterium der Nettoneuverschuldung von drei Prozent und stand nun ebenfalls unter der mahnenden Beobachtung der Kommission. Frankreich erging es ebenso. Mit dem Aussetzen des Defizitverfahrens gegen Frankreich und Deutschland durch den Ministerrat Ende 2003 trotz des entschiedenen Widerstands der Kommission war die punitive Seite des Stabilitätspakts bereits früh erledigt. Die Hartwährungsländer hatten die Daumenschrauben etwas zu fest angezogen.

Zwei Jahrzehnte später dokumentierte die Kommission im Kontext der Debatte um die Reform des Stabilitätspakts auf Anfrage eines deutschen Mitglieds des Europäischen Parlaments, des Abgeordneten Moritz Körner (FDP/Renew), dass sie zwar 37 Defizitverfahren gegen Mitgliedsländer eröffnet hätte, aber es kein einziges Mal zu einer Strafzahlung gekommen

---

553 Liesbet Hooghe und Gary Marks, *Multi-Level Governance and European Integration* (Lanham: Rowman & Littlefield, 2001) auf S. 99.

wäre.<sup>554</sup> Die Forderung Körners, in der anstehenden Reform nun vor allem auf die tatsächliche strafbewährte Durchsetzung der Regeln zu setzen, kehrte auf die deutsche Position zur Jahrtausendwende zurück und verdrängte die Grundproblematik dieser Konstruktion wie ihr desaströses Scheitern in der Eurokrise.

Denn als im Zuge der Finanzkrise von 2007 die schwächeren Länder unter Druck gerieten, war keine Rede davon, den Stabilitätspakt mit Strafzahlungen durchzusetzen. Ganz im Gegenteil wurde alles getan, um unter Umgehung der expliziten „No-Bailout“-Klausel, die eine gemeinsame Staatsschuldenhaftung in der Eurozone verhindern sollte, einen Zahlungsausfall eines Mitglieds der Eurozone zu vermeiden. Allerdings konnte sich auch das alte Argument der Kohäsion, dass schwächeren Mitgliedern, die weniger von der Eurozone profitierten, durch die stärkeren Mitglieder im Sinne eines gemeinsamen Wohlstands unterstützt werden sollten, nicht durchsetzen. Es ging unter Hinzuziehung des in Strukturreformen unter Austeritätsbedingungen geübten Internationalen Währungsfonds darum, die Haushaltskrisen für einen extern begleiteten Umbau dieser Volkswirtschaften zu nutzen und so wenig wie möglich für die Schulden der klammen Euromitglieder zu garantieren, aber dennoch Euroausstieg und Staatsbankrott zu vermeiden.<sup>555</sup> Das funktionale Sprachspiel der Währungsunion entwickelte eine hoch ausdifferenzierten Regelrahmen, der es erlauben sollte, die schroffen Gegensätze zwischen starken und schwachen Mitgliedern zu überbrücken, ohne dass ein Land ausscheiden und Konkurs anmelden musste und ohne, dass es zu einem echten Länderfinanzausgleich gekommen wäre, der vielmehr als inakzeptable Transferunion geschmäht wurde. Trotz einer großen Bereitschaft zur Dehnung der Verträge ließ sich diese Konstruktion aber nur außerhalb der Verträge absichern. 2012 trat der Gründungsvertrag zum Europäische Stabilitätsmechanismus in Kraft, der außerhalb der EU-Verträge Zahlungsausfälle verhindern und Reformen durchsetzen sollte.

Noch innerhalb der Verträge, aber mit der Bereitschaft zu einer maximalen Neuinterpretation, stand die Zentralbank im Zentrum der Krisenpolitik. Über einen niedrigen Zinssatz, vor allem aber über einen massiven Aufkauf von Staatsanleihen, sicherte sie die Kreditwürdigkeit der über-

---

554 Carsten Volkery, „Euro-Staaten haben 37 Mal gegen Schuldenregeln verstoßen – aber null Strafen kassiert“, *Handelsblatt*, 30.06.2022.

555 Philipp Ther, *Die neue Ordnung auf dem alten Kontinent. Eine Geschichte des neoliberalen Europa* (Berlin: Suhrkamp, 2014).



schuldeten Länder. Zentralbankpräsident Mario Draghi hatte mit seiner Ansage, alles zur Rettung des Euro zu unternehmen, die Finanzmärkte auch deswegen beruhigt, weil er seinen Worten Taten folgen ließ. Da der direkte Ankauf von Staatspapieren explizit im Vertrag verboten war, ging Draghi den indirekten Weg und kaufte die Staatsanleihen über die Privatbanken, die sich dabei noch über sichere Margengewinne freuen durften. Damit war aber genau das geschehen, was die deutschen Konstrukteure der Währungsunion vermeiden wollten: eine Finanzierung der Staatshaushalte über die Zentralbank. Ohne transferbasierte Modernisierungspolitik gab es aber keine andere Lösung als den weiteren Ausbau des Schuldenstaats und den Einstieg in den Konsolidierungsstaat.

Wolfgang Streeck gehörte zu den analytischen Kritikern, die diese Entwicklung als Teil der wenig nachhaltigen Umstellung des westlichen Kapitalismus seit der Krise Ende der 1960er Jahren sahen.<sup>556</sup> An die Stelle des Steuerstaats im eingebetteten Kapitalismus der Nachkriegszeit traten nach dem Ende des Bretton-Woods-System deregulierte Finanzmärkte und der Schuldenstaat, der seinen Finanzbedarf nicht mehr durch die Abschöpfung von Steuern, sondern nur durch die Aufnahme von Schulden decken konnte. Die Instabilität dieses Systems musste in den Konsolidierungsstaat führen, der Staatsaufgaben zurückdrängte. Die damit einhergehenden sozialen Härten führten zu immer neuen Anpassungskrisen, an denen die Eurozone letztendlich zerbrechen werde.

Streeck blieb auch skeptisch als mit der Ankündigung eines Green New Deal und dem Wiederaufbaufond der Coronakrise mit Fokus auf Klima und Digitalisierung ein neues Instrumentarium der ausgabenfinanzierten Modernisierungspolitik entwickelt wurde.<sup>557</sup> Hierin scheint das europäische Sprachspiel der Währungsunion aber einen Ausweg zu suchen, der weit über die Spannungen der Eurozone hinausführt. Über ihn werden die Grundlagen des europäischen Wohlstands über Ausgabe- und Regulierungsmaßnahmen und erst in zweiter Linie über den Markt ausgetauscht.

---

556 Wolfgang Streeck, *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus* (Berlin: Suhrkamp, 2013).

557 Wolfgang Streeck, *Zwischen Globalismus und Demokratie. Politische Ökonomie im ausgehenden Neoliberalismus* (Berlin: Suhrkamp 2021).

§ 4: Das topische Sprachspiel des Green Deal zwischen Elektrifizierung und Euro

Die Klimakrise erlebte in den letzten dreißig Jahren mehrere Konjunkturzyklen in der öffentlichen Wahrnehmung. Dem gegenwärtigen europapolitischen Zyklus des *Green Deal* (Grünen Deal oder Green New Deal) ging die Coronakrise voraus. Ihr disruptives Potential entwickelte sich im globalen Rahmen unter den Vorgaben der WHO und nationalstaatlicher Steuerung. Europa war zunächst nicht einmal als Clearingstelle gefragt. Zu Beginn stauten sich vielmehr rückwandernde Arbeitnehmer an den europäischen Binnengrenzen des Schengenraums, deren Schlagbäume zeitweise nur für rückkehrende Staatsbürger, nicht für Unionsbürger offen waren. Mobilität hatte sich vom Freiheitsversprechen zum Risikofaktor verwandelt, worunter der europäische Mobilitätsraum besonders litt. Während die Beteiligung der Brüsseler Institutionen am Krisenmanagement der Pandemie, beispielsweise beim Impfstoffeinkauf, eher schleppend verlief, gelang am Ende der Pandemie eine fulminante Rückkehr. Die wirtschaftlichen Verwerfungen des Pandemiemanagements gaben Anlass für die lange angestrebte europäische Schuldenaufnahme, mit der ein Einstieg in die geschmähte Transferrunion nun unter der Überschrift des Wiederaufbaufonds zumindest zeitlich begrenzt Wirklichkeit werden sollte. Doch die Argumentation für eine solidarische Modernisierung im Gegensatz zur austeritätsorientierten Modernisierung begann sich hier, erst als Ausnahme, durchzusetzen. Verbunden waren die Maßnahmen zur Behebung der Coronakrise mit dem schon vorher von der Kommission initiierten *Green Deal* vom Dezember 2019, also vor Ausbruch der Coronakrise.<sup>558</sup>

Mit der Zielsetzung den europäischen Kontinent, zumindest in Reichweite des Integrationsprozesses, bis 2050 zum ersten klimaneutralen Erdteil zu machen und auf dem Weg dorthin bis 2030 die klimaschädliche Emission auf ein Niveau von unter 55 Prozent des Basisjahrs 1990 zu drücken, hatte die Kommission den Startschuss für einen europäisch gesteuerten disruptiven Transformationsprozess gegeben, der mit dem darauf ausgerichteten Wiederaufbaugelder im Anschluss an die Coronakrise einen ersten substantiellen Schub erhielt.<sup>559</sup> Mit Corona- und Klimakrise brach die Hegemonie des Austeritätsdiskurses der Stabilität auf und an seine Stelle

---

558 Winfried Böttcher, *Europa 2020. Von der Krise zur Utopie*, (Baden-Baden: Nomos/Tectum, 2021).

559 Michèle Knodt und Jörg Kemmerzell (Hrsg.), *Handbook of Energy Governance in Europe* (Cham: Springer, 2022).

trat eine Modernisierungsagenda, der die disruptive Zerstörung der alten Wohlstandsbasis und die Schaffung einer neuen nicht primär der Kombination von Technologie und Markt überlassen wollte, sondern ausgaben- und vorgabengestützt den Modernisierungsdiskurs wieder zurück in die Bahn der Regulierung lenkte. Die Hochphase einer allein marktorientierten Ausrichtung des Wohlstandsarguments schien vorüber; wohl auch deshalb, weil die technologische Basis für die disruptive Transformation noch nicht den Marktreifegrad erreicht hatte.

In der Öffentlichkeitsarbeit der Kommission übernahm der *Green Deal* jedenfalls das Zentrum des europäischen Wohlstandsarguments. Auf die Frage nach den Vorteilen des *Green Deal* antwortet die Kommission in der Selbstdarstellung:

„Der europäische Grüne Deal sichert uns und künftigen Generationen ein besseres und gesünderes Leben durch:“ – es folgen als graphisch aufbereitete Spiegelstriche – „saubere Luft, sauberes Wasser, einen gesunden Boden und Biodiversität“; „sanierte, energieeffiziente Gebäude“; „gesundes und bezahlbares Essen“; „mehr öffentliche Verkehrsmittel“; „sauberere Energie und modernste saubere Technologien“; „langlebigere Produkte, die repariert, wiederverwertet und wiederverwendet werden können“; zukunftsfähige Arbeitsplätze und Vermittlung der für den Übergang notwendigen Kompetenzen“; „weltweit wettbewerbsfähige und krisenfeste Industrie“.<sup>560</sup>

Es fällt auf, dass erst am Ende der langen Reihe des neuen Wohlstands eine global wettbewerbsfähige Industrie stand, was das Hauptziel einer austeritätsorientierten Transformationsbeschleunigung in der Eurokrise gewesen war und auch weiterhin für die Generierung von Wohlstand im globalen Kapitalismus nicht marginal erscheint. Aber die „zukunftsfähigen“, wohl gemerkt nicht „sicheren“ Arbeitsplätze, wie das attributive Adjektiv des Topos „Arbeitsplatz“ früher stattdessen hieß, müssen auch gar nicht unbedingt in der Exportindustrie entstehen. Denn der Umbau der Infrastruktur wird Arbeitskräfte binden, die die Exportindustrie jetzt schon unter den Bedingungen des Fachkräftemangels nur schwierig aus dem Handwerk abwerben kann. Vor allem aber wird die Exportorientierung am Weltmarkt

---

560 Europäische Kommission, Europäischer Grüner Deal. Erster klimaneutraler Kontinent werden. Eckdaten, [https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal\\_de](https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal_de) (letzter Zugriff: 24.05.2023).

dann nicht mehr ganz so dringend benötigt, wenn Europa im Rahmen der Klimaneutralität eine weitgehende Energieautarkie erreichen sollte und diese Rohstoffe nicht mehr einkaufen muss.

Die Klimaneutralität wirkt als neuer Kern des Wohlstandsversprechens über den engeren Maßnahmenkatalog des *Green Deal* hinaus. Wegweisend wird die klimaneutrale Umgestaltung des Stabilitätspakts sein, bei der starre Obergrenzen in der Ausgabenpolitik immer mit dem Argument des Klimaschutzes, wohl auch der Digitalisierung, ausgehebelt werden können.

Entscheidungen dazu werden erst nach dem Abschluss des Bandes getroffen werden. Eine solche Relativierung der finanzpolitischen Stabilität zugunsten der klimapolitischen Stabilität innerhalb eines beschleunigten Transformationsprozesses läge auf der Linie eines Wohlstandsarguments, dessen Gewicht vom Markt zur Modernisierung verschoben wird.

Den vielleicht radikalsten Ansatz verfolgt die Deklaration von Ostende vom 24. April 2023.<sup>561</sup> Außerhalb des europäischen Rahmens, aber unter Hinzuziehung von Vertretern der Kommission erklärten alle Nordseeranrainer, Großbritannien, Norwegen, Dänemark, Deutschlands, Niederlande, Belgien, plus Luxemburg, Frankreich und Irland, die Nordsee zur „Green Power Plant of Europe“. Durch Offshore-Windparks und den Ausbau europäischer Netze soll die Nordsee den europäischen Energiebedarf zu einem signifikanten Anteil decken. Der Nordwesten Europas möchte auch in Zukunft der industrielle Kern des europäischen Binnenmarkts bleiben und schafft mir dieser Initiative, inklusive ihres Investitionsbedarfs, auch ein Gegengewicht zum Transfer des *Green Deal*.

Der britische König Charles III stieß bereits kurz davor bei seinem Antrittsbesuch in Deutschland in das gleiche Horn, als er bei seiner Rede vor dem Deutschen Bundestag die Zusammenarbeit bei der Energieerzeugung in der Nordsee als gemeinsames Zukunftsprojekt nannte.<sup>562</sup> Diese Planung liegt auch auf der Linie des Club of Rome, der in seinem Bericht in globaler Perspektive von 2022 die klimaneutrale Zukunft allein auf der Basis

---

561 *Ostend Declaration of Energy Ministers on The North Seas as Europe's Green Power Plant*, Ostend, Belgium on the 24th of April 2023, [https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/Energie/ostend-declaration-energy-ministers-north-seas-europes-green-power-plant.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=4](https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/Energie/ostend-declaration-energy-ministers-north-seas-europes-green-power-plant.pdf?__blob=publicationFile&v=4) (letzter Zugriff: 24.05.2023).

562 Charles III, *Rede Seiner Majestät König Charles III. vor dem Deutschen Bundestag*, Berlin 30.03.2023. <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw13-koenig-charles-rede-940994> (letzter Zugriff 26.05.2023).

der Elektrifizierung gewährleistet sah.<sup>563</sup> Die umstrittene Technologieoffenheit beim Verbrennungsmotor im Rahmen der europäischen Regulierung und die Investitionen in Wasserstoffoptionen müssen dazu nicht im Widerspruch stehen, sondern können, beispielsweise als Speicherkapazität für die volatile Stromerzeugung durch Windkraft, gut in die Elektrifizierung integriert werden.

Unterstützt wurde die Beschleunigung des Umbauprozesses durch den beim Argument des Friedens schon diskutierten Überfall Russlands auf die Ukraine, der hinsichtlich des klimaneutralen Umbaus der europäischen Wirtschaft vor allem durch die Abhängigkeit von russischen Rohstoffen, insbesondere Gas, wirkungsmächtig wurde. Die geopolitische Dimension der Klimapolitik vertieftes sich hier. Sie bestand aber auch schon zuvor hinsichtlich des Versuchs, mit dem frühzeitigen Umbau der eigenen Industrie nicht nur als Vorbild für den Rest der Welt zu wirken, sondern auch als Exporteur der neuen Technik die alte geoökonomische Vormachtstellung verteidigen zu können.

Der europäische Integrationsprozess stellt sein Wohlstandargument nicht autonom auf Klimaneutralität um, sondern eingebettet in den globalen Diskurs des Klimawandels. Dabei generiert diese Umstellung aber einen besonderen Vorteil für die Schiefelage des Wohlstandsarguments, das über die Notwendigkeit kreativer Zerstörung im Transformationskapitalismus hinausgeht. Denn gerade der deutsche Diskurs, der in der Eurokrise so hartnäckig auf Austerität geeicht blieb, ließ sich über die Notwendigkeiten der Klimapolitik in Ausgleichsmechanismen führen, die in einer Währungsunion unabdingbar sind. Mit dem Einstieg in die gemeinsame Verschuldung gelang jedenfalls die Etablierung eines Ausgleichsmechanismus, der über das in der Eurokrise entwickelte Regelwerk hinausging.

---

563 Sandrine Dixson-Declève, Owen Gaffey, Jayati Gosh, Jørgen Randers, Johan Röckström, Per Espen Stoknes, *Earth for All. Ein Survival Guide für unseren Planeten. Der neue Bericht an den Club of Rome, 50 Jahre nach „Die Grenzen des Wachstums“* (München: oekom, 2022) auf Seite 167-188.



## 7. Kapitel: Das Europaargument

Die Rede von Europa bezieht sich auf eine relativ kleine Landmasse, die ihren kontinentalen Charakter nicht durch klare Grenzen beweisen kann.<sup>564</sup> Eine geographische oder historische Identitätssuche gerät deswegen leicht in einen Leerlauf, der immer wieder aufgelöst werden muss.

Die Geographie ist bereits uneindeutig. Der Ural, der Kaukasus und der Bosphorus müssen Ozeane als Grenze zu Asien ersetzen. Als Grenze zu Afrika gibt es zwar das Mittelmeer, doch ob dieses nun einen klar trennenden Charakter hat, gilt zumindest den direkten Anrainern mit kolonialen Erinnerungen als fraglich. Stand doch nicht nur die griechische Wiege Europas am Mittelmeer,<sup>565</sup> auch lange nach der *translatio imperii* in den Norden hat sich europäisches Leben um das Mittelmeer herum abgespielt.<sup>566</sup>

Bis der koloniale Imperialismus Frankreichs und Englands den Norden Afrikas in Besitz nahm und, im Falle der französischen Kolonie Algerien, zum integralen Bestandteil der eigenen Nation erklärte, markierte das Jahr 1492 mit dem Fall Granadas die Trennung der südlichen von der nördlichen Küste des Mittelmeers; zumindest in Hinsicht auf Afrika – 1453 hatten die Osmanen Konstantinopel erobert. 1492 war aber auch das Jahr der Überwindung des Atlantiks und der Entdeckung Amerikas, in deren Folge die Besiedlung der neuen Welt durch Europäer stattfand. Hier ist

---

564 Der kontinentale Charakter zeigt sich eher im eigenen europäischen Mikrokosmos, der zwischen englischem und kontinentalem Frühstück unterscheidet.

565 Vgl. auch Bragues im Mittelmeer angesiedelter Entwurf einer römischen Identität Europas, die Inhalte gleichsam nicht selbst verkörpert, sondern von Jerusalem und Athen dieses übernehmend, selbst halbbarbarisch, sie an die Barbaren weitergibt. Rémi Brague, *Europa. Eine exzentrische Identität* (Frankfurt am Main: Campus, 1993).

566 Der Widerspruch zwischen der deutschen nordöstlichen und der französischen südlich-mediterranen Europakonzeption wird, nachdem die karolingischen Grenzen längst überschritten sind, immer stärker virulent werden. Mirgeler konzipierte in den 1960er Jahren den Europäer im Gegensatz zum Griechen recht deutsch als Waldmensch: „Der Grieche geht auf den Markt, der Europäer in den Wald.“ Albert Mirgeler, *Geschichte Europas* (Freiburg: Herder, 1964) auf S. 2. Girault betont die andere Perspektive: „Ein römischer Bürger, der auf dem heutigen Gebiet von Tunesien lebte, mußte also viel eher als ein „Europäer“ betrachtet werden als ein „wilder“ Sachse, der in der großen Ebene des Nordens des heutigen Deutschlands lebte.“ René Girault, "Das Europa der Historiker," in *Europa im Blick der Historiker (Historische Zeitschrift/Beihefte)*, hrsg. von Rainer Hudemann et al. (München: Oldenbourg, 1995) 55-90, auf S. 57.

die geographische Distanz zwar enorm, doch kann nach 1945 Europa, und gerade der Prozess der europäischen Integration, nicht ohne den US-amerikanischen Paten verstanden werden. In der Rhetorik des Kalten Kriegs verhinderte der Westen, dass Europa von Asien verschluckt wurde.

Die europäische Integration trägt diesen nur schwer abgrenzbaren Kontinent im Namen und erhebt den Anspruch, seine Zukunft zu verkörpern. Wer einen Anspruch formulieren kann, zu Europa zu gehören, dem kann somit die Bitte um Aufnahme in die EU nicht prinzipiell verweigert werden. Die Dynamik des Europaarguments ergibt sich damit von selbst.

Die Erzählung des europäischen Selbst hat sich mit dem geographischen Handicap als asiatischer Wurmfortsatz immer besonders bemühen müssen, sich nach Osten hin abzugrenzen.<sup>567</sup> Dabei nahmen die Europäer traditionell ihre Heterogenität und ihre Dynamik auf engem Raum gegenüber der homogenen Ruhe der weiten asiatischen Imperien wahr.<sup>568</sup> Diese Projektion musste zwar gelegentlich dem Bild der vorwärts stürmenden asiatischen Horde – von den Hunnen<sup>569</sup> über die Mongolen bis zu sowjetischen Kommunisten – weichen, doch gelang damit die diskursive Umwandlung der eigenen Zersplitterung und Enge in ein die Vielseitigkeit bewahrendes dynamisches Projekt. Europas Erzählung von sich selbst war die Geschichte einer aus Nähe und Heterogenität geborenen Dynamik.

Ole Wæver machte darauf aufmerksam, dass das Andere der europäischen Integration nicht Asien oder Amerika sein muss, sondern sich das Selbst des integrierten Europas vor allem in Abgrenzung zu seiner eigenen unheilvollen Geschichte der kriegerischen Konflikte versteht.<sup>570</sup> Allerdings zielte diese Abgrenzung nicht auf die europäische Geschichte als solche, sondern eher auf die Konfliktlage nationalistischer Machtstaaten, die in zwei Weltkriegen Europa zerstörten. Die karolingische Rückprojektion auf das frühmittelalterliche Europa Karls des Großen funktionierte nicht nur

---

567 Iver B. Neumann, *Uses of the other. "The East" in European identity formation* (Minneapolis: University of Minnesota Press, 1999).

568 Diese Konzeption geht auf den griechisch-persischen Gegensatz zurück. Vgl. Pim den Boer, "Europe to 1914: the making of an idea," in *The History of the Idea of Europe*, hrsg. von Kevin Wilson und Jan van der Dussen, *What is Europe?* (London: Routledge, 1993): 13-82, auf S. 16f.

569 Mit den metaphorischen Hunnen wird deutlich, dass Asien aus westlicher Sicht auch gleich in Deutschland beginnen kann.

570 Ole Wæver, "Identity, communities and foreign policy: discourse analysis as foreign policy theory," in *European Integration and National Identity. The challenge of the Nordic States*, hrsg. von Lene Hansen und Ole Wæver (London: Routledge, 2002): 20-49, auf S. 280.



am Beginn des Integrationsprozesses als Vehikel deutsch-französischer Gemeinsamkeit, die die Beneluxstaaten einschloss. Die ukrainische Präsident Wolodymyr Selenskyi kam im Mai 2023 eigens nach Aachen, um den Karlspreis für sich und sein kämpfendes Volk entgegenzunehmen. In seiner Dankesrede betonte er mit karolingischem und martialischem Pathos die Notwendigkeit eines Siegfriedens:

„Deshalb ist mein wichtigster Appell an Sie heute: Seien Sie des Charakters Karls des Großen würdig!

Siegt!

Stellt den Frieden her, der die Frucht unseres gemeinsamen Sieges sein wird und den wir unseren Kindern und Enkeln als das wichtigste Erbe Europas hinterlassen werden!“<sup>571</sup>

Die russische Aggression gab dem europäischen Selbst wieder die Gelegenheit, seine potentiell konfliktreiche Heterogenität in Abgrenzung zu Projekten, die eine Befriedung nur über Homogenisierung für möglich hielten, positiv als Freiheitsordnung zu fassen und diese gegen die Gewalt des Ostens abzugrenzen. Vielfalt und Gegensätzlichkeit sollten nicht einem homogenen Frieden der Gewalt geopfert werden, sondern aus der Heterogenität heraus sollte sich eine kooperative Dynamik entwickeln. Der russische Angriffskrieg bietet offensichtlich eine Steilvorlage für den klassischen Abgrenzungsdiskurs nach Osten. Der europäische Argumentationszusammenhang, der im Kalten Krieg geboren wurde, aber länger zurückreicht, bietet dazu zahlreiche Anknüpfungspunkte. Er muss aber auch eine Gradwanderung vollbringen, die ihm auch weiter die Abgrenzung zu seiner konfliktreichen Vergangenheit erlaubt.<sup>572</sup>

Vor aller Abgrenzung erfasst die Frage nach der gehegten Heterogenität, das europäische Selbstverständnis am besten. Dieses alte Argument der Heterogenität fand im Sprachspiel des integrierten Europas in eine neue Form, die ohne eine Abgrenzung nach außen tragen möchte. Es hat sich „eine institutionelle Ordnung entwickelt, die sich durch zwei Eigenschaften

---

571 Wolodymyr Selenskyi, *Ansprache des Preisträgers*, Aachen 14. Mai 2023, (letzter Zugriff 26.05.2023: [https://www.karlspreis.de/Portals/0/pdf/Rede\\_Selenskyi\\_deutsch-komplett.pdf?ver=2023-05-15-170108-827](https://www.karlspreis.de/Portals/0/pdf/Rede_Selenskyi_deutsch-komplett.pdf?ver=2023-05-15-170108-827)).

572 Wenige Texte dürften die Ambivalenz dieser Ost-West-Abgrenzung so prägnant illustrieren wie Ernst Jünger, „Der Gordische Knoten“ in ders. *Betrachtungen der Zeit. Sämtliche Werke 9* (Stuttgart: Klett-Cotta, 2015) 375-479.

auszeichnet [...]: Heterogenität und Interdependenz.<sup>573</sup> Der Ausbau der gegenseitigen Abhängigkeit bedeutet dabei gleichzeitig ein erhöhtes Konfliktpotential wie die Hoffnung, durch die Einsicht in die grundsätzliche Unausweichlichkeit der Nähe und des Konflikts, daraus eine friedliche Dynamik der Kooperation zu entfalten.<sup>574</sup> Die Kooperation darf dabei nicht wirtschaftlich verkürzt verstanden werden, denn die Heterogenität bezieht sich nicht allein auf den Stand der wirtschaftlichen Entwicklung, sondern betrifft gerade auch die unterschiedlichen Argumentationszusammenhänge vom guten Leben der europäischen Akteure jenseits ihrer gemeinsamen europäischen Praxis.

Die Absicht aus Heterogenität und Interdependenz nicht mehr Krieg, sondern Kooperation sich entwickeln zu lassen, prägte den Topos der „Einheit in Vielfalt“,<sup>575</sup> der ab 2000 zum offiziellen Motto „in Vielfalt geeint“ umformuliert wurde. Diese Veränderung geschah auch, um eine Gewichtsverlagerung von der Einheit in Richtung Vielfalt zu unterstreichen und den Skeptikern entgegenzukommen. Mit diesem Topos hatte das europäische Projekt eine Formulierung gefunden, die der Erzählung ein Thema vorgab, das ohne negative Abgrenzung variiert und gefüllt werden kann. Der Andere ist in diesem Topos Teil des Selbst. Damit lebt dieses „in Vielfalt geeint“ in der ständigen Bewegung des gemeinsamen Austauschs. Die Argumente sollen sich in dieser Praxis so offen bewegen können, wie sich die europäischen Bürger in ihrer Bewegungsfreiheit nicht mehr an die alten Staatsgrenzen zu halten brauchen. Doch die europäische Praxis bleibt nicht auf den dynamischen Austausch ihrer Gegenwart begrenzt. Das „in Vielfalt geeinte“ Europa bewegt sich mit dem Topos der „immer engeren Union“ in eine gemeinsame Zeit hinein.

Darüber hinaus gilt die Dynamik nicht nur der Ausdehnung in der Zeit, sondern auch der Ausdehnung im Raum. Europa schließt sich nicht nur

---

573 Markus Jachtenfuchs, "Verfassung, Parlamentarismus, Deliberation. Legitimität und politischer Konflikt in der Europäischen Union," in *Politik in einer entgrenzten Welt*, hrsg. von Christine Landfried (Köln: Wissenschaft und Politik, 2001): 71-89, auf S. 73.

574 Zu Heterogenität, Konflikt und Kooperation aus neoutilitaristischer Perspektive: Robert O. Keohane, *After Hegemony. Cooperation and Discord in the World Political Economy* (Princeton: Princeton University Press, 1984).

575 Vgl. beispielsweise: Melissa Pantel, "Unity-In-Diversity: Cultural Policy and EU Legitimacy," in *Legitimacy and the European Union. The contested polity*, hrsg. von Thomas F. Banchoff und Mitchell P. Smith (London: Routledge, 1999): 46-65. Norbert Kohlhaase, *Einheit in der Vielfalt - Essays zur Europäischen Geschichte, Kultur und Gesellschaft* (Baden-Baden: Nomos, 1988).

enger zusammen, sondern schließt auch immer mehr ein. Diese Dynamik im Raum trägt dazu bei, dass die Heterogenität nicht ab, sondern zunimmt. Europa erscheint als Schicksalsgemeinschaft, die ihre alten Konflikte mit dem Topos des „immer enger vereint“<sup>576</sup> überwinden will. Doch Heterogenität wird dabei nicht negativ besetzt. Die Völker Europas sind „stolz auf ihre nationale Identität und Geschichte“ und nur der Topos „in Vielfalt geeint“ verspricht eine positive gemeinsame Zukunft. Europa wird dabei als abenteuerlicher Prozess verstanden, der aus seiner Heterogenität, und diese bewahrend, einen gemeinsamen Raum schaffen will, in dem sich die Hoffnungen der Menschen entfalten können. Die Heterogenität reicht somit bis auf die Ebene der Individuen und der Entfaltung ihrer verschiedenen Hoffnungen herab. Der Prozess Europa soll seine Bewohner immer enger, aber eben auch in Vielfalt zusammenführen. Dieser Kontinent Europa bleibt immer auf dem Weg. Er ist immer unterwegs und in Bewegung. Ernst macht die europäische Praxis ihrer offenen Konzeptualisierung des Kontinents Europas schon in den Römischen Verträgen von 1957: „Jeder europäische Staat kann beantragen, Mitglied der Gemeinschaft zu werden.“<sup>577</sup>

Die Balance zwischen der vorsichtigen Homogenisierung einer immer engeren Union und dem Primat des Topos „in Vielfalt geeint“ erlauben es, verstärkt durch diese deutlichen Worte, nur schwer, klare Homogenitätsansprüche als Abgrenzungskriterien gegenüber dem Osten einzuführen.

Versuche, den aufgeklärten Westen von einem orthodoxen Osten abzugrenzen, sind gescheitert. Rumänien und Bulgarien sind beigetreten. Der Westbalkan wartet zwar nun schon lange erfolglos auf die Einlösung der Beitrittsperspektive. Der ukrainische Widerstand gegen den russischen Aggressionskrieg, inklusive der dadurch verstärkten Spannungen innerhalb der orthodoxen Kirchen, lässt eine Konzeptualisierung eines westlichen Europas ohne die Orthodoxie, wie es Samuel Huntington diskurswirksam 1993 in seiner europäischen Landkarte des Kampfs der Kulturen skizzierte,<sup>578</sup> als obsolet erscheinen. Die Konzeption einer solchen Grenze war

576 Die alte Formulierung sprach von einer „immer engeren Union.“ Ebenso wird „Einheit in Vielfalt“ von „in Vielfalt geeint“ abgelöst. Die neuen Formulierungen lassen eine Tendenz erkennen, die Heterogenität der europäischen Praxis stärker zu gewichten. Sie werden hier beide synonym gebraucht.

577 Vgl. Luuk van Middelaar, *Vom Kontinent zur Union. Gegenwart und Geschichte des vereinten Europa* (Berlin: Suhrkamp, 2016) auf S. 64.

578 Samuel P. Huntington, "The Clash of Civilizations?," *Foreign Affairs* 72 (1993): 22-49; Vgl. auch Samuel P. Huntington, *Kampf der Kulturen* (München: Europa, 1996).

schon vorher in der prekären Situation, mit Griechenland nicht nur den Ursprung des europäischen Mythos, sondern auch den der Orthodoxie bereits in der EU vorzufinden.

Entscheidend für die Balance des Topos „immer enger vereint“ mit dem Motto „in Vielfalt geeint“ bleibt dabei, ob sich die Heterogenität in europäischer Enge aufeinander bezieht oder ob eine Möglichkeit besteht, dass sich das Konfliktpotential voneinander wegentwickelt. Zu Europa gehört nur der, der sich in und um Europa streitet. Wessen Konflikte als europäische Konflikte konstruiert werden, gehört dazu, wer seinen Konfliktschwerpunkt außereuropäisch verlagert, bleibt draußen. Die Türkei hat sich mit ihrer Orientierung am Nahen und Mittleren Osten eher hinausbewegt. Russlands Angriff auf die Ukraine versucht, der Ukraine und Europa die harte Konfliktabgrenzung über eine Teilung der Ukraine aufzuzwingen; eine für das Argument des integrierten Regierens unmögliche Lösung.

Gegenüber dem Osten und seiner beweglichen und schwer lokalisierbaren asiatischen Grenze hat Europa 1993 in Kopenhagen sein Angebot schon formuliert: Jeder, der zu Europa gehört, kann sich auch an der Integration des Kontinents beteiligen, wenn er sowohl in seiner Wirtschaftsweise wie in seiner demokratischen und rechtsstaatlichen Konzeption der Politik zu erkennen gibt, dass er bereits seine eigene Heterogenität erfolgreich in eine Dynamik der Einheit in Vielfalt münden lässt. Kein Land hat diese Bereitschaft so unter Beweis gestellt, wie die Ukraine im Widerstand gegen die russische Invasion.

Für den Süden gilt dieses Angebot nicht. Mit der expliziten Ablehnung des Beitrittsantrags Marokkos von 1987 durch die EG steht zumindest ein Argument gegen Afrika schon bereit,<sup>579</sup> aus dem gleichen Jahr stammt auch der türkische Antrag, der bekanntlich nicht grundsätzlich abgelehnt wurde. Das mediterranorientierte Frankreich hat aber nicht vor, diese Argumenta-

---

579 Eine Gegenposition vertritt Moser, der von einer eurafrikanischen Gemeinschaft spricht, die bereits mit den Römischen Verträgen geschlossen wurde und deswegen, wenn auch am Rand, Bestandteil des europäischen Argumentationszusammenhangs ist: Thomas Moser, *Europäische Integration, Dekolonisation, Eurafrika. Eine historische Analyse über die Entstehungsbedingungen der Eurafrikanischen Gemeinschaft von der Weltwirtschaftskrise bis zum Jaunde-Vertrag, 1929-1963* (Baden-Baden: Nomos, 2000).

tionslinie aufzugeben und der europäische Argumentationszusammenhang gibt dem französischen Bemühen durchaus eine Chance.<sup>580</sup>

Bleibt die innerwestliche Abgrenzung: Nordamerika gehört nicht zu Europa. Aber Europa und Amerika gehören zusammen. Die USA bleiben der einflussreiche Pate der europäischen Integration. Ein eigenständiges oder gar anti-amerikanisches Europa wird sich trotz der geographischen Distanz nur schwerlich konzipieren lassen. Die USA haben die europäische Integration protegiert, um zum einen die Heterogenität Europas nicht mehr in einen Krieg münden zu lassen und zum anderen um in ihrer Auseinandersetzung mit dem Osten diesem entgegenzutreten und seine Ausdehnung auf Kosten des Westens zu verhindern. Amerika sah Europa nie als „Dritte Kraft“, sondern als Teil des eigenen Einflussbereichs.<sup>581</sup> Die beiden zentralen Topoi von „in Vielfalt geeint“ und „einer immer engeren Union“ sind zu einem Gutteil Geschenke des amerikanischen Paten.<sup>582</sup> Der Heterogenität als Basis einer demokratischen Politikkonzeption gelingt erst mit den *Federalist-Papers*<sup>583</sup> der Durchbruch. Rousseau setzte Interdependenz nicht nur mit Konflikt gleich, sondern ging auch davon aus, dass Konfliktbewältigung demokratisch nur in der homogenen, möglichst autarken kleinen Gemeinde zu verwirklichen sei.<sup>584</sup>

Die Vereinigten Staaten von Amerika wurden auf dieser Basis in doppelter Weise Vorbild für die „immer engere Union.“ Sie gaben das Leitbild für einen politischen Zusammenschluss ab, der freilich mit einer noch stärkeren Heterogenität zurechtkommen musste. Sie glätteten aber auch mit ihrem kulturellen Einfluss auf Alltag und Politik die europäische Heterogenität auf eine nicht zu unterschätzende Weise. Europa und die USA stehen damit im Argumentationszusammenhang des Westens, für den der Zusammenhang von Heterogenität und Dynamik in ähnlicher Weise gilt wie für die europäische Integration. Europa hat in diesem Verhältnis die

580 Zur französischen Konzeption vgl. immer noch eindrücklich: Jacques Delors, "Eine Avantgarde als Motor für den Europäischen Einigungsprozess," in *Europa-Handbuch*, hrsg. von Werner Weidenfeld (Gütersloh: Bertelsmann, 2002): 854-859.

581 Geir Lundestad, *'Empire' by Integration: The United States and European Integration, 1945-1997* (Oxford: Oxford University Press, 1998).

582 Das europäische Motto variiert das amerikanische *E pluribus unum*.

583 Vgl. besonders Artikel 10 und zusätzlich zum Aspekt der Größe des Landes Artikel 14. Willi Paul Adams und Angela Adams (Hrsg.), *Alexander Hamilton/James Madison/John Jay. Die Federalist-Artikel* (Paderborn: Schöningh/UTB, 1994).

584 Vgl. u.a. Jean-Jacques Rousseau, *Gesellschaftsvertrag* (Stuttgart: Reclam, 1986) auf S. 55, 58ff. Siehe auch Stanley Hoffmann, *The State of War* (London: Pall Mall, 1965) auf S. 77ff.

Möglichkeit, seine Position stärker zur Geltung zu bringen, auch in der gelegentlichen Auseinandersetzung. Der europäische Argumentationszusammenhang bietet auch genügend Anknüpfungspunkte für das Vorbringen von amerikakritischen, auf Eigenständigkeit abzielende Argumente, doch sind diese Anknüpfungspunkte zu schwach, um ein eigenständiges Europa durchzusetzen.

Die hier zu erzählenden topischen Sprachspiele lassen einmal in den Europaplänen des Anfangs deutlich werden, wie die konfliktgeladene Heterogenität das bestimmende Kriterium für die Einladung zu dieser Praxis wird. Im topischen Sprachspiel der Geopolitik, wie sie Charles de Gaulle begann, werden dann drei Argumente deutlich. Die Beschränkung Europas auf den Westen ist der historisch kontingenten Situation des Kalten Kriegs geschuldet und steht im Widerspruch zum Europaargument. Die beiden anderen Argumente de Gaulles werden hingegen nicht in die Topik der europäischen Sprachspiele aufgenommen. Weder kann Europa anti-atlantisch vereinigt werden, noch braucht die europäische Heterogenität einen Förderator zur Herstellung ihrer Einheit. Sie will offene Praxis bleiben. Im doppelten Sprachspiel von Kopenhagen zeigt sich, dass ihr die Verbindung von Erweiterung und Vertiefung der EU zwar sehr schwerfällt, dass sie dies aber innerhalb der Vorgaben ihres Argumentationszusammenhangs schaffen kann und dies auch nachhaltig unternimmt.

### § 1: Die topischen Sprachspiele Churchills, Schumans und Spinellis

Zu Europa gehört, wer sich in Europa streitet. Auch wenn Churchill in seiner Züricher Europarede im September 1946<sup>585</sup> weder von der „immer engeren Union“ noch von der „Einheit in Vielfalt“ oder dem späteren Motto „in Vielfalt geeint“ sprach, wurde die Argumentationslinie der aus Heterogenität und Konflikt geborenen Dynamik der Kooperation für Friede und Wohlstand dort wirkungsmächtig vorgetragen.

Churchill sprach von außen. England wurde als Teil des Commonwealth und nicht als Teil Europas verstanden. Das Vereinigte Königreich sah sich noch als außereuropäische Weltmacht, deren Konfliktschwerpunkt auch in Europa, aber nicht nur dort lag – eine Haltung, die zwar heute auf einer grundlegend anderen Basis steht, aber mit dem Brexit 2020, dem Slogan „Global Britain“ und dem AUKUS-Bündnis, in dem sich die Briten mit

---

585 Winston Churchill, *From Winston Churchill. Speech at the University of Zürich on September 19th, 1946* (Zollikon: Kranich, 1996).

den USA und Australien zur militärischen Eindämmung Chinas 2021 zusammengeschlossen hatten, wieder aktuell ist. Churchill sprach damals von Europa, ohne alle geographisch zu Europa gehörenden Länder in seinen Appell mit einzubeziehen.

Die zentrale Aufforderung in Churchills Sprachspiel galt Deutschland und Frankreich. Die beiden Erbfeinde in Europas Mitte sollten die Unausweichlichkeit ihrer nachbarschaftlichen Nähe und die daraus resultierenden Reibungsflächen annehmen und darauf aufbauend ein gemeinsames Projekt für Europa initiieren. Europa, und mit ihm das Ziel der Integration, wurde vom zentralen Konflikt gedacht. Das besiegte Deutschland, das ganz auf Europa setzte, um seiner Vergangenheit zu entinnen, war leichter in diese Praxis einzubinden als Frankreich. Europa beschränkte sich nicht auf Frankreich und Deutschland und der deutsch-französische Gegensatz war nicht das einzige Problem der europäischen Nachkriegsordnung. Doch in der Überwindung dieses Konflikts auf der Basis des Topos „in Vielfalt geeint“ wurde ein wichtiger Schlüssel zur Lösung der anderen europäischen und weltpolitischen Fragen gesehen. Die Dynamik des Europaarguments in Zeit und Raum beginnt damit an einem sehr konkreten geographisch und historisch bestimmten Ort: dem deutsch-französischen Konflikt. Churchill schloss die Beneluxländer mit ein, die Schauplätze und Schlachtfelder dieses Konflikts in zwei Weltkriegen waren. An die flandrischen Schlachtfelder des Ersten Weltkriegs erinnern sich gerade die Briten jeden 11. November, wenn sie sich zum ehrenden Gedenken ihrer Gefallenen Mohnblumensymbole anstecken. An diesem Ort der Schlachtfelder soll aus der feindlichen Heterogenität heraus in die Einheit in Vielfalt gefunden werden und die immer engere Union beginnen. Adolf Muschg fand dafür die Metapher vom Riss, der zum Grundriss Europas werden sollte.<sup>586</sup>

Dieser Anfang ist sowohl geographisch wie funktional begrenzt. Doch mit der Rede von Europa wird diesem engen Anfang gleich ein sehr weiter Rahmen mitgegeben. Aus diesem Widerspruch zwischen Anfang und Anspruch ergibt sich die Dynamik von Vertiefung und Erweiterung, die die Dynamik der Integration ausmacht. Die Praxis dieser Argumentation kennt weder feste Grenzen noch ein genaues Ziel. Sie will nur immer mehr der europäischen Heterogenität in einer immer engeren in Vielfalt geeinten Union einschließen. Dieser Impuls des Europaarguments treibt das Argument des integrierten Regierens voran.

---

586 Adolf Muschg, „Kerneuropa. Gedanken zur europäischen Identität“, *Neue Züricher Zeitung*, 31. Mai 2003.

Churchills Appell von Zürich war eingebettet in das anglo-amerikanische Bestreben, Europa als Bollwerk gegen den Kommunismus und die Sowjetunion zu errichten und stellt als Teil dieser Überlegungen die wirtschaftliche Gesundung und den Wiederaufbau des Kontinents in den Mittelpunkt.<sup>587</sup> Diese Weichenstellung auf Pazifizierung und Modernisierung als Teil des anti-kommunistischen Kurses fand jedoch vor einem sehr vielschichtigen europapolitischen Diskurs statt,<sup>588</sup> den Churchills Argumentation zum Teil aufnahm, zum Teil aber auch ausbremsen wollte.

Die europäischen Föderalisten tagten während Churchill in Zürich sprach in Hertenstein. Doch die aus föderalistischer Perspektive der europäischen Erzählung ähnlich maßgebliche Versammlung lehnte den Antrag mehrheitlich ab, Churchill ihre Zustimmung zu telegraphieren.<sup>589</sup> Im September 1946 lag den Föderalisten, die aus der Résistance, dem Exil und den Gefangenen- und Konzentrationslagern kamen,<sup>590</sup> weniger die Einbindung in ein anti-sowjetisches Lager am Herzen als die Überwindung der europäischen Nationalismen und damit der europäischen Selbsterfleischung. Europa sollte seine Heterogenität annehmen und daraus einen Bund der Gleichberechtigten formen, der als Dritte Kraft zwischen den

---

587 Anne Deighton (Hrsg.), *Building Postwar Europe: National Decision-Makers and European Institutions, 1948-1963* (London: Macmillan, 1995); Wilfried Loth, *Der Weg nach Europa* (Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, 1996) auf S. 48-68; Alan S. Milward, *The Reconstruction of Western Europe 1945-51* (Berkeley: University of California Press, 1984); Holger Schröder, *Jean Monnet und die amerikanische Unterstützung für die europäische Integration 1950-1957* (Frankfurt am Main: Peter Lang, 1994).

588 Walter Lippens, *Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegung 1940-45* (München: Oldenbourg, 1968); Walter Lippens, *Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik 1945-1950 Erster Teil: 1945-1947* (Stuttgart: Klett, 1977); Walter Lippens (Hrsg.), *Documents on the History of European Integration. Volume 1. Continental Plans for European Union 1939-1945* (Berlin: de Gruyter, 1985); Walter Lippens (Hrsg.), *45 Jahre Ringen um die Europäische Verfassung. Dokumente 1939-1984. Von den Schriften der Widerstandsbewegung bis zum Vertragsentwurf des Europäischen Parlaments* (Bonn: Europa Union, 1986). Wilfried Loth, *Der Weg nach Europa* (Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, 1996); Wilfried Loth (Hrsg.), *Die Anfänge der europäischen Integration 1945-1950* (Bonn: Europa Union, 1990).

589 Paul Noack, "Der Einfluß der Intellektuellen in der Frühphase der Europäischen Bewegung," in *Histoire des débuts de la construction européenne*, hrsg. von Raymond Poidevin Bd. 1 (Baden-Baden: Nomos, 1986): 225-240, auf S. 232-233.

590 Pläne des Exils und des Widerstands, vgl. neben Walter Lippens, *Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegung 1940-45* (München: Oldenbourg, 1968). Auch Klaus Voigt (Hrsg.), *Friedenssicherung und europäische Einigung* (Frankfurt am Main: Fischer, 1988).



neuen Supermächten seine Unabhängigkeit bewahren und sich erneuern könnte.<sup>591</sup> Gerade auch die sozialistische Perspektive galt dabei als gangbarer Weg.<sup>592</sup> Die europäische Bewegung nach dem Zweiten Weltkrieg konnte auf die Erfahrungen der Zwischenkriegszeit zurückgreifen, in der aus dem Schrecken über die Zerstörung des alten Europas,<sup>593</sup> die Tradition der Europa-pläne<sup>594</sup> wieder starken Auftrieb erhielt. Auch Mittel- und Osteuropa beteiligte sich in der Zwischenkriegszeit an diesen Überlegungen beteiligte.<sup>595</sup> Neben den Bemühungen der deutsch-französischen Aussöhnung zwischen Stresemann und Briand<sup>596</sup> sticht aus den Überlegungen der Zwischenkriegszeit vor allem Coudenhove-Kalergi<sup>597</sup> hervor. Briand und Coudenhove-Kalergi sind es auch, die als einzige in die Ahnentafel von Churchills Rede gelangen. Coudenhove-Kalergis Projekt einer konservativen pan-europäischen Macht, die sich weltpolitisch behaupten kann,

---

591 Wilfried Loth, *Der Weg nach Europa* (Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, 1996) auf S. 28-47.

592 Wilfried Loth, *Sozialismus und Internationalismus. Die französischen Sozialisten und die Nachkriegsordnung Europas 1940-1950* (Stuttgart: DVA, 1977).

593 Stefan Zweigs autobiographisch gefärbter Roman „Die Welt von Gestern“ ist der vielleicht schönste nostalgische Abgesang auf die bereits nach dem ersten Weltkrieg verlorene Welt des europäischen Bürgertums. 100 Jahre später hatte es die europäische Integration zumindest im Schengenraum wieder auf dieses kosmopolitische Niveau geschafft, zumindest bis zur Flüchtlings- und Coronakrise. Der bemerkenswerte Unterschied war aber der, dass die Welt von heute nicht nur die Welt der Großbürger darstellt, sondern trotz der unbestreitbaren Dominanz der Ökonomie doch einer weitaus größeren Zahl von europäischen Bürgern die europäischen Vorteile erschließt, als dies die Welt von Gestern tat. Dass es auch heute noch zu wenige sind, macht nichts so deutlich wie das Sterben in der Migrationskrise am Mittelmeer. Aber auch der Brexit, dessen Erfolg nicht zuletzt auf den Wunsch nach nationaler Kontrolle der Einwanderung und das Ressentiment gegen den *Polish plumber*, gerade in der Arbeiterklasse, zurückzuführen war, kennzeichnet die innereuropäische Problematik zur Freizügigkeit der Arbeitskräfte, die eine eigene Auseinandersetzung verdient, die hier nicht geleistet werden kann. Vgl. in anderem Zusammenhang: Mariano Barbato, „Die Mauer ist keine Lösung.“ *Die Migrationspolitik von Papst Franziskus* (Frankfurt/New York: Campus, 2020).

594 Rolf Foerster, *Geschichte einer politischen Idee* (München: Nymphenburger, 1967); Rolf Foerster (Hrsg.), *Die Idee Europa 1300-1946* (München: dtv, 1963).

595 Hans Lemberg, "Europäische Einheitsbestrebungen in Ostmitteleuropa in der Zwischenkriegszeit und während des Zweiten Weltkrieges," in *Die Integration der mittel- und osteuropäischen Staaten in die Europäische Union*, hrsg. von Gabriele Clemens (Münster: Lit, 1999): 1-20.

596 Franz Knipping, *Deutschland, Frankreich und das Ende der Locarno-Ära 1928-1931* (München: Oldenbourg, 1987).

597 Richard Coudenhove-Kalergi, *Panuropa* (Wien: Pan-Europa, 1923).

entsprach zwar dem Unabhängigkeitsaspekt des föderalistischen Diskurses einer Dritten Kraft nach dem Zweiten Weltkrieg, stand aber konträr zu den in Richtung Sozialismus offenen, postnationalen Konzepten der Föderalisten und ihrer Abwendung der Staaten. Sie setzten ihre Hoffnungen nicht auf eine staatliche Machtzusammenballung, sondern in eine Volksbewegung der europäischen Bürger, die, besonders bei Spinelli<sup>598</sup> und seinem Manifest von Ventotene, den friedlichen Aufstand der Europäer gegen ihre Nationalstaaten und eine verfassungsgebende Versammlung herbeiführen sollte. Trotz einer breiten Zersplitterung kann die frühe Europabewegung aus dem Widerstand und dem Exil heraus auf einen Nenner gebracht werden: „Sie waren insoweit alle links, als sie ein Weltsystem liberaler Nationalstaaten als gescheitert erklärten – und sie wollten sich weder in den Dienst der einen noch der anderen Weltmacht nehmen lassen.“<sup>599</sup>

Die weltpolitischen Argumentationszusammenhänge des Kalten Kriegs waren nun aber nicht so, dass sich diese Argumentation hätten durchsetzen können. Die europäische Praxis war nicht nur auf ihren eigenen Argumentationszusammenhang verwiesen, der vor allem dadurch genährt wurde, dass die Nationalstaaten dem deutschen Angriff nicht standgehalten hatten bzw. der Nationalismus als Grundübel der europäischen Misere ausgemacht wurde. Die europäische Praxis war auch Teil des weltpolitischen Aushandelns, das immer stärker von der Blockkonfrontation bestimmt wurde. Churchill war der erste Protagonist der Einbindung der europäischen Praxis in den Zusammenhang des Westens. Dabei wurde zwar der Topos der Dritten Kraft an den Rand des Argumentationszusammenhangs gedrängt, doch die Topoi der „Einheit in Vielfalt“, später „in Vielfalt geeint“, und der „immer engeren Union“ konnten auf dem tragfähigen Fundament der Westbindung, gleichsam im amerikanischen Gewächshaus, heranreifen. Die vorhandenen europäischen Einigungsbestrebungen wurden somit nicht nur beiseitegedrängt, sondern aufgegriffen und auf eine zentrale Aufgabenstellung fokussiert.

---

598 Altiero Spinelli und Ernesto Rossi, "The Ventotene Manifesto," in *The European Union*, hrsg. von Brent F. Nelsen und Alexander C.-G. Stubb (Houndmills: Palgrave, 1998): 3-6. Vgl. auch Sergio Pistone, "Altiero Spinelli and the Strategy for the United States of Europe," in *European Union*, hrsg. von Brent F. Nelsen und Alexander C.-G. Stubb (Houndmills: Palgrave, 1998): 85-92.

599 Paul Noack, "Der Einfluß der Intellektuellen in der Frühphase der Europäischen Bewegung," in *Histoire des débuts de la construction européenne*, hrsg. von Raymond Poidevin Bd. 1 (Baden-Baden: Nomos, 1986): 225-240, auf S. 229.

Der Höhepunkt und gleichsam das Ende der europäischen Bewegung als alternativer Argumentationszusammenhang zum Ost-West-Konflikt bildete der Kongress von Den Haag im Mai 1948. Waren ein Jahr vorher die Gremien der Föderalisten noch von unabhängigen Intellektuellen geprägt worden, nahmen nun die führenden Politiker das Heft in die Hand und die Europapläne wurden Realpolitik.<sup>600</sup> Der Eurokommunist Spinelli fand dennoch seine Lebensaufgabe in der Europapolitik. Konstant, zeitweise als Mitglieder Kommission, vor allem aber als Abgeordneter des Europaparlaments, gab er so unermüdlich Anstöße, dass die Flügel des Brüsseler Parlamentsgebäudes nach ihm benannt wurden. Seinen Verfassungsentwurf von 1984, den das Europäische Parlament angenommen hatte, wirkte als Impulsgeber für die Einheitliche Europäische Akte. Aber es war Jean Monnet, der die Aufgabe übernahm, mit dem Schuman-Plan den Appell Churchills in die Tat umzusetzen.

Churchill nahm in seiner Rede Bezug auf die gemeinsame christliche Geschichte des Abendlandes. Nachdem er Großbritannien als Teil des Commonwealth jenseits dieser Vereinigten Staaten von Europa verankert hatte und in Frankreich erstmals wieder Katholiken regierten, konnte mit Adenauer, Schuman<sup>601</sup> und de Gasperi tatsächlich kurzzeitig die Konstruktion eines christdemokratisch, katholisch geeinten Europas entstehen. Im Horizont des Abendlands gelang es dem christdemokratisch-katholischen Diskurs<sup>602</sup> leichter, diese Praxis des „in Vielfalt geeint“ zu beginnen. Die Schlachtfelder Flanderns des 20. Jahrhunderts waren zwischen Zülpich, Reims und Aachen in den Jahrhunderten zwischen 500 und 800 auch tatsächlich der fränkische Geburtsort des Abendlands gewesen. In diesem Bezug war die Argumentation für ein gemeinsames Projekt stärker als die trennenden nationalen Diskurse, die für das westfälische System bis dahin ausschlaggebend waren. Trotzdem wurde Europa kein katholisches und auch kein christliches Unternehmen. Das abendländische Argument erleichterte den Anfang, fand aber keinen zentralen Platz im europäischen Argumentationszusammenhang. Wie vorher die sozialistischen und föderalistischen Argumente diente der katholisch-christliche Argumentationszu-

---

600 Ibid. auf S. 231.

601 Bei Robert Schuman läuft das Seligsprechungsverfahren.

602 Martin Greschat und Wilfried Loth (Hrsg.), *Die Christen und die Entstehung der Europäischen Gemeinschaft* (Stuttgart: Kohlhammer, 1995); Wolfram Kaiser, "Institutionelle Ordnung und strategische Interessen: Die Christdemokraten und "Europa" nach 1945," in *Das europäische Projekt zu Beginn des 21. Jahrhunderts*, hrsg. von Wilfried Loth (Opladen: Leske+Budrich, 2001): 81-98.

sammenhang nur phasenweise als Impulsgeber für die europäische Praxis. Zu wenige Akteure innerhalb des Spiels verstanden ihre politische Praxis als christlich, als dass auf dieser Basis die Heterogenität hätte eingeeht werden können. Wenn auch die Betonung der christlichen Tradition kein zentraler Topos des Argumentationszusammenhangs ist, so bleibt dieses Element eine Argumentationsfigur an den Rändern, die Grundrechts- und Identitätsdebatten weiter mitprägte. In der Debatte um die Grundrechtecharta wurden die Vertreter des christlichen Diskurses noch unsanft von ihrer Minderheitenposition überrascht. Die heftige Debatte um den Platz Gottes im gescheiterten Verfassungsvertrag zeigte, dass die Herausforderung angenommen wurde. Durchsetzen konnten sich eine *Invocatio Dei* aber nicht, auch nicht in der Präambel des Lissabonner Vertrages. Aber es gelang die Bewahrung kirchenrechtlicher Besitzstände und die Etablierung eines institutionalisierten Dialogs mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften. Inwieweit christliche Anknüpfungspunkte von der europäischen Praxis genutzt werden, wird langfristig jedoch weniger vom europäischen Argumentationszusammenhang selbst abhängen als von der Kraft des christlichen Diskurses in den nationalen Öffentlichkeiten und dem Erfolg einer angestrebten Neuevangelisierung Europas,<sup>603</sup> der bisher ausblieb.

Trotz sozialistischer und christlicher Argumentationslinien finden die Topoi von der „Einheit in Vielfalt“ bzw. „in Vielfalt geeint“ und der „immer engeren Union“ ihre Fortsetzung vor allem in der liberalen Konzeption des Wohlstandsarguments, des Friedensarguments und in der Umsetzung durch das Argument des integrierten Regierens. Die Heterogenität wird aufgegriffen und mit der Aussicht auf Integration, Frieden und Wohlstand positiv gewendet. Für diese liberale Ausrichtung und den durch den Kalten Krieg geprägten historischen Rahmen des Anfangs steht Churchills Sprachspiel.

Entscheidend für das Verständnis der räumlichen Dynamik bleibt die Diskrepanz von europäischem Anspruch und kleineuropäischer Ausrichtung, die sich im europäischen Appell des Briten Churchills an Frankreich und Deutschland zeigte. Mit diesem Gegensatz von grundsätzlichem Anspruch und kurzfristiger Absicht wird dem realpolitischen Projekt der europäischen Integration ein weit reichender Auftrag mitgegeben, den es immer dann einlösen muss, wenn ein geographisch nicht sicher auszu-schließendes Land sich seiner europäischen Neigungen besinnt und an

---

603 Johannes Paul II., *Ecclesia in Europa* (Stein am Rhein: Christiana, 2003).

die Tür des Europas der Integration klopft. Der Kalte Krieg bestimmte die Ausrichtung des europäischen Projekts. Das Ende des Kalten Kriegs war damit auch das Ende der kleineuropäischen Lösung. Nachdem die weltpolitischen Konfliktlinien das geographische Europa nicht mehr trennten und im jeweiligen Lager zusammenschweißten, musste die europäische Heterogenität entweder wieder zu Konflikten führen<sup>604</sup> oder aber sich uneingeschränkt zu den Topoi von „in Vielfalt geeint“ und zur „immer engeren Union“ bekennen.

§ 2: Das doppelte topische Sprachspiel von Kopenhagen

In Kopenhagen formulierte die europäische Praxis 1993 ihr Angebot an das postkommunistische Mittel- und Osteuropa, wie sie sich die Fortsetzung des Europaarguments nach dem Kalten Krieg vorstellen konnte und willigte dort nach mühsamen neun Jahren im Dezember 2002 mit dem Abschluss der Beitrittsverträge in den Handel ein, der mit den Beitritten 2004, 2007 und 2013 soweit realisiert wurde.<sup>605</sup> Damit wurden Vertiefung und Erweiterung nicht mehr als Gegensätze gesehen, sondern als die beiden Grundlinien der europäischen Praxis anerkannt. Die „immer engere Union“ traute sich auch mit einer noch größeren Vielfalt in der Einheit die Fortsetzung ihrer Praxis zu. Damit die Heterogenität trotzdem nicht zu groß wurde, legte die europäische Praxis weitreichende Beitrittskriterien fest, die ein europäisches Mindestmaß an wirtschaftlicher, demokratischer und rechtlicher Homogenität festlegen. Doch nicht nur den Beitrittskandidaten wurde der Zusammenhang von Vertiefung und Erweiterung so als Aufgabe gestellt. Die europäische Praxis erkannte an, sich selbst weiter vertiefen zu müssen, um erweiterungsfähig zu werden. Die Homogenität muss also auch auf dieser Seite zunehmen, um das mehr an Heterogenität verkraften zu können. Im topischen Sprachspiel der Kopenhagener Kriterien wurde diese Argumentation für die Umsetzung des Europaarguments formuliert:

---

604 Besonders bizarr John Mearsheimer, "Back to the Future: Instability in Europe After the Cold War," *International Security* 15 (1990): 5-56. Siehe auch die Diskussion zu Deutschlands neuer Rolle nach der Einheit. Dazu eine kritische zeitnahe Diskussion in: Bruno Schoch (Hrsg.), *Deutschlands Einheit und Europas Zukunft* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1992).

605 Zum Prozess der Erweiterung vgl. u.a. Barbara Lippert (Hrsg.), *Bilanz und Folgeprobleme der EU-Erweiterung* (Nomos, Baden-Baden 2004); Jose I. Torreblanca, *The Reuniting of Europe. Promises, negotiations and compromises* (Adlershot: Ashgate, 2001).

„Der Europäische Rat hat heute beschlossen, daß die assoziierten mittel- und osteuropäischen Länder, die dies wünschen, Mitglieder der Europäischen Union werden können. Ein Beitritt kann erfolgen, sobald ein assoziiertes Land in der Lage ist, den mit einer Mitgliedschaft verbundenen Verpflichtungen nachzukommen und die erforderlichen wirtschaftlichen und politischen Bedingungen zu erfüllen.

Als Voraussetzung für die Mitgliedschaft muß der Beitrittskandidat eine institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten verwirklicht haben; sie erfordert ferner eine funktionsfähige Marktwirtschaft sowie die Fähigkeit, dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften innerhalb der Union standzuhalten. Die Mitgliedschaft setzt ferner voraus, daß die einzelnen Beitrittskandidaten die aus einer Mitgliedschaft erwachsenden Verpflichtungen übernehmen und sich auch die Ziele der politischen Union sowie der Wirtschafts- und Währungsunion zu eigen machen können.

Die Fähigkeit der Union, neue Mitglieder aufzunehmen, dabei jedoch die Stoßkraft der europäischen Integration zu erhalten, stellt ebenfalls einen sowohl für die Union als auch für die Beitrittskandidaten wichtigen Gesichtspunkt dar.“<sup>606</sup>

Rechtsstaat und Demokratie müssen institutionell stabil verankert sein. Die Wirtschaft muss nach den Regeln der Marktwirtschaft funktionieren und sich dem Wettbewerb des Binnenmarkts stellen können. Die neuen Mitglieder müssen den *acquis* umsetzen und auch bereit sein, den weiteren Argumentationszusammenhang der europäischen Praxis anzunehmen. Die Selbstverpflichtung zur Reform der eigenen Institutionen wurde recht vorsichtig formuliert. Mit diesem Angebot vollzog die europäische Praxis die eindeutigen Vorgaben ihres Argumentationszusammenhangs, der durch die grundsätzliche Offenheit des Europaarguments immer neue Erweiterungsrunden initiiert. De Gaulle hatte den Beitritt Großbritanniens und damit auch Irlands und Dänemarks nur verzögern können. Als Griechenland, Spanien und Portugal ihre autoritären Regime abgeschüttelt hatten, war es nur eine Frage der Zeit und der Details gewesen, bis der Beitritt vollzogen

---

606 Europäischer Rat, "Schlußfolgerungen des Europäischen Rates 21.-22.6.93," *Europa-Archiv* 48,2, Nr. 13-14 (1993) D257-280, auf S. D263f.

wurde.<sup>607</sup> Die Deutsche Einheit vollzog dann die erste Erweiterung nach dem Ende des Kalten Kriegs.<sup>608</sup> Die neutralen Staaten Schweden, Finnland und Österreich folgten 1995.<sup>609</sup> Der zweite Rückzug Norwegens machte deutlich, dass zwar der europäische Argumentationszusammenhang allen Europäern offen steht, die jeweiligen nationalen Diskurse darauf aber auch abschlägig antworten können.<sup>610</sup>

Jenseits des Sonderfalls der DDR und der wohlhabenden neutralen Staaten der Erweiterungsrounden von 1995 stand mit dem Ende des Ost-West-Konflikts die europäische Praxis vor dem Problem, ihre traditionelle Ausdehnung in kleinen Schritten nicht mehr fortsetzen zu können. Die Stärke der mittel- und osteuropäischen Staaten lag in ihrer Eigenschaft als „vergessene Hälfte Europas“,<sup>611</sup> eben die eine Hälfte des Europaarguments zu repräsentieren und den Westen in seinem eigenen Argumentationszusammenhang als Torso<sup>612</sup> erscheinen zu lassen. Die europäische Praxis konnte sich der Aufgabe nicht verweigern, die Transition im postkommunistischen Mittel- und Osteuropa durch die Ausdehnung ihrer Erzählung zu unterstützen. Bereits 1989 nahm die europäische Praxis diese Herausforderung in der Erklärung des Gipfels von Straßburg grundsätzlich an und verkündete ihren Willen und ihren Anspruch, das neue Europa nach ihrem Bilde zu formen. Dieser erste Schritt, ein zentrales, aber an den Rand gedrängtes Argument, wieder in die Mitte des Argumentationszusammenhangs zu holen, geriet schnell in die Widrigkeiten der alltäglichen europäischen Praxis. Doch den Erfolg des nur zu legitimen Appells der jungen Demokratien Mittel- und Osteuropas an das Europaargument und an das funktionale Sprachspiel der Stabilität konnten diese Schwierigkeiten nur hinauszögern, nicht aber aufhalten.

---

607 George Wilkes, *Britain's failure to enter the European community, 1961-63: the enlargement negotiations and crises in European, Atlantic, and Commonwealth relations* (London: Frank Cass, 1997). José M. Magone, *The politics of southern Europe. Integration into the European Union* (Westport: Praeger, 2003).

608 Beate Kohler-Koch, *Die Osterweiterung der EG. Die Einbeziehung der ehemaligen DDR in die Gemeinschaft* (Baden-Baden: Nomos, 1991).

609 John Redmond, *The 1995 enlargement of the European Union* (Aldershot: Ashgate, 1997).

610 Iver B. Neumann, "This little piggy stayed at home: why Norway is not a member of the EU," in *European Integration and National Identity*, hrsg. von Lene Hansen und Ole Wæver (London: Routledge, 2002): 88-129.

611 Johann Georg Reißmüller, *Die vergessene Hälfte* (München: Langen Müller, 1986).

612 Barbara Lippert, "Von Kopenhagen bis Kopenhagen: Eine erste Bilanz der EU-Erweiterung," *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. B1-2 (2003): 7-15, auf S. 8.

Die europäische Praxis stand mitten in den Vertiefungsbemühungen zur Vollendung des Binnenmarkts für 1992 als das Ende des Kalten Kriegs kam. Die Währungsunion setzte diesen Vertiefungsprozess in Maastricht fort. Das Europaargument, dass seine Dynamik gerade mit Währungsunion und einer diskutierten Politischen Union in Richtung einer „immer engeren Union“ entwickeln wollte, sah sich plötzlich der Argumentation des Topos „Europa vom Atlantik bis zum Ural“ ausgesetzt. Die Praxis der europäischen Argumentation lief nun im Sinne Wittgensteins erst einmal leer. Der europäische Argumentationszusammenhang wurde zum Labyrinth, das keinen Ausweg zu bieten schien, der die Verbindung von Erweiterung und Vertiefung erlauben würde.<sup>613</sup> Entweder konnte man jetzt die Vertiefung weiter betreiben oder aber die Erweiterung in Angriff nehmen. Einem zentralen europäischen Topos musste man jetzt, so schien es, entsagen. Die Spannungen in der europäischen Symphonie von Vertiefung und Erweiterung schienen einfach zu groß. Das Argument der Vertiefung war nach Maastricht und den schwierigen Volksabstimmungen in der Defensive. Dennoch lasteten die Vertiefungsschritte durch die Umsetzung der Währungsunion die Praxis des Aushandelns weitgehend aus. Das Europaargument hatte die Gunst der historischen Stunden eindeutig auf seiner Seite, doch vor allem aus der Ecke des besitzstandswahrenden Wohlstandsarguments geriet es unter zusätzlichen Druck. Frank Schimmelfennig beschrieb in seinen Pionierstudien wie sich im europäischen Argumentationszusammenhang ein besitzstandwahrendes Wohlstandsargument gegenüber dem auf Dynamik drängenden Europaargument hoffnungslos unterlegen war.<sup>614</sup> Der europäische Argumentationszusammenhang erkannte dem Wohlstandsargument keine Argumentation auf gleicher Augenhöhe

---

613 Hans Arnold, "Die Europäische Gemeinschaft zwischen Vertiefung und Erweiterung," *Europa-Archiv* 46 (1991): 318-326; Peter Glotz, "Europa am Scheideweg," *Europa-Archiv* 47 (1992): 503-514; Klaus Hänsch, "Vertiefung der Gemeinschaft und gesamteuropäische Identität," *Europa-Archiv* 48,1 (1993): 389-395; Josef Janning, "Am Ende der Regierbarkeit? Gefährliche Folgen der Erweiterung der Europäischen Union," *Europa-Archiv* 48 (1993): 645-652. Vgl. auch Diskussionsband der Bundeszentrale für politische Bildung: Otto Schmuck und Olaf Hillenbrand (Hrsg.), *Die Zukunft der Europäischen Union. Osterweiterung und Fortsetzung des Einigungsweges als doppelte Herausforderung* (Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, 2000).

614 Frank Schimmelfennig, "The Community Trap: Liberal Norms, Rhetorical Action and the Enlargement of the EU," *International Organization* 55 (2001): 47-80; Frank Schimmelfennig, "Liberal Community and Enlargement: An Event-History Analysis," *Journal of European Public Policy* 9 (2002): 598-626; Frank Schimmelfennig, "Osterweiterung: Strategisches Handeln und kollektive Ideen," in *Europäische Inte-*



mit dem Europaargument zu. Die Formel von Europa, das integriert (regiert) werden muss, damit sich Frieden und Wohlstand einstellen, konnte nicht in ihr Gegenteil verkehrt werden, auch wenn die Anfangsinvestitionen hoch waren. Gegen das Europaargument gab es keine Möglichkeit, die Erweiterung grundsätzlich infrage zu stellen. Der Konflikt mit der Vertiefung musste über das „sowohl als auch“ gelöst werden und das *bargaining* um Geld blieb auf die Argumentation *nach* der grundsätzlichen Zustimmung beschränkt. Das auf Erweiterung drängende Potential des Europaarguments ist so stark im Argumentationszusammenhang verankert, dass es sehr schwierig blieb, einem Land den Beitritt zu verweigern, das legitime Argumente für seinen Anspruch vorbringen kann, zu Europa zu gehören. Im Fall der mittel- und osteuropäischen Staaten war dieser Anspruch überwältigend. Die Rhetorik des Kalten Kriegs, angefangen beim Eisernen Vorhang, über die Begriffe der Spaltung und der Teilung bis zur vergessenen Hälfte Europas, suggerierte immer, dass es zu einer Aufhebung dieses unnatürlichen Zustands in der Mitte Europas kommen müsse. Mit dem Ende des Kalten Kriegs stand nicht nur die Wiedervereinigung Deutschlands, sondern auch die Wiedervereinigung des europäischen Kontinents an. Sich grundsätzlich gegen diesen Anspruch des europäischen Argumentationszusammenhangs zu stellen, wurde damit zu einer schwer zu haltenden Argumentation.

Im topischen Sprachspiel von Kopenhagen zeigt sich, dass Vertiefung und Erweiterung nicht als gegensätzlich konzipiert werden müssen, sondern dass sie sich auch als komplementär konstruieren lassen. Wenn Erweitern und Vertiefen zusammengehörten, dann mussten nicht nur die Kandidaten ihre Beitrittsreife unter Beweis stellen, dann musste auch die EU durch Vertiefung erweiterungsfähig werden, um so Kopenhagen 1993 in Kopenhagen 2002 einzulösen.

Mit dieser Formel des Zusammenhangs von Vertiefung und Erweiterung war der grundsätzliche Konflikt gelöst. Die aufschiebenden Absichten der frühen 1990er Jahre und die Frage des Tempos auf der Wegstrecke bis zum gesetzten Datum 2002, dessen Ziellinie mit der Ratifizierung des Vertrags von Lissabon 2009 erst nach den Beitrittsrunden von 2004 und 2007 erreicht wurde, und blieben aber erhalten. Die mittel- und osteuropäischen Reformländer wollten ihre Ziele der Demokratisierung, der Transformation

---

*gration*. 2. Auflage, hrsg. von Markus Jachtenfuchs und Beate Kohler-Koch (Opladen: UTB/Leske+Budrich, 2003): 541-568.

der Wirtschaft und der Rückkehr nach Europa von Anfang an möglichst schnell durch einen Beitritt absichern. Auf der Seite der EU waren die aufschiebenden Kräfte zwar stark, aber in der grundsätzlich schwächeren Position. Dem Vorwurf der Transformationsländer, aber auch der USA, die Umsetzung der Zusage an den Osten Europas gehe zu langsam voran, konnte die europäische Praxis nichts entgegenhalten. Zu sehr konnte der Vorwurf Legitimität innerhalb des europäischen Argumentationszusammenhangs für sich einfordern. Zu sehr traf der Vorwurf, dass Europa mit der bereits verhandelten Erweiterung von 1995 nur reiche EFTA-Staaten als Nettozahler willkommen hieß und dabei war, Armut zum zentralen Ausschlusskriterium der europäischen Praxis zu erklären. Die europäische Praxis musste sich auf diese Argumentation einlassen und die Erweiterung vor allem als Chance begreifen. Ihr Risikopotential zeigte sich vor allem in der schleppend verlaufenden Reformarbeit zur eigenen Aufnahmefähigkeit. Akteure wie Frankreich und Spanien, denen das Risiko aus ihren nationalen Argumentationszusammenhängen heraus deutlicher erschien als die Chancen, verlegten sich auf diese Strategie, nachdem eine grundsätzlich ablehnende Argumentation nicht möglich war.<sup>615</sup>

Ein zentraler Motor der gleichzeitigen Umsetzung von Vertiefung und Erweiterung war die Kommission. Sie entwickelte ein funktionales Sprachspiel der Erweiterungsvorbereitung, das in seiner Regelungsdichte noch bei keiner Erweiterung vorher so bestanden hatte. Auch wenn in den 1990er Jahren meist der Primat der Vertiefung galt, entwickelte die Kommission mit der Heranführungsstrategie und den Partnerschaftsabkommen und dann vor allem mit den direkten Erweiterungsverhandlungen die entscheidende Dynamik innerhalb der europäischen Praxis. Hier entstand das funktionale Sprachspiel der Beitrittsvorbereitung. Nachdem die Mitgliedsländer von der Kommission unterstützt aus dem Leerlauf von Vertiefung *gegen* Erweiterung in die Argumentation von Vertiefung *und* Erweiterung gefunden hatten, war es die Kommission, die die Erweiterungsverhandlungen vorantrieb und die Ergebnisse dieses temporären funktionalen Sprach-

---

615 Barbara Lippert, "Von Kopenhagen bis Kopenhagen: Eine erste Bilanz der EU-Erweiterung," *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. BI-2 (2003): 7-15, auf S. 8; Frank Schimmelfennig, "Osterweiterung: Strategisches Handeln und kollektive Ideen," in *Europäische Integration. 2. Auflage*, hrsg. von Markus Jachtenfuchs und Beate Kohler-Koch (Opladen: UTB/Leske+Budrich, 2003): 541-568, auf S. 558-560.

spiels seit 1998 in jährlichen Fortschrittsberichten festhielt und damit das Tempo vorgab.<sup>616</sup>

Auch wenn die Beitrittsländer den Zugang zur europäischen Praxis über deren Argumentationszusammenhang erstreiten konnten, trugen die Last der „doppelten Reifeprüfung“<sup>617</sup> doch vor allem die Transformationsländer. Aber auch die EU tat sich, wie im Kapitel zum Argument des integrierten Regierens gesehen, mit der institutionellen Anpassung des Arguments des integrierten Regierens sehr schwer. In der Erklärung von Kopenhagen begründete die europäische Praxis, warum sie die Herausforderung der Erweiterung dennoch annahm: „Frieden und Sicherheit in Europa hängen vom Erfolg dieser Anstrengungen ab.“<sup>618</sup> Daran hat sich seither nichts geändert.

Der russische Angriff auf die Ukraine hat die Bedeutung dieses Topos wieder zu Bewusstsein gebracht. Die Ukraine, Moldau und Georgien stellten im Sommer 2022 Beitrittsanträge und die Ukraine und Moldau erhielten umgehend den Status eines Beitrittskandidaten zuerkannt. Georgien wurde zumindest bescheinigt, dass es weitere Fortschritte auf dem Weg machen könne. Im stagnierenden Erweiterungsprozess auf dem Westbalkan wurde die zuletzt von Bulgarien gegenüber Nordmazedonien betriebene Obstruktionspolitik zumindest ein Stückweit überwunden und im Sommer 2022 mit einer Beitrittskonferenz der Startschuss für Beitrittsverhandlungen für Nordmazedonien und Albanien gegeben. Die Grunddynamik des europäischen Argumentationszusammenhang Richtung Erweiterungsprozess war intakt geblieben.

### § 3: Topische Sprachspiel der Geopolitik: von de Gaulles bis von der Leyen

Als Ursula von der Leyen 2019 ihr neues Amt als Präsidentin der Europäischen Kommission antrat, sprach sie mehrmals und programmatisch davon, dass ihre Kommission eine geopolitische Kommission sein werde. Das europäische Integrationsprojekt sei von amerikanischen Analytikern als *soft power* eingeschätzt worden, müssen nun aber die Sprach der Macht

---

616 Barbara Lippert, "Von Kopenhagen bis Kopenhagen: Eine erste Bilanz der EU-Erweiterung," *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. B1-2 (2003): 7-15, auf S. 9-10.

617 Barbara Lippert (Hrsg.), *Osterweiterung der Europäischen Union - die doppelte Reifeprüfung* (Bonn: Europa Union, 2000).

618 Europäischer Rat, "Schlußfolgerungen des Europäischen Rates 21.-22.6.93," *Europa-Archiv* 48,2, Nr. 13-14 (1993): D257-280, auf S. D263.

lernen. In der Tat gab es einen breiten, auch von den USA aus, gepflegten Diskurs, der Europa mit Soft Power und Venus, die USA hingegen mit Hard Power und Mars gleichsetzte und gegeneinander abgrenzte.<sup>619</sup> Aus europäischer Perspektive wurde diese Dichotomie aber nicht abgelehnt, sondern eher gepflegt. Galt doch Europa als postmoderne Alternative zu einer Welt der Machtpolitik, die gerade durch den Verzicht auf Machtpolitik zur normativen Macht geworden sei, deren Vorbildwirkung andere Staaten dazu veranlasst, sich dem europäischen Integrationsprojekt anzuschließen oder sich ihm zumindest anzunähern, jedenfalls es nachzuzahlen.<sup>620</sup> Im Gegensatz zum Ansatz der sanften Macht,<sup>621</sup> der außenpolitische Aktivität einbezieht, geht die Definition einer normativen Macht davon aus, dass die Wirkung eher durch die Strahlkraft der eigenen Attraktivität ohne weiteres außenpolitisches Zutun wirkt. Gerade letzteres wäre der notorisch handlungsschwachen europäischen Außenpolitik sehr zu passe gekommen. Vorsichtiger Stimmen wiesen zumindest daraufhin, dass die europäische Postmoderne eine Insel im machtpolitischen Meer wäre und dementsprechende Vorkehrungen nach außen treffen müsse.<sup>622</sup> Die ehemalige deutsche Verteidigungsministerin (2013-2019) sprach als Kommissionspräsidentin mit der abgrenzenden Nebenbemerkung zur Einschätzung aus Amerika auch in einem Kontext der Präsidentschaft von Donald Trump (2017-2021), dessen robustes Einfordern eines höheren europäischen Wehrbeitrags Bundeskanzlerin Angela Merkel bereits 2017 zu der Aussage veranlasst hatte, dass die „Zeiten, in denen wir uns auf andere völlig verlassen konnten, [...] ein Stück vorbei [sind]“<sup>623</sup>

Die Sorge, dass auf die USA nicht in jedem Fall Verlass sei, trieb die Europäer aber nicht nur seit Donald Trump um, sondern war eine beständige Frage des Ost-West-Konflikts. Konrad Adenauer sprach in seiner letzten großen Europarede vor seinem Tod in Madrid 1967 sogar von der Gefahr

---

619 Robert Kagan, *Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung* (Berlin: Siedler, 2003).

620 Ian Manners, "Normative power Europe. A Contradiction in terms?" *Journal of Common Market Studies* 2 (2002): 235-258.

621 Joseph S. Nye, *Soft Power. The Means to Success in World Politics* (New York: PublicAffairs, 2005).

622 Robert Cooper, *Breaking of Nations. Order and Chaos in the 21st Century* (London: Atlantic Books, 2004).

623 Adam Soboczynski, „Angela Merkel: Europas verlorenes Paradies“. *Die Zeit*, 1. Juni 2017. <https://www.zeit.de/2017/23/angela-merkel-rhetorik-deutschland-usa> (Letzter Zugriff: 24.05.2023).

des Atomwaffensperrvertrags, der die Europäer dem Kondominium der beiden Supermächte USA und UdSSR ausliefern würde:

„Zwischen den beiden Weltmächten, den Vereinigten Staaten und Sowjetrußland, finden nun Verhandlungen statt mit dem Ziele, die Produktion und den Besitz solcher Waffen zum ausschließlichen Privileg Sowjetrußlands und der Vereinigten Staaten zu machen. Darin liegt die größte Gefahr für die übrigen Völker in der ganzen Welt, insbesondere aber für das produktiv so außerordentlich wertvolle Europa, die Gefahr, politisch und wirtschaftlich machtlos und einflusslos zu werden. Wegen seiner für die Welt unentbehrlichen Produktionskraft stehen die europäischen Länder, steht Europa in Gefahr, die Beute von Gegensätzen zwischen den Weltmächten oder infolge seiner geographischen Lage und seiner dichten Besiedlung im Kampfe zerstört zu werden. Die Gefahr für Europa ist viel größer, als die meisten Menschen sich vorstellen. Die Entwicklung seit dem letzten Kriege, insbesondere die Entwicklung der atomaren Waffen, und in ihrem Gefolge die Verhandlungen zwischen Sowjetrußland und den Vereinigten Staaten können für die europäischen Völker das Ende ihres politischen und wirtschaftlichen Einflusses bedeuten. Sie zwingen daher Europa zu einer politischen Einigung. Die Supermächte können über den Widerspruch eines einzelnen europäischen Landes hinweggehen. Die Stimme eines geeinten Europa muss von ihnen auch im eigenen Interesse beachtet werden.“<sup>624</sup>

Seine Sorge rührte nicht nur aus der Gefahr eines Atomkriegs. Adenauer ging es darum, den kontrollierenden Zugriff auf die von ihm als Zukunftstechnologie verstandene Atomkraft durch die Sowjetunion zu verhindern. In Madrid sprach der deutsche Bundeskanzler von allen europäischen Ländern, betont von der Zugehörigkeit Spaniens, aber auch von der der mitteleuropäischen Länder, um eine kritische Größe für Europa zu erhalten. Die Sowjetunion schloss er wegen ihrer sibirischen Dimension aus. Seine eigentliche Sorge galt dem unkalkulierbaren Aufstieg Chinas, der auch Moskau bedrohte. Adenauer stellte sich mit seiner Rede ganz explizit in die Traditionslinie Churchills und des deutsch-französischen Zusammenschlusses. Diesen wollte er aber nicht im Sinne des topischen Sprachspiels antagonistischer Repräsentation verstanden wissen, sondern im Sinne von de Gaulle als geopolitische dritte Kraft, die ihre Souveränität über Europa

---

624 Konrad Adenauer, *Rede im Ateneo in Madrid*, 16. Februar 1967, <https://www.konrad-adenauer.de/seite/16-februar-1967/madrid> (Letzter Zugriff: 24.05.2023).

und ihre Machtprojektion in die Welt verteidigen kann. Anders als Adenauer war de Gaulles im Februar 1967 noch im Amt. Adenauer bezog sich direkt auf den Präsidenten und trauerte dessen vorerst gescheitertem Fouchet-Plan einer Politischen Union hinterher.

Adenauers Rede in Madrid 1967 und von der Leyens Rede von der geopolitischen Kommission seit 2019 folgen dem Grundmuster, das de Gaulle aus einer spezifischen französischen Perspektive gelegt hatte. Der Konflikt mit Hallstein und die Politik des Leeren Stuhls, auf die im Kapitel über das Argument des integrierten Regierens schon eingegangen wurde, brachte de Gaulle den Ruf eines Anti-Europäers ein. Dieser Vorwurf greift zu kurz.<sup>625</sup> De Gaulle war nicht gegen Europa, er war gegen die konkrete Formulierung dieses Arguments in der Praxis von Brüssel, das auf einer ökonomischen und sicherheitspolitischen Integration in den amerikanisch geführten Westen beruhte. De Gaulle wollte nicht dieses Europa, aber er wollte ein anderes. Das Europaargument de Gaulles hatte die geopolitische Dimension europäischer Unabhängigkeit. Sein Nachfolger im Amt des französischen Präsidenten seit 2017, Emmanuel Macron, sprach unentwegt von der europäischen Souveränität. De Gaulle verhinderte im Sinne dieser Abgrenzung gegenüber einer angelsächsischen Vereinnahmung den Beitritt Großbritanniens, das er für ein trojanisches Pferd Englands hielt.

De Gaulles Sprachspiel bestand aus zwei Komponenten: Der Vorstellung einer französischen Führungsrolle und dem Bild eines kontinentalen Europas, das einerseits das Europaargument nach Osten weitet, auf der anderen Seite aber nach Westen abschließt. In der Rede von „Europa vom Atlantik bis zum Ural“<sup>626</sup> etablierte sich ein Topos, der das zentrale Versprechen des Europaarguments offenhielt, aber auch versucht, den Atlantik als entscheidende Grenze zu etablieren. De Gaulle unternahm damit den Versuch, die alte Vorstellung der vierziger Jahre von einem Europa der Dritten Kraft innerhalb der Gegebenheiten des Kalten Kriegs und des westlichen Bündnisses in den sechziger Jahren wiederzubeleben. Mit dem Fouchet-Plan

---

625 Wilfried Loth, "De Gaulle und die europäische Einigung," in *De Gaulle, Deutschland und Europa*, hrsg. von Wilfried Loth und Robert Pich (Opladen: Leske+Budrich, 1991) 45-60.

626 Ernst Weisenfeld, "Europa vom Atlantik zum Ural. Eine magische Formel - Eine Vision - Eine Politik," in *De Gaulle, Deutschland und Europa*, hrsg. von Wilfried Loth und Robert Pich (Opladen: Leske+Budrich, 1991): 71-94.

sollte diese Argumentation dominant werden – und scheiterte entgegen Adenauers Hoffnung endgültig.<sup>627</sup>

Die Komponenten von de Gaulles Sprachspiel lassen sich bereits 1944 zeigen:

„Europa? Aber gewiß muß man es machen. Mit Belgien, den Niederlanden und Italien für den Anfang. Spanien wird folgen, sobald sie sich von Franco befreit haben werden. Deutschland? Es wird nicht mehr ‚ein‘ Deutschland geben, sondern mehrere; und wenn es erst einmal geteilt ist und die Ruhr den Siegern zur Verfügung steht, wird man sehen, was man damit macht. England? Nein, ich sehe nicht, daß es sich an einem europäischen Unternehmen beteiligen wird. In jedem Fall braucht jede Föderation einen Föderator. Das wird Frankreich sein; und das Ensemble, das in dieser Weise geschaffen wird, wird es uns erlauben, unsere Unabhängigkeit zu behaupten und dem amerikanisch-russischen Kondominium zu entkommen.“<sup>628</sup>

De Gaulle bekannte sich 1944, wie mit dem Fouchet-Plan zum Europaargument. Man müsse in der westlichen Mitte anfangen und dann werde man sehen. Deutschland würde dieses Europa nicht dominieren, denn es ginge höchstens als Teilstaat in dieses Europa ein. England bliebe außen vor, was damals noch zum britischen Selbstverständnis passte. Churchill konstruierte bei seiner Rede in Zürich Europa auch kontinental, im Gegensatz zur britischen Insel und ihres maritimen Empire. England war noch im Besitz seiner Kolonien und verstand sich als außereuropäische Weltmacht. Erst zwanzig Jahre später zeigte sich, dass de Gaulle auch nach dem Ende der imperialen Größe Englands seine kontinentale Argumentation aufrechterhalten wollte.<sup>629</sup> De Gaulle richtete sich dabei nicht grundsätzlich gegen

---

627 Für eine übergreifende Darstellung zu den Fouchet-Plänen und de Gaulles Europa-politik vgl. Hans-Dieter Lucas, *Europa vom Atlantik bis zum Ural? Europapolitik und Europadenken im Frankreich der Ära de Gaulle (1958-1969)* (Bonn: Bouvier, 1992).

628 Wilfried Loth, "De Gaulle und die europäische Einigung," in *De Gaulle, Deutschland und Europa*, hrsg. von Wilfried Loth und Robert Pich (Opladen: Leske+Budrich, 1991): 45-60, auf S. 46.

629 Zum ersten Beitritts-gesuch vgl. Beiträge in: Anne Deighton und Alan S. Milward (Hrsg.), *Widening, Deepening and Acceleration: The European Economic Community 1957-1963*, Bd. 7, *Veröffentlichungen der Historiker-Verbindungsgruppe bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften* (Baden-Baden: Nomos, 1999). Zum zweiten vgl. Beiträge in: Wilfried Loth (Hrsg.), *Crises and Compromises: The European Project 1963-69*, Bd. 8 (Baden-Baden: Nomos, 2001); Frances Nicholson

England, seine Absicht bestand nur darin, es vor die Wahl zu stellen, sich entweder für ein kontinentales Europa zu entscheiden und sich von den USA zu lösen oder sich jenseits von Europa an Amerika zu binden.<sup>630</sup>

Das Europaargument von de Gaulle war damit eindeutig gegen die Einbindung des Integrationsprozesses in den amerikanischen Argumentationszusammenhang gerichtet. De Gaulles berechtigte Sorge lag in der Angst, Frankreich zwischen den beiden Mühlsteinen USA und Sowjetunion zerrieben zu sehen. Von diesem französischen Argumentationszusammenhang aus ließ sich de Gaulle auf die Praxis des europäischen Aushandelns ein. Seine Argumentation musste sich innerhalb des Europaarguments vor allem gegen die USA wenden. De Gaulle war zweifellos ein Anti-Kommunist und stand fest im westlichen Lager, die Abgrenzung gegen die Sowjetunion war auf diese Weise gewährleistet. Das Problem lag für de Gaulle darin, im westlichen Lager nicht unterzugehen und Teil der amerikanischen Manövrierarmee zu werden.<sup>631</sup>

De Gaulles Sprachspiel nahm jedoch nicht nur das Argument der Dritten Kraft wieder auf, sondern versuchte mit seiner Vorstellung einer französischen Großmachtspolitik auf der Basis der europäischen Staaten die Konzeption von Heterogenität und Integration auf eine andere Basis zu stellen, als dies mit den Topoi von „Einheit in Vielfalt“ und einer „immer engeren Union“ etabliert worden war. De Gaulle sah zwar ein heterogenes „Europa der Vaterländer“ vor, es sollte aber seine Einheit in der zentralen Frage der Verteidigung unter dem hegemonialen Anspruch Frankreichs wesentlich homogener gestalten, als das im etablierten Argumentationszusammenhang der Fall war. Diese alte Vorstellung, die sich eher an alten französischen Europatraditionen<sup>632</sup> als an der Vorstellung von der „Einheit in Vielfalt“ orientierte, war für die europäische Praxis wenig attraktiv. Einen europäischen Hegemonen wollte die europäische Praxis gerade ver-

---

und Roger East (Hrsg.), *From the Six to the Twelve. The Enlargement Process of the European Communities* (Harlow: Longman, 1987).

630 Wilfried Loth, "De Gaulle und die europäische Einigung," in *De Gaulle, Deutschland und Europa*, hrsg. von Wilfried Loth und Robert Pich (Opladen: Leske+Budrich, 1991): 45-60, auf S. 55.

631 Zum französisch-amerikanischem Verhältnis vgl. Charles Cogan, *Oldest Allies, Guarded Friends: The United States and France since 1940* (London: Praeger, 1994); Frank Costigliola, *France and the United States: The Cold Alliance Since World War II* (New York: Twayne, 1992).

632 Vgl. Sullys Großen Plan bei Rolf Foerster, *Geschichte einer politischen Idee* (München: Nymphenburger, 1967) auf S. 131-143.



hindern. De Gaulle konnte von seinem Argumentationszusammenhang der militärischen Größe her<sup>633</sup> nicht verstehen, dass Europa eher gewillt war, sich dem amerikanischen Hegemonen zu unterstellen, als eine europäische Großmacht mit Hilfe eines französischen, also innereuropäischen Hegemonen zu schaffen. Bei den Fouchet-Verhandlungen zeigte sich, wie die Benelux-Staaten, die hegemoniale Konzeptionen am meisten zu fürchten hatten, ultimativ darauf drangen, entweder auf dem supranationalen Pfad weiterzugehen oder wenigstens England zum Austarieren der französischen Macht oder bestenfalls des dann deutsch-französischen Direktoriums zuzulassen.<sup>634</sup>

Hier wird deutlich, dass die Etablierung eines Arguments, das die europäische Heterogenität durch einen innereuropäischen Hegemonen ausgleichen will, fehlschlägt. Sie steht dem Europaargument des „in Vielfalt geeint“ und der langsamen, vorsichtigen und begrenzten Homogenisierung der „immer engeren Union“ entgegen. Homogenisierung, auch wenn sie nur so begrenzt gemeint ist, wie es der Topos „Europa der Vaterländer“ suggeriert, kann innerhalb der europäischen Praxis nicht hegemonial unternommen werden. Eine hegemoniale Argumentation führt, wie der Ruf der kleinen Staaten nach England zeigte, nur zurück zum alten Konzept des Gleichgewichts der Kräfte, das in der europäischen Praxis immer dann virulent wird, wenn die Praxis leerläuft und sich nicht in den Topoi einer „immer engeren Union“ und des „in Vielfalt geeint“ wiederfindet. Die Argumentation de Gaulles von den Staaten als den ultimativen Trägern von Macht geht innerhalb der europäischen Argumentation fehl. Gerade weil die Staaten immer auch Machtstaaten sein können, hat sich Europa auf den Weg der Integration eingelassen und kein konföderales „Europa der Vaterländer“ geschaffen.

Adenauer war dieser Unterschied in seiner Madrider Reder gleichgültig, aber durchaus in Sinne der Monnet-Methode: „Ob nun eine Föderation oder Konföderation entsteht, oder welche Rechtsform es immer sein mag: Handeln, Anfangen ist die Hauptsache“.<sup>635</sup> Doch ein Bund der Staaten müsste immer darauf achten, welcher Staat dominieren möchte, um sich dann diesem zu unterwerfen oder sich ihm entgegzustellen. Der sich

---

633 Vgl. u.a. Charles de Gaulle, *Memoiren. Der Ruf 1940/1942* (Berlin: Fischer, 1955).

634 Wilfried Loth, "De Gaulle und die europäische Einigung," in *De Gaulle, Deutschland und Europa*, hrsg. von Wilfried Loth und Robert Pich (Opladen: Leske+Budrich, 1991): 45-60, auf S. 51f, 57.

635 Konrad Adenauer, *Rede im Ateneo in Madrid*, 16. Februar 1967, <https://www.konrad-adenauer.de/seite/16-februa.r-1967/madrid> (Letzter Zugriff: 24.05.2023).

gern als wenig preußischer Rheinländer inszenierende Adenauer dachte hier in den Dimensionen des Bismarckreichs, in dessen Wilhelminischer Epoche er immerhin sozialisiert worden war und anfang, Politik zu betreiben.

Doch die Rolle Preußens wird im europäischen Spiel nicht besetzt. Es bedarf keines Föderators, weil keine Föderation im alten Sinne angestrebt wird. Es soll eben weder ein Staat entstehen, noch das alte staatliche Spiel des Gleichgewichts der Kräfte weitergespielt werden. De Gaulle argumentierte damit gleichzeitig aber an den falschen Stellen für zu viel Heterogenität bzw. zu viel Homogenität. De Gaulle wollte eine wesentlich breitere Heterogenität auf der Basis der Staaten für die Zukunft festschreiben, legte aber eine sofortige weitreichende Homogenisierung unter der Führung Frankreichs vor. Adenauer waren diese feinen Unterschiede im Angesicht der Bedrohung von Osten und einer Vernachlässigung von Westen aus gleichgültig. Es ging ihm wie de Gaulle um die geopolitische Dimension.

Doch wenn es einen Föderator für Europa gab, dann war es das beargwöhnte Amerika, das außerhalb der direkten europäischen Praxis stand und eine indirekte, dafür umso wirkungsvollere Homogenisierung betrieb. Im Kalten Krieg war amerikanischer Schutz, selbst wenn mit dem schwindenden technologischen Vorsprung der USA die Sicherheitsgarantien mit einer möglichen Verwundbarkeit Amerikas an Festigkeit eingebüßt hatte, immer noch vertrauenserweckender als der französische. Nach dem Ende des Kalten Kriegs ließ sich zwar mit dem Topos „Europa vom Atlantik bis zum Ural“ das gemeinsame Haus vorantreiben, Amerika blieb aber weiter der zentrale Partner, auch wenn dies von den gaullistischen Nachfolgern des Generals immer wieder in Frage gestellt wird.

Im Vorfeld des US-geführten Irakkriegs 2003 wurde mit dem Widerstand der Achse Paris-Berlin-Moskau dagegen die gaullistische Position noch einmal stark. Vierzig Jahre zuvor, war das Scheitern des Fouchet-Plans 1963 noch in den Elysée-Vertrag gemündet. De Gaulles anti-amerikanische Argumentationslinie sollte sich zumindest in einem Zweierbund manifestieren. Adenauer wäre dazu bereit gewesen. Doch die Atlantiker seiner Fraktion zwangen ihm bei der Ratifizierung im Bundestag eine Präambel für den Freundschaftsvertrag mit Frankreich auf, die jede anti-amerikanische Positionierung ausschloss und damit dem Vertrag die zentrale Argumentationslinie de Gaulles nahm. In de Gaulles Sicht war damit die Rose

verwelkt, ehe sie geblüht hatte.<sup>636</sup> Pünktlich zu den 40-Jahr-Feierlichkeiten des Elysée-Vertrags im Januar 2003 übergang die deutsche Seite diese Präambel und ließ sich aus ihrer skeptischen Haltung gegenüber dem amerikanischen Konzept des Präventivkriegs heraus für eine gaullistische Position gewinnen. Bundeskanzler Gerhard Schröder und seinem Außenminister Joschka Fischer ging es darum, die Weltordnung nicht unipolar von Washington aus gestalten zu lassen.

Die gaullistische Rose erlebte einen zweiten Frühling, wurde dann aber von ihrem eigenen Topos des „Europas vom Atlantik bis zum Ural“ eingeholt. Denn die Mittel- und Osteuropäer mit der Beitrittsperspektive 2004 setzten in geopolitischer Hinsicht nicht allein auf Europa, sondern auf die USA als Gegengewicht zu Russland. Sie blieben deswegen gemeinsam mit Großbritannien und den meisten anderen EU-Mitglieder auch bei der Frage des Irakkriegs an der Seite der USA. Die Reaktion auf die alte gaullistische Zumutung einer Wahl zwischen Amerika und einem kontinentalen Europa war eindeutig. Europa will zwar das ganze Europa vom Atlantik bis zum Ural sein. Doch es möchte als Schild gegen den inneren französisch-(deutschen) Hegemon wie gegen die imperiale Bedrohung aus Moskau fester Bestandteil des westlichen Argumentationszusammenhangs unter US-Führung bleiben. De Gaulles Argumentation wird damit vom ganzen Kontinent zurückgewiesen. Der Topos des „Europas vom Atlantik bis zum Ural“ hielt das Europaargument nach Osten offen, konnte es aber nach Westen nicht abschließen.

Die schulbuchgemäße Dimension der Geographie Europas bis zum Ural schloss bei de Gaulles die Sowjetunion ein, durchaus auch im Sinne einer Machtbalance gegenüber Deutschland. Bei Adenauers Rede im Madrid war im Gegensatz dazu Sowjetrußland ausgeschlossen. Im Zuge des Widerstands gegen den Irakkrieg 2003 schloss sich die Bundesregierung unter Gerhard Schröder uneingeschränkt der Integration Moskaus in ein geopolitisches Europa an, explizit um den Machtanspruch der USA auszubalancieren. Die Wirkung der Achse blieb bei einer Geste, wie sie Joschka Fischer mit seinem „I am not convinced“ gegenüber dem US-Verteidigungsminister Rumsfeld zum Ausdruck brachte.<sup>637</sup> Der Flughafen Ramstein stand als

---

636 Wilfried Loth, "Hallstein und de Gaulle: Die verhängnisvolle Konfrontation," in *Walter Hallstein. Der vergessene Europäer*, hrsg. von Wilfried Loth et al. (Bonn: Europa Union, 1995): 171-188, auf S. 176.

637 Joschka Fischer, „I am not convinced“. *Der Irakkrieg und die rot-grünen Jahre* (Köln: KiWi, 2012).

Drehkreuz der USA für Europa und den Nahen Osten uneingeschränkt zur Verfügung. Doch Bundeskanzler Schröder war es mit seiner russischen Option ernst. Aus dem Amt geschieden setzte er seine Lobbytätigkeit dafür fort. Die Gaspipelines, die unter seiner Nachfolgerin Merkel durch die Ostsee gebaut wurde und die Energieversorgung der deutschen Industrie auf ein neues strategisches Niveau heben sollten, begleitete und verteidigte er auch noch als Russland die Ukraine 2022 zum zweiten Mal überfiel. Seine publizistische Tätigkeit, bei der er für einen Abschied vom Westen und das Bündnis mit Russland warb, unterstrich seine Vorstellung von einer eurasischen Geopolitik, gegen die USA.<sup>638</sup>

Wenn die Grundthese des Europaarguments stimmt, dass alle, die sich um Europa streiten auch zu Europa gehören, dann ist die Bereitschaft zur Verständigung mit Russland nicht abwegig. Es kommt allerdings ganz entscheidend darauf an, zu welchen Konditionen darüber zu sprechen wäre. Die radikalisierte Variante des gaullistischen Sprachspiels wurde schon im Irakkrieg von den mittel- und osteuropäischen Staaten abgelehnt. Der Überfall auf die Ukraine hat das Vertrauen in Russland so diskreditiert, dass ein Regimewechsel nach einem verlorenen Krieg allein kaum ausreichen wird, um Vertrauen wieder herzustellen. An der Ukraine und Mitteleuropa vorbei wird eine Ausdehnung geopolitischer Optionen nach Osten nicht stattfinden können.

Ohnehin endete zumindest de Gaulles geopolitisches Sprachspiel von Europa am Ural. Vielleicht wird es nach dem Krieg mit der Ukraine mehrere Russlands geben, die sich leichter integrieren lassen. Vielleicht entsteht in einem postkolonialen Raum auch die Vereinigten Staaten von Sibirien, mit denen dann Europa ökonomisch kooperieren könnte. Wenn die Bedingungen stimmen, wird niemand in Europa auf den Import sibirischer Rohstoffe zugunsten Chinas und Indiens verzichten wollen. Aber das sind sehr weitgehende Spekulationen.

Die geopolitische Dimension der Kommission von der Leyens reduzierte sich im Angesicht der russischen Aggression seit Februar 2022 sehr schnell darauf, in den westlichen Windschatten der USA zurückzukehren. Die Gegenströmungen verbebbten nicht ganz. In Deutschland wurde der eurasische Diskurs mit der Person Gerhard Schröders marginalisiert. Die illustre Unterstützerschar eines Ausgleichs mit Russland um jeden Preis, die sich bereits 2014 zu Wort gemeldet hatte, verstummte aber nicht. Frank-

---

638 Gregor Schöllgen und Gerhard Schröder, *Letzte Chance. Warum wir jetzt eine neue Weltordnung brauchen* (München: DVA, 2021).

reichs Präsident Macron, der unter dem Eindruck von Trumps rigider Aufforderung, einen signifikant höheren Anteil an der Finanzierung der Verteidigung Europas selbst zu übernehmen, 2019 vom Hirntod der Nato gesprochen hatte, versuchte zumindest gegen die USA an einer engen Kooperation mit China festzuhalten, inklusive einer Auslieferung Taiwans an eine potentielle Aggression der Volksrepublik China. Doch diese Rhetorik versuchte, abgesehen von innerfranzösischen Kalkülen, nur die eindruckliche Stärke des transatlantischen Argumentationszusammenhangs zu überdecken, der sich im Antrag Schweden und Finnlands auf einen Beitritt zur Nato manifestierte. Im Angesicht der russischen Bedrohung auch an der Ostsee und im Nordmeer setzten die neutralen Skandinavier nicht auf die europäische Souveränität unter französischer Führung und die EU, der sie beide bereits angehörten, sondern auf die USA und das Bündnis mit den angelsächsischen Mächten. Die USA und das Vereinigte Königreich trugen zusammen mit den Mittel- und Osteuropäern, denen sich Deutschland zögernd, aber doch substantiell anschloss, auch die Hauptlast für die Unterstützung der Ukraine.

Es deutet deswegen alles daraufhin, dass sich auch unter den aktuellen Bedingungen der russischen Aggression und des potentiellen Konflikts mit China, die gaullistische Position nicht durchsetzen kann, sicher nicht in einer radikalisierten eurasischen Variante. Europäische Geopolitik bleibt eingebunden in die des Westens unter der Führung der USA. Die so oft beschworene europäische Armee, besteht im tragenden Kern aus den amerikanischen Streitkräften, von der USA Navy auf den Weltmeeren bis zu den Atomwaffen in Norditalien und am Rhein. Ihre Organisationsform liegt deswegen nicht im engeren Argumentationszusammenhang des europäischen Integrationsprozesses.

Gerade vor dem Hintergrund der, mit oder ohne eine Rückkehr Donald Trumps in Weiße Haus, unabweisbarer Forderung der USA, die europäischen Sicherheitsausgaben zu erhöhen, läge auch der Ausbau der wirtschaftlichen Kooperation nahe. Der naheliegende Weg dazu wäre nicht nur der Ausbau der Energieallianz, wie er über die Flüssiggaslieferungen begonnen wurde, sondern die Wiederaufnahme der auf Eis gelegten Verhandlungen für ein nordatlantisches Freihandelsabkommen.

In diesem größeren geopolitischen Argumentationszusammenhang des Westens kommt der Türkei eine Rolle an der Sicherung der Südostflanke zu, was nicht zuletzt an der Verzögerung des schwedischen Beitritts wegen Gegensätze in der Kurdenpolitik auffiel. Eigentlich gehört die Türkei in den engeren Kreis des Europaarguments, schon weil sie sich in Europa

streitet. Der griechisch-türkische Konflikt, insbesondere um Zypern, wird nur innerhalb der EU zu lösen sein. Griechenland hatte sich deshalb zum engagierten Befürworter des türkischen Beitritts gemacht. 1999 erhielt die Türkei den Status eines Beitrittskandidaten. Seit 2005 laufen Beitrittsverhandlungen, mit bescheidenen Erfolgen. Der zunächst vielversprechende Elitenwechsel durch den Wahlsieg Recep Tayyip Erdoğan führte spätestens nach dem Putschversuch gegen ihn und seinem noch autoritären Kurs danach nicht zu der, von manchen, erhofften Annäherung an den europäischen Argumentationszusammenhang. Frankreich und Deutschland hatten aber bereits zuvor unter der Führung Sarkozys und Merkels schon deutlich gemacht, dass sie die Türkei nicht als Teil Europas verstanden. Dieser Verschleppungskurs einiger Länder führte auch zu einer Reorientierung der Türkei. Da die Türkei schon auf der Grundlage ihrer demographischen Stärke ein Machtfaktor innerhalb der Mehrheitsbildung des integrierten Regierens werden würde, hatten der französische und deutsche Nationalstaat nicht nur kulturelle, sondern auch machtpolitische Gründe, einen Türkeibeitritt zu beargwöhnen.

In geopolitischer Hinsicht liegt die Türkei nicht nur an der Südostflanke der Nato gegenüber Russland, sie ist die Brücke oder das Bollwerk gegenüber dem Mittleren und Nahen Osten. Als unter dem Eindruck der Flüchtlingskrise von 2015/2016 unter deutscher Führung der Türkei-Deal ausgehandelt wurde, übernahm die Türkei die Dimension eines Bollwerks. Im Gegenzug zu massiver finanzieller Hilfe schottete die Türkei ihre Grenze zur EU weitgehend ab. Dies allein wird aber die gescheiterte geopolitische Dimension der Nachbarschaftspolitik am Mittelmeer nicht wettmachen können.

Die entscheidende geopolitische Dimension der europäischen Praxis betrifft aber nicht den Süden und die Türkei, sondern die Bedrohung durch den russischen Revanchismus. Die europäische Integration hat unter amerikanischem Schirm und sowjetischer Bedrohung den Ost-West-Konflikt überprospert. Ob sich unter den neuen Bedrohungsbedingungen die Geschichte in dieser Hinsicht wiederholen lässt, ist alles andere als entschieden. Da Europa aus eigener Kraft kaum der russischen Bedrohung und der eurasischen Offerte, mit China im Hintergrund, standhalten kann, wird die Voraussetzung für eine nachhaltige Neupositionierung die Reintegration des europäischen Integrationsprozesses in den Westen sein. Nicht nur für

Deutschland ereignete sich eine Zeitenwende.<sup>639</sup> Auch die europäische Praxis muss ihre Nachhaltigkeit innerhalb der Bedrohung durch den russischen Revanchismus beweisen. Der europäische Argumentationszusammenhang ist für die Verbindung mit einem transatlantischen Argumentationszusammenhang offen. Er hält aber auch eine überzogene Geopolitik in der Tradition de Gaulles bereit, deren Nachhaltigkeit mehr als fraglich ist.

---

639 Mariano Barbato, *Wetterwechsel. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Scholz* (Frankfurt/New York: Campus, 2022); Manuel Fröhlich, „Wenn möglich bitte wenden“? Die deutsche Außenpolitik und die Navigation der Zeitenwende.“ *Zeitschrift für Politikwissenschaft* (2023): 1-12. <https://doi.org/10.1007/s41358-022-00338-y>.





## Nachhaltige Sprachspiele: Zurück zum Konsens und in den Westen

Mit dem Vertrag von Lissabon und dem Beitritt von Bulgarien und Rumänien hatte die europäische Praxis 2007 Vertiefung und Erweiterung ineinander verzahnt und zum Erfolg geführt. Ein wesentlicher Teil der mit dem Ende des Ost-West-Konflikts notwendig gewordenen Umbaus der Union war damit geglückt. Über ein Vierteljahrhundert lang waren große Vertiefungsschritte, wie der der Währungsunion, drei Erweiterungsrounds mit insgesamt fünfzehn Ländern und die deutsche Wiedervereinigung gelungen. Doch diese großen Erfolge waren wie alle Schritte auf dem Weg zu einer „immer engeren Union“ nicht leichtgefallen und hatte die europäische Praxis auch nicht in einen sicheren Stand gebracht. Es ging immer noch darum, einen Prozess zu gestalten und nicht darum, einen Status quo zu sichern.

Die Fortsetzung des Integrationsprozesses nach diesem relativ goldenen Vierteljahrhundert der europäischen Praxis gelang weniger gut. Die globale Finanzmarktkrise weitete sich bald zu einer Eurokrise aus. Nach 2007 trat nur noch Kroatien 2013 der Union bei. Die Nachbarschaftspolitik scheiterte fulminant. Die Argumente des Wohlstands und des Friedens gerieten zumindest stellenweise in einen erheblichen Leerlauf und büßten an Strahlkraft ein.

Besondere Schwierigkeiten löste der Versuch aus, die Balance des Arguments des integrierten Regierens zwischen Konsens und Mehrheit über eine Konfliktstrategie der Politisierung zu verschieben. Nicht mehr der vorsichtig ausgehandelte Konsens sollte im Mittelpunkt stehen, sondern die polarisierende Mehrheitsentscheidung. Ohne eine Rückkehr zur Konsenssuche kann der europäische Argumentationsprozess zusammenbrechen und der Integrationsprozess revidiert werden. Der Brexit steht als Menetekel an der Wand.

Das Europaargument insinuiert einen Alleinvertretungsanspruch der europäischen Praxis für den ganzen Kontinent. Joseph Weiler hat die freundliche Variante auf den Punkt gebracht: „Europa schlägt vor, es drängt sich nicht auf.“<sup>640</sup> Dieses Selbstverständnis versuchte der geopolitischen Gestaltungsnotwendigkeit von Grensräumen elegant zu entkommen. Diese

---

640 Joseph H. H. Weiler, *Ein christliches Europa. Erkundungsgänge* (Salzburg/München: Pustet, 2004) auf S. 124.

Eleganz behält das Europaargument aber nur dann, wenn es eine Sicherung durch den Argumentationsrahmen des Westens erfährt, maßgeblich durch die Garantie der USA. Da sich die Normkaskaden des europäischen Argumentationszusammenhangs jenseits des Erweiterungsprozesses in sehr engen Grenzen hielten und ein Kurswechsel zur Machtprojektion von der Rhetorik nicht in die Praxis fand, blieb geopolitisch gegen jeden Gaullismus nur die im Kern des Argumentationszusammenhangs angelegte Anlehnung an die USA. Wahrscheinlich tut die europäische Praxis gut daran, diese geopolitische Realität auch geoökonomisch zu unterfüttern und die liegengelassenen Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen wieder aufzunehmen. Ob darüber so große Wohlstandsgewinne möglich sind, dass eine Rückkehr zur Solidarität des Kohäsionstopos möglich wird, ist nicht gesagt. Gemeinsame Verteidigungsanstrengungen könnten aber dafür eine Grundlage legen. Notwendig scheint jedenfalls eine nüchterne Rückkehr in den Windschatten des Westens. Nur auf dieser Basis dürfte ein neuer Versuch, die ökonomischen Umwälzungen der Globalisierung und die geopolitische Gestaltung von Zugehörigkeit und Nachbarschaft ansatzweise zu meistern. Der Ausgang des klimapolitisch gesteuerten Transformationsprozesses der ökonomischen Grundlagen des Wohlstandsarguments und die Erfolgsreichweite des Widerstands gegen die russische Aggression, von den Unwägbarkeiten chinesischer Politik gar nicht zu reden, liegen größtenteils jenseits der Möglichkeiten der europäischen Praxis und ihrer Sprachspiele.

Die Stärken der hier vorgelegten Sprachspielmethode liegen in der Fähigkeit, die inneren Möglichkeiten wie die äußeren Grenzen eines Argumentationszusammenhangs abzugrenzen. Die europäische Praxis bietet Argumente für viele Situationen, nicht für alle. Manchmal tragen auch die Argumente nicht, die sie zur Lösung bereithält. Differenzierungsmöglichkeiten für ein solches Urteilen zu schaffen, ist die Aufgabe der Sprachspielmethode. Die Bedeutung von Sprachspielmethode und Sprachspielerzählung liegt in der Möglichkeit, unter den Bedingungen einer postpositivistischen Epistemologie und einer sprachlichen Prozessontologie des Handelns einen Weg anzubieten, mit der Narrative ausgebreitet werden können, die den Zugang zur Legitimität der Argumentationszusammenhänge der Praxis erschließen und kritisch deren Nachhaltigkeit sichern helfen. Mit der Ausarbeitung der Analyseinstrumente des funktionalen und des topischen Sprachspiels liegen Werkzeuge dafür vor. In ihrem Analyseraster kann deutlich werden, welche Argumente in der Praxis als legitim zählen und damit dem Akteur die Möglichkeit geben, gehört zu werden, und welche Argumente nachhaltig wirken und damit der Praxis die Fortsetzung

ihrer Erzählung über die Zeit und gegenüber neuen Herausforderungen ermöglichen.

### § 1 Die Sprachspielmethode

Das Verständnis von Politik und Wissenschaft als Praxis eröffnete den ontologischen und epistemologischen Raum, in dem die Sprachspielmethode aus dem Spätwerk Wittgensteins und mit topischen Zusätzen aus der Tradition der Rhetorik entwickelt wurde.

In der Lesart Hannah Arendts meinte bei Aristoteles Politik sprachliches Aushandeln zwischen freien und freundschaftlichen Akteuren, die aufeinander zugehen und sich auf den anderen einlassen, dabei aber ihre Anliegen und ihr Herkommen im Auge behalten. Sie stehen als Argumentierende im Prozess der sprachlichen Praxis des Argumentationszusammenhangs, der sich aus der Tradition dieser Argumentation entwickelt hat und sich so fortsetzen kann. In dieser Praxis der Akteure wirkt und entsteht der Argumentationszusammenhang, für dessen Beschreibung die Sprachspielmethode entwickelt wurde. Die Öffentlichkeit des Argumentierens hängt an der Tradition der Argumente und lässt sich nicht über formale Verfahren festlegen.

Hans-Georg Gadamer vertiefte den Praxisgedanken bei Aristoteles für die epistemologische Grundlage der Methode. Politikwissenschaft lässt sich bei Aristoteles als praxisorientierte Wissenschaft auf die Wandelbarkeit ihres Forschungsgegenstands ein. Die Wandelbarkeit des Forschungsgegenstands der Sozialwissenschaft, nämlich das Sprechen und Handeln von Menschen, resultiert aus der Gleichzeitigkeit von Gebundenheit und Offenheit menschlichen Tuns. Diese ambivalente Gleichzeitigkeit mag Gründe jenseits der Ebene des Handelns haben. Die Ergebnisse dieser Gleichzeitigkeit lassen sich aber nicht auf externe Faktoren ursächlich reduzieren. Die Sozialwissenschaft tut deswegen gut daran, ihre Methodenwahl im Umfeld der Geisteswissenschaft zu belassen und nicht allein auf die Naturwissenschaft zu setzen. Die Legitimität von Wissenschaft und ihres Sprachspiels der Unterscheidung von wahren und falschen Aussagen hängt nicht an der Fähigkeit zur rigiden Festlegung von Verfahren und deren Generalisierbarkeit, sondern an der Möglichkeit, auf ihren Gegenstand in der Zeit einzugehen und diesen in seinem Handeln zu unterstützen, in dem auch

das wissenschaftliche Verständnis immer schon selbst verortet ist. Keine Methode erlaubt das Erreichen einer vorurteilslosen Perspektive.<sup>641</sup>

Praxis war bei Aristoteles immer schon Sprache. Der Mensch ist *zoon politikon*, weil er *zoon logon echon* ist. Doch reicht das statische aristotelische Sprachverständnis nicht aus, um den dynamischen und offenen Zusammenhang der Sprache im Gebrauch des Argumentierens zu zeigen. Dies leistet Wittgenstein mit seiner Vorstellung des Sprachspiels, der wie Aristoteles den Menschen im Handlungszusammenhang seiner sprachlichen Lebensform sieht und die Offenheit des Regelbegriffs erkennt. Sein therapeutischer Ansatz, Auswege aus den Irrgängen der Sprache zu zeigen, ist ebenso praxisorientiert wie der aristotelische. Wittgensteins Vorstellung überlappender Familienähnlichkeiten verbessert die Dialogfähigkeit von Politikwissenschaft und Politik, weil an die Stelle analytischer Abgrenzung, verbindende Übergänge treten. Wittgensteins entscheidender Beitrag für die Methodenbildung liegt in seiner Konzeption des Sprachspiels. Die politische Sprachspielmethode gibt auf Wittgensteins Grundlage der Politikwissenschaft ein konkretes Instrument zum ordnenden Zusammenstellen von Argumentationszusammenhängen an die Hand.

Wittgenstein für die Politik fruchtbar zu machen, begann bei der Verabschiedung des positivistischen Verständnisses der neoutilitaristischen Politikwissenschaft, allgemeine Gesetze zur Erklärung der politischen Welt auf der Basis eines bestimmten Kernelements aufbauen zu können und so ein System zu schaffen, in dem sich die relevanten Teile der Politik spiegeln. Wittgensteins Einsicht liegt in der Verabschiedung des Gedankens, die Welt begrifflich auf wenige Einheiten zu reduzieren, um auf deren Basis ein System aufzubauen, das die Welt widerspiegelt. Die Verbindung von Begrifflichkeit und Welt erfolgt vielmehr über den Gebrauch im Zusammenhang der Lebensform.

In welchem Spiel befinden wir uns? Wie lauten seine Regeln? Aus welchen Zusammenhängen taucht es auf und wo sind seine Möglichkeiten, es weiterzuentwickeln, wenn es stockt? Es steht nicht im Belieben der Lebensform zu spielen, was sie möchte. Sie bleibt an die Legitimität ihres Spiels gebunden, das sich seinerseits immer wieder begründen muss. Vom Haus dieser Begründungen könnte man mit Wittgenstein sagen, dass es

---

641 Die jüngst vorgelegten *Heuristiken des politischen Entscheidens* stellen einen solchen Versuch dar: Karl-Rudolf Korte, Gert Scobel und Taylan Yildiz (Hrsg.), *Heuristiken des politischen Entscheidens* (Berlin: Suhrkamp, 2022).

beinahe die Grundmauern trägt.<sup>642</sup> Es ist kein beliebiges Spiel, es ist das Spiel einer politischen Lebensform. Unter Umständen einer Lebensform, der sich der Wissenschaftler angehörig fühlt, die er schätzt oder ablehnt. Wenn man am Haus weiterbauen will, muss deswegen die Vielfalt des Argumentationszusammenhangs in den Blick genommen werden. Die Zukunft ist nicht nur offen für neue Entdeckungen, sie ist vor allem offen für neue Taten, neues Handeln. *The world of our making* ist aber nicht aus dem Nichts zu schaffen. Der *homo politicus* ist nicht der Schöpfer seiner selbst. Er schafft Neues, indem er auf die Vergangenheit hört und die Zukunft ins Auge fasst. Denn vor ihm gab es immer schon anderes Handeln, auf das er sich stützt, was seine Lebensform darstellt. Die Legitimität seiner Macht begründet sich durch die Nachhaltigkeit seines Argumentierens. Nur wenn die Gegenwart der Vergangenheit eine Zukunft erschließt, bewährt sich ihre Macht.

Wittgenstein beschrieb Sprache als Zusammenhang einer Lebensform. Sprache ist eine Tätigkeit nach Regeln, die in ihrer Regelmäßigkeit die Sicherheit des Gebrauchs ebenso gewährleisten, wie die Möglichkeit der Veränderung, mit negativen wie positiven Folgen. Bedeutung, Regel, Gebrauch gehören zusammen. In der Geschichte des Gebrauchs entstand die alte Stadt, die zum Labyrinth werden kann. Die Aufgabe der Philosophie ist es, dieses Labyrinth so ordnend zu beschreiben, dass es wieder als alte Stadt gesehen werden kann, in der man sich auskennt, in der man leben kann, für die es eine Zukunft gibt. Seine Vorstellung der Gewissheit im Handeln der Lebensform, die Widersprüche aushält und nicht mehr begründet als sie begründen muss, um weiter bestehen zu können, entwickelt das Politik- wie das Wissenschaftsverständnis für den Bereich des Wandelbaren weiter. Die Argumentation hat da ihr Ende, wo sie weiteres Handeln ermöglicht hat. In dieser handelnden Argumentation der Lebensform entsteht die Gewissheit, die auch Widersprüche aushält.

Mit Wittgenstein kann Politikwissenschaft den Versuch unternehmen, auf die Argumentationszusammenhänge der Praxis zu schauen, um diese geordnet in Sprachspielen für einen weiteren Gebrauch bereitzustellen. Das Wissen, das durch diese wandelbaren Ordnungsangebote und ihre Bilder entsteht, ist ein Wissen für die Praxis. In der Praxis nimmt es seinen Ausgang und an sie wird es geordnet zurückgegeben. Die Anwendungsmöglichkeit des Wissens entscheidet über seinen Wert. Wittgenstein gibt mit seiner Methode des Sprachspiels dafür eine Vergleichsmöglichkeit an

---

642 Vgl. ÜG 248.

die Hand, mit der das Wissen der Praxis methodisch nachvollziehbar und somit wissenschaftlich aufgearbeitet die Verwirrungen der Praxis therapeutisch in nachhaltigen Ordnungsangeboten auflösen kann.

Da es immer um das Wissen der Praxis ging, war es nicht Ziel, neue Erkenntnisse zu gewinnen, um mit diesen die Praxis von außen oder gar von oben zu belehren. Vielmehr liegen die Ordnungsmöglichkeiten in der Praxis offen zu Tage. Sie müssen dort nur innerhalb des allzu Bekannten sichtbar gemacht und in ihren Zusammenhang gestellt werden. Die Vergleichsmethode bildet dabei die Praxis nicht ab oder versucht sie zu spiegeln, sie bietet vielmehr in ihren narrativen angeordneten Sprachspielen eine Perspektive auf die infragestehenden Teile des Argumentationszusammenhangs. Die Praxis und ihr Argumentationszusammenhang können nicht in einer Erzählung einiger Sprachspiele eingefangen werden. Sie entziehen sich in ihrer Wandelbarkeit jedem fixierenden Anspruch. Die Vergleichsmethode des Sprachspiels eröffnet jedoch perspektivische Zugänge, um den Argumentationszusammenhang soweit zu begreifen, dass die mögliche Legitimität und Nachhaltigkeit von Argumenten innerhalb seiner Praxis gesehen werden können.

Wittgenstein fächerte seinen Gebrauch des Sprachspiels in drei Verwendungsweisen auf: Er spricht vom Sprachspiel als Ganzem, grenzt funktionale Sprachspiele ab und illustriert in einfachen Sprachspielen. Das einfache Sprachspiel dient bei Wittgenstein als fiktives Beispiel zur Illustration philosophischer Probleme. Diese Konzeption des Sprachspiels kann, historisch gewendet als topisches Sprachspiel, auf den Argumentationszusammenhang der europäischen Praxis angewandt werden, um in historischen Argumentationssituationen aktuelle legitime und zukünftig nachhaltige Argumente zu finden.

Weiter verwendet Wittgenstein den Begriff des Sprachspiels zur Abgrenzung von Einheiten unter einem bestimmten Regelzusammenhang. Mit dem funktionalen Sprachspiel erwächst für die funktionalen Ebenen des Mehrebenenmodells ein Pendant, mit dem ideal die offenen und überlappenden, aber doch abgrenzbaren Regel- und Argumentationszusammenhänge der europäischen Ebenen gezeigt werden können.

Darüber hinaus sprach Wittgenstein vom Sprachspiel als Ganzem zur Beschreibung der gesamten sprachlichen Interaktion einer Lebensform. Der Begriff des Sprachspiels eröffnete so die Möglichkeit der Kommunikations- und Verständigungsfähigkeit zwischen Politikwissenschaft und Politik und legte das epistemologische Verständnis der familienähnlichen Vergleichsmethode dar. Wittgensteins epistemologischer Begriff der Famili-

enähnlichkeit erlaubt eine Methode, die sich ihrem Gegenstand nähert und mit ihm in Interaktion treten kann, ohne ihn abbilden oder unter eine Gesetzmäßigkeit zwingen zu müssen.

Wittgenstein lieferte auf diese Weise den Schlüssel zu einer Methode, die in den sprachlichen Raum der Praxis passt und dessen Wissen über seine Argumentationszusammenhänge erschließen kann. Zu diesem Wissen hatte schon Gadammers Rezeption der aristotelischen Praxis hingeführt. Doch Gadammers methodenkritische Haltung blieb an der Entwicklung einer Methode uninteressiert und erkannte deswegen auch nicht die methodischen Chancen einer offenen Topik. In der topischen Ergänzung des Sprachspiels lag die Chance für seinen politikwissenschaftlichen Gebrauch. Durch die Verbindung von Topik und Sprachspiel wird deutlich, dass die handelnden Akteure für ihren Prozess des Aushandelns die legitimen Argumente im Argumentationszusammenhang des Narrativs der Sprachspielerzählung vorfinden können. Die Topik geht von der Vorstellung aus, Argumentationsmöglichkeiten aus dem Legitimitätszusammenhang der Tradition für neue Argumentationen bereitstellen zu können. Die Legitimität im Argumentationszusammenhang begründet sich durch den Erfolg für ein gutes Leben. Erfolg bedeutet die Kontinuität einer Vergangenheit, die sich in der Zukunft bewähren kann. Daraus speist sich die Idee der Topik. Die alten Erfolge *garantieren* jedoch keine neuen Erfolge und damit auch keine automatische Legitimität. Die in der topischen Argumentationsstruktur perspektivisch gespeicherten Erfolge müssen immer wieder in der Praxis vorgebracht werden und ihre Legitimität im Angesicht neuer Herausforderungen nachhaltig beweisen. Sprachspiel und Topik verschmelzen so zu einer Methode, der es gelingt, sich an alte Argumentationssituationen anzunähern und diese aufzuschlüsseln und mit der Bereitstellung dieser Orte der Argumentation neue Argumentationsmöglichkeiten für die aktuellen Herausforderungen zu liefern. Damit gelingt es, den Prozess des Aushandelns so zu beschreiben, dass sowohl die offene Regelstruktur der Argumente und die dadurch mögliche Nachhaltigkeit bei neuen Herausforderungen klar wird, wie auch die historische Bindung der Akteure an die Legitimität ihres Argumentationszusammenhangs. In diesem Zusammenspiel erweist sich die Macht der politischen Sprache.

Wittgensteins Absicht war es, bestimmte philosophische Probleme mit Beispielen und Bildern, in denen sich diese philosophischen Probleme familienähnlich zeigen, zu lösen. Mit den topischen Sprachspielen hingegen wird über konkrete historische Argumentationen und Argumentationslinien der aktuell legitime Argumentationszusammenhang der Praxis sichtbar

gemacht, um ihn auf seine Nachhaltigkeit hin zu überprüfen. Die topischen Sprachspiele zeigen historische Argumentationsergebnisse bestimmter Zeitpunkte und Perioden, die den Argumentationszusammenhang gestiftet haben, ihn immer wieder stiften und ihn so beschreibbar machen. In diesen topischen Sprachspielen steht die konkrete historische Situation nicht unter einem historiographischen Aspekt im Mittelpunkt, sondern unter dem Gesichtspunkt, den aktuell gültigen Argumentations- und Legitimitätszusammenhang in seinen Widersprüchen nachhaltig zu beschreiben.

Mit den topischen Sprachspielen liegt das wichtigste Instrument für die Formulierung der Sprachspielerzählung bereit. Die topischen Sprachspiele erschließen historische Argumentationen und Argumentationslinien als Argumente des aktuellen Argumentationszusammenhangs, auf den ihre Anordnung als Sprachspielerzählung den Blick aus einer bestimmten Perspektive freigibt. Aus den topischen Sprachspielen heraus können dann auch die Argumentationszusammenhänge der verschiedenen funktionalen Ebenen der europäischen Praxis in funktionalen Sprachspielen deutlich werden. Mit den verschiedenen Sprachspielerzählungen wächst das methodisch aufgearbeitete, perspektivische Wissen der Praxis um ihren Argumentationszusammenhang. Hier kann dann eine Sprachspieltopik entstehen, die die verschiedenen möglichen Zugänge zur Legitimität des Argumentationszusammenhangs bereithält und Varianten der Nachhaltigkeit verspricht.

## *§ 2 Eine Sprachspielerzählung Europas*

Eine Sprachspielerzählung verfolgt nicht das Ziel, neue Daten zu erörtern. Vielmehr erhält sie ihre Relevanz durch die ordnende Zusammenstellung altbekannter Argumente, die es ermöglicht, die aktuelle Legitimität des Argumentationszusammenhangs wie seine zukünftige Nachhaltigkeit zu sehen und zu fördern. Aus der Perspektive der Sprachspielerzählung von Erweiterung und Vertiefung stehen im Zentrum des Argumentationszusammenhangs der europäischen Praxis das Argument des integrierten Regierens, das Friedensargument, das Wohlstandsargument und das Europaargument. Das Zusammentreffen der beiden Argumentationslinien der Vertiefung und der Erweiterung wird in diesen Grundtopoi sichtbar und an diesen Orten der Argumentation muss sich auch ein mögliches Zusammenstellen von Vertiefung und Erweiterung bewähren. Wenn Europa integriert regiert wird, so die zentrale Argumentationslinie der europäischen Praxis, können sich Frieden und Wohlstand entfalten. Die Sprachspielerzählung zeigt, wel-



che Konkretisierungen und Perspektiven das Zusammentreffen von Vertiefung und Erweiterung für diese Argumentationslinie mit sich bringt.

Der Prozess des integrierten Regierens hat nicht das Ziel, sich selbst zu überwinden, indem er die Widersprüche der europäischen Praxis auflöst. Das Argument des integrierten Regierens verspricht vielmehr eine Lebensweise, die das Aushalten von Widersprüchen ermöglicht. Damit fehlt dem europäischen Argumentationszusammenhang jeder utopische Elan. Die ihm fremde Sehnsucht nach einem europäischen Äquivalent wenigstens zum Patriotismus des 19. Jahrhunderts führt die europäische Praxis jedoch immer wieder in den Leerlauf. Die Sprachspielerzählung des integrierten Regierens möchte diesen Leerlauf überwinden helfen. Die polarisierende Politisierung erwies sich als der gefährlichste Leerlauf des integrierten Regierens in den letzten beiden Dekaden.

Im topischen Sprachspiel der Gemeinschaftsmethode, die weiter auf der Monnet-Methode der kleinen Schritte inmitten von Widersprüchen beruht, zeigt sich die Verrechtlichung und Institutionalisierung der europäischen Praxis und ihres Argumentationszusammenhangs. Die Gemeinschaftsmethode stellt keine Durchlaufstation zum Bundesstaat dar, sondern bleibt die Antwort der europäischen Praxis auf die Herausforderung ihrer Heterogenität. In der europäischen Praxis geht es immer wieder darum, inmitten von Widersprüchen, Heterogenität einzuhegen und auf den Weg der „immer engeren Union“ durch kleine Schritte der Institutionalisierung und Verrechtlichung in funktionalen Sprachspielen zu bringen. Dafür steht die Gemeinschaftsmethode und darauf lässt sich das funktionale Modell des Mehrebenensystems ein. In dieser offenen und bewährt einhegenden Ausrichtung auf Heterogenität und Vielfalt barg die Gemeinschaftsmethode auch das Potential, die Herausforderung der Erweiterung zu meistern.

Zentral für das Gelingen der Gemeinschaftsmethode blieb dabei das Verhältnis von Konsens und Mehrheit wie es sich in den topischen Sprachspielen von Luxemburg und der Einheitlichen Europäischen Akte zeigte. Die europäische Praxis wahrt ihre „in Vielfalt geeinte“ Heterogenität durch den Konsens. Mehrheitsentscheidungen gelten dem Argumentationszusammenhang nur dann als legitim, wenn sie den grundsätzlichen Konsens im Detail vertreten, um auf dem Weg zur „immer engeren Union“ mit dem Ziel der Wohlstandssteigerung und Friedenssicherung effektiver voranzukommen. Diese Effizienzsteigerung wurde in der erweiterten Union dringlicher denn je. Dabei ging das Wissen um die Bedeutung des Konsenses verloren. Die Zustimmung der Verlierer von Abstimmungen zu ihrer Niederlage

sichert jedoch in jedem freiheitlichen System, das auf die Marginalisierung der Minderheit verzichtet, die Kontinuität einer Praxis.<sup>643</sup> Warum sollte dies gerade für die Macht und die Legitimität des europäischen Integrationsprozesses nicht gelten? Überstimmt werden kann in der europäischen Praxis nur der, der sich überstimmen lassen möchte, weil er das Motto von „in Vielfalt geeint“ weiterhin gewahrt sieht. Nichts erscheint aus dieser Perspektive für die europäische Praxis dringlicher als die Rückkehr zum Konsens und das Ende einer Strategie der polarisierenden Politisierung des Integrationsprozesses.

Wenn sich der Konsens zur Steigerung der Effizienz von der Mehrheit vertreten lässt, dann muss die Gestaltung der Mehrheit mit großer Umsicht betrieben werden. Mit der Zunahme der Bedeutung der Mehrheit wurde die Frage laut, wessen Mehrheit repräsentiert werden soll. Im topischen Sprachspiel der EEA stellt sich bereits die direkte demokratische Repräsentation der Bürger durch das Europäische Parlament neben die Repräsentation der Staaten. Der Topos von der Direktwahl des europäischen Parlaments seit 1979 markierte bereits die Fiktion eines europäischen Wahlvolks, das sich direkt repräsentiert sehen möchte. Die vorgelegte Sprachspielerzählung verzichtete auf eine demokratietheoretische Grundsatzkritik, die hier ansetzen müsste.

In den Sprachspielen von Nizza, Laeken und Lissabon wurde aber doch deutlich, welche Umsicht notwendig ist, wenn Mehrheiten eine tragende Rolle spielen sollen. Diese drei topischen Sprachspiele zeigten, welche neue Balancen zwischen Mehrheit und Konsens möglich war. Eine doppelte Mehrheit, die die Staaten der Union wie ihre Bürgerschaft(en) repräsentieren soll, konnte gefunden werden. Ein Pathos der Einheit durch Mehrheit verträgt die europäische Praxis jedoch nicht. Die Niederlagen des Verfassungsvertrags in den Volksabstimmungen Frankreichs und der Niederlande warnten unmissverständlich. Der Vertrag von Lissabon sicherte den einzig möglich erscheinenden Kompromiss. Aber selbst der Brexit hat noch nicht zur Einsicht geführt, dass es jenseits von Lissabon und der Zustimmung der Verlierer nur die Auflösung der europäischen Praxis geben wird.

Im topischen deutsch-französischen Sprachspiel wird die Bedeutung der Repräsentation des Konflikts für das Aushandeln in der europäischen Praxis deutlich. Wenn der Konsens unter den vielen nur schwer erzielt

---

643 Christopher J. Anderson, André Blais, Shaun Bowler, Todd Donovan und Ola Listhaug, *Losers' Consent. Elections and Democratic Legitimacy* (Oxford: Oxford University Press, 2005).

werden kann, dann löst in Europa nicht zuerst die Mehrheitsentscheidung das Problem, sondern der Kompromiss zwischen den Repräsentanten der antagonistischen Argumentationslinien. Das deutsch-französische Paar war dabei lange Zeit der Kern der Konfliktgemeinschaft. Daraus resultierte die deutsch-französische Motorenfunktion. Sobald in der größeren Union diese Funktion von anderen Konfliktlinien überlagert wurden, verloren Deutschland und Frankreich ihre Führungsfähigkeit. Der Ausweg von Amsterdam über den Topos der „verstärkten Zusammenarbeit“ ließ das alte Argument der Flexibilität vom Rand in die Mitte des Argumentationszusammenhangs rücken. Statt den Kompromiss im Konsens zu suchen, sollte im Konsens eine Vertiefung für manche Staaten jenseits des Kompromisses erlaubt werden. Doch in seiner strukturierten Form blieb die Flexibilisierung eine Marginalie. Wenn Auswege im Leerlauf der Praxis notwendig wurden, brach sich die Praxis die dafür nötige Bahn jenseits der Regel. Wenn die Ausnahme kein Ausweg war, dann kam nur der Austritt in Frage. Mit dem Brexit verlor die europäische Praxis eines ihrer stärksten Mitglieder. Das topische deutsch-französische Sprachspiel und seine Fähigkeit, Widersprüche auszuhalten und zusammenzuhalten, verweist auf den nachhaltigen Weg des Konsenses und des Kompromisses jenseits dessen Macht und Legitimität der europäischen Praxis auf dem Spiel stehen. Das Argument des integrierten Regierens verträgt nur einen umsichtigen Umgang mit Mehrheitsentscheidungen, die den Konsens immer nur vertreten können.

Das Argument des Friedens setzt bei der Heterogenität des deutsch-französischen Gegensatzes an und bleibt, vom Europaargument angetrieben, aber auch aus seiner eigenen Argumentation heraus, auf die Befriedung des ganzen Kontinents ausgerichtet. Im topischen Sprachspiel der EGKS zeigt sich, wie die Heterogenität „in Vielfalt geeint“ auf dem Weg zur „immer engeren Union“ eingehegt werden soll. Mit der Vergemeinschaftung der Kohle- und Stahlproduktion setzte die europäische Praxis in dem wirtschaftlichen Sektor an, der die Kriegsmaschine der Weltkriege am Laufen gehalten hatte. Statt einer Fortsetzung des deutsch-französischen Gegensatzes sollte der Streit um die Ruhr der europäischen Praxis die Dynamik verleihen, ihre wirtschaftlichen Kräfte zum gemeinsamen Wiederaufbau zu nutzen. Die europäische Praxis begab sich damit auf den Weg der *de-securitization*. Das Argument des Friedens ging damit in das Argument des Wohlstands über. Gemeinsamer Wohlstand zielt aber immer auch auf einen gemeinsamen Frieden. Auch wenn das Wohlstandsargument sich in den Vordergrund schob, blieb doch der Aspekt der Versöhnung der Heterogenität und damit

das Friedensargument der *security community* im Zentrum des Argumentationszusammenhangs. Es wurde vom Argument des Wohlstands gleichsam absichtlich überlagert, da es sich die Wohlstandsmehrung als Aufgabe des gemeinsamen Projekts gesetzt hatte. Im Aufbau einer gemeinsamen Wohlstandsgesellschaft realisierte sich das Friedensargument der Versöhnung und erhielt Dauer und Nachhaltigkeit. Dieses Angebot gilt für ganz Europa, weil es nur in der Ausbreitung Nachhaltigkeit verspricht.

Der Versuch einer Verteidigungsgemeinschaft als zweites Projekt neben dem des Wohlstands misslang im topischen Sprachspiel der EVG. Es scheiterte in der historischen Situation am nationalen französischen Argumentationszusammenhang und verbannte langfristig die Idee einer gemeinsamen Verteidigung an den Rand der europäischen Praxis. Die *re-securitization* setzte damit erst über die Argumentation der Stabilität ein. Das topische Sprachspiel der Stabilität zeigt, wie sich das Friedensargument, nach der Sicherung der Aussöhnung nach innen im Fortschreiten des Wohlstandsprojekts, der Stabilisierung des Argumentationszusammenhangs nach außen widmete. Die Nachhaltigkeit des eigenen Projekts ist nur gesichert, wenn sich der europäische Argumentationszusammenhang von Frieden und Wohlstand als so stark erweist, dass es ihm gelingt, als Vorbild auch die nationalen Argumentationszusammenhänge der noch nicht integrierten europäischen Staaten zu beeinflussen. Diese Vorbildfunktion kann nur dauerhaft projiziert werden, wenn auch der Beitritt offensteht. Die gescheiterte Nachbarschaftspolitik als Alternative zum Beitritt unterstrich diese Voraussetzung der Normenübertragung. Im topischen Sprachspiel der Stabilität entwickelte sich die Argumentationslinie, dass der europäische Argumentationszusammenhang seiner eigenen Stabilität wegen auch die Stabilisierung ganz Europas übernehmen muss und deswegen nicht nur für alle Europäer attraktiv gestaltet, sondern auch auf alle europäischen Staaten ausgedehnt werden muss. Diese Argumentationslinie wurde bereits in der Süderweiterung dominant, wirkte sich aber bei der Erweiterung nach Mittel- und Osteuropa am stärksten aus.

Das Argument der Stabilität war so stark, dass es im topischen Sprachspiel von St. Malo unter dem Eindruck der gescheiterten Vorbildwirkung auf dem Balkan die *re-securitization* der europäischen Praxis auf den Weg brachte. Wenn das Friedens- und Wohlstandsversprechen nicht ausreicht, will die europäische Praxis in der Lage sein, den europäischen Kontinent auch militärisch zu befrieden. Im topischen Sprachspiel von St. Malo einigten sich Frankreich und Großbritannien als antagonistische Repräsentanten der transatlantischen und der gaullistischen Argumentationslinie

darauf, der europäischen Praxis die militärischen Kapazitäten an die Hand zu geben. Innerhalb des transatlantischen Rahmens wollte die europäische Praxis zur Lösung ihrer als genuin europäisch empfundenen Konflikte selbst beitragen. Auch wenn die dort initiierte Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik den Begriff der Verteidigung im Namen führt, war doch ausschließlich die Fähigkeit zur stabilisierenden Intervention gemeint. Das Feld der klassischen Verteidigung verblieb außerhalb des Zentrums des europäischen Argumentationszusammenhangs, selbst als die Westeuropäische Union ganz in der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik aufging.

Die mangelnde Verlässlichkeit einer europäischen Verteidigung zeigte sich im Ernstfall des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine. Die neutralen EU-Mitglieder Schweden und Finnland wogen sich nicht durch ihre Mitgliedschaft in der europäischen Praxis in Sicherheit, sondern strebten den Beitritt zur Nato an. Außerhalb des US-amerikanischen Schutzschilds scheint es in Europa keine Sicherheit zu geben. Im hybriden Krieg von 2014 und im konventionellen Einmarsch von 2022 reagierte Russland auf die Nachbarschaftspolitik der europäischen Praxis. Nur nachrangig konnte die europäische Praxis im folgenden Verteidigungskrieg die Ukraine unterstützen. Ohne den eigenen Widerstandswillen und die militärische Unterstützung der USA wäre das Land zum Aufmarschgebiet einer russischen Destabilisierungsoffensive für die europäische Praxis geworden. Der Versuch, das Friedensargument mithilfe des als Alternative zur Erweiterung konzipierten Nachbarschaftspolitik fortzuführen, scheiterte an seiner Ambivalenz. Es war stark genug, Anziehungskräfte zu entwickeln, aber zu schwach, ihnen eine sichere Grundlage zu geben. Der Ukrainekrieg steigerte die Ambivalenz der Nachbarschaftspolitik, die bereits im Arabischen Frühling am Mittelmeer deutlich geworden war. Stabilität und Sicherheit kann die europäische Praxis einerseits nur innerhalb von Vertiefung und Erweiterung, andererseits nicht jenseits amerikanischer Hegemonie anbieten. Die Rückkehr in den Westen ist so überlebenswichtig für die europäische Praxis wie die Rückkehr zum Konsens.

Das Argument des Wohlstands entwickelte sich aus dem Argument des Friedens im Spannungsfeld des topischen Sprachspiels von Markt und Modernisierung. Die europäische Praxis begann mit dem Aufbau einer gemeinsamen Kohle- und Stahlproduktion unter dem Vorzeichen der Kontrolle, aber auch schon unter dem der marktwirtschaftlichen Effizienzsteigerung und der politisch gelenkten Modernisierung. Mit den Römischen Verträgen rückte der Markt als Garant des Wohlstands in den Mittelpunkt

der Argumentation. Doch die Ordnungsvorstellung des Markts blieb immer abgesichert durch die politisch gelenkte, ausgleichende Modernisierung der benachteiligten Regionen zum Zweck der Steigerung ihrer Wettbewerbsfähigkeit im Markt. Um sicherzustellen, dass alle am Wohlstand der marktwirtschaftlichen Ökonomie teilhaben können, muss von den Gewinnern des Gemeinsamen Markts den potentiellen Verlierern ein Ausgleich gezahlt werden, den diese aber zu ihrer Modernisierung einsetzen müssen, um dann wettbewerbsfähig konkurrieren zu können. Obwohl das von der Einheitlichen Europäischen Akte angestoßene Binnenmarktprogramm 1992 vor allem auf der seit dem *Cassis-de-Dijon*-Urteil des EuGH zentralen Argumentation der negativen Integration beruht, kam mit dem Binnenmarkt und den Delors-Paketen zur Strukturpolitik die redistributive Komponente, die sich vorher weitgehend auf die Landwirtschaftspolitik beschränkt hatte, nun voll zum Tragen. In der Argumentation der Währungsunion hatte sich erstmals die Argumentation des Markts einseitig gegen die der ausgleichenden Modernisierung durchgesetzt. Wer nach der Einführung des Euro in seinem Land gegen die Konvergenzkriterien verstieß, konnte nicht mehr das Argument der unterstützenden und ausgleichenden Modernisierung für sich beanspruchen, sondern galt als gefährlich für die Partner und unterlag deswegen der Androhung von Aufsicht und Bestrafung. Das Argument des Zusammenhalts trat zuvor nicht in der Formulierung der Konvergenz, sondern in der der Kohäsion auf. Im funktionalen Sprachspiel der Strukturpolitik wirkte sich die Argumentation der Kohäsion vor allem aus. Im Gegensatz zur Argumentation der Konvergenz im funktionalen Sprachspiel der Währungsunion sollte hier der gemeinsame Wohlstand nicht über die eigenständige Leistung des Mitgliedstaats unter Strafandrohung erzielt werden, sondern über einen solidarischen Ausgleich, der die Empfänger aber auch zum gezielten Einsatz dieser Mittel zu ihrer Modernisierung verpflichtete.

Innerhalb dieser solidarischen Argumentation, die die alten westlichen Mitglieder zum Verzicht zugunsten der Modernisierungsaufgaben der neuen östlichen Mitglieder drängte, zelebrierte die europäische Praxis die Reinform des *bargaining*. Die Lenkung der Geldströme in den intergouvernementalen Verhandlungen sowie in den und supra- und subnationalen Austeilrunden legitimiert sich durch den Verweis auf die eigenen Schwächen und auf die bereits erzielten und nicht wieder zu gefährdenden Gewinne. Mit diesem Argument können dann auch Veto- und Lobbystrategien legitimiert werden. Auch die Geberseite weist auf ihre mangelnde Leistungskraft hin und kann ihre Bereitschaft zu Zahlungen von erbrachten

Modernisierungsergebnissen abhängig machen. Sie hätte dabei vordergründig eigentlich einen doppelten Trumpf in der Hand. Einmal kann sie aus nicht eingetroffenen Modernisierungserfolgen die Sinnlosigkeit weiterer Zahlungen begründen, wie sie im Erfolgsfall deren natürliches Ende proklamieren kann. Da in der Praxis aber meist weder völliger Misserfolg noch vollkommener Erfolg zu konstatieren ist, konnten die Empfänger die Notwendigkeit weiterer Zahlungen immer mit einem „noch nicht“ und einem „noch nicht ganz“ begründen.

Die Erweiterung erwies sich als fordernd. Nach 2007 gelang nur noch Kroatien 2013 der erfolgreiche Abschluss von Beitrittsverhandlungen. Trotz gegenteiligen Versprechens erschien die Integration des Westbalkan als zu kostspielig. Ansonsten bewahrte das Wohlstandsargument in der Kombination aus Markt und solidarischer Modernisierung in Mittel- und Osteuropa Macht und Legitimität.

Doch das funktionale Sprachspiel der Wirtschafts- und Währungsunion erwies sich in seiner Konstruktion strafbewährter Konvergenzkriterien zur Erzwingung von Stabilität im Angesicht der extern induzierten Wirtschafts- und Finanzkrise nicht in der Lage, innerhalb des aufgesetzten Regelzusammenhangs zu reagieren. Erst als es gegen die verengte Anlage auf die Unterstützung der Marktkräfte solidarische Modernisierung wieder zuließ, gelang eine Stabilisierung. Diese kurzfristige Sicherung von Zukunftsfähigkeit in der Krise durch die Zentralbank war nicht auf Nachhaltigkeit angelegt. Es ging um das bloße Überleben des Euro. Erst mit dem Wiederaufbaufonds nach der Coronakrise, der vor allem auf die Bearbeitung der Klimakrise ausgerichtet wurde und mit dem Aspekt der Digitalisierung einen weiteren Faktor klassischer Modernisierungspolitik hereinnahm, scheint ein Ausweg gegeben. Mit dem gemeinsamen Umbau der Energieversorgung erhält das Integrationsprojekt durch das Wohlstandsargument eine neue Schubkraft. Anders als bei der Fehlspekulation auf das Nebengleis von Euratom, dessen marginale Stoßkraft sich nicht weiter auf die europäische Praxis auswirkte, besteht im Gesamtumbau der europäischen Wirtschaft ein erhebliches Risiko. Was wenn die Elektrifizierung Europas scheitert und die technologischen Versprechen nachhaltigen Wohlstands nicht tragen? Die europäische Praxis stellt ihr Wohlstandsargument hier auf eine Grundlage außerhalb ihres Argumentationszusammenhangs und seiner Macht und Legitimität. In der Krise der Währungsunion, die sie aus eigenen Kräften nicht meistern konnte, vertraut die europäische Praxis einem technologisch ungedeckten Scheck. Der Ausgang dieser Wette um

den Wohlstand und damit um Macht und Legitimität der europäischen Praxis ist offen.

Das Europaargument fordert die Ausdehnung der Vertiefung auf ganz Europa und verankert das Argument der Erweiterung zentral im Argumentationszusammenhang. Im topischen Sprachspiel der Europa-pläne zeigte sich das Europaargument als Versuch der Überwindung von Heterogenität und Konflikt im Selbstverständnis einer heterogenen Konfliktgemeinschaft. Ausgehend vom deutsch-französischen Gegensatz soll die europäische Heterogenität in einer „immer engeren Union“ eingehegt und, mit dem Motto „in Vielfalt geeint“ positiv besetzt, gleichzeitig überwunden und bewahrt werden. Wer sich in der geographischen Enge des europäischen Kontinents auf den Füßen steht, gehört zu Europa. Wer seine Konflikte nicht gegen die anderen austragen, sondern mit ihnen aushandeln möchte, ist eingeladen, dieser Konfliktgemeinschaft auf ihrem abenteuerlichen Weg zur „immer engeren Union“ zu folgen. Einem Land, das den Anspruch erheben kann, Teil der europäischen Konflikte zu sein, kann der Zutritt zur europäischen Praxis nicht verwehrt werden. Daraus entwickelt sich die Durchsetzungskraft der Erweiterung. Kulturelle Homogenitätsvorstellungen, sei es das Abendland oder die Aufklärung, werden immer am Rande der europäischen Praxis ins Feld geführt werden, können sich aber nicht wirkungsmächtig im Zentrum des europäischen Argumentationszusammenhangs behaupten. Sie verstoßen dabei nicht nur gegen die Legitimität des Europaarguments, das den Ausschluss von Europäern immer nur temporär zulässt, sondern hintertreiben auch seine Nachhaltigkeit und damit die Fortsetzung der Erzählung, da das Europaargument davon lebt, immer mehr europäische Ländern immer enger in die Konfliktgemeinschaft zu integrieren und dadurch Frieden und Wohlstand zu stabilisieren und auszubauen.

Das topische Sprachspiel de Gaulles verdeutlicht aber nicht nur, dass ein Ausschluss eines europäischen Landes innerhalb der Legitimität des europäischen Argumentationszusammenhangs immer nur aufschiebend und temporär gelingen kann, sondern weist auch auf die Vergeblichkeit aller Bemühungen hin, das anti-amerikanische Ressentiment vom Rand der europäischen Praxis in die Mitte ihres Argumentationszusammenhangs zu holen. Der europäische Argumentationszusammenhang legitimiert weder eine vertiefende Homogenisierung unter einem europäischen Hegemonen, sei es ein Kernstaat oder Kerneuropa, noch eine vertiefende Homogenisierung seiner Identität gegen den amerikanischen Paten. Amerika wird als mächtiger, gelegentlich fürsorglicher, meist eigenwilliger Partner, als histo-



risches Vorbild und verteidigungspolitischer Garant die europäische Praxis mit vielen Reibungsflächen begleiten. Das anti-amerikanische Argument de Gaulles wird wegen dieser Reibungsflächen am Rande der europäischen Praxis immer wieder die Chance zu Zwischenrufen bekommen, in die Mitte des europäischen Argumentationszusammenhangs wird es aber nicht vordringen können. Durch die Erweiterung wurde die transatlantische Argumentationslinie noch gestärkt, da die neuen mittel- und osteuropäischen Mitglieder aus ihren gemeinsamen, von der Erfahrung als Satellitenstaaten der Sowjetunion geprägten Argumentationszusammenhängen die Beziehung zu Amerika pflegen.

Aus dem topischen Sprachspiel de Gaulles lässt sich aber nicht nur erkennen, dass anti-amerikanische Homogenisierungsbestrebungen vom europäischen Argumentationszusammenhang nicht legitimiert werden, sondern dass die Idee eines durch seine fortgeschrittene Homogenität führenden Kerneuropas grundsätzlich keine Akzeptanz findet. Das Europaargument stützt nur das gleichberechtigte „in Vielfalt geeint“ auf dem Weg zur „immer engeren Union,“ wie es im Argument des integrierten Regierens entwickelt wurde.

Wie dieser Weg konkret beschritten werden kann, zeigt das topische Sprachspiel von Kopenhagen. Jedes europäische Land kann Teil der europäischen Praxis werden, wenn es sich selbst demokratisch regiert, seine Wirtschaft marktwirtschaftlich und wettbewerbsfähig strukturiert und den *acquis communautaire* uneingeschränkt akzeptiert. Mit Demokratie und Wettbewerbsfähigkeit werden die Argumente des Friedens und des Wohlstands verankert. Mit der Bedingung der Übernahme des *acquis* lässt sich jedes Beitrittsland auf den europäischen Argumentationszusammenhang und sein Abenteuer der „immer engeren Union“ „in Vielfalt geeint“ ein. Doch auch die europäische Praxis selbst versicherte in Kopenhagen, dass sie sich immer wieder selbst in die Lage versetzen wird, dem Anspruch des Europaarguments gerecht zu werden. Sie wird ihren Argumentationszusammenhang immer wieder neu ordnen, wenn seine eingefahrenen Argumentationslinien der Fähigkeit zur Ausdehnung der Erzählung auf weitere europäische Staaten im Weg stehen. In Kopenhagen formulierte die europäische Praxis damit ihre Vorstellung von der Vereinbarkeit von Vertiefung und Erweiterung: Europa muss vertieft werden, um erweitert werden zu können.

Diese Formel verhalf der europäischen Praxis zum Erfolg der Erweiterung und dem Vertrag von Lissabon. Der Brexit mahnte, dass darüber tieferliegende Topoi nicht übersehen werden dürfen: 1.) Europa wird nahe

am Konsens regiert. 2.) Die europäische Praxis vermeidet nur dann einen Leerlauf, wenn sie sich in den geopolitischen Raum des Westens einfügt. Die geopolitische Absicherung der Grenzräume kann nur im Argumentationszusammenhang des Westens unter US-Führung gelingen, nicht durch den europäischen Argumentationszusammenhang allein.

## Literaturverzeichnis

- Adams, Willi Paul und Angela Adams (Hrsg.). *Alexander Hamilton/James Madison/John Jay. Die Federalist-Artikel*. Paderborn: Schöningh/UTB, 1994.
- Adenauer, Konrad. Rede im Ateneo in Madrid, 16. Februar 1967, <https://www.konrad-adenauer.de/seite/16-februar-1967/madrid> (Letzter Zugriff: 24.05.2023).
- Adler, Emanuel. "Seizing the middle ground: constructivism in world politics." *European Journal of International Relations* 3 (1997): 319-363.
- Adler, Emanuel und Michael Barnett. "A framework for the study of security communities." In *Security Communities*, hrsg. von Emanuel Adler und Michael Barnett, 29-65. Cambridge: Cambridge University Press, 1998.
- (Hrsg.). *Security Communities*. Cambridge: Cambridge University Press, 1998.
- Adler Emanuel und Vincent Pouliot (Hrsg.), *International Practices*. Cambridge: Cambridge University Press, 2011.
- Althoff, Gerd. *Spielregeln der Politik im Mittelalter. Kommunikation in Frieden und Fehde*. Darmstadt: Primus, 1997.
- Alvarez, Antonio Fernando und Donato Fernandez. "Agrarian Politics and Agricultural System of the European Community: A Historical Overview." In *Agrarian Policies and Agricultural System of the European Community: A historical Overview*, hrsg. von Allesandro Bonanno, 76-105. Boulder: Westview, 1990.
- Anderson, Christopher J., André Blais, Shaun Bowler, Todd Donovan und Ola Listhaug, *Losers' Consent. Elections and Democratic Legitimacy* (Oxford: Oxford University Press, 2005).
- Andruchowysch, Juri (Hrsg.) *Euromaidan: Was in der Ukraine auf dem Spiel steht*. Berlin: Suhrkamp, 2014.
- Arendt, Hannah. *Vita activa oder Vom tätigen Leben*. München: Piper, 1971.
- Aristoteles. *Die Nikomachische Ethik*. München: dtv/Artemis, 1991.
- . *Politik*. Reinbek: Rowohlt, 1994.
- . *Rhetorik*. München: UTB/Fink, 1995.
- . *Eudemische Ethik*. Berlin: Akademie, 1997.
- Arnold, Hans. "Die Europäische Gemeinschaft zwischen Vertiefung und Erweiterung." *Europa-Archiv* 46 (1991): 318-326.
- Austin, John. *How to Do Things with Words*. London: Oxford University Press, 1976.
- Axelrod, Robert. *The Evolution of Cooperation*. New York: Basic Books, 1984.
- Axt, Hans-Jürgen. *Solidarität und Wettbewerb - die Reform der EU-Strukturpolitik*. Gütersloh: Bertelsmann, 2000.
- Aybet, Gülnur. *The Dynamics of European Security Cooperation, 1945-91*. Houndmills: Palgrave, 1997.
- Baldwin, David A. (Hrsg.). *Neorealism and Neoliberalism. The Contemporary Debate*. New York: Columbia University Press, 1993.

- Banchoff, Thomas F. und Mitchell P. Smith (Hrsg.). *Legitimacy and the European Union. The contested polity*. London: Routledge, 1999.
- Barbato, Mariano. "Vertiefung trotz Erweiterung - Ist die "Verstärkte Zusammenarbeit" das Patentrezept?" In *Der Vertrag von Nizza aus föderalistischer Sicht*, hrsg. von JEF-Deutschland, 30-35. Berlin: JEF, 2001.
- . *Souveränität im neuen Europa. Der Souveränitätsbegriff im Mehrebenensystem der Europäischen Union*. Hamburg: Dr. Kovac, 2003.
- . "Postsecular Revolution: Religion After the End of History." *Review of International Studies* 5 (2012): 1079-1097.
- . „Integration als Revolution: Souveränität und Legitimität der EU im Ausnahmezustand der Eurokrise“ *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik*. 6 (2013): 249-267.
- . „Die Mauer ist keine Lösung.“ *Die Migrationspolitik von Papst Franziskus* (Frankfurt/New York: Campus, 2020).
- . *Wetterwechsel. Deutsche Außenpolitik von Bismarck bis Scholz*. Frankfurt/New York: Campus, 2022.
- Barley, William. *Wittgenstein ein Leben*. München: Matthes & Seitz, 1983.
- Becker, Peter. "Die Reformbereitschaft der Europäischen Union auf dem Prüfstand - die Agenda 2000." In *Osterweiterung der Europäischen Union - die doppelte Reifeprüfung*, hrsg. von Barbara Lippert, 61-104. Bonn: Europa Union, 2000.
- Behrens, Petra und Marc Smyrl. "A conflict of rationalities: EU regional policy and the Single Market." *Journal of European Public Policy* 6 (1999): 419-435.
- Benz, Arthur. "Mehrebenenverflechtung in der Europäischen Union." In *Europäische Integration. 2. Auflage*, hrsg. von Markus Jachtenfuchs und Beate Kohler-Koch, 317-351. Opladen: Leske+Budrich/UTB, 2003.
- Bezzel, Chris. *Wittgenstein zur Einführung*. Hamburg: Junius, 1989.
- Bishop, Graham. "The Future of the Stability and Growth Pact." *International Finance* 6 (2003): 297-308.
- Bismarck, Otto von. *Gesammelte Werke. Neue Friedrichsruher Ausgabe*, Abt. III, Bd. 2, bearb. von Rainer Bendick. Paderborn: Schönigh, 2005.
- . *Die gesammelten Werke. Friedrichsruher Ausgabe*, Bd. 10: Reden, bearb. von Wilhelm Schüßler. Berlin: Verlag für Politik und Wirtschaft, 1928.
- Bloor, David. *Wittgenstein, Rules and Institutions*. London: Routledge, 1997.
- Boer, Pim den. "Europe to 1914: the making of an idea." In *The History of the Idea of Europe*, hrsg. von Kevin Wilson und Jan van der Dussen, 13-82. London: Routledge, 1993.
- Böttcher, Winfried. *Europa 2020. Von der Krise zur Utopie*. Baden-Baden: Nomos/Tectum, 2021.
- Brague, Rémi. *Europa. Eine exzentrische Identität*. Frankfurt am Main: Campus, 1993.
- Breuss, Fritz und Stefan Griller (Hrsg.). *Flexible Integration in Europa. Einheit oder "Europa à la carte"*. Wien: Springer, 1998.
- Bubner, Rüdiger. *Polis und Staat*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2002.
- Buchanan, James M. *Die Grenzen der Freiheit*. Tübingen: Mohr, 1984.

- Bührer, Werner. *Ruhrstahl und Europa. Die Wirtschaftsvereinigung der Eisen- und Stahlindustrie und die Anfänge der europäischen Integration*. München: Oldenbourg, 1986.
- . "Die Montanunion - ein Fehlschlag?" In *Die Europäische Integration vom Schuman-Plan bis zu den Verträgen von Rom*, hrsg. von Gilbert Trausch, 75-90. Baden-Baden: Nomos, 1993.
- . "Die Montanunion - ein Fehlschlag? Deutsche Lehren aus der EGKS und die Gründung der EWG." In *Die Europäische Integration vom Schuman-Plan bis zu den Verträgen von Rom*, hrsg. von Gilbert Trausch, 75-90. Baden-Baden: Nomos, 1993.
- Bull, Hedley. "International Theory: The Case for a Classical Approach." In *Contending Approaches to International Politics*, hrsg. von Knorr und James N. Rosenau, 20-38. Princeton: Princeton University Press, 1969.
- Busse, Christian. "Braucht Europa einen Kern? Zur gegenwärtigen Diskussion um die Zukunft der europäischen Integration." *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. B47 (2000): 3-12.
- Buti, Marco, Sylvester Eijffinger und Daniele Franco. "Revisiting EMU's Stability Pact: A Pragmatic Way Forward." *Oxford Review of Economic Policy* 19 (2003): 100-111.
- Caporaso, James A., "Europe's Triple Crisis and the Uneven Role of Institutions. The Euro, Refugees and Brexit." *Journal of Common Market Studies* 6 (2018): 1345-1361.
- Carr, E. H. *What is History?* Penguin Books: London, 1990.
- Cecchini, Paolo. *Europa 92 - Der Vorteil des Binnenmarkts*. Baden-Baden: Nomos, 1988.
- Charles III., *Rede Seiner Majestät König Charles III. vor dem Deutschen Bundestag, Berlin* <sup>30.03.2023</sup>: <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2023/kw13-koenig-charles-rede-940994> (letzter Zugriff 26.05.2023).
- Christiansen, Thomas. "Reconstructing European Space." In *Reflective Approaches to European Governance*, hrsg. von Knud Erik Jørgensen, 51-68. Houndmills: Macmillan, 1997.
- Churchill, Winston. *From Winston Churchill. Speech at the University of Zürich on September 19th, 1946*. Zollikon: Kranich, 1996.
- Cogan, Charles. *Oldest Allies, Guarded Friends: The United States and France since 1940*. London: Praeger, 1994.
- . *The Third Option. The Emancipation of European Defense 1989-2000*. Westport: Praeger, 2001.
- Cooper, Robert. *Breaking of Nations. Order and Chaos in the 21st Century*. London: Atlantic Books, 2004.
- Costigliola, Frank. *France and the United States: The Cold Alliance Since World War II*. New York: Twayne, 1992.
- Coudenhove-Kalergi, Richard. *PanEuropa*. Wien: Pan-Europa, 1923.
- Cowles, Maria Green, James A. Caporaso und Thomas Risse-Kappen. *Transforming Europe. Europeanization and domestic change*. Ithaca: Cornell University Press, 2001.
- Cox, Robert W. "Social forces, States and World Orders: Beyond International Relation Theory." In *Neorealism and its Critics*, hrsg. von Robert O. Keohane, 204-254. New York: Columbia University Press, 1986.

- De Rynk, Stefaan. *Inside the Deal. How the EU Got Brexit Done*. Newcastle upon Tyne: Agenda, 2023.
- Dehousse, Renaud. "Constitutional Reform in the European Community: Are there Alternatives to the Majoritarian Avenue?" *West European Politics* 18 (1995): 118-136.
- . *The European Court of Justice. The politics of judicial integration*. New York: St. Martin's Press, 1998.
- Deighton, Anne (Hrsg.). *Building Postwar Europe: National Decision-Makers and European Institutions, 1948-1963*. London: Macmillan, 1995.
- Deighton, Anne und Alan S. Milward (Hrsg.). *Widening, Deepening and Acceleration: The European Economic Community 1957-1963*. Bd. 7, *Veröffentlichungen der Historiker-Verbindungsgruppe bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften*. Baden-Baden: Nomos, 1999.
- Deitelhoff, Nicole. *Überzeugung in der Politik: Grundzüge einer Diskurstheorie internationalen Regierens* Frankfurt am Main: Suhrkamp 2006.
- Deitelhoff, Nicole und Harald Müller. "Theoretical paradise–empirically lost? Arguing with Habermas." *Review of International Studies* 1 (2005): 167-179.
- Deitelhoff, Nicole und Michael Zürn. *Lehrbuch der Internationalen Beziehungen. Per Anhalter durch die IB-Galaxis*. München: C.H. Beck, 2016.
- Delors, Jacques. "Eine Avantgarde als Motor für den Europäischen Einigungsprozess." In *Europa-Handbuch*, hrsg. von Werner Weidenfeld, 854-859. Gütersloh: Bertelsmann, 2002.
- Dembinski, Mathias. "Kein Abschied vom Leitbild "Zivilmacht". Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik und die Zukunft der Europäischen Außenpolitik." *HFSK-Report* 12 (2002).
- Derrida, Jacques und Jürgen Habermas. "Unsere Erneuerung." *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 31. Mai 2003, 33f.
- Dessler, David. "What's at Stake in the Agent-Structure Debate." *International Organization* 43 (1989): 441-473.
- Deubner, Christian. "Differenzierte Integration: Übergangerscheinung oder Strukturmerkmal der künftigen Europäischen Union." *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. B1-2 (2003): 24-32.
- Deutsch, Karl Wolfgang. *Political community and the North Atlantic area*. New York: Greenwood Press, 1969.
- Diez, Thomas. "Postmoderne und europäische Integration. Die Dominanz des Staatsmodells, die Verantwortung gegenüber dem Anderen und die Konstruktion eines alternativen Horizonts." *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 3 (1996): 255-281.
- . *Die EU lesen. Diskursive Knotenpunkte in der Europadebatte*. Opladen: Leske+Budrich, 1999.
- . "Speaking 'Europe': The Politics of Integration Discourse." In *The Social Construction of Europe*, hrsg. von Thomas Christiansen, Knud Erik Jørgensen und Antje Wiener. London: Sage, 2001.
- Dijsselbloem, Jeroen. *Die Eurokrise. Erfahrungsbericht eines Insiders*. Wiesbaden: Springer 2019.

- Dixon-Declève, Sandrine, Owen Gaffey, Jayati Gosh, Jørgen Randers, Johan Röckström, Per Espen Stoknes, *Earth for All. Ein Survival Guide für unseren Planeten. Der neue Bericht an den Club of Rome, 50 Jahre nach „Die Grenzen des Wachstums“*. München: oekom, 2022.
- Dörr, Julian. „Die Bedeutung der Kohäsionspolitik für die europäische Integration. Aktuelle Bestandsaufnahme eines unbekanntes Politikfeldes“, in *Zeitschrift für Außen- und Sicherheitspolitik* 1 (2016): 27-37.
- Doty, Roxanne Lynn. "Aporia: A Critical Exploration of the Agent-Structure Problematique in International Relations Theory." *European Journal of International Relations* 3 (1997): 365-392.
- Dreyer-Plum, Domenica. *Die Grenz- und Asylpolitik der Europäischen Union*. München: UVK, 2020.
- Drieschova, Alena, Christian Bueger und Ted Hopf (Hrsg.). *Conceptualizing International Practices*. Cambridge: Cambridge University Press, 2022.
- Duchhardt, Heinz. *Das Zeitalter des Absolutismus*. München: Oldenbourg, 1989.
- Dumoulin, Michel (Hrsg.). *Plans des temps de guerre pour l'Europe d'après-guerre*. Bd. 5, *Veröffentlichungen der Historiker-Verbindungsgruppe bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften*. Baden-Baden: Nomos, 1995.
- Dyson, Kenneth (Hrsg.). *European States and the Euro: Europeanization, Variation and Convergence*. Oxford: Oxford University Press, 2002.
- Engel, Christian und Christine Bormann. *Vom Konsens zur Mehrheitsentscheidung. EG-Entscheidungsverfahren nach der Einheitlichen Europäischen Akte*. Bonn: Europa Union, 1991.
- Eriksen, Erik Oddvar und John Erik Fossum (Hrsg.). *Democracy in the European Union. Integration Through Deliberation?* London: Routledge, 2000.
- Europäische Kommission, *Europäischer Grüner Deal. Erster klimaneutraler Kontinent werden. Eckdaten*, [https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal\\_de](https://commission.europa.eu/strategy-and-policy/priorities-2019-2024/european-green-deal_de) (letzter Zugriff: 24.05.2023).
- Europäischer Konvent. *Entwurf eines Vertrags über einer Verfassung für Europa*: Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaft, 2003.
- Europäischer Rat. "Schlußfolgerungen des Europäischen Rates 21.-22.6.93." *Europa-Archiv* 48,2, Nr. 13-14 (1993): D257-280.
- Evans, Geoffrey and Anand Menon, *Brexit and British Politics*. Cambridge: Polity, 2017.
- Evers, Jens. *Der EGKS-Vertrag und die europäische Industriepolitik*. Berlin: Mensch-und-Buch, 2001.
- Eyal, Jonathan. *Europe and Yugoslavia: Lessons from a Failure*. London: Royal United Services Institute for Defence Studies, 1993.
- Fay, Siegfried C.A. *Zweifel und Gewißheit beim späten Wittgenstein. Eine Einführung*. Frankfurt am Main: Peter Lang, 1992.
- Feldman, Lily Gardener. "Reconciliation and legitimacy: foreign relations and enlargement of the European Union." In *Legitimacy and the European Union. The contested polity*, hrsg. von Thomas F. Banchoff und Mitchell P. Smith, 66-90. London: Routledge, 1999.

- Feyerabend, Paul. *Wider den Methodenzwang*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1986.
- Fierke, Karin. M. *Changing games, changing strategies: critical investigations in security*. Manchester: Manchester University Press, 1998.
- . "Critical Methodology and Constructivism." In *Constructing International Relations: the next generation*, hrsg. von Karin. M. Fierke und Knud Erik Jørgensen, 115-135. Armonk: Sharpe, 2001.
- . "Constructivism." In *International Relations Theories* hrsg. von Tim Dunne, Milja Kurki und Steve Smith 166-184. Oxford: Oxford University Press, 2006.
- . "Wittgenstein and International Relations Theory." In *International Relations Theory and Philosophy. Interpretive dialogues* hrsg. von Cerwyn Moore und Chris Farrands, 83-94. London: Routledge, 2010.
- Fierke, Karin. M. und Antje Wiener. "Constructing Institutional Interests: EU and NATO Enlargement." In *The Social Construction of Europe*, hrsg. von Thomas Christiansen, Knud Erik Jørgensen und Antje Wiener, 2001.
- Finnemore, Martha und Kathryn Sikkink. „International Norm Dynamics and Political Change." *International Organization* 4 (1998): 887-917.
- Fischer, Joschka. "Vom Staatenbund zur Föderation - Gedanken über die Finalität der europäischen Integration." *integration* 23 (2000): 149-156.
- . „I am not convinced". *Der Irakkrieg und die rot-grünen Jahre*. Köln: KiWi, 2012.
- Flor, Jan Riis. "Der junge Wittgenstein. Sprache und Form." In *Philosophie im 20. Jahrhundert. Band 2*, hrsg. von Anton Hügli und Poul Lübcke, 131-156. Reinbek: Rowohlt, 1993.
- Foerster, Rolf. *Geschichte einer politischen Idee*. München: Nymphenburger, 1967.
- . (Hrsg.). *Die Idee Europa 1300-1946*. München: dtv, 1963.
- Forschungsamt, Militärgeschichtliches (Hrsg.). *Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956. Band 2. Die EVG-Phase*. München: Oldenbourg, 1990.
- Forst, Rainer. *Das Recht auf Rechtfertigung. Elemente einer konstruktivistischen Theorie der Gerechtigkeit*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2007.
- Frantz, Christiane. *EU-Integration als Transformationsrahmen*. Opladen: Leske+Budrich, 2000.
- Manuel Fröhlich, „„Wenn möglich bitte wenden“? Die deutsche Außenpolitik und die Navigation der Zeitenwende." *Zeitschrift für Politikwissenschaft* (2023): 1-12. <https://doi.org/10.1007/s41358-022-00338-y>.
- Fukuyama, Francis. "The End of History." *The National Interest* 16 (1989): 3-18.
- Furdson, Edward. *The European Defence Community: A History*. London: Macmillan, 1980.
- Gadamer, Hans-Georg. *Gesammelte Werke I. Hermeneutik I. Wahrheit und Methode*. Tübingen: Mohr/UTB, 1960/1999.
- . "Die Idee des Guten zwischen Plato und Aristoteles." In *Gesammelte Werke 7. Griechische Philosophie III*, 128-227. Tübingen: UTB/Mohr, 1978/1999.
- . "Die Idee der praktischen Philosophie." In *Gesammelte Werke 10. Hermeneutik im Rückblick*, 238-246. Tübingen: UTB/Mohr, 1983/1999.



- "Bürger zweier Welten." In *Gesammelte Werke 10. Hermeneutik im Rückblick*, 225-237. Tübingen: UTB/Mohr, 1985/1999.
  - "Vernunft und praktische Philosophie." In *Gesammelte Werke 10. Hermeneutik im Rückblick*, 259-266. Tübingen: UTB/Mohr, 1986/1999.
  - "Aristoteles und die imperativistische Ethik." In *Gesammelte Werke 7. Griechische Philosophie III*, 381-395. Tübingen: UTB/Mohr, 1989/1999.
  - "Die sokratische Frage und Aristoteles." In *Gesammelte Werke 7. Griechische Philosophie III*, 372-380. Tübingen: UTB/Mohr, 1990/1999.
  - "Europa und Oikoumene." In *Gesammelte Werke 10. Hermeneutik im Rückblick*, 273-275. Tübingen: UTB/Mohr, 1993/1999.
- Gaulle, Charles de. *Memoiren. Der Ruf 1940/1942*. Berlin: Fischer, 1955.
- Gehler, Michael und Rolf Steininger (Hrsg.). *Die Neutralen und die europäische Integration 1945-1995 / The Neutrals and the European Integration 1945-1995*. Wien: Böhlau, 2000.
- Gerteiser, Kristina. *Die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union*. Frankfurt am Main: Peter Lang, 2002.
- Giering, Claus. "Die institutionellen Reformen von Nizza." In *Nizza in der Analyse*, hrsg. von Werner Weidenfeld, 51-144. Gütersloh: Bertelsmann, 2001.
- Giersch, Carsten. *Konfliktregulierung in Jugoslawien 1991 - 1995. Die Rolle der OSZE, EU, UNO und NATO*. Baden-Baden: Nomos, 1998.
- Gillingham, John. "Solving the Ruhr Problem: German Heavy Industry and the Schuman Plan." In *Die Anfänge des Schuman-Plans: 1950/51*, hrsg. von Klaus Schwabe, 399-436. Baden-Baden: Nomos, 1988.
- *Coal, Steel and the Rebirth of Europe: the Germans and the French from Ruhr Conflict to Economic Community*. Cambridge: Cambridge University Press, 1991.
- Girault, René. "Das Europa der Historiker." In *Europa im Blick der Historiker (Historische Zeitschrift/Beihefte)*, hrsg. von Rainer Hudemann, Hartmut Kaelble und Klaus Schwabe, 55-90. München: Oldenbourg, 1995.
- Glaeßner, Gert-Joachim und Michal Reiman (Hrsg.). *Systemwechsel und Demokratisierung*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1997.
- Glock, Hans-Johann. *Wittgenstein-Lexikon*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 2000.
- Glötz, Peter. "Europa am Scheideweg." *Europa-Archiv* 47 (1992): 503-514.
- Goldstein, Judith und Robert O. Keohane. *Ideas and Foreign Policy: Beliefs, Institutions, and Political Change*. Ithaca: Cornell University Press, 1993.
- Daniel Göler. *Deliberation - Ein Zukunftsmodell europäischer Entscheidungsfindung? Analyse der Beratungen des Verfassungskonvents 2002-2003*. Baden-Baden: Nomos, 2006.
- Gottschald, Marc. *Die GASP von Maastricht bis Nizza*. Baden-Baden: Nomos, 2001.
- Götz, Hans Herbert. "Die Krise 1965/1966." In *Walter Hallstein. Der vergessene Europäer*, hrsg. von Wilfried Loth, William Wallace und Wolfgang Wessels, 189-202. Bonn: Europa Union, 1995.

- Grande, Edgar. "Multi-Level-Governance: Institutionelle Besonderheiten und Funktionsbedingungen des europäischen Mehrebenensystems." In *Wie problemlösungsfähig ist die EU? Regieren im europäischen Mehrebenensystem*, hrsg. von Edgar Grande und Markus Jachtenfuchs, 11-30. Baden-Baden: Nomos, 2000.
- Grande, Edgar und Markus Jachtenfuchs (Hrsg.). *Wie problemlösungsfähig ist die EU? Regieren im europäischen Mehrebenensystem*. Baden-Baden: Nomos, 2000.
- Greschat, Martin und Wilfried Loth (Hrsg.). *Die Christen und die Entstehung der Europäischen Gemeinschaft*. Stuttgart: Kohlhammer, 1995.
- Grey, Christopher, *Brexit Unfolded. How no one got what they wanted (and why they were never going to)*. Hull: Biteback, 2021.
- Grieco, Joseph. "The Maastricht Treaty, Economic and Monetary Union and the Neorealist Research Programme." *Review of International Studies* 21 (1995): 21-40.
- . "The State Interests and Institutional Rule Trajectories: A Neorealist Interpretation of the Maastricht Treaty and the European Monetary Union." *Security Studies* 5 (1996): 261-305.
- Groeben, Hans von der. *Aufbaujahre der Europäischen Gemeinschaft. Das Ringen um den Gemeinsamen Markt und die Politische Union*. Baden-Baden: Nomos, 1982.
- Groeben, Hans von der, Rudolf Hrbek, Heinrich Schneider und Hans Möller. *Möglichkeiten und Grenzen einer Europäischen Union*. Baden-Baden: Nomos, 1980.
- Guzzini, Stefano. *Realism in International Relations and International Political Economy. The Continuing Story of a Death Foretold*. London: Routledge, 1998.
- . "A Reconstruction of Constructivism in International Relations." *European Journal of International Relations* 6, Nr. 2 (2000): 147-182.
- Haas, Ernst B. *Regional integration and national policy*. New York: Carnegie Endowment for International Peace, 1957.
- . *The uniting of Europe. Political, social, and economic forces, 1950-1957*. Stanford: Stanford University Press, 1958.
- . *Beyond the nation-state. Functionalism and international organization*. Stanford: Stanford University Press, 1964.
- . *The obsolescence of regional integration theory*. Berkeley: Institute of International Studies University of California, 1975.
- Habermas, Jürgen. *Theorie und Praxis*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1963.
- . *Theorien der kommunikativen Vernunft. Band 1. Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung*. Frankfurt: Suhrkamp, 1981.
- . *Theorien der kommunikativen Vernunft. Band 2. Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1981.
- . *Der philosophische Diskurs der Moderne*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1985.
- . *Faktizität und Geltung*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1992.
- . „Ein Plädoyer für Verhandlungen“, *Süddeutsche Zeitung*, 14. Februar 2023.
- Hall, Martin. "Review Article: International Relations and World History." *European Journal of International Relations* 8, Nr. 4 (2002): 499-516.
- Hallstein, Walter. *Der unvollendete Bundesstaat*. Düsseldorf: Econ, 1969.

- Ham, Peter van und Sergej Medvedev. *Mapping European Security after Kosovo*. Manchester: Manchester University Press, 2002.
- Hanrieder, Tine, "Moralische Argumente in den Internationalen Beziehungen. Grenzen einer verständigungstheoretischen Erklärung« moralischer Debatten." *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2 (2008): 161-186.
- Hanrieder, Wolfram F. *Deutschland, Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949-1994. 2. völlig überarbeitete und erweiterte Auflage*. Paderborn: Schöningh, 1995.
- Hänsch, Klaus. "Vertiefung der Gemeinschaft und gesamteuropäische Identität." *Europa-Archiv* 48 (1993): 389-395.
- Harris, Roy. *Language, Saussure and Wittgenstein. How to play games with words*. London: Routledge, 1988.
- Heisbourg, Francois. *European Defence: Making it Work (Chaillot Papers 43)*. Paris, 2000.
- Hennis, Wilhelm. *Politik und praktische Wissenschaft*. Neuwied: Luchterland, 1963.
- . *Politik als praktische Wissenschaft*. München: Piper, 1968.
- Herbst, Ludolf. "Die zeitgenössische Integrationstheorie und die Anfänge der europäischen Einigung 1947-1950." *Vierteljahrszeitschrift für Zeitgeschichte* 34 (1986): 161-205.
- . *Option für den Westen*. München: dtv, 1989.
- Hill, Christopher. "The EU's Capacity for Conflict Prevention." *European Foreign Affairs Review* 6 (2001): 315-334.
- Hix, Simon. *The Political System of the European Union*. Houndmills: Macmillan Press, 1999.
- Hobbes, Thomas. *Leviathan*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1984.
- Hoffmann, Stanley. *The State of War*. London: Pall Mall, 1965.
- Hofmann, Doris Vera. *Gewißheit des Fürwahrhaltens*. Berlin: de Gruyter, 2000.
- Hollis, Martin und Steve Smith. *Explaining and understanding international relations*. Oxford: Oxford University Press, 1990.
- Holm, Ulla. "The French Garden Is No Longer What It Used To Be." In *Reflective Approaches to European Governance*, hrsg. von Knud Erik Jørgensen, 128-145. Houndmills: Macmillan, 1997.
- Holt, R. *Wittgenstein, Politics and Human Rights*. London: Routledge, 1997.
- Holzinger, Katharina. "Kommunikationsmodi und Handlungstypen in den Internationalen Beziehungen." *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 8 (2001): 243-286.
- Hooghe, Liesbet. *Cohesion policy and European integration: building multi-level governance*. Oxford: Oxford University Press, 1996.
- . "EU cohesion policy and competing models of European capitalism." *Journal of Common Market Studies* 36 (1998): 457-477.
- Hooghe, Liesbet und Michael Keating. "The politics of European Union regional policy." *Journal of European Public Policy* 1 (1994): 376-393.

- Hooghe, Liesbet und Gary Marks. *Multi-Level Governance and European Integration*. Lanham: Rowman & Littlefield, 2001.
- . „A Postfunctionalist Theory of European Integration. From Permissive Consensus to Constraining Dissensus.“ *British Journal of Political Science* 1 (2009): 1-23
- Hoyer, Werner und Gerd F. Kaldrack (Hrsg.). *Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP). Der Weg zu integrierten Europäischen Streitkräften*. Baden-Baden: Nomos, 2002.
- Huntington, Samuel P. "The Clash of Civilizations?" *Foreign Affairs* 72 (1993): 22-49.
- . *Kampf der Kulturen*. München: Europa, 1996.
- Hutter, Swen, Edgar Grande und Hanspeter Kriesi (Hrsg.) *Politicising Europe: Integration and Mass Politics*. Cambridge: Cambridge University Press, 2016.
- Inotai, András. "Die Beziehungen zwischen der EU und den assoziierten Staaten Mittel- und Osteuropas." *Europäische Rundschau* 22, Nr. 3 (1994): 19-35.
- Jachtenfuchs, Markus. "Verfassung, Parlamentarismus, Deliberation. Legitimität und politischer Konflikt in der Europäischen Union." In *Politik in einer entgrenzten Welt*, hrsg. von Christine Landfried, 71-89. Köln: Wissenschaft und Politik, 2001.
- . *Die Konstruktion Europas. Verfassungsideen und institutionelle Entwicklung*. Baden-Baden: Nomos, 2002.
- Jachtenfuchs, Markus und Beate Kohler-Koch. "Regieren im Mehrebenensystem." In *Europäische Integration*, hrsg. von Markus Jachtenfuchs und Beate Kohler-Koch, 5-44. Opladen: UTB/Leske+Budrich, 1996.
- . "Regieren und Institutionenbildung." In *Europäische Integration. 2. Auflage*, hrsg. von Markus Jachtenfuchs und Beate Kohler-Koch, 11-46. Opladen: Leske+Budrich /UTB, 2003.
- Jackson, Patrick Thaddeus und Daniel H. Nexon. "Relations Before States: Substance, Process and the Study of World Politics." *European Journal of International Relations* 5 (1999): 291-332.
- Jaeger, Hans-Martin. "Konstruktionsfehler des Konstruktivismus in den Internationalen Beziehungen." *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 3 (1996): 313-340.
- Jäger, Thomas, Jens Paulus und Katrin Winter. "Macht Führung Regeln? Die Koordination der Außenpolitiken der EG-Staaten im Konflikt um Jugoslawien 1991/92." In *Deutschland zwischen Europäisierung und Selbstbehauptung*, hrsg. von Michèle Knodt und Beate Kohler-Koch, 110-134. Frankfurt am Main: Campus, 2000.
- Janik, Allan und Stephen Toulmin. *Wittgensteins Wien*. Wien: Döcker, 1998.
- Janning, Josef. "Am Ende der Regierbarkeit? Gefährliche Folgen der Erweiterung der Europäischen Union." *Europa-Archiv* 48,1 (1993): 645-652.
- . "Zweiter Anlauf - Die verstärkte Zusammenarbeit im Vertrag von Nizza." In *Nizza in der Analyse*, hrsg. von Werner Weidenfeld, 145-159. Gütersloh: Bertelsmann, 2001.
- Jervis, Robert. "Realism, Game Theory, And Cooperation." *World Politics* 40 (1987/1988): 317-349.
- Joerges, Christian. "Recht, Wirtschaft und Politik im Prozess der Konstitutionalisierung Europas." In *Europäische Integration. 2. Auflage*, hrsg. von Markus Jachtenfuchs und Beate Kohler-Koch, 183-218. Opladen: Leske+Budrich/UTB, 2003.

- Joerges, Christian und Jürgen Neyer. "Vom intergouvernementalen Verhandeln zur deliberativen Politik. Gründe und Chancen für eine Konstitutionalisierung der europäischen Komitologie." In *Regieren in entgrenzten Räumen. Politische Vierteljahresschrift, SonderH. 29/1998 Jahrgang 39*, hrsg. von Beate Kohler-Koch, 207-233. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1998.
- Joerges, Christian und Ellen Vos. *EU Committees. Social Regulation, Law and Politics*. Oxford: Hart Pub., 1999.
- Johannes Paul II. *Ecclesia in Europa*. Stein am Rhein: Christiana, 2003.
- Jørgensen, Knud Erik. "PoCo: The Diplomatic Republic of Europe." In *Reflective Approaches to European Governance*, hrsg. von Knud Erik Jørgensen, 167-180. London: Macmillan, 1997.
- . "Continental IR Theory: The Best Kept Secret." *European Journal of International Relations* 6, Nr. 1 (2000): 9-42.
- Jünger, Ernst. „Der Gordische Knoten“ in ders. *Betrachtungen der Zeit. Sämtliche Werke* 9. 375-479. Stuttgart: Klett-Cotta, 2015.
- Kaiser, Wolfram. "Institutionelle Ordnung und strategische Interessen: Die Christdemokraten und "Europa" nach 1945." In *Das europäische Projekt zu Beginn des 21. Jahrhunderts*, hrsg. von Wilfried Loth, 81-98. Opladen: Leske+Budrich, 2001.
- Kagan, Robert. *Macht und Ohnmacht. Amerika und Europa in der neuen Weltordnung*. Berlin: Siedler, 2003.
- Kaplan, Morton. "The New Great Debate: Traditionalism vs. Science in International Relations." In *Contending Approaches to International Politics*, hrsg. von Knorr und James N. Rosenau, 39-61. Princeton: Princeton University Press, 1969.
- Katzenstein, Peter J. *Tamed power. Germany in Europe*. Ithaca: Cornell University Press, 1997.
- Katzenstein, Peter J., Robert Keohane und Stephen Krasner. "International Organization and the Study of World Politics." *International Organization* 52 (1998): 645-685.
- Keating, Michael. *State and Regional Nationalism. Territorial Politics and the European State*. Hemel Hempstead: Harvester, 1988.
- Keck, Otto. "Rationales kommunikatives Handeln in den internationalen Beziehungen. Ist eine Verbindung von Rational-Choice-Theorien und Habermas' Theorien des kommunikativen Handelns möglich?" *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2 (1995): 5-48.
- . "Spielen hilft nicht immer. Die Grenzen des Rational-Choice-Ansatzes und der Platz der Theorie kommunikativen Handelns in der Analyse internationaler Beziehungen." *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 4 (1997): 139-151.
- Keller, Albert. *Sprachphilosophie*. Alber: Freiburg, 2000.
- Kennan, George. "The Sources of Soviet Conduct." *Foreign Affairs* 65 (1987(1947)): 852-868.
- Kenny, Anthony. *Wittgenstein*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1974.
- Keohane, Robert O. *After Hegemony. Cooperation and Discord in the World Political Economy*. Princeton: Princeton University Press, 1984.
- . *Neorealism and its Critics*. New York: Columbia University Press, 1986.

- . "International Institutions: Two Approaches." *International Studies Quarterly* 32 (1988): 379-396.
- Kindermann, Gottfried-Karl (Hrsg.). *Grundelemente der Weltpolitik*. München: Piper, 1991.
- Kirt, Romain (Hrsg.). *Die Europäische Union und ihre Krisen*. Baden-Baden: Nomos, 2001.
- Kluge, Ulrich. "Du Pool noir au Pool vert." In *Il rilancio dell'Europa e i trattati di Roma*, hrsg. von Enrico Serra, 239-280. Baden-Baden: Nomos, 1989.
- Knill, Christoph. *The Europeanisation of National Administration*. Cambridge: Cambridge University Press, 2001.
- Knipping, Franz. *Deutschland, Frankreich und das Ende der Locarno-Ära 1928-1931*. München: Oldenbourg, 1987.
- Knodt, Michèle und Anne Tewes (Hrsg.), *Solidarität in der EU*. Baden-Baden: Nomos, 2014.
- Knodt, Michèle und Sigita Urdze (Hrsg.), *Caucasus, the EU and Russia – Triangular Cooperation?*. Baden-Baden: Nomos, 2016.
- Knodt, Michèle und Jörg Kemmerzell (Hrsg.), *Handbook of Energy Governance in Europe*. Cham: Springer, 2022.
- Knudson, Ann-Christina L., *Farmers on Welfare: The Making of Europe's Common Agricultural Policy* (Cornell University Press, 2009).
- Kohler-Koch, Beate. *Die Osterweiterung der EG. Die Einbeziehung der ehemaligen DDR in die Gemeinschaft*. Baden-Baden: Nomos, 1991.
- . "Bundeskanzler Kohl - Baumeister Europas?" In *Bilanz der Ära Kohl*, hrsg. von Götztrik Wewer, 283-311. Opladen: Leske+Budrich, 1998.
- . "The Evolution and Transformation of European Governance." In *Transformation of Governance in the European Union*, hrsg. von Beate Kohler-Koch und Rainer Eising, 14-35. London: Routledge, 1999.
- Kohler-Koch, Beate und Jakob Edler. "Ideendiskurs und Vergemeinschaftung: Erschließung transnationaler Räume durch europäisches Regieren." In *Regieren in entgrenzten Räumen*, hrsg. von Beate Kohler-Koch, 169-206. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1998.
- Kohler-Koch, Beate und Rainer Eising. *The Transformation of Governance in the European Union*. London: Routledge, 1999.
- Kohlhase, Norbert. *Einheit in der Vielfalt - Essays zur Europäischen Geschichte, Kultur und Gesellschaft*. Baden-Baden: Nomos, 1988.
- König, Thomas, Elmar Rieger und Hermann Schmitt (Hrsg.). *Das europäische Mehrebenensystem*. Frankfurt am Main: Campus, 1996.
- Konvent, Europäischer. *Entwurf eines Vertrags über eine Verfassung für Europa*. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2003.
- Kopperschmidt, Josef. *Allgemeine Rhetorik. 2. Auflage*. Stuttgart: Kohlhammer, 1976.
- . "Rhetorik als Methodisierungschance des politischen Raisonnements: z.B. Wilhelm Hennis." In *Politik und Rhetorik*, hrsg. von Josef Kopperschmidt, 210-238. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1995.

- "Topik als Argumentationsheuristik." In *Topik und Rhetorik*, hrsg. von Thomas Schirren und Gert Ueding, 669-683. Tübingen: Niemeyer, 2000.
- (Hrsg.). *Politik und Rhetorik*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1995.
- Karl-Rudolf Korte, Gert Scobel und Taylan Yildiz (Hrsg.). *Heuristiken des politischen Entscheidens*. Berlin: Suhrkamp, 2022.
- Koselleck, Reinhart. *Vergangene Zukunft. Zur Semantik geschichtlicher Zeiten*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1979.
- Koslowski, Rey und Friedrich V. Kratochwil. "Understanding Change in International Politics: The Soviet Empire's Demise and the International System." *International Organization* 48 (1994): 215-247.
- Kösters, Wim, Rainer Beckmann und Martin Hebler. "Elemente der ökonomischen Integrationstheorie." In *Theorien europäischer Integration*, hrsg. von Wilfried Loth und Wolfgang Wessels, 35-86. Opladen: Leske+Budrich, 2001.
- Krasner, Stephen. *Sovereignty. Organized Hypocrisy*. Princeton: Princeton University Press, 1999.
- Krastev, Ivan. *Europadämmerung: Ein Essay*. Berlin: Suhrkamp Verlag, 2017.
- Kratochwil, Friedrich V. "Politik und Politische Wissenschaft." *Zeitschrift für Politik* 18, Nr. 22 (1971): 113-123.
- "Regimes, Interpretation and the "Science" of Politics." *Millennium* 17 (1988): 263-284.
- *Rules, norms, and decisions*. Cambridge: Cambridge University Press, 1989.
- "The Limits of Contract." *European Journal of International Law* 5, Nr. 4 (1994): 465-491.
- "Why Sisyphus is Happy: Reflections on the 'Third Debate' and on Theorizing as a Vocation." *The Seyjong Review* 3 (1995): 105-128.
- "How Do Norms Matter?" In *The Role of Law in International Politics*, hrsg. von Michael Byers, 35-68. Oxford: Oxford University Press, 2000.
- "Constructing a new orthodoxy? Wendt's Social Theory of International Politics and the constructivist challenge." *Millennium* 1 (2000): 73-101.
- "Constructivism as an Approach to Interdisciplinary Study." In *Constructing International Relations: the next generation*, hrsg. von Karin. M. Fierke und Knud Erik Jørgensen, 13-35. Armonk: Sharpe, 2001.
- "History, Action, and Identity. Revisiting the "Second" Great Debate and Assessing its importance for social theory." München, 2002.
- "History, Action and Identity: Revisiting the 'Second' Great Debate and Assessing its Importance for Social Theory." *European Journal of International Relations* 1 (2006): 5-29.
- *Praxis: On Acting and Knowing*. Cambridge: Cambridge University Press, 2018.
- *After Theory, Before Big Data: Thinking about Praxis, Politics and International Affairs*. London: Routledge, 2021.
- Kratochwil, Friedrich V. und John Gerard Ruggie. "The State of the Art, or the Art of the State." *International Organization* 40 (1986): 753-776.

- Kreft, Michael. *Die Europäische Union als Sicherheitsinstitution. Die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik und die Europäische Verteidigungsgemeinschaft im kulturell-institutionellen Kontext der europäischen Integration*. Osnabrück: Der Andere Verlag, 2002.
- Kriesi, Hanspeter. „The Populist Challenge“. *West European Politics* 2 (2014): 361–78.
- Kripke, Saul A. *Wittgenstein über Regeln und Privatsprache*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1987.
- Kunzmann, Peter. *Dimensionen von Analogie. Wittgensteins Neuentdeckung eines klassischen Prinzips*. Düsseldorf: Parerga, 1998.
- Küsters, Hans Jürgen. "Die Verhandlungen über das institutionelle System zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl." In *Die Anfänge des Schuman-Plans: 1950/51*, hrsg. von Klaus Schwabe, S. 73-102. Baden-Baden: Nomos, 1988.
- . "The federal Republic of Germany and the EEC-Treaty." In *Il rilancio dell'Europa e i trattati di Roma*, hrsg. von Enrico Serra, 495-506. Baden-Baden: Nomos, 1989.
- . "The Origins of the EEC Treaty." In *Il rilancio dell'Europa e i trattati di Roma*, hrsg. von Enrico Serra, 211-238. Baden-Baden: Nomos, 1989.
- Laffey, Mark und Jutta Weldes. "Beyond Belief: Ideas and Symbolic Technologies in the Study of International Relations." *European Journal of International Relations* 3 (1997): 193-237.
- Leißle, Olaf (Hrsg.). *Die Europäische Union nach dem Vertrag von Lissabon*. Wiesbaden: VS, 2010.
- Lemberg, Hans. "Europäische Einheitsbestrebungen in Ostmitteleuropa in der Zwischenkriegszeit und während des Zweiten Weltkrieges." In *Die Integration der mittel- und osteuropäischen Staaten in die Europäische Union*, hrsg. von Gabriele Clemens, 1-20. Münster: Lit, 1999.
- Lindberg, Leon N. und Stuart A. Scheingold. *Europe's Would-be Polity. Patterns of Change in the European Community*. Englewood Cliffs: Prentice-Hall, 1970.
- . *Regional Integration. Theory and Research*. Cambridge: Harvard University Press, 1971.
- Lipgens, Walter. *Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegung 1940-45*. München: Oldenbourg, 1968.
- . *Die Anfänge der europäischen Einigungspolitik 1945-1950 Erster Teil: 1945-1947*. Stuttgart: Klett, 1977.
- (Hrsg.). *Documents on the History of European Integration. Volume 1. Continental Plans for European Union 1939-1945*. Berlin: de Gruyter, 1985.
- (Hrsg.). *45 Jahre Ringen um die Europäische Verfassung. Dokumente 1939-1984. Von den Schriften der Widerstandsbewegung bis zum Vertragsentwurf des Europäischen Parlaments*. Bonn: Europa Union, 1986.
- Lippert, Barbara. "Von Kopenhagen bis Kopenhagen: Eine erste Bilanz der EU-Erweiterung." *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Nr. BI-2 (2003): 7-15.
- (Hrsg.). *Osterweiterung der Europäischen Union - die doppelte Reifepfung*. Bonn: Europa Union, 2000.



- (Hrsg.). *Bilanz und Folgeprobleme der EU-Erweiterung*. Nomos, Baden-Baden 2004.
- Loth, Wilfried. *Sozialismus und Internationalismus. Die französischen Sozialisten und die Nachkriegsordnung Europas 1940-1950*. Stuttgart: DVA, 1977.
- "Der Abschied vom Europarat: Europapolitische Entscheidungen im Kontext des Schuman-Plans." In *Die Anfänge des Schuman-Plans: 1950/51*, hrsg. von Klaus Schwabe, S. 183-195. Baden-Baden: Nomos, 1988.
- "De Gaulle und die europäische Einigung." In *De Gaulle, Deutschland und Europa*, hrsg. von Wilfried Loth und Robert Pich, 45-60. Opladen: Leske+Budrich, 1991.
- "Hallstein und de Gaulle: Die verhängnisvolle Konfrontation." In *Walter Hallstein. Der vergessene Europäer*, hrsg. von Wilfried Loth, William Wallace und Wolfgang Wessels, 171-188. Bonn: Europa Union, 1995.
- *Der Weg nach Europa*. Göttingen: Vandenhoeck und Ruprecht, 1996.
- "Beiträge der Geschichtswissenschaft zur Deutung der Europäischen Integration." In *Theorien europäischer Integration*, hrsg. von Wilfried Loth und Wolfgang Wessels, 87-106. Opladen: Leske+Budrich, 2001.
- *Europas Einigung. Eine unvollendete Geschichte*. Frankfurt/New York: Campus, 2014.
- (Hrsg.). *Die Anfänge der europäischen Integration 1945-1950*. Bonn: Europa Union, 1990.
- (Hrsg.). *Crises and Compromises: The European Project 1963-69*. Bd. 8. Baden-Baden: Nomos, 2001.
- (Hrsg.). *Entwürfe einer europäischen Verfassung*. Bonn: Europa Union, 2002.
- Lucas, Hans-Dieter. *Europa vom Atlantik bis zum Ural? Europapolitik und Europadenken im Frankreich der Ära de Gaulle (1958-1969)*. Bonn: Bouvier, 1992.
- Ludlow, N. Piers. "The Eclipse of the Extremes. Demythologising the Luxembourg Compromise." In *Crises and Compromises: The European Project 1963-1969*, hrsg. von Wilfried Loth, 247-264. Baden-Baden: Nomos, 2001.
- Lundestad, Geir. *'Empire' by Integration: The United States and European Integration, 1945-1997*. Oxford: Oxford University Press, 1998.
- Lütterfelds, Wilhelm und Thomas Mohrs. *Globales Ethos. Wittgensteins Sprachspiele interkultureller Moral und Religion*. Würzburg: Königshausen&Neumann, 2000.
- Lynch, Frances. "The Role of Jean Monnet in Setting Up the European Coal and Steel Community." In *Die Anfänge des Schuman-Plans: 1950/51*, hrsg. von Klaus Schwabe, 117-129. Baden-Baden: Nomos, 1988.
- Liotard, Jean-Francois. *Das postmoderne Wissen. Ein Bericht*. Wien: Passagen, 1999.
- Macpherson, C. B. *Die politische Theorie des Besitzindividualismus*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1973.
- Magone, José M. *The politics of southern Europe. Integration into the European Union*. Westport: Praeger, 2003.

- Maier, Klaus A. "Die internationale Auseinandersetzung um die Westintegration der Bundesrepublik Deutschland und um ihre Bewaffnung im Rahmen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft." In *Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik 1945-1956. Band 2. Die EVG-Phase*, hrsg. von Militärgeschichtliches Forschungsamt, 1-234. München: Oldenbourg, 1990.
- Makk, Tanja. *Politikgestaltung auf europäischer Ebene*. Baden-Baden: Nomos, 2002.
- Manners, Ian. "Normative Power Europe. A Contradiction in Terms?." *Journal of Common Market Studies* 2 (2002): 235-258.
- Marks, Gary, Liesbet Hooghe und Kermit Blank. "European Integration from the 1980s: State-centric v. Multi-level Governance." *Journal of Common Market Studies* 34, Nr. 3 (1996): 341-378.
- Masala, Carlo. *Weltunordnung. Die globalen Krisen und die Illusionen des Westens*. München: C.H. Beck, 2022.
- Maurer, Andreas und Wolfgang Wessels. *Das Europäische Parlament nach Amsterdam und Nizza*. Baden-Baden: Nomos, 2003.
- McAllister, Richard. *From EC to EU*. London: Routledge, 1997.
- Mearsheimer, John. "Back to the Future: Instability in Europe After the Cold War." *International Security* 15 (1990): 5-56.
- Meier, Christian. *Die Entstehung des Politischen bei den Griechen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1983.
- Meier, Victor. *Wie Jugoslawien verspielt wurde*. München: Beck, 1995.
- Meloe, Jakob. "Über Sprachspiele und Übersetzungen." In *Die pragmatische Wende*, hrsg. von Dietrich Böhler, Tore Nordenstam und Gunnar Skirbekk, 113-130. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1986.
- Mény, Yves. "Should the Community regional policy be scrapped?." *Common Market Law Review* 19 (1982): 373-388.
- Merkel, Wolfgang und Hans-Jürgen Puhle. *Von der Diktatur zur Demokratie: Transformationen, Erfolgsbedingungen, Entwicklungspfade*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1999.
- Milward, Alan S. *The Reconstruction of Western Europe 1945-51*. Berkeley: University of California Press, 1984.
- . "The Belgian Coal and Steel Industries and the Schuman Plan." In *Die Anfänge des Schuman-Plans: 1950/51*, hrsg. von Klaus Schwabe, 437-453. Baden-Baden: Nomos, 1988.
- Milward, Alan S., George Brennan und Federico Romero. *The European Rescue of the Nation-State*. Berkeley: University of California Press, 1992.
- Mirgeler, Albert. *Geschichte Europas*. Freiburg: Herder, 1964.
- Möller, Horst und Klaus Hildebrand (Hrsg.). *Die Bundesrepublik Deutschland und Frankreich. Dokumente 1949-1963. 3 Bände*. München: Saur, 1997.
- Möllmann, Margarete. *Sprache, Regel, Spiel. Die Stellung des Regelbegriffs in der Spätphilosophie Wittgensteins*. Frankfurt am Main: Diss. phil, 1977.
- Monnet, Jean. *Erinnerungen eines Europäers*. München: dtv, 1980.

- Moravcsik, Andrew. "Negotiating the Single European Act: national interests and conventional statecraft in the European Union." *International Organization* 45 (1991): 19-56.
- . "Preference and Power in the European Community." *Journal of Common Market Studies* 31 (1993): 473-519.
- . *The choice for Europe*. Ithaca: Cornell University Press, 1998.
- . "The Future of European Integration Studies: Social Science or Social Theory?" *Journal of International Studies* 28 (1999): 371-391.
- Morgenthau, Hans J. *Macht und Frieden*. Gütersloh: Bertelsmann, 1963.
- Moser, Thomas. *Europäische Integration, Dekolonisation, Eurafrika. Eine historische Analyse über die Entstehungsbedingungen der Eurafrikanischen Gemeinschaft von der Weltwirtschaftskrise bis zum Jaunde-Vertrag, 1929-1963*. Baden-Baden: Nomos, 2000.
- Müller, Harald. "Internationale Beziehungen als kommunikatives Handeln. Zur Kritik der utilitaristischen Handlungstheorien." *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 1 (1994): 15-44.
- . "Spielen hilft nicht immer. Die Grenzen des Rational-Choice-Ansatzes und der Platz der Theorie kommunikativen Handelns in der Analyse internationaler Beziehungen." *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2 (1995): 371-391.
- . "International Relations as Communicative Action." In *Constructing International Relations: The Next Generation*, hrsg. von Karin. M. Fierke und Knud Erik Jørgensen, 160-178. Armonk: Sharpe, 2001.
- . „Internationale Verhandlungen, Argumente und Verständigungshandeln. Verteidigung, Befunde, Warnungen.“ In *Anarchie der kommunikativen Freiheit. Jürgen Habermas und die Theorie der internationalen Politik* hrsg. von Peter Niesen und Benjamin Herborth. 199-223. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2007.
- Müller, Jan-Werner. *Was Ist Populismus? Ein Essay*. Berlin: Suhrkamp, 2016.
- Müller, Michael. "Vom Dissensrisiko zur Ordnung der internationalen Staatenwelt. Zum Projekt einer normativ gehaltvollen Theorie der internationalen Beziehungen." *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 3 (1996): 367-379.
- Müller-Brandeck-Bocquet, Gisela (Hrsg.). *Europäische Außenpolitik. GASP- und ESVP-Konzeptionen ausgewählter EU-Mitgliedstaaten*. Baden-Baden: Nomos, 2002.
- Muschg, Adolf. „Kerneuropa. Gedanken zur europäischen Identität“, *Neue Züricher Zeitung*, 31. Mai 2003.
- Myrdal, Gunnar. *Economic Theory and Under-Developed Regions*. London: Duckworth, 1957.
- Neufeld, Mark. *The Reconstructing of International Relations Theory*. Cambridge: Cambridge University Press, 1995.
- Neumann, Iver B. *Uses of the other. "The East" in European identity formation*. Minneapolis: University of Minnesota Press, 1999.
- . "This little piggy stayed at home: why Norway is not a member of the EU." In *European Integration and National Identity*, hrsg. von Lene Hansen und Ole Wæver, 88-129. London: Routledge, 2002.

- Nicholson, Frances und Roger East (Hrsg.). *From the Six to the Twelve. The Enlargement Process of the European Communities*. Harlow: Longman, 1987.
- Niesen, Peter und Benjamin Herborth (Hrsg.), *Anarchie der kommunikativen Freiheit. Jürgen Habermas und die Theorie der internationalen Politik* (Frankfurt am Main: Suhrkamp, 2007).
- Noack, Paul. "Der Einfluß der Intellektuellen in der Frühphase der Europäischen Bewegung." In *Histoire des débuts de la construction européenne*, hrsg. von Raymond Poidevin, 225-240. Baden-Baden: Nomos, 1986.
- Nussbaum, Martha. *Gerechtigkeit oder Das gute Leben*. Frankfurt am Main: Frankfurt am Main, 1999.
- Nuttall, Simon J. *European Foreign Policy*. Oxford: Oxford University Press, 2000.
- Obradovic, Daniela. "Policy Legitimacy and the European Union." *Journal of Common Market Studies* 34 (1996): 191-221.
- Onuf, Nicholas Greenwood. *World of our making. Rules and rule in social theory and international relations*. Columbia: University of South Carolina Press, 1989.
- . "The Politics of Constructivism." In *Constructing International Relation: the next generation*, hrsg. von Karin. M. Fierke und Knud Erik Jørgensen, 236-254. Armonk: Sharpe, 2001.
- Ostende Declaration of Energy Ministers on The North Seas as Europe's Green Power Plant*, Ostend, Belgium on the 24th of April 2023, [https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/Energie/ostend-declaration-energy-ministers-north-seas-europes-green-power-plant.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=4](https://www.bmwk.de/Redaktion/DE/Downloads/Energie/ostend-declaration-energy-ministers-north-seas-europes-green-power-plant.pdf?__blob=publicationFile&v=4) (letzter Zugriff: 24.05.2023).
- Padoa-Schioppa, Tommaso. *Efficiency, Stability and Equality - A Strategy for the Evolution of the Economic System of the European Community*. Oxford: Oxford University Press, 1987.
- Patel, Kiran Klaus. *Projekt Europa. Eine kritische Geschichte*. München: C.H. Beck, 2017.
- Pantel, Melissa. "Unity-In-Diversity: Cultural Policy and EU Legitimacy." In *Legitimacy and the European Union. The contested polity*, hrsg. von Thomas F. Banchoff und Mitchell P. Smith, 46-65. London: Routledge, 1999.
- Parsons, Craig. *A Certain Idea of Europe*. Ithaka: Cornell University Press, 2006.
- Pedersen, Thomas. *Germany, France, and the integration of Europe. A realist interpretation*. London: Pinter, 1998.
- Perelman, Chaim. *Logik und Argumentation. 2. Auflage*. Weinheim: Beltz, 1994.
- Peterson, John und Mark Pollack (Hrsg.). *Europe, America, Bush: Transatlantic Relations in the 21st Century*. London: Routledge, 2003.
- Pfetsch, Frank. *Die Europäische Union*. München: UTB/Fink, 2001.
- Picht, Robert und Wolfgang Wessels (Hrsg.). *Motor für Europa? Deutsch-französischer Bilateralismus und europäische Integration*. Bonn: Europa Union, 1990.
- Pierre, Martin (Hrsg.). *Alliance politics, Kosovo and NATO's War*. New York: Palgrave, 2000.
- Pin-Fat, V. "Language in International Relations Theory: A Grammatical Investigation." University of Wales, Aberystwyth, 1997.

- Pistone, Sergio. "Altiero Spinelli and the Strategy for the United States of Europe." In *European Union*, hrsg. von Brent F. Nelsen und Alexander C.-G. Stubb, 85-92. Houndmills: Palgrave, 1998.
- Poidevin, Raymond (Hrsg.). *Histoire des débuts de la construction européenne*. Bd. 1. Baden-Baden: Nomos, 1986.
- Pollack, Mark. *The Engines of European Integration*. Oxford: Oxford University Press, 2003.
- Raabe, Katharina und Manfred Sapper (Hrsg.), *Testfall Ukraine. Europa und seine Werte*. Suhrkamp Verlag, 2015.
- Rauh, Christian und Michael Zürn, „Die Politisierung der Europäischen Union als Chance nutzen“. *Integration*, 1 (2016): 3-14.
- Redmond, John. *The 1995 enlargement of the European Union*. Aldershot: Ashgate, 1997.
- Reißmüller, Johann Georg. *Die vergessene Hälfte*. München: Langen Müller, 1986.
- Reuter, Jens (Hrsg.). *Der Kosovo-Konflikt*. Klagenfurt: Wieser, 2000.
- Rhees, Rush (Hrsg.). *Ludwig Wittgenstein. Porträts und Gespräche*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1987.
- Rieger, Elmar. "Schutzschild oder Zwangsjacke: Zur institutionellen Struktur der Gemeinsamen Agrarpolitik." In *Standort Europa. Europäische Sozialpolitik*, hrsg. von Stephan Leibfried und Paul Pierson, 240-280. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1998.
- Rifkin, Jeremy, *European Dream. How Europe's Vision of the Future Is Quietly Eclipsing the American Dream*. New York: Penguin, 2004.
- Risse, Thomas. "'Let's argue!': Communicative Action in World Politics." *International Organization* 54 (2000): 1-39.
- Risse, Thomas. "Reden ist (immer noch) nicht billig: Ein Kommentar." *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 1 (2017): 189-197.
- Risse-Kappen, Thomas. "Reden ist nicht billig. Zur Debatte um Kommunikation und Rationalität." *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2 (1995): 171-184.
- Rödings, Uwe. *Globalisierung und europäische Integration. Der Strukturwandel des Energiesektors und die Politik der Montanunion, 1952-1962*. Baden-Baden: Nomos, 2000.
- Rosa, Hartmut. *Resonanz. Eine Soziologie der Weltbeziehung*. Berlin: Suhrkamp, 2016.
- Ross, George. *Jacques Delors and European integration*. New York: Oxford University Press, 1995.
- Rousseau, Jean-Jacques. *Gesellschaftsvertrag*. Stuttgart: Reclam, 1986.
- Rovira Kaltwasser, Cristóbal, Paul A Taggart, Paulina Ochoa Espejo und Pierre Ostiguy (Hrsg.). *The Oxford Handbook of Populism*. Oxford: Oxford University Press, 2019.
- Ruane, Kevin. *The Rise and Fall of the European Defence Community: Anglo-American Relations in the Crisis of European Defence, 1950-1955*. Houndmills: Macmillan, 2000.
- Ruggie, John Gerard. "Territoriality and beyond: problematizing modernity in international relations." *International Organization* 47 (1993): 139-174.
- Rutten, Maartje. *From St. Malo to Nice. European defence - core documents (Chaillot Papers 43)*. Paris, 2001.

- Rynck, Stefaan De und Paul McAlevey. "The cohesion deficit in Structural Fund policy." *Journal of European Public Policy* 8 (2001): 541-557.
- Scharpf, Fritz. *Optionen des Föderalismus in Deutschland und Europa*. Frankfurt am Main: Campus, 1994.
- "Negative and Positive Integration in the Political Economy of European Welfare States." In *Governance in the European Union*, hrsg. von Gary Marks, Fritz Scharpf, Philippe C. Schmitter und Wolfgang Streeck, 15-39. London: Sage, 1996.
  - *Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch?* Frankfurt am Main: Campus, 1999.
- Schäfer, Armin und Michael Zürn. *Die demokratische Regression. Die politischen Ursachen des autoritären Populismus*. Berlin: Suhrkamp, 2019.
- Schimmelfennig, Frank. *Eine Argumentationstheorie internationaler Systemkonflikte*. Opladen: Leske+Budrich, 1995.
- "Rhetorisches Handeln in der internationalen Politik." *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 4 (1997): 219-254.
  - "International Socialization in the New Europe: Rational Action in an Institutional Environment." *European Journal of International Relations* 6, (2000): 109-139.
  - "The Community Trap: Liberal Norms, Rhetorical Action and the Enlargement of the EU." *International Organization* 55 (2001): 47-80.
  - "Liberal Community and Enlargement: An Event-History Analysis." *Journal of European Public Policy* 9 (2002): 598-626.
  - "Osterweiterung: Strategisches Handeln und kollektive Ideen." In *Europäische Integration. 2. Auflage*, hrsg. von Markus Jachtenfuchs und Beate Kohler-Koch, 541-568. Opladen: UTB/Leske+Budrich, 2003.
- Schirren, Thomas und Gert Ueding (Hrsg.). *Topik und Rhetorik*. Tübingen: Niemeyer, 2000.
- Schlögel, Karl. *Entscheidung in Kiew. Ukrainische Lektionen*. München: Hanser, 2022.
- Schmale, Wolfgang. *Geschichte Europas*. Wien: Böhlau, 2000.
- Schmalz, Stefan. *Machtverschiebungen im Weltsystem: Der Aufstieg Chinas und die große Krise*. Frankfurt/New York: Campus 2018.
- Schmalz-Bruns, Rainer. "Die Theorie kommunikativen Handelns - eine Flaschenpost? Anmerkungen zur jüngsten Theoriedebatte in den Internationalen Beziehungen." *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 2 (1995): 347-370.
- Schmitter, Philippe C. "Neo-Neo-Functionalism." In *European Integration*, hrsg. von Thomas Diez und Antje Wiener. Oxford: Oxford University, 2003.
- Schmuck, Otto und Olaf Hillenbrand (Hrsg.). *Die Zukunft der Europäischen Union. Osterweiterung und Fortsetzung des Einigungsweges als doppelte Herausforderung*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildungsarbeit, 2000.
- Schneider, Gerald. "Rational Choice und kommunikatives Handeln. Eine Replik auf Harald Müller", in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*. *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 1 (1994): 357-366.
- Schneider, Heinrich. *Leitbilder der Europapolitik*. Bonn: Europa Union, 1977.

- Schoch, Bruno. "Renaissance der Mitte - Ein fragwürdiger Bestandteil deutscher Ideologie kehrt zurück." In *Deutschlands Einheit und die Zukunft Europas*, hrsg. von Bruno Schoch, 120-149. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1992.
- (Hrsg.). *Deutschlands Einheit und Europas Zukunft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1992.
- Schöllgen, Gregor und Gerhard Schröder. *Letzte Chance. Warum wir jetzt eine neue Weltordnung brauchen*. München: DVA, 2021.
- Schönherr-Mann, Hans-Martin. *Postmoderne Theorien des Politischen. Pragmatismus Kommunitarismus Pluralismus*. München: Fink, 1996.
- (Hrsg.). *Ethik des Denkens*. München: Fink, 2000.
- Schönwald, Mathias. "Walter Hallstein and the Empty Chair Crisis 1965/66." In *Crises and Compromises: The European Project 1963-1969*, hrsg. von Wilfried Loth, 157-171. Baden-Baden: Nomos, 2001.
- Schröder, Holger. *Jean Monnet und die amerikanische Unterstützung für die europäische Integration 1950-1957*. Frankfurt am Main: Peter Lang, 1994.
- Schulte, Joachim. Wittgenstein. Eine Einführung. Stuttgart: Reclam, 1989.
- . "Die Hinnahme von Sprachspielen und Lebensformen." In *Der Konflikt der Lebensformen in Wittgensteins Philosophie der Sprache*, hrsg. von Wilhelm Lütterfelds und Andreas Roser, 156-170. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1999.
- Schumacher, Tobias. *Die Europäische Union als internationaler Akteur im südlichen Mittelmeerraum. „Actor Capability“ und EU-Mittelmeerpolitik*. Baden-Baden: Nomos 2005.
- . "Die Europäische Union, die Östliche Partnerschaft und „Assoziierung Plus“." *Integration* 42.3 (2019): 205-217.
- Schumacher, Tobias, Andreas Marchetti und Thomas Demmelhuber (Hrsg.). *The Routledge Handbook on the European Neighbourhood Policy*. London/New York: Routledge, 2020.
- Schwabe, Klaus (Hrsg.). *Die Anfänge des Schuman-Plans: 1950/51*. Bd. 2. Baden-Baden: Nomos, 1988.
- Searle, John R. *Sprechakte. Ein sprachphilosophisches Essay*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1983.
- Seidendorf, Stefan. „Regieren durch Argumentieren. Rezension“ *Politische Vierteljahresschrift* 1 (2006): 123–26.
- Selenskyi, Wolodymyr. *Ansprach des Preisträgers*, Aachen 14. Mai 2023, [https://www.karlspreis.de/Portals/0/pdf/Rede\\_Selenskyi\\_deutsch-komplett.pdf?ver=2023-05-15-170108-827](https://www.karlspreis.de/Portals/0/pdf/Rede_Selenskyi_deutsch-komplett.pdf?ver=2023-05-15-170108-827) (letzter Zugriff 26.05.2023).
- Serra, Enrico (Hrsg.). *Il rilancio dell'Europa e i trattati di Roma*. Bd. 3, *Veröffentlichungen der Historiker-Verbindungsgruppe bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften*. Baden-Baden: Nomos, 1989.
- Singer, David. "The Level-of-Analysis Problem in International Relations." *World Politics* 14 (1961): 77-92.
- Skinner, Quentin. *Reason and Rhetoric in the Philosophy of Hobbes*. Cambridge: Cambridge University Press, 1996.

- Smith, Karen. *The Making of EU Foreign Policy. The Case of Eastern Europe*. Houndmills: Macmillan, 1999.
- Smith, Steve. "The Self-Images of a Discipline: A Genealogy of International Relations Theory." In *International Relations Theory Today*, hrsg. von Ken Booth und Steve Smith, 1-37. Cambridge: Polity Press, 1995.
- . "International theory and European integration." In *International Relations Theory and the Politics of the European Integration*, hrsg. von Morten Kelstrup und Michael C. Williams, 33-56. London: Routledge, 2000.
- . "Social Constructivism and European Studies." In *The Social Construction of Europe*, hrsg. von Thomas Christiansen, Knud Erik Jørgensen und Antje Wiener, 189-198. Sage: London, 2001.
- Smyrl, Marc. "When (and how) do the Commission's preferences matter?" *Journal of Common Market Studies* 36 (1998): 79-99.
- Soboczynski, Adam. „Angela Merkel: Europas verlorenes Paradies“. *Die Zeit* 1. Juni 2017. <https://www.zeit.de/2017/23/angela-merkel-rhetorik-deutschland-usa> (Letzter Zugriff: 24.05.2023)
- Specht, Ernst. *Die sprachphilosophischen und ontologischen Grundlagen im Spätwerk Ludwig Wittgensteins*. Köln: Kölner Universitäts-Verlag, 1963.
- Spinelli, Altiero und Ernesto Rossi. "The Ventotene Manifesto." In *The European Union*, hrsg. von Brent F. Nelsen und Alexander C.-G. Stubb, 3-6. Houndmills: Palgrave, 1998.
- Stade, Bernd von. "Charles de Gaulle und die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland." In *De Gaulle, Deutschland und Europa*, hrsg. von Wilfried Loth und Robert Pich, 121-133. Opladen: Leske+Budrich, 1991.
- Streeck, Wolfgang. *Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Berlin: Suhrkamp, 2013.
- . *Zwischen Globalismus und Demokratie. Politische Ökonomie im ausgehenden Neoliberalismus*. Berlin: Suhrkamp 2021.
- Stubb, Alexander C.-G. "Categorisation of Differentiated Integration." *Journal of Common Market Studies* 34 (1996): 283-295.
- . "Negotiating Flexible Integration in the Amsterdam Treaty." In *European Integration After Amsterdam. Institutional Dynamics and Prospects for Democracy*, hrsg. von Karlheinz Neunreither und Antje Wiener, 153-174. Oxford: Oxford University Press, 2000.
- Suganami, Hidemi. "Agents, Structures, Narratives." *European Journal of International Relations* 5 (1999): 365-386.
- Sutcliffe, John B. "The 1999 reform of the structural fund regulations: multi-level governance or renationalization?" *Journal of European Public Policy* 7 (2000): 290-309.
- Terricabras, J.-M. *Ludwig Wittgenstein. Kommentar und Interpretation*. Freiburg: Alber, 1978.
- Teti, Andrea, Pamela Abbott, Valeria Talbot, Paolo Maggiolini, *Democratisation against Democracy: How EU Foreign Policy Fails the Middle East*. Cham: Palgrave Macmillan 2020.



- Teuwsen, Rudolf. *Familienähnlichkeit und Analogie*. Freiburg: Alber, 1988.
- Thorhallsson, Baldur. *The Role of Small States in the European Union*. Aldershot: Ashgate, 2000.
- Thumann, Michael, Revanche. *Wie Putin das bedrohlichste Regime der Welt geschaffen hat*. München: C.H. Beck, 2023.
- Tömmel, Ingeborg. *Staatliche Regulierung und europäische Integration*. Baden-Baden: Nomos, 1994.
- Tooze, Adam. *Crashed. Wie zehn Jahre Finanzkrise die Welt verändert haben*. München: Siedler, 2018.
- Torreblanca, Jose I. *The Reuniting of Europe. Promises, negotiations and compromises*. Aldershot: Ashgate, 2001.
- Toulmin, Stephen. *Kosmopolis*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1991.
- . *Der Gebrauch von Argumenten. 2. Auflage*. Weinheim: Beltz, 1996.
- . *Return to Reason*. Cambridge: Harvard University Press, 2001.
- Tranholm-Mikkelsen, Jesse. "Neo-functionalism: Obstinate or Obsolete?" *Millennium* 20 (1991): 1-20.
- Trausch, Gilbert (Hrsg.). *Die Europäische Integration vom Schuman-Plan bis zu den Verträgen von Rom*. Bd. 4, *Veröffentlichungen der Historiker-Verbindungsgruppe bei der Kommission der Europäischen Gemeinschaften*. Baden-Baden: Nomos, 1993.
- Umland, Andreas (Redakteur des Aufrufs) und 100 deutschsprachige Osteuropaexperten, „Friedenssicherung statt Expansionsbelohnung“, *Zeit Online*, 11. Dezember 2014.
- Van Middelaar, Luuk, *Vom Kontinent zur Union. Gegenwart und Geschichte des Vereinten Europa*. Berlin: Suhrkamp, 2016.
- Vanke, Jeffrey. "The European Collaboration of France and Germany 1963-1966." In *Crises and Compromises: The European Project 1963-1969*, hrsg. von Wilfried Loth, 93-108. Baden-Baden: Nomos, 2001.
- Venieri, Maria. *Wittgenstein über philosophische Erklärung*. Frankfurt am Main: Peter Lang, 1989.
- Verdun, Amy (Hrsg.). *The Euro: European Integration Theory and Economic and Monetary Union*. Lanham: Rowman&Littlefield, 2002.
- Vico, Giambattista. *Die neue Wissenschaft über die gemeinschaftliche Natur der Völker*. Berlin: de Gruyter, 2000.
- Voigt, Klaus (Hrsg.). *Friedenssicherung und europäische Einigung*. Frankfurt am Main: Fischer, 1988.
- Wæver, Ole. "Insecurity, security, and asecurty in the West European non-war community." In *Security Communities*, hrsg. von Emanuel Adler und Michael Barnett, 69-118. Cambridge: Cambridge University Press, 1998.
- . "The EU as a security actor." In *International Relations Theory and the Politics of European Integration*, hrsg. von Morten Kelstrup und Michael C. Williams, 250-294. London: Routledge, 2000.
- . "Identity, communities and foreign policy: discourse analysis as foreign policy theory." In *European Integration and National Identity. The challenge of the Nordic States*, hrsg. von Lene Hansen und Ole Wæver, 20-49. London: Routledge, 2002.

- Walker, R. B. J. *Inside/outside: International Relations as Political Theory*. Cambridge: Cambridge University Press, 1993.
- . "Europe is not where it is supposed to be." In *International Relations Theory and the Politics of European Integration. Power, Security and Community*, hrsg. von Morten Kelstrup und Michael C. Williams, 14-32. London: Routledge, 2000.
- Wallace, Helen. "Die Dynamik des EU-Institutionengefüges." In *Europäische Integration*, hrsg. von Markus Jachtenfuchs und Beate Kohler-Koch, 255-285. Opladen: Leske+Budrich/UTB, 2003.
- Wallace, William. "Less than a Federation, more than a Regime: The Community as a Political System." In *Policy-Making in the European Community*, hrsg. von Helen Wallace, William Wallace und ?, 403-436. Chichester: Wiley, 1983.
- Waltz, Kenneth Neal. *Man, the state, and war*. New York: Columbia University Press, 1959.
- . *Theory of international politics*. Reading: Addison-Wesley, 1979.
- Warleigh, Alex. *Flexible Integration. Which Model for the European Union*. Sheffield: Sheffield University Press, 2002.
- Weber, Max. *Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie*. Tübingen: Mohr, 1985.
- Weidenfeld, Werner. "Erweiterung ohne Ende. Europa als Stabilitätsraum strukturieren." *Internationale Politik* 55 (2000): 1-10.
- Weidenfeld, Werner und Wolfgang Wessels (Hrsg.). *Jahrbuch der Europäischen Integration*. Bonn: Europa Union/Nomos, fortlaufend.
- Weiler, Joseph H. H. "Community, Member States and the European Integration: Is the Law Relevant?" *Journal of Common Market Studies* 21 (1982): 39-56.
- . „A Quiet Revolution: The European Court of Justice and its Interlocutors.“ *Comparative Political Studies* 4 (1994): 510-534.
- . *The Constitution of Europe. „Do the New Clothes Have an Emperor?“ and Other Essays on European Integration*. New York: Cambridge University Press, 1999.
- . "A Constitution for Europe? Some Hard Choices." In: *Integration in an Expanding Union*, hrsg. von Joseph Weiler, Iain Begg und John Peterson, 17-33. Oxford: Blackwell, 2003.
- . *Ein christliches Europa. Erkundungsgänge* Salzburg/München: Pustet, 2004.
- . "The Political and legal Culture of European Integration: An Exploratory Essay." *International Journal of Constitutional Law* 3-4 (2011): 678-694.
- Weilmann, Peter R. "Die deutsche Haltung während der Euratom-Verhandlungen." In *Il rilancio dell'Europa e i trattati di Roma*, hrsg. von Enrico Serra, 531-545. Baden-Baden: Nomos, 1989.
- Weisenfeld, Ernst. "Europa vom Atlantik zum Ural. Eine magische Formel - Eine Vision - Eine Politik." In *De Gaulle, Deutschland und Europa*, hrsg. von Wilfried Loth und Robert Pich, 71-94. Opladen: Leske+Budrich, 1991.
- Welsch, Wolfgang. *Unsere postmoderne Moderne*. Weinheim: VCH, 1987.
- Wendt, Alexander. "Anarchy is what states make of it." *International Organization* 46 (1992): 391-425.

- . *Social theory of international politics*. Cambridge: Cambridge University Press, 1999.
- Wiener, Antje. "The Embedded Acquis Communautaire: Transmission Belt and Prism of New Governance." In *European Integration after Amsterdam*, hrsg. von Karlheinz Neunreither und Antje Wiener, 318-341. Oxford: Oxford University Press, 2000.
- Wilkes, George. *Britain's failure to enter the European community, 1961-63: the enlargement negotiations and crises in European, Atlantic, and Commonwealth relations*. London: Frank Cass, 1997.
- Willa, Pierre und Nicolas Levrat (Hrsg.). *Actors and models. Assessing the European Union's External Capability and Influence*. Genf: Université de Genève, 2001.
- Winn, Neil und Christopher Lord. *EU Foreign Policy beyond the Nation State*. Houndmills: Palgrave, 2001.
- Wittgenstein, Ludwig. "Ursache und Wirkung." *Philosophia* 6 (1976): 392-445.
- . *Bemerkung über die Farben*. Werkausgabe Band 8. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1984.
- . *Bemerkungen über die Grundlagen der Mathematik*. Werkausgabe Band 6. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1984.
- . *Bemerkungen über die Philosophie der Psychologie*. Werkausgabe Band 7. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1984.
- . *Das Blaue Buch*. Werkausgabe Band 5. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1984.
- . *Letzte Schriften über die Philosophie der Psychologie*. Werkausgabe Band 7, 1984.
- . *Philosophische Grammatik*. Werkausgabe Band 4. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1984.
- . *Philosophische Untersuchungen*. Werkausgabe Band 1. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1984.
- . *Tractatus logico-philosophicus*. Werkausgabe Band 1. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1984.
- . *Über Gewißheit*. Werkausgabe Band 8. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1984.
- . *Vermischte Bemerkungen*. Werkausgabe Band 8. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1984.
- . *Vorstudien zum zweiten Teil der Philosophischen Untersuchungen*. Werkausgabe Band 7. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1984.
- . *Zettel*. Werkausgabe Band 8. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1984.
- Wolf, Klaus-Dieter. "Die Grenzen der Entgrenzung (Kommentar)." In *Regieren in entgrenzten Räumen. Politische Vierteljahresschrift, SonderH. 29/1998 Jahrgang 39*, hrsg. von Beate Kohler-Koch, 77-87. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1998.
- Wollmann, Hellmut, Helmut Wiesenthal und Frank Bönker (Hrsg.). *Transformation sozialistischer Gesellschaften: Am Ende des Anfangs*. Opladen: Westdeutscher Verlag, 1995.
- Woyke, Wichard. *Deutsch-französische Beziehungen seit der Wiedervereinigung. Das Tandem faßt wieder tritt*. Opladen: Leske+Budrich, 2000.
- Wright, George Henrik von. *Wittgenstein*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1986.
- Wuchterl, Kurt. *Struktur und Sprachspiel bei Wittgenstein*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1969.

- Zehfuß, Maja. "Sprachlosigkeit schränkt ein. Zur Bedeutung von Sprache in konstruktivistischen Theorien." *Zeitschrift für Internationale Beziehungen* 5 (1998): 109-137.
- . *Constructivism in international relations. The politics of reality*. Cambridge: Cambridge University Press, 2002.
- Zürn, Michael. „Zur Politisierung der Europäischen Union“, *Politische Vierteljahresschrift*, 2 (2006): 242-251.
- Ziltener, Patrick. *Strukturwandel der europäischen Integration*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 1999.
- Zimmermann, Jörg. *Wittgensteins sprachphilosophische Hermeneutik*. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1975.